



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

71. Sitzung

7. Wahlperiode

Donnerstag, 5. September 2019, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Birgit Hesse, Vizepräsidentin Beate Schlupp und Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke

Inhalt

Befragung der Landesregierung		Peter Ritter, DIE LINKE	14, 20
– Drucksache 7/4101 –	4	Ministerin Katy Hoffmeister	15
Dirk Lerche, AfD	4	Christoph Grimm, AfD	17
Minister Lorenz Caffier	4, 5	Jochen Schulte, SPD	18
Dr. Ralph Weber, AfD	4, 5, 9, 10	Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV	18
Torsten Koplín, DIE LINKE	6, 7	Sebastian Ehlers, CDU	19
Minister Harry Glawe	6, 7	B e s c h l u s s	21
Elisabeth Aßmann, SPD	7, 8	Beschlussempfehlung und Bericht	
Minister Dr. Till Backhaus	7, 8, 9, 10, 11, 12, 13	des Petitionsausschusses (1. Ausschuss)	
Andreas Butzki, SPD	8, 9	gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur	
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE	10	Behandlung von Vorschlägen, Bitten	
Jeannine Rösler, DIE LINKE	10, 11	und Beschwerden der Bürger sowie	
Henning Foerster, DIE LINKE	11	über den Bürgerbeauftragten des Landes	
Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE	11, 12	Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und	
Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV	13	Bürgerbeauftragtengesetz – PetBüG M-V)	
Nadine Julitz, SPD	13	– Drucksache 7/4083 –	21
Ministerin Stefanie Drese	13, 14	Manfred Dachner, SPD	21
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE	14	B e s c h l u s s	22
Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE		Antrag der Fraktionen der SPD, CDU,	
Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung		DIE LINKE und Freie Wähler/BMV	
einer Beteiligentransparenzdokumentation		Partnerschaftsvereinbarung zwischen der	
beim Landtag (Beteiligentransparenz-		Legislativversammlung des Oblastes Leningrad	
dokumentationsgesetz Mecklenburg-		und dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern	
Vorpommern – BeteildokG M-V)		– Drucksache 7/4027 –	22
(Erste Lesung)			
– Drucksache 7/4017 –	14		

Erwin SELLERING, SPD	22	Christoph Grimm, AfD	66, 74
Karsten Kolbe, DIE LINKE	24	Minister Christian Pegel	68, 70
Wolfgang Waldmüller, CDU	25	Dr. Gunter Jess, AfD	70
Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV	26	Dr. Ralph Weber, AfD	70
Ministerpräsidentin Manuela Schwesig	26	Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE	71, 73, 74, 75
Horst Förster, AfD	27	Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV	73, 76
		Franz-Robert Liskow, CDU	75
B e s c h l u s s	28		
Antrag der Fraktion der AfD Babys willkommen heißen, traditionelle Familie stärken – Drucksache 7/4015 –	28	Unterrichtung durch die Landesregierung Bericht über die Wirksamkeit des Gesetzes zur Einführung eines Leitbildes „Gemeinde der Zukunft“ – Drucksache 7/3837 –	77
Thomas de Jesus Fernandes, AfD	28, 42	Jeannine Rösler, DIE LINKE	77
Ministerin Stefanie Drese	32	Minister Lorenz Caffier	78
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE	33, 34, 35	Jens-Holger Schneider, AfD	80
Dr. Ralph Weber, AfD	34, 35, 38	Martina Tegtmeyer, SPD	82, 83
Sebastian Ehlers, CDU	36, 38	Peter Ritter, DIE LINKE	83
Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV	39	Franz-Robert Liskow, CDU	83
Nadine Julitz, SPD	40		
B e s c h l u s s	43	B e s c h l u s s	84
Antrag der Fraktionen der SPD und CDU Demokratie stärken – engagierte Menschen schützen – Drucksache 7/4030 –	43	Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV Förderung von Wiederaufforstungsmaßnahmen – Drucksache 7/4024 –	84
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 7/4119 –	43	Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV	84, 92
Julian Barlen, SPD	43, 58, 62	Minister Dr. Till Backhaus	85
Minister Lorenz Caffier	45	Jürgen Strohschein, AfD	88
Horst Förster, AfD	47, 50, 51, 54, 55, 58	Beate Schlupp, CDU	89
Dirk Friedriszik, SPD	50	Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE	90
Peter Ritter, DIE LINKE	50, 52, 55	Elisabeth Aßmann, SPD	91
Ann Christin von Allwörden, CDU	51	Jörg Heydorn, SPD	93
Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV	56	B e s c h l u s s	93
Erwin SELLERING, SPD	56, 58		
Thomas de Jesus Fernandes, AfD	61	Antrag der Fraktionen der CDU und SPD Flächendeckenden Breitbandausbau in Mecklenburg-Vorpommern sichern – Drucksache 7/4029 –	93
Torsten Renz, CDU	63, 65	Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 7/4117 –	93
Dr. Ralph Weber, AfD	64	Franz-Robert Liskow, CDU	94, 101
B e s c h l u s s	65	Minister Christian Pegel	94
Abgabe einer Persönlichen Bemerkung gemäß § 88 GO LT durch den Abgeordneten Horst Förster, AfD	65	Sandro Hersel, AfD	97
		Philipp da Cunha, SPD	97
Aussprache gemäß § 43 Nummer 2 GO LT zum Thema Mecklenburg-Vorpommern nicht zusätzlich belasten – CO₂-Bepreisung verhindern	66	Eva-Maria Kröger, DIE LINKE	98, 101
		Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV	100
		B e s c h l u s s	101

Beginn: 9.02 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 71. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist damit eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17:** Befragung der Landesregierung.

**Befragung der Landesregierung
– Drucksache 7/4101 –**

Meine Damen und Herren, wie bereits gestern zu Beginn der Landtagssitzung erwähnt, findet heute zum ersten Mal die neue Geschäftsordnung in Bezug auf die Befragung der Landesregierung ihre Anwendung. Die von den Abgeordneten gemäß Paragraph 65 der Geschäftsordnung eingereichten Themen sind der Drucksache 7/4101 zu entnehmen. Ich werde die Abgeordneten in der aus der Drucksache ersichtlichen Reihenfolge bitten, an das Saalmikrofon zu treten und ihre Frage zu stellen. Laut unserer Geschäftsordnung ist eine Nachfrage zulässig. Die Fragen sollen nicht länger als zwei Minuten dauern und kurze Antworten ermöglichen.

Bevor wir mit der Befragung der Landesregierung beginnen, gestatten Sie mir noch einen Hinweis. Die Abgeordnete Jeannine Rösler, Fraktion DIE LINKE, hat ihr unter **Nummer 3** eingereichtes Thema zwischenzeitlich zurückgezogen.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Inneres und Europa. Hierzu bitte ich den Abgeordneten Dirk Lerche, Fraktion der AfD, die **Frage zu Nummer 1** zu stellen.

Dirk Lerche, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Guten Morgen, Herr Minister! Wie ist der Sachstand der Prüfung zur digitalen Unterschrift in Beherbergungsbetrieben? Der Bericht hätte am 30.06.2019 in den Ausschüssen vorliegen müssen.

Minister Lorenz Caffier: Guten Morgen, Herr Abgeordneter! Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Also der Sachstand ist bekannt, dass wir die Prüfung vorgenommen haben, ob wir die digitale Unterschrift für die Hotels und Beherbergungsstätten auch für den Gast für eine Erleichterung und Zeitersparnis einführen können, ob diese elektronische Unterschrift dementsprechend anerkannt wird. Das hat mein Ministerium bejaht. Und auf Anfrage des Amtes Usedom Süd, Usedom Nord, des Ostseebads Heringsdorf und des Landkreises Vorpommern-Greifswald, die am 17. Dezember 2018 die Anfrage gestellt haben, ob eine solche Möglichkeit besteht, haben wir diese Möglichkeit, wie gesagt, bejaht, haben sie eingeräumt. Natürlich gilt auch noch der klassische Meldeschein.

Die elektronischen Vorschriften oder die elektronischen Notwendigkeiten haben die jeweiligen Nutzer einzuräumen, also zur Verfügung zu stellen, spricht die Hotellerie, und parallel zu einer Pressemitteilung, die wir getätigt haben, wurde ein Schreiben mit entsprechendem Inhalt an den Tourismusverband M-V, den Bäderverband M-V, an LANDURLAUB, DEHOGA, Bundesverband Campingwirtschaft, Industrie- und Handelskammern, Landkreise, kreisfreie Städte, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und

Gesundheit versandt, um sie auf die Möglichkeiten aufmerksam zu machen. Gleichzeitig haben wir ergänzend darauf aufmerksam gemacht, dass für die gewünschten technischen Lösungen die jeweiligen Nutzer selbst verantwortlich zeichnen, also wer es einführt, ist selbst verantwortlich für die Sache.

Paragraf 29 Absatz 2 Bundesmeldegesetz setzt voraus, dass der Gast die Unterschrift auf dem Hotelmeldeschein, sei es auf Papier oder sei es auf einem elektronischen Instrument, also sprich iPad, im Hotel in Gegenwart des Hotelpersonals durchführen muss, zwingt, dass diese Unterschriften, auch wenn sie elektronisch sind, ein Jahr aufzubewahren sind, um sie dementsprechend im Zweifelsfall wieder prüfen zu können, wenn, welche Ereignisse auch immer, eingetreten sind, und dass natürlich auch die Vorschriften des Datenschutzes einzuhalten sind. Zudem weise ich darauf hin, dass auch bei jeder elektronischen Variante gewährleistet sein muss, dass den Sicherheitsbelangen Rechnung getragen wird und insbesondere gerichtsverwertbare Ermittlungsansätze generiert werden können, das heißt, die Unterschrift muss in irgendeiner Form zur Verfügung gestellt werden können, auch wenn sie elektronisch ist.

Wir sind das erste Bundesland, das diesen Weg geht. Das war kein ganz einfacher Weg, weil das Bundesinnenministerium zumindest – freundlich formuliert – nicht so glücklich war. Am Ende, glaube ich, lassen sich diese Wege nicht aufhalten und ich hoffe, dass wir damit ein Stück Erleichterung im Interesse der Tourismuswirtschaft mit einführen können.

Präsidentin Birgit Hesse: Haben Sie eine Nachfrage, Herr Lerche?

Dirk Lerche, AfD: Ja.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte.

Dirk Lerche, AfD: Herr Minister, Sie haben jetzt aufgeführt, wer alles informiert wurde. Ich vermisse eigentlich die Abgeordneten. Die sind nicht informiert worden. Wir dürfen uns das dann aus der Presse zusammensammeln. Das war auch mal so ein bisschen die Kritik in der Frage.

Minister Lorenz Caffier: Wenn ich den Bericht versäumt habe, entschuldige ich mich an der Stelle. Es war mir in der Form nicht bekannt, dass der Ausschuss einen Bericht dazu abgefordert hat. Das hole ich natürlich selbstverständlich nach. Aber ich bin davon ausgegangen, dass die Informationsstrecken, die wir geleistet haben, dementsprechend auch den Abgeordneten erreicht haben. Ich will das gern nachholen, recht herzlichen Dank für den Hinweis.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister.

Ich bitte nun den Abgeordneten Professor Dr. Ralph Weber, Fraktion der AfD, die **Frage zu Nummer 2** zu stellen.

Dr. Ralph Weber, AfD: Frau Präsident! Werte Kollegen! Wir haben aus der Presse entnehmen können, dass das Thema Kurtaxe zurzeit umtriebiger bearbeitet wird. Zunächst war der Bericht des Finanzministers zu lesen, der die Kurtaxe abschaffen und dann auf die Unternehmer umwandeln möchte. Dann hat Herr Glawe sich zu

Wort gemeldet, der das mehr oder weniger zurückgewiesen und gesagt hat, es gibt einzelne regelungsbedürftige Punkte, das müsse man angreifen, und gestern hatten Sie die Modellregion ins Spiel gebracht in der Debatte. Es geht vor allem um die Frage bei Besuchen in der Nachbargemeinde, bei Familienbesuchen, und dass Kinder ab zwölf Jahren jetzt schon kurtaxpflichtig sind.

Ich möchte deswegen gern wissen: Welche Modellregion sollte das sein und welchen Inhalt sollte eine solche Regelung denn haben?

Minister Lorenz Caffier: Vielen Dank, Herr Kollege Abgeordneter! Frau Präsidentin! Sie haben schon eingangs etwas die Problematik erwähnt, die uns da ereilt hat. Zunächst habe ich die unterschiedlichen Auffassungen auch aus unterschiedlichen Quellen vernommen, die sowohl der Finanzminister auf der einen Seite als auch Tourismusvertreter Deutschlands und der Wirtschaftsminister als Fachminister haben. Am Ende muss das im Kurortgesetz geregelt werden, das ist in der Zuständigkeit des Wirtschaftsministeriums. Wenn das geregelt wird, muss allerdings auch das Kommunalabgabengesetz geregelt werden, was dann wiederum in der Zuständigkeit meines Hauses ist.

Deswegen ist es mir wichtig, dass ich mir wünsche, dass man relativ schnell auf einem einheitlichen Verfahrensweg schreitet, denn ich stehe am Ende einer Kette. Richtig ist aber auch, dass das Wirtschaftsministerium plant – und deswegen bin ich so nur bedingt der Ansprechpartner zu Ihrer Frage –, Modellregionen einzuführen, indem man prüft, eben diese Vereinheitlichung oder dieses so oft geprägte Wort „eine Insel, ein Erhebungsbeitrag“ möglicherweise dementsprechend zu gestalten, um am Ende Erfahrungen aus diesen Testregionen oder aufgrund der Experimentierklausel, die man dazu ja auch nutzen kann, in ein Kurabgabengesetz dementsprechend einfließen zu lassen, was dann natürlich zwangsläufig auch das Kommunalabgabengesetz zur Folge hat.

Bei aller Notwendigkeit – wir reden ja über das Kommunalabgabengesetz aus dem Jahr 2005, was sicherlich, um es freundlich zu formulieren, Luft nach oben hat, um es sozusagen so zu gestalten, dass es den Anforderungen, die die Bürgerinnen und Bürger zu Recht haben, auch gerecht wird –, ich mache trotzdem darauf aufmerksam, dass gerade insbesondere durch das in den letzten fünf, sechs, sieben Jahren sehr komplizierte Recht des Datenschutzes erhebliche Probleme auftreten. Und allein das Ausweisen des Einheimischen, bei welcher Regelung auch immer, wird eine erhebliche Problematik durch den Datenschutz, denn wie stelle ich überhaupt fest – also der Ordnungsamtshüter kann schlecht den Personalausweis des Einheimischen anfordern, um das zu sagen –, von wo ich bin. Das bleibt dann eventuell der Polizei wieder überlassen. Also das sind ganz vielfältige Fragen.

Richtig ist, der Zustand, wie wir ihn derzeit haben, ist für ein Tourismusland nicht förderlich, und insbesondere die Diskussion, die wir auf einzelnen Inseln haben, ist Ihnen bekannt, auch aus Ihrer Region. Deswegen hoffe ich, dass wir relativ schnell in einen Modellversuch, in eine Experimentierklausel eintreten, wie auch immer, durch die jeweiligen Fachressorts, und dann aus den Ergebnissen gemeinsam eine Lösung finden, die vor Ort getragen werden kann.

Zu klären ist aber bei allem, worüber wir reden, zum Schluss auch das Problem der Konnexität. Zum Beispiel nenne ich jetzt mal eine Gemeinde, die sich immer gern in den Mittelpunkt rückt, das ist die Gemeinde Binz. Ich glaube nicht, dass die auf Einnahmen verzichtet, wenn man einen niedrigeren Level als beispielsweise auf der Region erhebt. Auch diese Fragen müssen dann geklärt werden.

Deswegen bin ich ganz bei Ihnen, es muss eine Lösung herbeigeführt werden, aber sie lässt sich auf keinen Fall übers Knie brechen, und ich glaube, es gibt auch gute Ansätze zu der Thematik, die wir dementsprechend umsetzen sollten und nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag hinausziehen sollten.

Präsidentin Birgit Hesse: Eine Nachfrage?

Dr. Ralph Weber, AfD: Eine Nachfrage: Also die Probleme sind bei mir angekommen und man sollte sich vielleicht mal über die Ministeriumsgrenzen hinweg zusammensetzen und das klären. Nicht beantwortet ist – dass Sie zum Inhalt noch nicht viel sagen wollen und können, okay –, welche Regionen, Sie haben jetzt von Inseln gesprochen, denken Sie also an Modellregionen wie Rügen und Usedom,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Mecklenburgische Seenplatte.)

oder welche Modellregionen würden Ihnen denn da in den Sinn kommen?

Minister Lorenz Caffier: Herr Kollege Weber, Sie bringen mich jetzt in Schwierigkeiten, dass ich für diese sozusagen Vorschläge nicht zuständig bin, weil das der Kollege Wirtschaftsminister im Bereich Tourismus wäre,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Modellregion Grimmen.)

und dementsprechend weiß ich, dass man mehrere Regionen ins Auge fasst. Ich weiß, dass da mit Sicherheit eine Insel oder vielleicht mehrere Inseln, dass aber auch eine Binnenregion möglicherweise dabei ist, damit man das Land dementsprechend abgebildet hat. Ich möchte jetzt sozusagen als Kommunalabgabenminister nicht eine Region nennen, die dann vom Fachministerium anders angesehen wird. Da bitte ich einfach um Verständnis. Wir sitzen dazu zusammen, das ist korrekt, zurzeit mit Staatskanzlei, mit Finanzministerium, mit Wirtschaftsministerium, aber es ist noch nicht abgeschlossen. Da bitte ich jetzt einfach um Verständnis.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister.

Bevor ich den nächsten Geschäftsbereich aufrufe, ...

Herr Minister, Sie dürfen sich gern hinsetzen.

... gestatten Sie mir noch einmal den Hinweis, sehr geehrter Herr Professor Weber, dass dieses Präsidium nach wie vor, auch wie gestern, auf die weibliche Anrede Wert legt.

Ich rufe nun auf den Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit und bitte den Abgeordneten Torsten Koplin, Fraktion DIE LINKE, die **Frage zu Nummer 4** zu stellen.

Torsten Koplín, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Minister! In der vorletzten Kabinettsitzung hat sich die Landesregierung mit dem Mittelstandsbericht 2019 beschäftigt und auf 117 Seiten ist sehr komplex dargestellt die Situation des Mittelstands, und die gesamte Förderkulisse wird referiert. Mich interessiert in meiner ersten Frage, welche wesentlichen Erkenntnisse und welche wesentlichen Schlussfolgerungen Sie aus dem Mittelstandsbericht ziehen.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Lieber Kollege Koplín, Sie haben es richtig beschrieben, den Mittelstandsbericht hat ja der Landtag eingefordert. Wir machen zwei Mittelstandsberichte immer in einer Legislaturperiode. Der erste ist jetzt für 2017 und 2018 vorgelegt worden. Er hat natürlich verschiedene Kennzahlen und Kennziffern, wie die wirtschaftliche Lage sich darstellt. In der Auswertung der Frage, die Sie gestellt haben, kann man sagen, es gibt drei Entwicklungsachsen, die wir neu bestimmen wollen. Einmal geht es um die Digitalisierung in der Wirtschaft, das ist eines der entscheidenden Themen auch für die Zukunft. Das Zweite ist die Fachkräftesicherung und das Dritte ist die Erweiterung der wirtschaftlichen Basis für das Land Mecklenburg-Vorpommern. Das sind die drei Zielrichtungen, in die sozusagen dieser Bericht in seiner Empfehlung geht.

Und ich will vielleicht zwei, drei Dinge sagen. Bei der Digitalisierung geht es ja darum, dass wir Prozessinnovationen vorantreiben. Dazu haben wir extra im Ministerium, im Wirtschaftsministerium, in Abstimmung mit dem Energieministerium ein Prozessinnovationsprogramm aufgelegt, das gerade für kleine und mittlere Unternehmen eine Förderkulisse bis zu 200.000 Euro offeriert. Da geht es um Beratungen, da geht es darum, dass dann auch die Digitalisierung umgesetzt wird. Das Problem ist, dass in Mecklenburg-Vorpommern zurzeit nur 18 bis 20 Prozent aller Unternehmen digitale Ansätze haben, und wer sozusagen die Digitalisierung verschläft, wird im Wettbewerb der Wirtschaft in Deutschland, aber auch in Europa am Ende nicht zu den Gewinnern gehören. Deswegen haben wir uns entschlossen, in diesem Bereich auch Förderprogramme aufzulegen, und die IHK, die Handwerkskammern, unterstützen uns. Es gibt Berater, die in die Unternehmen gehen, und danach gibt es eine Empfehlung und dann ist es möglich, bis zu 50 Prozent der Prozessinnovationen zu fördern mit Mitteln aus europäischen Fonds oder eben mit Mitteln aus der GRW.

Bei den Fachkräften, bei der Fachkräftesicherung gibt es zwei, drei verschiedene Punkte, die wichtig sind. Erstens haben wir Fort- und Weiterbildung als einen der Schwerpunkte ausgewiesen, die auch Unternehmen helfen, die neue Prozesse einführen wollen und Fort- und Weiterbildung brauchen, um eine Qualifizierung der Mitarbeiter zu erreichen, um neue Produktlinien oder auch neue Techniken in den Unternehmen einzuführen. Da ist das Land bereit, bis zu 50 Prozent zu fördern, das wissen alle Unternehmen. Weiter geht es darum, dass wir auch darüber nachdenken, wie wir Fachkräftesicherung betreiben, indem wir gezielte Zuwanderung in den Berufen möglich machen, die dann auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt sind. Das sind Themen, die zurzeit auch auf der Bundesebene intensiv laufen, und wir machen natürlich die Umsetzung auf der Landesebene.

Dann geht es um die wirtschaftliche Verbreiterung der Wirtschaftsbasis. Da gibt es verschiedene Ansätze. Ein

Ansatz ist, dass wir dafür sorgen, dass wir die Vermarktung der Großgewerbstandorte, aber insgesamt auch der Standorte in Mecklenburg-Vorpommern weiter intensivieren. Wir wollen im Ausland weiter dafür werben. In dieser Richtung haben wir ja einige Ansiedlungen in letzter Zeit gehabt. Ich will zunächst darauf verweisen, das war ja auch ein Prozess, der 2014 begonnen hat, und heute steht hier ein modernes Werk in Schwerin mit 100 Millionen Investitionen und einer hohen Arbeitsproduktivität, also kurz gesagt, in Biomedizin und Medizintechnik werden wir weitere Anstrengungen unternehmen. Im Maschinenbau, speziell Werftenausbau, sind wir die letzten Jahre sehr erfolgreich geworden, was uns eigentlich keiner zugetraut hat.

Die dritte oder vierte Sache, die ich nennen will, ist, dass der Arbeitsmarkt sich insgesamt deutlich entspannt hat. Wir hatten im Berichtszeitraum 2017/2018 nur noch 64.000 Arbeitslose, heute haben wir 55.000 Arbeitslose. Also der Trend ist deutlich, in den letzten vier Jahren, nachdem wir diesen Mittelstandsbericht vorlegen, sind die Arbeitslosenzahlen um 30 Prozent gesunken. Ich denke, dass es in besonderer Weise gelungen ist, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse durch die Wirtschaft zu schaffen. Wir haben jetzt mittlerweile 570.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse.

Aber insgesamt geht es auch darum, die Standortoffensive voranzutreiben. Die Standortoffensive ist ein wichtiges Instrument, um in Vorpommern, also im Bereich Mukran, im Pommerndreieck und in Pasewalk die Dinge auch in diesem Bereich wirtschaftlich besser zu gestalten. Dieses Element ist eingeführt worden und wird auch weiter verstärkt. Der Standort Mukran wird auch mit einer Standortoffensive jetzt unterstützt.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Minister, ich möchte Sie ungern unterbrechen.

Minister Harry Glawe: Ja, ich gucke auf die Uhr.

Präsidentin Birgit Hesse: ... aber ich bitte, zum Ende zu kommen.

Minister Harry Glawe: Sie haben recht, es sind 5 Minuten und 31 Sekunden, ich höre auf.

(allgemeine Heiterkeit)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister.

Gibt es noch eine Nachfrage, Herr Koplín?

Torsten Koplín, DIE LINKE: Ich habe noch eine Nachfrage. Ich habe überlegt, ob ich mir noch einen Stuhl hole.

Vielen Dank erst mal für die Beantwortung.

Meine Nachfrage bezieht sich auf eine Auffälligkeit in dem Bericht. Es ist dem zu entnehmen, dass die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, das ist uns bekannt, sich erhöht bei den Angestellten um 15 Prozent, bei den Beamtinnen und Beamten um 11 Prozent und bei den Selbstständigen geht sie um 7 Prozent zurück. Die Zahl der Existenzgründungen geht um 16,8 Prozent zurück.

Und dann habe ich mir auf einer langen Linie mal angeschaut, Gewerbean- und -abmeldungen. Seit einer längeren Zeit ist diese rückläufig mit einem Negativsaldo

von zwischen 1.000 und 1.300 in den letzten Jahren. Während der Regierungszeit von Rot-Rot, SPD/PDS, hatten wir ein positives Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen von über 2.000, unter anderem gab es damals die Initiative „Einfach anfangen“.

Minister Harry Glawe: Genau, Helmut Holter.

Torsten Koplín, DIE LINKE: Mich interessiert: Wie bewerten Sie diesen negativen Trend und welche Schlussfolgerungen ziehen Sie daraus?

Minister Harry Glawe: Also ich sehe darin keinen negativen Trend, Herr Kollege. Man muss immer feststellen, dass damals, als Rot-Rot regiert hat, eine wirtschaftlich schwierige Situation da war. Deutschland war der kranke Mann Europas, es ging der Wirtschaft nicht gut und man musste neue Dinge anfassen. Die Arbeitslosenzahlen waren hoch, und das in einer Phase, wo sozusagen eine Neuorientierung in der Gesellschaft stattfand und in der Wirtschaft. Das ist allgemein immer so, dass in besonderer Weise sich dort dann neue Unternehmen gründen, vom kleinen Mittelständler bis hin zu Unternehmen, die dann auch wachsen zum KMU-Bereich. KMU-Bereich heißt ja 249 Beschäftigte, das ist immer ein kleines mittelständisches Unternehmen, das ist auch das Rückgrat der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Erklärung ist auch relativ einfach. In wirtschaftlich guten Zeiten gibt es zwei Phänomene. Erstens ist da die Gründerwelle nicht so groß, das ist allgemein bekannt, und zweitens haben wir natürlich ein Problem, und das, denke ich, muss man intensiv angehen. Es stehen 5.000 Betriebe vor der Übernahme in die nächste Generation und das ist ein Thema, das die IHK und besonders die Handwerkskammern auch massiv beschäftigt. Um dort Abhilfe zu schaffen, gibt es ja die Mentorenprogramme, dass Unternehmer junge Leute einführen ins Unternehmen; aber es gelingt nicht in allen Betrieben. Von daher ist es eine der Aufgaben, die in den nächsten Jahren auch durch die Rahmensetzung der Landespolitik und der Bundespolitik abgedeckt werden muss, aber insgesamt geht es natürlich darum, Betriebsübernahmen zu sichern, um damit dann die Arbeitsplätze auf dem Niveau zu halten, wie wir sie kennen. Also es ist eine Aufgabe, da haben Sie völlig recht, die man angehen muss, die wir aber – und ich denke, Sie auch – im Blick haben.

Torsten Koplín, DIE LINKE: Vielen Dank.

Minister Harry Glawe: Bitte.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister.

Ich weise noch einmal darauf hin, dass wir heute das erste Mal diese Fragestunde nach der neuen Geschäftsordnung durchführen. Insofern hatten wir uns im Ältestenrat auch darauf verständigt, dass wir das heute etwas großzügiger handhaben. Gestatten Sie aber dennoch den Hinweis, dass die Fragen bitte so formuliert sind, dass man auch kurz antworten kann.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Landwirtschaft und Umwelt. Hierzu bitte ich die Abgeordnete Elisabeth Aßmann, Fraktion der SPD, die **Frage zu Nummer 5** zu stellen.

Elisabeth Aßmann, SPD: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister! In diesem Jahr haben wir

ja in Mecklenburg-Vorpommern den größten Waldbrand seit Bestehen unseres Landes erleben müssen, und mit Blick auf die waldbauliche Historie und die Munitionsbelastung in unseren Wäldern möchte ich von Ihnen wissen, mit welchen Maßnahmen die Landesregierung gedenkt, das Risiko für solche Waldbrandkatastrophen in Zukunft zu minimieren.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Aßmann! Zunächst ist es mir auch noch mal ein Bedürfnis, mich bei allen Hilfskräften zu bedanken, denn es ist uns gelungen in dem Waldbrandgeschehen Mecklenburg-Vorpommern, wir haben keinen Menschen verloren, wir haben kein Haus verloren. Wenn man auf 30 Metern dabei war in Alt Jabel, als das Feuer auf uns zugelaufen ist, sage ich Ihnen nur eins, da kommen Emotionen.

In den letzten Jahren sind wir verwöhnt worden durch die Klimasituation. Und in den letzten zwei Jahren haben wir erhebliche Waldbrände gehabt, allein in 2018 sind es 88 gewesen und in diesem Jahr 65 Waldbrände. Das hat uns natürlich auch in den letzten Jahren dahin geführt zu sagen, wir müssen unser Waldbrandschutzkonzept überarbeiten. Ich hatte immer darum gebeten, eine interministerielle Arbeitsgruppe einzurichten. Ich bin der Ministerpräsidentin im Übrigen sehr dankbar, dass es jetzt gelungen ist, und wir werden den Waldgipfel nutzen in Berlin, um unsere Vorstellungen vorzustellen.

Punkt eins, wir müssen, wenn man so will, die Schutzstreifensituation, die Waldbrandschutzstreifensituation überprüfen. Wir haben heute in Mecklenburg-Vorpommern 900 Kilometer. Wir haben 1.150 Wasserentnahmestellen in Mecklenburg-Vorpommern. Und ich glaube, was wir erkennen müssen beim Waldumbau, wir haben eine dramatische Situation in Deutschland, Waldsterben in einem nicht gekannten Ausmaß, insbesondere im Süden Deutschlands, die Fichtenbestände Deutschlands sterben dahin. Welche Auswirkungen das dann für den Klimaschutz, für die CO₂-Bindung, für den Sauerstoffhaushalt Deutschlands, Europas und der Welt insgesamt auch an Auswirkungen haben wird, ist heute noch gar nicht abschätzbar.

Deswegen hat Mecklenburg-Vorpommern als eines der ersten Länder die naturnahe Waldbewirtschaftung auf den Weg gebracht, nämlich Waldumbau hin zu Mischwäldern mit höherem Laubbaumanteil. Das bewahrheitet sich im Übrigen auch in der Waldbrandsituation, dass die Mischwälder nicht so brandgefährdet sind wie die reinen Kieferbestände oder Fichtenbestände, Nadelbaummonokulturen, die wir umgebaut haben. Und was viele auch leider nicht wissen, ist, wir haben seit 2010 – darauf bin ich ziemlich stolz – tatsächlich ein Konzept für die klimastabileren Wälder auf den Weg gebracht.

Das alles braucht Zeit, und wenn Sie sich überlegen, Mecklenburg-Vorpommern hat round about 530.000 Hektar Wald, davon 300.000 Hektar im Eigentum des Landes, das haben wir, glaube ich, modellhaft gezeigt, und ich fordere auch alle anderen Waldbesitzer auf, insbesondere die privaten Waldbesitzer, unserem Beispiel zu folgen, den Waldumbau schneller voranzubringen, als das in der Vergangenheit der Fall war.

Zum anderen haben wir insbesondere – auch das möchte ich unterstreichen – für den Truppenübungsplatz Lübtheen in diesem Jahr im März ein Waldbrandschutz-

konzept vorgelegt. Auch da muss man wissen, ohne das in die Länge zu ziehen, Mecklenburg-Vorpommern hat – runde Zahl – 29.000 Hektar Wald munitionsverseucht, hochgradig munitionsverseucht. Wir brauchen hier endlich Lösungen. Auch da bin ich froh, dass der Munitionsbergungsdienst und das Innenministerium in Zusammenarbeit mit dem Bundesinnenministerium jetzt unverzüglich hoffentlich zusätzliches Geld und vor allen Dingen Personal bereitstellen, um die Munitionsentsorgung voranzutreiben.

Unser Ziel ist es, als Modellregion für Deutschland den Truppenübungsplatz Lübtheen mit den 15 Gemeinden, die ich alle persönlich kenne ...

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ja, Herr Weber, ich bin da vor Ort,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die Zeit läuft!)

permanent.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Nicht solche Debatten! Hier
steht die Abgeordnete, hallo!)

Und deswegen ...

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Hier steht sie und die Zeit läuft!)

Ja, ich bin ja provoziert worden.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Ja, das ist nicht gerade solidarisch.)

Und deswegen sage ich hier noch mal sehr klar, das Modellprojekt Truppenübungsplatz Lübtheen ist so, um die Gemeinden herum einen Schutzgürtel von 1.000 Metern zu entmunitionieren und auf der anderen Seite dann tatsächlich einen Waldaufbau zu entwickeln, um die Gemeinden praktisch vor dem Übergriff von Flammen zu sichern. Dazu gehören dann im Übrigen erstens noch mal ausdrücklich die Frage der Infrastruktur, präventive Maßnahmen voranzutreiben – ich glaube, das habe ich deutlich gemacht –, zum Zweiten die Schutzstreifen, die Waldbrandregeln, und es gehört auch dazu die ausreichende Versorgung mit Löschwasser. Da sehen wir vor, für diese 15 Gemeinden jeweils einen Tiefbrunnen bereitzustellen, und dieses System wollen wir dann auf das gesamte Mecklenburg-Vorpommern übertragen.

Und das Letzte ist – auch das ist hier nicht bekannt –, wir haben in den letzten Jahren, im Übrigen in Mirow, eine der modernsten Waldbrandzentralen, die es in Europa gibt, aufgebaut, sodass wir round about bei 270.000 Hektar Wald heute aus der Fernerkundung sehr schnell erkennen können, ob es ein Waldbrand ist, und können dann geeignete Maßnahmen einleiten. Das hat im Übrigen mit den Feuerwehren dazu geführt, dass wir sehr schnell den Brand bekämpft haben und keine größeren Schäden bekommen haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Da leuchtet die rote Lampe.)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister.

Eine Nachfrage.

Elisabeth Aßmann, SPD: Plant die Landesregierung, die Eigentümer großer, zusammenhängender Waldflächen bei der Bereitstellung von Löschwasserstellen finanziell mit ins Boot zu holen?

Minister Dr. Till Backhaus: Ja, ich glaube, wir brauchen zusätzliche Alternativen, wir brauchen Zisternen, zusätzliche Zisternen, um tatsächlich in der Regenzeit, ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD)

Elisabeth Aßmann, SPD: Ich kann nichts verstehen.

Minister Dr. Till Backhaus: ... um in der Regenzeit Wasser aufzufangen, auch gerade und insbesondere in den Wäldern, und ich glaube, dass es Sinn macht, wenn wir Tiefbrunnen anlegen,

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

in den Wäldern und um sie herum, um damit sehr schnell Wasser zuzuführen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Das hat sich im Übrigen in Lübtheen gezeigt, ein Segen, dass wir auch über die Wasserwirtschaft, über die Schweriner Seen, über die Elde-Müritz-Wasserstraße in die Sude und Röcknitz zusätzlich Wasser abgegeben haben. Ansonsten hätten wir – auch dank der engen Zusammenarbeit der Hilfskräfte – diesen Brand nicht so schnell löschen können.

Insgesamt, muss man sagen, haben wir Glück gehabt. Gucken Sie sich das im Süden Deutschlands an oder gucken wir nach Brasilien zurzeit oder gucken wir nach Sibirien! Dort brennen zurzeit 11,5 Millionen Hektar. Das ist so viel Wald, wie wir in Deutschland haben. Wald ist Zukunft, Wald ist unsere grüne Lunge in Deutschland,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Fasse
dich kurz, stand in der Telefonzelle.)

in Europa. Und deswegen müssen wir das Modell Mecklenburg-Vorpommern auf die Bundesrepublik Deutschland übertragen, und ich hoffe, dass der Waldgipfel in Berlin auch diese Dinge aufgreift.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister.

Bevor ich den nächsten Abgeordneten aufrufe, begrüße ich ganz herzlich Schülerinnen und Schüler der 12. Klassenstufe des Gymnasiums in Boizenburg. Herzlich willkommen!

Ich bitte nun den Abgeordneten Andreas Butzki, Fraktion der SPD, die **Frage zu Nummer 6** zu stellen.

Andreas Butzki, SPD: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister! Die Situation der Küsten- und Kutterfischerei ist ja zum Teil sehr schwierig, wir konnten im Sommer da eine ganze Menge hören. Wie schätzt die Landesregierung die langfristigen Folgen und erheblichen Einschränkungen bei der Herings- und Dorschfischerei ein?

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau ...

Andreas Butzki, SPD: Und Fangquoten.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Butzki! Ich glaube, insgesamt neige ich persönlich nicht zum Pessimismus, denn Pessimisten haben keine Lösungen, aber die Lage der Kutter- und Küstenfischerei ist schon dramatisch. Wenn wir bedenken – ein paar Zahlen, wenn ich darf –, wir sind in die Wende mit 1.390, 1.390 Fischern gegangen. Exakt haben wir zurzeit noch 226. Das deutet ja schon mal an, dass wir einen dramatischen Veränderungsprozess durchlaufen haben seit der politischen Wende.

Und zurzeit ist es so, um das auf den Punkt zu bringen, die Fischerei als solche ist nicht Ursache für den dramatischen Rückgang der Fischbestände – das ist uns jetzt noch mal wissenschaftlich aktuell untermauert bewiesen worden –, sondern der Klimawandel, der ja von einigen bestritten wird,

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Von wem?)

der Klimawandel zeigt doch Auswirkungen.

(Horst Förster, AfD:
Wer bestreitet den denn?)

Und das hat tatsächlich multifunktionelle Hinweise. Punkt eins: Klimawandel. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Heringsbestände aufgrund der Situation, wenn sie abblähen und dann quasi ihre Kinderstuben pflegen müssen, heute Plankton nicht zur Verfügung haben, weil die Temperaturen im Greifswalder Bodden sich verändert haben. Und ähnlich ist es mit dem Sauerstoffmangel – in Klammern: im Übrigen auch durch den Menschen mit beeinflusst, Nährstoffsituation in der Ostsee –, sodass wir hier Rückgänge in der Gesamtpopulation der Dorsche zu verzeichnen haben.

Dies alles führt dazu, dass das europäische System der Quotenverteilung, wenn man da 1989 oder die 90er-Jahre betrachtet, kommen wir bei den Heringen im Übrigen von 50.000, 55.000 Tonnen Hering, die in Mecklenburg-Vorpommern gefangen worden sind, und wir sind jetzt bei round about – 2018 – 5.700 Tonnen, in diesem Jahr bei zweieinhalbtausend Tonnen. Auch da erkennt man, die Ressource steht so nicht zur Verfügung. In ähnlicher Weise ist es beim Dorsch.

Deswegen glaube ich, wir müssen insgesamt das System komplett umstellen. Wir haben die erste Pflicht, tatsächlich unsere Binnengewässer auf Vordermann zu bringen und auch das Grundwasser, in Klammern: Nitratproblematik. Ich bin dankbar, dass gestern im Übrigen im Bundeskabinett eine ganz weitreichende Entscheidung zu diesem Thema getroffen worden ist.

Und zum anderen, glaube ich, ist es zwingend notwendig, dass wir unsere kleine handwerklich ausgerichtete Kutter- und Küstenfischerei in diesem Land erhalten. Dazu werden wir weitere Maßnahmen einleiten. Allein im letzten Jahr haben wir dankenswerterweise ja auch durch den Haushalt – auch durch Sie, Herr Butzki – 2,6 Millionen Euro bereitgestellt. Das werden wir in gleicher Weise tun. Ich habe die Bundesministerin Klöckner aufgefordert, ein Gesamtkonzept für die Ostsee mit uns gemeinsam

vorzulegen, und ich will das Ganze im Übrigen auch und insbesondere auf der Agrarministerkonferenz im September zum Thema machen.

Andreas Butzki, SPD: Danke.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister.

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Professor Dr. Ralph Weber, Fraktion der AfD, die **Frage zu Nummer 7** zu stellen.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Bürger von Mecklenburg und Vorpommern! Sehr geehrte und hoch geschätzte Frau Präsidentin!

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich hoffe, ich habe damit der Höflichkeit Genüge getan?!

(Torsten Renz, CDU: Nein.)

Und werte Kollegen und liebe Gäste!

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD,
und Martina Tegtmeier, SPD)

Aus der Presse war zu entnehmen,

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

dass noch im Verlauf der Sommerferien die Fördertöpfe für Tierheime ausgeschöpft waren. Jetzt kommt die Situation mit den kleinen Herbstkätzchen und den vielen ungewollten Tieren, die zu Weihnachten verschenkt und dann ausgesetzt werden. Ich wollte gerne wissen, wie Sie diese Zeit der ausgeschöpften Fördertöpfe zu überbrücken gedenken, um den Tieren gerecht zu werden, und warum im Haushalt trotz der seit Jahren bekannten knappen Fördermenge kein Aufwuchs bei den Fördertöpfen für Tierheime vorgesehen ist.

(Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD,
und Thomas Krüger, SPD)

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Weber! Punkt eins: Tierschutz hat in unserer Gesellschaft zum Glück einen ganz hohen Stellenwert. Ich kann auch hier immer nur wieder Danke sagen. Was die Tierschützerinnen und Tierschützer, die engagierten, im Lande leisten, ist hervorragend. Und deswegen ist es im Übrigen originäre Aufgabe der Kommunen und Landkreise, die Tierheime zu fördern und zu unterstützen. Und das Land ist seiner Verantwortung nachgekommen, als freiwillige Aufgabe des Landes Mecklenburg-Vorpommern, die Tierheime bei Investitionen zu begleiten.

Seitdem ich die Verantwortung trage – im Übrigen habe ich mir das schon fast gedacht, dass das in die Richtung geht –, haben wir 4,5 Millionen, ich betone noch mal, 4,5 Millionen Euro, für die Tierheime für Investitionen bereitgestellt. Und wenn Sie den Doppelhaushalt jetzt ansprechen, da waren im Übrigen vorgesehen – das war im Chefgespräch, ich will auch an dieser Stelle ausdrücklich Herrn Meyer heute zum Geburtstag gratulieren,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE,
und Peter Ritter, DIE LINKE: Oooh!)

ich bin in seiner Vertretung hier ...

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Mann, Mann, Mann!)

Ja, nicht „Mann, Mann, Mann“!

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Konzentrieren Sie sich
doch mal auf die Antwort!)

Und die Antwort ist, dass wir, wenn Sie in den Haushalt hineingeschaut haben, nicht 100.000 Euro dort drinstehen haben, sondern 350.000 Euro pro Jahr.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und wir haben im Übrigen einen Tierschutzbeirat im Lande Mecklenburg-Vorpommern installiert, der mich persönlich beraten soll. Und ich habe auch den Deutschen Tierschutzbund gebeten, mir ein Konzept vorzulegen, um systematisch die Tierheime dann auf Vordermann zu bringen.

Und im Übrigen sind wir, glaube ich, auch auf einem sehr guten Weg mit dem sogenannten Fundtier-Erlass, der dann ja auch regelt, wenn Tiere aufgefunden werden – Sie haben die Katzen angesprochen –, dass sie dann bis zu einem halben Jahr aufbewahrt werden in den Tierheimen und damit im Übrigen dann auch durch die Kommunen mit den Tierheimen ein Vertrag gemacht werden soll und muss. Und ich gehe davon aus, dass wir in diesem Jahr noch diesen Fundtier-Erlass endgültig vorgelegt bekommen. Da bin ich fachlich nicht zuständig, sondern das läuft im Innenministerium, aber das ist vereinbart, dass das in diesem Jahr kommen soll und muss, weil damit im Übrigen auch eine Grundfinanzierung dann für diese Tierheime abgesichert wird. Und ich sichere hier ausdrücklich zu, dass wir die Tierheime weiter unterstützen. Im Übrigen hat auch der Strategiefonds in Teilen hier mitgewirkt.

Dr. Ralph Weber, AfD: Danke schön.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank.

Ich bitte jetzt die Abgeordnete Dr. Mignon Schwenke, Fraktion DIE LINKE, die **Frage zu Nummer 8** zu stellen.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister! Wir konnten ja vor Kurzem in allen Medien lesen, dass es sozusagen einen Schweisfurth-Bericht gibt, dass der jetzt da ist und dass inzwischen auch einiges in den Zeitungen dargestellt worden ist, wie das weitergehen soll mit der IAG. Mal abgesehen davon, dass ich es befremdlich finde, dass wir das aus der Zeitung erfahren, dass wir also den Bericht von Herrn Schweisfurth nicht kennen – ich hoffe, das erfolgt noch –, lautet aber meine Frage: Können Sie jetzt schon sagen – kurz zusammengefasst, was weiß ich, in Stichpunkten –, wie die Strategie der Landesregierung mit der IAG aussehen wird?

(Zuruf von Torsten Renz, CDU –
Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD)

Minister Dr. Till Backhaus: Also wenn Sie – Frau Präsidentin – das ganz kurz gemacht haben möchten, in Vertretung des Finanzministers möchte ich Folgendes mittei-

len: Ja, der Bericht von Herrn Schweisfurth liegt vor, ein sehr umfassender, detaillierter Bericht. Wir bieten an, Ihnen im Übrigen die Zusammenfassung zur Verfügung zu stellen, auch jetzt unverzüglich. Das wird dann heute geschehen, damit Sie in den Grundzügen dann auch informiert werden. Und wir als die drei Häuser, die in dem Zusammenhang Verantwortung tragen, sehen vor, noch in Richtung Ende September – das ist die Zielstellung – eine Kabinettsbefassung vorzunehmen, und selbstverständlich wird das dann auch dem Landtag zur Verfügung gestellt.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Darf ich eine Nachfrage stellen?

Präsidentin Birgit Hesse: Eine Nachfrage, bitte.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Geht dann aus dem Bericht auch hervor, wie es nach der Schließung der IAG weitergehen wird mit dem Sondermüll, der ja nach wie vor in Mecklenburg-Vorpommern anfallen wird?

Minister Dr. Till Backhaus: Also, Sie haben ja sicherlich aus den Medien entnommen und auch das ist ja präsent geworden: Erstens hat sich das Kabinett ja immer wieder mit dem Thema befasst. Und für uns, für die drei Häuser, für die ich jetzt hier stellvertretend stehe, ist für die Kabinettsitzung vorgesehen, 2035 diese Deponie zu schließen, die Mengen, die Müllmengen insgesamt zu reduzieren in diesem Zeitraum. Und alles andere werden wir im Rahmen der Kabinettsbefassung dann zu beraten haben. Und selbstverständlich wird es dann auch die Befassung nicht nur mit diesem Bericht, sondern auch zu den Beschlüssen im Landtag geben.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister.

Jetzt bitte ich die Abgeordnete Jeannine Rösler, Fraktion DIE LINKE, die **Frage zu Nummer 9** zu stellen.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Vielen Dank.

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister! Meine Fragen beziehen sich auch auf die neue Strategie der Landesregierung zur IAG. Welchen Einfluss hat die neue Strategie der Landesregierung auf die finanzielle Situation der IAG?

Minister Dr. Till Backhaus: Auch das ist ja Gegenstand im Übrigen des Sonderberichtes. Es gibt da ja verschiedene Szenarien. Ich betone noch mal, das Kabinett wird sich mit dem Gesamtkomplex dieser, in Anführungsstrichen, Zitat von Herrn Schweisfurth, „schillernden Deponie“ auseinandersetzen, und wir werden dann Vorschläge unterbreiten, welches Modell und in welcher Form. Ich habe hier eine Ansage gemacht, 2035 Schließung. Dass das gegebenenfalls Auswirkungen auf das Schließungsszenario insgesamt und auch auf den Landeshaushalt hat – dort geht ja aus den Medien auch hervor, und das ist richtig zitiert worden im Übrigen ausdrücklich –, ein gegebenenefalls, gegebenenefalls, das hängt auch von den wirtschaftlichen Entwicklungen insgesamt ab, auch da, glaube ich, können Sie das nachvollziehen, gegebenenefalls ein Szenario der Mindereinnahmen von 110 Millionen. Dieses werden wir in Ruhe im Kabinett zu beraten haben.

Und auf der anderen Seite wird es natürlich auch die Frage aufwerfen, was bedeutet es für die Rekultivierung

oder letzten Endes für die Nachsorge. Aber auch da sage ich noch mal ausdrücklich, das wird Gegenstand der Kabinettsberatungen sein. Und selbstverständlich, ausdrücklich, werden wir hier Transparenz in jeglicher Richtung üben, und der Landtag wird hier vollständig eingebunden.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Und dann noch eine Nachfrage: Also gehen Sie davon aus, dass diese neue Strategie direkte Auswirkungen auch auf den Landeshaushalt haben wird?

Minister Dr. Till Backhaus: Ich habe ausdrücklich gesagt, das hängt von der Frage ab, wie die wirtschaftliche Entwicklung ist und sich die Gesamtrahmenbedingungen in den nächsten Jahren bis 2035 entwickeln. Das ist, glaube ich, eine sehr konservativ dargestellte Berechnung, die Herr Schweisfurth aus meiner Sicht nachvollziehbar vorgelegt hat, aber das bedarf einer ruhigen Bewertung und dann sachlicher Entscheidung.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister.

Ich darf nun den Abgeordneten Henning Foerster, Fraktion DIE LINKE, bitten, die **Frage zu Nummer 10** zu stellen.

Henning Foerster, DIE LINKE: Ja, schönen guten Morgen, Herr Minister! Frau Präsidentin! Die von Ihnen ja auch angesprochene öffentliche Verkündung der Pläne für die vorzeitige Schließung der Deponie Ihlenberg im Jahr 2035 hat beim Betriebsrat Befremden und bei den Beschäftigten natürlich Zukunftsängste ausgelöst, denn bislang ist – jedenfalls nach dem, was man hören und lesen konnte – niemand von der Arbeitnehmervertretung in die konzeptionellen Überlegungen eingebunden worden. Natürlich rufen jetzt die Kolleginnen und Kollegen in Massen beim Betriebsrat an und fragen dort nach, was das für sie persönlich, für die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes und so weiter bedeutet.

Von daher möchte ich Sie fragen, welche Auswirkungen Ihre Pläne für die 130 Beschäftigten konkret haben werden und ob Sie die, ich nenne es mal, Einladung des Betriebsrates, sich vor Ort auf dem Ihlenberg zu informieren, annehmen und den Beschäftigten gegebenenfalls im Rahmen einer Betriebsversammlung auch persönlich Rede und Antwort stehen werden.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Foerster! Selbstverständlich ist es der Landesregierung bekannt. Im Übrigen hat der Betriebsrat sich ja auch an die Landesregierung gewandt, ein Signal, das man ganz klar geben muss, jeder Mitarbeiter, jede Mitarbeiterin wird aktuell auf dieser Deponie benötigt.

Im Übrigen betone ich noch mal, die Landesregierung hat 2011, 2014 sich mit dem Thema befasst und hat dort auch schon klare Signale gesandt, damals schon. Das weiß auch der Betriebsrat. Und selbstverständlich sind wir als Landesregierung bereit, dem Betriebsrat und der Belegschaft Rede und Antwort zu stehen. Da sind auch Gespräche im Übrigen in Vorbereitung, und wir werden als Landesregierung der Einladung des Betriebsrates, ich sage jetzt mal, als Sozialdemokrat selbstverständlich und gerne folgen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut!)

Henning Foerster, DIE LINKE: Ich habe eine Nachfrage: Also soweit ich es richtig verstanden habe, beziehen sich ja die Ängste auch auf die Reduzierung von Abfallmengen und damit möglicherweise korrespondierendem Personalabbau. In dem Zusammenhang die Frage, ob es bereits Inhalt dieses schon angesprochenen Konzeptes ist, wie sich dieser Personalabbau vollziehen wird.

Minister Dr. Till Backhaus: Also manchmal verstehe ich die Welt auch nicht, wenn ich das mal so deutlich sagen darf. Auf der einen Seite wird von uns verlangt, möglichst schnell die Deponie vom Netz zu nehmen.

(Heiterkeit bei Dietmar Eifler, CDU)

Ich glaube, auch von Ihnen ist das immer wieder propagiert worden.

(Torsten Koplín, DIE LINKE, und
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das stimmt nicht.)

In Teilen sehr wohl, wenn ich das vor Ort wahrnehme, vor Ort.

Und auf der anderen Seite geht es jetzt los, wenn wir was anstreben und was weiterentwickeln wollen, dann heißt es, das geht so auch alles nicht. Was, bitte schön, wollen Sie eigentlich? So!

(Torsten Renz, CDU:
Ja, den Eindruck habe ich
jetzt aber auch, Herr Foerster!)

Und deswegen sage ich noch mal, ich betone ausdrücklich, wir wollen hier niemanden verunsichern, sondern wir brauchen die qualifizierten und auch hoch motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dieser Deponie, die eine wirklich hervorragende Arbeit aus unserer Sicht ableisten. Und wir werden die Schlussfolgerung – und das habe ich hier jetzt mehrfach angedeutet, Herr Foerster, ich bitte um Verständnis –, wir werden erst im Kabinett beraten, die Schlussfolgerungen dann selbstverständlich mit dem Betriebsrat, mit der Geschäftsführung dann zu werten haben und dann auch, wenn man so will, die weiteren Schritte einleiten. Für uns ist klar, die Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat ist gewährleistet.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister.

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Dr. Wolfgang Weiß, Fraktion DIE LINKE, die **Frage zu Nummer 11** zu stellen.

Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Schönen guten Morgen, Herr Minister, auch von mir! Das ist jetzt ein harter Cut, ein ganz anderes Thema. Das Ende der Schweineschlachtung in Teterow hat uns alle wohl gleichermaßen betroffen gemacht. Eine Zeit lang sind die Informationen über den Sachstand galoppiert und haben sich von Tag zu Tag widersprochen. Ich bitte Sie, eine kurze Einschätzung zu geben, wie der Sachstand im Moment ist, und vor allem richtet sich meine Frage auf die Zukunft der Schweineschlachtung in Mecklenburg-Vorpommern.

Minister Dr. Till Backhaus: Also erstens war auch gestern ein guter Tag für Deutschland, weil das Bundeskabinett das Tierwohlgesetz beschlossen hat. Es ist zwar nicht unbedingt das, was ich mir vorgestellt habe mit

einem staatlichen verpflichtenden, wenn man es so will, Label, aber der erste Schritt ist gemacht.

Deswegen hatte ich im Übrigen, um konkret zu antworten, hatte ich natürlich die Hoffnung gehabt, dass, wenn Danish Crown, ein dänisches Unternehmen, wenn Danish Crown diesen Schlachthof 2017 übernimmt, habe ich das begrüßt, weil wir die Zusicherung hatten, dass die Rinder- und Schweineschlachtung in diesem Land erhalten bleiben. Und da kommt dann der Schnitt. Humorvoll, mit einem Augenzwinkern: „Dänen lügen nicht“. Ich bin belogen worden. Unterm Strich ist es so, dass wir damit eine Situation haben, dass eine große Schlachtstätte – im Schnitt sind ja in Hochzeiten im Übrigen zwischen 10.000 und 12.000 Schweine die Woche, ich betone, die Woche, am Standort Teterow geschlachtet worden –, dieser Schlachthof und diese Schlachtstrecke Schwein am letzten Freitag eingestellt worden ist.

Im Übrigen auch da den Cut mal kurz in Richtung Rügen: eine hervorragende Produktionsstätte, die auch für uns wichtig war, der Rügener Badejunge. Da ist am letzten Freitag der letzte Badejunge vom Band gelaufen. Das ist für mich persönlich, für die Landwirtschaft, für die Veredlungswirtschaft, für regionale Produkte, für im Übrigen tierwohlorientierte Landwirtschaft, aber auch regionale Produktentwicklung ein Schlag ins Gesicht, im wahrsten Sinne des Wortes.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Hätten Sie das nicht verhindern können?)

Aber heute ist es so, für konzerngeführte Unternehmen, konzerngeführte Unternehmen, die keine Bindung im Land haben, ist das eine betriebswirtschaftliche Entscheidung.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das nennt man Marktwirtschaft.)

Die kann ich nicht kommentieren. Mir ist nur nachgewiesen worden, dass in den letzten zwei Jahren am Standort Teterow ein Verlust von 4,5 Millionen Euro in der Schlachtstrecke Schwein aufgelaufen ist. Ob das so ist, kann und will ich nicht kommentieren.

Um dann noch auf Ihre Zukunftsfrage abzustellen: Ich habe mehrere Gespräche, mehrere Gespräche geführt, mit dem Ziel, entweder zum einen das Unternehmen zu überzeugen, weitere Schritte einzuleiten zum Erhalt dieser Strecke, zum anderen müssen Sie auch wissen, es gibt in Deutschland – die meisten wissen es nicht – nur noch zwei, es gab nur noch zwei, jetzt gibt es nur noch einen sogenannten kombinierten Schlachthof, in dem im Übrigen Schweine und Rinder geschlachtet werden. Das bedeutet im Übrigen – wir haben ja ein Schweinepreishoch von round about 1,80 Euro, kommen von 1,20 Euro, Sie wissen das, pro Kilogramm Schweinefleisch –, dass diese kombinierten Schlachthöfe am Chinageschäft nicht teilnehmen dürfen, weil China nicht akzeptiert, dass auf der einen Seite Rinder und auf der anderen Seite Schweine geschlachtet werden. Das hat im Übrigen auch dazu geführt, dass man betriebswirtschaftlich diese Preise, die an dem fünften Viertel des Schweins hängen – das sind nämlich die Ohren und die Füße –, nicht mit bewertet werden konnten und nicht eingefahren werden konnten, diese Erträge.

Was machen wir jetzt? Ich hatte die Hoffnung, dass man aus Sicht des Bauernverbandes – nächste Woche be-

ginnt die MeLa –, aber auch der Fleischwirtschaft, des Fleischerhandwerks ein alternatives Konzept vorlegt und damit in Teterow zu einem Pachtmodell kommt. Da muss ich sagen, es gab da Ideen, aber ein Konzept, das im Übrigen finanziert ist und das die Umsetzung dann auch sichert, ist mir bis heute nicht vorgelegt worden.

Ich werde jetzt im Übrigen mit der Branche weiterverhandeln. Mit den Instrumenten, die wir haben, auch über die Hausgrenzen hinweg, das ist auch mit dem Wirtschaftsministerium besprochen, wollen wir schauen, ob die anderen – wir haben noch 29, 29 andere Schlachtstätten, ganz kleine, die im Jahr im Übrigen um die 29.500 Schweine geschlachtet haben, noch mal ins Gedächtnis, 12.500 die Woche und die kleinen 29.000 im ganzen Jahr –, ob es darunter kleinere, mittelständische Unternehmen mit der Fleischwirtschaft, Verarbeitung und des Handels gibt, ein alternatives Modell aufzubauen. Und wir können fördern, wir können Bürgschaften bereitstellen und wir können moderieren. Und diesen Prozess werde ich weiter begleiten.

(Beifall Peter Ritter, DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister.

Mit Blick darauf, dass das Thema am Freitag noch auf der Tagesordnung ist, würde ich vielleicht anregen, auch mit Blick auf die Uhr, ob man das gegebenenfalls auf den Freitag verlegen könnte. Aber, Herr Weiß, ich glaube, Sie haben noch eine Nachfrage.

Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE: Eine Nachfrage, die am Freitag sicher nicht diskutiert wird: Herr Minister, es gibt ja unterschiedliche pessimistische, aber auch optimistische Interpretationen dieser Entwicklung. Wir sind gleichermaßen daran interessiert, an regionalen Stoffkreisläufen in der Landwirtschaft. Unterstellt, diese 500.000 Schweine im Jahr, die bisher geschlachtet wurden, kommen nicht mehr aus der mecklenburg-vorpommerischen Produktion, was würde das für die Tierhaltung und die daran hängende Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern Ihrer Meinung nach bedeuten?

Minister Dr. Till Backhaus: Ja, auf die Frage, ich mache es kurz: Wir wollen und brauchen die Tierproduktion auch in Mecklenburg-Vorpommern. Es wird ja immer so getan, als ob wir hier nur noch industrielle Massentierhaltung haben, in Wirklichkeit ist der Tierbestand massiv abgebaut:

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

2,3 Millionen 1989, heute haben wir noch knapp 800.000 Schweine. Und deswegen habe ich ein Interesse, wir alle hoffentlich, auch in der Zukunft an Schweinehaltung und auch am Know-how im Übrigen – Mecklenburg-Vorpommern ist prädestiniert von seinen Standorten her – der Landwirtschaft, gerade auf den leichteren Böden Schweine zu halten. Und ich hoffe und wünsche mir sehr, dass die Landwirte bei Laune bleiben im wahrsten Sinne des Wortes und nicht aufgeben.

Aber wir nehmen auch zur Kenntnis, der Schweinefleischverbrauch der allgemeinen Bevölkerung ist allein in den letzten zwei Jahren um 17 Prozent zurückgegangen und die Schweinehaltung insgesamt um 7/8 Prozent. Auch wir haben Tierproduktionsbetriebe verloren und so ein Verlust eines Schlachthofes wird auch weitere Kon-

sequenzen haben. Aber eins darf ich Ihnen auch sagen: Alle Schweine, die in diesem Lande gehalten werden, haben einen neuen Schlachthof gefunden, Perleberg oder Kellinghusen oder auch Weißenfels stehen zur Verfügung, und es wird kein Schwein geben, das hier in Mecklenburg-Vorpommern nicht geschlachtet wird.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister.

Ich darf nun den Abgeordneten Ralf Borschke, Fraktion Freie Wähler/BMV, bitten, die **Fragen zu den Nummern 12 und 13** zu stellen.

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrter Herr Minister! Wie werden die Besitzer der von Bränden betroffenen Wälder in Bezug auf die Waldbrandnachsorge vom Land unterstützt?

Minister Dr. Till Backhaus: Also grundsätzlich, sehr geehrter Herr Borschke, sehr geehrte Frau Präsidentin, grundsätzlich ist es ja so: Nach Artikel 14 des Grundgesetzes – „Eigentum verpflichtet.“ – ist der Waldbesitzer verpflichtet, der Waldbrandnachsorge nachzukommen. Das bedeutet unterm Strich, die Gemeinde, die für den Brandschutz verantwortlich ist – im Fall von der Katastrophenausübung in Lütheen der Landkreis –, wenn die Feuerwehr erklärt, Feuer aus, ist der Waldbesitzer verantwortlich für die Waldbrandnachsorge. Das ist gesetzlich klar geregelt. Gefördert wird das nicht, aber wir geben Hilfestellung.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank.

Die zweite Frage, bitte.

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Das Landeswahlprogramm 2016 impliziert die Handlungsempfehlung, eine jährliche Erstaufforstung von 1.000 Hektar anzustreben, ein Anspruch, dem sich auch die Landesregierung in Form ihres Koalitionsvertrages angenommen hat, der jedoch weit von der Realität, wie anhand der Kleinen Anfrage auf Drucksache 7/3871 ersichtlich wurde, entfernt ist. So entstand 2018 lediglich eine Waldfläche von 254,55 Hektar durch Erstaufforstung und Sukzession. Mit welchen Maßnahmen möchte die Landesregierung, gerade auch vor dem Hintergrund der größeren von Bränden betroffenen Waldfläche, zukünftig ihr Ziel einer jährlichen Erstaufforstung von 1.000 Hektar erreichen?

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Borschke! Punkt eins, ich habe versucht, vorhin schon mal anzudeuten, unser Programm der naturnahen Waldbewirtschaftung und zum Zweiten das Programm zum Umbau der Wälder zu klimastabilen Wäldern sind insgesamt durch die Landesregierung gewährleistet. Wir sind, und das ist ja im Übrigen in den Medien gerade deutlich geworden, in Mecklenburg-Vorpommern in einer Vorreiterrolle in Deutschland. Wir haben 60 Prozent mittlerweile unserer Wälder und deswegen muss man das im Zusammenhang sehen. Auf der einen Seite die Erstaufforstung, Ziel nicht erreicht, da haben Sie recht. Das macht mich auch traurig. Aber den Hintergrund können Sie sich selber auch erklären. Wenn Sie heute für 20.000, 25.000 bis 40.000/50.000 Euro einen Hektar Land kaufen sollen, um das aufzuforsten, rechnet sich das nicht. Das rechnet sich für den Waldbesitzer nicht und das rechnet sich auch für das Land Mecklenburg-Vorpommern nicht.

Deswegen ist ja meine große Hoffnung immer noch – und ich bin dankbar im Übrigen auch unserem Finanzminister –, vielleicht kann das auch ein Thema im Rahmen der Diskussion zum Klimaschutz auf Bundesebene sein, ich bin da jedenfalls massiv am Arbeiten, nämlich die letzten Flächen, die dem Bund gehören, BVVG, BImA-Flächen, die landwirtschaftliche Nutzflächen darstellen, das sind round about in Mecklenburg-Vorpommern 50.000 Hektar, für gemeinwohlorientierte Leistungen bereitzustellen. Und dann könnten wir mit diesen Flächen dort, wo es Sinn macht, Waldverbundsysteme zu schaffen, Klimaschutzwälder anzulegen, einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz, zum Artenschutz, zum sauberen Wasser und letzten Endes damit auch für den Natur- und Ressourcenschutz auf den Weg bringen. Ich wäre dankbar, wenn Sie uns dabei unterstützen.

Und unser Ziel bleibt, soweit es irgend geht, auch Wälder weiter zu unterstützen. Ich habe mich ja im Übrigen gerade durchsetzen können, das werden wir vielleicht heute dann noch mal hören, dass wir die Gemeinschaftsaufgabe aufstocken und damit die Fördersatzte bis auf 100 Prozent heben, wenn wieder aufgeforstet wird. In Klammern: was die klimageschädigten und Kalamitätswälder anbetrifft, 100 Prozent Förderung. Und ich gehe davon aus, dass wir gemeinsam, Bund und Länder, ein Gesamtprogramm zwischen BMU, Bundesumweltministerium, und Bundeslandwirtschaftsministerium auf den Weg bringen. Klimastabile Wälder, Zukunft der Wälder in Deutschland – der Wald hat in Deutschland nach wie vor einen ausgezeichneten Ruf und ich glaube auch, die Forstleute beherrschen ausgezeichnet ihr Geschäft.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister.

Damit haben Sie alle Fragen aus Ihrem Geschäftsbereich beantwortet.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich der Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung. Hierzu bitte ich die Abgeordnete Nadine Julitz, Fraktion der SPD, die **Frage zu Nummer 14** zu stellen.

Nadine Julitz, SPD: Sehr geehrtes Präsidium! Liebe Frau Ministerin! In der „Ostsee-Zeitung“ war vor Kurzem zu lesen, dass aufgrund der Verschiebung der Alterskohorte von 10 bis 27 auf 6 bis 21 nun weniger Mittel zur Verfügung in den Kreisen und kreisfreien Städten sind. Ist das so richtig?

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das kann man sich ausrechnen.)

Ministerin Stefanie Drese: Aus fachlichen Gründen ist es angezeigt, die Alterskohorte zugrunde zu legen, die tatsächlich diejenigen sind, die Adressat und Leistungsbezieher der Kinder- und Jugendarbeit sind, und das sind die 6- bis 21-Jährigen. Nicht richtig ist, dass dadurch weniger Geld bei den Kreisen ankommt, sondern genau das Gegenteil ist der Fall. Im Haushaltsplan, den Sie hoffentlich auch positiv hier im Parlament so beraten und beschließen, ist eine Erhöhung dieses Haushaltsplans angezeigt. Nichtsdestotrotz wird also bei den Landkreisen in diesem Bereich mehr Geld ankommen.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank.

Ich bitte jetzt die Abgeordnete Jacqueline Bernhardt, Fraktion DIE LINKE, die **Frage zu Nummer 15** zu stellen.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Guten Morgen, Frau Ministerin! Sie haben, wie schon in der OZ angekündigt, die Kinder- und Jugendförderung zu novellieren. Aus diesem Grund ist die Frage: Hält die Ministerin die vorgesehene Erhöhung von 1,32 Euro für ausreichend, um die Kinder- und Jugendarbeit bedarfsgerecht auszustatten?

Ministerin Stefanie Drese: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Selbstverständlich ist auch die Kinder- und Jugendarbeit ein Bereich, in dem immer mehr geht. Nachdem wir 20 Jahre keine Erhöhung in diesem Bereich mehr hatten, ist eine Erhöhung um 25 Prozent ein guter Einstieg aus meiner Sicht und eben,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
1,32 Euro – fürs Protokoll!)

und eben auch etwas, bei dem eine gewisse Hebelwirkung dadurch erzielt wird, dass auch die Landkreise dann um ihren Prozentsatz diesen Ansatz erhöhen müssen, sodass wir also bei einer 50-prozentigen Erhöhung sind. Selbstverständlich, mehr geht immer, ich bin aber froh, dass es mir in den Chefgesprächen gelungen ist, diesen Einstieg zu haben, zumal wir dann auch zu einer Dynamisierung kommen, es also nicht mehr den Fall geben wird, dass 20 Jahre hier eine Summe stagniert, und auch zwei Sozialministerinnen der LINKEN das nicht gelungen ist. Von daher glaube ich, dass das eine gute Basis und eine gute Grundlage ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das Füllhorn ist erst seit
gestern da, haben wir gehört.)

Präsidentin Birgit Hesse: Haben Sie eine Nachfrage?

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja, habe ich.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Das mit den Sozialministerinnen der LINKEN, ich glaube, das ist lang genug her, als dass man darauf Bezug nehmen müsste.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
40 Jahre, Jacky, 40 Jahre!)

40, Entschuldigung, ja.

Wie kommt das Ministerium auf die Erhöhung um 25 Prozent, also 1,32 Euro konkret, wie berechnet sich das?

Ministerin Stefanie Drese: Das ist etwas, was wir in den Chefgesprächen besprochen haben, inwieweit der Haushaltsansatz von Landesseite erhöht werden kann. Das ist das Ergebnis der Chefgespräche. Es ist eine freiwillige Leistung des Landes für die Pflichtaufgabe auf kommunaler Ebene, wobei ich ausdrücklich noch mal sagen möchte, ich würde mich natürlich auch sehr freuen, wenn die Landkreise und kreisfreie Städte beispielsweise dem positiven Beispiel von Rostock folgen. Weil Sie mir ja eben gesagt haben, ich soll nicht die linken Sozialministerinnen nennen, dann möchte ich den linken Senator in Rostock als positiv hervorheben. Dort haben wir die 5,11 Euro gegeben und Rostock gibt seit Langem 50 Euro. Also das heißt nicht, dass die Landkreise an diese 1,32 Euro, die wir erhöhen, gebunden sind.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Kann ich wegen Haushalts-
sicherungskonzept nicht machen. –
Torsten Renz, CDU: Herr Ritter!)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Weitere Fragen liegen mir nicht vor. Damit sind wir am Ende der Fragestunde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktion DIE LINKE – Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Beteiligtentransparenzdokumentation beim Landtag, Drucksache 7/4017.

**Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE
Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung
einer Beteiligtentransparenzdokumentation
beim Landtag (Beteiligtentransparenz-
dokumentationsgesetz Mecklenburg-
Vorpommern – BeteildokG M-V)**
(Erste Lesung)
– Drucksache 7/4017 –

Das Wort zur Einbringung hat der Abgeordnete für die Fraktion DIE LINKE Herr Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Fraktion bringt heute das Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz in den Landtag ein. Ich muss da bei dem Titel noch etwas langsam sprechen.

(Heiterkeit bei Ministerin Katy Hoffmeister)

Der Gesetzesname mit 42 Buchstaben und vier Wortbestandteilen hat es schon einmal in sich und es wird wohl kaum oder wird wohl nur noch vom Rindfleischetikettierungsüberwachungsaufgabenübertragungsgesetz geschlagen.

(Tilo Gundlack, SPD: Genau.)

Für die Neugierigen unter Ihnen: Wenn ich mich nicht verzählt habe, hat dieses Gesetz 63 Buchstaben und sieben Wortbestandteile, aber es geht selbstverständlich nicht um einen Wettbewerb um den längsten Gesetzesnamen, sondern um die besten Inhalte, und da sage ich hier ganz klar, der Name Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz mag kompliziert klingen, der Inhalt aber ist auf jeden Fall knackig.

Unseren Gesetzentwurf können Sie umgangssprachlich auch besser als Fußabdruckgesetz bezeichnen. Doch worum geht es überhaupt? Mit einem Wort: um Transparenz. Transparenz ist ein wichtiger Beitrag, ein Punkt in der Politik, das wird niemand ernsthaft infrage stellen. Unser Gesetzentwurf verfolgt dabei folgendes Ziel: Werden Gesetzentwürfe erarbeitet und eingebracht, werden zukünftig alle Interessierten wissen, wer daran mitgewirkt hat. Die Beiträge von Dritten werden nämlich veröffentlicht. Unser Gesetzentwurf verpflichtet Organisationen und Einzelpersonen, die sich an Gesetzgebungsverfahren beteiligen, sich in einer Dokumentation des Landtages einzutragen. Diese Personen oder Organisationen haben auch anzugeben, welche inhaltlichen Beiträge sie konkret geleistet haben. Unter Beiträgen sind insbesondere

Stellungnahmen, Gutachten, aber auch Formulierungsvorschläge gemeint.

Um auf ein aktuelles Beispiel einzugehen, wir diskutieren zurzeit die Novellierung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes hier im Landtag. Wir wissen aus Veröffentlichungen aus den Medien, dass im Anhörungsverfahren in der Verbandsanhörung, vom Ministerium durchgeführt, 20 Expertinnen und Experten und Institutionen angehört wurden. Wir kennen die Inhalte von den wenigsten, es sei denn, die an der Verbandsanhörung Beteiligten haben von sich aus diese Stellungnahmen, ihre Stellungnahmen zum Gesetzentwurf, zugeleitet, wie etwa der Landesdatenschutzbeauftragte oder der Bund der Deutschen Kriminalbeamten. Das macht es für uns als Parlamentarier auch einfacher, in die Diskussion schon einzusteigen, es macht für uns nachvollziehbarer, was hat sich seit dem Referentenentwurf an dem Gesetzentwurf geändert, bis er in den Landtag eingebracht wird, und man kann auf Argumente der Anzuhörenden an dieser Stelle schon eingehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit unserem Gesetzentwurf betreten wir in Mecklenburg-Vorpommern Neuland. Wir sind allerdings nicht die Ersten. In Thüringen ist seit Anfang dieses Jahres ein entsprechendes Gesetz bereits in Kraft getreten. Das dortige Gesetz diente uns als Vorbild, sowohl inhaltlich als auch strukturell. Neben redaktionell gebotenen Unterschieden haben wir an der einen oder anderen Stelle, nämlich beim Inhalt und bei der Ausgestaltung der Dokumentation sowie bei den Vorschriften zum Datenschutz, andere Formulierungen gewählt, als sie in Thüringen Praxis sind. Die Einzelheiten können Sie in unserem Gesetzentwurf nachlesen und im Übrigen empfehle ich auch einen Blick auf die entsprechenden Seiten der Thüringer Landesregierung, wo man genau jetzt schon die Praxis nachvollziehen kann, wie es dort mit der Transparenz bestellt ist.

(Torsten Renz, CDU:
Habe ich schon geguckt.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine Fraktion hat aber nicht nur nach Thüringen geschaut. Wir haben auch das Europäische Parlament im Blick gehabt, denn das Europäische Parlament hat bereits im Jahr 2017 festgestellt, dass eine intransparente, einseitige Interessenvertretung zu einem Korruptionsrisiko führen und eine erhebliche Gefahr für die Integrität der politischen Entscheidungsträger und für das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Organe der Europäischen Union darstellen kann. Daher ist es wichtig, gerade auch auf der Ebene der Gesetzgebung für diese Transparenz und Nachvollziehbarkeit in der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung zu sorgen. Dazu gehört auch, offenzulegen, wer sich wie an diesen Arbeits- und Diskussionsprozessen beteiligt hat. In Estland und Slowenien gibt es bereits spezielle Regelungen zum legislativen Fußabdruck.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch Mecklenburg-Vorpommern sollte einen Fußabdruck für alle Gesetze einführen, dann wäre unser schönes Bundesland auch einmal ganz vorn mit dabei. Das wäre doch mal was! Vor allem aber würden wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik im Allgemeinen und in die Gesetzgebung im Besonderen steigern können.

Der Aufwand zur Errichtung beziehungsweise zur Einrichtung einer solchen Dokumentation hält sich im

Übrigen in Grenzen und die Detailfragen können wir jedoch ohnehin noch in aller Ruhe besprechen, wenn der Gesetzentwurf nämlich in die Ausschussberatungen überwiesen wird. Und an dieser Stelle ist natürlich auch die Landtagsverwaltung recht herzlich eingeladen, sich an diesem Diskussionsprozess zu beteiligen und über die Ausgestaltung der Dokumentation miteinander zu reden. Ich beantrage daher eine Überweisung in den Rechtsausschuss und würde mich über eine möglichst breite – in Klammern: bereits gestern heimlich angekündigte – Unterstützung recht herzlich freuen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Ritter.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 64 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Bevor ich die Aussprache eröffne, begrüße ich auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler des Fachgymnasiums Evershagen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Betriebsrates der Transcom Rostock GmbH. Herzlich willkommen!

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung die Justizministerin Frau Hoffmeister.

Ministerin Katy Hoffmeister: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine bessere Durchschaubarkeit und Nachvollziehbarkeit der politischen und parlamentarischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse, wer soll da was dagegen haben, bitte? Dazu soll aber eine öffentliche Liste eingerichtet werden, in die natürliche und juristische Personen sowie Organe und Vertreter derer eingetragen werden, die an dem Gesetzgebungsverfahren beteiligt sind. Diese Beteiligentransparenzdokumentation soll in dem Verantwortungsbereich der Landtagspräsidentin angesiedelt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Gesetzentwurf, der sich sehr, sehr stark, aber leider manchmal in einigen Fragen auch nicht eins zu eins am Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz orientiert, wirft zahlreiche Fragen auf. Und da meine ich bestimmt nicht, Herr Ritter, den manchmal schwer aussprechbaren langen Namen des Gesetzes.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Vielmehr stellt sich aus meiner Sicht die Frage: Ist dieses Gesetz überhaupt notwendig?

In der Entwurfsbegründung findet man dazu eher allgemeine Ausführungen. Die Transparenz des Gesetzgebungsverfahrens sei ein zentrales Merkmal der Demokratie und wichtig für die Akzeptanz politischer Entscheidungsprozesse seitens der Bürger. Da die Beteiligung Dritter am Gesetzgebungsverfahren ein ausdrücklich und wörtlich „hohes Korruptionsgefährdungspotenzial“ in sich trage, sei für eine bessere Transparenz der Meinungs- und Entscheidungsprozesse zu sorgen.

Ich will an dieser Stelle die Begründung nicht werten, aber, meine Damen und Herren, soweit es um die in der Praxis zahlreichen Gesetzentwürfe der Landesregierung geht, ist festzustellen, dass der Gewährleistung von Transparenz bereits durch das Informationsfreiheitsgesetz des Landes hinreichend Rechnung getragen werden kann. Danach haben die Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich einen Anspruch auf Herausgabe von Stellungnahmen, die bei der Landesregierung eingegangen sind, sobald – ich betone das ausdrücklich – der Entscheidungsprozess innerhalb der Landesregierung abgeschlossen ist. In diesem Bereich ist also schon jetzt Transparenz gegeben, sodass hier kein Handlungsbedarf ersichtlich wäre.

Insgesamt fällt auf, dass abgesehen von Thüringen kein anderes Bundesland eine solche Dokumentation bisher eingeführt hat. Auf Bundesebene werden lediglich zusammen mit den Gesetzentwürfen der Bundesregierung die Stellungnahmen der beteiligten Verbände veröffentlicht, sofern diese einer Veröffentlichung nicht widersprechen. Die Notwendigkeit einer weitreichenden und damit aufwendigen Dokumentation zu den am Gesetzgebungsverfahren Beteiligten wird ganz überwiegend also derzeit nicht gesehen.

Falls man die Notwendigkeit dennoch bejahen wollte und sollte, stellt sich eine weitere Frage: Ist das Gesetz geeignet, das angestrebte Ziel zu erreichen? Das Ziel der Steigerung der Transparenz soll durch die Dokumentation der am Gesetzgebungsverfahren Beteiligten realisiert werden. Damit eine aussagekräftige Dokumentation entstehen kann, verpflichtet der Entwurf die beteiligten Dritten – aber auch die Fraktionen oder Abgeordneten sowie die Landesregierung –, eine ganze Reihe von Daten an die Landtagspräsidentin zu übermitteln. Allerdings enthält der Entwurf keinerlei Sanktionsmöglichkeiten für den Fall der Pflichtverletzung. Es könnten deswegen Zweifel daran bestehen, ob eine solche Informationspflicht wirklich zu einer aussagefähigen Dokumentation führt, aber ganz abgesehen von der Frage, ob man glauben mag, dass Täter und Beteiligte wirklicher Korruptionsfälle, wenn es die denn geben sollte, sich in ein Register eintragen lassen.

(Beifall Horst Förster, AfD)

Neben den Fragen zur Notwendigkeit und zur Geeignetheit des Gesetzes ist auch der damit verbundene bürokratische Aufwand anzusprechen. Das will ich hier aber an dieser Stelle nicht weiter ausführen.

Lassen Sie mich aber noch einige Aspekte ansprechen. Gemäß Paragraph 3 Absatz 3 des Entwurfes haben Beteiligte, die durch schriftliche Äußerungen Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess genommen haben, die nach Paragraph 5 Absatz 1 des Entwurfes vorgelegten Angaben „vollständig, inhaltlich zutreffend und unverzüglich nach dem jeweiligen Beteiligungsbeitrag“ an den Landtag zu übermitteln. Soll das komplett auch für Gesetzentwürfe der Landesregierung gelten? Hier wäre eine solche Regelung wohl fast verfassungswidrig, denn sie wäre so nicht mit dem Schutz des Kernbereichs exekutiver Eigenverantwortung der Landesregierung vereinbar.

Diesen Kernbereichsschutz leitet das Bundesverfassungsgericht aus dem Gewaltenteilungsprinzip ab. In unserer Landesverfassung hat das in Artikel 39 Absatz 2 seine Ausprägung gefunden. Der Kernbereichsschutz

soll ein sogenanntes Mitregieren von Dritten bei Entscheidungen verhindern, die in der alleinigen Kompetenz der Regierung liegen. Aus diesem Grund sind Informationen aus der Phase der Vorbereitung von Regierungsentscheidungen selbst dem Zugriff des Parlaments entzogen, solange der Entscheidungsvorgang noch nicht abgeschlossen ist. Der Kernbereichsschutz würde unterlaufen, wenn unmittelbar nach Abgabe einer Verbandsstellungnahme alle Informationen im Sinne von Paragraph 5 des Entwurfes an den Landtag übermittelt werden müssten und diese dann in der Dokumentation veröffentlicht werden. Bei Gesetzentwürfen der Landesregierung dürften die Informationen im Sinne von Paragraph 5 Absatz 1 des Entwurfes frühestens nach der zweiten Kabinettsbefassung in die Dokumentation eingestellt werden. Die Begründung zu Ihrem Entwurf des Paragraphen 4 sieht diesen Aspekt zwar, klärt aber das Verhältnis zu Paragraph 3 Absatz 3 nicht.

Im Übrigen bleibt unklar, in welchem Verhältnis die vorgeschlagene Regelung zum Informationsfreiheitsgesetz stehen soll. Das Informationsfreiheitsgesetz des Landes begründet den Anspruch des Bürgers auf Zugang zu Informationen, die in Behörden vorhanden sind, begrenzt diesen Anspruch aber auch gleichzeitig mit Blick auf sonstige schützenswerte Belange, etwa den Schutz des behördlichen Entscheidungsprozesses oder die Belange beteiligter Dritter. Dieses fein austarierte Regelungssystem, das auch für die Ministerien des Landes gilt, könnte durch den Gesetzentwurf unterlaufen werden, da sehr weitgehende Informationen in die Dokumentation aufgenommen werden sollen.

Im Hinblick auf den Datenschutz stellt sich unter dem Aspekt der Datensparsamkeit die Frage, ob die Verarbeitung der in Paragraph 5 Absatz 1 des Entwurfes genannten personenbezogenen Daten überhaupt erforderlich ist.

Meine Damen und Herren, ferner trifft die Pflicht, Informationen an den Landtag zu übermitteln, offenbar Beteiligte und Landesregierung beziehungsweise Beteiligte und Fraktionen oder Abgeordnete gleichermaßen, sodass hinsichtlich der Übermittlung derselben Informationen mehrere Adressaten verpflichtet werden könnten. Das sieht nach überflüssigen bürokratischen Belastungssituationen aus.

(Torsten Renz, CDU: Dem kann ich was abgewinnen, ja.)

Schließlich gehört zu den Informationen, die an den Landtag übermittelt werden müssten, auch nach Paragraph 5 Absatz 1 des Entwurfes die sogenannte „Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags“. Wer stellt diese Zusammenfassung her? Und abgesehen vom Aufwand, der unterschiedlich sein kann mit Blick auf den Umfang auch der Stellungnahmen, wer sorgt dafür, dass der ursprüngliche Beitrag nicht unzutreffend wiedergegeben wird, und sei es auch vollkommen unabsichtlich?

(Torsten Renz, CDU: Peter Ritter sorgt dafür.)

Und auf eines darf ich noch hinweisen, nach Paragraph 6 Absatz 2 des Entwurfes gibt es Folgendes: Die Dokumentationspflicht nach Paragraph 5 Absatz 1 Nummern 2 und 3 soll jeweils zu Beginn einer neuen Wahlperiode gelöscht werden. Sind Sie sicher?

Es soll also einiges geregelt werden, ja, meine Damen und Herren, allerdings gibt dieser Gesetzentwurf Fragen, Fragen und Fragen auf, die in jedem Falle, sollte das Vorhaben weitergeführt werden sollen, zu klären sein werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD Herr Grimm.

Christoph Grimm, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lobbyismus und Korruption, man muss es leider sagen, sind eine Geißel des Parlamentarismus, und das weltweit. Allein in Brüssel sind 25.000 Lobbyisten tätig, in Berlin sollen es ungefähr 5.000 sein. Der Einfluss der Lobbyisten wächst dabei stetig, ebenso wie ihre finanziellen Möglichkeiten.

Ich las einmal mit Schrecken, dass ein Gesetz, ein deutsches Gesetz über das deutsche Bankenwesen, von Juristen einer Bank formuliert wurde im Entwurf. Ich weiß, dass das gesamte Abkommen über den ESM aus der Feder eines Büros einer US Law Firm, also einer großen amerikanischen Anwaltskanzlei, stammt. Da kann man sich schon mit Recht fragen, wie es so weit kommen konnte,

(Torsten Renz, CDU: Manche lassen
sich auch die Reden zuarbeiten.)

und da finde ich, Ihr Ansatz, hier anzusetzen und zu sagen, wir brauchen mehr Transparenz, das ist durchaus ein berechtigtes und ehrenhaftes Anliegen.

Ich habe auch festgestellt, dass Sie an dem Gesetzentwurf aus Thüringen gearbeitet haben und dass Sie einige Schwächen dieses Gesetzes beseitigt haben. Darauf will ich gleich noch mal näher eingehen. Aber im Ergebnis kann ich mich eigentlich der Frau Ministerin nur anschließen, das Gesetz wirft für mich eigentlich mehr Fragen auf, als es sie eigentlich beantwortet.

Da ist zum Beispiel als Erstes mal die Pflicht, Sie hatten es gesagt, dass diese Dokumentationspflicht bei dem Landtagspräsidenten angesiedelt sein soll. Der hat die Pflicht, von Amts wegen darüber zu wachen. Also das macht natürlich mehr organisatorischen Aufwand, es muss wahrscheinlich Personal eingestellt werden, es wird mehr Geld benötigt – in welchem Umfang, das ist hier die Frage.

Und dann gibt es ja verschiedene Verpflichtete, die die Dokumentation vorlegen müssen, und das auch noch zeitgerecht, „vollständig, inhaltlich zutreffend und unverzüglich“. Die Verpflichteten sind die Abgeordneten beziehungsweise die Fraktionen, die diese Gesetze einbringen. Die Frage, die sich mir stellt, ist, wenn das alles „vollständig, inhaltlich zutreffend und unverzüglich“ geschehen soll, wer kontrolliert das? Und es sind ja nicht immer alle freundlich und tun das, wozu sie verpflichtet sind. Wie, bitte, wollen Sie es sanktionieren, wenn etwas nicht funktioniert? Also mir fehlt am Gesetz dann irgendwie der Anhang „Straf- und Bußgeldvorschriften“. Vielleicht haben Sie ja an so was auch gedacht, aber das dann anders geregelt, an anderer Stelle. Das müssten Sie vielleicht auch noch mal uns sagen.

Was ich gut finde, und das haben Sie verbessert, in Paragraph 3 Absatz 1 des Thüringer Entwurfes war der Begriff der Beteiligten sozusagen unbegrenzt oder uferlos. Und Sie haben das eigentlich ganz gut gelöst. Sie haben gesagt, jeder, der sich mit schriftlichen Beiträgen an dem Entstehen eines Gesetzes beteiligt, der ist oder soll verpflichtet sein, benannt zu werden in der Dokumentation. Da muss ich Sie mal loben, man kann also auch aus rot-rot-grünen Fehlern lernen.

Ansonsten ist mir noch aufgefallen, in Paragraph 5 Absatz 1 Ziffer 6 heißt es: „Beteiligte, die mit der Wahrnehmung von Interessen Dritter beauftragt sind, haben ihren Auftraggeber zu benennen.“ Nun ja, das ist also ein sehr frommer Wunsch und da kann man sich natürlich ein bisschen fragen, ob das nicht auch naiv ist.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU)

Was Sie gesagt hatten, Frau Ministerin, ist mir auch aufgefallen. Am Ende soll alles gelöscht werden, aber die Beteiligungspflicht kann man nicht löschen, also da ist ein kleiner Formulierungsfehler. Sie meinen natürlich, das, was gemäß der Beteiligten, der Pflicht zur Dokumentation dokumentiert wurde, das ist zu löschen.

Wenn Frau Hoffmeister sich fragt, ob das Gesetz notwendig ist, ich würde mich, glaube ich, ihr anschließen, dass es nicht unbedingt notwendig ist. Vieles von dem, was dieses Gesetz will, wird bereits durch das Informationsfreiheitsgesetz geregelt. Allerdings, muss ich sagen, ganz trifft das auch nicht zu, sondern es sind viele Konstellationen denkbar der Beteiligung von Lobbyisten, die schriftlich irgendetwas einreichen, was in den Fraktionen versickert, von dem kein Mensch je etwas erfahren würde. Von daher meine ich, dieses Gesetz sollte eine Chance bekommen. Es ist einen Versuch wert.

Aber abschließend möchte ich sagen, dass es doch an uns als den Parlamentariern alleine liegt, die notwendige politische Hygiene bei der Wahrnehmung unserer Ämter zu wahren und darauf zu achten, dass der Einfluss von Lobbyisten oder dass gar Korruption in unser Haus hier nicht einkehrt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und wer es zulässt, dass Bankjuristen Gesetze über Banken entwerfen oder wer US Law Firms an den ESM lässt, der ist selber schuld. Ich finde, darüber sollten wir nachdenken, wer dafür verantwortlich ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Insofern würde ich es, wie ich schon sagte, weil ich meine, das Gesetz verdient eine Chance, befürworten, und vielleicht sollten wir auch mal einen aufmerksamen Blick nach Thüringen richten, wie das dort funktioniert. Sie haben, finde ich, ganz gute Arbeit gemacht, weil Sie die schlechten Dinge an dem Thüringer Entwurf verbessert haben. Herr Ritter sprach ja auch noch an, was den Datenschutz betrifft, da ist mir das auch aufgefallen, dass Sie da Schwächen eliminiert haben. Also das Gesetz verdient eine Chance und wir würden uns Ihrem Antrag anschließen, dieses Gesetz in den Ausschuss zu überweisen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Herr Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Ritter hat das ja schon halb angekündigt, dass wir uns im Vorfeld auch schon zwischen den Fraktionen unterhalten haben über dieses Thema, und das kann ich dann auch gleich für unseren Koalitionspartner mit hier deutlich machen, dass wir uns auch dort verständigt haben vonseiten der Regierungsfractionen, dass wir den Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE heute hier überweisen werden.

Ich habe allerdings auch, auch das weiß der Kollege Ritter, im Vorfeld, und das will ich an dieser Stelle dann auch Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, so deutlich sagen, ich habe natürlich auch im Vorfeld an der einen oder anderen Stelle deutliche Zweifel dahingehend geäußert, ob – und ich halte einen Diskussionsprozess und gegebenenfalls auch einen Anhörungsprozess im Ausschuss für sinnvoll, dass dann am Ende dieses Prozesses zweifelsohne ein Mehrwert an Erkenntnissen für alle Beteiligten vorhanden sein wird, da bin ich mir relativ sicher, auch gerade vor dem Hintergrund der Fragen, die die Justizministerin hier angesprochen hat –, aber ob dieses Gesetz am Ende des Tages dann so oder in welcher Form zu einer Beschlussempfehlung hier in den Landtag in der Zweiten Lesung kommt, das ist eine andere Frage. Das will ich an dieser Stelle auch ganz offen sagen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich will das auch losgelöst von dem Problem, das zum Beispiel Frau Justizministerin Hoffmeister hier angesprochen hat, was die Kernkompetenz beim oder in Vorbereitung eines Gesetzgebungsverfahrens, so ist es ja richtig, der Landesregierung angeht, wo es natürlich dann auch bestimmte Einschränkungen gibt, was die Informationsrechte Dritter – übrigens auch des Landtages, das betrifft ja dann auch zum Beispiel Untersuchungsausschüsse – heute schon angeht, ich will mal einen anderen Punkt ansprechen, weil, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE, Sie haben ja dann nicht nur zum Beispiel Gesetzgebungsverfahren der Regierung angesprochen, sondern auch wenn aus der Mitte des Hauses Gesetze hier eingebracht werden, was ja vom Grundsatz her auch richtig ist, warum soll man das Parlament anders behandeln als die Landesregierung, aber dann will ich das mal an einem Punkt deutlich machen, weil ich ja nun über die Jahre, die ich hier auch selber an Gesetzgebungsvorbereitungen aus meiner Fraktion beteiligt war, immer wieder erlebt habe, das wissen Sie aber auch, der Entscheidungsfindungsprozess, der einem eigentlichen Gesetzgebungsvorhaben oder der konkreten Entscheidung, auch aus Ihrer Fraktion beispielsweise oder meiner Fraktion, dass dann ein Gesetzentwurf gemacht wird, dieser Entscheidungsfindungsprozess kann sich ja durchaus über Jahre hinziehen. Ich habe das selber zu meinem Bedauern erlebt, wenn ich daran denke, wie lange wir in diesem Parlament zum Beispiel übers Vergabegesetz diskutiert haben und immer wieder neue Änderungen gemacht haben, neue Anläufe gemacht haben, bis es das dann endlich war.

Und dann ist es natürlich so gewesen, wo dokumentiere ich dann auch in meiner Fraktion zum Beispiel den

Punkt, wo ich sage, jetzt habe ich mir eine Stellungnahme eines Dritten eingeholt, und diese Stellungnahme ist dann nicht mehr nur dazu da, meinungsbildend in der Fraktion zu sein – weil dann würde es diesem Gesetzentwurf nicht unterfallen –, sondern ist schon dafür da, tatsächlich am Ende dieses Prozesses auch in den Gesetzentwurf mit (begründend, wie auch immer) einzufließen.

Das ist nur ein Punkt, den man auch ansprechen muss, den man diskutieren muss. Ich habe dafür selber keine Antwort, deswegen sind wir auch, sowohl die Kollegen der CDU- als auch der SPD-Fraktion, der Meinung, dass man das überweist, damit man das in Ruhe diskutieren kann. Aber das sind natürlich Probleme, die so vielfältig sind, dass ich mir heute nicht sicher bin, ob man dafür eine Lösung findet. Auch das sage ich hier ganz offen. Aber das ist ja dann auch im Vorfeld besprochen worden.

Und ich will noch einen zweiten Punkt ansprechen, der eben auch schon mal genannt worden ist. Natürlich kann ich eine Offenlegungspflicht aller Beteiligten hier an einem solchen Verfahren erst mal postulieren. Aber ich muss mir natürlich auch überlegen, es ist das Beispiel von Rechtsanwaltskanzleien, egal, ob sie jetzt aus dem angelsächsischen Bereich oder aus dem deutschen Bereich kommen, das ist in dem Fall ja völlig egal, da muss ich mich natürlich fragen, da wird hier eine Offenlegungspflicht des Mandanten postuliert, da haben wir natürlich schon mal ein Problem, dass das möglicherweise – ich will das jetzt auch mal mit einem Fragezeichen versehen, aber möglicherweise – gegen entsprechende Verschwiegenheitsverpflichtungen seitens bundesgesetzlicher Regelungen verstößt. Der kann vielleicht das gar nicht so offenlegen. Das muss man auch ganz deutlich sagen. Und das kann dazu führen, dass man sagt, ich will mit demjenigen dann nichts zu tun haben. Das wäre vielleicht eine Konsequenz, aber ob man gesetzlich regeln kann, dass er es machen muss, ist eine ganz andere Frage. Ich will das nur anreißen, ich kann das selber an der heutigen Stelle nicht abschließend beurteilen.

Es gibt eine Vielzahl von Gründen, das in Ruhe zu diskutieren. Das werden wir tun. Wir müssen uns dann auch überlegen, ob wir dazu eine Anhörung machen, auch dafür sind wir offen, da werden wir uns sicherlich darüber verständigen, wen man dazu laden kann, wen man dazu laden soll. Und ich glaube, selbst, wenn es nicht am Ende zu einem entsprechenden Gesetz kommen sollte, Herr Kollege Ritter, wird für alle Beteiligten in diesem Haus der Mehrgewinn so groß sein, dass das Ganze sich dann schon gelohnt haben könnte. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Sebastian Ehlers, CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion Freie Wähler/BMV Herr Manthei.

Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch meine Fraktion wird einer Überweisung zustimmen, wohl wissend, dass dieses Gesetz, wenn überhaupt, jedenfalls nicht so verabschiedet werden kann, wie es hier im Entwurf vorliegt.

Es sind mehrere Punkte schon angesprochen worden, ich will es trotzdem noch mal kurz erwähnen, weil es für uns wichtige Punkte sind. Der erste Punkt ist – das ist mir gleich beim Lesen des Entwurfs aufgefallen – eine, ja, wie soll ich sagen, eine Systemstörung. Frau Hoffmeister hat es angesprochen. Wir haben ja nun mal die Gewaltenteilung als eine der Grundlagen in unserem Rechtsstaat und wenn ich Regierungsgesetzesentwürfe habe und dann habe ich mir das überlegt, dann bastelt die Regierung jahrelang an Entwürfen herum und dann soll aber bei der Landtagsverwaltung eine Dokumentationsstelle eröffnet werden, dann passt das eigentlich nicht, weil die Regierung ist die Exekutive und wir sind die Legislative, und das sind zwei Dinge, wo man auch sorgfältig – auch in unserem eigenen Interesse als Legislative, als Landtag – darauf achten sollte, dass man das getrennt hält.

Die nächste Frage ist, ob dieses Gesetz notwendig ist. Also da bin ich wieder beim Punkt, was ist die Exekutive, was die Legislative. Wir sind immer noch diejenigen im Landtag, also wir, der Landtag, sind diejenigen, die die Gesetze verabschieden, nicht die Regierung. Da muss man halt, glaube ich, immer wieder auch darauf hinweisen. Und die Stellungnahmen, die wir benötigen für unser Gesetz, das wir verabschieden, die holen wir ein, die können wir einholen und die sind dann auch allgemein bekannt.

Der dritte Punkt ist der bürokratische Aufwand für die Landtagsverwaltung. Sie hatten ja dann auch die Landtagsverwaltung, Herr Ritter, ausdrücklich angesprochen, sich hier zu beteiligen. Also im Moment – ich weiß, ich kann natürlich nicht für die Landtagsverwaltung sprechen –, im Moment kann ich es mir nicht vorstellen, dass dort genug Personal und Technik vorhanden ist, um diese Dokumentationsstelle zu führen. Schon jetzt weiß ich aus der Unterstützung aus meinen Ausschusssekretariaten im Innenausschuss und im Rechtsausschuss, die uns immer sehr hilfsbereit mit Rat und Tat zur Seite stehen, dass da sehr fleißig gearbeitet wird, und da habe ich nicht so den Eindruck, dass da noch irgendwie Leute sitzen, die noch auf zusätzliche Aufgaben warten. Also das müsste man sehen, welcher bürokratische, also Personal- und finanzielle Aufwand da noch zu erwarten wäre.

Und der letzte Punkt noch – der ist auch schon angesprochen worden, ich glaube, es war auch Frau Hoffmeister –, wir haben uns mal die Stellungnahmen im Thüringer Gesetzgebungsverfahren angesehen natürlich, weil ja die Vorlage auch ausdrücklich hier kam aus Thüringen. Einen Punkt halte ich noch für besonders wichtig, weil es soll ja mit der Transparenz, oder mit diesem Gesetz soll ja im Grunde eine Einflussnahme, ja, ich will nicht sagen, verhindert werden, ja, vielleicht doch verhindert werden, jedenfalls soll alles transparent sein, wer alles so mitwirkt beim Gesetzentwurf. Und das hat hier jemand gesagt in den Anhörungen oder in der Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf in Thüringen, dass eben die informelle Einflussnahme, die es auch möglicherweise gibt, dass gerade die eben dann nicht erfasst werden würde durch so eine öffentliche Dokumentation. Gerade solche stehen ja im Verdacht, sich der öffentlichen Kontrolle zu entziehen. Die werden wir also damit nicht beseitigen oder gar kontrollieren können. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Ehlers.

Sebastian Ehlers, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Durch den Gesetzesentwurf, den die Fraktion DIE LINKE heute vorlegt, der in der Tat etwas sperrig daherkommt – im Bund hat man ja mittlerweile sehr prägnante Gesetzestexte, „gute Kita“, „starke Familien“, vielleicht, Herr Ritter, schauen Sie da noch mal, vielleicht kriegen Sie es noch etwas knackiger hin –,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Tolle Transparenz.)

soll also eine öffentlich zugängliche Beteiligentransparenzdokumentation eingeführt werden. Jede natürliche und juristische Person und deren Organe und Vertreter, die sich mit inhaltlichen Beiträgen an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligen, sollen durch den Landtag von Amts wegen eingetragen werden.

In Ihrer Begründung, Herr Ritter, schreiben Sie, dass Beteiligungen am Gesetzgebungsverfahren ein „hohes Korruptionsgefährdungspotenzial“ tragen. Das ist mir ehrlich gesagt etwas zu pauschal, und gerade auch – und der Kollege Grimm hat ja auch Beispiele aus Berlin, aus Brüssel, glaube ich, gerade genannt –, finde ich, muss man sich ja immer die Frage stellen, wenn wir im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern diskutieren, ist das miteinander vergleichbar, denn eine Bankenlobby oder Rüstungslobbyisten oder Pharmalobbyisten oder was sonst immer für Lobbyisten es in Berlin gibt, sehe ich in Mecklenburg-Vorpommern in vielen Bereichen nicht. Denn schauen wir uns doch mal an, auch, wenn wir uns in den Ausschüssen Stellungnahmen anschauen, wer sind denn hier diejenigen, die sich einbringen. Das sind natürlich in vielen Bereichen die – in Führungsstrichen – „üblichen Verdächtigen“, die kommunalen Spitzenverbände, andere Verbände, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften et cetera.

Ich erinnere mich in dem Zusammenhang an eine Presseanfrage aus der vergangenen Wahlperiode, da war ich noch Pressesprecher. Da gab es, glaube ich, die Frage, wie viele Hausausweise es hier im Landtag gibt für sogenannte Lobbyisten. Ich glaube, die Antwort war irgendwas bei – die Verwaltung möge mich nachher korrigieren –, ich glaube, das war unter 20, für die Genannten nämlich. Also wir haben hier eine andere Situation als beispielsweise in Berlin, wo man ja durchaus kritisch darüber diskutieren kann, was dort so passiert.

Der Gesetzesentwurf entspricht im Wesentlichen, die Kollegen sind darauf eingegangen, dem Thüringer Gesetz vom 17.02.1919 – also 2019, Entschuldigung, so lange ist es nun nicht her.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Von Thüringen lernen heißt also siegen lernen, Herr Ritter, das zeigen Sie hier erneut. Mal schauen, ob es dann nach den Wahlen im Oktober immer noch so ist.

Transparenz ist in aller Munde, das ist ein wichtiges Thema und, ich glaube, auch bei allen politisch Verant-

wortlichen hoch auf der Agenda. Wir haben gestern übers Thema „Transparenz bei Wohlfahrtsverbänden“ diskutiert, und gerade dort, wo ein Vertrauensverlust sichtbar ist, wird die Forderung nach mehr Transparenz gestellt. Die Frage ist natürlich – und, Herr Ritter, Sie haben in der Einbringung gesagt, das steigert das Vertrauen in Politik, in Regierungshandeln –, ob das wirklich so ist, werden wir sehen. Da bin ich auch mal gespannt auf die Ergebnisse aus Thüringen.

Einen Punkt, und darauf ist auch schon mein Vorredner eingegangen, werden wir natürlich mit so einem Gesetz nicht aushebeln. Kollege Manthei hat, glaube ich, gerade von der „informellen Einflussnahme“ gesprochen. Sie können natürlich schriftlich sich irgendwo einbringen, Sie können aber auch sich informell treffen, Informationen irgendwo zukommen lassen, einen Hinweis geben.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Also gibt es doch Einflussnahme!)

Ja, aber das werden Sie auch mit so einer Dokumentati-
on nicht irgendwo verhindern können.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Aber es stimmt, es gibt sie.
Das haben Sie eben bestätigt.)

Von daher ist die Frage, a) was wollen wir, und b) wie kriegt man das im Endeffekt dann auch ausgeschlos-
sen.

Deswegen ist für uns die Frage, die sich dann auch in den Ausschussberatungen stellen wird, ist das wirklich ein Instrument zu einer effektiven Bekämpfung von unlauterem Lobbyismus und wie kriegen wir da auch legitime und vielleicht illegitime Einflussnahme voneinander getrennt. Und ist das in diesem Umfang notwendig? Denn wir reden überall über Deregulierung, seit vielen, vielen Jahren. Richtig vorangekommen sind wir bei dem Thema ehrlich gesagt nicht, und hier wird natürlich auch Bürokratie aufgebaut. Ich glaube, das kann man nicht diskutieren. Und wir haben ja, und darauf sind auch einige Vorredner eingegangen, verschiedene Instrumente, auch gerade für Abgeordnete, der Information, der Beteiligung. Ich finde, das ist auch ganz wichtig. Es ist ja nicht so, dass wir jetzt irgendwo hier eine Stunde null haben und keinerlei Transparenz haben.

Auf Artikel 39 der Landesverfassung ist die Ministerin eingegangen, und da ist ja noch mal ganz wichtig auch der Absatz 2, den ich an der Stelle zitieren möchte: „Die Informationspflicht nach Absatz 1 findet ihre Grenzen in der Funktionsfähigkeit und Eigenverantwortung der Landesregierung.“ Also auch die Verfassung setzt hier dem ganzen Thema Grenzen und es gibt auch zum Thema Datenschutz im Artikel 6 der Landesverfassung eine Formulierung.

Deswegen glaube ich, wir sind gut beraten, das Thema mit all diesen auch verfassungsrechtlichen Bedenken, die ja hier auch einige Juristen vor mir geäußert haben, dann zu diskutieren im zuständigen Rechtsausschuss und vielleicht auch noch mal darüber zu diskutieren, was denn jetzt konkret der Anlass ist. Nur, weil es in Thüringen gemacht wurde, das ist für mich jetzt erst mal kein Argument. Gibt es irgendwo einen konkreten Punkt, wo Sie sagen, da hat vielleicht unlautere Einflussnahme stattgefunden, da haben wir eine Information, dass da

irgendeine Lobbyistenorganisation Einfluss genommen hat? Ich finde, das darf man miteinander diskutieren, denn es gab ja eine Kleine Anfrage auch mit der Frage, wie viele natürliche und juristische Personen mit inhaltlichen Beiträgen, insbesondere Stellungnahmen, an Gesetzgebungsverfahren der Landesregierung beteiligt waren in den Jahren 2012 bis 2018. Und das waren von 11 Stellungnahmen in einem Jahr bis zu 29 maximal. Also wir reden jetzt hier auch nicht über einen riesigen Berg von Stellungnahmen. In der Tat ist es in der Praxis so, das wissen wir aus den Ausschussberatungen ja auch, wenn Gesetzgebungsverfahren in den Ausschüssen sind, bekommen wir häufig auch unaufgefordert die Stellungnahmen von vielen Institutionen und Einrichtungen, die sich auch in den frühzeitigen Gesetzgebungsverfahren beteiligt haben.

Deswegen teile ich die Einschätzung einiger Vorredner, mehr Fragen, die aufgekomen sind. Ich freue mich auf eine fruchtbringende Beratung im zuständigen Rechtsausschuss und hoffe, dass wir da mit mehr Erkenntnissen rausgehen und die Fragen, die heute aufgeworfen sind, dort dann beantwortet werden. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Jochen Schulte, SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeord-
neter.

Das Wort hat noch einmal für die Fraktion DIE LINKE
Herr Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr
verehrten Damen und Herren!

Lieber Kollege Ehlers! Gute Idee, man könnte das Ge-
setz ganz einfach „Tolles Transparenzgesetz“ nennen.

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD: TT!)

Dann hätten wir uns Berlin angenähert mit dem Finden
von Gesetzesnamen oder -bezeichnungen. Aber Scherz
beiseite, Anlass ist natürlich nicht für unsere Initiative,
weil Thüringen so ein Gesetz hat, müssen wir das jetzt
auch unbedingt machen. Nein, es geht hier einzig und
allein um mehr Transparenz im politischen Willensbil-
dungsprozess.

Und ich muss Ihnen ehrlich sagen, so macht Politik
Spaß. So macht parlamentarische Arbeit Spaß. Es wird
ein Problem benannt, es wird eine Problemlösung vorge-
schlagen, es wird Bereitschaft signalisiert, über die ver-
schiedenen Facetten eines solchen Problems miteinander
zu diskutieren, ergebnisoffen,

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Kandidieren Sie doch noch mal?)

ergebnisoffen.

Nee, nee, nee, nee, nee! Also auch fürs Protokoll, ich bin
im Abklingbecken, es ist alles gut.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Nein, was am Ende eines solchen Diskussionsprozesses
herauskommt, das wissen wir doch bei allen Geset-

zen. Allerdings ist es dann auch immer ein Unterschied, wer Einbringer eines solchen Gesetzes ist. Bringt die Landesregierung ein solches ein, kann man sich den Spruch sparen in den meisten Fällen, dass ein Gesetz den Landtag nie so verlässt, wie es eingebracht worden ist. Da wissen wir, wie die Spielregeln sind. Aber ich will mich überhaupt nicht darüber beklagen, nein, ich bin froh, dass alle signalisiert haben, dass wir über diesen Gesetzentwurf, der nicht der Stein des Weisen ist, diskutieren wollen.

Und wenn die Anhörung angesprochen worden ist, Herr Schulte, selbstverständlich werden wir eine Anhörung beantragen, weil nur so macht es Sinn, auch mit externem Sachverstand und auch Erfahrungen, zum Beispiel aus Thüringen, über diese Fragen zu diskutieren.

Ich will aber trotzdem noch auf zwei, drei Dinge ganz kurz eingehen. Frau Ministerin hat das Informationsfreiheitsgesetz bemüht. Ich selber war ja im Entstehungsprozess dieses Informationsfreiheitsgesetzes beteiligt. Das war damals auch so ein klassischer Kuhhandel, wie man so schön sagt, mit einer Regierungskoalition. Wir haben das IFG gekriegt, und ich glaube, damals die SPD hat schon weitreichende Änderungen im Sicherheits- und Ordnungsgesetz durchsetzen können. Das hat mir nicht viele Freunde gebracht in der eigenen Partei, aber sei es drum.

Das IFG ist aber in diesem Zusammenhang nicht hinreichend, denn erstens, wann weiß die Bürgerin, wann weiß der Bürger draußen, wann die hochgeschätzte Landesregierung ihren Meinungsbildungsprozess abgeschlossen hat? Schwer zu erkennen für die Menschen da draußen. Und wenn man dann doch mal das IFG bemüht, so, wie ich das mal versucht habe, macht man spätestens an der Stelle Schluss, wo einem der Kostenbescheid ins Haus flattert. Ich gehöre nun sicherlich nicht zu den ärmeren Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, aber selbst ich habe gesagt, nee, Leute, dann verzichte ich lieber auf die Information, als dass ich sozusagen für die Dienstleistung der Regierung dann auch noch die Regierung bezahle. Das ist also ein schlechtes Beispiel sozusagen, um die ...

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Nee, Datenschutz, Kollege Renz.

Das ist ein schlechtes Beispiel sozusagen, um die Notwendigkeit des Transparenzgesetzes zu begründen.

Und dass Lobbyismus von vornherein etwas Schlechtes ist, das hat auch hier niemand unterstellt. Auch meine Fraktion betreibt natürlich Lobbyarbeit, betreibt Interessenvertretung. Auch wir holen uns natürlich externen Sachverstand bei unserem Meinungsbildungsprozess herein. Aber wenn sozusagen dann auch hier davon die Rede ist, dass es dann durchaus sein kann, dass es neben den schriftlichen Stellungnahmen eine informelle Einflussnahme geben kann, wird doch das Problem deutlich. Es besteht ja durchaus die Gefahr einer informellen Einflussnahme, und wenn das in den Diskussionsreden hier schon deutlich gemacht wird oder dargestellt wird, dann zeigt das doch, dass wir durchaus ein Problem haben.

Das haben natürlich auch die Thüringer Kolleginnen und Kollegen erkannt im Gesetzgebungsverfahren und ich

will deshalb zum Schluss da nur noch mal die SPD-Abgeordnete Dorothea Marx zitieren, die im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens im Thüringer Landtag sagte: „Wir sind der Meinung, dass wir mit dem Gesetz nicht alle schädlichen Formen des Lobbyismus verhindern. Aber wir können sie offenlegen, so dass sich die Bürgerinnen und Bürger selbst ein Bild von möglicher Beeinflussung machen können.“ Also es geht hier wirklich darum sozusagen, das, was wir hier tun, was die Regierung im Gesetzgebungsverfahren macht, deutlicher, nachvollziehbarer zu machen und somit auch vielleicht ein Stück mehr Interesse der Bürgerinnen und Bürger hier im Land an Politik zu wecken, denn wenn wir uns hier abschotten, wenn wir sagen, nee, das ist jetzt hier alles streng geheim und wir müssen erst mal einen Meinungsbildungsprozess führen und wenn dann das Ergebnis vorliegt, dann, liebe Leute, dann könnt ihr davon Kenntnis erhalten, dann weckt man kein Interesse mehr an politischer Mitgestaltung.

Insofern, herzlichen Dank für die Bereitschaft, diesen Gesetzentwurf in den Rechtsausschuss zu überweisen und dort weiter zu diskutieren. Ich freue mich auf diese Debatte und ich bin gespannt, zu welchen Ergebnissen wir dann gemeinsam kommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Ritter, und es freut mich zu hören, dass Ihnen Politik Spaß macht.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4017 zur federführenden Beratung an den Rechtsausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19:** Empfehlung und Bericht des Petitionsausschusses gemäß Paragraf 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 7/4083.

Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses (1. Ausschuss) gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz – PetBüG M-V) – Drucksache 7/4083 –

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Petitionsausschusses Herr Dachner.

Manfred Dachner, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Mit der Drucksache 7/4083 legt Ihnen der Petitionsausschuss wieder mal eine Sammelübersicht für den Zeitraum vom 1. April bis zum 30. Juni 2019 vor. In diesem Berichtszeitraum hat der Ausschuss 60 Petitionen bearbeitet und empfiehlt Ihnen dazu die Beschlussfassungen, wie sie in der Sammel-

übersicht vorgezeichnet sind. In sieben weiteren Fällen empfiehlt Ihnen der Ausschuss, die Petitionen zuständigkeitshalber an den Landtag oder an die Landtage beziehungsweise an den Deutschen Bundestag zu überweisen. Bei zehn weiteren Petitionen haben wir von der inhaltlichen Bearbeitung abgesehen, weil uns hier die Einwirkungsmöglichkeiten fehlten.

Wenn Sie also in die Sammelübersicht schauen, werden Sie schnell erkennen, mit welchen individuellen Problemen unsere Bürgerinnen und Bürger im Land sich auseinandersetzen, und Sie sehen natürlich auch die größeren Themen, die die Menschen hier im Land bewegen. Dies sind unter anderem gerade die Kritik an der kommunalen Kurabgabe, manchmal gibt es auch Vorschläge, wie in einem Fall den Vorschlag zur Fahrplanerweiterung oder -verbesserung der Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern oder auch des Sozialtickets, Baumaßnahmen, Bildung, Schule, Lehrer, Tierwohl, Ausländerwesen, insbesondere auch die Abschiebungspraxis von Menschen, die sich hier gut integriert haben, in der Ausbildung sind oder im Studium, aber auch das Musikfestival war Gegenstand einer Petition und natürlich auch das Verhältnis zwischen Staat und Kirche wurde im Ausschuss diskutiert. So weit zu einigen Auflistungen im Petitions geschehen.

Hier bei diesen umfänglichen Themen haben wir uns dann insbesondere auf die Berichte der Ministerien und Ausschüsse einlassen müssen, weil es natürlich auch spezifische Themen sind, aber wir suchen natürlich auch nach Lösungen im Ausschuss im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und laden uns dazu Regierungsvertreter ein. Und es gibt auch im Ausschuss dann manchmal so eine Sternstunde. Da habe ich ja in der Vergangenheit öfter Ministerien und Verwaltung kritisiert, weil wir nicht immer sehr kooperativ miteinander umgehen, wenn es mal darum geht, eine Entscheidung, die getroffen wurde, entweder zu verändern, aufzuheben oder vielleicht noch nach einem Lösungsansatz zu suchen, damit man dem Bürger auch entgegenkommt. Aber in diesem Fall haben wir dann oder hat sich ein Bürger, ein besorgter Bürger, gezeigt, der Bedenken hatte, dass sein Museum in Göhren/Mönchgut, ein Projekt – und diese Kritik war auch berechtigt –, dieses Projekt auf Mönchgut leider nicht zu Ende geführt werden konnte, weil die Gemeinde ihren Eigenanteil nicht leisten konnte. Das war eine stolze und riesige Summe. Und dann haben wir gesagt, okay, dann hören wir uns die Regierungsvertreter an, die in diesen Ressorts zuständig sind, und haben einen doch breiten Konsens gefunden, auch nachdem wir erst vermutet haben, dass der Bürgermeister und der Kurdirektor dieses alte Problem beklagen, dass leider dieses internationale Projekt nicht durchgeführt werden konnte. Aber nein, sie kamen mit einem sehr konstruktiven Vorschlag, das muss man schon sagen, das ist nicht so häufig, und dieser Vorschlag, der hat uns tatsächlich doch überzeugt, dass es auch andere Möglichkeiten der Erweiterung geben kann.

Die Vertreter des Ministeriums, ich darf sie hier mal so nennen, das waren also Vertreter aus dem Innenministerium, des Wirtschaftsministeriums und des Bildungsministeriums, Frau Meyn und Frau Brautferger, Frau Schumacher und Herr Rautenberg, ja, die haben in der Tat sich wirklich Gedanken gemacht, bevor sie in diese Sitzung kamen – das sollte eigentlich selbstverständlich sein, aber ist es oftmals nicht –, und haben natürlich in die Ressorts geschaut und auch Querverbindungen zu

anderen Ressorts gefunden und gute Vorschläge unterbreitet. Das hat uns schon überzeugt. Und ich betone das deshalb, weil wir so ein Entgegenkommen und so ein Miteinander nicht so sehr oft feststellen können. Also ich denke mal, vielen Dank an diese Vertreter der Ministerien und Verwaltungen, auch an den Bürgermeister, das war eine tolle Veranstaltung. Wir werden sie als Ausschuss weiterhin begleiten, um zu sehen, was daraus in der nächsten Zeit wird. Ich denke, da ist ein guter Ansatz zunächst gefunden worden.

Abschließend darf ich Sie bitten, dieser Beschlussempfehlung, wie sie Ihnen vorgeschlagen wird, nachzukommen und auch zuzustimmen. Der Petitionsausschuss hat jedenfalls diesem Vorschlag einstimmig zugestimmt. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und Freie Wähler/BMV)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Dachner.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Petitionsausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 7/4083, die in der Sammelübersicht aufgeführten Petitionen entsprechend den Empfehlungen des Petitionsausschusses abzuschließen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses auf Drucksache 7/4083 einstimmig zugestimmt. Vielen herzlichen Dank.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und Freie Wähler/BMV – Partnerschaftsvereinbarung zwischen der Legislativversammlung des Oblastes Leningrad und dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 7/4027.

**Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und Freie Wähler/BMV
Partnerschaftsvereinbarung zwischen der
Legislativversammlung des Oblastes Leningrad
und dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 7/4027 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr SELLERING.

Erwin SELLERING, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwischen Mecklenburg-Vorpommern und dem Leningrader Oblast bestehen seit vielen Jahren besondere partnerschaftliche Verbindungen. Das hängt auch damit zusammen, dass nach der Wende das neue Bundesland Mecklenburg-Vorpommern im wirtschaftlichen Aufholprozess neben vielen Nachteilen und Problemen einen Vorteil aufweisen konnte: über Jahrzehnte gewachsene, belastbare wirtschaftliche Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern, vor allem zu Russland. Es drängte sich auf, an diese Kontakte anzuknüpfen, sie zu pflegen und zu intensivieren. Das haben alle SPD-geführten Landesregierungen über viele Jahre getan, mit gut organisierten gegenseitigen

Besuchen, immer begleitet von Wirtschaftsdelegationen, und später dann auch mit großen Wirtschaftstreffen einmal im Jahr, auf unserer Seite der sogenannte Russlandtag.

Das gegenseitige Vertrauen, die Verlässlichkeit ist übrigens erheblich dadurch gestärkt worden, dass Mecklenburg-Vorpommern an diesem Russlandtag auch 2014 in politisch sehr schwierigen Zeiten entgegen vielerlei Kritik festgehalten und den Gesprächsfaden aufrechterhalten hat.

(Beifall Horst Förster, AfD)

Ich halte das nach wie vor für richtig. Deutschland darf nicht mitmachen bei einer Rhetorik, die einen Rückfall in die Mechanismen des Kalten Krieges bedeutet

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, AfD und DIE LINKE)

und die eben leicht die Vorstufe zu wirklicher militärischer Auseinandersetzung sein kann.

Wenn man davon ausgeht, bedeutet das Verantwortung, auch für das Land Mecklenburg-Vorpommern. Und die Landesregierung kommt dieser Verantwortung nach durch die Aufrechterhaltung und Pflege guter und freundschaftlicher Beziehungen zu ihrer russischen Partnerregion, dem Leningrader Oblast. Ich halte es für sehr wichtig, dass diese Haltung der Landesregierung auch von der Zivilgesellschaft unterstützt und mitgetragen wird. Das ist das Ziel der deutsch-russischen Partnerschaft, die sich vor einem Jahr gegründet hat und sich als gemeinnütziger Verein für ein gut nachbarschaftliches Verhältnis zu Russland einsetzt, übrigens kann man ja deutlich sagen, auch in Fortsetzung unserer jahrhundertelangen gemeinsamen Geschichte, die gerade auch mit Mecklenburg-Vorpommern besteht. In Kultur, Sport, Wissenschaft, anderen sozialen Bereichen wollen wir ein vertieftes gegenseitiges Kennenlernen ermöglichen, zum Beispiel in Workshops, gemeinsamen Camps, gemeinschaftlichem kreativen Schaffen und so weiter, mit Schwerpunkt auf dem Austausch gerade von jungen Menschen.

Viele der inzwischen über 70 Mitglieder des Vereins sind seit Jahren ehrenamtlich in den verschiedenen sozialen Bereichen tätig und bringen sehr engagiert ihre Erfahrungen und Kompetenzen als anerkannte Multiplikatoren in diese Vereinsarbeit ein, zum Beispiel Herr Bluhm für den Landessportbund, Professor Schareck, Professor Steininger für die Wissenschaft, Frau Lutz-Auras für politische Bildung, Miro Zahra, Dr. Neumann, Dr. Fein für Kunst und Kultur, der ehemalige Bildungsminister Henry Tesch für Schüleraustausch und so weiter.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Als erstes großes Event haben wir mit engagierten Partnern im Juli dieses Jahres eine deutsch-russische Jugendwoche durchgeführt. In sieben verschiedenen Projekten an unterschiedlichen Orten im ganzen Land haben deutsche und russische Jugendliche sich beim Sport, beim Denkmalschutz, mit einem politischen Planspiel, bei kreativem Schaffen, gemeinsamem Musizieren, in der Feuerwehr kennen- und verstehen gelernt. Dabei sind gute Kontakte und Freundschaften entstanden und

ich bin überzeugt, das ist ein wichtiger, langfristiger Beitrag zu einem guten Verhältnis zwischen unseren Ländern.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und Freie Wähler/BMV)

Das ist ein Beitrag zur Völkerverständigung und letztlich zur Erhaltung und Stärkung eines friedlichen Zusammenlebens. Und darum geht es uns. Wir sind davon überzeugt, dass Menschen, die sich in ihrer Unterschiedlichkeit kennen- und schätzen gelernt haben, die zu Freunden geworden sind, dass sie sich weniger leicht aufhetzen lassen, sich weniger leicht weismachen lassen, ein anderes Volk sei böse, wolle Krieg und müsse bekämpft werden.

Im nächsten Frühsommer wird die deutsch-russische Jugendwoche im Leningrader Oblast von den Russen durchgeführt. Außerdem werden wir im nächsten Jahr im Herbst bei uns eine große Kulturwoche mit Workshops, anschließenden Aufführungen beziehungsweise Ausstellungen in den Bereichen Musik, bildende Kunst, Theater und so weiter durchführen. Dieser wichtige Beitrag der Zivilgesellschaft wird unterstützt von beiden Regierungen der Partnerregionen. Die Ministerpräsidentin und der Gouverneur engagieren sich persönlich, das ist gut und sehr wichtig. Heute liegt ein Antrag vor, mit dessen Annahme auch der Landtag zu einem wichtigen Akteur bei dem Ausbau und der Pflege guter Beziehungen mit Russland, mit der Leningrader Oblast werden soll. Das ist eine großartige Sache.

Die SPD-Fraktion war vor einigen Wochen in der Leningrader Oblast und hat dort einen warmherzigen Empfang und viel freundschaftlichen Austausch erfahren. Es wäre schön, wenn auch die anderen antragstellenden Fraktionen es ihr gleichtun würden, denn dieses wichtige Bemühen um Frieden und Völkerverständigung zwischen Deutschland und Russland muss ein überparteiliches Anliegen sein.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE, Freie Wähler/BMV und Ann Christin von Allwörden, CDU – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, wir wissen natürlich alle, dass viele – gerade in Westdeutschland, in anderen Ländern Europas – eine andere Grundeinstellung zu Russland haben und uns Naivität vorwerfen. Ich denke, daran ist durchaus richtig, dass auch die Außenpolitik einen moralischen Kompass haben sollte. Aber wir brauchen dabei einen realistischen Blick auf die Politik aller drei Großmächte, China, Russland und die USA, die doch jede ihre eigenen Interessen an die erste Stelle setzt und aggressiv verfolgt, im Zweifel sogar unter Missachtung der Menschenrechte und des Völkerrechts. Ich halte es für wichtig, da nicht auf einem Auge blind zu sein.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Ann Christin von Allwörden, CDU)

Europa ordnet sich gerade neu und ich wünsche mir sehr, dass es gelingt, eine selbstbewusste, eigenständige Position im Verhältnis zu diesen drei Weltmächten zu finden und uns nicht auf einer Seite in einen unkalkulierbaren Konflikt hineinziehen zu lassen. Ich wünsche mir

sehr, dass der Antrag hier in diesem Hause eine große Mehrheit findet. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, Freie Wähler/BMV und Christoph Grimm, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 64 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Kolbe.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Herr Kolbe! – Karsten Kolbe, DIE LINKE: Herr Kolbe ist schon dran.)

Karsten Kolbe, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit Blick auf die große Weltpolitik müssen wir konstatieren, dass wir in sehr bewegten Zeiten leben. Wir erleben das schleichende Ende der USA als Weltmacht, die damit verbundenen Brüche und das Entstehen einer neuen multipolaren Weltordnung. Egal, ob man sich den zuspitzenden Handelsstreit zwischen China und den USA anschaut, auf die zunehmende Bedrohungslage am Golf von Hormus nach dem einseitigen Aufkündigen des Nuklearabkommens der USA mit Iran blickt oder auch die Beendigung des INF-Vertrages zwischen Russland und den USA betrachtet, Fakt ist, die Welt ist in den vergangenen Jahren und Monaten ein ganzes Stück unsicherer geworden, und das muss uns auch hier in Mecklenburg-Vorpommern mit großer Sorge erfüllen. Ein neues Rüstungswettrennen hat bereits begonnen und das Säbelrasseln nimmt wieder deutlich zu.

Meine Fraktion ist der festen Überzeugung, dass Aktionen wie das derzeit in der Ostsee stattfindende Manöver mit über 3.000 Soldaten der NATO nicht geeignet sind,

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Richtig!)

um den Frieden in der Region zu befördern.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Kurz nach dem Weltfriedenstag! Kurz nach dem Weltfriedenstag!)

Im Manöverszenario ist vorgesehen, man konnte es lesen, dass ein Anrainerstaat der Ostsee territoriale Ansprüche auf eine Insel erhebt.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Wenn nun alle Ostseeanrainerstaaten, auch Schweden und Finnland,

(Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

die ja bekanntermaßen nicht dazugehören, bis auf Russland an der Übung teilnehmen, wird, denke ich, schnell klar und deutlich, gegen wen sich dieses Manöver richtet.

Wir halten solche Bedrohungsszenarien nicht für förderlich.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Für uns ist klar, die Ostsee ist kein Aufmarschgebiet. Die Ostsee, meine Damen und Herren, muss ein Meer des Friedens bleiben!

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU – Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zurufe von und Sebastian Ehlers, CDU, und Horst Förster, AfD)

Dafür brauchst es

(Zuruf von und Sebastian Ehlers, CDU)

nicht mehr Säbelrasseln und Aufrüstung, sondern Dialog und Diplomatie.

(Sebastian Ehlers, CDU: Junge, Junge, Junge!)

Ich bin wirklich froh, dass Mecklenburg-Vorpommern hier in den vergangenen Jahren einen Sonderweg eingeschlagen hat, der ganz klar darauf ausgerichtet war, die Gesprächskanäle nach Russland eben nicht abreißen zu lassen, sondern diese trotz der Sanktionen auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und auch kulturellem Gebiet weiter zu intensivieren. Das ist angesichts des ausgeübten Drucks – Herr Sellering ist darauf eingegangen –, insbesondere von der Bundesebene, nicht selbstverständlich und auch nicht immer einfach gewesen.

Nun ist es ja die ureigenste Aufgabe der Opposition, die Landesregierung zu kontrollieren, zu kritisieren und auch eigene Vorschläge zu unterbreiten. An dieser Stelle möchte ich aber nicht versäumen und auch im Namen meiner Fraktion einmal Herrn Sellering einen ganz großen Dank dafür aussprechen, diese mutige Russlandpolitik betrieben zu haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE, Christoph Grimm, AfD, und Christel Weißig, Freie Wähler/BMV)

Sie haben den Russlandtag angesprochen, Sie haben das klare Bekenntnis zu Nord Stream 2 angesprochen, und das ist ein wichtiges Signal in der Welt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE, Christoph Grimm, AfD, und Christel Weißig, Freie Wähler/BMV)

Hier ziehen wir an einer Leine, und das ist auch gut so, meine Damen und Herren.

Der heutige Antrag, mit einer Partnerschaftvereinbarung zwischen den Parlamenten des Leningrader Oblastes und dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern die Beziehung auf politischer Ebene weiter zu vertiefen, ist aus Sicht meiner Fraktion der konsequente nächste Schritt, um Dialog und gegenseitiges Verständnis weiter zu befördern.

Wir haben in den letzten Tagen und Wochen viel über den Osten, über Ostdeutschland geredet, und, ich glaube, bei aller unterschiedlichen Bewertung der russischen

Politik, die man im Detail haben kann und auch haben muss, verspüre ich insbesondere bei den Menschen in Ostdeutschland doch den klaren Wunsch, eine friedliche Politik mit Russland zu gestalten. Ich glaube, das gehört ein Stück weit zur ostdeutschen Identität, und das sind wir den Menschen hier in diesem Land auch schuldig.

(Torsten Renz, CDU: In den alten Bundesländern nicht, ja?)

Dass wir diesen ersten Schritt heute begehen, erfüllt mich auch 80 Jahre nach dem Überfall Deutschlands auf Polen und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs gewissermaßen mit Demut. Ich hatte zusammen mit meiner Kollegin Simone Oldenburg im Oktober des vergangenen Jahres die Möglichkeit, für zehn Jahre in Russland unterwegs zu sein,

(Torsten Renz, CDU: Zehn Jahre?!)

in Moskau, ...

Für zehn Tage!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD – Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD, und Dr. Ralph Weber, AfD)

Zehn Tage waren es leider nur. Zehn Jahre wären sicherlich auch sehr spannend gewesen,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

weil es ein sehr fantastisches Land ist.

... zehn Tage die Möglichkeit, in Moskau, insbesondere aber auch in Wolgograd unterwegs zu sein. Und wenn man sich dann die Gräueltaten des Krieges anschaut, wenn man sich die Aufarbeitung der Geschichte vor Ort anschaut und wenn man dann sieht, dass die russische Bevölkerung bereit ist, den Deutschen wieder die Hand zu reichen und die Versöhnung über den Gräbern zu ermöglichen, kann man das gar nicht hoch genug bewerten, meine Damen und Herren.

Das gilt auch im besonderen Maße für die Bevölkerung des heutigen Sankt Petersburg und des Leningrader Oblasts, die schreckliche Jahre der Besatzung, der Vernichtung und des Leids erfahren musste. Ich denke da an die 872-tägige Blockade Leningrads, die mit dem Planziel ausgegeben wurde, die Bevölkerung verhungern zu lassen. Das ist eines der größten deutschen Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg gewesen, dem etwa eine Million Menschen zum Opfer gefallen sind. Das muss man sich mal vorstellen, eine Million Menschen, die bewusst ausgehungert wurden und den Tod fanden! Und auch im Umland, mit dem wir nun die Beziehung noch weiter knüpfen wollen, gab es großes Leid. Es gab Zwangsdeportationen, es gab Zwangsmassenerschießungen, die Verwüstung ganzer Landstriche. In einigen Gebieten wurden 95 Prozent der Dörfer verbrannt und ausgelöscht. Das muss man sich mal vorstellen! Das sind Zahlen, die Ausdruck dieser Barbarei sind.

Die Geschichte, meine Damen und Herren, mahnt uns nachdrücklich, alles zu unternehmen, dass Gespräche und eben nicht Geschosse den Gang der Weltgeschichte bestimmen. Und sie mahnt uns eindringlich, menschenverachtenden, rassistischen Ideologien konsequent von

Anfang an die Stirn zu bieten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, begrüße ich auf der Besuchertribüne die Mitglieder des Vereins Seniorentanz Bad Doberan und Kühlungsborn. Herzlich willkommen!

Und ich rufe auf für die Fraktion der CDU den Abgeordneten Herrn Waldmüller.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, ein ganz, ganz wichtiger Antrag.

Und, Herr Selling, Sie haben ihn eingebracht, eins zu eins unterschreibt unsere Fraktion das, was Sie gesagt haben. Besser kann man es auch nicht sagen und besser kann man es auch nicht einbringen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Ich glaube, es ist sehr, sehr wichtig, und deswegen werde ich mich auch kürzer fassen, ich glaube, es ist sehr, sehr wichtig, dass wir – was wir heute tun –, dass wir also von der Regierungsebene auf die Legislativebene auch in diesem Bereich eben in den Austausch kommen, weil die Beziehung, Sie haben da alles gesagt, die Beziehung ja doch eine Herausforderung ist. Hier im Gespräch zu bleiben auch mit der Legislative, ich glaube, das ist ein sehr, sehr guter Weg, den wir alle hier gemeinsam gehen. Mich freut es auch ganz besonders, dass es ein fraktionsübergreifender Antrag ist, der dann auch eine hohe Zustimmung in diesem Haus haben wird.

Aber ich muss eins sagen – ich will jetzt von dem eigentlichen, weil es ist genug dazu gesagt worden und Sie haben dort verstanden, dass wir da zu 100 Prozent dazu stehen –, aber ich bin Wirtschaftspolitiker und will natürlich einen kleinen Schwenk dabei machen, weil letztendlich geht es ja auch um Außenwirtschaft, um wirtschaftliche Kontakte, Wertschöpfungserhöhung und so weiter. Und da gestatten Sie mir eins: Wenn wir die Auflistung in der Staatskanzlei sehen und unsere Exportpartner ansehen, dann ist Russland eben an der sechsten Stelle. Da kommen viele noch vorher,

(Sebastian Ehlers, CDU: Sehr richtig!)

beispielsweise Polen, Schweden, Dänemark und Finnland, also die Ostseeanrainer, und Russland natürlich. Und es ist vielleicht ganz gut, wenn wir neben Russland, wo wir den Russlandtag eingeführt haben, wo wir wirtschaftliche Beziehungen vorantreiben möchten, dass wir die Ostseeanrainer natürlich nicht außer Acht lassen oder aus dem Kopf verlieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Das tun wir nicht, in der Tat nicht, aber wir haben auch vielerlei Aktivitäten im Land, die wir ausüben mit den Ostseeanrainern, Ostseeparlamentarierkonferenz, all diese Dinge, die wir eben tun. Und wenn wir das bündeln und jetzt sozusagen einen Ostseeanrainertag zu

diesem sehr, sehr guten Russlandtag hinzufügen für die künftige Ausgestaltung unserer Beziehungen auch zu den anderen Ostseeanrainern in Richtung, auch Wertschöpfung zu erhöhen, Verflechtung der Wirtschaft, ich glaube, darüber sollten wir zusätzlich nachdenken. Wir sind ja da auch im Gespräch. Und mit diesem kleinen Hinweis stimmen wir selbstverständlich diesem Antrag zu. Wir halten ihn für einen sehr guten Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion Freie Wähler/BMV der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Mitbürger! Selbstverständlich tragen wir diesen Antrag sehr gerne mit. Und ich glaube, wenn Sie die Schlüsselbegriffe aus dem Antrag sich kurz noch mal vor Augen führen, „regelmäßiger politischer Meinungs- und Erfahrungsaustausch“, „Verständigung“, „Zusammenarbeit“, „Vorurteile abbauen“, „Verständnis füreinander entwickeln“, „freundschaftlich und kooperativ zusammenarbeiten“, dann braucht man es eigentlich gar nicht mehr weiter zu begründen. Das sind alles derartig positive Begriffe, dass man sozusagen gar nicht dagegen sein kann.

Allerdings haben wir uns diese Entscheidung durchaus gut überlegt. Wir haben schon darüber intensiv nachgedacht und uns nicht nur von diesen positiven Begriffen anstecken lassen, sondern, was auch ganz offensichtlich ist, dieses Abkommen soll nicht gegen andere gerichtet sein. Das ist für uns ein ganz wichtiger Punkt. Wir leben in einer multilateralen Welt. Wir möchten nicht zurückkehren zu einer Welt, in der man nur bilateral miteinander Abkommen schließt, die dann schnell dazu führen, dass andere sich ausgeschlossen fühlen, sondern wir möchten alle einbeziehen. Und das wird auch in diesem Antrag sehr deutlich gesagt, es geht um die Annäherung und Zusammenarbeit zwischen den beiden Regionen, aber auch zwischen den Regionen im Ostseeraum im Allgemeinen. Also es richtet sich gegen niemanden, sondern es ist die Einladung, intensiver zusammenzuarbeiten.

Herr Kolbe hat eben hingewiesen auf die historischen Erfahrungen, die Russland zum Beispiel im Zweiten Weltkrieg gemacht hat oder auch gerade die Region Leningrad, sicherlich zu Recht. Wir wissen aber, das historische Gedächtnis ist auch in anderen Ländern natürlich vorhanden. Wir wissen, dass es Bedenken in Polen gibt, in Litauen, in Lettland, in Estland und dass auch gerade da eine besondere Verantwortung auf Deutschland und auf Russland ruht, auf beiden großen Ländern, die links und rechts von dieser Region liegen, dass eine Zusammenarbeit unserer Regionen sich niemals gegen die anderen Ostseeanrainerstaa-ten richtet.

Und es wurde auch angesprochen das Thema Westdeutschland oder andere Länder, die dann das Ganze vielleicht ein bisschen anders sehen könnten. Das möchte ich ein bisschen geraderücken. In Westdeutschland gibt es eine alte Tradition, lange Tradition, die direkt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs begonnen hat, Völker-

verständigung aufzubauen, gute Nachbarschaft zu pflegen. Das richtete sich natürlich in erster Linie, weil das einfacher war, an die westlichen Nachbarstaaten Westdeutschlands. Das heißt, es gibt unzählige Zusammenarbeiten zwischen Deutschland und den Niederlanden, Deutschland und Frankreich, Deutschland und England und so weiter.

Dann hat man auch versucht, und das war sicherlich eine der großen Leistungen der sozialliberalen Zeit, diese Zusammenarbeit nach Osteuropa auszubauen. Das Stichwort war damals „Wandel durch Annäherung“. Man hat erkannt, nur, wenn man eng zusammenarbeitet, wenn man sich kennenlernt, gelingt es, Vorurteile abzubauen. Und wer miteinander redet, schießt eben auch nicht aufeinander. Das waren sehr positive, gute Erfahrungen.

Und folgerichtig versucht man eben nun seit 1989, seit der Wende, diese Zusammenarbeit mit Osteuropa noch stärker zu intensivieren. Dazu ist schon viel gesagt worden, insbesondere von Herrn Sellering. Das unterstützen wir und wir sind auch froh, dass das gerade hier in Mecklenburg-Vorpommern so ein wichtiges Thema ist.

Wenn man aber nun – ich denke, es ist unstrittig, dass Regierungen miteinander zusammenarbeiten sollen –, wenn man aber nun einen Schritt weiter geht und sagt, auch die Parlamente sollen quasi zusammenarbeiten und eine Basis aufbauen, dann war es für uns schon auch wichtig, noch mal zu überlegen, gibt es da irgendwelche Bedenken vielleicht gegen diese Regionalvertretung des Oblastes Leningrad, denn wir kennen ja aus den Medien durchaus die kritische Berichterstattung zu den Wahlen, dass dort Kandidaten unter Umständen drangsaliert werden, nicht zu den Wahlen antreten dürfen. Also auch an dieser Stelle haben wir das Thema sehr ernst genommen. Wir konnten natürlich nur öffentlich zugängliche Quellen auswerten, haben aber festgestellt, dass es dort keine Bedenken gibt. Also das Parlament deckt ein breites Spektrum der politischen Parteien ab und uns sind keine Fälle bekannt geworden, wo also Kandidaten oder Parteien drangsaliert werden oder irgendwie nicht an den Wahlen teilnehmen können.

Und deswegen können wir aus vollem Herzen sagen, wir möchten diese Zusammenarbeit. Sie ist gut für die Zukunft im Ostseeraum, sie ist gut für die Zukunft unseres Landes, und deswegen stimmen wir diesem Antrag nicht nur zu, sondern tragen ihn sogar sehr gerne mit. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV
und Thomas Krüger, SPD)

Ums Wort gebeten hat nun die Ministerpräsidentin Frau Schwesig. Bitte schön.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte mich ausdrücklich bedanken für die Initiative der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und auch der Bürger für Mecklenburg-Vorpommern, Freie Wähler, richtig, Herr Wildt? Okay.

(Christel Weißig, Freie Wähler/BMV: BMV.)

BMV, aber wir sollen ja so sprechen, dass es alle wissen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der CDU und Freie Wähler/BMV –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Ich weiß noch nicht, Frau Weißig, ob es jetzt alle wissen, und ich beteilige mich gerade daran, Sie bekannter zu machen.

Ich möchte mich ganz herzlich bedanken ...

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Jetzt zum Ernst der Sache.

Ich möchte mich ganz herzlich bedanken für diese Initiative. Es ist hier von vielen Rednern angesprochen worden, die Spannungen zwischen Deutschland und Russland sind stärker geworden, insbesondere auf der nationalen Ebene, auch in der öffentlichen Debatte. Umso wichtiger ist es, dass man gerade in diesen schwierigen Zeiten Menschen hat, die sagen, wir wollen diesen Dialog mit Russland, zwischen Deutschland und Russland weiter pflegen, und das Beste, wie man das machen kann, sind eben die ganz konkreten regionalen Partnerschaften.

Und ich will mich an der Stelle ganz herzlich bedanken bei Erwin Sellering, der ja – das haben die Vorredner auch der anderen Fraktionen schon so gesagt und anerkannt – diesen Kurs angestoßen hat und intensiviert hat. Und ich konnte nahtlos an diesen guten Dialog mit dem Leningrader Gebiet, mit Gouverneur Drosdenko anschließen.

Und auch als Vorsitzende der Freundschaftsgruppe des Bundesrates haben wir jetzt seit zwei Jahren wieder einen intensiven Austausch mit dem Rat der Russischen Föderation. Wir waren dieses Jahr in Sankt Petersburg zu dem Petersburger Dialog, haben auch die Freundschaftsgruppen tagen lassen, und aus dieser Erfahrung heraus weiß ich auch, dass es wichtig ist, dass nicht nur die Regierungen diesen Austausch pflegen, sondern eben auch die Parlamente. Und deshalb finde ich diese Initiative sehr gut und freue mich, dass wir dieses wichtige Thema sozusagen zwischen den Regierungen, aber auch zwischen den Parlamenten jetzt weiter verfestigen werden. Wir sind ausgezeichnet worden für diese Partnerschaft von beiden Außenministern von Deutschland und von Russland, also diese intensive Partnerschaft, die hier gepflegt wird zwischen Mecklenburg-Vorpommern und dem Leningrader Gebiet, gerade in schwierigen Zeiten, wird durchaus auch durch die nationalen Regierungen unterstützt.

Und ich glaube, dass es auch wichtig ist, den Wunsch der Bevölkerung nicht zu ignorieren. 80 Prozent der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern haben gesagt, sie wünschen sich, dass wir an diesem Dialog zwischen uns und dem Leningrader Gebiet festhalten und ihn intensivieren. Übrigens haben genauso viele gesagt, dass sie sich auch eine enge Partnerschaft zwischen uns und unseren Nachbarn Polen wünschen. Es sind übrigens auch sogar die gleichen Leute, woran man sehen kann, dass für die Bürgerinnen und Bürger ein guter Dialog zwischen uns und dem Leningrader Gebiet, also zwischen Deutschland und Russland, und zwischen uns und Polen gar kein Widerspruch ist.

Und so würde ich das gerne auch verstanden wissen, denn unser Wunsch ist ja, und unser Bemühen ist, dass

wir einfach mit unseren guten Nachbarn in Polen, aber auch mit unseren guten Partnern in Russland im Dialog sind, im Gespräch sind für wirtschaftliche Betätigung, aber auch für Kultur, für Jugendaustausch. Da ist die Initiative von Herrn Sellering für uns sehr, sehr wichtig, weil wir damit auch die Zivilgesellschaft mitnehmen.

Und ich glaube, dieser Dreiklang, unsere Aktivitäten als Regierung – wir werden nächstes Jahr das Partnerland für die Deutsche Woche sein, etwas sehr Prominentes vor Ort in Russland, wir werden aber auch in 2021 wieder den Russlandtag hier bei uns in Mecklenburg-Vorpommern haben –, also die Betätigung der Regierung, aber auch Ihre Betätigung als Parlament und die Zivilgesellschaft, die durch den Verein von Erwin Sellering jetzt noch stärker ins Boot geholt wird, ich glaube, dieser Dreiklang Regierung, Parlament und Bürgerinnen und Bürger, dieser Dreiklang muss doch so stark sein, dass er letztendlich dazu beiträgt, dieses Ziel, was wir gemeinsam haben, durch Dialog, der durchaus Kritik sozusagen einbettet, Dialog heißt ja nicht nur, dass wir uns gegenseitig sagen, wie toll wir sind, heißt auch, dass wir kritisch Dinge hinterfragen, wie die einen die Sache bei uns sehen und wir natürlich auch in Russland, aber dass dieser Dialog und diese freundschaftliche Verbundenheit dazu beitragen, dass das bleibt, was sich alle wünschen, dass es friedlich und gut bleibt zwischen den Völkern. Und ich glaube, da kann unser Land, da kann jeder einzelne Bürger und Bürgerin viel dazu beitragen, und ich will mich ganz herzlich bedanken bei Ihnen, weil ich das ein starkes Zeichen finde, dass uns dieses Thema so gemeinsam eint. – Vielen Dank dafür.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, DIE LINKE und
Christel Weißig, Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin.

Ums Wort gebeten hat nun für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Förster.

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir stimmen dem Antrag eben zu und begründen ihn genau damit, was Herr Sellering gesagt hat, auch dem stimmen wir vollkommen zu.

Im Übrigen ist bekannt, dass unsere Partei auch für die weitere Zusammenarbeit mit Russland ist. Und Sie erleben hier, meine Damen und Herren, wie subtil die anderen Parteien uns ausgrenzen. Ich rede auch nur deshalb, weil man ja sonst meinen könnte, weil wir ja nicht als Antragsteller auftauchen, dass wir irgendwas dagegen haben. Nein, dem ist nicht so. Wir sind dort nicht gefragt worden, und das will ich hier öffentlich bekannt machen. Das ist die Art der subtilen Ausgrenzung gegenüber der AfD. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

(Torsten Renz, CDU:
Erwin, hast du sie nicht
gefragt als Antragsteller?)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und Freie Wähler/BMV auf Drucksache 7/4027. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und Freie Wähler/BMV auf Drucksache 7/4027 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21**: Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Babys willkommen heißen, traditionelle Familie stärken, Drucksache 7/4015.

**Antrag der Fraktion der AfD
Babys willkommen heißen,
traditionelle Familie stärken
– Drucksache 7/4015 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr de Jesus Fernandes.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich habe es befürchtet. – Thomas Krüger, SPD: Der wichtigste Teil der Landtagswoche.)

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Werte Abgeordnete!

Herr Krüger, können Sie das bitte noch mal laut wiederholen? Ich habe das nicht verstanden.

(Thomas Krüger, SPD: Können Sie nachlesen. – Martina Tegtmeier, SPD: Gucken Sie ins Protokoll!)

Alles klar, vielen Dank.

(Thomas Krüger, SPD: Sehr gerne.)

„Babys willkommen heißen, traditionelle Familie stärken“ – bringen wir als AfD immer wieder, weil wir der Meinung sind, dass es hierhergehört und dass Sie das Thema komplett aus den Augen verloren haben. Zumindest transportieren Sie ein ganz anderes Familienbild,

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Zitieren Sie mal erst Ihren Antrag richtig!)

als wir das

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

politisch vertreten.

(Zurufe von Rainer Albrecht, SPD, und Thomas Krüger, SPD)

Wir als AfD wollen die Familie nämlich stärken. Der moderne Singlehaushalt, gegebenenfalls maximal noch mit Hund und Katze ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Abgeordneter!

Also ich habe versucht, durch die Glocke zu signalisieren, dass es zu laut ist. Ich bitte doch, zu einer Kultur zurückzukommen, die es dem Redner ermöglicht, hier seine Rede so zu halten, dass beispielsweise das von mir begrüßte Publikum dem auch folgen kann.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Ich fange noch mal von vorn an.

(Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

Wir als AfD wollen die Familie stärken. Der moderne Singlehaushalt, gegebenenfalls noch maximal mit einer Katze und einem Hund, ist fast zur Hälfte das aktuelle Familienbild in Deutschland. Ich kann mir gut vorstellen, aus Ihrer Sicht, dass Sie das gut finden.

(Thomas Krüger, SPD: Das ist eine Entscheidung der Menschen.)

Wir stehen aber für die Familie,

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

denn Kinder in Deutschland, in M-V stehen dem

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Na?)

demografischen Wandel entschieden entgegen. Nur durch eine Verjüngung der Gesellschaft können wir dieser Fehlentwicklung entgegenwirken, und eben nicht durch unregelmäßige Zuwanderung. Junge Menschen müssen animiert werden, eine Familie zu gründen.

(Thomas Krüger, SPD: Zum Beispiel durch kostenfreie Kitas.)

Dieses Gefühl, Kinder in die Welt zu setzen, sollte doch positiv behangen sein, oder nicht, Herr Krüger?

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Man sollte sich freuen und stolz darauf sein, Kinder in die Welt zu setzen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Dann machen Sie mal!)

Werte Kollegen, ich habe mir die Mühe gemacht, mit etlichen jungen Leuten zu reden.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Martina Tegtmeier, SPD: Oh! Wenn Ihnen das Mühe macht! – Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus – Nadine Julitz, SPD: Wir haben sogar junge Leute. – Heiterkeit bei Ann Christin von Allwörden, CDU)

Aber wie ist es stattdessen heutzutage? Existenzängste, Sorgen in der Karriereplanung, die Frage der Finanzierung eines Kindes sind die Hauptgedanken,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

besonders bei jungen Menschen,

(Thomas Krüger, SPD:
Deswegen haben wir die
kostenfreie Kita gestern eingeführt.)

die denen hier durch den Kopf gehen. Und deswegen ist es wichtig, dass man mit diesen jungen Menschen redet, weil man muss auch deren Ängste verstehen.

Wir haben keine kinderfreundliche Gesellschaft, und das sehen Sie, wenn Sie mal in den Urlaub fahren, ins Ausland. Das machen Sie ja sehr oft, das sieht man an Ihren Posts, die Sie gemacht haben während der Sommerpause. Dort gibt es ein gänzlich anderes Familienverständnis, auch einen gänzlich anderen Umgang mit jungen Müttern und Kindern, als es in Deutschland ist. Wenn man hier Straßenbahn fährt, dann rollen die Leute mit den Augen, wenn ein Kind mal schreit. Das gibt es im Ausland nicht, muss ich Ihnen so sagen.

(Thomas Krüger, SPD:
Beschimpfen Sie gerade Ihre
Wähler, oder was machen Sie?! –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Das ist das traurige Bild, was Deutschland momentan abgibt.

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Weiter geht es mit der Situation der Sicherheit. Herr Caffier, hat sich diesbezüglich wirklich nichts verändert?

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Ich sage Ja, viele fühlen sich aufgrund der steigenden Kriminalität auch nicht mehr sicher.

(Zurufe von Martina Tegtmeier, SPD,
und Ann Christin von Allwörden, CDU)

Und wie sollen diese dann Kinder in diese Welt setzen? Die Leute haben Angst um ihre Kleinen. Erziehung und Familie bedeutet auch Wertevermittlung, und es heißt nicht umsonst, von den Älteren zu lernen. Auch hier haben Sie völlig aus den Augen verloren, dass Generationen besser zusammenleben, als wenn man sie abschiebt in Altenheime,

(Nadine Julitz, SPD: Abschiebung? Ja, mit
Abschiebung kennen Sie sich aus! –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

weil die Eltern nur noch damit beschäftigt sind, zu arbeiten.

(Thomas Krüger, SPD:
Sagen Sie doch mal, wie
Sie es machen wollen!)

Quasi selbst Mütter müssen Vollzeit arbeiten.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Das richtige Familienleben zu Hause ist zumindest in großen Teilen sehr schwierig geworden,

(Thomas Krüger, SPD: Aber wie wollen
Sie es umsetzen? Sagen Sie es doch mal!)

das müssen Sie doch zugeben.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Sie müssen ja eine schwere
Kindheit gehabt haben, Herr Kollege!)

Und es ist ja nun mal auch so, dass, wenn ältere Menschen gebraucht werden, dann werden sie auch gesünder alt. Das ist der Punkt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das vergessen Sie bei dieser ganzen Geschichte.

(Thomas Krüger, SPD: Aber wie
wollen Sie es machen? Wie? –
Dietmar Eifler, CDU: Jetzt
Ihr Vorschlag!)

Dazu haben Sie ja unseren Antrag, dem können Sie doch heute zustimmen.

(Heiterkeit bei Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Ja, das steht nicht drin. –
Thomas Krüger, SPD: Das steht nicht drin. –
Zuruf von Nadine Julitz, SPD)

Gegenseitige Rücksichtnahme, ein Miteinanderleben lernt man eben nur in der Familie. Und vor allen Dingen Solidarität lernt man in der Familie. Da gebührt der Familie ein besonderer Dank und Anerkennung.

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Stellenwert und die Achtung der Familie in unserer Gesellschaft zu erhöhen.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Was meinen wir damit? Eben nicht nur leere Phrasen von Frau Drese, nein, explizite Handlungen.

(Thomas Krüger, SPD:
Genau, kostenfreie Kita!)

Nutzen wir die Chance der neuen sozialen Medien! Das haben Sie gestern angekündigt, dass Sie sich komplett umstrukturieren wollen und draußen mit den Bürgern in Kontakt treten. Nutzen Sie das!

(Rainer Albrecht, SPD:
Ja, dann machen Sie das!)

Initiieren wir eine Kampagne für die traditionelle Familie!

(Zuruf von Nadine Julitz, SPD)

Facebook, Instagram, YouTube, Plakatwände,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

all das kann hier maßgeblich sein, kurze Videobotschaften, die ausdrücklich vermitteln, welche Vorteile eine Familie doch hat.

Natürlich sind Fragen der Existenzängste für junge Familien besonders hoch. Diese sollten doch auch hier höhere

Anreize der Politik erlangen, um einfach besser dazustehen. Junge Familien müssen besser unterstützt werden. Wir fordern erneut, ein Babywillkommenspaket einzuführen.

(Thomas Krüger, SPD: Meinen Sie, das hilft dann dagegen, ja?)

Das mit der Anerkennung haben Sie noch nicht verstanden.

(Thomas Krüger, SPD: Ja, dann rollen die Leute in der Straßenbahn nicht mehr mit den Augen.)

Und so, wie Sie hier alle gegen die Familie wettern, dass man hier nicht mal aussprechen kann,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Gegen Ihren Familienbegriff, Herr de Jesus Fernandes!)

zeigt Ihr Familienbild, was Sie transportieren, und dass Sie im Grunde etwas gegen Familien haben.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Nee, unterstellen Sie wieder allen!)

Ich danke Ihnen gern dafür.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Ann Christin von Allwörden, CDU: Sollten nicht gerade Sie für ein offenes Familienbild stehen eigentlich? – Glocke der Vizepräsidentin)

Vermitteln wir ihnen doch mit relativ geringem finanziellen Aufwand ein gutes Gefühl, ein Gefühl der Willkommenheit! Das geht nicht nur bei Neuankömmlingen und Migranten.

(allgemeine Unruhe)

„Refugees welcome!“, das propagieren Sie überall, warum nicht „Babys welcome!“? Ich verstehe es nicht.

(Torsten Renz, CDU: Propagieren wir auch.)

Habe ich noch nie gesehen, das sagen Sie da hinten jetzt.

Vielleicht ...

(Torsten Renz, CDU: Ich spreche aus der Praxis.)

Vielleicht ...

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Ja, scheiße, ne?)

Sagen Sie mal, was wollen Sie damit eigentlich bezwecken? Finden Sie das nicht ein bisschen total niederschwellig abartig, was Sie da sagen und von sich geben?!

(allgemeine Unruhe – Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Ich schon! Ich schon! Ich schon! Auch das sagt etwas über Ihr Weltbild aus.

(allgemeine Unruhe)

Auch das sagt etwas über Ihr Weltbild aus! Vielen Dank!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr de Jesus Fernandes!

(Unruhe auf der Regierungsbank)

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sind Sie eben nicht!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, bitte!

Von der Regierungsbank sollten Kommentare unterbleiben. Ich habe das jetzt wirklich oft genug gesagt, also ich bitte da jetzt mal um entsprechende Disziplin.

Es ist schwer für einen Redner, wenn man ihn permanent unterbrechen muss. Ich habe versucht, mit der Glocke zu signalisieren, dass es zu laut wird. Es ist nichts gegen eine lebhafte Debatte einzuwenden, aber sie scheint ja jetzt auch in dem gegenseitigen Dialog so ein bisschen die parlamentarische Etikette zu verlassen, will ich mal vorsichtig formulieren. Ich bitte doch jetzt wirklich um die nötige Disziplin, dass wir zwar eine lebhafte, aber dennoch immer eine dem Parlament angemessene Debatte hier führen können. Und ich hoffe, dass das jetzt die letzte Unterbrechung an dieser Stelle war.

Jetzt können Sie fortfahren.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Vielen Dank.

Nur mit intakten

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE: Deutschen Familien.)

Familien kann das soziale Gefüge hier in Deutschland funktionieren, Herr Ritter,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Lesen Sie noch mal aus Ihrer Begründung vor!)

nur mit intakten Familien.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Lesen Sie noch mal Ihre Begründung vor!)

Der bereits angesprochene demografische Wandel ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Intakte deutsche Familien!)

Haben Sie eben nicht zugehört?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Intakte deutsche Familien! – Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE – Dr. Ralph Weber, AfD: Herr Ritter, wenn Sie das so sehen wollen, ist das Ihre Ansicht.)

Machen Sie eine Kurzintervention und dann ist es doch gut!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das steht in Ihrer Begründung! Lesen Sie doch mal, was Sie aufgeschrieben haben!)

Also wir ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich muss jetzt leider Gottes, Herr de Jesus Fernandes, noch mal Ihre Rede unterbrechen.

Ich glaube, wir haben uns hier auch schon zu Dialogen zwischen den Bänken ausgetauscht. Auch das stört. Das stört, auch wenn es unterstützend sein soll, den Redner, es stört die Debatte. Ich bitte doch wirklich, die Möglichkeiten in der Debatte zu nutzen. Es ist jetzt die Einbringung, es kommt eine Aussprache, es gibt die Möglichkeit der Kurzintervention. Jeder, der meint, dass er hier irgendwo einen Bedarf hat, etwas zu artikulieren, das länger ist als ein kurzer Zwischenruf, möge doch unsere neuen Instrumente nutzen.

Jetzt können Sie noch mal fortfahren und ich gebe Ihnen eine Minute länger für die Unterbrechungen, bitte.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Vielen Dank.

Ich fand es aber auch sehr bemerkenswert. Wir haben da oben eine volle Tribüne, das finde ich sehr gut, dass hier das alle mal mitbekommen.

(Heiterkeit bei Ann Christin von Allwörden, CDU)

Beim Vorantrag wurden wir komplett ausgegrenzt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oh!)

Hier eine freie Rede zu halten, ist fast unmöglich bei Ihnen. Also Sie treten quasi Demokratie mit Füßen mit Ihrem Verhalten.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Machen Sie das so!

Nur mit intakten Familien bleibt das soziale Gefüge im Gleichgewicht, denn der bereits angesprochene demografische Wandel ist eine Hauptaufgabe für die Zukunft.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Dieser Antrag wäre vor über zehn Jahren angebracht gewesen, meine Damen und Herren. Wir bringen ihn jetzt.

(Nadine Julitz, SPD:
Der Antrag ist inhaltslos.)

Wir als AfD-Partei sind später dazugestoßen, aber ab jetzt versuchen wir, unsere Lösungsvorschläge dann auch einzubringen.

(Thomas Krüger, SPD:
Jetzt sag doch mal konkret, was!)

Und im Übrigen werden wir dies auch die weiteren zehn Jahre machen.

(Thomas Krüger, SPD:
Was soll passieren?)

Sie natürlich nicht, liebe SPD, das ist klar.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Jedenfalls, wenn man so auf Ihre Umfragewerte schaut,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Thomas, du hast so recht mit
deinem Zwischenruf am Anfang!)

werden Sie auch nicht mehr von jungen Familien gewählt. Da gibt es schöne Statistiken, weil Sie eben für diese Leute auch gar keine Politik mehr machen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist klar zu verbessern. Nicht umsonst haben wir vor zwei Jahren hier ein Familiendarlehen gefordert. Dies, meine Damen und Herren, sind echte Anreize, um die momentane Situation so zu verbessern. Sie wollen es bekanntlich nicht, denn Sie haben unseren Antrag damals abgelehnt.

(Christian Brade, SPD:
Ja, weil das schwachsinnig war.)

Das war unparlamentarisch.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das entscheidet immer
noch die Präsidentin.)

Stattdessen kursieren abstruse Forderungen, dass Kinder für das Klima schädlich seien, seitens der SPD.

Meine Damen und Herren, merken Sie eigentlich noch, wie krank diese Diskussion langsam geworden ist?! Ebenso eine hohe Zahl der Abtreibungen, die natürlich nicht zielführend in Zeiten einer alternden Gesellschaft sind, auch da müssen Sie mal auf die Gründe gucken, die dort angegeben wurden. Der größte Brocken waren tatsächlich finanzielle Zukunftsängste,

(Christian Brade, SPD:
Deswegen lassen sich die Leute
scheiden. Sie haben ja keine Ahnung!)

und das kann kein Grund sein, um Kinder abzutreiben.

Meine Damen und Herren, Sie haben heute noch einmal die Möglichkeit, hier ein Bekenntnis für Familien zu setzen, indem Sie unserem Antrag zustimmen. Auch das Babywillkommenspaket wird noch mal im Haushalt ein Thema von uns sein, weil wir das hartnäckig natürlich weiterverfolgen wollen.

(Christian Brade, SPD: Deswegen
werden mehr Kinder geboren?)

Familie sollte die Priorität sein in diesem Land, und darum bitte ich um Ihre Unterstützung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Rainer Albrecht, SPD: Deswegen sitzen
ja auch so viele Frauen bei Ihnen.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 64 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung die Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung Frau Drese.

Ministerin Stefanie Drese: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Lassen Sie mich ungewöhnlich anfangen: Ich stimme einer Aussage und Forderung der AfD ausdrücklich zu. Die Erhöhung des Stellenwerts und die Achtung der Familie in unserer Gesellschaft ist der Landesregierung, ist mir als Sozialministerin ein wichtiges und fortdauerndes Anliegen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, AfD und Christel Weißig, Freie Wähler/BMV)

Dann aber trennen sich unsere Wege, werte Herren der AfD-Fraktion, denn Ihr einseitiges Familienbild teile ich ausdrücklich nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Peter Ritter, DIE LINKE)

Wenn Sie von Familie reden, grenzen Sie aus, statt zusammenzuführen, wenn Sie von Familie reden, spalten Sie die Gesellschaft, denn Familie ist in unserer weltoffenen, freiheitlichen Gesellschaft zunehmend vielschichtiger und diverser. So bunt das Leben ist, so verschieden sind auch die familiären Bedürfnisse.

(Thomas Krüger, SPD: Genau.)

Es gibt Familie mit und ohne Trauschein, Alleinerziehende, Regenbogen- und Patchworkfamilien, Familien, die sich um ihre pflegebedürftigen Angehörigen kümmern, und Familien mit Migrationshintergrund. Für all diese Familien möchte ich da sein, um sie in ihren spezifischen Lagen zu unterstützen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Sie von der AfD-Fraktion nicht, das machen Sie mit Ihrem Antrag zum wiederholten Male deutlich.

Sehr geehrte Damen und Herren, Familie ist da, wo Menschen bereit sind, füreinander einzustehen und dauerhaft Verantwortung zu übernehmen. Das ist der familienpolitische Grundansatz der Landesregierung. Familie, in welcher Form auch immer, bildet die Grundlage gesellschaftlichen Zusammenlebens. Familien nehmen eine große gesellschaftliche Verantwortung wahr, indem sie Kinder erziehen sowie Angehörige betreuen und pflegen. In Familien finden Wertevermittlung, Bildung, gegenseitige Unterstützung und sozialer Zusammenhalt statt, werden Grundregeln des Zusammenlebens und soziale Bindungsfähigkeit vermittelt. Um diese gesellschaftlichen Funktionen erfüllen zu können, brauchen Familien ein gesellschaftliches Klima der Wertschätzung und Solidarität. Sie bedürfen einer Unterstützung durch die Politik, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Genau daran arbeiten wir in Mecklenburg-Vorpommern.

Ausdruck hiervon sind zum Beispiel staatliche Unterstützungsmaßnahmen zur Förderung von Familien und zur Verwirklichung familien- und kinderfreundlicher Lebensbedingungen. Wir haben gestern die größte familienpolitische Leistung in der Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns beschlossen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Die komplette Kita-Elternbeitragsfreiheit ist unser Beitrag zur Unterstützung von Familien, ganz egal, ob mit oder ohne Trauschein, ob alleinerziehend, gleichgeschlechtlich lebend oder als Patchworkfamilie.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Für uns ist wichtig, Familie ist da, wo Kinder leben. Die AfD-Fraktion hat sich bei diesem wichtigen Gesetz gestern für Familien enthalten.

Sehr geehrte Damen und Herren, ein wichtiges Thema ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Familien, die Kinder erziehen und Pflegearbeit leisten, sind zeitlich und finanziell sehr viel mehr belastet als alle anderen Mitglieder der Gesellschaft, da diese Arbeit zusätzlich zur beruflichen Arbeitszeit geleistet wird. Dass heute beide, Männer und Frauen, gleichsam am Erwerbsleben teilhaben, also arbeiten, erscheint uns völlig selbstverständlich,

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

dass Männer und Frauen sich die Sorgen um ihre Kinder teilen, den meisten von uns auch. Dass Hausarbeit ein notwendiges Übel unseres Alltags darstellt, welches sich Frauen und Männer sinnvollerweise teilen, darin sind wir uns einig. Männer und Frauen im Erwerbsleben und mit familiären Verpflichtungen versuchen oft und viel möglich zu machen. Das prägt für alle von uns den Alltag.

Diesen Herausforderungen müssen sich Menschen in der Arbeitswelt insgesamt stellen. Die Sicherung des Fach- und Führungskräftenachwuchses bleibt für unser Land ein wichtiges Thema. Angesichts des demografischen Wandels und einer sich ausdifferenzierenden Arbeitswelt sind eine nachhaltige Personalentwicklung sowie umfassende Angebote zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie – oder besser Erwerbs- und Privatleben – grundlegende Erfolgsfaktoren für Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern.

Dass familienfreundliche Angebote eines Unternehmens zum Standortvorteil bei der Gewinnung von Fachkräften gehören, ist den meisten Unternehmen sehr bewusst, und dabei wird häufig deutlich, dass die notwendigen und erwünschten Angebote weit über die etablierten Formen der Kinderbetreuung hinausgehen. Je nach Branche und Tätigkeit helfen mobile Arbeitsformen, Arbeitszeitflexibilisierungen, angepasst an die Lebensphase, und gut ausgehandelte Modelle der Arbeitszeitgestaltung für Schicht-, Wochenend- und Feiertagsarbeit, wenn der Job Präsenz erfordert. Denken Sie hier beispielsweise an die Krankenschwestern, die Erzieherinnen und Erzieher, die Servicekräfte in der Gastronomie oder Hotellerie.

Bereits in der vergangenen ESF-Förderperiode bis 2014 konnten zwei Aktionsprogramme mit innovativen Ideen zur Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben umgesetzt werden. Seit 2006 fördert die Landesregierung derartige Projekte. Seit Oktober 2015 trägt der Landesfrauenrat Mecklenburg-Vorpommern e. V. für umfassende Projekte im Bereich der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben die Verantwortung, insbesondere für das Landeszentrum für Gleichstellung und Vereinbarkeit, übrigens mit einigem Erfolg. Die Erwerbstätigenquote von Frauen in Mecklenburg-Vorpommern ist sehr hoch.

Ein wesentlicher Faktor zur Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben ist die gleichmäßige Aufteilung der Be-

treuungs- und Sorgearbeit in Partnerschaften. Nur dann verfügen Mütter und Väter, Frauen und Männer künftig über die gleichen Chancen, um erwerbstätig zu sein. Hier verfolgt die Landesregierung das gleichstellungspolitische Ziel, Männern und Frauen Vollzeit- oder vollzeithahe Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Es geht um die eigenständige Existenz und Alterssicherung beider Eltern, der Frauen und der Männer.

Mit Fragen der Sorgebeteiligung von Vätern beschäftigt sich seit Januar 2018 die landesweite Kommunikations-offensive „Apropos Partnerschaft – Macht's gemeinsam“ Im Rahmen meiner Schirmherrschaft setze ich mich dafür ein, die Bereitschaft von Vätern in Mecklenburg-Vorpommern, Elternzeit gegebenenfalls mehr als zwei Monate zu nehmen, zu erhöhen.

Von März bis Juni dieses Jahres zeigte das Landeszentrum für Gleichstellung und Vereinbarkeit mit großem Erfolg und breiter Resonanz die Fotoausstellung „Swedish Dads“ in allen Landkreisen unseres Bundeslandes. Es wurde deutlich, dass es sich lohnt, die Bedingungen zu verbessern, um Männern die Beteiligung an der Familiensorge und Hausarbeit zu ermöglichen.

Sehr geehrte Damen und Herren, der AfD-Antrag beinhaltet mal wieder ein Babywillkommenspaket. Das hatten wir zuletzt im Januar dieses Jahres. Die Argumente dazu sind ausgetauscht worden. Wir fördern und stärken Familien und junge Eltern auf vielfältige Weise, unter anderem mit unseren Beratungsangeboten, mit gezielten Hilfen, mit Informationsmaterialien, vor allem aber haben wir uns als Landesregierung entschieden, jungen Familien nicht flächendeckend Schnuller zu schenken, sondern Schritt für Schritt die beitragsfreie Kita umzusetzen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Dietmar Eifler, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Bernhardt.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Uns liegt heute der Antrag der AfD-Fraktion vor, der da lautet: „Babys willkommen heißen, traditionelle Familie stärken“. Als ich ihn das erste Mal gelesen habe, dachte ich, es wäre 1933.

(Thomas Krüger, SPD: Ja, ja!)

Ich musste erst mal auf den Kalender schauen, und ja, es ist tatsächlich schon 2019. Aber genau das kennzeichnet Ihren Antrag.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Er ist rückwärtsgewandt in seinem sprachlichen Stil, in dem zugrunde liegenden Familienbild und in seinem Ansinnen. Er grenzt Menschen und Familien, die anders sind, aus, und ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wir als LINKE haben ein anderes Menschenbild und lehnen natürlich einen derartigen Antrag ab.

Und er kam mir auch bekannt vor. Ich hatte schon zu diesem Thema geredet. Deshalb möchte ich mal aus dem Antragstext, der damals vorlag, zitieren. Darin heißt es: „Alle Maßnahmen, die darauf abzielen, das traditionelle Familienbild und die heterosexuelle Orientierung künftig als Normalfall infrage zu stellen, sind zu unterbleiben.“ Es ist die Drucksache 6/5082, gezeichnet „Udo Pastörs und Faktion“.

(Thomas Krüger, SPD: Ja, ja!)

Meine Herren von der AfD, auch wenn sich Ihr Antrag scheinbar etwas großzügiger liest, das eigentliche Ansinnen ist das gleiche und in diesem Hause nicht neu. Auch das unterstreicht die Rückwärtsgewandtheit und ist einmal mehr ein Indiz für Ihres Geistes Kind.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Sehr geehrte Damen und Herren, aber ich gehe einmal auf Ihren Antrag ein. In Ihrem Antrag geht es um die sogenannte traditionelle Familie. Das steht ja auch schon in der Überschrift. Unter Punkt 1 wollen Sie deshalb festgestellt wissen, dass Familie in Ihren Augen lediglich der Zusammenschluss aus Mutter, Vater, Kindern ist. Und dann machen Sie natürlich klar, in welche Richtung die Reise hier geht. Sie reden von der traditionellen Familie aus Vater, Mutter und zwei Kindern. Sie sagen, nur in der Liebe zwischen Mann und Frau entstandene, auf natürlichem Wege entstandene Kinder sind zu unterstützen.

Wenn Sie die von Vater und Mutter auf natürlichem Wege gezeugten Kinder als Maßstab für Ihr Familienbild machen, was ist dann mit Adoptivfamilien, was ist mit Pflegefamilien, was ist mit zusammenlebenden Geschwistern in einer Wohngemeinschaft, was ist mit stabilen Verhältnissen zwischen Großeltern und Enkeln? Nach Ihrem Feststellungsteil sind das alles keine Familien. Was Sie hier als traditionelle Familie bezeichnen, ist in Wahrheit die Einengung des Familienbegriffs.

(Thomas Krüger, SPD: So ist das.)

Das widerspricht jeglicher moderner Auffassung von Familie und widerspricht auch dem, was im Grundgesetz als Familie betrachtet wird.

Sie merken es schon, ich rede dabei noch gar nicht von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften oder Ähnlichem, wie sie unter den Schutz des Artikels 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention fallen. Ich rede von dem, was jeder vernünftig denkende Mensch als Familie auffasst. Nein, meine Herren von der AfD, der Kern Ihres Antrags ist nicht, eine bestimmte Gruppe, die traditionelle Familie, wie Sie sie verstehen, zu fördern, sondern alle anderen Gruppen auszuschließen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Der Wortlaut Ihres Antrages strotzt nur so von Ausgrenzung. Darin heißt es: „Nur aus den Familien heraus“, „Nur die traditionelle Familie“, „Nur aus der Partnerschaft und der Liebe zwischen Mann und Frau“ und so weiter. Verstärkt wird das dadurch, dass Sie abgegrenzte Wertegemeinschaften schaffen. Sie reden etwa von dem „Gemeinwesen“, der „Gemeinschaft“, der „Gesellschaft“, der

„Sorgegemeinschaft“ und vom „deutschen Volk“. Sie suchen nicht das Gemeinsame, Sie bauen Barrieren auf. Ihr Antrag ist nicht konstruktiv, er ist destruktiv.

Nein, meine Herren von der AfD, eine Familie sind Menschen, die sich auf Dauer zu einer Lebensgemeinschaft zusammengefunden haben. Wer sich dort mit wem zusammenfindet, ist gleichgültig. Mit diesem Antrag geht es Ihnen nicht darum, Rechte für Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, sondern Rechte für Bürgerinnen und Bürger einzuschränken, und zwar für all diejenigen, die nicht in Ihr Bild passen. Sie sind hier im Landtag die Verbotspartei.

Ich belasse es bei dieser Kritik im Feststellungsteil und komme zu dem Forderungsteil. Sie sagen ja selbst, Herr de Jesus Fernandes, dass Sie konkrete Maßnahmen vorschlagen, und nicht nur so allgemein reden, wie Sie es der Sozialministerin vorwarfen. Nun, dann benennen wir doch mal Ihre Forderungen, die Sie aufstellen. Sie fordern die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Was konkret fordern Sie denn dann? Was bedeutet das für Sie? Bedeutet das verkürzte Arbeitszeit für Familien? Bedeutet das eine Kitaversorgung?

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Haben Sie unsere Anträge
denn nicht gelesen?)

Ich lese Ihre Anträge, Herr de Jesus Fernandes.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Da steht allgemein die Phrase, es ist die „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ zu fördern. „Die Landesregierung“, heißt es weiter als Forderungsteil, „wird aufgefordert, ... den Stellenwert und die Achtung der Familie ... zu erhöhen.“ Was bedeutet das denn konkret, Herr de Jesus Fernandes? Das sind Sie hier ebenfalls schuldig geblieben. Ich glaube, wir als Gesellschaft sind alle gefragt, die Familie im modernen Sinne zu achten, und nicht das der Landesregierung aufzuerlegen.

Als weiterer Forderungsteil heißt es, die Landesregierung soll „eine Kampagne für die traditionelle Familie ... initiieren“. Erst in dem heutigen Redebeitrag ist überhaupt aufgekommen, was Sie darunter verstehen: Facebook, Instagram und Co, kleine Familienfilmchen, aber das bleiben Sie in Ihrem Antrag eben schuldig. Es sind nur Phrasen, die Sie da reingeschrieben haben, und nichts Konkretes. Deshalb, das hier der Sozialministerin oder uns vorzuwerfen, dass wir unkonkret sind – ich würde sagen, fassen Sie sich bitte an Ihre eigene Nase! Schlagen Sie konkrete Maßnahmen vor! Dann können wir uns auch inhaltlich tiefer gehend damit auseinandersetzen.

Das einzig annähernd Konkrete, was Sie hier vorschlagen, ist das Babywillkommenspaket. Aber Sie sagen auch hier weder, wie groß das sein soll noch für welche Familien. Soll das nur für deutsche Familien gelten, so, wie es ja Ihr Ansinnen ist, oder soll das weitergehen? All das bleiben Sie schuldig, es ist nichts Konkretes hier drin und auch deshalb einfach nur abzulehnen.

Als ich mir die Begründung durchgelesen habe, musste ich doch etwas schmunzeln, und das möchte ich Ihnen noch mal mitgeben. Da heißt es: „Junge Menschen sollen zur Gründung einer traditionellen Familie und zur Zeugung von Kindern ermutigt werden.“

(Heiterkeit bei Nadine Julitz, SPD)

Ich frage Sie,

(Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD)

liebe AfD, wollen Sie einen Werbefilm mit der Landeszentrale für politische Bildung

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

mit der Aufforderung zum Poppen initiieren?

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Nein, liebe AfD, wir sollten konkrete Maßnahmen ergreifen, die wirklich für eine kinderfreundliche Gesellschaft stehen, wo Kinder eben kein Armutsrisiko darstellen,

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

wo wir Kinder nicht als Hartz-IV-Bezieher bezeichnen, sondern für eine Kindergrundsicherung streiten, wo wir Eltern es ermöglichen, in Mecklenburg-Vorpommern einen ausreichenden Lohn zu erhalten, damit sie mit ihren Familien in den Urlaub fahren können oder der Kinobesuch ermöglicht werden kann. Das wäre eine Ermutigung für Familien, sich für Kinder zu entscheiden, das sind konkrete Maßnahmen. Diese bleiben Sie in Ihrem Antrag schuldig, und er ist auch deshalb abzulehnen.

Im Übrigen glaube ich auch nicht, dass es Ihnen mit den Forderungen in Ihrem Antrag wirklich ernst ist. Anfang dieses Jahres stellten Sie eine Große Anfrage zu den Familien und Lebensgemeinschaften in Mecklenburg-Vorpommern. Eine Antwort zu dieser Großen Anfrage gibt es natürlich noch nicht. Gleichwohl fühlen Sie sich jetzt berufen, mit diesem Antrag der Antwort vorzugreifen und ein paar Forderungen aufzumachen. Tut man so etwas, ohne die tatsächlichen Hintergründe zu kennen, geht es in der Regel lediglich um eine politische Botschaft und nicht um den wirklichen Wunsch, etwas zu verändern. Das nennt man in politischen Kreisen einen Schaufensterantrag und ist deshalb abzulehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Frau Bernhardt!

Zu Ihrem Debattenbeitrag hat die Fraktion der AfD, der Abgeordnete Professor Dr. Weber, eine Kurzintervention angemeldet. Bitte schön, Herr Professor Dr. Weber.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Er macht jetzt den Werbefilm.)

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Bürger von Mecklenburg und Vorpommern! Frau Präsident!

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: -tin!

Dr. Ralph Weber, AfD: Werte Kollegen! Liebe Gäste!

Frau Bernhardt, was Sie hier dargestellt haben, ...

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ich bin ja froh, dass Sie mich als Frau ansprechen.

Dr. Ralph Weber, AfD: ... von mir aus können Sie Ihren Werbefilm, den Sie da angekündigt haben, gern drehen,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Aber nicht mit Ihnen.)

aber es geht an der Wirklichkeit sehr vorbei. Um was es uns geht, das ist, ein Klima zu schaffen, finanziell und gesellschaftspolitisch, in dem gezeigt wird und in dem deutlich gemacht wird, auch durch entsprechende Unterstützungen, dass es sich für junge Menschen wieder lohnt, eine Familie zu gründen, Kinder zu bekommen.

(Christian Brade, SPD:
Hier geht es nicht um „Lohnen“.)

Dazu gehört, dass wir aufhören müssen, diejenigen, die sich für Kinder entscheiden, mehrfach zu benachteiligen. Dass Kinder Geld kosten, weiß jeder. Dass man aber dann, wenn man die Kinder selbst großziehen, erziehen möchte und deswegen vielleicht, bis die Kinder eingeschult werden, zu Hause bleibt, dass man dann mit Erwerbsnachteilen rechnen und noch Rentennachteile hinnehmen muss, das muss abgestellt werden. Das ist das, was wir fordern.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Das Gleiche gilt für Pflegeleistungen, wenn man,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das steht nicht in Ihrem Antrag drin, Herr Professor!)

wenn man Angehörige pflegt und deswegen zu Hause bleibt oder teilweise die Arbeitszeit reduziert, dann darf es nicht auch noch damit abgestraft werden,

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

dass man Rentennachteile hinnimmt. Das sind konkrete Forderungen, die wir mehrfach erhoben haben. Das ist das, was wir wollen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist das, was nicht in Ihrem Antrag steht.)

Und wenn Sie immer wieder geißeln, dass wir von der traditionellen Familie sprechen,

(Zuruf von Nadine Julitz, SPD)

dann muss ich einfach sagen, Familie ist nicht jeder, der sich füreinander verantwortlich fühlt. Familie ist ein ganz anderer Begriff, Familie hat was mit Zusammenhalt, Zusammenleben und Verwandtschaft zu tun. Und wenn Sie das nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dann ist das eben ein anderes Weltbild,

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

aber es gibt Ihnen nicht das Recht, das so abzutun, als ob wir deswegen ausgrenzen würden. Wir grenzen niemanden aus,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Rainer Albrecht, SPD: Doch! Doch!)

wir wollen nur eine ganz bestimmte Form, nämlich eine traditionelle Familie, fördern. Wenn Sie das mal zur Kenntnis nehmen würden, dann wäre das schon ein großer,

(Zurufe von Rainer Albrecht, SPD,
und Ralf Mucha, SPD)

ein großer Fortschritt in der Debattenkultur. Und ich glaube, das ist eindeutig wichtig, dass man mal deutlich macht, dass eben nicht jeder, der sich, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Die zwei Minuten sind jetzt zu Ende.

Dr. Ralph Weber, AfD: ... nicht jeder, der sich für den anderen verantwortlich fühlt,

(Zuruf von Karsten Kolbe, DIE LINKE)

zur Familie gehört, so wenig, wie jeder, der sich zufällig hier aufhält, zu unserem Volk gehört.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Nadine Julitz, SPD: Das war
jetzt eine harte Ausgrenzung. –
Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Professor Weber, wenn Sie die Antwort hören wollen, ist es eigentlich üblich, dass man sie sich dort anhört, wo man sie denn auch bestellt hat.

Bitte schön, Frau Bernhardt.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Professor Dr. Weber, ich bin erst mal froh, dass Sie mich nicht mit „Herr Bernhardt“ ansprechen,

(Heiterkeit bei Nadine Julitz, SPD)

sondern mit Frau Bernhardt. Ich glaube, das ist schon ein deutlicher Fortschritt im Landtag, den wir hier sehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Torsten Renz, CDU)

Das Zweite ist, die konkreten Probleme, die Sie benannt haben, wenn es um Rentenungerechtigkeiten geht, wenn es um Benachteiligung von Familien geht, all das findet sich in Ihrem Antrag nicht wieder. Und auch Maßnahmen, wie man das konkret beheben könnte, finden sich in Ihrem Antrag nicht wieder.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig!)

Sie reden hier über Dinge,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Der Antrag
ist eine intellektuelle Null!)

die sich in Ihrem Antrag nicht wiederfinden. In Ihrem Antrag finden sich allgemeine Phrasen, wie „Vereinbarkeit von Familie und Beruf ... verbessern“ et cetera, nichts Konkretes.

Und wenn Sie davon reden, dass Sie nur bestimmte Familienformen fördern wollen, dann ist genau das die Ausgrenzung, Herr Professor Dr. Weber.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Ehlers.

Sebastian Ehlers, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, die Pressemitteilung der AfD, die Facebook-Seite wird wahrscheinlich schon fertig sein: Landtag verweigert sich, Landtag lehnt traditionelles Familienbild ab. Deswegen möchte ich auch für die Interessierten und Besucherinnen und Besucher gern damit beginnen, aus dem Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands zu zitieren.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Dort heißt es unter Kapitel 68 – und es scheint mir so, als wenn Sie da auch ein bisschen abgeschrieben haben –:

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

„Familien werden immer wichtiger und sind das Fundament unserer Gesellschaft. Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen. Sie ist der Ort, an dem Partnerschaft und Solidarität gelebt und der Sinn für Gerechtigkeit vermittelt wird. In ihr reift der Mensch zur Persönlichkeit heran und entfaltet sich zur Freiheit in Verantwortung. Hier werden Werte gelebt, die sich aus dem christlichen Verständnis vom Menschen ergeben – seiner unveräußerlichen Würde und seiner Mitmenschlichkeit.“ Zitatende.

(Horst Förster, AfD:
Gilt das denn noch?)

Es ist also nicht so, dass Sie hier der Retter der Familie, des traditionellen Familienbildes und der Ehe sind. Und ich hätte mir gewünscht, dass wir wirklich die Debatte auch mal am Antrag orientieren und nicht über irgendwas, so, wie es Professor Weber gerade gemacht hat, diskutieren, was gar nicht im Antrag steht.

Über die Punkte, über die Sie gesprochen haben, auch über den Stellenwert von Familien, Herr de Jesus Fernandes, kann man ja gern mal diskutieren. Auch ich – und deswegen habe ich gesagt, es ist immer gut, wenn jemand aus der Praxis spricht – hatte ja das Glück, heute vor neun Wochen, sogar die Uhrzeit passt ungefähr, erneut Vater zu werden, kann also ein bisschen nachvollziehen, was vielleicht Familien erwarten, was sie motiviert, Kinder zu bekommen, und was vielleicht auch nicht. Und ich habe natürlich auch persönlich schon die Erfahrung machen müssen, wie es um den Stellenwert von Familien hier bestellt ist. Das fängt mit der Barrierefreiheit in einigen Bereichen an, das fängt natürlich damit an, dass man mal schiefe Blicke kriegt, wenn das Kind im Zug, im Flugzeug oder wo auch immer schreit. Da bin ich sogar bei Ihnen, dass man da in anderen Ländern durchaus weiter ist. Wenn da Kinder ins Restaurant kommen, dann wird sofort der Tisch freigeräumt, hier in Deutschland guckt man eher, dass man vielleicht gerade keinen Tisch frei hat an der Stelle.

Aber die Frage ist doch: Wie kriegen wir das verändert? Das kriegen wir doch nicht durch Werbekampagnen der Landesregierung, Hochglanzbroschüren, seid bitte lieb zu Kindern, an der Stelle geändert. Ich glaube, das geht nur, indem man viel im Gespräch ist, indem man insge-

samt auch ein Klima, ein familienfreundliches Klima schafft.

Wenn man sich mal die Zahlen anschaut, sieht man ja einfach auch, dass Ihre Wahrnehmung hier nicht richtig ist, denn wenn Sie sich mal die Zahlen anschauen, allein die Geburtenzahlen für Mecklenburg-Vorpommern – und ich habe bewusst die geburtenschwachen Jahrgänge Mitte der 90er rausgenommen –, da lagen wir 1995 bei 9.878 Geburten, 2017 waren es 13.081. Und die Zahl ist in den letzten Jahren relativ konstant. Das zeigt doch einfach wieder, dass wir das große Tal durchschritten haben, dass wieder mehr Kinder geboren werden, dass sich wieder junge Menschen dazu motivieren und auf den Weg machen, Kinder zu bekommen.

Was erwarten denn junge Familien? Wie gesagt, da brauche ich nicht Familien zu befragen, weil ich selbst sozusagen betroffen bin und man logischerweise viele im Umfeld hat, und da sind es dann doch die Fragen, die wir gestern diskutiert haben, das Thema „beitragsfreie Kita“, weil das natürlich viele Menschen bei uns, junge Menschen im Land bewegt hat, wenn wir bisher Beiträge hier gezahlt haben, die wir gestern schon genannt haben, mehrere Tausend Euro im Jahr. Das sind doch die Dinge, über die wir reden, und da hatten Sie gestern die Chance mitzustimmen. Ich finde, das muss man der Öffentlichkeit auch mal an der Stelle sagen, und da haben Sie es nicht getan.

(Thomas Krüger, SPD: Genau so.)

Dort, wo wir also ganz konkret etwas für die jungen Menschen, für die Familien in unserem Land machen können, haben Sie sich gestern als Opposition kraftvoll enthalten.

Was ist ansonsten noch wichtig für junge Familien? Finanzielle Entlastung habe ich gesagt. Es gibt insgesamt – das habe ich bei der letzten Debatte zur Familienpolitik, zu Ihrem Antrag schon gesagt – 150 familienpolitische Leistungen. Und jetzt kann man darüber diskutieren, ob die gut sind. Sind die richtig? Macht die Erhöhung von Kindergeld Sinn, der Steuerfreibetrag? Holen wir damit alle ab?

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke
übernimmt den Vorsitz.)

Das sind doch alles die Fragen, die man diskutieren kann. Aber natürlich gehört auch zur Wahrheit, dass die Familien im Land profitieren von dem, was beispielsweise im Bund beschlossen wurde. Ich nenne mal als Stichworte das Starke-Familien-Gesetz und das Gute-KiTa-Gesetz, insgesamt 5,5 Milliarden Euro für die Kitas hier in Deutschland, der Kinderzuschlag erhöht sich, das Kindergeld erhöht sich. In vielen anderen Bereichen, Bildungs- und Teilhabepaket, gibt es Verbesserungen für die Kinder, denen es hier an der Stelle nicht so gut geht. Ich glaube, das sind die Punkte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Und da fand ich es gestern – leider hatte ich nicht genug Redezeit – schon etwas despektierlich, wie Sie ja hier, Herr de Jesus Fernandes, Frau Schwesig vorgeworfen haben, sie möchte sozusagen alle Mütter gleich wieder ans Fließband schicken, am besten aus dem Kreißsaal direkt ans Fließband.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ja, ich finde aber, man kann zu bestimmten Punkten – ich erinnere mal an die Debatte um das Betreuungsgeld, da kennen Sie unsere Position – durchaus mal unterschiedlicher Meinung sein. Da hatten wir auch eine andere Position als die Sozialdemokraten und Frau Schwesig. Aber trotzdem, finde ich, sollte man sich auch mal mit den Müttern in unserem Land unterhalten. Da stelle ich zumindest fest, dass viele auch der Meinung sind, natürlich aus gutem Grund und völlig zu Recht, dass sie möglichst schnell wieder ins Berufsleben einsteigen wollen. Das hat doch nichts damit zu tun, dass das staatlich verordnet wird, sondern natürlich gibt es ...

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Es müssen nicht alle, es wollen auch, also ich kann das ja nur sagen aus dem Umfeld, in ...

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Wir wollen die freie Entscheidung.)

Wir wollen die freie Entscheidung auch an der Stelle, aber wir nehmen zur Kenntnis, dass gerade in Ostdeutschland natürlich viele Frauen auch arbeiten wollen, und deswegen, glaube ich, kann man sich nicht despektierlich hinstellen und sagen, hier werden alle wieder ans Fließband gestellt. Ich glaube, das ist doch völlig an der Realität vorbei.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Wir haben in den letzten Jahren viele Punkte auf den Weg gebracht. Wenn ich an das Thema Elterngeld denke im Jahr 2007, also da gab es Sie noch gar nicht als AfD, da wurde unter Ursula von der Leyen als Familienministerin seinerzeit das Thema Mütterrente eingeführt. Also es gibt viele Punkte, wo wir wirklich auch diejenigen unterstützen, die hier Verantwortung tragen. Das, glaube ich, kann man alles nicht so richtig wegdiskutieren.

Jetzt komme ich mal ganz konkret zu Ihrem Antrag, und der ist wirklich so dünn, dass sich einem die Nackenhaare an der Stelle aufstellen,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

und ich zitiere: „Die Landesregierung wird aufgefordert, ... den Stellenwert und die Achtung der Familie in unserer Gesellschaft zu erhöhen.“

Wie, ist da die Frage. Vielleicht kommen Sie ja noch in der Aussprache mit dazu und sagen was.

„2. eine Kampagne für die traditionelle Familie zu initiieren.“

Wie soll das aussehen? Was soll da passieren? Werden da bunte Flyer gedruckt? Werden da Werbefilme gezeigt? Was soll dort passieren ganz konkret?

„3.“ – das ist der einzige konkrete Punkt – „junge Familien besser zu unterstützen, ein Babywillkommenspaket einzuführen.“

Das habe ich Ihnen beim letzten Mal schon erklärt. Aus meiner Sicht ist das nicht das, was junge Familien brauchen. Das Steuergeld sollte man dann lieber investieren beispielsweise in das Thema „Beitragsfreie Kita“. Windelpaket et cetera habe ich von diversen Roßmanns und

Co dieser Welt schon jetzt nach der Geburt bekommen. Ich glaube, das braucht man an der Stelle nicht.

„4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.“ Ich glaube, das machen wir. Da haben wir die Punkte ebenfalls Ihnen genannt.

„5. in den schulischen Lehrplänen Themen wie ‚Mutter sein‘ und ‚Vater sein‘ aufzunehmen.“

Ja, sehr geehrte Kollegen von der AfD, wo konkret? Wie soll das passieren? Sollen wir unsere Zehnjährigen jetzt schon darüber informieren oder die Fünfzehnjährigen? Was soll da konkret passieren? Also auch hier reichlich unkonkret.

Und dann – das wissen Sie, das kann ich Ihnen an dieser Stelle wieder mal nicht ersparen –, wenn wir aber eine Kampagne machen sollten, falls sich der Landtag dazu entschließen sollte, diese Kampagne durchzuführen, würde ich sagen, machen wir das probeweise in der AfD-Fraktion.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD,
CDU, DIE LINKE und Freie Wähler/BMV)

Denn Sie wissen ja, bei jedem Antrag, wo Sie das Thema „traditionelle Familie“ wie so eine Monstranz vor sich hertragen, gucke ich immer, ob sich bei Ihnen etwas verändert hat in der Fraktion. Von den 13 Abgeordneten leben genau 4 diesen Lebensentwurf, den Sie hier gesagt haben,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

verheiratet mit Kindern, also 4 von 13 Abgeordneten,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da sind
Reserven! Da sind Reserven!)

und ich finde, da kann man sich doch hier nicht hinstellen, das so vor sich hertragen und selbst diesem Ideal nicht folgen. Die Welt ist nun mal – und das können wir jetzt gut finden, das können wir schlecht finden –, das Leben ist nun mal so bunt und so vielfältig, wie in diesem Fall Ihre Fraktion ist.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Dass ich Ihre Fraktion noch mal als bunt und vielfältig bezeichne, habe ich auch nicht gedacht,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE:
Die Regenbogenfraktion!)

aber da gibt es nun mal die Verheirateten ohne Kinder, da gibt es die Ledigen ohne Kinder, da gibt es die Geschiedenen ohne Kinder, da gibt es die Ledigen mit einem Kind, da gibt es die Geschiedenen mit vier Kindern und da gibt es die eingetragene Lebenspartnerschaft. Das ist doch gut so, meine sehr verehrten Damen und Herren von der AfD,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

dass wir diese Vielfalt auch haben, und das ist doch Ihre persönliche Entscheidung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und so ist es genauso die persönliche Entscheidung jedes Einzelnen draußen, wie er lebt. Wenn man Kinder in die Welt setzt und, aus welchen Gründen auch immer, nicht diesen Ring hier tragen möchte, dann ist es doch das gute Recht jedes einzelnen Menschen. Ich persönlich habe mich für diesen Weg entschieden und bin damit auch ganz zufrieden, kann ich sagen an der Stelle,

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Nach 25 Jahren ist man
noch zufrieden.)

sehr zufrieden, sehr zufrieden damit, ich korrigiere mich.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD,
CDU, DIE LINKE und Freie Wähler/BMV)

Aber das können wir doch als Staat nicht aufoktroieren, wir können jetzt nicht als Staat losgehen und sagen, das ist die einzig wahre Lebensform, die einzig wahre Form des Zusammenhalts und alles andere ist uns nichts wert, alles andere unterstützen wir nicht. Und deswegen, glaube ich, ist es gut, dass wir an der Stelle ähnlich bunt und ähnlich vielfältig sind, wie es Ihre Fraktion uns ja in diesem Fall vormacht. Deswegen werden wir Ihren Antrag hier heute auch ablehnen. Das wird Sie nicht überraschen, meine sehr geehrten Herren von der AfD.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Kollege Ehlers, ich bitte Sie stehenzubleiben. Der Abgeordnete Professor Dr. Weber hat nach Paragraph 81 unserer Geschäftsordnung um eine Kurzintervention gebeten.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Bürger von Mecklenburg und Vorpommern! Frau Präsident! Werte Kollegen und liebe Gäste!

Herr Ehlers, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass wir niemals gegen die kostenfreie Kita geredet oder gearbeitet haben, im Gegenteil, dass von Anfang an unsere Wahlkampforderung war, dass wir allen Maßnahmen, die das umsetzen, immer positiv entgegengestanden sind!

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Wir haben lediglich elf Änderungsanträge gestellt, die dieses Gesetz verbessert hätten. Alle elf Änderungsanträge wurden abgelehnt und deswegen haben wir uns bei der Abstimmung enthalten. Das war der Grund. Wenn Sie das bitte zur Kenntnis nehmen und hier nicht das falsche Bild entwickeln würden, dass die AfD gegen die kostenfreie Kita war!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das sind wir mitnichten. Wir hätten nur gern auch ein bisschen Qualität, Qualitätsverbesserung und andere Dinge gesehen.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Das halten Sie nicht für notwendig, das zu erwähnen.

Und wenn Sie es schon ansprechen, Ihnen, weniger der CDU, aber Ihrem Regierungspartner und der Linkspartei ist doch die traditionelle Familie, die wir im Auge haben, vor allem auch deswegen ein Dorn im Auge,

(Andreas Butzki, SPD: Herr Weber,
ich bin länger verheiratet als Sie.
Reden Sie nicht so einen Quatsch!)

weil Sie da nicht in die Erziehungsmaßnahmen eingreifen können. Sie hätten doch am liebsten, dass die Kinder möglichst mit einem halben Jahr in die Kita, in die Horte gehen und dann von anderen, von linksgrünen, umerzogenen Erziehern erzogen werden.

(Zurufe vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE: Oooh!)

Und die traditionelle Familie wird von Ihnen angegriffen, weil es da schwerer fällt, in diese staatlich organisierte linke Erziehungsstruktur reinzukommen,

(Andreas Butzki, SPD:
So ein Schwachsinn!)

weil da noch Bollwerke bürgerlich-konservativer Überzeugungen leben,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Mein Gott! –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

die es ermöglichen, eine ordnungsgemäße Kindeserziehung durchzuführen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Oh, mein Gott!)

Das muss man Ihnen dann auch mal sagen, wenn Sie immer an diesem Familienbild rummäkeln.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE –
Zuruf aus dem Plenum: Bleiben Sie stehen!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter, möchten Sie darauf erwidern? (Zustimmung)

Dann bitte ich Sie stehenzubleiben, Herr Professor Weber.

Sebastian Ehlers, CDU: Das fällt jetzt schwer, darauf zu reagieren, wenn ein deutscher Professor hier solchen qualifizierten Unfug von sich gibt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Das ist wirklich nur schwer zu ertragen.

Zu dem ersten Punkt kann ich nur sagen, Professor Weber, am Ende zählt der Honig und nicht das Gesumse. Und da können Sie noch so viel fordern, in der entscheidenden Abstimmung haben Sie sich gestern verweigert, und das werden wir allen Eltern hier im Land auch mitteilen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Darauf können Sie sich verlassen!

Zu dem zweiten Punkt kann ich nicht verstehen, warum Sie jetzt hier diese Schärfe reinbringen. Da bitte ich Sie, allen Erziehern und Erzieherinnen ab morgen zu sagen, dass sie linksgrüne Ideologien dort verbreiten. Ich kann das für die Bereiche, die ich kenne, nicht so sehen, und ich glaube, es verkennt auch die Lebenswirklichkeit vieler Familien in unserem Land.

Ich habe mich am Wochenende mit meiner Tante unterhalten, die ist Tagesmutter im ländlichen Raum im Landkreis Ludwigslust-Parchim. Sie hat dort Kinder teilweise, die acht Wochen alt sind. Das kann man jetzt gut finden, kann man schlecht finden, aber die Mütter liefern doch die Kinder nach acht Wochen nicht ab, damit sie dort linksgrün irgendwo indoktriniert werden. Das hat doch ganz andere Ursachen. Also darüber sollten wir noch mal an der Stelle lieber diskutieren.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich glaube, Ihr Weltbild ist hier sehr, sehr deutlich geworden. Ich glaube, da verahre ich mich im Namen der anderen Fraktionen dagegen, auch im Namen der Kitas hier im Land. Und ich hoffe, dass dieser Redebeitrag, diese Intervention auch aufgenommen wurde und kräftig geteilt wird, dass das in vielen Kitas im Land gesehen wird.

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

Dann werden die Erzieherinnen und Erzieher Sie auf jeden Fall nicht mehr wählen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Herr Professor Weber, ich wollte nur die Debatte nicht unterbrechen, aber auch ich muss sagen, dass ich es wirklich langsam lächerlich finde, dass Sie sich nicht dazu durchringen können, hier eine ganz normale Begrüßungsformel, wie sie normal und üblich ist, anzuwenden.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE –
Dr. Ralph Weber, AfD: Ach, erteilen Sie mir doch einen Ordnungsruf! –
Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Also das hat ja nichts mit Ordnungsruf zu tun. Ich bitte Sie jetzt, mich auch ausreden zu lassen. Ich sage das ganz besonders auch deshalb, weil Sie ja so ganz besonders großen Wert darauf legen, dass Sie korrekt angesprochen werden.

(Andreas Butzki, SPD:
Ja, wie eine Mimose! – Zuruf
von Minister Dr. Till Backhaus)

Und das ist auch richtig so. Diese Forderung ist richtig. Trotzdem benehmen Sie sich – entschuldigen Sie bitte diesen Ausdruck – wie ein bockiges Kind und verweigern sich dieser Anrede.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE –
Andreas Butzki, SPD:
Sehr gut, Frau Präsidentin!)

Aber jetzt rufe ich den nächsten Redner auf. Das ist für die Fraktion Freie Wähler/BMV der Abgeordnete Dr. Manthei.

Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst gratuliere ich – und ich denke, auch im Namen meiner Fraktion – Herrn Ehlers zu der Geburt seines, wie ich hörte, schon dritten Kindes.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und Freie Wähler/BMV)

Das sage ich nicht nur so als Höflichkeitsfloskel, das meine ich auch ganz ehrlich, weil ich weiß es ja selbst als Familienvater, dass, wenn man selbst Kinder hat, die Welt sich dann doch enorm verändert und man viele Dinge anders sieht. Vor allem – und damit bin ich beim Antrag – hat man da auch eine gewisse Lebenserfahrung, die den Antragstellern fehlt. Die Lebenserfahrung fehlt den Antragstellern und es fehlen ihnen Kenntnisse der Lebenswirklichkeit.

Wir haben es gerade von Herrn Weber gehört. Herr Weber war, glaube ich, noch nie morgens mit seinen Kindern – oder ich weiß gar nicht, Sie haben, glaube ich, keine Kinder – in der Kindertagesstätte, hat sein Kind dort abgegeben und abgeholt oder dort mitberaten, was da so passiert in der Kindertagesstätte. Da empfehle ich vielleicht mal einen Besuch.

(Beifall Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Ich persönlich bin sehr zufrieden mit meiner Kindertagesstätte in Wackerow, und dort gibt es definitiv keine politische Ideologisierung. Das ist ein hervorragender Betrieb, der dort läuft, das nur als kurze Vorbemerkung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und Freie Wähler/BMV)

Nicht nur persönliche Lebenserfahrung habe ich natürlich selbst oder durch Bekannte und Freunde. Auch war ich viele Jahre, wie Sie wissen, Familienrichter. Familienrichter zu sein bedeutet, dass einem nichts Menschliches fremd ist, was alles so passieren kann mit Familien. Und wenn ich mir dann den Antrag so durchlese, dann hat dieser tatsächlich nicht nur für den Antragsteller, sondern auch vom Inhalt her, nichts mit der Realität zu tun. Die traditionelle Familie sei hier Vater, Mutter, Kind. Das ist ein bisschen die Bausparkassenwerbung, die wir kennen,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

wo dann immer Mutter, Vater und ein blondes Mädchen über einen grünen Rasen laufen.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Mit Zöpfen.)

Das ist so eine Vorstellung, die noch verhaftet ist. Und im Antrag heißt es wörtlich, ich zitiere: „Nur die traditionelle Familie kann ... Werte stiften und Leitbilder setzen.“ Das bedeutet, dass die Antragsteller alle Menschen,

die anders leben, ausgrenzen, ausschließen von der Wertestiftung. Überhaupt dürfen die nichts hier melden bei der Leitbildsetzung, und das sind jede Menge Menschen. Das sind jede Menge Menschen, das sind die Menschen, die keine Kinder haben, weil sie vielleicht keine wollen oder keine bekommen können. Das Leben ist da, wie gesagt, sehr vielfältig.

Dann gibt es sehr viele Familien, in denen Kinder leben, wo eben ein Elternteil nicht der leibliche Elternteil ist. Ich kenne jetzt keine Zahlen, ich weiß nicht, ob man das die Landesregierung mal abfragen kann, aber wahrscheinlich nicht. Ich vermute fast, dass es schon die Mehrheit ist. Dass wir die sogenannten Patchworkfamilien haben, das ist vollkommene Realität und funktioniert auch, glaube ich, oft. Nun bin ich als Familienrichter etwas berufsgeschädigt. Ich kenne natürlich nur die pathologischen Fälle,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

aber ich weiß aus meiner eigenen Lebenserfahrung, dass es oft sehr gut funktioniert, und die werden hier auch ausgeschlossen.

Dann zu den Pflegekindern, ich glaube, Frau Bernhardt hat es angesprochen, die Pflegekinder.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

Das finde ich jetzt besonders schlimm eigentlich, dass die Pflegekinder – das kenne ich ja nun beruflich, das sind natürlich oft sehr tragische Fälle, die dahinterstehen – ausgeschlossen sind und natürlich auch die Adoptivkinder am Ende. Sie unterscheiden hier sozusagen, welche Einwohner dieses Landes wertestiftend sein dürfen und wer nicht. Da muss ich ganz ehrlich sagen, ich will gar nicht die moralischen oder religiösen Vorstellungen hier darlegen, die jeder so hat, das mag jeder für sich selbst machen, aber wenn wir unser Grundgesetz nehmen, ist jeder Mensch gleich viel wert.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Richtig, richtig!)

Da gibt es keine Unterscheidung, wer hier einen Wert setzen darf und wer nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und Freie Wähler/BMV)

Jeder Mensch hat ein freies Leben und er darf das natürlich selbst entscheiden, wie er sein Leben führt.

(Andreas Butzki, SPD: Das müsste eigentlich der Professor wissen.)

Und wir sind der Meinung, dass jeder Mensch hier den gleichen Wert hat.

Dann noch ganz kurz zu dem Babywillkommensgeschenk. Das hatten wir schon mal, das ist auch wieder so, da fehlt wieder die Lebenserfahrung. Wenn ich mich an die Geburt meiner Kinder erinnere, also wenn ich mir vorstelle, ich kriege dann von Frau Hesse noch ein Paket – wo ist sie jetzt, ist sie gar nicht mehr da? – mit noch mehr Windeln und Nuckeln, das dauert dann Monate, bis man die letzte Windel irgendwie ausgepackt hat. Bitte verschonen Sie mich damit! Das ist genau das oder garantiert das, was man nicht braucht als junger Vater

oder junge Mutter, dass man da noch irgendwelche Nuckel und Windeln bekommt.

(Jochen Schulte, SPD: Die sind ja auch nicht für den Vater gedacht. – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und Freie Wähler/BMV)

Dann habe ich mich auch gefragt, was das eigentlich bedeutet, in den Lehrplan soll aufgenommen werden, Zitat, „Mutter sein“, und Zitat, „Vater sein“. Da weiß ich jetzt nicht, was das bedeutet. Ich frage mich auch, was das jetzt in der Schule soll. Ich frage mich, in welcher Klassenstufe, was soll da passieren? Ich will das jetzt hier auch nicht zusätzlich ins Lächerliche ziehen, aber ich habe mich einfach gefragt, was da eigentlich passieren soll und ob das überhaupt richtig ist in dem Alter, so etwas in der Schule zu unterrichten.

Nein, also zusammengefasst können wir dem Antrag selbstverständlich nicht zustimmen. Gute Familienpolitik bedeutet konkrete Politik als Hilfe für die Menschen. Wir haben, gerade meine Fraktion, immer wieder sehr gute Bildungsanträge hier eingebracht, und das ist somit das Wichtigste für unsere Kinder, dass sie eine gute Bildung genießen. Heute ist, glaube ich, noch der Seiteneinsteigerantrag für die Qualifikation der Lehrer. Das ist gute Familienpolitik, aber dieser Antrag ist es mit Sicherheit nicht. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort die Abgeordnete Julitz.

Ehe Frau Julitz mit ihrer Rede beginnt, möchte ich es nicht versäumen, Bürgerinnen und Bürger aus Steinhagen und Negast sowie Mitglieder des Kirchenchores Steinhagen auf der Tribüne zu begrüßen. Herzlich willkommen!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir können leider nicht zurückwinken.)

Bitte, Frau Julitz, Sie haben das Wort.

Nadine Julitz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Danke für diesen Antrag, aber glauben Sie mir, gleich freuen Sie sich nicht mehr! Endlich kann ich alles das sagen, was ich die letzten sieben Monate mit mir rumtrage. Und herzlichen Glückwunsch, das müssen Sie sich jetzt von einer hormongeladenen Mama anhören, die heute Nacht quasi gar nicht geschlafen hat!

Kurz zur traditionellen Familie: Auf Ihre Wortwahl gehe ich gar nicht näher ein, das haben wir auch schon gehört. Ich habe nichts anderes erwartet und es würde sowieso nicht bei Ihnen ankommen. Aber zum Familienbild ...

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ach, das ist wirklich, wirklich lächerlich!

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ja, vielleicht hören Sie zu, dann können Sie vielleicht noch, aber ich glaube, das ist auch vorbei!

Aber zum Familienbild kurz: Die Familie war schon immer im Wandel. Vor der Industrialisierung war Familie der ganze Hof, übrigens abgeleitet von „familia“, Gesindel, samt Marktvieh und Vermögen. Viele Kinder bedeuteten viele Helfer. Im Übrigen gab es keine Geburtenkontrolle und eine hohe Kindersterblichkeit. Nach der Industrialisierung trennten sich Arbeitsplatz und Wohnort, Familie wurde immer mehr Rückzugsort zum emotionalen sicheren Hafen. Das ist auch heute noch so, aber – und ich werde jetzt nicht alle Gründe und Ursachen erläutern – die zwingende Ehe vor der Familiengründung ist eben jetzt keine Selbstverständlichkeit mehr.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Und es ist auch völlig falsch, damit eine Familie zu definieren, denn der sichere Hafen wird nicht besser oder schlechter mit Trauschein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Ann Christin von Allwörden, CDU)

Die Ehe ist eine individuelle Entscheidung und mit meiner Fraktion wird es auch keine Initiativen geben, irgendjemandem eine Familienform vorzuschreiben oder einzureden. Heute haben wir ganz andere Familienformen, Patchworkfamilien zum Beispiel. Eltern trennen sich, finden neue Partner, die vielleicht auch schon Kinder haben, und nun alle gemeinsam durchs Leben gehen, oder Regenbogenfamilien, gleichgeschlechtliche Partner, die auf unterschiedlichem Wege Kinder bekommen und gemeinsam füreinander eintreten und füreinander da sind. Über Pflegekinder haben wir auch schon gesprochen, Familie eben.

Das eine oder andere besser- oder schlechterzustellen, macht keinen Sinn. Jeder hat die Möglichkeit, nach seiner Auffassung der richtigen Familienform zu leben. Ihre Lebensformen beeinträchtigen mich in keiner Weise. Ich freue mich für jeden, der eine Familie für sich gefunden hat und damit glücklich ist. Zu wissen, wo man sich fallen lassen kann, geborgen ist, geliebt wird und sicher ist, ist unglaublich wichtig. Wen meine Mitmenschen gefunden haben, geht mich einfach nichts an.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich komme nun zu dem Teil, in dem Sie die Landesregierung zu verschiedenen Maßnahmen auffordern, die ich mehr oder weniger zusammenfassen werde.

Junge Menschen auf das Vater- und Muttersein im Lehrplan vorbereiten, mein Lieblingsteil – jeder, der Kinder hat, wird mir zustimmen, vorbereitet gewesen zu sein auf alles, aber nicht auf das, was dann kam. Das geht nämlich nicht. In dem Moment, in dem Ihnen Ihr Neugeborenes auf die Brust gelegt wird, das kann man sich in seinen kühnsten Träumen nicht vorstellen. Da geht alles in Ihnen durch und es ist schlichtweg vorher nicht vorstellbar, dass Sie ab Sekunde eins so viel Liebe, Stolz und Verantwortungsbewusstsein für ein so kleines Wesen empfinden können.

Worauf zum Teufel wollen Sie junge Menschen, sagen wir, mit vielleicht 16 Jahren, vorbereiten?! Ich habe heute Nacht, habe ich vorhin gesagt, quasi gar nicht geschlafen. Meine Tochter zahnt, hat sowieso alle drei Stunden Hunger, fängt gerade an zu krabbeln und verarbeitet damit so viel, dass sie eben entsprechend unruhig

schläft. Und überhaupt ist man ja gerade in irgendeiner Phase. Das geht seit gut sieben Monaten so. Ich bin dauerermüdet. Das hätte ich mir im Leben nicht vorstellen können, dass ich trotzdem noch so viel Mensch sein kann, und das, obwohl man mir das vorher erzählt hat, dass man wenig schläft. Das erzählen wir also unseren Teenagern.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD –
Zuruf aus dem Plenum: Halten Sie
doch mal die Klappe!)

Das ist schon ziemlich frech, mich jetzt in meiner Familie anzugreifen, wovon Sie überhaupt gar keine Ahnung haben!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Also erzählen wir unseren Teenagern, was ich eben berichtet habe, man schläft quasi gar nicht mehr, man ist dauerermüdet und muss irgendwie alles unter einen Hut bekommen. Sie werden begeistert sein und werden sagen: Juhu, mit 18 werde ich Mutter und Vater!

(Beifall und Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Erzählen wir jungen Männern, dass ihre zukünftigen Kinder mit großer Wahrscheinlichkeit mit einem Dreivierteljahr anfangen werden, sie grundlos anzubrüllen,

(Zuruf aus dem Plenum:
Angespuckt werden.)

und sich von ihnen nicht mehr beruhigen lassen.

Angespuckt werden, man könnte die Liste endlos weiterführen.

Aber gerade das erzählt man jungen Vätern, das erzählt man ihnen ganz bewusst, pass auf, die Phase wird kommen, und trotzdem stehen irgendwann die Väter vor der Frau, vor dem Kind, sind völlig geknickt und traurig, dass das Kind sich nicht beruhigen lassen will, völlig demotiviert, geknickt, traurig, keine Chance auf Vorbereitung.

Bereiten wir junge Menschen darauf vor, wie man so ein Kind großzieht, und was auf sie zukommt: füttern, windeln, regelmäßig zum Arzt. Kinder schlafen viel, das wusste ich alles, und dann haben Sie ein Baby, was praktisch drei Monate lang nicht abgelegt werden will, über Monate. Sie tragen Ihr Baby drei Monate also mit sich umher, damit es zufrieden ist. Ihr Rücken schmerzt wie nie zuvor, Sie sind froh, wenn abends irgendwann der Vater nach Hause kommt und Sie sagen können, bitte nimm es, ich kann nicht mehr.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie sind jetzt also seit wenigen Wochen Eltern und plötzlich hagelt es gute Ratschläge auf Sie ein. Man darf sein Kind nicht verwöhnen. Das muss halt auch mal schreien, die Lungen müssen sich ausbreiten, schließlich entfalten und so weiter. Lustige Sachen, einfach ins Bett legen, das schläft dann schon, und wenn nicht, dann muss es das eben lernen mit zwei Wochen so ungefähr. Und dann die Grundsatzfragen, natürliche Entbindung oder Kaiser-

schnitt, Stillen oder Fläschchen, tragen oder schieben. Wo schläft das Kind? Hoffentlich nicht im eigenen Bett. Wir waren theoretisch auf alles vorbereitet, fast ein lustiger Gedanke, wenn man zurückdenkt. Und bei all dem Schlafmangel und den klugen, nicht gewollt gehörten Ratschlägen sage ich trotzdem, ich würde das alles für nichts auf der Welt eintauschen wollen.

Ich mochte Kinder schon immer. Aber der Satz, dass ein Lächeln deines Kindes nach einer schlaflosen Nacht alles wiedergutmacht, ist eben mit 20 Jahren und kinderlos ein Satz. Seit sieben Monaten habe ich ihn verstanden. Jedes Kind ist anders, und wenn ich all meine Erfahrungen mitteile, heißt das nicht, dass ein anderes Kind nicht mit zwei Wochen schon durchschläft, gern allein im Bett liegt oder keine Probleme beim Zahnen hat.

Worauf wollen Sie junge Menschen vorbereiten? Junge Menschen habe heute alle Möglichkeiten, die Welt zu bereisen, zwischen Tausenden Ausbildungs- und Studiemöglichkeiten zu wählen. Und das ist großartig und völlig normal, diese ganzen Eindrücke für sich genießen zu wollen. Früh eine Familie zu gründen, war vor allem kein Problem, als Frauen nicht gearbeitet haben, ihre eigene Karriere hinten angestellt haben. Das hat sich geändert.

Jetzt fordern Sie die Landesregierung auf, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und den Stellenwert der Familie in der Gesellschaft zu erhöhen. Politik kann Rahmenbedingungen setzen. Eine hervorragende haben wir übrigens gestern mit der beitragsfreien Kita beschlossen. Politik kann nichts dafür, wenn mir Menschen dabei zusehen, wie ich mich mit dem Kinderwagen eine Treppe hochquäle oder vor mir die Tür eben nicht aufgehalten, sondern zugeschlagen wird.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Und das ist nämlich in anderen
Ländern anders.)

Was Sie wollen, ist etwas ganz anderes. Und das wird auch nicht besser, wenn Sie versuchen, in Anträgen was von Vereinbarkeit zu faseln. Das ist nämlich nicht das, was Sie wollen. Frauen bekommen Kinder und gehören dann nach Hause. Sie wollen nicht, dass Frauen Karriere machen können, sonst würden bei Ihnen welche sitzen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Und allein diese Verantwortung nur auf Frauen abzuwälzen, ist schlimm genug. Mütter, die ihre Kinder lieber zu Hause erziehen möchten, selbstverständlich soll das jeder tun können, da mischen wir uns nämlich gar nicht ein. Im Übrigen, was ist denn mit Vätern, die das wollen?

(Thomas Krüger, SPD: Ja.)

Und anstatt anzuerkennen, wenn Frauen und Männer sich anstrengen, um den Spagat zwischen Familie und Beruf zu wuppen, erhält man einen Presseartikel zur Kindeswohlgefährdung, völlig ohne Grundlage. Und so geht es vielen Familien und Alleinerziehenden. Jeder weiß es besser, sie können es alles nur verkehrt machen.

Zeigen wir in einer schnelllebigen Gesellschaft unseren Kindern, was Familie bedeutet: Geborgenheit, Sicherheit,

Verständnis, Unterstützung! Lassen wir unsere Teenager pubertieren und mit 17 allein zu Hause und schleppen sie nicht mit in den Familienurlaub! Und wenn sie soweit sind, werden sie sich auf diese Werte in der Familie besinnen und ihre eigene Familie gründen, wenn sie soweit sind.

Ihr Babywillkommenspaket haben wir schon einmal abgelehnt. Die Möglichkeit, Unterstützung für eine Babygrundausrüstung zu beantragen, gibt es bereits. Den Schlafsack, der im Paket enthalten ist, habe ich im Krankenhaus bekommen. Windeln, Body, Pflegemittel et cetera bekommt man vom Gynäkologen in sämtlichen Boxen oder von der Hebamme.

Was wir wirklich brauchen: eine Kampagne für Empathie, Verständnis, Nachsicht, Mitgefühl. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Ausgerechnet mit den Abgeordneten der AfD über diese Eigenschaften zu diskutieren, macht keinen Sinn.

(Zurufe vonseiten der Fraktion der AfD:
Doch, doch, das macht Sinn!)

Dieser Antrag steht für Ausgrenzung, Hetze, Neid erzeugen. Wir lehnen Ihren Antrag selbstverständlich ab. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und Ann Christin von Allwörden, CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat noch einmal das Wort der Abgeordnete de Jesus Fernandes.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Er sollte lieber
verzichten nach diesem Redebeitrag. –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sie können ja rausgehen. –
Peter Ritter, DIE LINKE:
Nee, ich hör mir das an.)

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr geehrte Abgeordnete! Wertes Präsidium! Also wer hier so ausgrenzt, das konnte ja jeder sehen heute: Das sind Sie, das sind Sie und das sind Sie. Wir haben ja nun mal ein anderes Familienbild,

(Rainer Albrecht, SPD: Ja. –
Thomas Krüger, SPD: Mit Ausgrenzung.)

und das ist auch gut so. Ihre Partei hat ein anderes Familienbild, haben wir heute gehört, Sie haben das gleiche wie DIE LINKE. Die CDU hat noch ein bisschen etwas anderes Familienbild.

(Torsten Renz, CDU: Ja, aber Sie
leben doch Ihr Familienbild, was Sie
propagieren, selbst gar nicht aus.)

Und wir werden aber eben auch dafür gewählt, welches Familienbild wir hier vertreten, und deswegen vertreten wir das auch.

(Zurufe von Martina Tegtmeier, SPD,
und Torsten Renz, CDU)

Die ganzen offenen Fragen, die Sie haben, haben Sie sich ja eigentlich schon selbst beantwortet. Frau Julitz

hat es eben erklärt, eine Kampagne für Empathie et cetera. Es geht um Steuerungsmöglichkeiten und Rahmenbedingungen. Und genau das ist es, was wir mit unserem Antrag fordern,

(Elisabeth Aßmann, SPD: Fangen Sie mal bei sich selber an! Fangen Sie doch mal bei sich selber an!)

bessere Rahmenbedingungen und Steuerung, politische Steuerung möchten wir gern haben.

Und wie es zum Beispiel nicht geht, gucken wir uns zum Beispiel mal die Jugendfilmtage in Wismar an. Vom Land gefördert, die Medienanstalt wird ebenfalls vom Land gefördert, Jugendfilmtage in Wismar, ungefähr elf Filme waren dort. Ich will mich nicht genau festlegen, aber von denen hatten neun nur ein Thema, aber auch nur ein Thema. Da ging es nämlich ausschließlich nur um Homosexualität. Das sind die Jugendfilmtage in Wismar.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Wenn das die Themen der Jugendlichen sind, dann würde ich ihnen nichts anderes vorschreiben.)

Da muss das Land gucken, was es fördert, wo es seine Prioritäten setzt und ob auch noch die Maßgabe die richtige ist,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

ob man wenigstens mal prozentual guckt, was stelle ich wie in die Öffentlichkeit oder fördere ich Filme, die sich quasi mit der Familie beschäftigen,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

denn das prägt ja unsere Leute. Und eben auch genau in der Schule ist das wichtig rüberzubringen.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Und Sie zensieren, was gezeigt wird, oder was?!)

Also das ist die Möglichkeit, die Steuerungsfunktion, indem man die Förderungen ausrichtet speziell darauf, dass sich das Familienbild auch wandelt. Das ist ja unser Ziel. Das Familienbild soll sich wandeln in unserer Gesellschaft.

Und alles, was hier gesagt wurde, dass wir ausgrenzen, das stimmt überhaupt nicht. Wir haben überhaupt gar niemanden ausgegrenzt. Wir haben nur unseren Fokus auf die traditionelle Familie gelegt und damit niemanden ausgegrenzt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Und was Sie abstreiten, wir möchten eine Wahlfreiheit haben für Eltern, für Mütter und auch für Väter, ob sie ihre Kinder zu Hause erziehen oder nicht,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Nee, in Ihrer Begründung schreiben Sie nur von Müttern. Lesen Sie Ihre Begründung durch! Da steht was anderes.)

das muss aber eben auch möglich sein in dieser Gesellschaft,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sie können hier jetzt nicht was anderes erzählen. Das steht da nicht drin. Da steht nur von Müttern, die zu Hause bleiben. –
Glocke der Vizepräsidentin)

dass Sie das tun mit auskömmlichen Einkommen und gesellschaftlicher Anerkennung, meine Damen und Herren. Das ist die Intention unseres Antrages. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4015. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4015 bei Zustimmung der Fraktion der AfD, ansonsten Ablehnung aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 22:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Demokratie stärken – engagierte Menschen schützen, auf Drucksache 7/4030. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4119 vor.

**Antrag der Fraktionen der SPD und CDU
Demokratie stärken –
engagierte Menschen schützen
– Drucksache 7/4030 –**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 7/4119 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Barlen.

Julian Barlen, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erschreckende Ereignisse und tatsächlich sehr beängstigende Erkenntnisse rund um das terrorbereite rechtsextreme Prepper-Netzwerk „Nordkreuz“ haben uns hier in Mecklenburg-Vorpommern, aber längst auch im gesamten Bundesgebiet in den vergangenen zwei Jahren wiederholt beschäftigt. Und auch nach zwei langen Jahren sind diese extremistischen Vorgänge alles andere als erledigt für uns. Im Gegenteil, die Ermittlungen hier im Land und vor allem auch die Recherchen zahlreicher Medien laufen und bringen immer wieder neue widerwärtige Details zur Gedankenwelt, zur Organisation und auch zur Menschenverachtung der mutmaßlich Beteiligten ans Licht.

Meine Damen und Herren, wie so oft war der öffentliche Fokus zunächst hauptsächlich auf die mutmaßlichen Täter und deren Täternetzwerk gerichtet. Wer steckt dahinter? Was war geplant? Wer wusste davon? Wer ist dafür womöglich verantwortlich? Und weitgehend ausgeblendet und oftmals auf einen potenziellen Opferstatus reduziert wurden sehr bedauerlicherweise die Betroffene

nen, die Bedrohten und damit ja die Hauptleidtragenden dieser kriminellen Machenschaften. Erst die Berichterstattung über die nunmehr lobenswerterweise durch BKA und LKA erfolgte Unterrichtung vieler dieser engagierten Männer und Frauen, deren Namen und teils Kontaktdaten gesammelt wurden, hat deren Situation stärker beleuchtet.

Meine Damen und Herren, diese Männer und Frauen sind aber keine Nummern und Namen auf Tag-X-Listen von rechtsextremen Psychopaten, diese Frauen und Männer sind ehrenamtlich, zivilgesellschaftlich und politisch engagierte Mitmenschen unseres Landes, die vorbildlich und die aus freien Stücken für ein friedliches und für ein demokratisches und soziales Miteinander eintreten und gerade deshalb Feindbilder dieses kriminellen Netzwerkes geworden sind.

Und wenn uns die Szene auch wie aus einem schlechten Film entnommen vorkommen mag, zu wissen, dass für einen selbst oder für Freunde und Verwandte schon der Leichensack und der Ätzkalk auf der Einkaufsliste, auf dem Wunschzettel stehen, das ist schlicht grauenhaft und das hat vielen Betroffenen wirklich zu Recht sehr große Angst gemacht. Einige von Ihnen waren vorhin zu einer Mahnwache vor dem Schloss zugegen und haben dieser Angst und dieser Sorge Ausdruck verliehen.

Diesen bedrohten Menschen zu helfen, sie zu unterstützen und sie zu schützen, das, meine Damen und Herren, muss unser gemeinsamer Auftrag sein.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Und deshalb legen wir Ihnen heute den Antrag „Demokratie stärken – engagierte Menschen schützen“ vor. Es darf trotz der leider ja fortschreitenden Verrohung der politischen Debatte auch in diesem Hause keine Gewöhnung, keine Abstumpfung geben. Bedrohungen, Einschüchterungen, Angriffe und Gewalttaten gegen zivilgesellschaftlich und politisch engagierte Menschen sind ein sehr ernst zu nehmendes Alarmsignal für unseren gesamten demokratischen Rechtsstaat. Es ist in höchstem Maße demokratie- und staatsgefährdend, wenn Menschen, die sich für unser Land, für unsere Werte, für unser Gemeinwesen einsetzen, dass die für dieses Engagement bedroht werden und dass sie körperlichen und seelischen Schaden nehmen oder sogar mit dem Leben bezahlen müssen. Und auch die Familien dieser engagierten Menschen haben sehr oft zu leiden. Gegen diese Form der Bedrohung muss sich der Staat mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und mit einer harten Gangart stellen.

Meine Damen und Herren, Bedrohte und auch Opfer politischer Gewalt müssen immer wissen, dass eine breite zivilgesellschaftliche Mehrheit und auch der gesamte Staat hinter ihnen stehen, dass sie von uns getragen und dass sie von uns geschützt werden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Nur so, meine Damen und Herren, wenn dieses Wissen vorhanden ist, kann eine Demokratie überhaupt lebendig funktionieren, und nur dann werden mehr und nicht weniger Menschen bereit sein, sich auch für das Gemeinwesen aktiv einzubringen.

Bei unserem Kampf gegen die Feinde der Demokratie geht es indessen nicht nur um Tag-X-Listen und Leichensäcke, zu diesem Kampf gehört ebenfalls eine Ächtung der Verbreitung von Hass, Hetze und schlichten Lügen, die das politische Klima vergiften. Hass, Hetze und Lügen verhindern Engagement und vor allen Dingen erschweren sie eine vielfältige und respektvolle politische Willensbildung.

Meine Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes und insbesondere auch die Engagierten verlassen sich zu Recht darauf, dass einzelne kriminelle Kräfte und Netzwerke in Sicherheitsbehörden stigmatisiert und strafverfolgt werden. Dieses Vertrauen darf nicht weiter erschüttert oder enttäuscht werden, dieses Vertrauen muss neu zurückgewonnen werden. Und deshalb begrüßen wir ausdrücklich die Initiative unseres Innenministers Lorenz Caffier, eine gründliche Untersuchung und Aufklärung durchzuführen. Diese muss nachträglich auch zur Aufklärung der Vorgänge führen. Nur so, meine Damen und Herren, lässt sich das Ansehen auch der übrigens absolut übergroßen Mehrheit vollständig rechtschaffender Männer und Frauen bewahren, die in den Sicherheitsorganen tagtäglich ihren Kopf für die Bürger in Mecklenburg-Vorpommern hinhalten,

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

und diesen Männern und Frauen gilt unser ausdrücklicher Dank.

Meine Damen und Herren, neben dem Bekenntnis zum Schutze unserer engagierten Mitmenschen müssen weiterhin und auch zusätzlich ganz konkrete Maßnahmen ergriffen werden. So ist es sehr wichtig, dass bedrohte Menschen zukünftig immer frühzeitig über die Sicherheitslage informiert und selbstverständlich im Ergebnis der Gefährdungseinschätzung auch sensibilisiert werden. Ganz akut gibt es unserer Auffassung nach Handlungsbedarf bei der Möglichkeit, die eigene Auskunftssperre für Meldedaten zu erwirken. Hier hören wir aus der Praxis im Land, dass einige Bedrohte dies versuchen und so flapsige Antworten vom Amt bekommen nach dem Motto: Ihre Daten sind jetzt ja schon öffentlich, dann braucht man sie auch nicht mehr zu sperren. Oder: Wir würden Sie bitten, Beweis darüber zu führen, dass Sie tatsächlich bedroht sind. Hier wünschen wir uns, dass auch eine Beratung der Betroffenen, aber vielleicht auch eine Sensibilisierung der zuständigen Ämter dazu führt, dass dort die Betroffenen eher das Gefühl haben, dass sie sich auch an der Stelle auf die Unterstützung des Staates verlassen können und ihre persönlichen Daten auf eine einfachere Weise geschützt werden.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus muss zum Schutze der Bevölkerung natürlich weiterhin das rechte Gewaltpotenzial inklusive militanter Arme, wie das oft in Rede stehende Combat 18, weiter mit hohem Verfolgungsdruck kontrolliert, zurückgedrängt und zerschlagen werden. Waffen dürfen nicht in potenzielle Mörderhände gelangen. Die Waffenbesitzkontrolle und die Entwaffnung extremistischer Kräfte müssen in Mecklenburg-Vorpommern mit Hochdruck fortgesetzt werden. Das länderübergreifende Zusammenarbeiten der Sicherheitsorgane für Gefährder muss verstärkt werden. Solche Taten müssen frühzeitig erkannt und verhindert werden. Der deutsche Staat hat versprochen, dass sich so etwas wie der NSU nie wiederholen kann.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir sind mittendrin in der Wiederholung.)

Hier stehen wir in der Pflicht und müssen beweisen, dass dies auch tatsächlich nicht geschehen kann.

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf eine Debatte hierzu im Sinne der Betroffenen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 64 Minuten vereinbart. Ich kann Widerspruch nicht sehen und auch nicht hören, dann ist das so beschlossen und wir verfahren so. Ich eröffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat ums Wort gebeten der Minister für Inneres und Europa. Bitte schön, Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Ich danke den Regierungsfractionen für ihren Antrag, führt er doch im Einzelnen aus, was Sicherheitsbehörden in unserem Land unternehmen, um Menschen zu schützen, die sich für unsere Freiheit und unsere Demokratie engagieren, führt er auch aus, wo wir im Einzelnen gegebenenfalls nachsteuern müssen. Unbestritten, diesen Menschen gilt unser Dank, egal, ob sie aus der Zivilgesellschaft, aus Politik, Journalismus, der Wissenschaft oder aus welchem Bereich auch immer kommen. Die Demokratie lebt von einer vielfältigen Willensbildung. Alle Meinungen, alle Interessen und Erfahrungen gehören in unserer Demokratie dazu.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Ist diese Vielfalt nicht gegeben, weil Menschen eingeschüchtert werden und Angst um ihre Unversehrtheit haben müssen, kommt der Maschinenraum der Demokratie ins Stottern.

Aber es gibt Grenzen in dieser Willensbildung. Aussagen, die beispielsweise bestimmten Menschengruppen die Menschenwürde absprechen, fallen nach meiner festen Überzeugung nicht unter das Recht auf freie Meinungsäußerung. Sie sind mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar. Ich möchte das ganz klar in Richtung derjenigen sagen, die sich auf das Recht auf freie Meinungsäußerung berufen, um Hass und Hetze zu verbreiten, in Richtung derjenigen, die einen Keil in unsere offene Gesellschaft treiben wollen und die der Demokratie damit großen Schaden zufügen.

Meine Damen und Herren, gerade weil die vielfältige Willensbildung die größte Stärke unseres Staates ist und uns von der übergroßen Mehrheit der Länder auf dieser Erde unterscheidet, muss es uns auch unglaublich wert sein, sie zu schützen und diejenigen zu unterstützen, die unsere Demokratie mit Leben füllen.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Der Staat, die Sicherheitsbehörden tun dies rund um die Uhr, 365 Tage im Jahr hoch professionell. Der deutsche Staat ist ein Paradebeispiel dafür, wie Verwaltung gewissenhaft und verlässlich und geräuschlos, schlicht, rechtsstaatlich funktioniert – mit allen damit verbundenen Hö-

hen und Tiefen, die es gibt. Wir können stolz darauf sein, dass die Verwaltung in Deutschland zu den guten auf der Welt zählt. Ja, es gibt da Bürokratie. Der Grund dafür liegt aber in der Regel nicht in der Verwaltung selbst, sondern daran, dass wir Deutsche gerne gerechtigkeitshalber jeden Einzelfall regeln wollen. Dennoch, auch in Europa beneiden uns viele Menschen um unseren Verwaltungsapparat. Gerade mit Blick auf die Opfer von Bedrohung, Einschüchterung und Extremismus sollten wir die Sicherheitsbehörden dabei unterstützen, dass sie ihrem Auftrag stets hoch professionell nachkommen können und nachkommen müssen, denn es ist ja auch ihr Auftrag. Trotzdem müssen wir wachsam bleiben, um Einzelfälle konsequent aufzudecken.

Die ganze Diskussion um die in der Öffentlichkeit oft als „Todeslisten“ bezeichneten Materialsammlung wurde 2017 durch Razzien bei einem Rostocker Anwalt und einem suspendierten Polizisten losgetreten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: „Losgetreten“, wenn ich das schon höre!)

Auch Personen aus unserem Bundesland sind hiervon betroffen. Nichts deutet jedoch daraufhin, dass für diese Personen eine reale Gefahr bestand oder besteht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da bin ich ja beruhigt!)

Aus rein sachlicher Sicht ist die Diskussion hierzu deshalb sicherlich ein Stück weit aus der Kontrolle gelaufen. Von Feindes- oder gar Todeslisten kann nach Einschätzung aller an dem Verfahren beteiligten Behörden überhaupt keine Rede sein.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Emotional kann ich nach Bekanntwerden einiger der Aspekte der Ermittlung und der teilweisen Fehler, die dabei aufgetreten sind, und auch der Berichterstattung jedoch verstehen, dass eine Verunsicherung eingetreten ist. Nach der Befragung der Zeugen durch das BKA habe ich mich deshalb bekanntermaßen dazu entschlossen, die Personen und Institutionen zu informieren, die in dieser Materialsammlung erfasst sind und Bezug zu unserem Bundesland haben.

Trotzdem, wenn die Sicherheitsbehörden einhellig zu dem Schluss kommen, dass keine Gefahr für Personen besteht, würde ich mir schon wünschen, dass dies nicht durch wilde Spekulationen infrage gestellt wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich betone ausdrücklich, die Sicherheitsbehörden, und sage noch mal deutlich: nicht der Minister oder der Staatssekretär, sondern die zuständigen Sicherheitsbehörden. Alles andere trägt nur zur Verunsicherung unter den Menschen bei und spielt letztendlich Extremisten in die Hände.

Für die Sicherheitsbehörden gibt es überhaupt keinen Grund, wissentlich Zehntausende Personen einer Gefahr auszusetzen. Die Frauen und Männer, die für Sicherheit und Ordnung sorgen, dienen nichts anderem als dem Schutz der Menschen in unserem Land, und diesen Auftrag erfüllen sie zu überwiegend großen Teilen gewissenhaft. So werden Gefährdungsprognosen für Personen

bundeseinheitlich vorgenommen und erstellt. Die Regelung erfolgt in einer Polizeidienstvorschrift. Politische oder sonst welche fachfremden Überlegungen spielen hier absolut keine Rolle. Fallweise kann diese Bewertung auch die persönliche Kontaktaufnahme zu betroffenen Personen beinhalten. In solchen Fällen erfolgt aber immer eine Abwägung zwischen möglicherweise Verunsicherung und Sensibilisierung beziehungsweise Information der Betroffenen.

All das ist im Fall der 2017 festgestellten Materialsammlung geschehen, und zwar mit einem eindeutigen Ergebnis. Die Polizei berät und unterstützt auch, wie im Antrag gefordert, bei möglichen Schutzmaßnahmen wie der Auskunftssperre für Meldedaten. Und dies hier angesprochene Problem hat mich auch noch mal dazu geführt, dass wir die zuständigen Einheiten innerhalb des Landes angeschrieben haben, dass sie bei dieser Frage auch die notwendige Sensibilität an den Tag legen.

(Julian Barlen, SPD: Sehr gut!)

Das sollte, glaube ich, selbstverständlich sein.

Gleichzeitig setzt der Staat natürlich alles daran, Extremisten mit allen Möglichkeiten, die der Rechtsstaat bietet, zu verfolgen und zu überwachen. Laut aktuellem Verfassungsschutzbericht liegen allein die Zahlen der Rechtsextremisten in Deutschland bei mittlerweile über 24.000 Personen, rund die Hälfte davon gewaltbereit. Es sind gerade auch diese Leute, die agitieren, in den sogenannten sozialen Medien ihre Hassparolen verbreiten und sogar offen zur Gewalt aufrufen. Sie haben es aktuell zu einfach, mit schrillen Parolen an andere Menschen zu dringen, die diese unwidersprochen aufnehmen können. Es entstehen extremistische Filterblasen, in denen überhaupt nicht mehr vernommen wird, dass die allermeisten Menschen Hass- und Gewaltfantasien ablehnen. Das stärkt die Feinde unserer Demokratie und unseres Rechtsstaats und bestärkt sie in ihrem Wahn und Weltverschwörungstheorien und es führt dazu, dass extremistischen Äußerungen der Raum gegeben wird, um in den Mainstream zu sickern. Extremisten setzen deshalb mittlerweile ganz bewusst auf eine zunehmende Entgrenzung des Extremismus vom Bürgerlichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem aber nimmt das Gewaltpotenzial unter dieser Personengruppe zu. Die Ermordung des Dr. Walter Lübcke zeigt, wie groß die Gefahren sind, die vom Rechtsterrorismus ausgehen. Diese schreckliche Tat hat unser Gemeinwesen nachhaltig erschüttert. Es ist daher mehr als ein Alarmzeichen. Wenn Repräsentanten unserer Demokratie, allen voran die Ehrenamtlichen, wenn Bürgermeister, Politiker und Bürgerrechtsinitiativen bedroht und tätlich angegriffen werden, dann ist das mehr als ein Alarmzeichen für unsere Demokratie und für unseren Rechtsstaat.

Ich finde es deshalb richtig, dass das BKA eine neue Struktur und mehr Personal bekommen soll, um intensiver gegen rechtsterroristische Gruppierungen und Einzeltäter vorgehen zu können, und damit auch eine intensivere Vernetzung mit den Ländern durchführen kann. Dazu zählt auch eine Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet. Rechte Netzwerke sollen in Zukunft frühzeitig erkannt werden und der nationale und internationale Austausch zwischen den Behörden soll verbessert werden. Außerdem soll es ein neues Risikobewertungssystem für gewaltbereite Rechtsextremisten

geben, wie es bereits beim islamistischen Terrorismus angewandt wird.

Natürlich besteht vor allem anderen aber auch die Notwendigkeit, die personengebundene Aufklärung der Szene weiter zu stärken. Und das – ebenso wie die strukturellen Änderungen im BKA – bedeutet unterm Strich vor allem auch die entsprechende finanzielle Untersetzung durch den Haushaltsgesetzgeber, wie im Bund bereits erfolgt. Aber auch über diese Maßnahmen hinaus ist der Staat wehrhaft und setzt Maßnahmen um.

Die Forderung „Keine Waffen in die Hände von Extremisten“ ist ein Punkt, für den ich mich persönlich auch sehr starkgemacht habe und der bei uns im Land gelebte Realität ist. Liegen den Waffenbehörden Erkenntnisse vor, dass ein Extremist über einen Waffenschein legalen Zugang zu Waffen erhalten will, wird der Verfassungsschutz hinzugezogen. Darüber hinausgehend will ich für solche Fälle aber die Regelabfrage beim Verfassungsschutz. Das ist leider heute rechtlich noch nicht möglich. Ich werde mich deshalb auch weiter über den Bundesrat und die Innenministerkonferenz dafür einsetzen, dass wir dieses Instrument in Zukunft auch dementsprechend einführen können, weil ich es für unverzichtbar halte, dass wir für Waffenbesitz auch die Regelanfrage in der Bundesrepublik Deutschland einführen.

Wichtig ist für mich immer dabei, es muss sichergestellt sein, dass die Informationen auch das widerspiegeln, was den Sicherheitsbehörden tatsächlich an Informationen vorliegt. Organisatorische Kleinstaaterei können wir uns in diesem sensiblen Bereich auf keinen Fall leisten. Deshalb bin ich froh, dass wir in Gremien wie dem gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum für einen zielgerichteten Informationsaustausch über Extremisten und Gefährder sowohl im Verfassungsschutzverbund als auch zwischen Verfassungsschutz und Polizei sorgen. Und natürlich werden wir uns mit dem Landesprogramm „Demokratie und Toleranz“ auch auf gesellschaftlicher Ebene weiterhin gegen jegliche demokratiefeindlichen Bestrebungen einsetzen und dies möglicherweise noch erweitern.

In ihrem Antrag stellen die Regierungsfractionen auch auf die besorgniserregenden Ereignisse ab, die sich in den vergangenen Wochen bei uns rund ums SEK abgespielt haben. Ich habe bereits vor der Sommerpause dazu Ausführungen hier im Haus gemacht. Was hier an Vorwürfen im Raum steht, ist über alle Maßen besorgniserregend, es ist beschämend und es wirft auch ein schlechtes Licht auf die Landespolizei insgesamt. Diese Vorwürfe diskreditieren aber die täglich mühevollen Arbeit von fast 6.000 Polizisten, die Tag für Tag, Nacht für Nacht, 365 Tage im Jahr für unser aller Sicherheit tätig sind. Wenn es unter den Kolleginnen und Kollegen einige Polizisten gibt, die unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung den Rücken kehren, fällt das eben leider auch auf all diejenigen Kolleginnen und Kollegen zurück, die jeden Tag einen tadellosen Job machen. Das gilt im Übrigen für die gesamte öffentliche Verwaltung, nicht nur für die Polizei, für die öffentliche Verwaltung im Land genauso wie auf der kommunalen Ebene.

Gerade für die jungen Frauen und Männer, die neu in den Dienst der Landespolizei beispielsweise oder in andere Verwaltungen eintreten, ist es eine durchaus schwierige Situation. Sie waren zum Zeitpunkt der Vorkommnisse noch nicht einmal Mitglied der Polizei, wer-

den als Repräsentanten des Staates aber ebenfalls kritisch hinterfragt und beäugt. Das betrifft auch die jungen Frauen und Männer aus dem Einstiegslehrgangsjahr 2017 beispielsweise, die jetzt gerade erst in die Dienststellen gekommen sind. Bei der Zeugnisübergabe vor zwei Monaten in Güstrow habe ich ihnen noch mal deutlich mitgeteilt, dass sie den geschworenen Eid im und außerhalb des Dienstes mit jeder Faser zu leben haben, denn klar ist und muss für uns alle sein: Für Extremisten ist in der Landespolizei, ist im öffentlichen Dienst kein Platz, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Vertrauen können wir nur durch einen offenen Umgang mit den Vorgängen zurückgewinnen und indem wir Vorstöße konsequent ahnden. Die von mir einberufene Kommission untersucht die Vorfälle ohne Wenn und Aber. Daneben laufen die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen und die Disziplinarverfahren. Erst wenn die Fakten auf dem Tisch liegen, können wir auch über die notwendigen Konsequenzen entscheiden. Fest steht schon heute: Bei der Personalgewinnung werden wir noch genauer hinsehen, um solche Fehlentwicklungen für die Zukunft möglichst auszuschließen. Dazu gehört für mich im Übrigen eben auch, wie letztens schon ausgeführt, die Regelabfrage beim Verfassungsschutz.

Aber auch in der Fortbildung werden wir schauen müssen, ob es Nachsteuerungsbedarf gibt, gerade für die Führungskräfte. Und Führungskräfte in der Polizei heißt nicht nur hD, sondern heißt all jene, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu führen haben. Es gilt, die notwendigen Schlüsse zu ziehen, das wurde hier bereits angesprochen. Es steht eben nicht mehr oder weniger als auch das Vertrauen der Bevölkerung in ihre, in unsere Polizei auf dem Spiel, und dafür müssen wir alles tun, dass dieses Vertrauen nicht Schaden nimmt. Ich will gerade eben nicht, dass die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landespolizei, die tadellose Arbeit leisten, die jeden Tag ihren Kopf für Bürgerinnen und Bürger hinhalten, die vorbehaltlos für die demokratisch-freiheitliche Grundordnung eintreten, mit Extremisten, mit Radikalen und mit Reichsbürgern in einen Topf geschmissen werden.

Die Landespolizei, die Sicherheitsbehörden, die gesamte öffentliche Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern und in Deutschland sind zentrale Pfeiler für unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft und ich bin dankbar, dass der Antrag diesen Aspekt auch deutlich hervorhebt. Aber wir müssen uns eben auch mit denen auseinandersetzen, die genau diese Grundpfeiler nicht in ihrem Wertesystem berücksichtigen. Und deswegen ist es auch richtig, dass wir uns immer wieder diesen Themen widmen.

Ich will es ganz klar sagen: Einzelne Fälle von Fehlverhalten wird es in jeder Organisation geben. Bei staatlichen Organisationen ist das umso bitterer. Wenn diese Vorfälle aber konsequent aufgeklärt und entscheidende Konsequenzen gezogen werden, dann kann von staatlichem oder organisatorischem Versagen keine Rede sein, dann zeigt das im Gegenteil, dass der Staat funktioniert und handlungsfähig ist, auch gegenüber seinen eigenen Bediensteten. Genau das wollen wir in diesem Fall tun, und das sollte in jedem Fall auch selbstverständlich sein.

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie uns alle gemeinsam in Politik, in Verwaltung, in den Vereinen, den Feuerwehren, auf den Dorf- und im Bekanntenkreis, auf der Straße oder auch im

Internet Haltung zeigen. Extremisten müssen auf jeder Ebene unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens zu spüren bekommen, dass ihre Botschaften in der breiten Gesellschaft kategorisch abgelehnt werden. Da ist der Staat genauso gefragt wie jeder Einzelne von uns, egal, ob hier im Haus oder außerhalb des Hauses. Alle sind dazu gefragt, hierzu beizutragen.

Deutschland ist ein gefestigter Rechtsstaat, Deutschland ist eine gefestigte Demokratie. Damit das so bleibt, sind wir alle gefragt, Bürgerinnen und Bürger im zivilgesellschaftlichen Miteinander, der Staat beim Schutz genau dieses Engagements. Dann bin ich auch zuversichtlich, dass aus dumpfen Parolen nicht mehr wird als das, was sie wert sind: bestes Material für die Mülltonne. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Förster.

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Demokratie stärken – engagierte Menschen schützen“ – eine Überschrift, der ein AfD-Politiker eigentlich nur zustimmen kann, wenn er sich erinnert, wie er unter den Hassparolen der Antifa und nur unter Polizeischutz in das Tagunglokal des Parteitages gelangen konnte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Der Antrag hat jedoch eine völlig andere Zielrichtung. Es ist ein Antrag der gespaltenen Zunge. Wenn die Antragsteller von „Hass“ und „Hetze“ reden, da haben sie bereits die im Blick, die die Folgen einer ungezügelten Migration beim Namen nennen. Wenn sie von „Demokratie“ und „demokratischen Parteien“ reden, dann meinen sie vor allem sich selbst unter Ausgrenzung der AfD. Wenn sie von „weltoffen“ und „tolerant“ reden, dann meinen sie unbedingte Akzeptanz aller Migranten bis hin zur Unterwerfung unter deren kulturelle und religiöse Regeln.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD –
Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Wenn es in dem Antrag darum ginge, sich ohne Wenn und Aber zum Rechtsstaat zu bekennen und die Durchsetzung des Rechts für und gegen jedermann zu fordern, ja, dann würde die AfD keine Sekunde mit ihrer Zustimmung zögern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Nein, sie würde zuvor fordern, das vor „Durchsetzung“ das Wort „konsequent“ gesetzt wird, denn das ist es doch, was wir seit Jahren fordern: die konsequente Durchsetzung des Rechts. Und genau das geschieht eben nicht, weshalb Innenminister Seehofer sogar von einer „Herrschaft des Unrechts“ sprach.

Zum Schutz unserer demokratischen Kultur wird unter Ziffer I eine „Auseinandersetzung mit populistischen Äußerungen“ gefordert. Kein Problem, wenn man denn eine Ahnung hat, was „Populismus“ bedeutet. Der Begriff kommt vom lateinischen „populus“ und heißt „Volk“. Unter

„Populismus“ versteht man herkömmlicherweise einen Politikstil, der dem Volk oberflächlich nach dem Munde redet. Inzwischen ist der Begriff zu einem nebulösen Begriff in der Propagandakiste all derer geworden, die sich dem Kampf gegen eine konservative, oder kurz, rechte Politik verschrieben haben. Zudem existiert im politischen Diskurs nur ein rechter Populismus. Der Begriff wird unter kräftiger Mithilfe der Medien entweder einfach so als abwertendes Merkmal benutzt oder beliebig so zurechtgebastelt, dass er dem propagandistischen Feindbild entspricht. Das machen wir nicht mit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

„Friedliches Zusammenleben“, „vielfältige, respektvolle politische Willensbildung“ – wer könnte etwas dagegen haben? Gemeint ist aber offensichtlich die auch sonst gepriesene „offene und vielfältige Gesellschaft“, die neue Begrifflichkeit für „Multikulti“.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wer hier mit klaren Worten eine andere Meinung vertritt, sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, mit populistischen Äußerungen, Hass und Hetze das politische Klima zu vergiften. Dabei kann die Benennung unbestreitbarer Tatsachen niemals Hetze sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Zu den unliebsamen Fakten zählt unbestreitbar, dass sich die Sicherheitslage durch die Migrationskrise erheblich verschärft hat und ein Ende nicht in Sicht ist. Die unkontrollierte Masseneinwanderung unter dem Leitsatz „Wer kommt, der bleibt.“ findet weiterhin statt. Jedes Jahr kommen rund 200.000 Migranten, davon über 70 Prozent ohne Identitätsnachweis, weiter ins Land. Das entspricht einer Stadt wie Rostock. Wer dies mit deutlichen Worten anprangert, ist weder Populist noch ein Hetzer.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Richtig ist, dass es vor allem in den sozialen Medien unakzeptable, menschenverachtende Beiträge gibt, die weder etwas mit Meinungsfreiheit noch mit demokratischer Willensbildung zu tun haben. Soweit hierbei die Grenze zur Strafbarkeit überschritten wird, gilt auch hier das Prinzip, geltendes Recht konsequent anzuwenden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Der Vorwurf von Hass und Hetze wird im politischen Diskurs aber weit davor erhoben, und das ist nichts anderes als ein Anschlag auf die Meinungsfreiheit, ohne die es keine Demokratie geben kann. Die Bewertung und mediale Aufmerksamkeit von Hass und Hetze hängt sehr davon ab, von wem und gegen wen sie sich richten. Das haben wir in Chemnitz gesehen. Nach der historischen Lüge von Chemnitz, es habe Hetzjagden gegeben, kam es zu einer großen Gegendemonstration, einem Konzert. Dabei traten linksradikale Bands mit geradezu widerlichen, menschenverachtenden und hasserfüllten Texten auf.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Statt Abscheu erteten diese Leute Zuspruch von höchster Stelle – bis zum Bundespräsidenten. Hauptsache, es geht gegen rechts.

In den Ziffern II und III wird die Schutzfunktion des Staates bekräftigt, der für die Sicherheit seiner Bürger zu sorgen hat – die Proklamation einer Selbstverständlichkeit. Ich gehe allerdings davon aus, dass die Antragsteller bei ihrem Antrag weder die Messeropfer noch die Attacken auf Polizisten, wie in dem aktuellen Fall in Hamm, im Auge haben. Hier wurden vier Polizisten, die privat unterwegs waren, von etwa 15 Migranten zusammengeschlagen, nachdem einer davon einen der Polizisten aus einem früheren Einsatz gegen ihn wiedererkannt hatte. Ich gehe ferner davon aus, dass die Drohkulissen der Antifa bei Veranstaltungen der AfD oder die Drohungen gegen Hoteliers, keine Räume an die AfD zu vermieten, an denen sich, wie Sie alle wissen, auch eine ehemalige Landtagspräsidentin unrühmlich beteiligt hat, nicht motivierend für Ihren Antrag waren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Nein, Hintergrund ist offensichtlich der Fall Lübcke. Dieser abscheuliche Mord ist, nach allem, was wir bisher wissen, ein schlimmes Beispiel für einen rechtsextremen Einzeltäter.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Dieser Fall zeigt, wie der Hass auf unser System eskaliert und aus einer angeblichen Ohnmacht heraus gemordet wird.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Das ist eine unbestreitbare Bedrohung für die Demokratie und deren Vertreter. Dagegen müssen wir alle zusammenstehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die Ausgrenzung der AfD, die für einen gesunden Patriotismus als Stützpfeiler für unser Land steht, die Engführung des Mainstreams und die Kommunikationslosigkeit mit der neuen Rechten sind das Gegenteil eines solchen Zusammenhalts. Der Fall Lübcke gibt allerdings keinen Anlass für eine Proklamation, mit der zum Schutz vor Bedrohungen und Einschüchterungen durch den Rechtsstaat aufgefordert wird. Diese Schutzfunktion des Staates ist absolut selbstverständlich und besteht zudem gegenüber jedem Bürger und nicht nur gegenüber zivilgesellschaftlich und politisch engagierten Menschen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Geradezu abenteuerlich wird es, wenn dabei eine „harte Gangart“ des Staates eingefordert wird. Was soll das eigentlich konkret heißen?

(Der Abgeordnete Dirk Friedriszik bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Ein neuer Rechtsbegriff ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Abgeordneter Förster, gestatten Sie eine Zwischenfrage ...

Horst Förster, AfD: Nein, Zeit zu knapp.

(Zurufe von Rainer Albrecht, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... des Abgeordneten?

Horst Förster, AfD: Ein neuer Rechtsbegriff der Strafprozessordnung? Und soll das auch gelten, wenn die Polizei gegen gewalttätige Gegendemonstranten von links vorgeht? Das schwebt Ihnen gewiss nicht vor.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich greife eine Forderung aus Ziffer IV auf, wonach die Landesregierung „den Verfolgungsdruck gegen extremistische Täter mit hohem Gewaltpotenzial auf höchstem Niveau“ aufrechterhalten soll. Werte Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, merken Sie eigentlich nicht, wie sehr Sie sich mit solchen Texten in die Nähe eines phrasenhaften Politgeschwafels begeben?

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und kommen Sie nicht ins Trudeln, wenn Sie bei dieser Forderung die Ohnmacht des Staates bei der Abschiebung von Gefährdern und anderen ausreisepflichtigen Ausländern sich vor Augen halten? Aber wir können auch hier zwischen den Zeilen lesen. Der Fokus ist allein auf den Rechtsextremismus gerichtet.

Nun, es gibt ihn, den Extremismus von rechts. Und darüber geht meine Fraktion keinesfalls verharmlosend hinweg.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Nichts schadet meiner Partei so sehr wie der Extremismus von rechts,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

denn der politische Gegner lässt keine Gelegenheit aus, Vorkommnisse aus dieser Ecke, egal, mit welchen Verrenkungen, mit der AfD in Verbindung zu bringen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Allerdings besteht überhaupt kein Anlass,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

darüber zu debattieren, ob und wie eine Information über Gefährdungslagen für bestimmte Personen erfolgen soll,

(Thomas Krüger, SPD:
Ich sag nur Chatverläufe! –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

zumal das Wort „weiterhin“ in der ersten Zeile bekundet, dass lediglich das gefordert wird, was vernünftigerweise bereits geschieht. Genau das entlarvt den Antrag als populistisch.

Was nun die „Entwaffnung extremistischer Personen“ angeht, so geht es auch hier darum, nach Recht und Gesetz zu handeln, und wenn das nicht reicht, eine konkrete Gesetzesänderung zu fordern. Das geschieht jedoch nicht. Offensichtlich möchten die Antragsteller aber mehr und versuchen das mit schwammigen Formulierungen, die nicht normtauglich sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Eine weitere Forderung: „Offene Haftbefehle müssen noch konsequenter vollstreckt werden“, ist ebenfalls ein populistischer Appell ohne echte Substanz.

In den Ziffern V und VI erfolgt zunächst ein Dank an den öffentlichen Dienst, doch dann wird die Polizei ins Visier genommen. Hier knüpft der Antrag auch an Vorkommnisse an, an denen, wie im Innenausschuss zweifelsfrei geklärt wurde, nichts dran war oder nur eine Ordnungswidrigkeit übrigblieb und die auf eine unglaubliche Weise skandalisiert und verallgemeinert wurden. Von Gewicht sind alleine die Vorfälle beim SEK, die noch der weiteren Aufklärung bedürfen, bevor hier eine fundierte Bewertung vorgenommen werden kann. Die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission zur Überprüfung der inneren Strukturen bedarf keiner öffentlichen Kommentierung und auch keiner lobenden Hervorhebung. Auch hier haben wir einen Antrag ohne echte Substanz, mit dem faden Beigeschmack eines Generalverdachts rechtsextremer Gesinnung bei der Polizei.

Nun noch kurz zu Herrn Barlen, dessen Ausführungen insofern als auf Sand gebaut anzusehen sind, weil das, worauf sie sich stützen, ja vom Innenminister bereits hier entschieden entkräftet wurde. Immer wieder tauchen sie auf, diese Todes- und Feindeslisten. Im Innenausschuss, das Bundeskriminalamt, durch öffentliche Verlautbarungen, der Minister heute, immer wieder wurde gesagt und nachgewiesen, dass es keine Todes- und Feindeslisten gibt.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Nö.)

Es gibt irgendwelche Adresssammlungen, Bestelllisten bei irgendwelchen Firmen, was weiß ich, so etwas Ähnliches, die man vielleicht ...

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Und es gibt Dossiers über Politiker, die sicherlich bei der LINKEN und sonst wo emsig geführt werden, die hier wohl auch eine Rolle gespielt haben mögen,

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

die aber nicht – nicht im Geringsten – die Qualität von Feindes- oder Todeslisten haben.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Nö. Ach! Die Vorbereitungen
wurden nicht getroffen.)

Auf diesen Listen stand übrigens auch die AfD, einige Politiker. Also das können Sie ja wahrscheinlich gar nicht verstehen. Also ich weiß nicht, wie man immer darauf wieder baut. Braucht man das für seine Propaganda?

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Nee, aber das ist ein Zeichen,
wo Deutschland steht,
Herr Förster!)

Ist man nicht glücklich darüber, dass es keine Feindes- und Todeslisten gibt?

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Natürlich gibt es die!)

Einen letzten Punkt: Wissen Sie, Sie reden über Gefährdung und über Angriffe.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Nee, das machen Sie!)

Wir müssen da gar nichts groß zurechtfantasieren. Wir erleben sie ständig – an den Häusern, privat,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

an unseren Geschäftsstellen und insbesondere auf Veranstaltungen der AfD. Und das reicht. Auch wenn Sie – das fällt mir gerade ein – nach einer Großveranstaltung in Berlin dann zum Bahnhof gehen und dort nur zu einer entfernten U-Bahnstation kommen in Begleitung der Polizei und dann auch im Bahnhof erleben, wie es dann kleinere – sollen keine Hetzjagden sein –, kleinere Verfolgungen gibt durch Antifa-Truppen, ihre Freunde,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Ja, na klar, Herr Förster!
Gucken wir doch mal ...)

oder wie man sie nennen soll.

Im letzten Punkt wird das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz“ hervorgehoben. Dieses Programm hat trotz seiner ersten Fortschreibung weiterhin eine einseitige Tendenz gegen rechts. Es werden durchgängig Begriffe verwendet, die im politischen Diskurs als Kampfbegriffe gegen die AfD beziehungsweise als Chiffren und Kodierungen linker Politik und linker Gesellschaftsentwürfe gebraucht werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Mit Begriffen wie „Toleranz“, „offene Gesellschaft“, „Pluralismus der Kulturen“, „gegen Fremdenfeindlichkeit“, „gegen asylofeindliche Demonstrationen“ und anderes werden Zustimmung zur Masseneinwanderung propagiert und das Prinzip der Willkommenskultur durch und durch vertreten. Nach wie vor bleibt es bei der von der Ministerpräsidentin und früheren Bundesfamilienministerin veranlassten Abschaffung der Extremismusklausel. Das heißt, es wird weiterhin darauf verzichtet, dass sich Mitarbeiter dieses Programms zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen müssen. Das spricht Bände.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

Wir können den Ausführungen des Innenministers weiterhin folgen, aber – die weitere Diskussion oder Aussprache wird es auch deutlich machen und die Anträge der LINKEN machen es ja ganz deutlich – wir lehnen den Antrag ab, weil er einseitig gegen rechts gerichtet ist, teils phrasenhaft Selbstverständliches fordert und die Polizei subtil unter Verdacht des Rechtsextremismus stellt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Förster, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Ich kann Ihnen sagen, es gab zwei Anmeldungen für eine Kurzintervention, aus der Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Friedriszik und aus der Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

Bevor ich das Wort zur Kurzintervention übergebe, möchte ich Sie darüber informieren, dass der Minister in seinem vorhergehenden Redebeitrag die angemeldete Redezeit um sechs Minuten überschritten hat.

(Andreas Butzki, SPD: Lorenz, Lorenz!)

So, jetzt haben Sie das Wort, Herr Abgeordneter Friedriszik.

Dirk Friedriszik, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Dass wir hier vonseiten der AfD-Fraktion nichts als Relativierungen und Verharmlosungen hören, das war eigentlich anzunehmen und klar. Aber Sie haben sich zum Fall Lübcke geäußert und haben gesagt, dass es sich im Fall Lübcke um einen Einzeltäter handelt. Woher nehmen Sie diesen Erkenntnisgewinn, Herr Förster?

Horst Förster, AfD: Da habe ich natürlich genau wie Sie nur das, was die Medien berichten, und danach ist bis jetzt, soweit ich informiert bin, nichts Weiteres bekannt, als dass das ein Einzeltäter ist. Ich will ja gar nicht ausschließen, dass die weiteren Ermittlungen irgendwelche Netzwerke noch ergeben, aber bislang ist das Fantasie.

(Zuruf von Ralf Mucha, SPD)

Oder wenn es anders ist, dann können Sie es ja gerne ausführen. Bis jetzt ist alles andere nichts anderes als Mutmaßungen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

So.

Dirk Friedriszik, SPD: Danke.

Horst Förster, AfD: War es das?

Vizepräsidentin Beate Schlupp: So und jetzt rufe ich auf für die nächste Kurzintervention den Abgeordneten Herrn Ritter für die Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr geehrter Kollege Förster, Sie haben in Ihrem Redebeitrag erneut den Versuch unternommen zu leugnen, dass es eine Nähe Ihrer Partei und Ihrer Fraktion zu rechtsextremistischem Gedankengut in diesem Land gibt. Dieser Versuch ist wieder gescheitert.

Horst Förster, AfD: Aha!

Peter Ritter, DIE LINKE: „Brennende Flüchtlingsheime“, ich zitiere, „sind kein Akt der Aggression, sondern ein Akt der Verzweiflung gegen Beschlüsse von oben.“, ein Zitat Ihres Fraktionskollegen Sandro Hersel. Wenn das kein politischer Extremismus von rechts ist, dann weiß ich nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Dirk Lerche, AfD: Eine
philosophische Theorie.)

Ein weiteres Zitat: „Ein Volk kann nur die eigene Einigkeit und Freiheit bewahren, wenn es weitgehend homogen bleibt“, Zitatende – aus dem Munde von Herrn Jörg Urban, dem sächsischen AfD-Landesvorsitzenden

und Spitzenkandidaten. Wenn das kein politischer Extremismus von rechts ist, dann weiß ich nicht. Das atmet 33, das atmet Udo Pastörs und das hat in diesem Hohen Hause nichts zu suchen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Horst Förster, AfD: Und Sie, Herr Ritter, Sie sind ein terribler Vereinfacher, weil Sie hier irgendwas aus dem Zusammenhang ziehen

(Heiterkeit bei Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE –
Thomas Krüger, SPD: Ach! Ach so! Natürlich!)

und daraus abenteuerliche Schlüsse ziehen. Ich will Ihnen Folgendes sagen: Sie schmeißen, wie es natürlich allgemein üblich ist, „rechts“, „rechtsradikal“ und „rechts-extrem“ total durcheinander. „Rechtsextrem“ bedeutet, dass sie aggressiv die Verfassung bekämpfen und dagegen sind.

(Heiterkeit bei Dirk Friedriszik, SPD)

Da reicht es nicht aus ...

Was lachen Sie denn da? Sie können ja mal nachlesen.

Da reicht es nicht aus, dass man böse Meinungen vertritt, die man möglicherweise als rechts oder wie auch immer bezeichnen kann. Rechtsextrem ist mehr. Und es ist eine unglaubliche Verharmlosung – und darüber, meine ich, sollten Sie wirklich mal nachdenken –, eine unglaubliche Verharmlosung des Nationalsozialismus, wenn Sie rechte Parolen, auch wenn es vielleicht Parolen sind, die ich auch nicht unterschreiben würde, dem Nationalsozialismus, dem Nazismus mit all seinen Gräueln gleichstellen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

So, und wenn Sie jetzt anspielen auf den ethnischen Volksbegriff, der da so ein bisschen rausklang,

(Jörg Heydorn, SPD: Ein bisschen, ha!)

dann ist das auch nichts Verfassungswidriges. Selbst ich brauchte da gar nicht alte SPD-Genossen zu zitieren, ich kann mich auf Helmut Schmidt stützen, der sehr deutlich das Risiko einer ungezügelter Migration beschrieben hat. Wissen Sie, ich habe einen ganz einfachen Volksbegriff und der leitet sich ganz pragmatisch an dem ab, was die Menschen 1989/90 empfunden haben, als durch Deutschland der Ruf schallte „Wir sind ein Volk!“.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Da haben die weder an Arierparagrafen gedacht, noch haben die an Rassismus gedacht.

(Zuruf von Dirk Friedriszik, SPD)

Sie hatten aber eine gewisse Vorstellung und die war geprägt dadurch – ob man das nun sich so richtig bewusst gemacht hat, aber im Herzen trug –, dass man wusste, man gehörte einer Gemeinschaft an, die zu einer Nation, die seit Jahrhunderten gewachsen ist, die durch Sprache, Kultur

(Thomas Krüger, SPD: Sie relativieren!)

und Geschichte verbunden ist und die sich zusammengehörig fühlt. Und in der ganzen Zeit der Teilung, wo ich x-mal in der DDR war und viele Gespräche geführt habe, habe ich immer die Hoffnung gehabt, und im Westen war es sogar angebracht, dass dieses Gefühl der Zusammengehörigkeit nicht verloren geht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und Gott sei Dank ist es nicht verloren gegangen.

Und dass dieses Zusammengehörigkeitsgefühl sich nicht in gleicher Weise entwickeln kann, wenn Millionen aus fremden Ländern und Kulturen hier herkommen, dann brauchen Sie nur, ich war in Brüssel mit dabei, nach Molenbeek zu gehen oder in gewisse Viertel, die wir hier haben. Dass die Segregation automatisch stattfindet, weil die, die sich ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Abgeordneter Förster, ich hatte versucht Ihnen mit der roten Lampe zu signalisieren, dass die zwei Minuten, ...

Horst Förster, AfD: Ja.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... die für die Antwort vorgesehen sind, dann auch abgelaufen sind.

Horst Förster, AfD: Ja. Ich würde gerne noch weitere Ausführungen machen, aber ich hoffe, Sie haben verstanden, was ich meine. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau von Allwörden.

Ann Christin von Allwörden, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Anträge und Aussprachen zum Thema Demokratie gab es bei uns im Landtag ja bereits mehrfach und der Landtag hat zu dem Thema schon mehrfach ganz klar Position bezogen und ist sich im Ergebnis, wie ich denke, auch einig. Und dennoch zeigen uns die Medienberichte, die Diskussionen, die Gespräche, die wir vor Ort führen, dass es wichtig bleibt, auch weiterhin und immer wieder über den Wert unserer Demokratie zu sprechen, und dass wir auch darüber reden, wie wir unserer Demokratie vor Anfeindungen, Verhöhnung und Bedrohung schützen können.

Und ich persönlich hätte mir gewünscht, dass wir alle friedlich zusammenleben, dass es niemanden gibt, der seine Werte über die Werte anderer stellt, der aus religiösen oder ethnischen Gründen anderen seine Meinung oder seinen Lebensstil aufzwingen will. Aber schon aus meinen Erfahrungen als Polizeibeamtin und auch aus meinen Erfahrungen als Politikerin kann ich sagen, dass wir so weit nicht sind und es vermutlich auch nie sein werden. Und deshalb bedarf es der Polizei in unserem Land, und deshalb bedarf es des Verfassungsschutzes in unserem Land, und deshalb bedarf es der Gesetze, die deren Befugnisse regeln.

Unsere Sicherheitsbehörden müssen weit mehr schützen als nur die Vielfalt von Meinungen. Sie schützen unsere gemeinsamen Regeln, unsere Rechtsnormen und die

Grundlagen unseres Zusammenlebens. Doch auch wir als Politik, als Gesellschaft müssen tagtäglich am Erhalt unserer Demokratie schwer arbeiten. Wir stehen in der Pflicht, uns mit den Meinungen, mit potenziellen Gefahren und deren Bekämpfung in Debatten auseinanderzusetzen, indem wir miteinander reden, uns mit extremistischem Gedankengut auseinandersetzen. Indem wir Programme wie unser Landesprogramm „Demokratie und Toleranz“ unterstützen, unterstützen wir gleichzeitig unsere Demokratie und werben für die Vorzüge, die wir doch alle in unserem Zusammenleben in einer freien, offenen und toleranten Gesellschaft erleben. Und ich hätte mir gewünscht, dass alle Parteien, die hier im Landtag vertreten sind, diesem Programm für „Demokratie und Toleranz“ entgegnetreten und es unterstützen.

(Nikolaus Kramer, AfD: Das tun wir ja. –
Dr. Ralph Weber, AfD: Kräftig!)

Sie hätten hier Ihre Chance gehabt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Europa lebt derzeit in der längsten Friedensperiode seiner Geschichte. Bei dieser Erkenntnis dürfen wir aber nicht stehen bleiben und uns ausruhen, sondern wir müssen tagtäglich im Großen wie im Kleinen um ein Weiterbestehen werben. Eine lebendige Demokratie ist auch ein Wettbewerb der Werte. Und auch dieser Wettbewerb unterliegt Regeln. Das Recht auf Meinungsfreiheit, das Recht des eigenen Denkens und Entscheidens reicht nämlich nur genau so weit wie der Respekt vor der Freiheit und der Meinung der anderen und solange sie nicht die Würde von Menschen infrage stellt. Und ich stelle immer wieder fest, diese Regel zu beachten, fällt auch gerade im Bereich der sozialen Medien extrem schwer. Es ist ein Grundfeiler jeglicher Diskussion und ich appelliere an jeden Einzelnen, sich dessen bewusst zu sein.

Demokratie ist für meine Fraktion ein Synonym für Streitbare Debatten und verbale Auseinandersetzungen mit anderen Meinungen. Demokratie bedeutet eben nicht, dass auch der Letzte zugestimmt haben muss, denn Demokratie ist immer noch die Entscheidung einer Mehrheit, möglicherweise auch über Kompromisslösungen. Und auch wenn sich nicht jeder in diesen Lösungen wiederfindet, gibt es Grenzen der demokratischen Auseinandersetzung. Jeder von uns hat die Pflicht, diese einzuhalten. Und zu ihr gehört eine die Menschenwürde achtende Streitkultur.

Zum Schutz der Demokratie gehören aber auch unsere Sicherheitsorgane, ich hatte es bereits angesprochen. Wenn ich Extremismus und Terrorismus effektiv bekämpfen will, dann muss ich unsere Polizisten und Verfassungsschützer mindestens auf Augenhöhe mit Extremisten und Terroristen stellen. Deshalb ist das im Innenausschuss befindliche Sicherheits- und Ordnungsgesetz mit seinen Befugnissen hinsichtlich der Onlinedurchsuchung und Quellen-TKU auch so unfassbar wichtig. „Es ist ... die Pflicht des Rechtsstaates, sich gegen jede Form der Bedrohung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und einer harten Gangart zu stellen.“ So steht es in unserem Antrag. Dieser Meinung ist auch der Koalitionspartner und für diese Aussage bin ich besonders dankbar.

Wir reden, wenn wir über Bedrohung der Demokratie reden, nicht über Kleinkriminalität, sondern über die Basis unseres Zusammenlebens. Unsere Demokratie mit

ihren Errungenschaften, wie Meinungsfreiheit und Schutz der Menschenwürde, ist es wert, verteidigt zu werden, und dafür müssen wir auch unseren Sicherheitsbehörden das richtige und effektive Rüstzeug in die Hand geben. Und dabei dürfen wir natürlich nicht vor den Reihen der Landesverwaltung haltmachen.

In den letzten Wochen hat insbesondere der Ruf unserer Landespolizei aufgrund der Verfehlungen einzelner Beamter stark gelitten. Wir haben hier schon mehrfach darüber gesprochen. Und das hat insbesondere bei unseren Polizisten die Sorge hochkommen lassen, dass die Bevölkerung das Vertrauen in sie verliert. Das ist dramatisch. Genau das ist der Punkt, der am gefährlichsten für unsere Demokratie ist. Die Polizei braucht für ihre Arbeit das Vertrauen der Bürger. Die Bürger müssen sich immer ohne Angst und ohne Sorge an die Polizei mit der Bitte um Hilfe wenden können. Deshalb ist es auch so wichtig und richtig, dass der Innenminister diese Expertenkommission eingesetzt hat. Und deshalb ist es auch selbstverständlich, und so handhabt es der Innenminister auch, dass der Innenausschuss schnellstmöglich ohne Aufforderung über die Vorfälle informiert wird. Den Verfehlungen einiger Beamter in ganz unterschiedlichen Bereichen stehen mehrere tausend pflichtbewusste, hart und gut arbeitende Beamte gegenüber. Im Namen meiner Fraktion möchte ich diesen Beamten, die tagtäglich im Rahmen der Gesetze ihren Dienst verrichten, ganz herzlich für ihre Arbeit danken.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Noch mal ganz konkret: Das Thema Demokratie ist es wert, dass wir über sie reden. Sie ist es wert, dass wir einmal mehr über sie reden. Und sie ist es wert, dass wir sie verteidigen. Und ich hätte mir gewünscht, dass das Konsens in allen Fraktionen ist. Leider erfüllt sich nicht immer jeder Wunsch. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich schließt sich meine Fraktion auch dem Dank an, den es auszurichten gilt an die vielen Tausend Polizistinnen und Polizisten im Land, die tagtäglich ihren Dienst in unser aller Interesse ausüben. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Antrag geht es doch um weit mehr als um die Rolle der Polizei. Und als einer, der nach der NSU-Liste wieder auf einer Liste auftauchte, ist es für mich unerträglich, wie auch heute wieder in Diskussionsbeiträgen mit dieser Materialsammlung umgegangen wird, wie dieses heruntergespielt wird.

Es geht hier aber nicht um mich, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es geht um die 1.200 Menschen, die in den letzten Tagen Post vom Landeskriminalamt bekommen haben.

(Jürgen Strohschein, AfD: Ja, wir auch.)

Es geht um diejenigen, die sich im Kampf gegen Rechts-Extremismus engagieren, für Demokratie streiten und für Menschenfreundlichkeit. Und mit Verlaub, da ist es mir vollkommen egal, wer diese Listen wie bezeichnet. Ob

das nun „Todeslisten“ sind oder „Feindeslisten“ oder „Loseblattsammlungen“, das ist mir völlig Wurst. Es gibt Menschen, die solche Listen anlegen, und das machen sie nicht aus Spaß. Und wenn wir wieder so salopp mit einer solchen Liste umgehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann haben wir aus den Vorgängen rings um den NSU keinerlei Schlussfolgerungen gezogen,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

und das lasse ich hier im Hohen Hause nicht zu.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin der SPD sehr dankbar. Die SPD hat einen Präsidiumsbeschluss gefasst am 12. August 2019 unter der Überschrift „Wir gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus“. Fast alles, was in diesem Präsidiumsbeschluss der SPD steht, kann ich unterschreiben. Es heißt dort: „Demokratie bedeutet für uns, Vielfalt zu ermöglichen, Minderheiten und Minderheitenrechte zu schützen, freie Meinungsäußerung zu garantieren, Engagement zu respektieren und zu fördern, gemeinsame Regeln zu achten u. v. m.“

(Dr. Gunter Jess, AfD:
Das machen Sie doch gar nicht!)

„Diese unsere Demokratie wird bedroht. Durch Rechtsextremisten.“ Das ist eine klare Aussage, woher die Gefahr für unsere Gesellschaft kommt.

(Thomas Krüger, SPD: So ist es! –
Dirk Lerche, AfD: Durch
Linksextremisten, ne?)

Und da muss ich Ihnen leider sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen, dass Ihr vorliegender Antrag ein Stück weit entfernt ist, ein ganzes Stück weit entfernt ist von dem, was die SPD in ihrem Präsidiumsbeschluss aufgeschrieben hat. Das ist im Übrigen auch der Grund für den Änderungsantrag, den wir gestellt haben. Warum schaffen wir es angesichts der gegenwärtigen Situation nicht, in der wir uns befinden – die auch den Mord an Lübcke zu verantworten hat –, klar zu reden, von wo die Gefahr ausgeht? Vom Rechtsextremismus. Im Antrag wird nebulös vom Rechtsextremismus gesprochen. Das wird aber der aktuellen Herausforderung der aktuellen Situation nicht gerecht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deshalb bitte ich an dieser Stelle schon um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

Im Präsidiumsbeschluss heißt es, also in dem SPD-Präsidiumsbeschluss heißt es: „Besserer Schutz vor rechten Gewalttättern“. Da wird darauf reflektiert, dass wir Schlussfolgerungen aus den NSU-Verbrechen ziehen müssen. Und da steht auch drin, dass zum Beispiel das Neonazi-Netzwerk Combat 18 zügig verboten werden muss. Etwas Ähnliches findet man im Antrag wieder, dass „gewaltbereite“, wie es dort heißt, „extremistische Netzwerke weiterhin genau beobachtet und nach Möglichkeit verboten werden (müssen)“. Was heißt denn hier „nach Möglichkeit“? Eine Struktur wie Combat 18 muss verboten werden!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und ich erwarte hier, dass es aus Mecklenburg-Vorpommern dazu die entsprechenden Initiativen auf Bundesebene gibt.

Es heißt weiter: „Gegen Hass und Hetze – Aktionsplan gegen Hass im Netz.“ Da bin ich sehr dabei. Da müssen wir dann erst einmal gucken, ob das überarbeitete, von uns gemeinsam überarbeitete Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ dieser Herausforderung schon ausreichend gerecht wird. Das kann ich jetzt im Augenblick, weil ich das Programm nicht vor meinem geistigen Auge habe, nicht einschätzen. Aber da lohnt es sich, noch mal draufzuschauen, vor allen Dingen, wenn wir die Debatte über die Fortschreibung des Landesprogrammes hier im Landtag führen. Lange genug haben wir ja gebraucht, um uns darauf zu verständigen.

Weiter heißt es: „Zusammenhalt stärken – Demokratie achten, leben und lernen“. Und unter diesem Punkt steht, ich zitiere: „Unsere Demokratie braucht Demokratinnen und Demokraten. ... Der pädagogischen Arbeit von Schule, der Kinder- und Jugendhilfe und insbesondere der Jugend- und Sozialarbeit, kommt eine besondere Bedeutung zu.“ Jugend- und Schulsozialarbeit hat hier eine besondere Bedeutung.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

Und dann schauen wir uns mal bitte an, was vorgesehen ist im Entwurf des Doppelhaushaltes,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

die Jugend- und Schulsozialarbeit in diesem Land zu stärken. Mit 1,32 mehr wird es uns nicht gelingen, dieser Herausforderung gerecht zu werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und natürlich – das ist das, was ja die Herren hier auf dieser Seite besonders stört –, auch im Präsidiumsbeschluss der SPD werden klare Worte zur AfD gefunden: „Eine große Belastung“, heißt es dort, ich zitiere, „für die Arbeit der Zivilgesellschaft sind die ständigen Anfeindungen der AfD. Mit üblen Drohungen wird besonders in den ostdeutschen Bundesländern versucht, die Aktiven vor Ort unter Druck zu setzen.“

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

„Kein Aktiver vor Ort darf alleine stehen, wenn er sich für die wichtige Demokratiearbeit engagiert.“ Zitatende. Eine der wichtigsten Aussagen in diesem Papier.

(Zurufe von Jens-Holger Schneider, AfD,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Und unter dem letzten Punkt, Punkt 7 „Gefährdete Bürgerinnen und Bürger besser über rechtsextreme Bedrohung informieren und unterstützen“, heißt es: „Deshalb muss den berechtigten Sorgen und Ängsten schnell entgegengetreten werden: Mit Information, Aufklärung, Beratung und Schutz. Jede und jeder, der auf einer solchen Liste steht, hat das Recht, darüber informiert und beraten zu werden.“ Das Recht, und nicht, wie es im Antrag heißt, der von den Koalitionsfraktionen vorgelegt wurde, im Punkt IV.1: „betroffene Personen, soweit geboten, im Rahmen der Ermittlung möglichst frühzeitig über die Gefährdungslage zu informieren“. Wer entscheidet denn hier, wann was geboten ist, wer wie informiert wird?

(Dr. Gunter Jess, AfD:
Na Sie hoffentlich nicht!)

Dieses gehört gestrichen. Es muss heißen, betroffene Personen im Rahmen der Ermittlungen möglichst frühzeitig über die Gefährdungslage zu informieren.

In dem Punkt IV.3 wird unter anderem

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

auf das GETZ eingegangen, das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum. Wir haben uns ja als Innenausschuss selbst darüber informiert, wie dort gearbeitet wird. Und es heißt dann hier in dem Antrag, dass „die Kapazitäten ... an die Anforderungen angepasst werden (müssen)“. Nein, die vorhandenen Kapazitäten müssen endlich besser genutzt werden. Wir müssen nicht schon wieder darüber nachdenken, die Möglichkeiten auszudehnen. Wir müssen das, was da ist, konsequent nutzen, und zwar konsequent im Kampf gegen Rechtsextremismus, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Jürgen Strohschein, AfD)

Der Landtag dankt im Punkt V den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der gesamten Landesverwaltung für ihren täglichen Einsatz – ein Satz, den ich ohne Vorbehalte unterschreibe und unterstreiche.

(Zuruf von Jürgen Strohschein, AfD)

„Der Landtag unterstützt alle Bestrebungen der Landesregierung, die Verfehlungen einzelner Landesbediensteter konsequent zu ahnden und deren erneutes Auftreten zu unterbinden.“ Das unterstütze und unterschreibe ich. Aber der Satz, der dann heißt: „Beispielhaft ist die unabhängige Untersuchungskommission zu nennen“, das bezweifle ich, denn Ergebnisse dieser Kommission liegen noch nicht vor. Erst, wenn die Ergebnisse vorliegen, werden wir sehen, ob diese Kommission beispielhaft gearbeitet hat.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, letztendlich im Punkt VII wird Bezug genommen auf das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz“. Viele der dort aufgeführten Maßnahmen haben sich bewährt und werden fortgeführt. Und ich weiß als Mitautor des ersten Landesprogramms – damals aufgeschrieben mit den von mir geschätzten Kollegen Dr. Armin Jäger und Volker Schlotmann –, dass wir uns lange gestritten haben, welche inhaltliche Ausrichtung dieses Programmes es geben soll. Und es war uns damals klar, dass wir uns gegen jegliche Form von Extremismus wenden müssen, weil jegliche Form von Extremismus gefährdet die Demokratie.

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

Aber schon damals war in dem Programm klar, wo die Hauptgefahr,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

wo die Zielrichtung dieses Programmes sein muss, nämlich in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Und wer daran Zweifel hegt, dass das die größte Herausforderung in der Gegenwart ist, den bitte ich, die

von mir seit vielen Jahren quartalsweise gestellten Kleinen Anfragen zur Statistik der politisch motivierten Kriminalität herzunehmen und nachzulesen.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Sie werden dort stets und ständig erkennen, wo der Schwerpunkt liegt.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

PMK, Phänomenbereich „Rechts“ – daran ist nichts zu rütteln und das muss bitte schön auch in einem solchen Antrag klar und deutlich zur Sprache kommen. Wenn wir Demokratie stärken und engagierte Menschen schützen wollen, dann müssen wir auch die Feinde der Demokratie klar benennen in einem solchen Antrag, und die Feinde der Demokratie sind im rechtsextremistischen Lager zu finden. Das war in der Vergangenheit so, das ist in der Gegenwart so, und ich will nicht, dass das auch in Zukunft so bleibt. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Ritter!

Auch für Ihren Wortbeitrag wurde eine Kurzintervention angemeldet, von der Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Förster.

(Zuruf vonseiten der
Fraktion DIE LINKE: Oh nein!)

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Herr Abgeordneter Ritter, Sie haben zum Extremismus Ausführungen gemacht. Ich möchte dazu ausführen, dass es einer der größte Fehler in der Gesellschaft ist, dass wir einen Wettbewerb betreiben zwischen Links- und Rechtsextremismus. Ich für meine Person oder ich für mich persönlich

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

und für meine Fraktion bin sicher, ausführen zu können, dass wir den Rechtsextremismus – wenn man den Begriff richtig verwandt, das beginnt nicht bei einer rechten Position –, also den wirklich aggressiven, die Verfassung bekämpfenden rechten Extremismus, absolut ablehnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Damit haben wir nichts am Hut.

Aber es kommt jetzt auch nicht darauf an – mal ganz, ja, statistisch –, ob es jetzt mehr Morde links oder rechts gegeben hat. Jeder Mord und jede Gewalttat ist schlimm genug, aber bei uns wird keine Diskussion geführt, ob etwa Gewalt gegen Sachen irgendwo gerechtfertigt ist oder gegen Personen nicht. Wir wissen aus dem Alltag, wie sehr die AfD insofern auch Opfer von Gewalt ist, und sei es auch „nur“ – in Anführungsstrichen – Gewalt gegen Sachen. Das reicht ja auch schon.

Und im Übrigen führen Sie die Statistik an. Und das ist natürlich, wie Sie genau wissen, irreführend, denn die Statistik führt auch nicht vergleichbare Sachen an. Die

politisch motivierte Kriminalität rechts ist über 50 Prozent mit Fällen der Propagandakriminalität, der Propagandadelikte angeführt, das heißt also, die Fälle, wenn irgendwer ein Hakenkreuz hinschmiert, werden dann rechts zugeschrieben, oft sind es dann aber linke oder andere Täter. Wenn Sie diese Propag...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Karen Larisch, DIE LINKE: Hallo?!)

Wenn Sie diese ...

(Karen Larisch, DIE LINKE:
Entschuldigen Sie mal bitte, ja?!)

Wenn Sie diese ...

Hören Sie gut zu!

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Sie können nur vergleichen, was vergleichbar ist.

Wenn Sie diese Propagandadelikte – jetzt hören Sie gut zu –, wo es bei dieser Art von Delikten auf der linken Seite nichts gibt, weil Sie natürlich mit Stalin verherrlichenden Bildern und sonst was durch die Gegend rennen können, es sind also Delikte, die es ausschließlich rechts gibt, also verfälscht dies völlig die Statistik, wenn Sie die rausnehmen, darf ich nicht bagatellisieren, aber die kommen in eine extra Schublade, wenn man das vergleichen will, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Die zwei Minuten sind abgelaufen.

Horst Förster, AfD: ... dann sind Sie sofort dabei, dass die Delikte von links überwiegen. Das will Herr Ritter natürlich nicht wissen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Kollege Förster, Sie sind offenbar ein wahrer Rechenkünstler. Selbst, wenn wir die Propagandadelikte herausnehmen, kann man aus jeder Tabelle ablesen: Gewalt gegen Polizei, Gewalt gegen Ausländer, Gewalt gegen sonst irgendjemanden – Spitzenreiter ist immer der Phänomenbereich „Rechts“.

(Dr. Gunter Jess, AfD: Das ist falsch.)

Dann können Sie alle nicht rechnen.

Horst Förster, AfD: Faktencheck.

Peter Ritter, DIE LINKE: Dann können Sie alle nicht rechnen. Erstens.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Zweitens will ich Ihnen sagen, wer „ein Hakenkreuz so hinschmiert“ – so salopp, wie Sie das sagen –, die Verwendung eines Hakenkreuzes ist das Verwenden eines verfassungsfeindlichen Symbols,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

und das aus gutem Grund. Und das schmiert man nicht einfach mal so hin. Und wenn ein AfD-Politiker, einer der führenden in diesem Haus, einer der führenden Ideologen der AfD, dies einfach mal so bagatellisiert, indem er sagt, da wird so ein Hakenkreuz hingeschmiert, das kann man doch nicht ernst nehmen, dann macht das erneut deutlich, dass Ihre Beschwörungen, Sie hätten mit Rechtsextremismus nichts am Hut, völlig an der Realität vorbeigehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Und schließlich und endlich will ich Ihnen sagen, es ist eine klare Position meiner Fraktion, eine klare Position meiner Partei, dass Gewalt gegen Dinge, Gewalt gegen ...

Hören Sie zu!

(Zuruf vonseiten der
Fraktion DIE LINKE: Zuhören!)

Horst Förster, AfD: Ich lasse mich ...

Peter Ritter, DIE LINKE: Mein Gott, ich erwidere auf Ihre Intervention ...

Horst Förster, AfD: Ich höre zu.

Peter Ritter, DIE LINKE: ... und Sie quatschen hier ...

Horst Förster, AfD: Ich quatsche nicht.

Peter Ritter, DIE LINKE: ... mit Ihrem Fraktionsvorsitzenden.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Was machen Sie denn dann?)

Da kann ich das auch sein lassen. – Danke schön.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der AfD und DIE LINKE –
Minister Dr. Till Backhaus:
Der Peng-Effekt ist das wieder. –
Zuruf aus dem Plenum: Hau ab! –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: So, jetzt ist

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der AfD und DIE LINKE –
Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

dieser Wortbeitrag beendet. Es gibt jetzt ...

(Der Abgeordnete Horst Förster
wendet sich an das Präsidium.)

Nach dem Antrag. Nach dem Antrag.

(Dirk Friedriszik, SPD:
Langsam fällt die Maske.)

Aber ich möchte ...

(Der Abgeordnete Horst Förster
wendet sich an das Präsidium.)

Ich habe den Antrag entgegengenommen und werde Sie entsprechend unserer Geschäftsordnung aufrufen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Ich bitte aber jetzt,

(Andreas Butzki, SPD: Peinlich, peinlich!)

bei aller großzügigen Auslegung unserer neuen Geschäftsordnung doch bestimmte Regeln dabei nicht außer Acht zu lassen, die dann den Ablauf des Verfahrens hier nur unnötig strapazieren.

Ich rufe jetzt auf für die Fraktion Freie Wähler/BMV den Abgeordneten Herrn Dr. Manthei.

Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! „Demokratie stärken – engagierte Menschen schützen“, ein Titel, der suggeriert, dass man ihm eigentlich nur zustimmen kann. Leider verfehlt der Antrag aber sein Ziel. Persönlich finde ich oder wir auch als Fraktion finden das sehr bedauerlich, denn er spricht natürlich viele sehr wichtige und aktuelle Themen an. Aber der Antrag besteht aus einer bunten Mischung aus diversen Themen: vom Opferschutz über Danksagungen an die Mitarbeiter der Landesverwaltung, über die Einrichtung der unabhängigen Untersuchungskommissionen im SEK-Skandal bis hin zur Vollstreckung von Haftbefehlen gegen Extremisten. Was möchte der Antrag konkret? Das geht nicht hervor.

(Beifall Dr. Gunter Jess, AfD)

Alle Themenbereiche werden oberflächlich behandelt, nichts geht in die Tiefe. Hier hilft das Beispiel, das von Herrn Ritter auch angesprochene Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum. Im Antrag steht, Zitat, dass die Kapazitäten des Zentrums „an die Anforderungen angepasst werden“ müssen, Zitatende. Welche Kapazitäten in welcher Form weshalb angepasst werden sollen, wird nicht erläutert.

(Dirk Lerche, AfD: Man möchte
ein paar Posten schaffen.)

Der Antrag ist auch schlecht strukturiert und unlogisch, es ist kein roter Faden zu erkennen. Der Antrag hält eine Lobesrede auf die Mitarbeiter der gesamten Landesverwaltung für ihren täglichen Einsatz für unser Land. Haben Sie an dieser Stelle vielleicht vergessen, den zahlreichen ehrenamtlich Engagierten in diesem Land für ihren täglichen Einsatz zu danken, die Helfer der freiwilligen Feuerwehr zum Beispiel, die Tag für Tag ihr Leben riskieren, um Menschen zu retten?

(Beifall Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

Das ist für uns nicht nachvollziehbar.

Das Entscheidende ist aber eigentlich, dass der Antrag keine neuen Informationen und keine neuen Handlungsaufforderungen enthält. Er enthält allgemeine Feststellungen, bereits vorhandene Standards in der Rechtsprechung. Dass es Pflicht eines Rechtsstaats ist, sich gegen jede Form der Bedrohung mit allen Mitteln entgegenzusetzen, ist keine neue Erkenntnis. Das ist eine Selbstver-

ständlichkeit, das bedarf hier keiner eigenen Feststellung, im Gegenteil, der Landtag soll nach dem Antrag die Landesregierung auffordern, Zitat, „weiterhin“, Zitatende, all die Dinge zu tun, die die Landesregierung offensichtlich oder offenbar sowieso schon unternimmt.

Die Landesregierung hat gar keinen Auftrag, sie soll einfach nur so weitermachen wie bisher. Ich habe mal zusammengezählt, wie oft das Wort „weiterhin“ oder das Wort „aufrechterhalten“ oder „fortsetzen“ oder „noch konsequenter durchsetzen“ oder „noch mal prüfen“ oder „fortführen“ oder „noch aufmerksamer machen“ drin sind. Das ist also achtmal enthalten. Der Antrag enthält keinen Fortschritt, keine neuen Ideen, keine konkreten Vorschläge.

(Beifall Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Wenn ich als Regierung, wenn ich diesen Antrag verabschiede und ich erhalte diesen Antrag, nee, das ist aber sehr nett von euch, lieber Landtag, den kann ich lochen und abheften, weil der Landtag ja nur sagt, ich mache alles richtig und soll es weiter so machen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine Damen und Herren der Regierungskoalition, wenn Ihr Antrag – und das will ich ausdrücklich sagen – natürlich grundsätzlich einem positiven Gedanken folgt, allerdings solchem Potpourri politischer Allgemeinplätze können wir nicht zustimmen. Wir werden uns hier enthalten. – Vielen Dank.

(Beifall Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr SELLERING.

Erwin SELLERING, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrter Herr Manthei, der Antrag macht aufmerksam auf die große und bitte nicht zu verharmlosende Gefahr durch den Rechtsextremismus in Deutschland.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Ich glaube nicht, dass der Antrag geeignet ist für semantische Übungen. Darum kann es, glaube ich, nicht in erster Linie gehen.

Das, was von Herrn Ritter gesagt worden ist, teile ich nahezu zu hundert Prozent. Rechtsextremistisch motivierte Straftaten nehmen in Deutschland in erschreckendem Maße zu,

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

und die Sorge vor Anschlägen rechtsextremer Terrorgruppen ist leider nur zu real. Ich glaube, dem müssen wir uns stellen. Da ist es unbedingt notwendig, dass der demokratische Rechtsstaat diesen Angriffen wehrhaft entgegentritt und Straftaten mit rechtsstaatlichen Mitteln in aller Härte verfolgt. Ich glaube, das ist selbstverständlich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Wichtiger erscheint mir – das ist ja ein ganz großes Thema, wo sich jeder verschiedene Aspekte herausnehmen

kann, ich möchte zu dem Aspekt etwas sagen –, wichtiger scheint es mir, alles zu tun, dass man der Entwicklung in unserer Gesellschaft, die man beobachten kann, zu einer immer größeren rechtsextremen Gewaltbereitschaft politisch entgegentritt. Und das ist etwas, was man nicht einigen besonders Engagierten, von denen im Antrag die Rede ist, überlassen und sie damit auch nicht alleinlassen darf.

Nach meiner Überzeugung haben wir einen Punkt erreicht, an dem alle demokratischen, den liberalen Rechtsstaat bejahenden und verteidigenden Kräfte bereit sein müssen, klar Stellung zu beziehen, auch dafür auf die Straße zu gehen und Gesicht zu zeigen. So darf zum Beispiel die wichtige Form der Gegendemonstration nicht von Kräften dominiert werden, die ihrerseits bereit zu körperlicher Auseinandersetzung sind.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD, und Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Niemals darf das Bild entstehen, den gewaltbereiten extremen Rechten stünden nur gewaltbereite extreme Linke gegenüber,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

sondern,

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

sondern dem Rechtsextremismus entgegenzutreten, ist die Aufgabe aller demokratischen politischen Parteien und Kräfte, gerade auch der moderaten. Und ich denke, da können übrigens auch wir Koalitionsparteien noch ein bisschen mehr tun.

Die AfD aber, denke ich, muss sich die Frage gefallen lassen, wie weit sie mit ihrer Politik, mit ihren Äußerungen zu diesem Thema der Gewalt beiträgt und es anheizt. Ich weiß, viele Anhänger, viele Mitglieder der AfD werden es entrüstet von sich weisen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Allerdings.)

Und wenn man sie auf Äußerungen von Höcke und Genossen anspricht, dann werden sie sagen, das sind einige wenige Extreme, mit denen wir gerade eine interne Auseinandersetzung führen. Und es ist ja richtig, die AfD bietet der Öffentlichkeit seit einiger Zeit das Bild einer Partei, die ihren Kurs sucht zwischen dem sogenannten Flügel, der sich gefällt in immer provokanteren und aggressiveren Äußerungen mit zumindest rechtsextremistischer Färbung inklusive ganz deutlicher Anleihen beim Nazivokabular – Flügel auf der einen Seite –, und den sogenannten Gemäßigten.

(Dr. Gunter Jess, AfD: Herr Sellering, da muss ich aber fragen, ob Frau Schwesig für die Linksextremen steht.)

Aber, meine Damen und Herren von der AfD, aber ist es in Wahrheit nicht so, dass die fortschreitende Radikalisierung, die steigende Zahl, der wachsende Einfluss der Radikalen bei Ihnen in Ihrer Partei, dass das die denotwendige Folge der wichtigsten politischen Grundausagen, der wichtigsten Grundpositionen der AfD ist? Ist das nicht eine sozusagen automatische Radikalisierung, die bei Ihnen stattfindet?

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Nein. – Zuruf von Horst Förster, AfD)

Die AfD versammelt ihre Anhänger unter dem Begriff „Volk“. Sie spricht angeblich für das Volk, sie will angeblich das Beste für das Volk, sie fordert dessen angebliche Rechte mit großer Aggressivität ein.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Und der Begriff „Volk“ ist bei Ihnen nicht irgendwie einladend, umfassend, versöhnend, sondern aggressiv, aggressiv ausgrenzend, rassistisch aufgeladen.

(Horst Förster, AfD: Das ist eine völlige Unterstellung.)

Der angebliche Volkswille ...

(Zurufe von Horst Förster, AfD, und Dr. Gunter Jess, AfD)

Sie können sich gleich melden.

Der angebliche Volkswille wird über alle demokratischen Institutionen gestellt,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

die verächtlich gemacht und als gegen das Volk gerichtet verunglimpft werden.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Und da frage ich Sie, Herr Foerster: Wohin soll das führen? Wohin soll das führen? Mein Appell an alle diejenigen in der AfD, die sich für gemäßigt halten, die vielleicht sogar wirklich eine gemäßigte, verfassungskonforme, konservative Politik machen wollen: Stellen Sie sich bitte ernsthaft diese Frage!

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Nicht sofort die Gegenrede ansetzen, Herr Förster! Stellen Sie sich ernsthaft diese Frage: Wenn die Kernbotschaft der AfD aggressiv ausgrenzend, Institutionen verachtend ist, wenn sie Ihre als Volkswille behaupteten Ziele absolut setzt, kann das zu irgendetwas Konstruktivem führen oder ist nicht die fortschreitende Spirale der Radikalisierung programmiert mit negativer Signalwirkung auf alle, die sich dadurch ermuntert fühlen?

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Wenn Sie diese Frage ehrlich prüfen, dann kommt vielleicht doch der ein oder andere unter Ihnen zu dem gleichen Ergebnis wie Herr Wildt und seine drei Mitstreiter vor einiger Zeit. Diese vier haben eine Entscheidung getroffen, die mir persönlich Respekt abnötigt. Das ist eine Entscheidung, die ich dem einen oder anderen von Ihnen auch wünsche. – Vielen Dank.

(lang anhaltender Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Sellering, in letzter Minute ist eine Kurzintervention avisiert worden von ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Zuruf von Erwin Sellering, SPD)

Ich muss zumindest die Möglichkeit der Kurzintervention geben, Sie können ja entscheiden, ob Sie darauf antworten oder nicht.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Aber er müsste schon bitte nach vorne gehen, wie sich das gehört.
Ich musste auch am Mikro stehen. –
Zuruf aus dem Plenum: Am Saalmikro! –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD – Zuruf aus dem Plenum: Er war fertig mit der Rede. –
Andreas Butzki, SPD: Er war weg.
Er kam dann nach der Rede.)

Jetzt haben wir die interessante Situation, dass wir dazu keine Regelung in der Geschäftsordnung haben.

(allgemeine Unruhe)

Aber die Möglichkeit einer Kurzintervention ist ja offensichtlich gegeben. Von daher, da Herr Sellering sich hingekümmert hat, kann ich auch gerne Herrn Förster dann meinestwegen auch das Rednerpult überlassen.

(Jochen Schulte, SPD:
Die Geschäftsordnung
sieht das Saalmikrofon vor.)

Gut.

(Erwin Sellering, SPD: Beim nächsten Mal hätte ich es gerne etwas zeitnäher bekommen. Danke.)

So, bitte, Herr Förster, jetzt haben Sie ...

Erwin Sellering, SPD: Herr Förster!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... Zeit für Ihre Kurzintervention.

Horst Förster, AfD: Ja, Herr Sellering, Sie wissen, dass ich Sie sehr, sehr respektiere. Ich kenne Sie schon lange und werde auch über Ihre Worte natürlich nachdenken, aber ich bitte Sie, dasselbe auch zu tun.

Erwin Sellering, SPD: Ja.

Horst Förster, AfD: Ich stehe oder unsere Fraktion – nehmen Sie das bitte entgegen – steht ganz radikal für demokratische Grundsätze,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

und da machen wir keinen Unterschied, ob der Feind rechts oder links steht.

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Aber zur Ehrlichkeit gehört doch, dass die Probleme, die wir im Lande haben, was auch die Menschen bewegt und wodurch diese Spaltung kommt, dass sie ganz wesentlich verursacht sind durch eine Massenmigration, die bis heute, jedenfalls in geringerem Maße, fortwirkt und wo nicht erkennbar ist, wie man sie wirklich meistern soll.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Wir haben Parallelgesellschaften, das stört die Menschen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich habe kürzlich ein Interview von Herrn Hahne gehört, ein rechtschaffener Journalist,

(Karsten Kolbe, DIE LINKE:
Das sind alles Menschen.)

Bücherschreiber, der die Ostdeutschen verteidigt hat und gesagt hat, die sind doch völlig normal, aber wenn ich in Dresden mit den Menschen spreche, die wollen nicht Verhältnisse wie in Neukölln oder wie in Hamburg. Das ist das Problem. Und wenn sich daran die Dinge dann aufschaukeln, weil die eine Seite keine Problemlösung zeigt und die andere Seite natürlich auch von ganz rechter Seite mit angestachelt sein mag, dann entstehen diese Probleme. Die hatten wir doch vorher nicht.

Also die Radikalisierung, diese Gefahr einer Partei, die von allen Seiten dann unter Feuer gerät – das ist sozusagen naturgesetzlich vorgegeben –, aber diese Gefahren, die sieht man natürlich und Sie wissen, dass wir da in unseren Reihen auch Probleme haben. Das zu leugnen, wäre völlig falsch. Aber diese absolute Fokussierung auf rechts tut weder der Demokratie gut noch denen, die an einer ehrlichen Lösung eines friedlichen Zusammenlebens interessiert sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Erwin Sellering, SPD: Ich denke, wir brauchen in Deutschland auch für die Fragen, die in der Tat auf dem Tisch liegen und die schwierig sind, auch politische Kräfte, die sich im besten Sinne als konservativ bezeichnen. Das Problem bei Ihrer Partei ist das, was ich eben gesagt habe, was ich eben ausgeführt habe, dass sie über diese Parteinarbeit, über diese politische Wahrnehmung der Probleme versucht, die Probleme zu lösen, dass sie das mit ganz aggressiven Vokabeln, ganz aggressiver Propaganda machen. Und meine große Befürchtung ist – deshalb eine ernste Frage an Sie, darüber nachzudenken –, meine große Befürchtung ist, dass das nahezu zwangsläufig ist wegen Ihrer Grundaussagen. Wer sagt, das Volk steht über allem, und die Demokratie verachtet, da kann nichts Gutes rauskommen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Jens-Holger Schneider, AfD: Das ist
doch ein Widerspruch in sich. –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Barlen.

Julian Barlen, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich bei einigen der Redner für die Wortbeiträge sehr herzlich bedanken. Das Hauptanliegen dieses Antrages war, die Perspektive der Bedrohten, der Eingeschüchterten und der Opfer von rechtsextremen, kriminellen, terroristischen Aktivitäten in den Fokus zu rücken.

(Dr. Gunter Jess, AfD:
Das steht da aber nicht drin.)

Und dieses Hauptanliegen, diesen engagierten Männern und Frauen Respekt zu zollen für ihre Leistungen für das Land und für ein friedliches Zusammenleben,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

und diesen Menschen auch als Staat, diesen Menschen als Politik und diesen Menschen als Zivilgesellschaft zur Seite zu stehen, wenn sie durch Hass und Hetze bedroht werden, das ist das Anliegen dieses Antrages. Und allen, die diesem Anliegen sich hier unterstützend zur Verfügung gestellt haben, möchte ich sehr herzlich danken.

Ich möchte sagen, explizit nicht dazu beigetragen haben relativierende Äußerungen seitens der AfD und garantiert nicht dazu beiträgt die möglicherweise auch seitens der AfD immer wieder gern genutzte Gelegenheit, sich selber ins Gespräch zu bringen.

(Heiterkeit bei Dr. Ralph Weber, AfD –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Das wiederum ist respektlos gegenüber den Opfern einer terroristischen, rechtsextremen Prepper-Gruppe, die Namen von engagierten Menschen, von Männern und Frauen, von unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern gesammelt hat.

(Dr. Gunter Jess, AfD: Wir waren auch drauf! –
Dirk Lerche, AfD: Nennen Sie ein Opfer!)

Ausnahmen bestätigen die Regel.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Und wenn Sie sich dadurch angegriffen fühlen, dass wir hier als Landtag ein Bekenntnis dazu abgeben wollen, dass diesen Menschen unser staatlicher Schutz und unsere Solidarität gilt,

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

dann, meine Damen und Herren – nee, Damen sind nicht da, Sie sind nur Herren –, dann, meine Herren, ist das Ihr Problem und nicht unser Problem. Die Aussage dieses Antrages an der Stelle, Solidarität mit den Opfern

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

und den Bedrohten von rechtsextremer Gewalt und Einschüchterung,

(Dirk Lerche, AfD:
Nennen Sie mir ein Opfer!)

ist völlig klar und steht an dieser Stelle.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Dirk Lerche, AfD: Ich kenne keine Opfer. –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Dementsprechend haben wir auch den Worten unseres Innenministers sehr zustimmend gelauscht,

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

dass gerade auch bei der Aus- und Weiterbildung von Polizistinnen und Polizisten, bei der Sensibilisierung für

und bei der Ausprägung von Widerstandsfähigkeit, auch gegen extremistische Tendenzen in den eigenen Reihen, vieles getan wird. Das ist sehr positiv. Dementsprechend bestätigen wir auch noch einmal, wie wichtig es ist, die jetzt laufenden Untersuchungen zu einem Erfolg zu führen.

Und ich möchte eine Sache noch mal ganz explizit auch im Namen unserer Fraktion – aber ich denke, da können wir für die ganze Koalition und auch, ich sage mal, für die Opposition, ausgenommen der AfD – sprechen, niemand hat an diesem Rednerpult dieses Landtages und niemand hat überhaupt jemals eine Generalkritik oder einen Generalvorwurf gegenüber allen Polizistinnen und Polizisten dieses Landes geäußert. Wir wissen, dass Sie das gerne so im Munde führen und uns Selbiges im Munde umdrehen wollen, um sich der Polizei und den Beamtinnen und Beamten anzudienen.

(Zurufe von Dr. Gunter Jess, AfD,
und Dirk Lerche, AfD)

Unsererseits wurde eine solcher Vorwurf, dass es eine generelle Verstrickung aller Polizistinnen und Polizisten im Land gibt, nie getätigt, und zwar, weil es nicht unsere Auffassung ist. Die absolut überwiegende Mehrheit aller Beamtinnen und Beamten, aller Beschäftigten in den Sicherheitsbehörden verdient unseren absoluten Respekt. Die leisten jeden Tag eine herausragende Arbeit für die Sicherheit und für die Demokratie in diesem Lande. Und gerade deshalb ist es,

(Horst Förster, AfD: Was haben
sie denn zu den Listen gesagt?)

und gerade deshalb ist es abenteuerlich,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

aus der Forderung, dass Staatsbürger in Uniform, die sich über das Gesetz stellen, aus extremistischen Motiven heraus, dass deren Bekämpfung, dass deren Stigmatisierung ein Angriff auf die gesamte Gruppe der Polizistinnen und Polizisten sein könnte, geradezu abenteuerlich.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Das konstruieren Sie herbei, um den eigentlichen Gegenstand der Untersuchung herunterzuspielen und kleinzumachen.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Und in diesem,

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

und in diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen,

(Glocke der Vizepräsidentin)

das Gegenteil ist der Fall: Wir unterstützen die Polizistinnen und Polizisten in unserem Land. Gerade das Polizeipaket, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, auch die Gespräche, die wir als Regierungsfractionen, aber auch als Regierungsparteien mit Vertreterinnen und Vertretern der Polizei unterhalten,

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

mit den Vertreterinnen und Vertretern der zuständigen Gewerkschaften dokumentiert, wir stehen an der Seite der Polizei und wir stehen an der Seite der Sicherheitsbehörden, die selber kein Interesse daran haben, Extremistinnen und Extremisten in ihren Reihen zu haben.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

In diesem Zusammenhang möchte ich auch wiederum aus Sicht der Bedrohten und der Opfer aber einen weiteren Trick Ihrerseits entlarven. Selbstverständlich muss man zur Kenntnis nehmen, dass es eine Gruppe von Menschen ist, die offensichtlich aus politischem Extremismus heraus geplant hat, sich für einen Tag X zu rüsten, und sich auch darauf vorbereitet hat, an einem solchen Tag X andere Menschen, die ihnen aufgrund ihrer politischen Auffassung nicht in den Kram passen, wegzubringen, zu liquidieren.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Und wenn man sich also aufmacht, so, wie wir es tun, wie es der Innenminister auch für die Landesregierung angeordnet hat, dann geht es darum, ein Netzwerk solcher Personen aufzuklären. Und wenn es ein solches Netzwerk gibt, und sei es noch so klein, dann ist es nicht hilfreich, von Einzelfällen zu sprechen. Man kann das ja einordnen, aus wie viel Personen ein solches Netzwerk besteht, aber ich möchte einfach mal an diesem Pult zu Protokoll geben, dass es in den Ohren derer, die vom LKA angeschrieben werden – und das sind über Tausend, auch hier im Land –, dass es in deren Ohren wie Hohn klingt, wenn, ...

(Dr. Gunter Jess, AfD: Wir waren dabei!)

Genau, Ausnahmen bestätigen die Regel, habe ich ja gesagt.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

... wenn von Einzelfällen die Rede ist. Diese Menschen haben Angst und diese Menschen verdienen die Unterstützung des Staates und der Zivilgesellschaft. Und in diesem Zusammenhang ist natürlich eine Frage, wie man Dinge einordnet.

Und ein zweiter Punkt, der in den Ohren der Betroffenen wirklich sehr negativ ankommt, ist die Tatsache, einerseits, dass sehr wenig natürlich über die Hintergründe dieser Bestrebungen des Terrornetzwerkes, der Prepper-Gruppe bekannt ist, und auf der anderen Seite allerdings auch, dass am Ende gesagt wird, na ja, sachlich besteht eigentlich keine Gefahr. Da müssen wir einfach sehr sorgsam mit umgehen, dass diese Menschen eine reale Angst haben.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Gerade, wenn wir natürlich die Frage stellen bei Menschen,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

die offensichtlich Waffen horten,

(Horst Förster, AfD: Haben Sie mit denen gesprochen, was Sie denen unterstellen?)

die offensichtlich Waffen horten,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Menschen, die illegal aus Melderegistern private Anschriften von engagierten Menschen sammeln, da würde ich mal die Gegenfrage stellen:

(Dirk Lerche, AfD: Richtig! Richtig!)

Aus welchem Grund sollte jemand,

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

der sich für einen Tag X vorbereitet, der Waffen hortet, der illegal private Meldeanschriften von rechtschaffenen Bürgerinnen und Bürgern sammelt, warum sollte dieser Mensch, warum sollte dieses Netzwerk so etwas tun und gleichzeitig Leichensäcke auf den Wunschzettel schreiben, gleichzeitig Ätzkalk auf den Wunschzettel stellen?

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Und diesen Menschen dann zu sagen, na ja, Sie stehen auf einer Namensliste von Leuten, die sich hier offensichtlich zusammenrotten, um den Frieden und die Werte unserer Gesellschaft anzugreifen, das wird dann der Bedrohung, die diese Menschen empfinden, nicht gerecht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, DIE LINKE und
Franz-Robert Liskow, CDU)

Und wir müssen gemeinsam dafür sorgen,

(Horst Förster, AfD: Gehen Sie zum
BKA und erzählen Sie das dort!)

dass etwaige zynische Bemerkungen,

(Horst Förster, AfD: Gehen Sie
zum BKA und erzählen das dort!)

dass aus einer Namensliste erst eine Todesliste wird, wenn einer stirbt, dass es genau dazu nicht kommt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Und dazu ist es hilfreich, solche extremistischen Vorgänge gleich von vornherein beim Namen zu nennen und gemeinsam zu bekämpfen.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Der deutsche Staat hat den Opfern und den Angehörigen des Nationalsozialistischen Untergrundes versprochen durch alle relevanten Repräsentantinnen und Repräsentanten dieses Staates, dass sich so ein Vorgehen nicht wiederholen kann. Und wir als Landtag haben uns genau diesem Versprechen angeschlossen. Wir haben einen NSU-Mord in Mecklenburg-Vorpommern, wir haben hier Banküberfälle,

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

wir haben hier nachweislich Kontakte und auch weitere Persönlichkeiten des rechtsextremen Spektrums, die mit

den Täterinnen und Tätern in Kontakt standen. Wir sind verpflichtet, dieses Versprechen einzulösen.

Und wenn man in einem solchen Kontext mit dem hier ja angesprochenen Walter Lübcke ein nächstes Todesopfer von rechtsextremen Bestrebungen zu beklagen hat, dann müssen wir diese Sache ausgesprochen ernst nehmen und müssen konstatieren, dass dieses Versprechen, dass so etwas nie wieder geschehen darf, wackelt und dass wir Gefahr laufen, dieses Versprechen nicht einlösen zu können. War denn der Herr Lübcke gefährdet? Konnte er sich auf seiner Terrasse seines privaten Wohnhauses sicher fühlen, bis er erschossen wurde? Das sind doch Fragen, die im Raum stehen und die beantwortet werden müssen, wenn wir den Opfern und den Bedrohten dieses rechtsextremen Netzwerkes „Nordkreuz“ gerecht werden wollen. Warum sind ihre privaten Daten über deren privaten Terrassen gesammelt worden? Und sie müssen sich darauf verlassen können, dass wir als Parlament, dass wir als Staat diesen rechten Machenschaften ein Ende setzen.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Und ich möchte alle Dinge, die hier geäußert wurden, die dazu nur gedient haben, dies zu relativieren, die möchte ich zurückweisen und möchte also betonen, dass wir als Koalitionsfraktionen alles daransetzen werden, dass die Dinge weiterhin aufgeklärt werden, und dass wir alles daransetzen werden, dass unser Bundesland weiter ein wirklich gutes Beispiel dafür ist, dass wir zusammenstehen für Demokratie und Toleranz, so, wie wir es in der Vergangenheit gemacht haben, dass wir übrigens schnell wieder die Fortsetzung des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz“ beschließen.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Wir haben hier einen wirklich vorbildlichen Verbund von engagierten Menschen, von Vereinen und Verbänden,

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

die für Vielfalt und für Pluralität und für die Wahrung der Menschenrechte in Mecklenburg-Vorpommern eintreten, und das setzt voraus, dass wir hier auch als Politik und als Landtag diese Menschen unterstützen in ihrem Tun, und das ist auch die Voraussetzung dafür, warum wir in den letzten Jahren einiges erreicht haben als Bundesland und warum beispielsweise, wenn ein Herr Höcke nach Rostock kommt, da an die 400 Personen des AfD-Spektrums auf die Straße gehen, aber 4.000 dagegen,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Rainer Albrecht, SPD: Jawoll!)

um sich nämlich dagegen auszusprechen, dass man eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad hinlegt

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

oder das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus als „Denkmal der Schande“ bezeichnet.

So, meine Redezeit neigt sich dem Ende zu. Ich möchte mich sehr herzlich bei Ihnen für die Debatte bedanken. Und ich möchte natürlich aus Respekt auch vor den LINKEN noch mal auf den Änderungsantrag eingehen.

Sie haben hier einige Punkte aufgeschrieben, die Sie Ihrerseits vorschlagen zur Schärfung dieses Antrages. Ich möchte Sie einfach darauf hinweisen, es handelt sich nicht um einen reinen SPD-Antrag, sondern es handelt sich um einen Koalitionsantrag. Den haben wir zusammen ausgearbeitet und da lege ich an der Stelle jetzt Wert darauf natürlich, dass wir den auch in der vorgelegten Form beschließen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Vincent Kokert, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Barlen! Auch zu Ihrem Debattenbeitrag liegt eine Kurzintervention vor.

(Der Abgeordnete Julian Barlen
wendet sich an das Präsidium. –
Dr. Ralph Weber, AfD: Es steht auch
nirgends, dass man warten muss,
bis es beantwortet wird, und
trotzdem haben es alle gemacht.)

Wir haben vereinbart, dass wir uns in der Geschäftsordnung dazu verständigen würden. Wir nehmen gerne Ihre Anregung auf, dass bei einer Kurzintervention der Redner nicht am Rednerpult stehen muss. Wir nehmen ebenfalls auf, dass der Fragesteller die Antwort des Gegners nicht am Rednerpult oder an dem Mikrofon, Saalmikrofon aufnehmen muss. Das werden wir in Ruhe diskutieren, die Vor- und Nachteile abwägen und dann zu einer hoffentlich einvernehmlichen Lösung kommen. Bis jetzt ist es ein Experiment und ich würde sagen, gleiches Recht für alle, und alles, was dann später kommt, werden wir dann noch mal beraten.

Von daher hat jetzt Herr de Jesus Fernandes das Wort für eine Kurzintervention.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Was habe ich hier gehört von der Seite der SPD? Ängste schüren?

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Ja, ganz klar, ja.)

Anfeindungen?

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

Ausgrenzung und Relativierung?

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Ja, richtig.)

Sie schüren ganz klar Ängste in eine Richtung. Das finde ich schade,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Wieder in die Opferrolle reingehen!)

weil der Antrag im Ursprung sich gegen jeglichen Extremismus gewendet hat, und das ist auch lobenswert, dafür stehen wir. Dass man das jetzt in der Diskussion allerdings komplett versucht, irgendwie doch zu verknüpfen mit der AfD, was Ihnen nicht so richtig gelungen ist, ist schäbig

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

und führt letztendlich zur Relativierung des Nationalsozialismus.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und da ist der Pressesprecher der SPD ein ganz großer Meister drin,

(Thomas Krüger, SPD:
Der ist gut. Guter Mann!)

indem er uns nämlich mit Nazis vergleicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Zu Recht!)

Da ist überhaupt

(Peter Ritter, DIE LINKE: Zu Recht!)

kein Vergleich möglich.

(Zurufe von Dirk Friedriszik, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Das relativiert den gesamten Nationalismus, das ist gefährlich für die Demokratie.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Heiterkeit und Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie sind eine Gefahr für die Demokratie,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

wenn Sie das tun und damit den Nationalsozialismus verharmlosen. Gut.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Und dann kommen wir zur Ausgrenzung,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Ausgrenzung bei diesem Antrag,

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Ausgrenzung in jeglicher ... Ihr Reden ist nur Ausgrenzung gegen eine demokratische Kraft, gegen eine demokratische Partei, die vom Volk gewählt wurde.

(Dirk Lerche, AfD: Basisdemokratisch.)

Das ist Ausgrenzung, das hatten wir schon mal. Wir wollen es nicht mehr!

(Dirk Friedriszik, SPD: Die NSDAP
ist auch gewählt worden. –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

So, und dann fehlt mir bei der ganzen Debatte ... Ich habe hier auch gehört, von wegen, Herr Förster würde Hakenkreuzschmierereien relativieren.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Hat er doch.)

Das ist Quatsch! Jetzt erklären Sie mir doch mal bitte die Hakenkreuzschmierereien an unseren Büros! Wer macht denn das?

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Sie wollen doch nicht allen Ernstes behaupten, dass sich irgendwelche kranken Neonazis vor unsere Büros stellen und da Hakenkreuze raufmalen?!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das ist doch nicht Ihr Ernst, Herr Ritter?!

Und wenn Sie meinen, es gibt keine persönlichen Angriffe gegen Dinge, dann irren Sie.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Die Kurzintervention geht zu ihm.)

Ich hatte lose Radbolzen an allen vier Reifen meines Autos.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Die Kurzintervention geht zu ihm.)

Das ist ein Angriff!

(Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

Wenn gegen Extremismus, dann gegen jeden Extremismus: religiös, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ihre, ...

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: ... links und rechts. Das ist mein ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... Ihre zwei Minuten sind abgelaufen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Möchten Sie antworten, Herr Barlen?

Julian Barlen, SPD: Nein, aber ich tue es.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Also, dass Sie angesichts dieses Antrages, der darauf abzielt, denjenigen, die in Mecklenburg-Vorpommern durch ein gewaltbereites terroristisches Prepper-Netzwerk an Leib und Leben bedroht werden, sich und die AfD als Opfer stilisieren,

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

das ist wirklich,

(Dr. Gunter Jess, AfD:
Sie haben uns doch angegriffen.)

wirklich lächerlich, und das ist eine Verhöhnung der Personen,

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

die tatsächlich angegriffen werden.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Das „Nordkreuz“-Netzwerk ist ein rechtsextremes Netzwerk,

(Zurufe von Dr. Gunter Jess, AfD,
und Dirk Lerche, AfD)

was wir hier in diesem Antrag zur Sprache bringen und wo wir eine sehr grundlegende nachhaltige Aufklärung fordern.

(Horst Förster, AfD: Laufen Sie zum Generalbundesanwalt, sagen Sie ihm das, dann kann er die Akte zumachen!)

Dass Sie sich da als AfD-Politiker mit Ihren Kolleginnen und Kollegen – Entschuldigung, Kolleginnen gibt es nicht –, Kollegen angesprochen fühlen, ist Ihr Problem, nicht mein Problem.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Hallo?! Wir stehen auch auf dieser Liste! Dann ist es unser aller Problem!)

Sie versuchen, sich hier in den Mittelpunkt zu rücken.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Würden Sie das wohl zur Kenntnis nehmen? – Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Die Zitate Ihrer Parteikollegen, stolz zu sein auf die Leistung deutscher Soldaten im Zweiten Weltkrieg,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Ja, ja.)

die NS-Diktatur als „Vogelschiss“ zu bezeichnen,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

das „Denkmal der Schande“,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

wie Herr Abgeordneter Schneider, Abgeordneter Obereiner sich auf rechtsextremen Kundgebungen zu tummeln, Wehrmachtbilder in Chats rumzuschicken, von „Umvolkung“ und „Biodeutschum“ zu sprechen, das sind alles Ihre Handlungen, für die Sie geradestehen müssen.

(Zurufe von Dr. Gunter Jess, AfD,
und Stephan J. Reuken, AfD)

Dadurch lasse ich mir aber den Respekt und die Unterstützung der Opfer dieses rechtsextremen Terrornetzwerkes „Nordkreuz“

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

hier nicht besudeln. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, begrüße ich auf der Besuchertribüne zu meiner Linken eine Besuchergruppe aus Greifswald.

Und jetzt hat das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Renz.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben natürlich eine sehr aufgeheizte Debatte und da weiß ich selbst auch nicht, ob man immer die richtigen Worte findet. Das gilt zumindest für mich, vielleicht auch für den einen oder anderen.

Und ich will auch schon sagen, ich glaube, dass nicht nur eine Polarisierung in der Gesellschaft, sondern hier auch in der Debatte ja möglicherweise zu dem führt, was der eine oder andere gar nicht beabsichtigt, nämlich, dass die Ränder, die Extreme weiter gestärkt werden und wir uns sozusagen in eine Spirale begeben, die dann, Herr Kollege Fernandes, auch solche Dinge nach sich zieht wie zum Beispiel Angriffe auf Ihr Fahrzeug. Sind es nicht dann Dinge, wo ich so sage, den Geist, den ich gerufen habe, dass das möglicherweise dann die Folge ist?

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Und deswegen warne ich eigentlich vor einer Polarisierung, nicht vor einer Verurteilung von Rechtsradikalismus und Linksradikalismus.

(Dr. Ralph Weber, AfD: „Und“!
Das ist das Entscheidende!)

Davor warne ich aber, dass wir eine Polarisierung möglicherweise aus taktischen Gründen auf die Spitze treiben, die nämlich aus meiner Sicht zu dem Thema, das Herr SELLERING angesprochen hat, führt, dass nämlich die Demokratie mit ihren Institutionen in Gefahr ist.

Und um das auch noch mal klar zu sagen, kein Mensch sagt, dass die AfD gleichzusetzen ist mit Nazis oder Ähnlichem, wenn das in der Diskussion ist.

(Horst Förster, AfD: Sie nicht. –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Das gilt zum Ersten auf keinen Fall für Ihre Wählerschaft, das gilt zum Zweiten nicht für Ihre Partei als Organisation in der Gesamtheit, aber Sie müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, wenn Führungskräfte und nicht irgendwelche Leute, nämlich Führungskräfte wie Höcke und Co agieren, wie sie agieren. Und insofern müssen Sie sich dann den Vorwurf gefallen lassen bezogen auf solche Personen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie brauchen doch nicht nach Höcke zu gucken.
Gucken wir uns hier im Saal um!)

Und was mich eigentlich nach vorne getrieben hat,

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

ist die Tatsache, auch aus Gesprächen mit Bürgern, dass ich dazu, was insbesondere zwischen den Abgeordneten SELLERING und FÖRSTER hier noch mal diskutiert wurde, die Gefahr für unsere Demokratie, dass ich vielleicht doch noch zwei/drei Dinge aus meiner Sicht dazu sagen möchte, auch mit Blick auf Sie, Herr Förster, und möglicherweise auf den einen oder anderen Kollegen, den ich versuche zu erreichen.

Ich habe vor circa zwei Jahren mal in Richtung Professor Weber ganz deutlich gesagt, dass es ein Sprichwort gibt, das ja so sinngemäß lautet, dass aus Gedanken Worte

werden, und aus Worten werden Taten. Und ich glaube, das ist immer noch der richtige Ansatz, den Sie bei Ihrem Durchdenken der Situation beherzigen sollten. Sie müssen, wir alle müssen sicherlich zur Kenntnis nehmen, dass wir sehr komplexe Vorgänge in der Politik, in der gesellschaftlichen Entwicklung betrachten müssen. Und die große Gefahr, die ich dann persönlich sehe, ist, dass diese einfachen Botschaften im Vergleich zu dieser komplexen Situation, die wir haben, bei dem einen oder anderen Wähler Wahlergebnisse hervorrufen, so, wie sie sich im Moment darstellen.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Das kann man für den, der davon profitiert, gut finden, das kann man gut finden. Ich sage Ihnen, ich sehe sogar dann die Gefahr bei extremen Kräften wie Höcke zum Beispiel, dass solche Leute in eine Wahnvorstellung kommen, in eine Entwicklung, sich weiter zu radikalisieren. Der Erfolg spornt sie dann dazu an, und das führt aus meiner Sicht dann genau dazu, was, wie ich glaube, möglicherweise, Herr Förster, Sie auch nicht wollen, eine weitere Spaltung der Gesellschaft, von dieser Spirale, von der ich spreche.

Und die weitere Spaltung dieser Gesellschaft führt dazu, dass wir möglicherweise, ich will es nicht hoffen, in eine Situation kommen, dass unsere Demokratie, auf die Sie ja auch abschwören, und unsere Institutionen nicht mehr in der Lage sind – und dafür stehe ich, dafür kämpfe ich, dass dieser Zustand eben nicht eintritt, aber es ist schwierig in dieser Demokratie, auch in dieser komplexen Situation –, dann inhaltlich gegenzuhalten. Ich für meinen Teil tue das. Ich will Sie auffordern – ich weiß nicht, ob ich in diesem Punkt jetzt die Weisheit, auf Deutsch gesagt, mit Löffeln gegessen habe –, aber ich fordere Leute wie Sie auf, darüber nachzudenken, wo ist dann stopp, wo ist halt, dass diese Spirale nicht so weiter in Gang gesetzt wird, dass es zu dem kommt, was, denke ich mal, die meisten Menschen in diesem Land nicht wollen. Das war mir noch mal wichtig, an dieser Stelle zu dieser Diskussion beizutragen.

Ich will auch noch mal meiner Kollegin Frau von Allwörden danken, dass sie nämlich in einer Art und Weise ruhig, sachlich, anhand von Fakten hier in die Diskussion geht und versucht – vielleicht war das auch nur mein Empfinden –, das auch so zu transportieren, dass wir eben keine Polarisierung wollen. Und wir sagen aber auch ganz deutlich, die SPD hat sich positioniert zu Formulierungen in diesem Antrag, die LINKEN kommen mit Änderungsanträgen und sagen, wir sollten jetzt aus „Rechtsextremismus“, Entschuldigung, aus „Extremismus“ unbedingt „Rechtsextremismus“ machen. Ich sage Ihnen, zumindest die gefühlte Lage bei mir ist, wenn es um einen Angriff auf eine Institution wie die Polizei geht, dass – ich kann das jetzt anhand von Zahlen nicht belegen, aber ich glaube, die Statistik wird es beweisen –, dass dann die Angriffe von Linksextremisten bezogen auf die Polizei bedeutend größer sind als vonseiten des Rechtsextremismus. Und deswegen, glaube ich, ist es richtig, in diesem Antrag von „Extremismus“ zu sprechen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Renz!

Auch zu Ihrem Debattenbeitrag ist eine Kurzintervention von Herrn Professor Weber, Fraktion der AfD, angemeldet worden. Bitte schön.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Bürger von Mecklenburg und Vorpommern! Frau Präsident! Werte Kollegen und liebe Gäste!

(Thomas Krüger, SPD:
Er kriegt es nicht hin.)

Es ist schon merkwürdig. Da haben wir einen Antrag, der im Kern darauf hinausläuft, engagierte Menschen vor Gewalt zu schützen, das sollte unser aller Ziel sein –

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

dass in dem Antrag vor allem auf extremistische Gewalt abgestellt ist, ist dem politischen Hintergrund geschuldet –, und dann kommt Herr Barlen

(Julian Barlen, SPD: Es geht um die Gruppe „Nordkreuz“ in dem Antrag!)

und trägt hier vor,

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

dass ausschließlich die Opfer von rechter Gewalt plötzlich Ziele dieses Antrags sind, negiert plötzlich völlig, als ob es keine Opfer von linker Gewalt gäbe, keine Opfer von terroristischer Gewalt.

(Andreas Butzki, SPD: Das ist doch keine Intervention auf diese Rede hier!)

So eine Einseitigkeit hier im Hause – es tut schon bitterlich weh, das zu hören.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das war nicht das,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

was mit dem Antrag, glaube ich,

(Zuruf von Dirk Friedriszik, SPD)

gemeinsam gewollt war, sonst hätte wahrscheinlich die CDU das nicht so unterstützt. Es geht um die Opfer von Gewalt.

Und ich möchte noch daran erinnern, weil Sie „Nordkreuz“ nennen,

(Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

noch mal, auch auf dieser,

(Andreas Butzki, SPD:
Da ist die Kurzintervention!)

auch auf dieser Liste steht die AfD, stehen wir als potenzielle Opfer von Gewalttaten,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

diejenigen, für die die Leichensäcke gekauft

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

und die dann mit Kalk eingelöscht werden sollen. Das heißt, da sind wir alle Opfer. Niemand von uns wird irgendeine Form von Rechtsextremismus und rechts-extremer Gewalt in Schutz nehmen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

aber wir haben was dagegen, wenn so getan wird, als ob nur deren Opfer schutzwürdig sind und die Opfer von linker Gewalt und islamistischer Gewalt, die könne man unter den Tisch kehren. Gewalt gehört überhaupt nicht in die Politik und alle Opfer von Gewalt in der Politik sind gleich schützenswert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Julian Barlen, SPD: Dass Sie sich gern als Opfer darstellen, ist bekannt.)

Hätten Sie das in Ihrem Antrag und in Ihrer Begründung so gesagt, wären wir auf Ihrer Seite. Diese Einseitigkeit, die Sie da hineinragen, ist unerträglich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Renz!

Bevor ich Ihnen jetzt das Wort zur Antwort gebe, möchte ich darauf hinweisen, dass die am Anfang angekündigte großzügige Handhabung dieses neuen Instrumentes nicht dazu führen kann, dass Sie sich in Ihrer Kurzintervention auf einen Debattenbeitrag beziehen, den nicht Herr Renz geleistet hat, wenn ich das richtig verstanden habe, sondern Herr Barlen, weil Herrn Barlen jetzt ja die Möglichkeit fehlt, auf Ihre Intervention zu antworten. Jetzt muss ich eigentlich Herrn Renz die Aufgabe zuteilwerden lassen,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

das zu antworten, von dem er vermutet, dass Herr Barlen es hätte antworten wollen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Das ist eine zu weite Auslegung. Das ist jetzt ein gutes Beispiel dafür, wie wir es wahrscheinlich zukünftig nicht handhaben werden, und ich überlasse es Herrn Renz, jetzt darauf eine Antwort zu finden.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Aus meiner Sicht haben Sie das völlig korrekt dargestellt.

Herr Professor Weber, Sie haben jetzt die Geschäftsordnung zu Ihren Gunsten so ausgelegt, was missbräuchlich sozusagen sich darstellt. Ich will trotzdem die Gelegenheit nutzen und Ihnen ganz klar sagen, mit der Formulierung in Ihre Richtung – in Ihre Richtung als Intellektuellen, wenn ich Sie so bezeichnen darf oder soll oder muss, das können Sie sich aussuchen –: „Aus Gedanken werden Worte und werden Taten“, hoffe ich für Sie, dass Sie nicht eines Tages zu denen gehören, die dann sagen, hätte ich das vorher gewusst. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/4030.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4119 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4119 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/4030 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/4030 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE und Freie Wähler/BMV und Ablehnung aus der Fraktion der AfD angenommen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 23: ...

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Nee, nee! – Peter Ritter, DIE LINKE: Eine persönliche Erklärung möchte er noch abgeben.)

Ah, Entschuldigung! Ja, ich hatte es angekündigt, aber mittlerweile hat mich die Zahl der Kurzinterventionen auch ein bisschen aus dem Konzept gebracht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da sind wir ja alle gespannt, was er zu erklären hat.)

Aber wie versprochen, nach Ende der Abstimmung erteile ich dem Abgeordneten Herrn Förster für eine persönliche Erklärung nach Paragraph 88 unserer Geschäftsordnung das Wort. Bitte schön, Herr Förster.

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Aussprache ging es auch kurz um Statistik. Dabei habe ich die Unvergleichbarkeit der Propagandadelikte, weil es die nur auf der rechten Seite gibt, angesprochen, und dabei fiel bei mir die Formulierung – als Beispiel von diesen Delikten – „Hinschmierern von Hakenkreuzen“. Da meinte der Abgeordnete Ritter, mir daraufhin vorzuwerfen, dass ich das als Bagatelle hinstellen würde, und das entspreche meiner Grundeinstellung. Gemeint war wohl, einer nationalsozialistischen Grundeinstellung.

Das muss ich entschieden zurückweisen. Das Hinschmierern von Hakenkreuzen ist keine Bewertung als Delikt, sondern die Realität. Die werden hingeschmiert. Wie Sie gehört haben, werden die auf unseren Privathäusern, auf Privat...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, die müssen doch ordentlich gezeichnet werden, oder was?! – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Es ist eben kein Kunstwerk, Herr Ritter. Wenn Antifa-Leute

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ach, hör doch auf!)

unsere Häuser beschmieren, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Förster!

Horst Förster, AfD: ... dann darf man das ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Sie können ...

Horst Förster, AfD: ... „Hinschmieren“ nennen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment!

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Persönliche Erklärung!)

Horst Förster, AfD: Also ich ... Gut.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... nur das zurückweisen,

Horst Förster, AfD: Also wenn ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... was gegen Sie gerichtet ist.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Horst Förster, AfD: Sie sind offensichtlich unbelehrbar. Nochmals: Ich weise Ihre Interpretation,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Bei mir stehen Sie mit Pastörs
auf einer Stufe, tut mir leid.)

Ihre Interpretation, dass dies auf eine nationalsozialistische Grundeinstellung zurückschließen lasse,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Für mich stehen Sie mit Pastörs
auf einer Stufe, Punkt.)

ist eine absolute Unverschämtheit, die ich zurückweise.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Jetzt kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 23:** Aussprache gemäß Paragraph 43 Nummer 2 der Geschäftsordnung des Landtages zum Thema „Mecklenburg-Vorpommern nicht zusätzlich belasten – CO₂-Bepreisung verhindern“.

Aussprache gemäß § 43 Nummer 2 GO LT zum Thema Mecklenburg-Vorpommern nicht zusätzlich belasten – CO₂-Bepreisung verhindern

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 64 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Grimm.

Bevor ich Herrn Grimm das Wort erteile, bitte ich, darauf zu achten, dass die Beschlussfähigkeit im Parlament durch alle Fraktionen entsprechend zu gewährleisten ist.

Christoph Grimm, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich hatte in diesem Hause schon mehrfach dargelegt, dass die sogenannte Energiewende, das EEG und eigentlich die gesamte Klimapolitik sinnlos, nutzlos, wohlstandsvernichtend und unsozial sind. Die Behauptung, von Menschen gemachtes Kohlendioxid erwärme unsere Erdatmosphäre, ist bis heute nicht erwiesen. Im Gegenteil, gerade hat der amerikanische Paläoklimatologe und Star des IPCC Michael Mann vor einem kanadischen Gericht krachend einen eigenen Prozess verloren, weil er die Rohdaten für die sogenannte Hockeystick-Kurve nicht an das Gericht herausgeben wollte. Sein Kontrahent, der Kanadier Timothy Ball, darf nun weiterhin behaupten, dass Mann in ein Staatsgefängnis gehört, anstatt in ein Lehramt an der Universität.

Diese von Mann geschaffene Hockeystick-Kurve ist dabei nichts anderes als die grafische Inkarnation der behaupteten menschengemachten Klimakatastrophe, eine Grafik der globalen Durchschnittstemperatur, die seit tausend Jahren angeblich nur so vor sich hindümpelte, bis der Mensch mit der Industrialisierung dafür sorgte, dass die Temperatur rasant anstieg. Dass es aber vor 1.000, 2.000 oder 3.000 Jahren ganz ohne Zutun des Menschen deutlich wärmer war als heute, wird von den Klimaalarmisten immer ausgeblendet.

Trotz unsicherer Faktenlage und unausgegorenem Forschungsstand setzen die Klimahysteriker nun ihren verhängnisvollen Irrweg fort und sinnen über ein Instrument nach, das in seiner Wirkung unter den Bürgern unseres Landes mehr Angst und Schrecken erzeugen dürfte als der übelste Klimawandel. Gemeint ist die geplante CO₂-Steuer. Kommt sie nun oder kommt sie nicht?

Wenn am 20. September das Klimakabinett zusammentritt, wird auch eine Grundsatzentscheidung zur CO₂-Bepreisung erwartet. Ich befürchte das Schlimmste. Die CO₂-Steuer kommt mit Sicherheit, und das schnell. Durch ein mediales Trommelfeuer werden die Menschen derzeit noch psychologisch sturmreif beschossen und darauf vorbereitet. Ob IWF, VW-Vorstandsmitglieder, Wirtschaftsweisen oder UN-Generalsekretär, alle fordern im Gleichklang mit allen politischen Parteien – übrigens außer einer – eine CO₂-Bepreisung. Umweltministerin Schulze geht das zu langsam voran. „Fridays for Future“-Kinder taxieren schon mal 180 Euro je Tonne als Preis. Es ist ja sogar schon so weit, dass einzelne Publikationen fordern, gebt uns diese Steuer endlich, und das möglichst sofort.

Entwicklungen dieser Art sind höchst sonderbar, denn wann haben Menschen je ihr Begehren nach zusätzlichen finanziellen Belastungen eingefordert?! Sie zeugen von der Kraft eines medialen Hypes, der bisher unvergleichlich erscheint.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Mahnende Stimmen sind selten zu vernehmen. Eine kommt vom BDI, der in einer Studie wie folgt Stellung bezieht, Anführungszeichen: „Je globaler und breiter eine

CO₂-Bepreisung gestaltet wird, desto effizienter lässt sich das Klima schützen.“ Ende des Zitats. Der BDI hat recht. Einmal unterstellt, dass CO₂ die Erde erwärmt, wie vom IPCC berechnet, ein deutscher Alleingang kann unmöglich das Weltklima retten, wenn Deutschland 2,3 Prozent, China aber 27 und die USA 19 Prozent CO₂ in die Atmosphäre entlassen und dabei nicht einmal an eine Beschränkung durch Steuern denken. Völlig sinnlos also, für ein großes globales Problem ausgerechnet die nationale deutsche Lösung anzustreben.

Die Auswirkungen einer derart sinnlosen Politik für unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern sind aber verheerend. Nicht nur Kraft- und Brennstoffe, nahezu sämtliche Güter des täglichen Bedarfes würden durch die CO₂-Steuer spürbar teurer werden. Bei der Herstellung fast eines jeden Produktes entsteht ebenfalls CO₂. Alle Waren und Güter werden transportiert. Beim Transport entsteht CO₂.

Die Erhebung eines CO₂-Preises von 180 Euro je Tonne hätte nach Angaben des „Spiegel“ etwa folgende Mehrkosten zur Folge:

- Rindfleisch (1 Kilogramm), Mehrkosten: 2,58 Euro
- Milch (1 Liter), Mehrkosten: 17 Cent
- Kartoffeln (1 Kilo), Mehrkosten: 4 Cent
- sechs Eier, Mehrkosten: 12 Cent
- ein Langarmshirt, Mehrkosten: 1,98 Euro
- Flug von München nach Hamburg (Economy), Mehrkosten: 28,80 Euro
- Bahnfahrt von München nach Hamburg 6,12 Euro
- Benzin (1 Liter), Mehrkosten: 43 Cent
- Diesel (1 Liter), Mehrkosten: 47 Cent
- Heizöl (1 Liter), Mehrkosten: 58 Cent
- Elektrizität (Dreipersonenhaushalt), Mehrkosten: 317 Euro im Jahr

Für Lebensmittel prozentual,

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

nur mal so, Eier werden knapp 10 Prozent teurer, Rindfleisch 25 Prozent, bei einem Kilopreis von 10 Euro, Milch etwa 20 Prozent.

Was sind nun die sozialen Folgen für Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern?

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Die Ausgangslage: Betrachten wir einmal eine OECD-Untersuchung aus 2017, ist Deutschland bei Steuern und Abgaben Weltspitze. Deutschland hat zudem bereits die höchsten Strompreise weltweit, und es wird noch teurer, schreibt der „Focus“. Mecklenburg-Vorpommern ist bei den Bundesländern beim Strompreis auf Rang zwei, Mecklenburg-Vorpommern ist bei den Einkommen Schlusslicht.

Mecklenburg-Vorpommern ist Flächenland und Pendlerland. Mitte vergangenen Jahres fuhr 75.581 Beschäftigte von ihrem Wohnort im Nordosten zur Arbeit in ein anderes Bundesland. Die Zahl der Auspendler steigt schon seit Längerem. Im Jahr 2015 nahmen noch 72.000 Menschen den Arbeitsweg in ein anderes Bundesland in Kauf. Im Jahr darauf waren es 74.000, 2017 dann 74.900. Insgesamt pendeln laut Pendleratlas 2018 der Bundesanstalt für Arbeit etwa 134.755 Bürger von Mecklenburg-Vorpommern zur Arbeit. Im Jahresdurchschnitt 2016 nutzten 69,6 Prozent der in Mecklenburg-Vorpommern wohnenden Erwerbstätigen den Pkw, um ihren Arbeitsplatz als Selbst- oder Mitfahrer zu erreichen.

Mecklenburg-Vorpommern hat außerdem, das kommt hinzu, einen hohen Anteil an Prekariat. 140.000 Menschen in Mecklenburg-Vorpommern – wir hörten es gestern von Gunter Jess – sind von Hartz IV abhängig, und diese müssen ihre Stromrechnung vom Regelsatz bestreiten. Der Regelsatz für einen Single beträgt 2019 424 Euro, davon sind monatlich 36,89 Euro für Strom vorgesehen. Das reicht in vielen Fällen einfach nicht. Dasselbe dürfte ebenfalls für die 22.233 Empfänger von Grundsicherung im Alter gelten.

Im Jahr 2018 betrug die Armutsgefährdungsquote in Deutschland 15,5 Prozent. Besonders hoch war aber die Armutsgefährdungsquote in den Bundesländern Bremen und Mecklenburg-Vorpommern. Nur hier lag sie über 20 Prozent. Insgesamt sind in Deutschland derzeit 4,2 Millionen Menschen im Niedriglohnssektor beschäftigt, das heißt, diese Menschen verdienen im Schnitt weniger als 2.000 Euro brutto im Monat. 2018 waren in Mecklenburg-Vorpommern 32,6 Prozent der Arbeitsverhältnisse davon betroffen, insgesamt mithin circa 200.000 Menschen. Aktuell beträgt der Niedriglohnssektor in Mecklenburg-Vorpommern sogar 37,9 Prozent.

Als Fazit bleibt, meine Damen und Herren, weitere Belastungen der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern durch zusätzliche Steuern oder Abgaben dürften sich schnell sozial destabilisierend auswirken.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD:
Sehr richtig!)

Der hohe Pendleranteil in Verbindung mit dem großen Niedriglohnssektor bewirkt schon jetzt, dass sich für viele die Arbeit kaum noch lohnt oder dass man sich buchstäblich armarbeitet. Der hohe Anteil armutsgefährdeter Menschen und Transferempfänger sorgt für zusätzlichen sozialen Sprengstoff.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine Damen und Herren, die Pandorabüchse CO₂-Steuer muss deshalb unbedingt geschlossen bleiben. Hier ist die Landesregierung in der Pflicht. Frau Schwesig scheint das erkannt zu haben und hat sich bereits mit Blick auf die Landbevölkerung kritisch positioniert. Von Herrn Liskow Junior hörten wir hier vor Kurzem ähnliche Töne. Es stellt sich die Frage allerdings, was ist nun eigentlich mit „Fridays for Future“. Sie haben sich doch dieser Bewegung geradezu mit wehenden Fahnen angeschlossen und es begrüßt, dass die jungen Menschen nun endlich politisch aktiv werden. Sie haben ihnen ja vielleicht auch Versprechungen gemacht.

Vielleicht mag Herr Ritter mal was dazu sagen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ich sitze nicht in der Staats-
kanzlei bei den Gesprächen.)

Nee, aber Sie als Vertreter der LINKEN, vielleicht können Sie dazu gleich mal was sagen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das macht unsere umweltpolitische
Sprecherin. Bei uns sprechen
Fachleute zum Thema.)

Ich kann nur davor warnen, dass wir die Sache mit der CO₂-Steuer anfangen. Ich verweise auf den 20. September. Das wird ein wichtiger Tag, an dem wird nämlich darüber im sogenannten Klimarat entschieden, und ich kann nur sagen, für unser Bundesland wäre es eine Katastrophe, wenn diese Steuer eingeführt wird. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat für die Landesregierung der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnetenkolleginnen und -kollegen! Ich will gern ein Wort vorwegnehmen: Sie haben den Hinweis wiederholt, Inhalte seien „sonderbar“. Bei Inhalten finde ich das nur begrenzt passend. Sie haben es auch heute wieder eingeführt. Umgekehrt, also meistens sind Menschen sonderbar. Das ist eine typische Formulierung für Menschen, weniger für Inhalte. Und die Sonderbarkeit hat mich zwischendurch auch immer wieder heimgesucht als Gedanke, aber das hilft uns in der Sache nicht weiter. Ich bin zumindest von Ihnen nicht enttäuscht worden, das ist das Beruhigende. Ich habe die Ausspracheankündigung gelesen, war mir sicher, in Wahrheit geht es nicht um einen kleinteiligeren Diskurs über die Frage, wie gehen wir mit Klimawandel und dem menschlichen Anteil daran um, sondern es geht in Wahrheit darum, erneut zu bekunden, warum das alles großer Tinnef sei.

Der Hinweis dafür auf einen Prozess, den ein offenbar US-amerikanischer Wissenschaftler in Kanada verloren hat, hat sich mir nicht ganz erschlossen. Wir werden zumindest gemeinsam feststellen müssen – jetzt werde ich von Ihnen wieder hören, aber auch die können irren –, dass wir bei Quoten weit über 90 Prozent sind der anerkannten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, und zwar der persönlichen Größen in diesen Wissenschaftsbereichen, die fest davon ausgehen, dass es eine klare Zusammenhangswirkung zwischen der Erderwärmung, den damit verbundenen Klimafolgen, Klimaveränderungen gibt und dem vom Menschen initiierten verstärkten CO₂-Ausstoß.

(Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV:
Das stimmt nicht, Herr Pegel.)

Das stimmt sehr wohl. Ich weiß ja,

(Zuruf von Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

ich weiß ja, dass Sie die Unannehmlichkeiten, die mit der Folge, dass man das anerkennen würde, weil man

dann natürlich politisch lauter Dinge daraus schlussfolgern müsste notwendig, dass Ihnen das so unangenehm ist, dass Sie lieber vorne sich der Realität verweigern.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Noch mal, das sind die sehr klaren Bekenntnisse. Ich empfehle, einfach diese Berichte mal zu lesen, ich empfehle, sich mit den Zahlen mal auseinanderzusetzen.

(Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV:
Ich habe sie gelesen, Herr Pegel,
deshalb weiß ich das.)

Sie haben offenbar nicht verstanden, das ist erschreckend genug.

(Zuruf von Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

Gucken Sie sich die Zahlen einfach mal an!

(Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV:
Ich lese so was! –
Glocke der Vizepräsidentin)

Die heutigen CO₂-Mengen, die wir in den letzten 120 Jahren zusätzlich in der Atmosphäre haben, sind erkennbar über viele Zehntausend Jahre ein deutlicher Höchststand, der Auswirkungen hat.

Meine Damen und Herren, jetzt sind wir wieder bei der von mir völlig erwarteten – und deswegen, Sie enttäuschen mich nicht, ich bin schon beruhigt, Sie enttäuschen mich nicht –, die Nichtenttäuschung lautet, es gibt keinen Klimawandel, deswegen ist alles andere Tinnef.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV:
Das hat keiner gesagt! – Zurufe
von Horst Förster, AfD, und
Dr. Ralph Weber, AfD)

Die von Ihnen diskreditierten, von Ihnen versucht diskreditierten jungen Menschen, die sich bei „Fridays for Future“ engagieren, sehen genau mit großer Sorge, dass es solche Verweigerungshaltungen immer noch gibt und dass sich deshalb eine Gesellschaft von Lebensälteren und Erwachsenen momentan verweigert, Veränderungen herbeizuführen.

(Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV:
Die bösen Alten!)

Wenn man ...

Es gibt zum Glück eine ganze Menge Älterer,

(Zuruf von Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

die genau anders argumentieren als Sie und ihre Verantwortung sehen,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

deswegen gibt es die „bösen Älteren“ nicht, sondern es gibt die sonderbaren Klimaleugner, das würde ich vielleicht unterschreiben, die sonderbaren, aber die „bösen Älteren“ ist damit fehlerhaft verbunden.

(Zurufe von Horst Förster, AfD,
Dr. Ralph Weber, AfD, und
Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

Meine Damen und Herren, wenn man denn nicht anerkennt, dass ein Klimawandel mit einem Menschenanteil geschieht, dann sind natürlich alle Instrumente, die man ergreift, hinfällig. Wenn man aber zur Kenntnis nimmt, dass es offenbar eine Konnexität gibt, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen menschlichem Handeln und einem eintretenden Klimawandel und dass dafür CO₂-Emissionen eine Rolle spielen, werde ich überlegen müssen, wie gelingt es mir, CO₂-Emissionen deutlich zu reduzieren. Daran knüpfen Ideen an.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und dabei bin ich im Übrigen auch nicht sofort, und das fände ich mal eine schöne Diskussion, dann bin ich nicht sofort dabei zu sagen, es muss die CO₂-Bepreisung sein, die ab übermorgen kommt und alle erschlägt. Das ist ja Ihre Angst. Und mit diesem Alarmismus, für Sie nicht untypisch, arbeiten Sie erneut. Das kenne ich aus Ihren klimabezogenen Reden wiederholt, Alarmismus, Angst machen,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Zahlen auf die Leute schütten, die ihnen Sorge bereiten.

(Zurufe von Horst Förster, AfD,
und Christoph Grimm, AfD)

Ich bin bei der Ministerpräsidentin, die im Übrigen genau an der Stelle anknüpft, ...

Sie hatten doch nur einen Redner, und auf den nehme ich Bezug. Ich nehme auf den Redner Bezug.

... die Ministerpräsidentin, die genau darauf Bezug nimmt und sagt, wir anerkennen als Landesregierung – im Übrigen mit größeren Teilen dieses Hohen Hauses –, dass es Menschenanteile an genau diesen CO₂-Emissionen und den damit verbundenen Klimaveränderungen gibt, und überlegen jetzt, wie man eigentlich bewirkt, mit möglichst viel Marktmechanismen, dass wir CO₂-emittierende Technologien aus den Märkten rausnehmen und sie durch weniger CO₂ emittierende Techniken ersetzen. Da ist die CO₂-Besteuerung in der Tat ein Stichwort.

Und dann teilen wir ja sogar gewisse Sorgen. Das haben wir im Übrigen auf einen Antrag der LINKEN – jetzt bin ich nicht sicher, ich glaube, im vorletzten Landtagssitzungszyklus – hier auch erörtert. Wir teilen die Sorge, wenn du jetzt einfach nur eine CO₂-Besteuerung drauf tust und sagst, mal gucken, was passiert, dass das in der Tat Menschen erdrückt, und zwar nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern in ganz Deutschland, vor allen Dingen in den ländlichen Räumen.

(Zuruf von Christoph Grimm, AfD)

Deshalb glauben wir, dass du mehrere Stufen brauchst und dass du verschiedene Antworten brauchst. Eine der Antworten, die mich umtreibt, ist, dass ich glaube, dass du ein geändertes Abgaben- und Umlagesystem für Wärme, für Strom, für Verkehr brauchst, der nämlich tatsächlich, wofür wir plädieren – das hat dieser Landtag im Übrigen, ich glaube, im letzten Sitzungszyklus, auch

mit breiterer Mehrheit getan –, dass du Strommengen, die nach Möglichkeit regenerativ erzeugt sein müssen, sonst ist das freudlos, in die Bereiche Wärme und Verkehr hineintransferieren willst, dass du dafür Sorge tragen musst, dass das Abgabenumlagesystem nicht dazu führt, dass ich wie ein Endverbraucher Strom kaufe, um daraus beispielsweise Wasserstoff zu machen und den dann in der Mobilität und im Verkehr zu verkaufen, und dann ist er unbezahlbar teuer, sondern dass ich ein Abgaben- und Umlagesystem brauche, was die drei Sektoren gleichermaßen behandelt.

Eine der Ideen, die es dafür gibt, ist in der Tat CO₂-Bepreisung oder Schadstoffbepreisung. Das können Sie nennen, wie Sie möchten. Ich bin noch nicht sofort bei dem Stichwort, sondern wenn, sind Sie bei einem Abgaben- und Umlagesystem, und Sie werden bei Anreizsystemen sein müssen. Sie werden also, wenn Sie einen Pendler an der Stelle belasten würden – mal gucken, was am 20.09. rauskommt, ich bin noch nicht bei Ihrer Konkretheit im ersten Zugang –, wenn so etwas herauskäme, müssen Sie parallel Systeme schaffen, die dafür Sorge tragen, dass die Pendlerinnen und Pendler genau eine Entlastung erfahren, zumindest für einen längeren Zeitraum, der ihnen überhaupt die Möglichkeit gibt, sich technologisch auf so etwas einzustellen. Und zweitens, Sie werden ihnen Finanzierungsmittel an die Hand geben müssen, damit sie sich umstellen können, quasi eine klimabedingte Abwrackprämie. Die brauchen Sie dann für eine Heizung, Sie brauchen sie fürs Auto, Sie brauchen sie in anderen technologischen Bereichen.

Also Ihre Angst, die Sie hier formulieren, zu sagen, dann kommt das Instrument und erschlägt alle und es kommt nichts Begleitendes, die teile ich nicht. Und genau gegen so eine undifferenzierte CO₂-Bepreisung oder irgendein anderes System – es gibt ja verschiedene Dinge, wir können auch ein CO₂-Zertifikate-System deutlich verändert einbringen –, egal, welches der Systeme Sie zur Grundlage machen, wir sind dafür, dass man dafür Sorge trägt, dass Stück für Stück CO₂-sparsamere oder -ärmere Technologien Eingang finden, aber natürlich müssen Sie die Menschen mitnehmen.

Und insbesondere, das ist uns als Landesregierung wichtig, es kann nicht der Fall sein, dass hinterher mehr Geld rauskäme beim Staat – jetzt formuliere ich es mal, egal, wer die öffentliche Hand ist, die solche Abgaben und Umlagen bekäme – als vorher, sondern wenn, müssen Sie sie einsetzen, um erstens Menschen zu helfen, solche neuen Technologien sich zu erschließen. Und dann müssen Sie auch differenzieren nach mittleren, kleinen und größeren Einkommen, weil ich aufpassen muss, dass ich nicht bei einer quasi Abwrackprämie für Heizungen die größeren Einkommen, die sowieso eine neue Heizung gekauft hätten, noch zusätzlich subventioniere und Mitnahmeeffekte habe, und die kleineren Einkommen, die auch mit kleineren Hilfen zunächst keine Heizungsumstellung hinbekämen, hier auf der Strecke bleiben, sondern ich muss differenzieren und denen tatsächlich die Chance geben umzustellen.

Wenn ich das will als Bundes- und Landesregierungen, wird man also ein sehr viel differenzierteres System brauchen, eines, das die von Ihnen geschilderten Sorgen und Ängste berücksichtigt, aber ohne zu sagen deswegen, dass das System nicht kommt. Ich glaube, es ist eher eine Frage, ob man sich traut, die Komplexität anzugehen, dass ich das Ziel nicht aus dem Blick verliere,

im Zeitraum von 10 bis 15 Jahren Klimaschutzziele erreichen zu wollen, vor allem Leuten früh zu sagen, ab den 30er-Jahren gibt es gewisse Antriebstechnologien, gewisse Heizungstechnologien nicht mehr, weil sie dann ordnungspolitisch nicht mehr zugelassen werden, aber auf dem Weg dahin in der Tat die Chance zu lassen, mich Stück für Stück umzuorientieren, und dann wird ein Staat überlegen müssen, wie helfe ich dabei. Und dann kann es nicht passieren, dass ich erst bezahle und dann Hilfe bekomme, sondern ich werde den umgekehrten Weg brauchen. Das ist im Übrigen auch das, was Manuela Schwesig in den Gesprächen, die sie führt in Berlin, immer wieder anmahnt und deutlich bekundet.

Ich hoffe, ich habe dafür ein Signal gegeben, dass ich Ihre Grundsorge weiterhin nicht teile, dass die Klimawandeldiskussion fehlerhaft sei, dass ich umgekehrt dafür bin, dass wir bei CO₂-Neutralitäten deutlich stärker auf unsere Ziele zusteuern in den 30er- und 40er-Jahren, aber ich Ihre Sorge durchaus teile, dass wir aufpassen müssen, dass wir dabei nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Das ist aber eine Frage, ob man sich eine Diskussion erlaubt, die ein komplexes System zulässt. Sie wollten mit dieser Diskussion erkennbar mehr das große Ganze infrage stellen. Das kann man tun, das ist politisch alles legitim, wird aber nicht erlauben, dass man die Komplexität des Systems hier erörtert. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Und jetzt schaue ich einmal nach hinten, weil ich nicht sicher bin, ob es eine Frage oder eine Intervention ist, aber Sie werden mir helfen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des ...

Minister Christian Pegel: Dann habe ich mich noch nicht verabschiedet, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... Abgeordneten?

Minister Christian Pegel: ... dann will ich gern die Zwischenfrage beantworten.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Allerdings haben Sie auch nur noch 1 Minute 15, ansonsten gäbe es die Anrechnung.

Dr. Gunter Jess, AfD: Herr Pegel, wir hatten im Jahr 1800 eine Anzahl der Weltbevölkerung von einer Milliarde. 2017 haben wir sieben Milliarden Weltbevölkerung. Meine Frage ist: Müsste da der CO₂-Spiegel nicht um das Siebenfache steigen, eigentlich sogar noch mehr, weil nämlich jeder Mensch ernährt werden muss und auch Tiere züchten muss, damit er ernährt werden kann? Interessanterweise ist diese Kurve genau identisch mit der Hockey-Kurve, die immer diskutiert wird als CO₂-Anstieg.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Aber was ist denn da jetzt
die Schlussfolgerung?)

Minister Christian Pegel: Sie werden mit mehr Menschen, gerade wegen der Ernährung, auch CO₂-Beeinflussung haben, natürlich. Wir diskutieren ja auch über Ernährungsfragen, wenn wir den höheren CO₂- oder die CO₂-Beeinträchtigung durch menschliches Handeln im Blick haben. Wenn Sie sich die Werte angucken, die uns Wissenschaftler an die Hand geben, wie sich CO₂-

Mengen in der Atmosphäre in den letzten vielen Tausend Jahren entwickelt haben, dann werden Sie, glaube ich, auch deutlich darauf stoßen, dass die Werte deutlich oberhalb dessen liegen in den letzten 120 bis 170 Jahren, mit steigender Tendenz, was innerhalb der sonst früher üblichen Range gelegen hat.

Dr. Gunter Jess, AfD: Darf ich eine Nachfrage stellen?

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Minister, ich weise darauf hin, dass dann ...

Minister Christian Pegel: Jetzt bin ich durch.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... Ihre übliche Redezeit durch ist und dass das dann ...

Dr. Gunter Jess, AfD: Okay, danke schön.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Aber wir haben trotzdem noch eine Kurzintervention angemeldet von Herrn Professor Weber, Fraktion der AfD. Bitte schön.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Bürger von Mecklenburg und Vorpommern! Frau Präsident! Werte Kollegen und liebe Gäste!

Herr Minister, ich freue mich ganz besonders, dass Sie hiergeblieben sind und nicht Ihre ursprünglich geplante Reise angetreten haben, sonst könnten wir uns jetzt so nicht unterhalten.

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

Allerdings, ich habe jetzt etwas vernommen, was mir neu war. Sie haben schon häufiger gesagt, wir seien Leugner des Klimawandels, was wir nicht sind, aber jetzt haben Sie sogar gesagt, wir seien Klimaleugner. Also dass es ein Klima gibt, kann, glaube ich, überhaupt niemand leugnen. Insofern zeigt das doch nur, wo Sie sich sprachlich hinvergaloppieren. Wir bestreiten den ursächlichen, steigenden menschlichen Einfluss an dem, was man als Klimawandel bezeichnet.

Vor 12.000 Jahren hatten wir das schon mal – gut, da gab es schon eine ganze Menge Menschen –, vor 80.000 Jahren auch, da gab es ungefähr 30.000 Menschen. Und wir hatten noch sechsmal davor in der Zeitgeschichte, wie diese Bohrungen in der Arktis ergeben haben, einen deutlichen CO₂-Anstieg. Da gab es gar keine Menschen. Erklären Sie mir doch mal, wie diese „gar keinen Menschen“ einen menschengemachten Klimawandel hätten verursachen können! Das zum einen.

Und dann frage ich mich natürlich auch immer wieder, diese Sozialverträglichkeit, unser Redner Herr Grimm hat das ja sehr ausführlich deutlich gemacht, eine CO₂-Bepreisung in unserem Land, da würde ich doch gern mal hören, wenn man denn alles für richtig hält, was Sie sagen mit dem menschengemachten Klimawandel – null, Komma, drei Nullen und dann eine Zwei Prozent des CO₂-Ausstoßes kommt hier in Deutschland durch die hier lebenden Menschen –, wie sollen wir denn das regulieren durch eine CO₂-Abgabe und wie soll die denn so sozialverträglich gestaltet werden, dass die Bürger unseres Landes das auch noch tragen können?

Minister Christian Pegel: Erstens, ich nehme Ihren Korrekturhinweis für meine Parlamentsrede gern entgegen.

gen, dass wir den „Wandel“ noch zwischen das „Klima“ und den „Leugner“ setzen.

Zweitens, die Zuspitzung – da Sie ja wissen, worauf ich hinaus möchte – erlaube ich mir zuweilen. Manchmal formuliere ich ja auch differenzierter, aber an der Stelle finde ich, manchmal hilft ein Stichwort auch, uns an der Stelle zueinander abzugrenzen.

Drittens, die mehreren Stellen hinter dem Komma: Ich nehme an, Sie meinen den Anteil des CO₂ an der Luft, nämlich den Anteil, den die Bundesrepublik Deutschland erzeugt. Das war jetzt im Wortbeitrag nicht ganz deutlich geworden. Ja, den Anteil an der Luft. Also, wenn Sie in die entsprechenden Statistiken reinschauen, die in der Tat über Bohrungen ergründet sind, werden Sie feststellen, dass a) Klimawandel nie in der dramaturgischen Geschwindigkeit stattgefunden hat, zweitens, dass die Gesamtanteile des CO₂ in der Atmosphäre sich deutlich oberhalb aller Werte befinden, die Sie auch in den Phasen, die Sie beschreiben, vorfinden werden, als Menschen also noch teilgenommen haben. Die Wissenschaft geht da deutlich von anderen Schlussfolgerungen aus, als Sie sich die momentan zu wünschen scheinen.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Sie müssten Intervention anmelden, dann diskutiere ich ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ich rufe auf für die Fraktion DIE LINKE –

(Zuruf von Minister Christian Pegel)

das andere ist, glaube ich, eher Gegenstand einer bilateralen Debatte – die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir war völlig klar, dass dieses Thema auf die Tagesordnung der Landtagssitzung kommen würde, und wie Sie, Herr Minister, habe ich auch vollkommen vorher gewusst, in welchem Rahmen die AfD und wie sie das Thema hier einfach behandeln will.

Es ist klar, Sie leugnen nicht den Klimawandel, aber Sie leugnen den menschengemachten Klimawandel.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Und ich habe Ihnen das schon mal gesagt, ich habe Ihnen das schon mal gesagt, ob Sie den menschengemachten Klimawandel nun leugnen oder nicht, der ist da,

(Horst Förster, AfD: Ja.)

und in einer Geschwindigkeit, dass er katastrophale Auswirkungen haben muss. Aber die Katastrophen, die leugnen Sie ja auch.

(Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV:
Nennen Sie mal welche!)

Sie sagen ja, Ihr Zukunftskonzept sieht ja aus so ungefähr nach dem Motto, die Welt wird schon nicht untergehen, zumindest nicht bei uns,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

und was interessiert mich das Leid der anderen.

(Stephan J. Reuken, AfD:
Sie schüren hier Ängste!)

Sie wollen immer noch,

(Stephan J. Reuken, AfD:
Sie wollen wohl Deutschland
und die Welt retten?!)

Sie wollen immer noch ...

Ach, die Welt retten! Natürlich wollen wir die Welt zum Teil auch mit retten. Das, was wir tun können, dazu wollen wir schon beitragen, die Welt zu retten.

Sie wollen Atommeiler wieder hochfahren und auch Kohleverstromung ...

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ja, einige schon, Herr Professor Weber, also das ist hier selbst von diesem Pult schon gesagt worden.

Kohleverstromung, die finden Sie auch ganz toll. Ich kann nur immer wieder sehen und ich glaube, der Minister hat es schon zum Teil zumindest gesagt, auch wenn es nicht „die bösen Alten“ sind, aber das sind trotzdem diejenigen, die diesen menschengemachten Klimawandel und die daraus folgenden Konsequenzen leugnen, die den auch nur eingeschränkt spüren werden. Ihre Kinder, wenn Sie denn welche haben, und Enkel, wenn Sie denn welche haben, die werden das schon zu spüren bekommen, und in einem Ausmaß, wie wir es uns wahrscheinlich heute noch gar nicht vorstellen können.

(Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV:
Deswegen, Frau Schwenke, weil
es uns bewusst ist, deswegen!)

Die Touristen ...

(Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV:
Das ist genau der Grund.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Frau Dr. Schwenke!

Genau für diese Wortmeldungsbedürfnisse haben wir das Instrument der Kurzintervention eingeführt. Außerdem besteht hier auch noch Redezeit. Deshalb noch mal mein Appell, Zwischenrufe kurz, prägnant, der Redner muss hier den Hauptteil leisten.

Bitte schön, Frau Dr. Schwenke.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Wissen Sie, Sie reden immer über Massenmigration, das haben Sie auch vorhin bei dem Tagesordnungspunkt wieder getan. Ich will Ihnen mal,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Aber jetzt nicht.)

ich will Ihnen mal sagen, was heute schon den Ausfluss einer Massenmigration haben wird. Im Himalaja schmelzen in einer unheimlichen Geschwindigkeit die Gletscher.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Das ist sozusagen das Wasserreservoir von ganz vielen, vielen Menschen. Das dauert nicht mehr lange, da haben die kein Wasser mehr. Was meinen Sie, was die machen? Die werden sich auf den Weg machen! Das wird eine Massenmigration,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

da ist sozusagen die Bewegung von 2015 ein Fliegenschiss gewesen!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Absolut.)

Aber es ist ja nicht nur so, dass die Menschen im,

(Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

es ist ja nicht nur so, dass die Menschen im Himalaja den Klimawandel heute schon spüren, sondern wir merken das doch auch zunehmend bei uns in der Region.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Dr. Schwenke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Dr. Jess?

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Nein, sonst komme ich mit meiner Redezeit nicht aus. Sie können ja dann eine Kurzintervention machen, da kann ich dann vielleicht noch darauf antworten.

Aber auch bei uns ist es ja inzwischen schon so, dass wir die Auswirkungen zu spüren bekommen. Die Touristen, die freuen sich über das schöne Wetter, aber wahrscheinlich auch nur noch so lange, bis bei uns die gleiche Situation eintritt, wie sie schon in Teilen von Brandenburg in diesem Sommer war, dass nämlich der Wasserverbrauch eingeschränkt worden ist. Oder wenn es irgendwann Autofahrverbote geben muss, ganz einfach, weil wir ansonsten die Konsequenzen nicht mehr tragen können.

Oder fragen Sie mal unsere Bauern! Sie verstehen sich ja immer sozusagen als Repräsentant oder als Vertreter unserer Landwirte.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Die Äcker sind trocken und ganz besonders in meinem Landkreis Vorpommern-Greifswald sind sie trocken.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Ich bin da jetzt mal durchgefahren und war erschrocken, wie manche Feldfrucht aussieht. Die Ernten, also die Folgen für die Ernten werden ja immer größer, auch nicht überall in Mecklenburg-Vorpommern, aber doch in großen Teilen schon. Das Grundwasserreservoir, das ist deutlich geringer geworden. Und ich sage Ihnen voraus, der Ruf nach Dürrehilfen, der wird irgendwann mal verhallen müssen, weil ganz einfach das nicht mehr bezahlbar sein wird. Aber das alles, das ist Ihnen ja egal.

Meine Damen und Herren, reicht es denn aus, einfach Ja oder Nein zu einer CO₂-Bepreisung zu sagen? Das sehe ich nicht so. Also ich glaube nicht, dass das ausreicht. Wir müssen natürlich an die Menschen denken, deren einzige Möglichkeit, mobil zu sein, in unserem Land das Auto ist. Dort, wo überhaupt kein Bus fährt – und das sind ja Themen, die wir hier schon oft besprochen haben in diesem Haus –, wo kein Bus fährt, wo es auch keine Straßenbahn gibt und wo der Bahnhof sehr weit weg ist und man sozusagen außer dem Auto überhaupt keine Möglichkeit hat, von A nach B zu kommen, da müssen wir natürlich dran denken, das ist klar, und deshalb hat die Ministerpräsidentin da auch recht gehabt: Im Pendlerland Mecklenburg-Vorpommern ist das öffentliche Verkehrsangebot keine Alternative.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Genau.)

Ich frage mich nur, was daraus folgt. Daraus kann ja nicht folgen, wir müssen jetzt nur den Benzinpreis stützen, sondern wir müssen doch das öffentliche Verkehrsangebot verbessern. Das muss doch zumindest gleichzeitig passieren. Die Alternative muss also geschaffen werden.

Es ist auch richtig,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Für die
Kinder und die Enkelkinder. –
Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

wenn es tatsächlich eine CO₂-Steuer geben wird, dann werden viele Produkte teurer werden. Das ist wohl so. Und warum? Aus meiner Sicht und der meiner Fraktion hat das auch damit zu tun, dass die herrschende Politik sich scheut, die Hersteller dafür zur Verantwortung zu ziehen. Wer Ressourcen verschwendet, muss dafür zahlen, dafür bin ich, weil es wird sonst niemals dazu kommen, dass bei jedem Produkt vom ersten Schritt der Produktion an an den Abfall und an die Entsorgung gedacht wird, an den ökologischen Fußabdruck überhaupt, und weil sonst nie konsequent die Wiederverwendbarkeit im Blick ist. Wir müssen weg von der Wegwerfgesellschaft.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Warum muss es so bleiben, dass ein Gerät zu reparieren teurer ist, als es wegzuerwerfen oder neu zu kaufen?! Das ist doch Irrsinn! Ja, wir müssen über eine CO₂-Bepreisung reden. Und wenn schon, dann muss dieser Preis in die Vermeidung von CO₂ fließen, nicht in den allgemeinen Steuerhaushalt zum Stopfen von Löchern.

Abgekoppelt von den konkreten Bedingungen geht das natürlich nicht. Ich mache es noch einmal deutlich: Nehmen wir mal an, wir hätten einen perfekt funktionierenden öffentlichen Verkehr, der perspektivisch vielleicht sogar noch kostenfrei ist, und dann entscheidet sich trotzdem jemand, dass er sein Auto nutzen will. Dann sage ich, okay, das kannst du natürlich, aber dann darf er sich auch nicht über die höheren Kosten beim Sprit durch eine CO₂-Bepreisung aufregen. Den Preis hat er dann zu zahlen. Es muss eine klare und attraktive Alternative vorhanden sein.

Das ist auch übrigens der Hintergrund für unseren Klimaschutzantrag, den wir heute noch besprechen werden. Wir meinen, dass eine CO₂-Bepreisung, ob als Steuer

oder anders, natürlich sozial gestaltet sein muss. Klimafreundliches Verhalten muss belohnt werden, und klimaschädliches Verhalten muss bestraft werden. Denn sie muss, diese Bepreisung muss dazu dienen, bei Produzenten und Verbrauchern ein neues Bewusstsein zu schaffen.

Sozial ausgestalten heißt für uns, dass Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, die Bewohner im ländlichen Raum und die Pendler nicht die Hauptlasten tragen dürfen. Nein, die Verursacher von CO₂-Ausstoß und die Bevölkerungsschichten, die sehr große Einkommen haben, müssen herangezogen werden. Denn gerade diese Menschen fahren die größten Autos, konsumieren am meisten, haben die größeren Häuser und verbrauchen auch mehr Energie. Wenn wir so vorgehen, dann wird eine CO₂-Bepreisung auch die Wirkung erzielen, die wir wollen, nämlich die Reduzierung von CO₂ und den Schutz unseres Klimas und des Planeten.

(Präsidentin Birgit Hesse übernimmt den Vorsitz.)

Übrigens, wenn Sie sich erinnern – auch Sie, Herr Minister, Sie haben das heute in einer Bemerkung gesagt –, haben wir im Rahmen unseres Programms für eine soziale Energiewende auch gefordert, so eine Art Abwrackprämie für Heizungen, für alte Heizungen oder auch für Stromfresser im Haushalt einzuführen, anstelle einer Abwrackprämie für Autos. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Schwenke.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Kurzintervention.)

Damit kommen wir zu den beiden Kurzinterventionen. Die erste Kurzintervention ist von Herrn Borschke.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, ich finde die Intervention nicht so schön, aber trotzdem, ich mache es auch nur einmal.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Versprochen?)

Versprochen!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Frau Dr. Schwenke, Sie haben richtigerweise gesagt, die Gletscher schmelzen. Es gibt allerdings auch welche, die wachsen wieder. Kennen Sie die durchschnittliche Wintertemperatur in der Arktis? Und kennen Sie die durchschnittliche Sommertemperatur?

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist jetzt aber eine Frage!)

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Das ist keine Intervention.

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment! Einen Moment bitte, Frau Dr. Schwenke!

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Ich mache weiter.

Präsidentin Birgit Hesse: Nein! Nein, Moment bitte, Herr Borschke!

Ich möchte noch einmal kurz klarstellen, wozu eine Kurzintervention da ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Zum
Intervenieren und nicht zum Fragen.)

Und zwar, die ...

Nein, einen Moment, bitte!

Die Kurzintervention dient dazu, darauf einzugehen, auf einen Punkt, den die Rednerin oder der Redner angesprochen hat, und nicht Fragen zu stellen. Dann müssten Sie bitte das Instrument der Zwischenfrage stellen.

Jetzt dürfen Sie einen erneuten Versuch starten,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Er wollte ja bloß einmal!)

der Kurzintervention.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Er wollte ja bloß einmal!)

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Ich versuche, mich zu bessern.

Also die durchschnittliche Wintertemperatur liegt bei minus 40 Grad, die durchschnittliche Sommertemperatur bei minus 13 Grad. Wir haben eine Erderwärmung – geht man von aus – um ungefähr 1 Grad. Das heißt, wir haben im Winter minus 39, im Sommer minus 12 Grad. Trotzdem schmelzen die Gletscher. Warum schmelzen Gletscher?

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment!

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Ein ...

Präsidentin Birgit Hesse: Nein, Herr Borschke,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

auch das ist keine Kurzintervention. Die kann ich jetzt nicht zulassen. Sie müssen sich auf eine Aussage beziehen, ...

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Habe ich doch.

Präsidentin Birgit Hesse: ... die Frau Dr. Schwenke gemacht ...

Sie haben eine Frage gestellt.

(Minister Harry Glawe: Also das Wort ...)

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Also, man muss ...

(Minister Harry Glawe:
Das Wort „Himalaya“ muss fallen.)

Die Gletscher schmelzen, aber dann stellt sich ja die Frage, zwangsläufig, warum sie schmelzen. Und zwar hat das den ganz einfachen Grund, oder einer der Gründe ist

(Minister Harry Glawe:
Borschke, konzentrier dich jetzt!)

die Verschmutzung in der Atmosphäre und in der Luft, und diese Verschmutzung lagert sich auf den Gletschern ab. Das ...

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Natürlich haben die Menschen ...

Hören Sie doch bis zu Ende zu!

Das ist ein Punkt, dass die Gletscher abschmelzen, weil die Sonnenstrahlung absorbiert wird und daher der Gletscher sich erwärmt und abschmilzt. Die logische Schlussfolgerung wäre dann doch, wo kommt dann diese Luftverunreinigung her? Sie kommt zum Beispiel von schmutzigen Kohlekraftwerken. Also wäre der realistische Schluss, man müsste in Deutschland alle Kohlekraftwerke, die die saubersten der Welt sind, in der Laufzeit verlängern, Atomenergie wieder salonfähig machen in Deutschland, um das Schmelzen der Gletscher zu verhindern,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

und nicht schmutzigen Kohlestrom für Ihre Ideologie aus Polen oder Tschechien importieren und den Klimawandel damit weiter befeuern. – Danke.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Schwenke, möchten Sie darauf eingehen?

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Eigentlich erübrigt sich das. Also ich weiß nicht, wie oft wir schon an dieser Stelle darüber diskutiert haben. Natürlich ist es richtig, die Kohlekraftwerke schrittweise sozialverträglich abzuschalten und die Energiewende – dafür stehe ich, das sage ich Ihnen immer wieder –, und die Energiewende so voranzutreiben, dass wir einen geordneten Übergang haben.

Selbstverständlich können wir von Deutschland alleine aus den Klimawandel nicht stoppen. Das ist ja auch immer ein Argument. Aber überlegen Sie doch mal, wenn jeder so denkt, dann wird überhaupt nichts getan und wir gehen alle sehenden Auges in den Untergang. Das ist nicht mein Ansatz. Ich denke, wir sind ein starkes Land. Deutschland ist ein wichtiges Land und auf Deutschland wird auch gehört international.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Insofern haben wir eine wirklich große Verpflichtung, hier auch voranzugehen.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen herzlichen Dank, Frau Dr. Schwenke.

Mir liegt eine zweite Kurzintervention vor von Herrn Grimm.

Herr Grimm, Sie haben das Wort, und ich würde darum bitten, dass Sie meine Hinweise auch berücksichtigen – aber davon gehe ich aus –, das, was ich Herrn Borschke gerade gesagt habe.

Christoph Grimm, AfD: Ich habe noch nichts Böses gemacht.

Liebe Frau Dr. Schwenke, also der Himalaja, das ist jetzt ein Begriff, den ich mit Ihnen in Zukunft ebenso verbinden werde wie den Eisbär und die Korallen. Was Sie erzählen, das ist schon hanebüchen. Der Himalaja ist das höchste Gebirge der Erde, da finden Sie mehrere Achttausender. Was meinen Sie, wie lange das dauern muss mit der Klimakatastrophe, bis diese Gletscher abgetaut sind?!

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Also dass es Migrationsdruck deshalb gibt, weil im Himalaja das Wasser ausgeht, das halte ich für abenteuerlich, wenn Sie das sagen.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Nee, das ist die Realität.)

Sie sollten mal Ihren Blick

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Das ist die Realität.
Wissen Sie, was da los ist?)

auf die Entwicklung der Weltbevölkerung lenken und dann überlegen, wie man etwas gegen die Klimakatastrophe machen kann,

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Vogel-Strauß-Politik von Herrn Grimm.)

denn es ist ja hier eben schon gesagt worden, jeder Mensch, der auf dieser Erde lebt, wird produzieren das CO₂-Gas, allein dadurch, dass er atmet, aber vielleicht auch Tiere züchtet und Industrie betreibt.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Also das scheint mir das echte Problem zu sein. Und das wird von Ihnen einfach negiert und übersehen. Sie beißen sich fest an diesem CO₂-Thema.

Dann kommen Sie und sagen, ja, wir haben so einen Dürresommer gehabt 2018. Das ist ja richtig.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Dieses Jahr war aber auch nicht besser.)

Dieses Jahr hat es ein bisschen geregnet, war auch zu trocken. Flüsse und Seen haben zu wenig Wasser.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Aber das ist Wetter, liebe Frau Dr. Schwenke,

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Das ist die Tendenz, die Tendenz!)

das ist Wetter. Daran können Sie nicht festmachen, dass das Klima nun über die nächsten 30 Jahre sich zum Warmen hin verändert.

Und dann die Konnexität CO₂/Erdtemperatur, die wird behauptet, aber sie ist nicht bewiesen. Und deshalb habe ich diesen Prozess angeführt am Beginn meiner Rede,

(Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

und ich denke, Sie wissen, was ich meine, wenn ich von der Hockey-Kurve rede.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Das ist so sinnlos, diese Diskussion zu führen!)

Und dass diese Konnexität

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Es ist sinnlos!)

auf CO₂ zurückzuführen ist, diesen Beweis ...

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Grimm, ich würde Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Christoph Grimm, AfD: ... ist der Hauptprotagonist ...

Präsidentin Birgit Hesse: Die zwei Minuten sind um.

Christoph Grimm, AfD: ... in diesem Prozess schuldig geblieben. Deshalb wurde er verurteilt.

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Schwenke, möchten Sie darauf eingehen?

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ich will auf zwei Dinge eingehen.

Das mit dem Himalaja: Also erstens, Herr Grimm, habe ich nicht gesagt, dass morgen der Gletscher abgeschmolzen ist. Aber die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass es in einem gehörigen Tempo sich vollzieht. Und es heißt auch nicht, dass die morgen alle vor unserer Tür stehen, aber die Menschen werden sich dort wegbewegen müssen, denn ohne Wasser kann man nicht überleben – das werden Sie mir doch zugestehen –, also werden die sich andere Lebensräume suchen.

Und auf das Zweite möchte ich eingehen, was die Bevölkerungszahl in der Welt betrifft. Welche Schlussfolgerung ziehen Sie denn daraus? Also wir sind jetzt, man geht davon aus, dass über kurz oder lang wir nicht nur sieben Milliarden Menschen haben, sondern neun Milliarden. Heißt das dann, wir müssen das Bevölkerungswachstum eingrenzen? Ist das Ihre Schlussfolgerung?

(Dr. Gunter Jess, AfD:
Genau das ist richtig!)

Die finde ich dann allerdings ziemlich hanebüchen, um Ihr Wort zu gebrauchen, und eigentlich auch ziemlich menschenverachtend.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Genau, das ist es.)

Wem wollen Sie das verwehren, Kinder zu bekommen? Sie reden doch immer davon, dass wir viele Kinder brauchen,

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Wenn es deutsche sind.)

um sozusagen unsere Zukunft ...

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Ach, die anderen nicht?! Okay, dann haben wir das ja geklärt. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Abgeordnete.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Franz-Robert Liskow.

Franz-Robert Liskow, CDU: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kollegen! Aktuell ist ja eine sehr emotionale Debatte über die Klimapolitik in Deutschland entbrannt – das merken wir ja auch an der Diskussion hier bei uns im Hause – und natürlich wird darüber auch diskutiert, was könnten geeignete Maßnahmen zum Klimaschutz sein.

Deutschland hat sich eindeutig zur Reduzierung von CO₂-Emissionen bekannt. So viel ist erst mal klar. Für das Jahr 2050 wird eine weitestgehende Klimaneutralität angestrebt. Wenn wir diese ambitionierten Ziele erreichen wollen, dann müssen wir natürlich Maßnahmen ergreifen. Es stellt sich nur die Frage, welche Maßnahmen wirtschaftlich, sozial und ökologisch vertretbar. Da gehen die Meinungen, auch hier im Hause, weit auseinander.

Um die Klimaschutzziele zu erreichen, werden derzeit insbesondere zwei Instrumente diskutiert, das wurde hier auch mehrfach erwähnt, zum einen die vom Bundesumweltministerium favorisierte Einführung der CO₂-Steuer und zum anderen die Ausweitung des Emissionshandels auf Bereiche wie Wärme und Verkehr.

Deshalb will ich die Gelegenheit hier kurz nutzen, um auf die Position meiner Fraktion näher einzugehen. In einer meiner letzten Reden habe ich das ja bereits klargestellt – Herr Grimm hat das ja in seiner Einbringung auch mitgeteilt –, meine Fraktion lehnt eine CO₂-Steuer ab.

(Beifall Christoph Grimm, AfD)

Ich weiß nicht, inwieweit Sie mich allerdings richtig wiedergegeben haben, weil zu „Fridays for Future“ habe ich mich persönlich noch nie positioniert. Das habe ich aber vielleicht auch falsch verstanden.

Wir sind der Auffassung, dass in Mecklenburg-Vorpommern und in Deutschland beim Klimaschutz nicht bei null angefangen wird, gerade im Bereich der Energiewende wurde in den zurückliegenden Jahren nämlich viel geleistet. Gleichzeitig haben wir auf europäischer Ebene den Emissionshandel als marktwirtschaftliches Instrument eingeführt. Einnahmen aus dem Verkauf von CO₂-Zertifikaten sollten unseres Erachtens zur Entlastung der Bürger oder zur Finanzierung anderer klimafreundlicher Technologien eingesetzt werden. Für uns steht fest, dass alle Maßnahmen zur Verteuerung klimaschädlicher Emissionen auf ihre sozialen und wirtschaftlichen Folgen überprüft werden müssen. Gerade Familien, Pendler und Leistungsträger der Gesellschaft dürfen nicht stärker belastet werden als bisher.

(Beifall Christoph Grimm, AfD)

Allein im Bereich des Straßenverkehrs nimmt die Bundesregierung jährlich 50 Milliarden Euro ein, sodass es sich lohnt, über bestehende Steuern und Abgaben auf Kraft- und Brennstoffe und deren Lenkungswirkung zu diskutieren. Wir sind der Auffassung, dass Klimaschutzmaßnahmen nicht zur Mehrbelastung für die Bürger in unserem Land oder zur Einschränkung der Mobilität im ländlichen Raum führen dürfen. Gerade Pendler dürfen nicht benachteiligt werden und müssen für eventuelle Belastungen einen fairen Ausgleich erhalten. Energieintensive Unternehmen müssen im Land gehalten und die damit verbundenen Arbeitsplätze gesichert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich kurz auf die rechtlichen Rahmenbedingungen einer möglichen CO₂-Besteuerung eingehen. Der Wissenschaftliche Beirat des Bundestages hat sich umfassend mit der Einführung einer CO₂-Besteuerung befasst. Insgesamt kommt er zu der Aussage, dass deren Einführung derzeit aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht stattfinden kann, denn CO₂-Emissionen sind weder der Verbrauch eines Verbrauchsgutes, noch ist es ein Rechts- beziehungsweise Wirtschaftsvorgang oder der Besitz einer Sache. Somit lässt sich eine CO₂-Steuer derzeit keinem Steuertypus zuordnen, sodass bei einer Einführung eine Grundgesetzänderung notwendig wäre.

Lassen Sie mich kurz zusammenfassen: Meine Fraktion ist für die Anwendung und den Ausbau bestehender Instrumente im Bereich des Klimaschutzes. Hierzu zählt insbesondere der Emissionshandel, der auch auf Bereiche wie Mobilität und Wärme ausgedehnt werden kann. Deutsche Alleingänge in diesem Bereich lehnen wir – ob nun CO₂-Steuer oder anderslautend – deutlich ab, da sie zu wirtschaftlichen Verwerfungen innerhalb der Europäischen Union führen. Gleichzeitig fordern wir, dass alle Maßnahmen zum Schutze des Klimas so ausgestaltet werden, dass sie sozial ausgewogen, wirtschaftlich vertretbar sind und nicht zu zusätzlichen Belastungen der Menschen in unserem Land führen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion Freie Wähler/BMV Herr Borschke.

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrtes Präsidium! Die GRÜNEN brauchen nur gegen eine Bevölkerungsgruppe Stimmung zu machen, zum Beispiel gegen die Landwirte, wobei sie von Teilen der Medien massiv unterstützt werden, und schon überschlagen sich SPD und CDU gegenseitig in der Ausführung. Im Augenblick haben wir 41 verschiedene Steuern in Deutschland. Mit der CO₂-Steuer hätten wir dann 42 Steuern, also nach oben ist noch Platz!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden die Bepreisung von CO₂ nicht verhindern können. Sie bekommt höchstens einen anderen Namen, zum Beispiel Emissionshandel.

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Ganz einfacher Grund: Die Deutschland in den Grundfesten ruinierende Einwanderungs-, Umwelt-, Wirtschafts- und sogenannte Klimaschutzpolitik muss ja finanziert werden. Diese Politik belastet die sozialen Kassen und zerstört die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes.

Nur ein paar Beispiele: VW möchte 37.000 Mitarbeiter abbauen, die Deutsche Bank 18.000, BASF, Ford, thyssenkrupp jeweils 6.000. Diese Aufzählung könnte man beliebig weiterführen, eine wahre Freude für alle Anhänger der menschenverachtenden sozialistischen Ideologie,

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Da ist sie, die sozialistische Ideologie!)

bietet der wirtschaftliche Zusammenbruch doch die Möglichkeit,

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Anderthalb Minuten!)

den Kapitalismus für gescheitert zu erklären und darum ein neues, sozialistisches Gesellschaftsmodell zu fordern, wieder einmal.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Und Sozialismus zum Zweiten.
Wir zählen mit, Herr Borschke,
wir zählen mit!)

Ja, das ist gut.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Das war schon das zweite Mal!)

Eigentlich kann man es ganz einfach sagen: Neid, Not und Elend sind die Säulen eines sozialistischen Erfolgskonzepts.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Drei! Drei!)

Dort, wo diese Säulen nicht existent sind, hat der Sozialismus keine Chance,

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Vier!)

denn hier sorgte der Kapitalismus für Wohlstand, Freiheit und Demokratie.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Unser Wohlstand und unsere soziale Sicherheit hängen von der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft, in diesem Falle unserer kapitalistischen Wirtschaft ab.

(Sebastian Ehlers, CDU:
Soziale Marktwirtschaft!)

Und weil der Finanzbedarf für diese andere katastrophale Politik immer weiter wächst, müssen neue Finanzquellen erschlossen werden. Ich bin mir sicher, nicht ein Cent wird in den wirklichen Umweltschutz fließen. Die Steuer wird ausschließlich für das Stopfen von

Haushaltslöchern genutzt, und weil das nicht reichen wird, werden weitere Steuern folgen. Nicht umsonst sind der Fleischkonsum und eine höhere Besteuerung von Fleisch ins Gespräch gebracht worden. Diese ganze Sache entlarvt eigentlich die Scheinheiligkeit von LINKEN und GRÜNEN.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Es zeigt aber auch eindeutig, sollte die Steuer kommen, wo die CDU heute steht und wo sie einzuordnen ist. Und extra für Sie, meine Damen und Herren der CDU, hier noch mal ein Zitat von Ludwig Erhard: „Die freie Konsumwahl gehörte zu den in den Sternen geschriebenen Grundrechten eines jeden Volkes und jedes einzelnen Menschen und es bedeutet dem gegenüber ein Verbrechen an der Würde und an der Seele des Menschen, ihn durch staatliche Willkür zum Normalverbraucher erniedrigen zu wollen.“ Fleisch als Luxusgut, nicht mehr für jeden, CO₂-Besteuerung als Belastung hauptsächlich für die unteren Einkommensschichten, zum Beispiel die Berufspendler – wie scheinheilig muss man sein, um sich hier hinzustellen und zu behaupten, man würde Politik für den kleinen Mann machen?!

Aber wer „CO₂“ sagt, der muss auch „Greta“ sagen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Greta wurde installiert,

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Installiert!)

um staatlich gewollte Politik durchzusetzen und zu unterstützen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Verschwörungstheoretiker!)

Diese Politik wäre nicht so ohne Weiteres umzusetzen. Daher müssen Angst und Panik vor der Zukunft geschürt werden.

Meine Damen und Herren, Sie brauchen sich nur mal einige Plakate auf den Klimademos der Greta-Anhänger anzuschauen, dann wissen Sie, woher der Wind weht.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Na?)

Klimakampf ist Klassenkampf. Klimawandel stoppen,

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Das stimmt allerdings.)

Kapitalismus überwinden.

Genau.

Klarer kann man sich nicht positionieren ...

Ich danke für die Bestätigung meiner Worte vonseiten der Linkspartei.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Aber nur das Segment.)

Klarer kann man sich nicht positionieren, meine Damen und Herren.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Linksfraktion! Schade, dass Sie das
immer noch nicht verstanden haben.)

Es zeigt aber auch, wie weit ein links-grün geprägtes Bildungssystem unsere Kinder indoktriniert hat.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Dass Kinder für die Politik der Regierung auf die Straße geschickt werden,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Hetzportal!)

das kenne ich noch. Damals hießen sie Pioniere.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Jungpioniere! – Zuruf von
Torsten Koplín, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, mehrmals habe ich an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass es mit der Energiewende erstmals in der Menschheitsgeschichte gelungen ist, Luft und Sonne zu besteuern. Nun besteuern Sie auch noch die Atemluft und tarnen es als CO₂.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Peinlich!)

Meine Damen und Herren, ich fordere alle anständigen und verantwortungsbewussten Menschen in unserem Land auf, widersetzen Sie sich der CO₂-Steuer! – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der AfD und Freie Wähler/BMV)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Vier Mal „Sozialismus“!)

Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24:** Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Bericht über die Wirksamkeit des Gesetzes zur Einführung eines Leitbildes „Gemeinde der Zukunft“, Drucksache 7/3837, auf Antrag der Fraktion DIE LINKE.

**Unterrichtung durch die Landesregierung
Bericht über die Wirksamkeit des
Gesetzes zur Einführung eines
Leitbildes „Gemeinde der Zukunft“
– Drucksache 7/3837 –**

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 64 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE Frau Rösler.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit Fragen nach der Wirksamkeit von Gesetzen und deren Bemessung lassen sich mühe-

los ganze Bibliotheken füllen. Mit dem vorgelegten Bericht kommen weitere 241 Seiten hinzu. Der hierin enthaltene Bericht, also der gesetzlich geforderte Bericht, kommt da mit seinen 24 Seiten eher bescheiden daher. Und das wird Gründe haben. Wenn es von dem Gemeinde-Leitbildgesetz Positives zu berichten geben sollte, dann wohl die Pflicht der Gemeinden zu einer Selbsteinschätzung, also einer Art Gesamtschau auf wichtige Kriterien der örtlichen Gemeinschaft. Wie ernsthaft damit vor Ort umgegangen wurde, war, so meine ich, sehr unterschiedlich, ganz abgesehen davon, wie Nutzen und Konsequenzen aus der Selbsteinschätzung bewertet wurden.

Meine Damen und Herren, die Wirksamkeit lässt sich ablesen, wenn man Ziel, Aufwand und Ergebnis ins Verhältnis setzt. Ziel des Gemeinde-Leitbildgesetzes war es – alles nachzulesen in dem vorliegenden Bericht –, Ziel war es, die äußerst kleinteilige Gemeindestruktur zumindest zukunftsfest zu machen, weil die Auswirkungen des strukturellen und demografischen Wandels in größeren Strukturen besser und effizienter zu bewältigen wären als in kleinen Gemeinden.

Meine Damen und Herren, vorausgegangen war bereits eine Enquetekommission in der 5. Legislatur und eine fast drei Jahre währende Bereisung aller kommunalen Ämter durch Innenminister und Staatssekretär. Auch hier sollte auf zu erwartende Problemlagen der kleinteiligen Gemeindestrukturen, auf Fusionsersparungen und bestehende Defizite bei der gemeindlichen Aufgabenwahrnehmung in den bestehenden Strukturen verwiesen werden. Vor diesem Hintergrund dieses Handlungsbedarfs, den die Koalition hier ausgemacht hat –, vor diesem Hintergrund sind die Ergebnisse nicht nur sehr mager, nein, da die Probleme der Landesregierung spätestens seit der 5. Wahlperiode bekannt sind, muss die Wirksamkeit des Gemeinde-Leitbildgesetzes als besorgniserregend eingeschätzt werden.

Meine Damen und Herren, das Ergebnis wird noch schlimmer, wenn man Aufwand und Nutzen vergleicht. Es wurden Erfahrungsberichte bereits fusionierter Gemeinden erstellt. Neben der bereits erwähnten aufwendigen Ämterbereisung erfolgten Abstimmungen zwischen Innenministerium und Infrastrukturministerium – sechs Koordinatoren wurden per Beraterverträge eingesetzt und von sechs Kräften der unteren Rechtsaufsichtsbehörden unterstützt, die wiederum vom Land finanziert wurden –, dazu zwei große Workshops, eine dicke Broschüre, eine Fusionsverordnung und deren Änderungsverordnungen als sogenannte Fusionsmotoren, Beschlussfassungen von fast allen Gemeindevertretungen und am Ende dafür aber mit Verspätung ein Bericht von 240 Seiten.

Nach diesem enormen materiellen und personellen Aufwand erfolgten 21 Gemeindefusionen und die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft. Ich zitiere aus dem Bericht: „6,5 Prozent der Gemeinden“ haben sich „zu neuen, zukunftsfähigen Strukturen zusammengeschlossen“. 6,5 Prozent – das ist nicht nur mager, gemessen an dem Aufwand ist die Wirksamkeit des Gemeinde-Leitbildgesetzes ganz einfach nur peinlich.

(Marc Reinhardt, CDU: Nö.)

Ich will vor dieser Bilanz an dieser Stelle nicht die Frage nach der Verschwendung öffentlicher Gelder stellen. Sie stellt sich, glaube ich, von selbst.

(Marc Reinhardt, CDU: Auf keinen Fall.)

Ich muss aber daran erinnern, dass die zweifelhafte Wirksamkeit des Gemeinde-Leitbildgesetzes allen Beteiligten bereits im Anhörungsprozess mehr als deutlich vor Augen geführt wurde.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Und wer hier immer noch Illusionen hat, dem empfehle ich im Anhang der Unterrichtung die Resümeees der Koordinatoren. Ein zentrales Fusionshemmnis war, so ist zu lesen, dass der Gesetzgeber keine Aussage getroffen hat, was nach dem Stichtag des Gesetzes geschieht. Vom Landesgesetzgeber werde erwartet, vorzugeben, wie er sich eine Struktur vorstelle und so weiter und so fort.

Meine Damen und Herren, wenn man die Prosa aus dem vorliegenden Bericht weglässt, dann erkennt man erschreckend deutlich, dass das größte Hindernis für die Wirksamkeit des Gemeinde-Leitbildgesetzes dieses Gesetz selbst war.

(Marc Reinhardt, CDU: Hm.)

Es hat der Koalition eine Legislatur politischer Ruhe verschafft. Auf wessen Kosten, lasse ich hier offen.

Meine Damen und Herren, im aktuellen „Überblick“, also der Monatszeitschrift des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern, wird ein Gutachten des ifo Institutes Dresden vorgestellt. Das Thema des Gutachtens lautet: „Stärkung kommunaler Identität“. Im „Überblick“ heißt es dagegen: „Gemeindefusionen bedrohen gesellschaftlichen Zusammenhalt.“ Ich möchte abschließend eine Aussage des Gutachtens direkt zitieren, die mir für unsere Strukturdebatten hilfreich erscheint, auch wenn sie aus Platz- oder Zeitgründen keinen Eingang in den „Überblick“ finden konnte. Zitat: „Verbleiben nach Aufgabenverlagerungen“, also etwa auf das Amt oder den Zweckverband, „die Kommunen zwar formal als selbstständige Einheiten, sind aufgrund des Aufgabenzugs jedoch lediglich bloße ‚Hüllen‘ ohne größere Entscheidungsbefugnis, droht ebenfalls die kommunale Identität beschädigt zu werden.“ Zitatende. Diese Gefahr haben wir mit dem Gemeinde-Leitbildgesetz nicht mindern können. Gesetz und Unterrichtung haben sich erledigt, der tatsächliche Handlungsdruck hat sich aber weiter erhöht. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Abgeordnete.

Das Wort hat jetzt für die Landesregierung der Minister für Inneres und Europa Herr Lorenz Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen!

Liebe Frau Rösler, unsere Herangehensweise zu dem Gesetz unterscheidet sich schon grundsätzlich. Wir haben nicht ein Leitbildgesetz gemacht mit der Zielstellung, dass in dessen Ende sich möglichst viele Gemeinden fusionieren,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Marc Reinhardt, CDU: Sehr richtig!)

sondern wir haben ein Leitbildgesetz gemacht, um den Zustand einerseits zu analysieren, und zum anderen die Gemeinden als kommunale Selbstverwaltung entscheiden zu lassen, was sie für den richtigen Weg halten.

(Franz-Robert Liskow, CDU: Genau. –
Marc Reinhardt, CDU: Sehr richtig!)

Mit ein paar Monaten Verspätung, das muss ich zugeben, hat die Landesregierung den Bericht über die Wirksamkeit des Gesetzes zur Einführung eines Leitbildes „Gemeinde der Zukunft“ dem Landtag vorgelegt. Die Verzögerung ist allein dem Umstand geschuldet, dass wir die Frist für Fusionen im laufenden Prozess – und jeder hier im Haus weiß das – verlängert haben. Ende letzten Jahres gab es schlicht noch kein aussagekräftiges Gesamtbild über alle Gemeinden.

Die Berichtspflicht wurde mit dem Leitbildgesetz verabschiedet und ich finde, dass es eine gute Idee war, denn abseits aller Spekulationen ermöglicht dieser Bericht, den kompletten Prozess der Selbsteinschätzung abzubilden und eben Fakten zu präsentieren. Ob die Fakten jedem Einzelnen gefallen, ist eine ganz andere Frage, aber wir reden hier über die Fakten der jeweiligen Gemeinde. Am Anfang dieser Aussage oder dieses Prozesses stand die glasklare Aussage, Zwangsfusionen wird es keine geben.

(Franz-Robert Liskow, CDU: Genau.)

Und in diesem Gemeinsinn ist auch das Leitbildgesetz formuliert worden. Es trat am 30. Juli 2016 in Kraft. Es beinhaltet im Wesentlichen drei Hebel zur Förderung freiwilliger Gemeindefusionen: erstens eine verpflichtende Selbsteinschätzung und eine Gesamtbeurteilung der Gemeinde mit Bestandsaufnahme, zweitens eine umfassende Beratung durch die sogenannten Koordinatoren in den Landkreisen, und drittens einen Mix aus Fusions- und Konsolidierungszuweisungen nach der Fusionsverordnung. Damit gingen wir vor drei Jahren an den Start und es war eine sehr ereignisreiche Zeit für alle Betroffenen, die sich mit diesem Thema befasst haben.

Wir halten alle – alle Fraktionen – die kommunale Selbstverwaltung hoch. Es kann sich also jeder vorstellen, dass insbesondere die Selbsteinschätzung zu lebhaften Diskussionen in den jeweiligen Gemeinden geführt hat. Das waren nicht nur Harmonieveranstaltungen. Der Großteil der Gemeinden hat die Selbsteinschätzung anstandslos durchgeführt. Nur einige wenige Gemeinden waren etwas zurückhaltend, um es mal freundlich zu formulieren, oder widerspenstig. Aber letztlich haben sich nahezu alle Gemeinden diesem Prozess der Selbsteinschätzung gestellt, der, so wurde vor Ort wiederholt versichert, durchaus lehrreich war.

Das Ergebnis – und das sollten wir zumindest als Parlamentarier zur Kenntnis nehmen –, das Ergebnis der Selbsteinschätzung ist eindeutig: 96 Prozent der Gemeinden halten sich für zukunftsfähig.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wer schreibt schon sein
eigenes Todesurteil?)

Die Koordinierungsstellen haben natürlich alle Selbsteinschätzungen auf Plausibilität überprüft, auch hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit.

Also, Kollege Ritter, jetzt muss ich mal sagen, ich verstehe auch Ihre Fraktion häufig nicht. Einmal sagen Sie, wir sollen die kommunale Selbstverwaltung berücksichtigen, jetzt gebe ich hier das Ergebnis bekannt, was sozusagen die Kommunen selbst beurteilt haben, da machen Sie sich wieder drüber lustig.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Na klar, wer unterschreibt
schon selber sein Todesurteil?)

Also es ist ein Ergebnis der Kommunen,

(Martina Tegtmeier, SPD:
So ein Quatsch!)

die sich selbst eingeschätzt haben.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Und es war immer,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ach, so ein Quatsch!)

es war immer der Wille dieses Hauses,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

dass wir die kommunale Selbstverwaltung berücksichtigen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie tun immer
so, als ob wir keine Ahnung hätten.
Wir sitzen selbst in der Kommune drin.)

Also, noch mal: Wir können,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE –
Glocke der Präsidentin)

wir können ...

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Herr Minister!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mein Gott!)

Herr Ritter, Sie haben noch Redezeit, bitte gehen Sie dann hier ans Pult.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Minister Lorenz Caffier: Lieber Kollege Ritter, wir können doch den Gemeinden nicht zusagen, dass sie keine Ahnung haben. Wir haben sogar extra Berater dafür zur Verfügung gestellt, dass diese unterschiedlichen Betrachtungsweisen mit einfließen. Und deswegen waren die Diskussionen ja sehr lebhaft. Es war unser Wille, das auf dem Weg zur Selbsteinschätzung zu beginnen.

Und noch mal: 96 Prozent halten sich für zukunftsfähig. Die Koordinierungsstellen haben natürlich alle Selbsteinschätzungen auf Plausibilität überprüft, auch hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit. Da gab es hier und dort mal Korrekturbedarf, aber das Gesamtergebnis hat sich nicht verändert. Und wie Sie dem Bericht entnehmen können, betrifft das nur einen kleinen Teil der Gemeinden. Auch nach kritischer Betrachtung bleibt es dabei, unsere Gemeinden im Land sind zu großen Teilen zukunftsfähig.

Das ist vielleicht nicht das Ergebnis, das einige erwartet haben und sich andere gar gewünscht hätten, aber offenbar sind die Probleme der kleinteiligen Gemeindestrukturen in unserem Land bei Weitem nicht so ausgeprägt wie gemeinhin angenommen. Den meisten Gemeinden geht es dementsprechend gut. Und mit dem neuen FAG werden wir deren Zukunft auch weiter absichern. Schule, Kita, Feuerwehr – wir wollen eine funktionierende, eine qualitativ hochwertige kommunale Infrastruktur, unabhängig von der Gemeindestruktur, unabhängig von der Größe, schaffen.

Unterm Strich sprechen die Zahlen eine eindeutige Sprache. Zwangsfusionen lassen sich auf Grundlage dieses Papiers nicht begründen.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Zwangsfusionen sind nicht notwendig und Zwangsfusionen sollten damit auch vom Tisch sein. Das sind ausgesprochen gute Nachrichten für die Menschen, für die kommunale Struktur in unserem Land und für die vielen kommunalen Mandatsträger, die sich mit ihren kleinen Gemeinden identifizieren und die sich auch für ihre kleine Gemeinde einsetzen. Ich hätte mir gewünscht, dass alle politischen Kräfte diese Botschaft nach außen tragen.

Meine Damen und Herren, angesichts der vielen positiven Selbsteinschätzungen verwundert es kaum – also mich jedenfalls nicht –, verwundert es mich kaum, dass sich natürlich die Fusionsbemühungen und auch die Fusionsbereitschaft sehr in Grenzen gehalten haben, wenn 96 Prozent sagen, wir können selbstständig bleiben. Trotz, wie ich finde, großzügiger Fusions- und Konsolidierungszuweisungen, auch dank der Unterstützung dieses Parlaments, gab es zunächst nur wenig Initiativen. Vielerorts wurde die Notwendigkeit schlicht nicht gesehen. Manchmal war man sich über die Details nicht einig, anderenorts legten die Einwohner ihr Veto ein. Ich hätte mir gewünscht, dass in einigen Fällen das Thema etwas entschlossener angegangen worden wäre.

Aber das ist kommunale Selbstverwaltung und das akzeptieren wir dann auch. Das Innenministerium wollte schließlich verhindern, dass Fusionen allein am Geld scheitern. Vor diesem Hintergrund entschlossen wir uns, die Zuweisungen kräftig anzuheben. Die Fusionszuweisungen verdoppelten wir auf 400.000 beziehungsweise 600.000 Euro, die Konsolidierungszuweisungen wurden gar von bis zu 400.000 auf bis zu 2 Millionen Euro angehoben. Das gab noch mal einen kleinen Motivationschub. Und da einigen Gemeinden die Verhandlungszeit auszugehen drohte, verlängerten wir, wie eingangs erwähnt, die Frist für die Gemeindefusionen bis Ende März 2019.

Im Ergebnis kamen 21 Gemeindefusionen zustande und eine Verwaltungsgemeinschaft wurde gebildet. Durch die Zusammenschlüsse fallen 27 amtsangehörige Gemeinden und eine Amtsverwaltung weg. Insgesamt waren 48 Gemeinden am Fusionsprozess beteiligt. Einzelheiten können Sie alle dem Bericht entnehmen. Insgesamt haben wir gemäß Fusionsverordnung Zuweisungen in Höhe von 17,4 Millionen Euro überwiesen. Davon waren 5,3 Millionen Euro Konsolidierungszuweisungen.

In diesem Zusammenhang möchte ich ausdrücklich den Leitbildkoordinatoren danken, die in den Landkreisen unermüdlich unterwegs waren. Sie standen mit Rat

und Tat zur Seite, vermittelten bei unterschiedlichen Auffassungen und gaben immer wieder neue Impulse. Die Koordinatoren schrubbten unzählige Kilometer, führten unzählige Gespräche und leisteten unglaublich gerne die Arbeit. Ich hätte mir gewünscht, dass ihnen mancherorts etwas mehr Vertrauen entgegengebracht worden wäre,

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

denn das hätten sie auch verdient gehabt. Das war wirklich ein großer Einsatz. Dafür von mir ein ganz herzliches Dankeschön, aber ich glaube, auch im Namen des gesamten Parlaments.

Aus meiner Sicht hat sich der Einsatz auf jeden Fall gelohnt. Wir haben nun ein viel besseres Verständnis über die Gesamtlage vor Ort, auch eine bessere Einschätzung. Wir erkennen, dass der Wunsch zur Fusion nicht besonders ausgeprägt ist, und wir erkennen, dass die Notwendigkeit größtenteils ebenso wenig vorhanden ist. Im Übrigen sind natürlich weiterhin Gemeindefusionsmöglichkeiten möglich. Es gibt ja teilweise sogar noch Bestrebungen, wenn ich zum Beispiel nach Stralsund blicke oder in andere Regionen, wo immer wieder diese Gespräche geführt werden. Die üppigen Fusionszuweisungen sind zwar erst einmal vom Tisch, aber gewisse finanzielle Anreize für die eine oder andere Gemeinde möchte ich für die Zukunft auch nicht ausschließen.

Zum Schluss möchte ich an der Stelle auch meinen Mitarbeitern danken, die sich sehr engagiert in den Prozess eingebracht haben, der schließlich schon seit 2012 mit den anstrengenden Ämterbereisungen begann. Ich wünsche uns eine angeregte Debatte und bitte einfach noch mal darum, dass wir das Votum der Gemeinden auch zur Kenntnis nehmen sollten. Auch das gehört zur Politik, dass wir auch möglicherweise Ergebnisse, die wir nicht so toll finden – der eine oder andere –, trotzdem respektieren sollten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD Herr Schneider.

Jens-Holger Schneider, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Verehrte Gäste! Liebe Landsleute! Auch wir von der AfD möchten uns zu diesem Thema gerne äußern. Wir haben nun also den Bericht des Ministers über die Wirksamkeit des Gesetzes zur Einführung eines Leitbildes „Gemeinde der Zukunft“ vor uns liegen, und wir können schon jetzt konstatieren, das am 30. Juni 2016 in Kraft getretene Gemeinde-Leitbildgesetz verfehlt offensichtlich seine Wirkung.

Was sagt uns dieser Bericht? Fest steht, mit Wirksamkeit des Gemeinde-Leitbildgesetzes zum 30. Juni 2016 gab es in M-V insgesamt 751 Gemeinden. Ziel war es, sogenannte freiwillige Gemeindefusionszusammenschlüsse zu fördern. Demnach haben nach drei Jahren – Stand 01.07.2019 – 48 Gemeinden fusioniert, 97 sind in Verhandlungen. Das Ergebnis bleibt abzuwarten. Nachdem aber offenbar die Fusionen schleppend anliefen, hat die Landesregierung die Fusionszuweisungen verdoppelt. Es

wurden 11,8 Millionen Euro Fusionszuweisungen beantragt und voraussichtlich rund 5,15 Millionen Euro Konsolidierungszuweisungen. Auf der anderen Seite steht aber eine ganz andere Zahl. Laut Bericht haben demnach 605 Gemeinden – das sind gut 80 Prozent – keinerlei Fusionsabsichten. Das ist eine sehr aussagekräftige Zahl.

Welchen Schluss zieht aber die Landesregierung daraus? Vorab: Da bereisen Vertreter der Landesregierung und der kommunalen Spitzenverbände fast drei Jahre lang die Ämter im Land, um die Gemeinden mit finanziellen Anreizen für Fusionen zu locken. Folgerichtig konstatiert der Bericht zum einen, „dass allein durch finanzielle Anreize kein Sog erzeugt werden kann, der Gemeinden in größerem Ausmaß zu Fusionen bewegen würde“, Zitatende.

Weiterhin wird auch festgestellt, dass „gemeindliche Meinungsbildungsprozesse ... in der kommunalen Lebenswirklichkeit aus den unterschiedlichsten Gründen angestoßen“ werden „oder durch zufällige Entwicklungen begünstigt“ werden. Nun sieht sich offenbar die Landesregierung dazu berufen, zufällige Entwicklungen anzustoßen. Das ist aus unserer Sicht aber zum Scheitern verurteilt. Die Landesregierung kommt von außen auf die Kommunen zu, mit dem Ziel, Gemeinden durch finanzielle Anreize zu Fusionen zu bewegen. Was wie eine Binsenweisheit klingt, erkennt die Landesregierung offenbar erst nach Jahren, denn die Kommunen haben doch tatsächlich eine eigene Perspektive, nennen wir es auch Innenansicht. Die Regierung spricht aber aus ihrer Sicht von vielen Hemmnissen oder wenig Bereitschaft zu fusionieren.

Aus Sicht der Gemeinden liest sich das dann doch etwas anders. Zu nennen sind zum Beispiel die Identifikation mit der eigenen Gemeinde – ein so wichtiger Punkt, auf den komme ich nachher noch zu sprechen – oder auch die Konkurrenz, öffentliche Ämter zu bekleiden. Das Bürgermeisteramt und die Gemeindevertretungen werden ja schon genannt. Es wird sogar von drohenden Verteilungskämpfen zwischen den Ortsteilen fusionierter Gemeinden gesprochen. Wo bleibt denn dann die Feuerwehr oder wo bleibt denn die Gemeindeeinrichtung, die dann noch übrig bleibt? Und warum sollte dann eine Gemeinde, die über eine gesicherte Leistungsfähigkeit verfügt, mit einer weniger finanziell leistungsfähigen Gemeinde fusionieren?

Bleiben wir kurz beim Thema Identifikation, mit dem die meisten hier ja so ihre großen Probleme haben. Eine jüngste Studie des Dresdner Instituts für Wirtschaftsforschung – wir haben das schon von Frau Rösler gehört – kommt unter anderem zu dem Ergebnis, ich zitiere aus der Zeitung „Die Welt“ vom 10.07.2019: „Ausgeprägte Verbundenheit mit der eigenen Stadt oder Gemeinde sei demnach ein wichtiger Kitt für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ...“ Der Satz stammt aus dem Artikel „Wenn Gemeindefusionen das Heimatgefühl zerstören“. Und es geht sogar noch weiter: „Am ausgeprägtesten ist die kommunale Identität im Nordosten, insbesondere in den Stadtstaaten und“ – man höre und staune – „Mecklenburg-Vorpommern.“ Ich nehme doch an, dass wir alle nicht das Heimatgefühl derjenigen vor Ort zerstören wollen, hoffe ich zumindest.

Und jetzt wird es spannend, ich zitiere weiter: „Erst die lokale Verbundenheit, so der zentrale Befund, mache

aus Einwohnern Bürger. Dort wo die Identifikation mit dem Wohnort fehle, gedeihe ein feindseliges, intolerantes Klima, in dem bürgerschaftliches Engagement verkümmere.“ Ich zitiere weiter: „Bürger, die sich mit ihrem Wohnort verbunden fühlten, wählten häufiger in Kommunalwahlen, interessierten sich mehr für Politik, seien stärkere Befürworter der Demokratie ...“ Wir wollen das Eigenleben der Gemeinden bewahren. Wir sind also, was nicht überraschen wird, wir sind diejenigen, die sich für die Bewahrung der ländlichen Räume starkmachen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Marc Reinhardt, CDU: Natürlich.)

Es gibt eine kleine Lanze, die es dennoch für die Fusion zu brechen gilt. Es mag natürlich auch punktuell Sinn machen zu fusionieren. Wir haben das Beispiel einer mangelnden Kandidatenaufstellung in Gemeinden zur vergangenen Kommunalwahl 2019 gesehen. Damit komme ich aber auch schnell noch zum Übergang. Warum gibt es denn zu wenige Kandidaten zur Kommunalwahl? Das ist doch alles eine Folge der Ausdünnung des ländlichen Raumes. Wir sprechen uns schließlich alle hier aus, den ländlichen Raum nicht zu vernachlässigen, da sind wir uns doch wohl einig.

Frau Ministerpräsidentin sprach gestern davon, dass bei der Angleichung der Lebensverhältnisse jeweils die Bürger des 35-Seelen-Dorfs wie der Großstadt – beide dort – das Recht haben auf gleiche Lebensverhältnisse. Und diese 35-Seelen-Gemeinde, das 35-Seelen-Dorf ist wahrscheinlich dann das Beispiel einer eigenständigen Kommune. Die übergeordnete Fragestellung in dem Zusammenhang ist doch also, die Einwohnerzahlen in den Gemeinden zu steigern. Ist denn dies nicht auch die eigentliche Motivation der Landesregierung gewesen, Gemeinden zu Fusionen zu bewegen? Aber genau das ist doch mal wieder nur ein Herumdoktern an Symptomen. Gehen wir doch mal die Ursachen an!

Was müssen wir? Wir müssen hier erst einmal in M-V Anreize schaffen, Familien nach M-V und auch in die weniger, ich sage mal, vermeintlich attraktiven Gegenden zu bekommen, und selbstverständlich auch Anreize für mehr Geburten im Land schaffen. Und es muss einfach die Bereitschaft da sein – das haben wir heute erlebt, dass die Bereitschaft eben nicht da ist, wenn wir von der AfD Anträge in die Richtung bringen –, es muss die Bereitschaft geben, eine familienfreundliche Politik umzusetzen, sonst wird das alles nichts.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Halten wir zum Schluss fest: Finanzielle Anreize allein machen keinen Sinn. Die Gemeinden müssen vielmehr intrinsisch, also aus sich selbst heraus den Willen und die Bereitschaft haben zu fusionieren. Die bisherigen Mittelzuweisungen hätte das Land den Gemeinden direkt zukommen lassen sollen. Ich nenne nur die kommunale Infrastruktur als Beispiel. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Schneider.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Frau Tegtmeyer.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Frau Rösler, Sie haben hier viele wahre Punkte angesprochen. Allein die Schlussfolgerung, die Sie ganz zum Schluss noch mal auf den Punkt gebracht haben, die teile ich nicht. Für mich ist diese heutige Debatte oder die Aussprache zur Umsetzung des Leitbildgesetzes eher ein Schlusspunkt, ein Schlusspunkt in einem sehr, sehr lange währenden Prozess.

Sie sprachen die Enquetekommission von – was sagten Sie – von der 5. Legislaturperiode an, aber davor gab es ja schon mal eine Enquetekommission, die sich mit den Gemeindestrukturen befasst hat. Und die Ergebnisse damals, die haben ja unmittelbar auch Eingang in unsere Kommunalverfassung zum Beispiel gefunden. Bei den Ergebnissen der von Ihnen angesprochenen Enquetekommission, die ja beim Landtag große Anerkennung fand, mussten wir natürlich resümieren, dass die eben nicht in die Umsetzungsphase gekommen sind, sondern man sich auf einen anderen Weg gemacht hat, und zwar mit diesem Leitbildgesetz.

Es war ein langer, teilweise auch sehr holpriger Prozess – das muss ich zugeben, das haben Sie seinerzeit ja auch sehr kritisiert, wie das gelaufen ist –, weil wir ja letztendlich das auch als Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen eingebracht haben, aber es war natürlich auch dem Prozess insgesamt geschuldet, weil sie ja auch mit sehr unterschiedlichen Ansprüchen da herangegangen sind. Für uns als SPD-Fraktion war eine ganz wichtige Geschichte eigentlich in dem Zusammenhang, dass wir hier mit diesem Gesetz ein Modell einführen, auf das ich nachher noch mal zurückkommen möchte.

Wenn man insgesamt das Ergebnis betrachtet, kann man das sehen wie Frau Rösler, aber man kann das auch durchaus sehen wie der Innenminister, nämlich, dass es doch ein Erfolg letztendlich war. Es hat zu Gemeindefusionen geführt. Man kann natürlich über das, ich sage mal in Anführungszeichen, „Preis-Leistungs-Verhältnis“ heftig streiten, aber wir müssen da ja auch mal berücksichtigen, wo kommen wir denn überhaupt her.

Wir hatten im Jahr 1990 zur Wendezeit noch über 1.100 Gemeinden. Vor der Wende waren es sogar noch mehr als kurz nach der Wende. Und wir haben über 33 Prozent der Gemeinden im Zuge freiwilliger Fusionen – ich will hier nicht sagen, also man könnte sagen, abgebaut ist das falsche Wort –, wie gesagt, es waren freiwillige Fusionen, die aus den unterschiedlichsten Gründen stattgefunden haben. Also es waren sogar etwas über 33 Prozent. Es war also schon eine enorme Reduzierung der Anzahl der Gemeinden im Vorfeld gelaufen, bevor dieses Gesetz das Licht der Welt erblickte.

Für mich war das Gesetz auch besonders wichtig, weil eben jede Gemeinde, und das war ja der einzige Zwang, der dahinter war, tatsächlich gezwungen war – Herr Ritter, der einzige Zwang gezwungen –, sich selbst einzuschätzen. Und wenn man belacht, dass 96 Prozent der Gemeinden, die das getan haben, sich dann als zukunftsfähig einstufen, kann man das tun, aber ich sage, ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich belache das doch überhaupt nicht.)

Ja.

... aber ich sage noch mal, es gab keine Keule,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Es war zu erwarten, dass die meisten sich da als leistungsfähig einschätzen.)

die da im Hintergrund geschwungen wurde, die gesagt hätte, wenn ihr nicht zukunftsfähig seid,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wer sagt denn selber, ich hab nichts auf der Kirsche?! Mein Gott!)

dann ergreifen wir Maßnahmen und machen euch entsprechende Vorschriften, die ihr letztendlich nicht wollt. Also das hat nicht stattgefunden. Es war eine freiwillige Einschätzung.

Wir haben – und das haben Sie wahrscheinlich auch – uns durchaus die Selbsteinschätzungen nach dem Punktesystem, das damals entwickelt wurde, angeschaut. Das habe ich in meinen Landkreis ganz genau getan und habe mich natürlich über die eine oder andere Bewertung sehr gewundert. Da hat sich eine Gemeinde praktisch als nicht lebensfähig eingeschätzt, die die allerbesten wirtschaftlichen Voraussetzungen hatte, während andere Maßstäbe angesetzt haben, aber diese Maßstäbe konnte man halt selber ansetzen. Das kann man als Manko sehen, das kann man als Ausdruck des Vertrauens in die kommunale Selbstverwaltung ansehen, aber das kann man, wie gesagt, aus zwei unterschiedlichen Richtungen betrachten.

Der Einsatz der Koordinatoren – das fand ich persönlich – war ein sehr schlauer Schachzug, vor allen Dingen die Personen, die als Koordinatoren eingesetzt wurden, waren gestandene Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker mit sehr, sehr hoher Erfahrung. Dass die nicht immer gewürdigt wurde, diese Erfahrung, wie der Innenminister es sagte, ist eine andere Geschichte, aber die Gemeinden, die nehmen für sich nun mal das Recht heraus, sich selber am besten auch einschätzen zu können. Und wenn sie – und da kamen ja die Koordinatoren ins Spiel –, wenn sie eine Fusionswilligkeit entwickelten, dann gab es diese Beratungspflicht, die mit dem Gesetz verbunden war.

Ich habe vorhin angesprochen, dass meiner Fraktion die Einführung eines anderen Modells als Angebot für Gemeinden, die eben lieber mit anderen zusammen einen Teil ihrer Aufgaben erfüllen möchten, also die sogenannten Verbandsgemeinden, das Verbandsgemeindemodell, das eingeführt wurde und überhaupt gar nicht zum Zuge kam, was mich persönlich nicht nur enttäuscht, sondern auch sehr gewundert hat ... Und als wir die Koordinatoren zu Gast im Innenausschuss hatten, habe ich ja auch danach gefragt, und die sagten, na, das ist ein Modell, das ist ja nicht gerade nachgefragt worden, damit war ja auch keine Finanzausstattung, also keine Zuweisungen verbunden.

Das hat mich deswegen so gewundert, weil ich bei meiner Bereisung seinerzeit, als die Enquetekommission der 5. Legislaturperiode ihre Arbeit verrichtete, in den Ämtern durchaus häufig gefragt wurde, wie dieses Modell – das war damals schon im Gespräch – weiter umgesetzt werden könnte, was es für Vorteile und Nachteile hätte. Und

da war eigentlich ein sehr hohes Interesse. Und deswegen hat es mich ziemlich gewundert, dass das jetzt überhaupt gar nicht einmal angenommen und versucht wurde. Wie gesagt, es ist als Modellprojekt eingeführt worden.

Ich musste mir allerdings sagen lassen, dass davon abgeraten wurde. Diejenigen, die dafür Interesse zeigten in Anwendung des Gemeinde-Leitbildgesetzes, sind dahin gehend eher entmutigt worden. Das fand ich jetzt nicht so optimal, muss ich sagen. Letztendlich muss ich natürlich konstatieren, damit war auch kein Geld verbunden. Vielleicht hat das die Überzeugung in diese Richtung auch noch mal befördert, aber das ist jetzt eine reine Spekulation meinerseits. Dass dieses nicht gleichwertige Angebot nicht gleichmäßig ins Spiel gebracht wurde, sondern eher in der Beratung als nicht zielführend verwendet wurde, fand ich persönlich, wie gesagt, nicht besonders hilfreich.

Aber es ist, wie es ist. Wir sind hier heute an einem Punkt, an dem das Gesetz praktisch abgelaufen ist, das ist vorbei. Es gibt keine weiteren Mittel mehr. Die Mittel, die übrig sind, die werden einer anderen Verwendung zugeführt. Und damit haben wir hier einen Abschluss gefunden. Und für mich sind damit auch weitere Spekulationen bezüglich unserer Gemeindestrukturen abgeschlossen, und wir werden sie garantiert in dieser Wahlperiode oder in dieser Legislaturperiode in keiner Weise mehr auf die Tagesordnung setzen. Ich denke mal, was ich am Anfang sagte, für uns ist das ein Schlusspunkt in dieser Angelegenheit. – Und damit bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Tegtmeier.

Einen Moment, bitte! Mir liegt ein Antrag auf Kurzintervention vor.

Herr Ritter, Sie haben das Wort.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Liebe Kollegin Tegtmeier, ich will hier noch mal klarstellen, dass ich hier überhaupt nichts belächle. Ich habe lediglich festgestellt, dass zu erwarten war, dass die Mehrzahl der Gemeinden bei der Selbsteinschätzung ihre eigene Lebensfähigkeit feststellt, denn hätte die Mehrzahl der Gemeinden festgestellt, wir sind nicht überlebensfähig, dann hätten sich auch die Kommunalvertreterinnen und Kommunalvertreter selbst ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Und wer macht das schon?! Ich selber bin bei solchen Diskussionsprozessen dabei gewesen. Das waren sehr ernsthafte Diskussionsprozesse, und da gibt es überhaupt nichts zu belächeln und schon gar nichts zu unterstellen.

Zweitens. Ich gebe Ihnen recht, dass der Einsatz der KoordinatorInnen eine sehr wertvolle Hilfe war, dort, wo man sie angenommen hat. Ich habe die von mir hochgeschätzte ehemalige Bürgermeisterin der Stadt Altenreppow in meinen Bereich eingeladen. Sie hat sich sehr gefreut, dass sie überhaupt eine Einladung gekriegt hat. Das war schon eine ganze Weile, nachdem sie eingesetzt worden war. So viel zum Interesse auch der kommunalen Familie an der Zusammenarbeit mit den Koordinatorinnen und Koordinatoren.

Und drittens habe ich zur Kenntnis genommen, es war ja immer ein Herzenswunsch der SPD, Gemeindefusionen voranzubringen. Ich bin ja schon ein paar Tage dabei, wir haben auch in der gemeinsamen Koalition zu diesen Themen gearbeitet. Wir haben dann über Enquetekommissionen und Ähnliches versucht, Licht ins Dunkel zu bringen. Und ich erinnere mich noch sozusagen an die Abstimmungsschwierigkeiten dann in der Großen Koalition mit dem Ergebnis, dass letztendlich dieses Leitbildgesetz entstanden ist. Sie haben hier heute zum Ausdruck gebracht, dass sozusagen für Sie ein Endpunkt dieser Debatte erreicht ist, nachdem die Selbsteinschätzungen vorliegen und so weiter und so fort. Ich habe meinen Mitarbeitern jetzt empfohlen zu notieren, für mögliche Sondierungsgespräche im Jahr 2021, die Gemeindefusionsdebatte seitens der SPD ist am 05.09.2019 gestorben. – Danke schön.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Ritter.

Frau Tegtmeier, möchten Sie erwidern?

Martina Tegtmeier, SPD: Ja, Herr Ritter, was heißt „erwidern“, Sie haben hier einige Punkte nur noch mal aus Ihrer Sicht geradegezogen. Das Lächeln, das haben Sie vorhin gemacht. Ich habe mich darauf bezogen, dass Sie vorhin gelacht haben zu der Aussage, dass 96 Prozent sich selbst als zukunftsfähig eingeschätzt haben. Ansonsten haben Sie diesen Prozess vor Ort auch sehr genau beobachtet und begleitet.

Ich habe dazu selber auch eine Veranstaltung in Vorpommern durchgeführt, zusammen mit Herrn Glaser vom Städte- und Gemeindetag. Also von daher waren wir immer dicht dran und kennen auch diese ganz unterschiedlichen Selbsteinschätzungen und -bewertungen. Ich habe auch noch verschiedene Ämter besucht in dem Zusammenhang. Also ich glaube, ich habe da auch sehr viele Eindrücke sammeln können, und ich habe auch viel nachvollziehen können. Und ich habe für mich selber aber auch die Grenzen der Möglichkeiten der Gemeindefusionen im sinnvollen Rahmen erkannt in diesem Prozess. Deswegen konstatiere ich für mich, wir haben jetzt also ungefähr 35 Prozent weniger Gemeinden, als wir noch zur Wendezeit hatten, und irgendwann ist es auch mal gut.

(Beifall Marc Reinhardt, CDU: Jawoll!)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Tegtmeier.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Franz-Robert Liskow.

Franz-Robert Liskow, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ein grundlegendes Fazit, welches meine Fraktion aus dem vorliegenden Bericht der Landesregierung zieht, ist, in den Gemeinden unseres Landes pulsiert das Leben.

(Marc Reinhardt, CDU: Jawoll! –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

In dieser von sich aus gewachsenen Struktur lebt das Heimatgefühl, und dieses Heimatverbundene macht unsere Gemeinden lebens- und liebenswert.

(Sebastian Ehlers, CDU: Sehr richtig! –
Marc Reinhardt, CDU: Jawoll!)

Es ist deshalb vielmehr unsere Aufgabe, die Gemeinden in ihren Bemühungen, das gemeindliche Engagement aufrechtzuerhalten, zu fördern. Deshalb sind für meine Fraktion die Gespräche mit der kommunalen Ebene über das FAG und deren Auswirkungen auch so wichtig. Und deshalb werden wir auch weiterhin gegen Zwangsfusionen sein, denn es geht für uns in erster Linie um das ehrenamtliche Engagement vor Ort, und dies dürfen wir nicht ersticken.

Fusionen, die einvernehmlich und im Interesse aller Beteiligten erfolgen, unterstützen wir. Sie sind ein Zeichen der kommunalen Selbstverwaltung und nehmen die Menschen in die neue Gemeindestruktur mit, aber immer unter dem Aspekt der Freiwilligkeit. Und diese Freiwilligkeit lässt sich nicht erkaufen. Der Bericht zeigt, dass man mit Geld keine Basis schaffen kann, die nicht schon vorher da gewesen wäre. Finanzielle Anreize unterstützen nur, sind vielleicht der ausschlaggebende Teil für den letzten Schritt, aber sie sind eben nicht der Hauptgrund für Zusammenschlüsse und machen diese auch nicht attraktiver, aber – und das sagt der Bericht auch deutlich – sie sind eine Hilfestellung, und genau darum geht es doch. Wenn die Überlegungen in den Gemeinden über Gemeindefusionen existieren, dann dürfen finanzielle Erwägungen und Bedenken doch nicht der Grund sein, um von einer Fusion wieder abzuweichen.

Und deshalb unterstützt meine Fraktion ganz ausdrücklich das Fazit des Berichtes: Zwangsfusionen führen nicht zu einer Belebung des gemeindlichen Engagements, im Gegenteil, es kann vielmehr zu einem Ersterben kommen und damit zu einem direkten Verlust an demokratischer Basis und an Werten. Wer den Bericht richtig liest, der liest auch, dass die Gemeinden der Selbsteinschätzung selbstkritisch und skeptisch gegenüberstanden mit den Bedenken, dass eine negative Selbsteinschätzung in der Schublade das erste Eingeständnis und der erste Schritt für eine angeordnete Fusion werden könnte.

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke
übernimmt den Vorsitz.)

Zwangsfusionen sind und bleiben der schwerste Eingriff in den Schutzbereich der kommunalen Selbstautonomie. Und mit genau diesem Gedanken müssen wir an das Thema Gemeindefusionen herangehen. Zwangsfusionen sind der absolut letzte Schritt. Unsere Gemeinden im Land haben ein starkes Eigenbewusstsein und ein Bedürfnis nach politischer Autonomie. Darüber dürfen wir nicht einfach hinwegsehen. Deshalb sieht meine Fraktion den richtigen Weg in der Unterstützung der Gemeinden bei möglichen Fusionsverhandlungen. Auch eine finanzielle Unterstützung muss Bestandteil dieser Begleitung sein, aber wir dürfen das gemeindliche Engagement, die Heimatverbundenheit nicht durch angeordnete Maßnahmen unterdrücken.

Meine Fraktion hat viele Erkenntnisse aus diesem Bericht mitgenommen. Wir sind ebenso wie die Landesregierung der Ansicht, dass der Bericht natürlich nur dann Sinn macht, wenn auch ein Endergebnis vorliegt. Und gerade in der Schlussphase gab es ja auch die meisten Gespräche. Deshalb sehen wir die verspätete Zuleitung an das Parlament auch mit Nachsicht. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Jochen Schulte, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Kann ich davon ausgehen, dass wir die Unterrichtung der Landesregierung auf Drucksache 7/3837 nach dieser Aussprache verfahrensmäßig für erledigt erklären?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jawohl!)

Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Die SPD beteiligt sich nicht an der Abstimmung?

(Christian Brade, SPD: Doch! –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

Wissen Sie überhaupt, worüber Sie jetzt abstimmen?

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Thomas Krüger, SPD: Ja, selbstverständlich! –
Heiterkeit bei Sebastian Ehlers, CDU: Das
können Sie nach jedem TOP fragen. –
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Also, ich wiederhole es noch mal: Wer der Erledigterklärung zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 7/3837 verfahrensmäßig für erledigt erklärt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 25:** Beratung des Antrages der Fraktion Freie Wähler/BMV – Förderung von Wiederaufforstungsmaßnahmen, auf Drucksache 7/4024.

Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV Förderung von Wiederaufforstungsmaßnahmen – Drucksache 7/4024 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion Freie Wähler/BMV der Abgeordnete Borschke.

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrtes Präsidium! Allerorten ist derzeit von den großen Waldschäden in Deutschland die Rede. Auch in den Wäldern Mecklenburg-Vorpommerns sind vielerorts große wetter- und schädlingsbedingte Schäden zu verzeichnen. Hinzu kommen die Waldbrände in Lübtheen und Peenemünde, die allein in diesem Jahr mehr als 1.200 Hektar Waldfläche zerstörten. All dies geht mit großen Herausforderungen für die privaten und staatlichen Waldbesitzer einher. Eben diese Herausforderungen sind nicht zuletzt auch logistischer und finanzieller Natur. Hinzu kommen die gesellschaftlichen Erwartungen, nach denen beschädigte und zerstörte Waldflächen insbesondere vor dem Hintergrund der Diskussion um den Klimawandel möglichst schnell wieder aufzuforsten sind. Das ist abermals mit finanziellen Kosten für die Waldbesitzer verbunden.

Es ist auf der Ebene des Bundes, obgleich man das Problem dort erkannt hat, noch nicht viel in praktischer Hinsicht passiert, und die hiesige Landesregierung nimmt sich dieses Themas überhaupt nicht an und fördert stattdessen waldpädagogische Maßnahmen in Wäldern, die

vielleicht bald flächendeckend von starken Schäden durchzogen sein werden. Wenn uns, wie Sie es unter Anführung weltuntergangähnlicher Szenarien immer ankündigen, bald ein Klimawandel in einem seit Menschengedenken noch nie dagewesenen Ausmaß droht, warum ist dann in Anbetracht der Waldschäden bis jetzt noch nicht viel passiert? Warum müssen wir erst aktiv werden, damit überhaupt was passiert? Umweltschutz ist für uns keine leere Floskel, denn Umweltschutz ist Klimaschutz.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das war aber jetzt eine Floskel.)

Aus diesem Grund haben wir uns dieses Themas angenommen, denn wir alle sind auf die Wälder hier angewiesen und profitieren von ihnen, sei es als Erholungsort im Rahmen eines ausgedehnten Spazierganges oder durch die Nutzung eines Kletterwaldes oder sei es durch seine Schutz- und Nutzfunktion, die er für uns alle als Kohlenstoffsenker und Wasserspeicher sowie als Rohstoff- und Energieträgerlieferant übernimmt. Deswegen gilt es, die Waldbesitzer in Anbetracht der unverhältnismäßig großen Herausforderung verstärkt zu unterstützen.

Hierfür bieten sich zwei Optionen an, die wir mit unserem eingebrachten Antrag zum Thema verfolgen:

Zum einen gilt es gerade im Hinblick auf den Schädlingsbefall, das angefallene Schadholz schnellstmöglich aus dem betroffenen Wald zu beraumen. Nur so kann eine weitere Ausbreitung der Schädlinge verhindert werden. Hierbei kann die Bevölkering von der Landesforst Mecklenburg-Vorpommern stärker als bisher einbezogen werden, indem beispielsweise vermehrt Anreize zur Selbstwerbung von Brennholz geschaffen werden. Auf diese Weise entsteht eine Win-win-Situation für beide Seiten. Die Landesforst Mecklenburg-Vorpommern spart Kosten bei der Bäumung des angefallenen Schadholzes. Die Privaten mit Selbstwerbung erhalten ihr Brennholz für den privaten Bedarf, bedingt durch die vielen ihnen erbrachten Leistungen, günstiger. Entsprechend gilt es, die Selbstwerbung durch diese und andere Maßnahmen weiter auszubauen und zu fördern.

Zum anderen müssen die Wiederaufforstungsmaßnahmen der privaten Waldbesitzer noch stärker als bisher finanziell gefördert werden. Gerade weil die privaten Waldbesitzer schon aufgrund der großen Waldschäden ebenso wie durch die niedrigen Schadholzpreise finanziell belastet sind, gilt es, weitere finanzielle Belastungen durch die Wiederaufforstungsmaßnahmen, von denen letztendlich wir alle profitieren, zu verhindern.

Über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ wurden für Wiederaufforstungsmaßnahmen in Mecklenburg-Vorpommern bis zur Dürreperiode 2018 bis zu 70 Prozent um maximal 5.000 Euro pro Hektar gefördert. – Jetzt muss ich erst mal was trinken. – Nach der Dürreperiode entschied man sich auf Bundesebene, den Prozentsatz auf 80 Prozent anzuheben. Dieser höhere Prozentsatz wurde zwar auch von der Landesregierung übernommen, es erfolgte jedoch keine entsprechende Anpassung des absoluten Betrages. In der Folge dürfen auch 80 Prozent der Kosten in Mecklenburg weiterhin maximal 5.000 Euro pro Hektar betragen, was den geringen Stellenwert, den Wiederaufforstungsmaßnahmen aus Sicht der Landesregierung zu haben scheinen, erneut gut widerspiegelt.

Deswegen fordern wir, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern zukünftig die restlichen 20 Prozent der Kosten für Wiederaufforstungsmaßnahmen gedeckelt bei maximal 1.250 Euro pro Hektar übernimmt, damit Waldbesitzer mit den Kosten für die Wiederaufforstung, von der wir alle nutzen, nicht weiter belastet werden. Gleichzeitig werden dadurch Handlungsanreize zur Wiederaufforstung gesetzt, wodurch diese im besten Fall schneller umgesetzt werden. Gerade vor dem Hintergrund des Zeitraumes, den es bedarf, bis aufgeforstete Bäume ihre Erholungs-, Nutz- und Schutzfunktion vollumfänglich übernehmen, und vor dem Hintergrund unseres fehlenden Wissens darüber, was zukünftig an Schädlingen auf unsere Wälder zukommt, ist der Zeitfaktor ein wesentlicher Aspekt, den es zu berücksichtigen gilt.

Mit den beiden Punkten in unserem Antrag möchten wir sowohl die privaten Waldbesitzer als auch die körperlich-wirtschaftlichen Waldbesitzer in unserem Land bei der Bewältigung der derzeit bestehenden Herausforderungen bestmöglich unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Landesregierung hat ums Wort gebeten der Minister für Landwirtschaft und Umwelt Herr Dr. Backhaus. Bitte schön.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, dem Wald in Deutschland geht es schlecht.

(Maika Friemann-Jennert, CDU:
Das haben wir schon gehört.)

Und ich will an das anknüpfen, was ich heute Morgen schon gesagt habe. Ich habe manchmal den Eindruck, dass der eine oder andere vielleicht jetzt auch in Richtung Populismus unterwegs ist, aber eines ist vollkommen klar: Die Verhältnisse, die wir in Mecklenburg-Vorpommern haben, sind völlig andere als die im Süden. Wenn Sie sich die Situation im Süden Deutschlands anschauen, dann ist das wirklich eine Tragödie. Und es zeigt sich eben, dass wir andere Wege gegangen sind. Ich werde Ihnen das auch erläutern. Ich gehe davon aus, dass Sie, Herr Borschke, das dann auch verstehen.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Verstehen, na?)

Selbstverständlich habe ich den Waldbrand in Lübtheen vor Augen, im Übrigen auch die beiden etwas größeren Waldbrände vom letzten Jahr, und auf der anderen Seite habe ich immer wieder in den letzten Jahren verkünden können, bevor die Dürre begann, 2018 und 2019, dass die Wälder des Landes Mecklenburg-Vorpommern die gesündesten in Deutschland sind. Das scheint auch nach wie vor so zu sein. Im Vergleich zu dem Stress, den unsere Wälder jetzt durchleiden, ist das auch eine Aussage. Zum anderen, wenn wir uns die unvorstellbaren Brände, die wir im Amazonas haben, in Brasilien oder – ich habe das heute Morgen ja schon gesagt – in Nordamerika oder in Sibirien oder in Mittel- und Südeuropa,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Und in Afrika.)

da sind wir im Vergleich zu dem, was wir zum Glück an Vorsorge getroffen haben, in den letzten Jahren und auch

dank der engen Zusammenarbeit mit den Gemeinden, mit den Forstleuten, mit den Feuerwehren und den Hilfskräften deutlich besser aufgestellt. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis! Aber die Situation ist dramatisch. Da will ich gar nicht drum herumreden. Und es ist gut und wichtig, dass wir darüber sprechen. Zum Teil habe ich aber auch das Gefühl, dass Sie von dem Antrag, wenn Sie sich noch mal in Ruhe anschauen, was Sie eigentlich gefordert haben, etwas in Ihrer Ansprache hier abgewichen sind.

Vielleicht kurz zur Einordnung im Land Mecklenburg-Vorpommern, damit Sie wissen, wie die Lage hier ist: Zu den im Winter 2017/2018 angefallenen Sturmholzmenge von circa 300.000 Festmetern – und wenn Sie wissen, ich hoffe, Sie wissen das, dass wir im Jahr im Durchschnitt insgesamt mit dem Körperschaftswald, mit den Privatwäldern um die zwei Millionen Festmetern an Gesamtertrag bergen und einschlagen – nehmen wir zur Kenntnis, dass wir, in Klammern, das Sturmholz gut verwertet haben.

Im Übrigen, Herr Borschke, Sie sollten jetzt zuhören, ich weiß nicht, ob Sie wissen, wie sich die preisliche Entwicklung im Süden darstellt. Vielleicht haben Sie das zur Kenntnis genommen bei der Fichte. Wo liegt denn der aktuelle Holzpreis? Der liegt jetzt bei 1 Euro, bei 1 Euro für den Kubikmeter oder Festmeter Holz. Oder wenn Sie sich das anschauen, welche Verträge wir mit der Landesforst klug ausverhandelt haben, und nach wie vor auf relativ hohem Niveau, liegen wir bei 50 Euro für den Festmeter Rohholz. Im Übrigen hat sich natürlich auch bemerkbar gemacht, dass insbesondere, was die Waldschutzsituation betrifft, den Befall durch den Fichtenborckenkäfer, sich diese dramatisch verschärft hat. Letztmalig Mitte der 90er-Jahre haben wir eine ähnliche Situation gehabt. Die Kalamitätsholz mengen betragen im Jahr 2018 380 Kubikmeter oder Festmeter. Das entspricht 19,5 Prozent des durchschnittlichen eingeschlagenen Wertes. Etwa 63 Prozent des Kalamitätsholzes fielen im Privatwald an und im Kommunalwald, der rund 50 Prozent des Waldes in Mecklenburg-Vorpommern ausmacht.

Das heißt, es wirken scheinbar doch auch unsere Waldumbaumaßnahmen, und insofern gehe ich davon aus, dass wir in ähnlicher Weise in diesem Jahr Kalamitätsholzanfälle haben werden, und wir schätzen diese wieder auf um die 300.000 Festmeter. Das deutschlandweite Schadholzaufkommen – ich weiß nicht, ob Ihnen das bewusst ist – liegt bei 32 Millionen Festmetern, wir bei 300.000 Festmetern, davon 18 Millionen Kubikmeter verursacht durch Sturm und 11 Millionen durch Insekten, durch Borckenkäferbefall. Mecklenburg-Vorpommern hat daran einen Anteil von einem Prozent. Bitte relativieren Sie das dann etwas! Ich wünsche mir das sehr, weil da bin ich angefasst, wenn Sie so tun, als ob wir hier die letzten Jahre verschlafen oder nichts getan haben!

Die notwendige Aufforstungsfläche beträgt deutschlandweit 110.000 Hektar. 110.000 Hektar werden in den nächsten Jahren neu aufzuforsten sein. In Mecklenburg-Vorpommern sind das wie viel Aufforstungen? 400 Hektar sind es insgesamt, ich habe es ja eben schon angedeutet, für 2019 als Schadholzanfall. Und im Übrigen haben wir nicht nur den Waldgipfel, der auf Bundesebene stattfindet, ich hatte auch eine Runde in der norddeutschen Zusammenarbeit, um das vorzubereiten, nach dem Waldbrand sofort einberufen. Ich bin froh, dass die anderen Länder da mitgemacht haben. Zum anderen gehen wir davon aus, dass nicht nur der Waldgipfel ent-

scheidende andere Aussagen treffen wird, sondern wir auch Hilfsmaßnahmen insgesamt bereden müssen. Im Übrigen spielt da das Thema, das wir vorhin gerade hatten, die CO₂-Problematik, direkt mit hinein. Deswegen gehen wir davon aus, dass mit den Zahlen, die zurzeit vom Bund vorgelegt werden, einem Schadholzanfall von 35 Millionen Kubikmetern, weiterhin Insektenkalamitäten vorliegen und die ausbleibenden Niederschläge natürlich die Waldbestände stark beeinträchtigt haben, nicht nur bei der Fichte, selbstverständlich auch im Kieferbereich. Wenn Sie durch das Land fahren, sehen Sie das zum Teil, auch bei der Buche und der Eiche. Die Bäume im Wald leiden unter diesem Dauerhitzestress und Wassermangel.

Am 25. September wird es den Klima- und Waldgipfel geben und am 27. wird die Agrarministerkonferenz auf Antrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern sich dem Thema weiter zuwenden. Ich erwarte ausdrücklich von der Bundesregierung ein starkes Signal, was deutlich macht, eine angemessene finanzielle Unterstützung für die Wiederaufforstungsmaßnahmen auf den Weg zu bringen, da es dringend erforderlich ist, dass diese über mehrere Jahre zur Verfügung gestellt werden. Derzeit werden private Waldbesitzer mittels Steuererleichterungen – auch darauf haben wir im letzten Jahr schon hingewiesen – unterstützt. Für Schadholzmengen aus dem Jahr 2018 werden Tarifvergünstigungen aus ordentlichen Holznutzungen gemäß Paragraph 34b Einkommensteuergesetz gewährt, das heißt, die Reduktion des durchschnittlichen Steuersatzes wird auf ein Viertel gesenkt. Seitens des Waldbesitzers wird versucht, das Kalamitäts- und Schadholz schnellstmöglich zu beraumen und einer weiteren Verwertung zuzuführen, das heißt die Vermarktung über die Holzhändler, Holzindustriebetriebe und auch die Selbstwerber.

Im Übrigen bin ich glücklich darüber, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern ein ziemliches Kompetenzzentrum für Holz – auch daran war ich persönlich beteiligt – hier entwickelt haben, und das nicht nur für den Nadelholzaufsägebereich, sondern auch für die zukünftige Perspektive. Vielleicht haben Sie es mitbekommen, dass wir in Malchow ein Holzsägewerk haben, das seinen Betrieb vor drei Jahren wieder aufgenommen hat. Ich bin sehr froh darüber.

Die private Selbstwerbung für Holz – das haben Sie angesprochen – zur energetischen Verwertung durch die Landesforstanstalt wird massiv unterstützt. Auch das haben wir angeschoben. Und nach wie vor ist es so, dass durch diese Möglichkeiten der Selbstwerbung und im Übrigen bis hin zu den Motorsägenkursen wir einiges auf den Weg gebracht haben. Im Jahr 2018 – im Übrigen hängt das auch mit den recht günstigen Energiepreisen zusammen – haben wir insgesamt 37.000 Festmeter Energieholz der Landesforstanstalt durch private Selbstwerber genutzt. Was in den privaten oder Kommunalwäldern an Nutzung erfolgt, das kann ich Ihnen nicht sagen. Die Nachfrage an Energieholz durch Selbstwerber ist schwankend und wird natürlich insbesondere durch die Preise bei Öl und Gas mit tendiert. Und da haben wir zurzeit ja doch recht günstige Bedingungen gehabt. Hinzu kommt, dass wir warme Winter gehabt haben

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

und damit auch nicht so viel an Energie benötigt wurde. Eine zusätzliche finanzielle Förderung der energetischen

Verwertung ist für uns nicht vorgesehen und halte ich im Übrigen auch nicht für richtig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die sichtbaren Auswirkungen bei der Belastung für die Wälder waren Dürreschäden als Folge der anhaltenden Trockenheit ab Mitte 2018. Die jungen Aufforstungen kamen im Mecklenburg-Vorpommern auf rund 400 Hektar zu Ausfällen durch Dürre, die älteren Bestände zeigen tatsächlich Stressreaktionen oder auch Absterbeerscheinungen, Blattwelke, frühzeitige Blatt- und Fruchtabwürfe sind zu verzeichnen. Erste Auswirkungen des Dürrejahres 2018 haben auf den Umweltmonitoringflächen zu einem tatsächlich 25- bis 30-prozentigen Holzverlust geführt. Gemäß Paragraf 14 Landeswaldgesetz besteht für jeden Waldeigentümer eine Wiederaufforstungspflicht, unabhängig davon, ob es um eine Nutzung der Baumbestände oder um ein Schadensereignis geht, was einer Katastrophe entspricht. Wir kontrollieren das im Übrigen scharf und ich bin froh, dass im Wesentlichen insbesondere die kommunalen, aber auch die sonstigen Waldbesitzer unserer Aufforderung mit Rundmails nachkamen, um ihrer Verantwortung für die Kiefern- oder Fichtenbestände gerecht zu werden. Aber auch ich nehme zur Kenntnis, dass der eine oder andere das noch nicht mitbekommen hat.

Das Land unterstützt die Wiederaufforstungsmaßnahmen, soweit es sich um Waldumbau handelt, in Richtung standortgerechter Laub- oder Mischbestände, um damit quasi auch dem Klimawandel entgegenzuwirken, seit Jahren mit 75 Prozent der Kosten, seit Jahren. Durch die neue GAK – auch da waren wir maßgeblich beteiligt –, die jetzt am 23. Juli endlich in Kraft getreten ist, werden nunmehr Wiederaufforstungsmaßnahmen nach Folgen von extremen Witterungsereignissen mit 80 Prozent gefördert, maximal 5.000 Euro pro Fall, also pro Hektar 5.000 Euro. Auch das ist bereits ein erhöhter Fördersatz. Die Aufstockung auf 100 Prozent scheint vor dem Hintergrund der gesetzlichen Wiederaufforstungspflicht und den Einnahmen der Waldbesitzer durch den Holzverkauf nicht gerechtfertigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie bereits erwähnt, verfolgen wir als Landesregierung das Ziel, und wir als Haus sowieso, die Waldmehrung durch gezielte Erstaufforstung oder durch den Umbau zu unterstützen. Waldmehrung ist durch Wiederaufforstungsmaßnahmen nicht erreichbar. Sie dient im Übrigen der Walderhaltung. Das Ziel der Landesregierung zur Waldmehrung wird nur durch Erstaufforstung über die Nichtwaldflächen zu erreichen sein.

Ich habe heute Morgen schon gesagt, wir haben hier in den letzten Jahren um die 230 bis 240 Hektar erreicht. Im Spitzenjahr 2014 waren es knapp 400 Hektar, die wir tatsächlich neu angelegt haben. Aber zu den Hinweisen von heute Morgen ist eines hinzuzufügen, noch mal: Grund und Boden zu erwerben für Aufforstung, ist zurzeit nicht rentabel. Deswegen, glaube ich, braucht es auch eine Umsteuerung. Für mich wären Moorschutz, Frau Schlupp, und Wiederaufforstung ein massives Programm zum Klimaschutz,

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
und Beate Schlupp, CDU)

zum Erhalt unserer Naturlandschaft, für sauberes Wasser und auch für die Artenvielfalt. Wir denken da viel weiter als alle anderen zusammen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich möchte Sie insofern auch nicht langweilen, aber eines ist klar: Die Auswirkungen der aktuellen Situation in Mecklenburg-Vorpommern sind problematisch. Das will ich nur kurz zum Klimawandel sagen. Deshalb möchte ich noch mal auf einen entscheidenden Punkt hinweisen, dass wir selbstverständlich die Auswirkungen des Klimawandels heute extrem auch in unseren Wäldern zu spüren bekommen. Deswegen haben wir als eines der ersten Bundesländer überhaupt 2010 ein Maßnahmenpaket zur Anpassung der Wälder an den Klimawandel vorgestellt. Ziel ist es, die Stabilität, die Anpassungsfähigkeit der Wälder sowie ihre Funktionen deutlich zu untersetzen.

Die Situation zeigt ausdrücklich, hätten wir dieses nicht gemacht, sähe die Situation heute viel dramatischer aus. Im Übrigen sind wir das erste und einzige Bundesland, das zehn Prozent der Waldflächen aus der Nutzung genommen hat und damit für den Natur- und Umweltschutz bereitgestellt hat. Ziel der Bundesregierung waren mal fünf Prozent. Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis! Hauptaufgabe ist die Erhöhung, ganz klar, der Risikoversorge und die Vorsorge für das Risikomanagement. Wir haben ein Zielwaldmodell erarbeitet, im Übrigen erstmalig zu 1996. Wir haben damit einen Wald skizziert, der sich an die Standortverhältnisse anpassen soll und damit auch das Programm zur naturnahen Waldbewirtschaftung auf den Weg gebracht. Zum Beispiel haben wir auch sehr frühzeitig den Anteil von standortbewussten und standortangepassten Baumarten von 35 Prozent auf 65 Prozent erhöht. Der Waldumbau wurde hier insgesamt zulasten der Fichte und der Kiefer vollzogen, wenn auch die Kiefer insbesondere im Süden auf den ganz leichten Standorten und im Südosten nach wie vor eine der standortangepassten Baumarten ist und dem Klimawandel trotzen wird. Auch das ist wichtig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben letztmalig eine Aktualisierung und Überarbeitung des Zielwaldes im Jahr 2016 diesem Hohen Haus vorgelegt. Ich hoffe, der eine oder andere weiß das noch. Mit dem Blick nach vorn – auch das will ich hier sagen – ist eine weitere Erhöhung des Anteils standortangepasster und naturnaher Mischbestände ganz klar unser Ziel, um damit den Laubholzanteil deutlich zu erhöhen. Pro Jahr – Herr Borschke, das will ich Ihnen auch noch mal ausdrücklich sagen – werden 4 Millionen Euro tatsächlich für den Waldumbau in Mecklenburg-Vorpommern investiert. Aber das ist nur der Landeswald. Auch im Privat- und Kommunalwald werden seit 20 Jahren jährlich im Durchschnitt 2 Millionen Euro an Fördermitteln des Landes Mecklenburg-Vorpommern bereitgestellt. Wenn Sie es zusammenrechnen, sind das immerhin 6 Millionen Euro pro Jahr, und durch den Eigenanteil der Waldbesitzer dürften jährlich noch mal 2,7 bis 3 Millionen Euro dazukommen.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Also, Herr Minister, ich bin überzeugt. –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Nee, Herr Borschke noch nicht ganz.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein abschließendes Wort zu den Wildbeständen, lassen Sie mich aus aktuellem Anlass ausdrücklich auch dazu etwas sagen. Mecklenburg-Vorpommern verfolgt das Ziel, Wald und Wild müssen Hand in Hand gehen.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Sehr richtig! – Zuruf von
Andreas Butzki, SPD)

Aber der Wald darf durch das Wild nicht leiden, auch das will ich ausdrücklich unterstreichen. In Mecklenburg-Vorpommern wurden im Jagdjahr 2018/2019 insgesamt 156.164 Stück Schalenwild erlegt. Diese hohen Streckenergebnisse deuten ausdrücklich darauf hin, dass wir zum einen die Maßnahmen bei der Reduktion der Wildschweinbestände auf den Weg gebracht haben, und auf der anderen Seite, dass wir in Teilen des Landes Mecklenburg-Vorpommern eine deutlich erhöhte Wildsituation haben. Wir werden hier Gegenmaßnahmen einleiten. Im Übrigen haben wir landesweit das Wildwirkungsmonitoring auf den Weg gebracht. Wir werden es auch weiter umsetzen. Ziel ist schließlich auch, die Abschussplanung an die Ergebnisse des Wildwirkungsmonitorings anzuknüpfen und damit letzten Endes für einen gesunden artenreichen Wild- aber auch Waldbestand zu sorgen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Minister hat seine angemeldete Redezeit um acht Minuten überschritten.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: Was?!
Das kam mir gar nicht so vor! –
Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus –
Peter Ritter, DIE LINKE: Ich gehöre zu
den wenigen, die zuhören, Herr Minister. –
Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Herr Minister, ich bitte Sie, keine Gespräche mit den Ministern von Ihrem Platz aus zu machen. Dann macht es ja gar keinen Sinn, die Minister immer aufzufordern, doch bitte hier vorn still zu sein.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist richtig.)

Also ich habe das zu dieser Redezeitüberschreitung bereits gesagt, obwohl ich die Aussprache noch gar nicht eröffnet hatte. Ich hoffe, Sie sehen mir das nach. Das nehme ich jetzt vor. Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 64 Minuten vereinbart. Widerspruch sehe und höre ich dazu nicht, dann verfahren wir so.

Der Minister hat die Aussprache schon eröffnet und ich erteile jetzt das Wort für die Fraktion der AfD dem Abgeordneten Strohschein.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ah, endlich kommt
ein bisschen Stimmung auf heute! –
Dr. Ralph Weber, AfD: So viel
zum Thema Menschenverachtung!)

Jürgen Strohschein, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Gäste haben wir auch noch ein paar. Liebe Gäste! Ja, wie der Minister schon sagte, unser Wald hat nicht nur unter Sturmschäden gelitten, sondern auch unter einem massiven Schädlingsbefall und den Dürrejahren 2018/2019. Besonders Fichte beziehungsweise Kiefer leiden unter dem Borkenkäfer und dem Blauen Kiefernprachtkäfer, bei dem die Larven in der Rinde Tunnel graben und damit den Saft-

fluss zur Krone unterbinden. Des Weiteren kommt ein wärmeliebender Pilz, der die Triebe schädigt, dazu. Dann kommt noch dazu die leichte Entzündbarkeit, die in diesem trockenen Sommer zu zahlreichen Waldbränden geführt hat. Auch die Buche leidet, indem sie kleine Blätter ausbildet, die bereits jetzt anfangen auszutrocknen. Der Überlebensinstinkt der Buchen, aber auch der Eichen, regt die Bäume an, möglichst viele Früchte zu tragen. Noch nie lagen so viele Eicheln und Bucheckern im Wald wie 2018. Wie es aussieht, wird es dieses Jahr nicht viel anders werden.

Das alles führte außerdem noch zu einer Verstärkung der Wildschweinplage. Begünstigt durch den milden Winter 2018/2019 wurden viele Frischlinge geworfen und mit den Waldfrüchten können sie jetzt erfolgreich aufgezogen werden.

Herr Minister, es war ja richtig, dass Sie damals die Initiative ergriffen haben, dass mehr Schweine geschossen werden, aber glauben Sie mir, so eine günstige Wildschweinpopulation wie jetzt in der Aufzucht haben wir auch noch nie gehabt. Es wächst jetzt förmlich wieder nach, was abgeschossen wurde ...

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Das ist auch gut so.)

Ja, das ist gut so.

(Andreas Butzki, SPD: Es gibt
so viele Vegetarier, da wird kein
Wildfleisch mehr gegessen.)

... durch die starke Mast einmal schon mit Mais und dann noch durch die Eicheln und Bucheckern. Dazu werfen die Bachen mehr Frischlinge und die kommen durch den flauen Winter natürlich auch alle durch,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

sonst sind ja ganze Wildschweinpopulationen im Kessel erfroren oder durch Regenfälle kaputtgegangen.

(Zuruf vonseiten der Fraktion DIE LINKE:
Ist das Ihre Empfehlung?)

Also wie schon gesagt, mit den Waldfrüchten können Sie jetzt aufgezogen werden.

Sturmschäden, Schädlingsbefall, Trockenheit und zu starker Wildverbiss fordern ihren Tribut. Die Wirkung aller dieser genannten Schadursachen bekommen wir bei unseren Bäumen erst im nächsten Jahr voll und ganz zu sehen. Durch den hohen Anfall von Holz sind auch die Verkaufserlöse, wie es schon der Herr Minister sagte, in den Keller gerutscht. Daher ist es notwendig, dass hier der Bund und Mecklenburg-Vorpommern die Wiederaufforstung unterstützen.

Heute wird bei der Wiederaufforstung hauptsächlich auf den Mischwald gesetzt. Auf den sehr leichten Standorten ist es aber schwierig, dieses Ziel einer Mischpflanzung konsequent umzusetzen. Hier kann man nur auf eine Kiefernbeplanzung setzen, die erst nach Jahrzehnten durch Laubgehölze aufgefüllt werden kann. In der Mischbeplanzung kommt zunehmend die Douglasie zum Einsatz. Sie kommt aus Nordamerika und ist bei Trockenheit und anderen Stresssituationen sehr resistent. Dazu

kommt, dass sie sehr schnellwüchsig ist. Die Aufforstungsmaßnahmen müssen für kleine Waldeigentümer, wie ja in diesem Antrag auch gefordert wird, in der genannten Höhe gewährt werden. Wir sind nicht für die Förderung der großen Waldbesitzer, zumal schon eine Förderung vom Bund besteht. Kleine Waldbesitzer bis zu fünf Hektar sind mit der Wiederaufforstung finanziell überfordert. Hier wäre diese zusätzliche Förderung angebracht.

Die große Frage steht natürlich: Was geschieht mit dem anfallenden Brennholz? Nicht nur das Schnittholz ist zu viel da, es ist ja auch zu viel Brennholz da.

Ich war in Vielst bei Waren, da gibt es einen Hersteller, der Holzvergaseröfen in drei Größen baut. Meine Tochter hat sich einen einbauen lassen vor Jahren schon mal, der läuft schon über zehn Jahre anstandslos, ohne Reparaturen. Er baut auch große Öfen, wo man dann Rundballenstroh reinstecken kann, und die brennen dann 24 Stunden. Das ist natürlich eine feine Sache, aber das geht nur für größere Einheiten, wo man so einen großen Ofen hinstellen kann. Der Mann baut diese Öfen, aber er baut sie nicht mehr in Deutschland auf, weil er mit dem Genehmigungsverfahren zu kämpfen hat, und da hat er die Segel gestrichen und baut sie im Ausland auf. Er könnte ja auch ohne Weiteres einen großen Ofen bauen, den man mit einem Gabelstapler beschicken könnte,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

aber wie gesagt, das Genehmigungsverfahren, Herr Minister.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Ja, ich kenne ihn. Ich weiß,
wen Sie meinen.)

Den kennen Sie auch? Ich glaube, dass der Sohn das jetzt übernommen hat.

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Was ich dann noch festgestellt habe in unseren Wäldern, es bleibt auch mitunter – und das geht schon jahrelang so – Schnittholz stehen und das vergammelt dann. Das ist natürlich auch ein Frevel, das dürfte eigentlich nicht passieren. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort die Abgeordnete und Vizepräsidentin Frau Schlupp.

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe kurz überlegt, ob ich mich auch zu Öfen äußern möchte. Ich nehme doch davon Abstand und komme zum Antragsteller.

Als ich den Antrag auf dem Tisch hatte, habe ich mir überlegt, was sage ich eigentlich dazu, und habe mir gar nichts aufgeschrieben und gedacht, ich höre mal zu, was in der Einbringung so kommt. Das hat mich allerdings auch nicht wesentlich weiter gebracht. Ich habe auch damit gerechnet und meine Hoffnung ist nicht enttäuscht worden, dass der Minister vollumfänglich dieses Thema bearbeiten wird.

(Minister Dr. Till Backhaus:
War doch interessant.)

Was ich mir bei Ihnen, Herr Borschke, gewünscht hätte, wenn Sie sich mit dem Thema ernsthaft auseinandersetzen, dass Sie vielleicht mal jemanden gefragt hätten, der es hätte wissen können. Und da gibt es in der Landesforstanstalt die Waldservice und Energie GmbH, zumindest was das Thema Holzwerbung angeht. Da hätten Sie einen kompetenten Ansprechpartner gehabt. Diese GmbH hat ja auch eine Geschichte. Sie war eigentlich mal installiert worden, um das Thema „Windkraftanlagen im Wald“ voranzutreiben. Das Thema hat sich erledigt, aber die Energie GmbH und Waldservice GmbH hat sich etabliert und sich genau diesen Themen verschrieben. Dort sitzen ganz kompetente Leute, die Ihnen über Holzwerbung, Selbstwerbung, Vermarktung, energetische Nutzung Auskunft hätten geben können. Die sind sicherlich auch in der Lage oder wären in der Lage gewesen, Ihnen etwas zu den Förderthematiken zu sagen, sodass ich wirklich den Eindruck hatte, hier hat man gedacht, okay, es gibt das Thema Wald, das ist jetzt in aller Munde, und es wäre ja schön, wenn wir das dann auch mal eine Runde bearbeiten. Aber ganz so einfach sollten wir uns das an dieser Stelle nicht machen.

Auch in Sachen Selbstwerbung habe ich mir natürlich die Frage gestellt: Wie stellen Sie sich eine Förderung vor? Ich habe jetzt auch darüber nachgedacht, eventuell Schadh Holz vergünstigt abzugeben. Dazu haben Sie sich ja ein bisschen geäußert. Zu den Lehrgängen, Kettensägenlehrgängen haben Sie sich eher weniger geäußert, da hätten Sie dann nämlich einen schönen Schein bekommen, was die Landesforstanstalt so in Sachen Holzselbstwerbung mit auf den Weg gebracht hat und unter welchen Konditionen man das Holz erwerben kann, sodass Sie dann möglicherweise hätten darüber nachdenken können, ob so einen Kettensägenlehrgang zu fördern ein geeignetes Instrument gewesen wäre oder ob man es auch bei der Ausstattung, die ja ohnehin nicht ganz so einfach ist, im Landesforstwald machen will mit der Selbstwerbung.

Ich lese Ihnen mal kurz vor, auch dieses Merkblatt hätte man Ihnen zur Verfügung stellen können, das Merkblatt für „Selbstwerbung von Holz“. Da hätten Sie schon eine ganze Menge erfahren können, was Sie hier zu dem Thema vielleicht hätten ausführen können. Beim Einsatz der Motorkettensäge ist folgende persönliche Schutzausrüstung zu tragen: „Schutzhelm“ in Verbindung mit einem „Gesichts- und Gehörschutz“, Schnittschutzhose, Schnittschutzschuhe oder Schnittschutzstiefel, Schutzhandschuhe, Oberbekleidung mit Signalfarbe. Soll das gefördert werden? Alles lässt Ihr Antrag relativ offen, in der Einbringung habe ich es nicht gehört. Zur Aussprache werde ich mich wahrscheinlich auch nicht äußern.

Also kurz und gut, das Thema ist wichtig, das kann ich Ihnen attestieren. Der Antrag ist aber nicht geeignet, das Thema in irgendeiner Art und Weise nach vorn zu bringen. Von daher wird es Sie nicht wundern, dass nach meinen Ausführungen meine Fraktion diesen Antrag ablehnen wird.

Dem Minister hätte ich ja zu hundert Prozent zugestimmt, wenn er den Schlenker auf den Moorschutz dann so ein bisschen unterlassen hätte.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ah!)

Ich kann es mir an dieser Stelle dann ...

(Minister Dr. Till Backhaus: Ach, ein bisschen muss ich doch machen! Frau Schlupp wird doch immer vernünftiger.)

Ja, deswegen. Sie können nicht, ich kann auch nicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und zum Wolf hat er auch nichts gesagt. – Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Zum nächsten Thema werde ich auch nichts sagen, da kann Herr Ritter jetzt hier Stöckchen hinhalten, wie er will, vielleicht springt ja jemand anderes darüber.

Aber zum Moorschutz würde ich dann doch noch was sagen wollen, weil, wie gesagt, Moorschutz einfach als pauschales Thema in den Raum zu werfen, reicht nicht, denn mittlerweile gibt es ja heftige Debatten selbst unter denen, die sich den Naturschutz auf die Fahnen geschrieben haben, ob Moorschutz in jedem Fall wirklich das sinnvolle Mittel ist. Ich erinnere jetzt mal an die Diskussion um die Ausgleichsflächen zum Sperrwerk in Greifswald, wo nicht ich, sondern die Umweltverbände gefordert haben, die Renaturierungsmaßnahmen einzustellen. Von daher bin ich damit am Schluss und habe Ihnen noch ein bisschen Redezeit erspart. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort der Abgeordnete Dr. Weiß.

Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag „Förderung von Waldaufforstungsmaßnahmen“ wird von uns kurz so eingeschätzt: Die Richtung stimmt, aber die Umsetzung aus unserer Sicht überhaupt nicht.

Eigentlich, Herr Borschke, hätte ich es erwartet, dass Sie nach den bereits klaren Worten, die der Minister heute früh in der Befragung äußerte, sowohl auf die Frage von Frau Aßmann als dann auch auf Ihre Fragen, dass Sie das Kreuz hätten, Ihren Antrag zurückzuziehen, denn danach hat sich ja eigentlich alles erledigt. Dennoch zum Inhalt einige Worte, vor allem zu den Fakten.

Herr Backhaus hat gerade gesagt, dem Wald geht es schlecht. Ich hatte mir da eine etwas moderatere Formulierung aufgeschrieben: Der heimische Wald steht im Moment in einer schwierigen Situation. Letztlich ist es das Gleiche. Extremwetterereignisse, Dürresommer 2018, in diesem Jahr gab es auch eine ganze Reihe von Schwierigkeiten, von denen wir überhaupt noch gar nicht absehen können, welche Konsequenzen das hat. Steigendes Waldbrandrisiko – wir hier im Norden sind deutschlandweit in den Nachrichten gewesen, in den Schlagzeilen, die teilweise wie Paukenschläge kamen.

Allein 2018 fielen durch Sturm, Trockenheit und Frost sowie Schädlinge bundesweit gut 30 Millionen Kubikmeter Schadholz an und das entspricht etwa der Hälfte des jährlichen Holzeinschlages. Und wenn wir davon ausgehen, dass der jährliche Holzeinschlag in etwa der Regenerationsquote des Waldes entspricht, dann sind wir zu

50 Prozent über die Regenerationsquote hinweg, und das jetzt schon das zweite Jahr. Das ist ein ganz, ganz harter Eingriff in das Ökosystem und wenn dann noch Waldbrände, Mangel an Niederschlägen, teilweise auf der anderen Seite sehr heftige Niederschläge, die zur Erosion führen, dazukommen, dann ist das Ganze ein Eingriff in das Ökosystem, und Fragen wie Klimaschutz, Wasserhaushalt, Kultur und Erholung, alles das, was wir mit dem Wald in Verbindung bringen, werden dann doch in eine Schieflage gebracht.

Die Diskussion über die 50 Millionen Tonnen CO₂-Bindung, die unser Wald, die unser heimischer Wald als Schwergewicht in der CO₂-Senke hier noch auf sich lädt, wird ja eigentlich noch viel deutlicher, wenn wir daran denken, dass neben dem CO₂ auch noch die Bindung von Feinstaub eine Rolle spielt. Wir brauchen also eine langfristige Waldstrategie für naturnahe Waldentwicklung. Das, was da in unserem Land gegenwärtig läuft – ich denke auch gerade an die Aktion des Ministers neulich in Lubmin –, ist genau das, was wir brauchen, und hier zeigt sich, dass die Regierung in unserem Sinne und sicherlich mit unserer Zustimmung eine vernünftige Strategie fährt.

Im Jahr 2010 gab es bereits ein Maßnahmenkonzept zur Anpassung der Wälder Mecklenburg-Vorpommerns an den Klimawandel. Meine Fraktion hatte bereits 2014 eine ganze Sommerklausur zu diesem Thema veranstaltet. Das Waldentwicklungsprogramm 2016 für unser Land liegt auf dem Tisch und da sind interessante Ziele benannt, aber wie heute schon erwähnt, die geplanten 1.000 Hektar Aufforstung werden natürlich bei der gegenwärtigen Dynamik nicht erreicht. Man kann, jeder für sich, auch seinen Beitrag leisten. Ich weiß nicht, wer von Ihnen bereits eine Waldaktie erworben hat.

(Minister Dr. Till Backhaus: Ich!)

Bei mir hängtst sie ja an der Innenseite der Tür im Dienstzimmer. Und über all den gesetzlichen Rahmenbedingungen steht das Landeswaldgesetz als Grundlage für eine vernünftige Strategie.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, uns bleibt nicht mehr viel Zeit. Gerade wenn Ökosysteme kippen, dann ist Handlungsbedarf angesagt, und deswegen hat sich meine Fraktion beispielsweise, ganz im Unterschied zu dem, was uns Herr Borschke hier empfiehlt, dem angeschlossen, was unsere Bundestagsfraktion in einem 5-Punkte-Sofortprogramm zusammengestellt hat, und ich will wenigstens die Überschriften beziehungsweise die Kerngedanken darstellen, damit Sie unsere Position zu diesem Thema zur Kenntnis nehmen können:

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Vizepräsidentin)

Erstens wollen wir ein bundesweit einheitliches System von Nothilfefonds, um kurzfristige Waldschäden zu beseitigen. Die Unterstützung insbesondere von Klein- und Kleinstwaldbesitzern steht bei uns dort an erster Stelle.

Zweitens geht es nicht nur um nötige Aufforstungen, sondern es geht auch darum, dass das von qualifizierten Leuten durchgeführt wird. Wir brauchen ein bundeseinheitliches System gut qualifizierter und gut bezahlter Forstleute und dabei eben auch ein bundeseinheitliches Betreuungs- und Sozialstandardsystem für Beschäftigte in der Forstwirtschaft. Ich denke, Mecklenburg-Vorpommern kann da

durchaus als Maßstab gelten, auch wenn wir in der Vergangenheit hierzu mit einem massiven Personalabbau gewissermaßen gegenteilig operiert haben.

Drittens braucht es ein neues Waldbrandschutzkonzept, und zwar ein Schutzkonzept, was wirklich all die Möglichkeiten des Schadens oder der Schädigung miteinbezieht. Waldbrände werden in der Regel von Menschen verursacht, egal, ob es der weggeworfene Zigarettenstummel ist oder ob das Munitionsreste aus unterschiedlichen Kriegen oder militärischer Nutzung sind.

Viertens ist Holz nach wie vor ein wertvoller Rohstoff und der wird angesichts der Überwindung der Erdöl-Ära wahrscheinlich wieder viel stärker in den Mittelpunkt unserer Betrachtung rücken. Aber die Nutzungsstrategie für Holz in der Kaskade von stofflicher Nutzung bis hin zu energetischer Nutzung muss wirklich neu bewertet werden und eine verbesserte Nutzung von Altholz ist dabei ambitioniert anzupacken.

Fünftens müssen langfristig Jagd- und Waldwirtschaft – und da bin ich sehr dankbar, dass der Minister das eben angesprochen hat –, Waldwirtschaft und Jagd bei der Naturverjüngung der Wälder, sagen wir das ruhig, aufeinander abgestimmt werden. Ein naturgemäßes Waldökosystem ist widerstandsfähiger als irgendeine Monokultur. Wir brauchen dabei standortangepasste Wilddichten, also waldverträgliche Wildbestände und – Frau Schlupp ist wohl gerade rausgegangen – ich meine dabei nämlich auch nicht unbedingt einen Hinweis auf den Wolf.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben als Landespartei diesbezüglich einen Beschluss gefasst und eine Idee aus Israel aufgegriffen, wo vor Kurzem unter der Kampagne „Jeder Bürger einen Baum“ ein Wiederbewaldungsprogramm in die Tat umgesetzt wurde. Wenn wir das beispielsweise bei uns als Kampagne in unserem Land durchführen, dann hätten wir ja schon fast 1,4 Millionen Bäume auf einen Schlag. Ob man das mit Patenschaften macht oder sonst was, ist völlig egal. Wir brauchen auch eine Strategie zur weiteren Begrünung von Städten und Gemeinden. Siedlungsgeografen sprechen, was unsere Städte anbetrifft, schon lange von Kultursteppe, die großen Flächen ohne wirklich sinnvolle Nutzung, aber zwar grün, weil nämlich Rasen helfen uns an dieser Stelle überhaupt nicht weiter.

Es gibt da noch eine ganze Reihe von anderen Punkten, die ich auflisten könnte, aber was sonst so im außerparlamentarischen Bereich zu tun ist, sollte jeder für sich selbst entwickeln.

Als Resümee, insbesondere als ganz konkrete Antwort auf den Antrag, der hier vorliegt: Der Vorschlag geht, wie ich schon sagte, in die richtige Richtung, aber zielt ausschließlich auf die Förderung von Privaten beziehungsweise insbesondere von privaten Waldbesitzern. Hier ist der Bund, hier ist das Land mit seinen Staatsforsten eher Ansprechpartner unsererseits und deswegen können wir dem nicht zustimmen.

Heute früh bei einer Zusatzfrage war ich auch sehr dankbar, dass dieses Thema mit angerührt wurde. Da sprach der Minister genau wie vorhin noch mal das Thema der Bedeutung der Wälder im globalen Maßstab an. Ich will jetzt nicht alle die Wälder aufzählen, die gegenwärtig gerade brennen. Aber, meine Damen und Herren, auch wenn hier öfter mal die bevölkerungspolitischen Frage-

stellungen angesprochen worden sind, wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass angesichts der globalen Entwicklung, wo gegenwärtig jedes Jahr so viele Menschen dazukommen, wie in Deutschland leben, das heißt alle zwölftehalb Jahre eine Milliarde, dass das einen gewaltigen Druck auf agrarisch nutzbare Flächen ausübt, und die Begehrlichkeit dabei, Waldflächen in Agrarflächen umzuwandeln, ist besonders groß.

In dem Zusammenhang sollten wir auch mal daran denken, dass vor 800 Jahren dieser Raum, in dem wir uns hier bewegen, unser Kulturraum, der Kulturraum Mecklenburg-Vorpommern, der heute zusammen mit Schleswig-Holstein der am geringsten bewaldete Raum Deutschlands ist, fast ausschließlich aus Waldflächen bestand. Das heißt, wir haben hier auch gewaltige ökologische Veränderungen in den letzten 800 Jahren hinter uns gebracht, und in diesen historischen Dimensionen gedacht ist natürlich das, was gegenwärtig passiert, mit der ungeheuren Dynamik ganz anders zu bewerten.

Es gibt keine einfachen Antworten auf komplexe Probleme, aber was den Wald anbetrifft, gibt es eine einfache Lösung: Bäume pflanzen.

(Minister Dr. Till Backhaus: Richtig!)

Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort die Abgeordnete Aßmann.

Elisabeth Aßmann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Herr Borschke, so ruhig, wie Sie gesprochen haben, hätte man glatt davon ausgehen können, dass wir heute einen seriösen Antrag vorliegen haben. Wenn man dann aber die Widersprüche Ihrer Rede betrachtet und sich den Antragstext anguckt, dann merkt man doch, dass Sie sich leider wieder treu geblieben sind. Das Thema Wald ist gerade sexy, es ist in jedermanns Munde

(Jochen Schulte, SPD: Ganz schön holzig!)

und es ist ja auch schön, also ich freue mich natürlich für den Wald, gar keine Frage, aber ich glaube, dass eine Ursache darin zu sein scheint, dass Aufforstung natürlich verhältnismäßig einfach zu machen ist und damit eben ein erheblicher Beitrag zum Klimaschutz leistbar ist.

Herr Borschke, Sie haben gesagt, die Landesregierung würde der Wiederaufforstung überhaupt keinen Stellenwert oder nur einen sehr geringen Stellenwert beimessen. Ich glaube, dass der Minister das wirklich hier sehr gut widerlegen konnte.

Sie sagen, die Landesforst soll Anreize schaffen, um – Sie nennen es so – Holzselbstwerbung anzuregen. Was Sie damit aber konkret meinen, also welche Anreize geschaffen werden sollen, das haben Sie hier nicht erläutert.

Dann haben Sie auch nicht erläutert, was meinen Sie eigentlich mit Privatwaldbesitzer, weil das, was Herr Strohschein da reininterpretiert hat, haben Sie ja am Ende weder im Antragstext noch in Ihrer Darlegung hier gesagt. Nämlich Sie geben überhaupt keine Differenzierung, ob

Sie mit Privatwaldbesitzer den meinen, der vielleicht zwei, drei Hektar hat, damit nicht gewerblich unterwegs ist und auch nicht erwerblich unterwegs ist, sondern die Flächen geerbt hat und hin und wieder mal selbst Holz darin macht, oder ob Sie den Großwaldbesitzer meinen, der wirtschaftlich von diesem Wald lebt und mehrere Tausend Hektar hat. Von daher sind wir allein in diesem Punkt sehr kritisch, weil das ist für uns natürlich ein erheblicher Unterschied, wie groß oder klein, wie wirtschaftlich genutzt oder nicht dieser Privatwald dann tatsächlich ist.

Mit Blick auf Ihren Punkt 2 muss ich zugeben, ich habe den gelesen und erst mal nicht so richtig gewusst, was Sie damit sagen wollen. Ich habe ihn mehrfach gelesen, habe ihn auch mehreren Leuten gezeigt, es war doch relativ verwirrend. Und wenn man dann schaut, wie ist eigentlich die GAK aufgestellt mit dem Kostensatz 60/40, dann kam mir relativ schnell die Frage: Wollen Sie eigentlich hier eine Doppelförderung? Das ist dann an der Stelle auch nicht möglich.

Was uns aber eint, ist der Gedanke, dass wir natürlich wollen, dass Wiederaufforstung betrieben wird, dass Kalamitätsholz schnell geborgen, abtransportiert und einer sinnvollen Nutzung zugeführt wird. Deshalb gibt es ja auch die entsprechenden Förderrichtlinien, die in diesem Land gültig sind, und da möchte ich gern sagen, was da drinsteht, nämlich Bewältigung von Extremwetterereignissen, Polterschutz, Aufarbeitung Restholz, Entrindung, Transport aus dem Wald, Lagerplätze, Wiederaufforstung zum Beispiel. Also all die Punkte, die Sie eigentlich hier angesprochen haben, sind ja da und sind nach meiner Auffassung auch über die GAK entsprechend gut berücksichtigt worden.

Natürlich ist es so, wenn man über Wald im Zusammenhang mit Klima nachdenkt, dass man wirklich schauen muss – die Punkte wurden ja auch angesprochen –, wie man sich eigentlich einen klimabeständigen Wald vorstellt. Da kommen wir immer wieder an den Punkt, dass eben die Monokulturen, die hier im Laufe der letzten Jahrhunderte angebaut wurden, einfach nicht das Mittel der Wahl sein können. Deswegen ist es so wichtig, dass man mit einer naturgemäßen Waldwirtschaft zu einer Naturverjüngung kommt, weil das ein ganz effektives Mittel ist, um Schäden durch Witterung oder Schädlinge einfach zu verringern. Und da wird man – da bin ich dem Minister dankbar, dass er diesen Punkt auch angesprochen hat – natürlich auch die Regulierung unseres Wildbestandes ins Auge fassen müssen. Da wird eine der Maßnahmen das Wildwirkungsmonitoring sein, was wir ja auch im Koalitionsvertrag verankert haben, das ist in die Breite der Fläche zu tragen und dann sind ganz spezifisch wissenschaftlich entsprechend die Wildbestände ins Auge zu nehmen.

Wir sind natürlich hier im Land nicht die Einzigen, die sich damit beschäftigen, wie man den Wald sinnvoll umbauen kann, wie man auf die klimatischen Veränderungen eingehen kann, sondern auch auf Bundesebene. Ähnlich wie der Kollege Dr. Weiß von der Linksfraktion es gesagt hat, sind es natürlich auch Aktivitäten in unserer Partei, die hier zuhauf vertreten sind. Da geht es zum Beispiel auch darum: Was passiert eigentlich mit den Mitteln, die aus der GAK in den letzten Jahren immer nicht abgeflossen sind? Insgesamt waren das im Schnitt immer so 150 Millionen. Da hätte man schon vielleicht die Idee haben können, dass man noch Mittel herausnimmt, um sie in den Waldbau zu investieren. In je-

dem Fall aber ist ein Punkt, den ich als sehr wichtig empfinde – da gucke ich mal in Richtung unseres Bau-ministers –, wenn man schaut, dass wir einfach diese riesigen Schäden haben, dass wir dieses Schadholz haben, was schnell geborgen und sinnvoll genutzt werden muss, dann, glaube ich, ist es spätestens jetzt an der Zeit, in der öffentlichen Hand mit der Holznutzung im Baubereich mit gutem Beispiel voranzugehen, die Forschung voranzutreiben, die Züchtung voranzutreiben. Ein wichtiger erster Schritt ist mit Sicherheit das Waldkompetenzzentrum, was wir ja hier nach Mecklenburg-Vorpommern bekommen haben.

Lange Rede, kurzer Sinn: Das Hauptproblem, was wir haben neben den Sturmereignissen, sind die Kalamitäten, also die Kalamitäten im Bereich der tatsächlichen Schädlinge. Und da ist es wichtig, dass wir jetzt zügig vorankommen, diese Wälder umzubauen, weil, Herr Strohschein, Sie haben gesagt, man kann die Schäden immer erst im Folgejahr sehen, aber so einfach ist es leider nicht. Es ist nicht so wie in der Landwirtschaft, dass man ziemlich schnell erkennen kann, wie groß die Schäden sind, sondern überhaupt einzuschätzen, wie stark ein Wald geschädigt ist, das ist unglaublich schwer.

(Jürgen Strohschein, AfD: Ja.)

Das ist schwierig zu schätzen und man wird die tatsächlichen Schäden an vielen Stellen mit Sicherheit erst über viele Jahre später richtig einschätzen können. Deswegen ist es so wichtig, dass wir einfach das Risiko von Kalamitäten deutlich heruntergesetzt bekommen. Das machen wir auch mit den Förderungen, die hier entsprechend schon auf den Weg gebracht wurden. Wenn wir dazu kommen, dass wir dann die Wildbestände entsprechend anpassen, dann sind wir, glaube ich, hier auf Landesebene auf einem sehr guten Weg, ohne dass wir entsprechend Ihren Antrag, Herr Borschke, unterstützen müssen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion Freie Wähler/BMV hat jetzt noch einmal das Wort der Abgeordnete Borschke.

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrtes Präsidium! Eine Erkenntnis aus der Fragestunde heute Morgen ist zum Beispiel, Waldbesitzer werden bei der Waldbrandnach-sorge vom Land finanziell alleingelassen, also besteht da meiner Meinung nach Handlungsbedarf.

Ihre Rede, Herr Minister, ging, gelinde gesagt, ein wenig ums Thema herum und war eigentlich nur ein Loblied auf Ihre bisherige Regierungsarbeit.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Ihr war zu entnehmen, dass hier bei uns alles in bester Ordnung ist. Warum funken dann die Waldbesitzer SOS? Wenn es Schwierigkeiten beim Erreichen des Ziels der Erstaufforstung von 1.000 Hektar im Jahr im Land gibt, ist es umso wichtiger, die Wiederaufforstung voranzutreiben. 1.200 Hektar Schadflächen allein 2019, langfristige Schäden der Dürre noch nicht absehbar – nur, weil es in anderen Ländern noch größere Schäden gibt, entbindet das nicht vom Handlungsbedarf und von der Handlungsverantwortung.

Sehr geehrte Frau Schlupp, Ihnen als Regierung die Aufgaben und Arbeit abzunehmen, das ist nicht unsere Aufgabe.

(Zurufe von Beate Schlupp, CDU,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Im Übrigen besitze ich selbst einen Kettensägenschein,

(Andreas Butzki, SPD: Ach, du warst das?!)

aber das war schon mal ein vernünftiger Ansatzpunkt, und ich sehe hier auf jeden Fall Handlungsbedarf und beantrage daher die Überweisung in den Agrarausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Noch einmal für die Fraktion der SPD hat ums Wort gebeten der Abgeordnete Heydorn.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich bin seit etlichen Jahren Mitglied im Verwaltungsrat der Landesforstanstalt und insofern mit dem Thema Wald befasst. Wald ist für mich auch ein wichtiges Anliegen.

Und, Herr Borschke, der Minister hat hier nicht gestanden und gesagt, hier ist alles in Ordnung. Er hat gesagt, wir haben Glück gehabt, bei uns sind die Schäden nicht so ausgeprägt, wie das in anderen Bundesländern der Fall ist. Wenn Sie quasi mal nach Thüringen fahren, nach Sachsen fahren und gucken sich da die Situation vor allen Dingen mit der Fichte an – die Fichte ist ein Flachwurzler und hat insofern mit Trockenheitsaspekten noch ganz anders zu kämpfen als andere Baumarten –, dann ist das etwas, wo wir sagen können, okay, da haben wir Glück gehabt. Wenn Sie aber heute mal durchs Land fahren und achten auf die Buchen, dann werden Sie eine ganze Reihe von Buchen sehen, die heute schon quasi Herbstlaub haben und extrem viel Frucht am Baum. Ob wir die Bäume im nächsten Jahr noch mal lebend wiedersehen, das ist also dahinzustellen.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Das heißt also, das Thema Wald wird uns hier noch häufiger beschäftigen, und auch das Ziel, was wir hier mal ausgegeben haben zu der Landesforstanstalt, geringer Gewinn, schwarze Null, ist zumindest etwas, wo ich heute hergehe und sage, da muss man ein Fragezeichen dranmachen. Und mit mir geht es vielen anderen auch so.

Aber ich wollte mich zu einem ganz anderen Aspekt äußern. Also beim Thema Wald ist ja keine einheitliche Herangehensweise zu erkennen. Es gibt Leute, die haben viel Wald, für die ist der Wald aber nur Kulisse für noch mehr Wild, und wenn Sie sich diesen Wald angucken, dann ist das kein gesunder Wald. Und Sie haben auf der anderen Seite Leute, das sind Waldbauern, die wollen noch Ertrag aus dem Wald ziehen und verfolgen ganz andere Ziele. Insofern fand ich das heute sehr gut von unserem Minister, dass er hier klargestellt hat, dass wir da, wo wir zu viel Wild im Wald haben, regulierend eingreifen werden und dass wir letztendlich dadurch die Möglichkeit schaffen, dass Wald auch die Möglichkeit hat, sich natürlich zu verjüngen, und Bäume hochkom-

men können, die letztendlich dem Klimawandel widerstehen können.

Herr Borschke, Sie machen meines Erachtens ein Stück weit hier den zweiten Schritt vor dem ersten, denn bevor ich an das Thema Pflanzung denke, ist für mich erst mal die natürliche Ansiedlung von Bäumen das richtige Maß. Wenn Sie mal hergehen und graben einen Baum aus, der sich natürlich angesiedelt hatte, und gucken sich dessen Wurzelwerk an, dann haben Sie es da mit einer ganz anderen Situation zu tun, als wenn Sie eine Forstpflanze kaufen, die vom Wurzelwerk her nie die Vitalität erreichen kann wie ein Baum, der natürlich entsteht. Und da ist es bei dem Thema Naturverjüngung so, wenn Sie zu viel Wild haben, dann müssen Sie Flächen einzäunen. Das kostet alles Geld, das Geld wird in dem Bereich immer weniger.

Und insofern noch mal, Till, herzlichen Dank für diese konkrete Aussage,

(Minister Dr. Till Backhaus: Bitte!)

dass das jetzt hier von uns in Angriff genommen werden wird! Wir haben das auch im Verwaltungsrat entsprechend besprochen und ich bin froh darüber, dass wir heute hier, denke ich, zu solchen Festlegungen kommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Minister Dr. Till Backhaus)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV auf Drucksache 7/4024 zur Beratung an den Agrarausschuss zu überweisen. Wer möchte diesem Überweisungsvorschlag zustimmen? – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktionen von AfD und Freie Wähler/BMV und Ablehnung der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV auf Drucksache 7/4024. Wer dem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV auf Drucksache 7/4024 bei Zustimmung der Fraktion Freie Wähler/BMV, bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD und ansonsten Ablehnung der Fraktionen von SPD, CDU und LINKE abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 26:** Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Flächendeckenden Breitbandausbau in Mecklenburg-Vorpommern sichern, auf Drucksache 7/4029. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4117 vor.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD
Flächendeckenden Breitbandausbau
in Mecklenburg-Vorpommern sichern
– Drucksache 7/4029 –**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 7/4117 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Franz-Robert Liskow.

Franz-Robert Liskow, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der digitale Wandel und der Ausbau der technischen Infrastruktur sind die Herausforderungen der Zukunft. Die vielfältigen Anwendungsbereiche der Digitalisierung sind existenziell, um in den ländlichen Regionen die bestehenden Nachteile zu verringern. Ohne flächendeckende Breitbandversorgung gibt es in Zukunft keine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, keine Neuansiedlung von Unternehmen, keinen Anstieg des Wohlstandes und der Lebensqualität in unserem Land. Die wirtschaftliche Entwicklung bleibt zurück, Menschen und Unternehmen wandern ab.

Die digitale Teilhabe wird die Zukunft unseres Landes maßgeblich bestimmen. Deshalb haben wir uns in den zurückliegenden Jahren immer und bei jeder Maßnahme unterstützt, um den zügigen Ausbau voranzutreiben. Wo in Zukunft kein Internet vorhanden ist, da werden auch keine Menschen sein. Elektronische Bürgerdienste oder Bildungsangebote aus dem Netz können Versorgungslücken in Ämtern, bei der Fachärzteversorgung oder den Hochschuleinrichtungen ausgleichen.

Digitalisierung, diese Feststellung ist nicht neu, ist Daseinsvorsorge und das zentrale Zukunftsthema für Mecklenburg-Vorpommern. Um dieses Thema zu bewältigen, werden 4,2 Milliarden Euro Fördermittel vom Bund bereitgestellt. Davon kommt etwa ein Fünftel nach Mecklenburg-Vorpommern. Alle 99 Projektgebiete, mit denen sich Mecklenburg-Vorpommern an diesem Programm beteiligt hat, haben einen Zuschlag erhalten. Dies macht ungerechnet etwa 820 Millionen Euro Haushaltsmittel des Bundes, welche nun für den Ausbau des schnellen Internets in Mecklenburg-Vorpommern investiert werden.

Aber auch die Landesregierung war nicht untätig und hat rund 480 Millionen Euro Kofinanzierung des Landes bereitgestellt. Deshalb ist es umso erfreulicher, dass der derzeit von Bund und Land geförderte Breitbandausbau landesweit in 98 Projektgebieten erfolgt. 38 Projektgebiete im Landkreis Vorpommern-Rügen, 14 in Nordwestmecklenburg, 14 in Ludwigslust-Parchim, 3 in Rostock, 3 in Vorpommern-Greifswald und 1 Projekt im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte haben einen endgültigen Zuwendungsbescheid erhalten und werden von Telekommunikationsunternehmen unterstützt und umgesetzt.

Des Weiteren hat sich die Landesregierung auf Bundesebene für ein Glasfaserprogramm eingesetzt, um auch Übertragungsgeschwindigkeiten von über 50 MBit zu ermöglichen. Sobald der Breitbandausbau in allen Projektgebieten und der gemeldete eigenwirtschaftliche Ausbau erfolgt sind, wird in unserem Bundesland die Breitbandversorgung von derzeit 66,5 Prozent auf 92,5 Prozent gesteigert werden können. So zeigt bereits der Vergleich in der Entwicklung zwischen den Jahren 2013 bis 2018, dass wir als Bundesland auf dem richtigen Weg sind. Im Jahr 2013 waren nur etwa 38 Prozent aller Haushalte in ganz Mecklenburg-Vorpommern mit einer Breitbandverfügbarkeit von mindestens 50 MBit ausgestattet. Hier greift endlich die Förderung des Landes und des Bundes.

Und gerade wegen dieser Förderung und der Bedeutung dieses Themas kann man die Empörung einiger Anwohner im ländlichen Raum verstehen, bei denen ein Breitband-

kabel durch den Ort verlegt wird, aber letztlich nur der Friedhof angeschlossen wird, wie in meiner Region im Landkreis Vorpommern-Greifswald im Ort Steinfurth jüngst passiert. Grund für diesen Schildbürgerstreich ist die Anmeldung des eigenwirtschaftlichen Ausbaus durch einen Netzbetreiber. Bei eigenwirtschaftlichem Ausbau ist die Förderung des Bundes im Rahmen des Breitbandbauprogramms ausgeschlossen. Das ist auch nachvollziehbar, wenn sich ein Netzbetreiber bereit erklärt hat, selbst leistungsfähiges kabelgebundenes Netz zu errichten. Leider fehlt aber oft die Aussage, wann und zu welchen Konditionen dieses Netz errichtet werden soll. Betroffene Bürgermeister oder Landkreise haben keinen Einfluss und raufen sich die Haare. Diese Regionen mit Entwicklungspotenzial sind für lange Zeit vom gesellschaftlichen Leben und der wirtschaftlichen Entwicklung abgeschnitten. Verbindliche Festlegungen, Fristen oder gar Schadensersatzregelungen bei Nichtausbau – Fehlzanzeige.

Ein weiteres Problem sind die zu geringen Datengeschwindigkeiten in ausgebauten Gebieten. So gelten laut Petra Niederberger, der Breitbandkoordinatorin im Landkreis Vorpommern-Greifswald, viele Orte nach dem Markterkundungsverfahren als versorgt, obwohl sie nicht über Datenübertragungsgeschwindigkeiten von 30 MBits oder mehr verfügen. Dies betreffe auch andere Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern.

Deshalb wollen wir mit dem vorliegenden Antrag ein paar Änderungen durchsetzen. Diese muss ich, glaube ich, nicht hier noch extra erwähnen, jeder kann lesen. Aber wenn wir diese fünf Punkte unseres Antrages umsetzen, wird es uns besser gelingen, einen zeitnahen flächendeckenden Ausbau des Breitbandnetzes in unserem Land zu sichern. So können dann auch Regionen unseres Landes erschlossen werden, die seitens der Versorgungsunternehmen als lukrativ betrachtet wurden und für wirtschaftliche Ansiedlungen, Wohnen und Arbeit interessant sind.

Den Änderungsantrag der LINKEN nehmen wir gerne auf und stimmen dort zu, weil er unseren Antrag auch noch ein bisschen verbindlicher macht. – Ich freue mich auf die Debatte und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 64 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und ich eröffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat ums Wort gebeten der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung. Bitte schön, Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben einen Teil der Diskussion gestern in der Aktuellen Stunde schon angeschnitten. Ich danke auch noch mal Herrn Liskow für die Wiedergabe der bisher erreichten Stände. Ich glaube, dass wir relativ zufrieden sein können mit dem, was wir im ersten großen Aufschlag erreicht haben, auch im bundesweiten Vergleich.

Gleichwohl gibt es in der Tat Baustellen. Eine der Baustellen sind die – freundlich formuliert – Webfehler des

bisherigen Förderprogramms mit den zum Teil europarechtlichen Maßgaben, die eben auch bewusst angesprochen worden sind. Und die bekommen wir im Übrigen als Land nicht so ganz einfach raus, weil wir am Ende des Tages unsererseits nur den Bund versuchen können zu bewegen, gewisse Veränderungen zu gehen. Für einen Teil der hier angeregten Veränderungen ist das deshalb undramatischer, weil im Bundeskoalitionsvertrag aus dem Jahr 2018 durchaus auch schon Ideen angelegt sind, erstens, und zweitens, weil auch bei einer Novellierung der Förderrichtlinie im letzten Oktober oder November schon einige der sehr langatmigen Dinge, die uns in den letzten Jahren hier viel Zeit gekostet haben, rausgenommen worden sind. Und dann dürfen wir im Übrigen auch mit einem gewissen Stolz sagen, die Lernkurve, die der Bund da gemacht hat, hat er mit uns zusammen gemacht, vor allen Dingen in unseren Projektgebieten. Der kleine Nachteil ist, diese Lernkurve haben wir mit viel Zeit bezahlt, aber die Projektgebiete, die jetzt noch kommen aus diesem Bundesland, aber auch die aus anderen Bundesländern, werden profitieren von einer, so hoffe ich, größeren Beschleunigung.

Die bisherige Strategie war ziemlich klar, erstens, die größtmögliche Teilnahme am Bundesförderprogramm. Das hat im Übrigen in den Jahren 2015 und 2016, wenn auch im alten Landtagssaal in der letzten Legislatur, wiederholt Riesendiskussionen ausgelöst, weil vor allem die damalige GRÜNEN-Fraktion immer sagte, ihr müsst ein eigenes Landesprogramm haben. Wir haben damals als Koalitionsfraktionen gesagt, nein, wir konzentrieren uns auf die Kofinanzierung der Bundesmittel. Lasst uns erst mal schauen, wie weit wir eigentlich mit der Bundesförderung kommen.

Heute bin ich da sehr dankbar dafür, weil wir schon für die Kofinanzierung erhebliche Beträge – Sie haben es eben angesprochen, eine knappe halbe Milliarde Euro – brauchten. Wenn wir weiterhin ein eigenes, 100 Prozent mit Landesgeld finanziertes Landesprogramm daneben gemacht hätten, wäre vermutlich Geld in einer Weise gebunden worden, was dann nicht mehr zur Bundeskofinanzierung bereitgestanden hätte, wo es einfach eine irre Hebelwirkung hat, das Bundesförderprogramm zwischen 50 und 70 Prozent Förderquoten hierher ins Land gebracht hat, sodass ein bisschen erfüllbar wird, wie stark das Landesgeld dann insgesamt Investitionen damit bewerkstelligen konnte. Noch mal: Eine halbe Milliarde Euro Landesgeld auf 830 Millionen Euro Bundesgeld, das zeigt so ein bisschen den Hebel, der da drinsteckt.

(Thomas Krüger, SPD:
Das war eine gute
Entscheidung, Herr Minister.)

Ich glaube, eine gemeinsame Entscheidung in diesem Landtag, dafür bin ich immer noch sehr dankbar.

Noch mal, erste Strategie: größtmögliche Teilnahme am Förderprogramm des Bundes.

Die zweite war, wir finanzieren den kommunalen Eigenanteil vor. Auch da bin ich sehr dankbar. Ich kann mich gut daran erinnern, drüben im Saal gesessen zu haben, als die damalige Finanzministerin zusammen mit dem Innenminister den Saal verließ, mir beide auf die Schulter klopfen und sagten, wir lösen jetzt mal dein kommunales Finanzierungsproblem. Und dann kommt eine Fachministerin, die eigentlich die zugeknöpften Taschen haben

muss, wieder und sagt, wir beide haben uns das überlegt, wir finanzieren vor, damit die Kommunen eben nicht in die Not kommen, schon beim Antrag überlegen zu müssen, wie bilde ich es in meinem kommunalen Haushalt ab, wir große Projektgebiete aus mehreren Kommunen bilden konnten, ohne dass untereinander Streit entsteht, und jeder, der aus Berlin mit einem Förderbescheid wiederkam, sagen konnte, ich weiß, dass da eine 100-Prozent-Finanzierung hintersteht. Auch dafür noch mal herzlichen Dank, mitgetragen im Landtag, aber auch deutliches Signal, ein gemeinsames Unterfangen der gesamten Landesregierung. Das war nicht ein einziges Ministerium, sondern ein gemeinsamer Ruck, den wir wollten. Zweite große strategische Überschrift war also, wir finanzieren kommunale Eigenanteile vor.

Dritter großer Punkt, zentrale Prozesssteuerung im Energieministerium. Wir haben, und die Kreise haben sich dem dankenswerterweise angeschlossen, gesagt, wir machen von oben einen Plan und setzen den gemeinsam nach unten um, damit es keine weißen Flecken gibt. Das haben wir bundesweit im Übrigen als Einzige getan, nicht unumstritten. Wenn Sie sich allerdings heute die Empfehlungen im Bundeskoalitionsvertrag 2018 anschauen, ist heute dieses Modell Mecklenburg-Vorpommern etwas verklausuliert das, was bundesweit als Vorgehensweise empfohlen wird, zu sagen, macht einen großen Plan, wie man das gesamte Land erschließen will, und daraus entwickeln dann die Ebenen darunter ihre Anträge.

Vierte große Überschrift, wir haben die Kreise gebeten und nicht die Gemeinden, Anträge zu stellen – wichtiger Baustein bei uns, ansonsten hätten wir diese großen und damit erfolgreichen Projektgebiete nie zusammenbekommen.

Und zu guter Letzt, wir haben bis heute das Breitbandkompetenzzentrum als quasi technische Beratungseinheit der Kreise finanziert, sodass nicht jeder Kreis sich einen fachlich-technischen Spezialisten einkaufen musste, sondern die zentral zugreifen auf diese vom Land vorgehaltene technische Know-how-Werkstatt.

Im Ergebnis 837 Millionen Euro Bundesgeld, eine knappe halbe Milliarde des Landes obendrauf, damit können wir 99 Projektgebiete zumindest in die Ausschreibung bringen und auch ausbauen. Um ein Gefühl zu geben, es geht auch langsam los – die Kritik war ja immer, fließt das Geld auch ab –: 2017 haben wir 260.000 Euro tatsächlich aus den Fördermitteln des Landes rausgegeben. 2018 waren es dann schon 2,3 Millionen, immerhin fast das Zehnfache, aber immer noch ein Minimalbetrag gemessen an einer halben Milliarde. 2019 bis Ende August sind wir alleine bei 7,5 Millionen Euro Kofinanzierung und noch einmal knapp 4,5 Millionen Euro aus dem Hause des Innenministers für den kommunalen Eigenanteil, also bis Ende August bereits 12 Millionen Euro. Das zeigt, wie stark die Bautätigkeiten angezogen sein müssen.

Sie müssen immer vor Augen haben, erst muss die Baufirma bauen, dann muss sie mit dem Landkreis abrechnen und der Landkreis muss mit uns abrechnen. Da zeigt sich, welche Baumaßnahmen wir jetzt vermutlich mit den 12 Millionen Euro bezahlen, eher die aus dem zweiten Halbjahr 2018, und da zeigt sich aber auch, wie es hochläuft. Und immer bitte im Hinterkopf behalten, das sind nur 30 bis 40 Prozent der Kosten, dann wird deutlich, was in den letzten Monaten bereits bauwirtschaftlich hier

umgesetzt worden ist. Man sieht also an dieser Dynamik 260.000 Euro, 2,3 Millionen und im ersten Halbjahr dieses Jahres bereits knapp 12 Millionen, wie stark die Arbeitsdynamik anwächst.

Ab 2020 hat der Bund angekündigt, sein Programm auch für die sogenannten grauen Flecken zu öffnen. Was sind das? Graue Flecken sind die, die mehr als 30 Megabit haben. Das war immer die ominöse Schwelle, oberhalb derer, wenn ein Gebiet so als versorgt galt – ich will die Formulierung „galt“ aufgreifen –, dann durften die keinen Antrag stellen. Genau das will der Bund deutlich anheben. Wenn ich nämlich nicht mehr 50 Megabit als Ziel des Ausbaus habe, sondern Glasfaserausbau betreiben will – der ist gigabitfähig –, dann kann ich nicht bei 30 Megabit schon abschneiden, keine Anträge mehr stellen.

Wir warten auf diese Anpassungen. Die setzen immer europarechtliche Erlaubnisse voraus, aber wenn die da sind, wollen wir auch wieder mit den Kreisen aufgestellt sein, um die Bereiche, die bisher nicht in ein Antragsverfahren durften, dort hineinzubringen, weil auch die brauchen das zukunftsfähige Glasfasernetz bei sich in den Gemeinden und auch in den kleinen und mittelgroßen Städten, vor allen Dingen diejenigen – kleine, mittelgroße und die großen Städte –, die bisher weitgehend mit diesen 30-Megabit-Regeln aus den Antragsverfahren rausfielen. Und genau die abzuholen, wird für uns ein wichtiges Anliegen sein, wenn die Bundesrichtlinie entsprechend geändert worden ist.

Meine Damen und Herren, herzlichen Dank für den Antrag. Ich würde zwei große Überschriften daraus machen. Die eine ist die Aufforderung an uns, weitermachen, aber doch zuspitzen. Sie fordern uns in Punkt II.1 auf, weiterhin aktiv zu begleiten und weiterhin gemeinsam mit den Kommunen, mit den Kreisen zu gestalten. Das sichern wir gerne zu. Das Breitbandkompetenzzentrum wird, sofern Sie das in den Haushaltsberatungen so begleiten, auch in den kommenden Jahren finanziert werden, sodass wir die technische Begleitung abbilden. Bei uns im Hause sind die Stellen ebenfalls hinreichend lang verstetigt, dass wir in den nächsten Jahren genau diese Begleitung der Kreise abbilden können. Voraussetzung, noch mal, wird aber sein, dass der Bund seine Richtlinie anpasst, damit die, die wir bisher nicht beantragen konnten – was wir beantragen konnten, ist in den Verfahren –, die, die wir nicht beantragen konnten, die müssen jetzt die Chance kriegen. Dafür brauchen wir entsprechende Änderungen auf der Seite des Bundes.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus werden Sie uns auffordern – so denn dieser Antrag heute durchgeht, wovon ich ausgehe –, in Punkt 4, sich dafür einzusetzen, dass die EU-rechtlichen Rahmenbedingungen angepasst werden und man Gigantetze bauen darf. Ja, auch da haben wir zurzeit das Hauptproblem. Wir wollen uns gerne weiterhin einsetzen, wir werden aber die bundesseitige Hilfe brauchen.

Und darüber hinaus haben Sie uns vor allen Dingen auf Gewerbegebiete aufmerksam gemacht. Die waren bereits Inhalt eines Sonderauftrages des Bundes. Wir haben die Gewerbegebiete, die wir anmelden durften, angemeldet, aber leider gilt auch bei denen bisher: Ein Gewerbegebiet, das bereits durch 30 Megabit als versorgt gilt, ist nicht antragsfähig. Jetzt haben wir zum Glück nur nicht so viele Gewerbegebiete gehabt, die selbst unter dieser

katastrophalen Schwelle liegen. Die, die wir hatten, haben wir auch noch mal in dem Sonderauftrag geltend gemacht. Darüber hat zum Beispiel Stralsund nach meiner Erinnerung vor wenigen Wochen einen eigenen Bescheid erhalten. Aber die 30 Megabit stehen uns auch dort im Wege. Wir brauchen also auch dort die Auflösung dieses sehr niedrigen Zieles, was in einem Gewerbegebiet bei Betrieben, selbst bei Autohäusern heute keine Werte mehr sind, wenn Sie einen stetigen Austausch mit dem großen Mutterkonzern brauchen, für den Sie vertreiben. Von daher: Dort brauchen wir dringend Glasfasernetze, wir brauchen die Änderung der Bundesrichtlinie, damit wir diese Gewerbegebiete alle in die Antragsverfahren bringen können.

Die zweite große Überschrift, die Sie uns an die Hand geben, ist, die Markterkundung sich anzuschauen. Was ist die Markterkundung? Herr Liskow hat darauf hingewiesen, vielen Dank dafür. Bevor sie den Antrag stellen dürfen, müssen sie erstens gucken, 30 Megabit oder darüber, dann bin ich raus. Wenn ich darunter bin, darf ich einen Antrag stellen, Komma, muss dann aber einmal in den Markt fragen, und zwar vier Wochen lang, hat jemand vor, in den nächsten drei Jahren ohne Staatsgeld, also ohne Subvention, hier Ausbau zu betreiben. Wenn dann jemand den Finger hebt, dann bin ich mit der Fördermöglichkeit ebenfalls raus. Das hat zumindest ein großes Unternehmen in diesem Bundesland 2015 sehr intensiv betrieben.

Kleiner Haken der Regelung des Bundes und der Europäischen Union: Die müssen nicht sagen, wann, in welcher Weise, mit welchem Geld, es gibt keinen Zeitplan, es gibt keine näheren Erkenntnisse, außer dass jemand sagt, ich will. Diese Bindungsfrist von drei Jahren ist in 2018 abgelaufen. Wir haben deshalb im April 2019 die Telekom gebeten, uns umfangreich mitzuteilen, wie es jetzt weitergehen soll. An vielen Stellen fehlen die Informationen leider weiterhin. Wir wollen da gerne ran.

Ein kleiner Haken ist, die Bundesregierung stellt sich auf den Standpunkt, ihr müsst, bevor ihr Förderanträge für diese Bereiche stellt, wieder eine Markterkundung machen, und meine Sorge ist, wir beginnen das Perpetuum mobile von Neuem. Wir brauchen auch dort eigentlich geänderte Bundesrahmenbedingungen. Wer einmal seine Verpflichtung, die er sich selbst auferlegt hat, nicht erfüllt hat, müsste nach meiner Überzeugung beim zweiten Mal nicht mehr mitmachen dürfen. Aber auch da brauchen wir Bundeshilfe.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Deswegen herzlichen Dank für den Rückenwind. Ich glaube, wir brauchen da auch Bekenntnisse aus den Ländern an die Bundesseite, aus der Praktikerperspektive, die das vor Ort erleben, zu sagen, lieber Bund, da musst du uns helfen. – Vielen Dank und eine erfolgreiche Debatte wünsche ich Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Hersel.

Sandro Hersel, AfD: Wertes Präsidium! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Verehrte Gäste und Zuschauer! Die Digitalisierung bietet unserem Land große Chancen und ist wichtig, damit wir unserer Wirtschaft einen attraktiven Standort bieten und den Bürgern in unserem schönen Flächenland ein mobiles und vernetztes Leben ermöglichen.

Dass wir eine nach wie vor hohe Disparität zwischen Stadt und Land bei den Bandbreiten haben, ist hinlänglich bekannt. Ich möchte an dieser Stelle aber keine Schwarzmalerei betreiben und den Blick lieber nach vorn richten. Insofern begrüßen wir die Forderung, die Auftragsschwelle von 30 Megabit pro Sekunde aufzulösen beziehungsweise, wie Sie es diplomatisch formulieren, anzupassen. In der Vergangenheit war diese Fördergrenze sicherlich gerechtfertigt, mit Blick auf die Gigabit-Technologie und den künftigen Breitbandhunger ist sie schlicht und ergreifend aus der Zeit gefallen.

Ebenso zu begrüßen ist, Unternehmen auf ihre Zusagen zum eigenwirtschaftlichen Ausbau verpflichten zu wollen. Es ist nicht hinzunehmen, dass der Breitbandausbau in einer Region in den Sternen steht, wenn Telekommunikationsunternehmen den Ausbau zusagen, aber anschließend nicht umsetzen. Letztlich befürworten wir Ihren längst überfälligen Fokus auf die Schließung der Versorgungslücke von Gewerbegebieten.

Als sinnvolle Ergänzung sehen wir hier auch den Änderungsantrag der LINKEN, entsprechende weiße Flecken auch zu benennen.

Wir als AfD-Fraktion hoffen, dass der Breitbandausbau für die Bürger und Wirtschaft unseres Landes weiter voranschreitet und das Ziel einer zukunftsgerechten digitalen Infrastruktur nicht zu einer leeren Worthülse verkommt. Wir werden den Anträgen zustimmen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr da Cunha.

Philipp da Cunha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nicht nur die jüngsten Wahlergebnisse in Brandenburg und Sachsen, sondern auch die hitzigen Debatten der vergangenen Monate haben uns gezeigt, dass wir nicht nur stärker unsere Demokratie zusammenhalten müssen, sondern dass wir auch eine noch nachhaltigere Politik gestalten müssen. Dabei steht nicht für mich alleine, sondern für die gesamte Koalition der flächendeckende Breitbandausbau in Mecklenburg-Vorpommern an ganz oberer Stelle unserer Politik. Das sieht man ja auch am gestern eingebrachten Haushaltsentwurf.

Nachhaltigkeit bedeutet aber auch, dass wir Fördermöglichkeiten für Projekte finden sollten, die bisher nicht in das Förderprogramm reingepasst haben. Wir müssen verantwortungsvoll für das ganze Land arbeiten und somit auch dem Flächenland gerecht werden. Dass dafür mehr Geld in die Hand genommen werden muss, ist eine logische Konsequenz und aus politischer Notwendigkeit nicht verzichtbar.

Im Februar 2018 titelte der NDR, dass unsere Bundesratsvertreter den Druck erhöhen, dass die Funklöcher

flächendeckend schneller geschlossen werden. Mitte April folgte die Schlagzeile, dass nun Vorpommern-Greifswald schnelles Netz bekommt. Ende April folgte der Landkreis Nordwest-Mecklenburg und Anfang Mai der Landkreis Rostock.

Wir müssen lernen, mit unseren Erfolgen zu arbeiten und daraus weitreichende Konsequenzen abzuleiten. Deswegen möchte ich die Gelegenheit nutzen, schon einmal das Erreichte zu resümieren. Schauen wir uns dafür einmal die Zahlen etwas genauer an. Der Bund fördert den Breitbandausbau mit über 4 Milliarden Euro, wobei rund ein Fünftel der Investitionen direkt in unser Bundesland fließt. Gemeinsam mit unseren Landesmitteln und dem vorfinanzierten kommunalen Anteil stehen somit im Land über 1 Milliarde Euro für den flächendeckenden Ausbau der digitalen Infrastruktur zur Verfügung. Während wir im Jahr 2013 bei etwa 38 Prozent waren mit der Verfügbarkeit von über 50 MBit, haben wir uns bis 2018 schon auf einen Prozentanteil von 66,5 Prozent verbessert.

Damit wir einen wichtigen Impuls setzen können, sind wir mittlerweile auch über Landesgrenzen hinaus, um auch über die Landesgrenzen hinaus zu symbolisieren, dass wir niemanden vergessen möchten und das Wohl der gesamten Bevölkerung im Zentrum unserer Arbeit steht. Im Vergleich dazu lag der Bundesschnitt der Versorgung der einzelnen Haushalte bei knapp 83 Prozent. Und nun wollen wir schnellstmöglich auch die 90-Prozent-Marke knacken und Mecklenburg-Vorpommern als Vorreiter der Digitalisierung voranbringen. Durch die finanziellen Zusicherungen ist diese Aufgabe gemeinsam zu meistern.

Auch im Vergleich zu anderen Bundesländern stehen wir sehr gut da. Andere Länder, bei denen sich schon vergleichsweise vielleicht auch mehr Projektgebiete im Bau befinden, planen teilweise ein zweistufiges Verfahren. Zuerst planen sie den 50-Mbit-Ausbau und anschließend wollen sie dann dasselbe Förderprogramm noch mal für den Gigabit-Ausbau auflegen. Wir machen den Punkt größtenteils in einem Schritt und sind damit dann auch hoffentlich deutlich früher fertig. Und wenn ich mir persönlich etwas wünschen könnte, dann wäre es natürlich eine schnellere Verfahrensgestaltung, damit nicht wieder bis zu drei Jahre vergehen, die dann zwischen Bewilligung und dem Baustart liegen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Wir investieren in die Zukunft von Mecklenburg-Vorpommern und damit sollte auch die Zielstellung dieses Antrags eindeutig sein. Wir müssen Lösungen finden, um damit umgehen zu können, wenn ein eigenwirtschaftlicher Ausbau eines Telekommunikationsunternehmens zwar angemeldet, aber auch nach einer dreijährigen Realisierungsphase nicht umgesetzt wurde. Wie könnten in diesem Zusammenhang sachdienliche Sanktionen aussehen?

Außerdem müssen wir uns mit der Problemstellung beschäftigen, wie wir mit den Aufgriffsschwellen umgehen, also wenn ein mittelschneller Breitbandanschluss vorhanden ist und eine weitere Förderung verhindert.

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke übernimmt den Vorsitz.)

Es sollte nicht das Ziel unserer Politik sein, den Breitbandbereich ausschließlich temporär zu fördern. Deswe-

gen müssen wir uns auch mit der Frage beschäftigen, wie wir ebenso Bereiche fördern können, die bereits eine Verfügbarkeit von rund 30 MBit haben. Mecklenburg-Vorpommern muss online stattfinden und deshalb ist es für mich ein besonderes Anliegen, dass wir eine kontinuierliche Steigerung in diesem Bereich vollziehen.

Mein Kollege Franz-Robert Liskow hat es gesagt, wir möchten als Koalition dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zustimmen, nur mit zwei kleinen Einschüben, aber da sind die Antragsteller hoffentlich mit einverstanden. Es geht darum, dass wir Übersichten über die betroffenen Gebiete liefern, und wir möchten aber das Ministerium bitten, alle dem Ministerium zur Verfügung stehenden Übersichten zu liefern, um dementsprechend auch dann dem Ausschuss berichten zu können.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und stehe den zukünftigen Entwicklungen in unserem Bundesland sehr positiv gegenüber.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort die Abgeordnete Kröger.

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Immer wieder haben wir – und mit „wir“ meine ich den Landtag – in den letzten Monaten festgestellt, dass unser Bundesland unter Funklöchern leidet, weiße Flecken, der Teilnehmer ist nicht zu erreichen, EDGE statt LTE. Wir haben auch mehrfach festgestellt, dass diese Vielzahl der Funklöcher ein Problem für die Einwohnerinnen und Einwohner ist, dass wir das Heft des Handelns selbst in die Hand nehmen möchten. Das Land will den Missetand heilen, der Markt hat versagt. Mobilfunk ist Daseinsvorsorge. Die CDU sieht das auch so, spricht von Teilhabe. Herr Borschke muss aufpassen, dass hier kein Sozialismus ausbricht, wenn Sie mich fragen!

(Maika Friemann-Jennert, CDU: Ja. –
Zuruf von Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

Und ja, so ist es, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen den Mobilfunk selbst fördern. Das ist auch gut so, aber ich muss doch zugeben, ein bisschen verwirren mich die Debatten manchmal. Ist denn jetzt alles gut oder nicht? Kommen wir mit großen Schritten voran oder eben doch nicht, weil am Ende des Tages ist doch die Realität im Land, wenn wir unterwegs sind, auch in unseren Wahlkreisen unterwegs sind – und das ist schon bitter genug, wenn ich das sage, weil ich aus Rostock komme –, dann doch oft eine andere.

Und ich hatte das neulich gerade wieder auf dem Campus der Universität. Das sind dann so Situationen, die man nicht erklären kann. Da trifft man sich mit dem Allgemeinen Studierendenausschuss in einem Raum und man möchte ein paar Dinge zeitgleich nachgucken, und es geht nicht, weil es kein WLAN gibt. Und wir haben uns übrigens genau zu dem Thema getroffen, also „Digitale Ausstattung der Hochschulen“. Und dann verlässt man die Universität und steht vor einem Fakultätsgebäude und in der rechten Hälfte gibt es WLAN und in der linken

Hälfte desselben Gebäudes nicht. Das sind auch Situationen, die man nicht erklären kann. Ich weiß, da muss man auch die Hochschulen fragen, aber die Hochschulen zeigen dann auch wieder aufs Land, und so geht diese Kette immer weiter. Und über die Nichterreichbarkeit in der Fläche müssen wir, glaube ich, gar nicht reden.

Die CDU sagt, wir wollen ein eigenes Programm, wir wollen auch selbst noch zusätzlich handeln, aber natürlich dürfen die Bundesprogramme nicht ins Hintertreffen geraten, natürlich soll das eigene, also das Landesprogramm, mit dem Bundesprogramm kombinierbar sein. So steht es in den Anträgen, die wir schon beschlossen haben, von SPD und CDU. Das sind nicht meine Worte, das sind Ihre.

Herr Krüger von der SPD sagt, jeder Mast muss abgeschlossen werden. Stimmt, denn natürlich ergibt es keinen Sinn, Masten aufzustellen, die höchstens die Landschaft verzerren,

(Jens-Holger Schneider, AfD:
So schön sind die Dinger nicht.)

aber dann ungenutzt bleiben. Um hier sicherzugehen, müssen schon vorab Verträge mit Mobilfunkanbietern gemacht werden. Ich hatte bereits in einer der letzten Reden darauf hingewiesen, dass es einen Mobilfunkpakt braucht, so, wie er in Bayern mit den Mobilfunkbetreibern auch geschlossen wurde, damit eben sichergestellt wird, dass diese Masten nicht einfach nur teure Sitzgelegenheiten für Vögel sind.

Herr Krüger sagt, der Bund handle gerade und es passe sehr viel im Land, der Breitbandausbau ginge mit großen Schritten voran.

(Thomas Krüger, SPD: Das ist auch so.)

Herr Minister Pegel unterstreicht diese Aussage, spricht von Dynamik, zählt – zu Recht – natürlich auch die vielen Millionen auf, die Bund und Land hier investieren wollen. Und dann wird wieder von dem eigenen Landesprogramm gesprochen. Rund 59 Millionen Euro Kosten sollen entstehen, das haben wir gestern gehört. Ich meine, zumindest zwischen den Zeilen auch kritische Töne vernommen zu haben, und bin gestern mit dem Eindruck hier rausgegangen, dass doch zwischen SPD und CDU nicht ganz klar ist, wie mit diesem eigenen Funkmastenprogramm umgegangen wird und ob vielleicht diese Unklarheit auch der Grund ist, warum die Förderrichtlinie noch nicht da ist, die eigentlich ja auch schon angegangen werden sollte. Wir befinden uns an einem Prüfunkt, so heißt es. Wann ist denn dieser Prüfunkt beendet?

Nun zu dem Antrag, der jetzt vorliegt. Der Landtag soll noch mal einen Beschluss fassen, damit ein flächendeckender Breitbandausbau gesichert wird. Es wird noch mal festgestellt, dass wir digitale Lücken im Land haben, dass eine digitale Infrastruktur wichtig für Wirtschaft und Soziales ist. Ja, das ist richtig, aber auch diese Feststellungen sind natürlich nicht neu, und so langsam, aber sicher müssen wir uns ja schon fragen, warum wir es noch mal beschließen, was wir genau beschließen und wohin diese Reise mit dem Antrag eigentlich gehen soll.

Herr Liskow, Sie haben angekündigt, unserem Änderungsantrag mit dieser eben erwähnten Änderung von

Herrn da Cunha zuzustimmen. Das hören wir natürlich gern, weil zugegebenermaßen wir auch nur unter dieser Bedingung dem Antrag zustimmen würden.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Schauen wir in den Forderungsteil. Sie wollen den Ausbau stärken und stützen. Natürlich, sehr gerne. Sie wollen in besonderen, quasi in digital verlassenen Gebieten weiter nach Fördermöglichkeiten suchen. Auch richtig, und aus unserer Sicht auch eine Selbstverständlichkeit. Sie wollen bei der EU und beim Bund werben, dass Unternehmen ihre Zusagen – Herr Minister ist darauf eingegangen – auch einhalten, und das wäre natürlich auch angemessen und richtig so. Und Sie wollen sich auf EU-Ebene einsetzen, um die Rahmenbedingungen zu verbessern. Auch gut. Und für Gewerbegebiete, die noch auf digitale Infrastrukturen warten, soll es auch Fördermöglichkeiten geben beziehungsweise diese gesucht werden. Auch das ist richtig.

Natürlich, als wir den Antrag besprochen haben in unserem zuständigen Arbeitskreis, ich den Antrag da vorgestellt habe, wurde ich natürlich auch gefragt: Gut, was ist denn daran jetzt neu? Wir gehen natürlich davon aus, dass das genau das ist, was die Landesregierung auch macht, auf EU-Ebene,

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Ganz genau.)

auf Bundesebene, immer wieder – und eigentlich sind Sie ja auch schon darauf eingegangen, Herr Pegel, dass Sie genau das machen, Sie haben ja die 30-MBit-Problematik hier auch schon erörtert –, dass genau auf diese Probleme schon eingegangen wird, dass man sich um diese Probleme kümmert. Und dann wird man gefragt, wozu dann jetzt dieser Antrag, was hilft er denn jetzt noch konkret, was nutzt er denn konkret. Und da muss ich zugeben, die Frage konnte ich nicht beantworten, weil ja – auch ich gehe davon aus – die Dinge, die Sie in dem Antrag hier fordern, längst Dinge sind, die Sie natürlich auch machen. Und an einer mangelnden Unterstützung des Landtages in Sachen Breitbandausbau liegt es, glaube ich, nicht,

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Ganz genau.)

wenn ich mir die letzten Beschlüsse angucke,

(Torsten Renz, CDU: Im Leben nicht!
Das könnte ich eidesstattlich erklären.)

die wir hier beschlossen haben, mit „Go Breitband“ und „Daseinsvorsorge“

(Torsten Renz, CDU: Wir sind
nämlich die treibende Kraft.)

und „wir fordern auf, dass alles schneller geht“, dann weiß ich nicht so ganz genau, wo jetzt wirklich der Mehrwert ganz konkret dieses Antrages liegt.

Wir hatten ja eine umfangreiche Anfrage gestellt, gerade auch für die sogenannten weißen beziehungsweise grauen Flecken. Daraus resultiert ja auch unser Änderungsantrag, damit dort eben auch noch mal Klarheit besteht, wie denn nun die Sachlage ist.

Wobei, auch da hat mich gestern die Debatte etwas verwirrt, Herr Krüger, weil genau um diese Lücken ging es, um diese fehlenden Daten, und Sie sagten gestern, die Daten lägen sozusagen vor, also wir wären fast fertig damit zu wissen, wo. Also Sie haben über weiße Flecken gesprochen im Land, über Gebiete, die jetzt noch nicht versorgt sind und auch Schwierigkeiten damit haben, und dann kam so ein Satz hinterher, aber wir sind quasi fertig, wir wissen, wo diese Bereiche sind, die Daten liegen vor. Da würde mich jetzt natürlich noch mal interessieren, welche Daten da eigentlich jetzt gemeint waren, welche neuen Erkenntnisse Sie da haben.

Zum Schluss möchte ich gerne noch mal an den Koalitionsvertrag erinnern. Sie haben sich vorgenommen, einen flächendeckenden Ausbau mit mindestens 50 MBit planerisch, also 2018 angestrebt, bis 2020 in Gänze zu realisieren. Ich glaube, wir sind uns einig, dass das nicht mehr möglich ist. Bis 2020 50 MBit, das können wir, glaube ich, vergessen.

Ich will Ihr Engagement da jetzt nicht zu niedrig reden, wie gesagt, wir haben ja mehrfach hier darüber gesprochen im Landtag, trotzdem vielleicht noch mal ein kurzer Einblick in die Arbeit des Petitionsausschusses. Ein Unternehmen X schreibt im November 2016 das Land an, mit der klaren Forderung, wir brauchen einen Breitbandanschluss, wir sind hier abgehängt. Das Land antwortet, mehrfach sogar, die betreffende Gemeinde läge in einem Projektgebiet, das dann im März 2017 einen positiven Bescheid vom Bund und im Juli 2017 vom Land erhalten hat. Dann kommt das Auswahlverfahren, danach wird ermittelt, wer ausbauen soll. Nach dieser Zuschlagserteilung werden die Gemeinden angeschlossen.

So schnell geht es natürlich nicht. Das Auswahlverfahren wurde erst Anfang 2019 abgeschlossen. Die Unterlagen und der Antrag auf Bewilligung der Förderung gehen jetzt zum Bund, und wenn der Bund Ja sagt, darf der Zuschlag erteilt werden, und danach beginnt das Unternehmen mit der Feinplanung und Einholung sämtlicher behördlicher Genehmigungen. Und ich habe heute kurz vor der Sitzung noch mal nachgefragt – wie gesagt, im November 2016 hat sich das Unternehmen an das Land gewandt, bis heute steht kein Termin für den Baubeginn fest und der November 2019 ist auch nicht mehr weit hin. Und für diese verzögernden Momente tragen auch nicht immer unbedingt wir die Verantwortung, das hat dann eben auch mit Fristen zu tun, die auch gesetzlich eingehalten werden müssen, aber ich glaube, dieser Fall zeigt, dass wir einfach zu langsam vorankommen.

Und der Mittelabruf, Herr Minister, den Sie gerade beschrieben haben, die Dynamik, von der Sie sprachen, also die seichte Dynamik, die da jetzt Einzug hält – weil, ich glaube, bei der Höhe der Mittel, die da noch ausgegeben werden sollen, ist das nach wie vor eine wirklich sehr große Herausforderung, die wir im Land zu stemmen haben, den Breitbandausbau möglichst schnell dann auch zu bewältigen, das ist kein Kinderspiel, ich glaube, dessen sollten sich alle Rednerinnen und Redner bewusst sein –, wir sind gerne dazu bereit, sofern es uns denn möglich ist, unseren Teil dazu beizutragen. Ich würde nur noch mal darum bitten, dass der ganz konkrete Mehrwert dieses Antrages hier vielleicht noch mal dargestellt werden kann,

(Heiterkeit bei Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

weil auch nach den letzten Reden ist mir das, ehrlich gesagt, noch nicht so ganz klar, weil, noch mal, den Rückenwind aus dem Landtag, den haben Sie, auch von unserer Seite,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Noch mal pusten ist vielleicht nicht schlecht!)

das beweisen auch die letzten Beschlüsse,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

und so langsam, aber sicher sollte es dann auch einfach vorangehen, als quasi hier immer nur Beschlüsse zu fällen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion Freie Wähler/BMV hat jetzt das Wort der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Mitbürger! Uns allen ist bekannt, dass Mecklenburg-Vorpommern im Hinblick auf den Breitbandausbau noch einen großen Nachholbedarf hat. Die Zahlen wurden schon genannt. Mitte 2018 verfügten lediglich 66,5 Prozent der Haushalte über eine Breitbandanbindung von 50 Megabits pro Sekunde oder mehr. Darauf haben Herr da Cunha und Herr Liskow schon hingewiesen. Aber was Sie, glaube ich, nicht gesagt haben, ist, damit liegt Mecklenburg-Vorpommern im Bundesländervergleich auf dem vorletzten Platz. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 82,9 Prozent. Betrachtet man aber nur die Breitbandversorgung der ländlichen Regionen, dann besaßen in Mecklenburg-Vorpommern sogar nur 34,2 Prozent der Haushalte einen Breitbandzugang mit der entsprechenden Stärke. Leider habe ich da jetzt nicht die Vergleichsgröße der anderen Bundesländer, aber ich denke, der vorletzte Platz ist uns wahrscheinlich auch da sicher.

Es besteht also alles in allem ein Nachholbedarf für Mecklenburg-Vorpommern in Sachen flächendeckender Breitbandausbau. Und diese Probleme und Schwierigkeiten bestehen ja nicht erst seit gestern oder seit heute, sondern bereits 2010 legte die EU in ihrer Strategie „Europa 2020“ fest, dass nur der Breitbandausbau von Gebieten mit einer Breitbandversorgung von weniger als 30 Megabits pro Sekunde förderungsfähig ist. Warum kommen SPD- und CDU-Fraktion also erst jetzt, zehn Jahre später, auf die Idee, eben diese Aufgreifschwelle anheben zu wollen? Hier hätte man schon längst tätig werden müssen.

Nicht viel anders gestaltet sich die Sachlage mit Blick auf den Optimierungsbedarf des Breitbandförderprogramms des Bundes, welches schon seit 2015 besteht, und hier insbesondere in Bezug auf das Markterkundungsverfahren und den eigenwirtschaftlichen Breitbandausbau. Warum hat man sich auch hier nicht schon viel früher für eine rechtsverbindliche Ausbaubekundung oder Ähnliches vonseiten der betreffenden Unternehmen eingesetzt oder für entsprechende Sanktionsmöglichkeiten, falls der eigenwirtschaftliche Ausbau durch ein Unternehmen dann doch nicht erfolgt?

Mit Blick auf die Forderung der SPD- und CDU-Fraktion, Fördermöglichkeiten für den Breitbandausbau in Gewer-

begebieten zu suchen, kommen ebenso einige Fragen auf. Aktuell ist es so, dass in unserem Bundesland ganze 57 Prozent der Gewerbegebiete als unterversorgt gelten. 57 Prozent! Sie verfügen damit über eine Breitbandversorgung von unter 50 Megabits pro Sekunde. Bundesweit sind es „nur“, in Anführungsstrichen, 35 Prozent. Das ist natürlich auch viel zu viel, aber immerhin doch deutlich weniger als 57 hier bei uns. Und nur ein einziges der 3.016 Gewerbegebiete in Mecklenburg-Vorpommern ist im Rahmen des Bundesförderprogramms Breitbandausbau an das Gigabitnetz angeschlossen worden, nur ein einziges von 3.016!

Obwohl auch dieser Zustand das Ergebnis einer langfristigen Entwicklung ist und obwohl es bereits im Januar 2017 sowie im November 2018 zwei Sonderprogramme zur Förderung des Breitbandausbaus in Gewerbegebieten auf Bundesebene gab, ist die Situation heute so wie gerade beschrieben. Gerade vor dem Hintergrund, dass die SPD bereits seit mehr als 20 Jahren den Ministerpräsidenten beziehungsweise die Ministerpräsidentin in unserem Land stellt und die CDU seit 2006 Koalitionspartner an der Regierung ist, stellen sich dann die Fragen: Warum hat es die Landesregierung in unserem Land überhaupt so weit kommen lassen? Warum liegen wir hinsichtlich des Anteils der Gewerbegebiete, die in unserem Land unterversorgt sind, auf dem vorletzten Platz? Und warum versuchen SPD und CDU erst jetzt, die Mängel der bestehenden Fördergrundlagen und Förderprogramme zu beheben?

(Torsten Renz, CDU: Na, haben Sie da eine Erklärung für?)

Herr Liskow, der Antrag – ich wende mich mal an den Kollegen Liskow, der den Antrag eingebracht hat –, der Antrag ist im Grunde genommen formal korrekt, aber ich stelle mir die gleiche Frage wie auch schon Frau Kröger: Warum stellen Sie den jetzt überhaupt? Das sind im Grunde genommen Selbstverständlichkeiten, die die Landesregierung abarbeiten soll. Ich habe Herrn Pegel so verstanden, dass er da auch zugange ist. Aus unserer Sicht ist das alles natürlich zu langsam,

(Torsten Renz, CDU: Klar.)

das ist auch klar. Aber vielleicht ist das der Grund für den Antrag, dann können Sie das noch mal klarstellen, ansonsten ist mir das einfach nicht einleuchtend, warum Sie diesen Antrag stellen.

Deswegen wollten wir ihm ursprünglich auch nicht zustimmen, sondern haben gesagt, wir enthalten uns. Er ist nicht verkehrt, aber wir können eigentlich da keinen Persilschein auf diese Art und Weise ausstellen und sagen, es ist alles in Ordnung, wir geben jetzt noch mal Rückenwind für etwas, was wir sowieso schon längst wollen. Durch den Änderungsantrag von Frau Kröger beziehungsweise der Linksfraktion kommt jetzt hier etwas Konkretes in dieses Thema hinein, deswegen können wir dann, sofern der Änderungsantrag beschlossen werden sollte, dann auch dem Gesamtantrag zustimmen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na?! Na?!)

weil er dadurch überhaupt erst mal was Neues und was Konkretes bekommt. Ansonsten muss ich sagen: Arbeiten Sie einfach die Themen ab, und zwar so schnell wie möglich! – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU hat noch mal das Wort der Abgeordnete Franz-Robert Liskow.

Franz-Robert Liskow, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kollegen! Ich finde das auch schon ganz interessant, wie hier argumentiert wird, weil dann muss ich ehrlicherweise auch sagen, dann könnten wir uns hier auch ein Drittel aller unserer Landtagsanträge klemmen, wenn wir immer sagen, das muss das Ministerium so oder so machen. Selbstverständlich macht der Minister sehr viel an dieser Stelle, deswegen haben wir ja auch als Mecklenburg-Vorpommern besonders großen Erfolg gehabt bei dem Einwerben von Fördermitteln. Dass wir jetzt 1,5 Milliarden zur Verfügung haben, um die Breitbandlücken zu schließen, das ist, glaube ich, ein großer Erfolg, den wir hier gemeinsam bekommen haben,

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Haben wir ja schon bestätigt.)

das zweifelt auch keiner hier an. Das ist ohne Frage so, das haben wir auch ...

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Das hat ja auch keiner bestritten, dass das bestätigt ist, aber dennoch gibt es weiterhin Lücken, die neu aufgefunden sind und die wir auch weiterhin schließen müssen. Und das ist, glaube ich, auch Aufgabe des Parlamentes, da auch noch mal einen Minister mit einem Arbeitsauftrag auszustatten, weil das sind halt Themen, die ohne Frage der Minister auch selbst auf dem Schirm hat, aber die mit einem Landtagsantrag natürlich und mit der Stärkung im Parlament noch mal anders im Bund angegangen werden können.

(Torsten Renz, CDU: Richtig!
Auf den Punkt gebracht!)

Das ist doch ohne Frage so.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut!)

Und von daher glaube ich, dass vor allen Dingen das Thema des eigenwirtschaftlichen Ausbaus und das Thema der Gewerbegebiete so wichtig ist, dass wir auch hier im Landtag darüber noch mal reden müssen und hier auch noch mal uns die Zustimmung für den Minister holen. Von daher freue ich mich, dass ich ja doch jetzt von allen Fraktionen gehört habe, dass zugestimmt wird, und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Peter Ritter, DIE LINKE: Was ist mit dem
Änderungsantrag? – Franz-Robert Liskow, CDU:
Haben wir doch vorhin schon gesagt! –
Peter Ritter, DIE LINKE: Ja,
ich war leider nicht da.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion DIE LINKE hat noch einmal das Wort die Abgeordnete Kröger.

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Einfach noch mal zur Klarstellung, weil es da ja

offensichtlich eine Verwirrung gab und die Ergänzung sich nicht machen lässt: Ich glaube, wir sind uns alle im Klaren darüber, dass man nur Daten vorlegen kann, die man auch hat. Also was aus dem Hut zu zaubern, darum geht es ja hier nicht, die Phantasiewerte zusammenzusammeln. Also wenn dem Ministerium die Erkenntnisse dann vorliegen, dann hätten wir sie natürlich gerne auch. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/4029.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4117 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4117 einstimmig angenommen worden.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/4029 mit den soeben beschlossenen Änderungen zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. –

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist auch der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/4029 mit den Änderungen angenommen, einstimmig angenommen.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Mehr Rückenwind geht nicht! –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Windstärke 10, Herr Renz!)

Ich rufe auf, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 27:** Aussprache gemäß Paragraf 43 Nummer 2 der Geschäftsordnung des Landtages zum Thema „Postdienstleistungen sind Daseinsvorsorge – Änderungen des Postgesetzes müssen Qualität der Arbeitsplätze und der Leistung sichern“, auf Antrag der Fraktion DIE LINKE.

**Aussprache gemäß § 43 Nummer 2 GO LT
zum Thema
Postdienstleistungen sind Daseinsvorsorge –
Änderungen des Postgesetzes müssen Qualität
der Arbeitsplätze und der Leistung sichern**

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 64 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Für die Fraktion DIE LINKE hat das Wort der Abgeordnete Foerster.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Postkurier- und Expressbranche mit ihren annähernd 7.000 sozialversicherungspflichtig und mehr als 3.500 geringfügig Beschäftigten hat den

Landtag bereits mehrfach beschäftigt und immer ging es dabei um die Arbeitsplätze sowie die Arbeits- und Entgeltbedingungen für die Beschäftigten, egal, ob wir über die Zusteller beim „Nordkurier“, die Beschäftigten im Schweriner Briefzentrum oder die Paketboten der verschiedenen Anbieter diskutiert haben.

Und auch die Aufsetzung der heutigen Aussprache dient natürlich dem Zweck, Sie, meine Damen und Herren, zu sensibilisieren und über mögliche Konsequenzen der von Bundeswirtschaftsminister Altmaier angekündigten Modernisierung des Postgesetzes zu diskutieren, denn die augenblicklich noch 3.353 Beschäftigten in der Brief- und Paketzustellung der Deutschen Post AG bei uns im Land wollen natürlich wissen, was diese Pläne für ihre berufliche Zukunft bedeuten.

Bevor ich auf die Dinge aus dem Eckpunktepapier eingehe, die mir und meiner Fraktion Bauchschmerzen bereiten, zunächst ein kurzer Blick zurück. Das Postgesetz ist jetzt circa 22 Jahre alt. Insofern ist es durchaus zulässig, darüber nachzudenken, ob es noch zeitgemäß ist. Als es 1997 beschlossen wurde, sollte es im Verbund mit verschiedenen Verordnungen festlegen, zu welchen Standards eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit postalischen Dienstleistungen gewährleistet werden kann. Zudem ging es um Regeln für den Wettbewerb der Unternehmen auf dem Postmarkt.

Wenn man jetzt noch mal in die Dokumente schaut, dann ist neben dem Anspruch auf eine flächendeckende Grundversorgung zu erschwinglichen Preisen auch von ausreichenden Angeboten und von der Berücksichtigung sozialer Belange die Rede. Bereits zur Frage, inwieweit dem Anspruch einer flächendeckenden Grundversorgung noch entsprochen wird, kann man natürlich trefflich streiten. Nur mal eine Zahl: So sank die Zahl der Briefkästen nach Angaben der Bundesnetzagentur deutschlandweit in den letzten acht Jahren von 112.381 auf nunmehr noch 109.791, also ein Minus von fast 2.600 Kästen.

Die Qualität des Postdienstes nahm ab. So reduzierte sich die Zahl der Kästen, die auch nachmittags gelehrt werden, bundesweit um 12.600 auf 47.600, und zugleich stieg die Zahl derer, aus denen Briefe nur vormittags geholt werden, um rund 10.000 auf jetzt 62.200. Übersetzt heißt das, wer mittags einen Brief einwirft, dessen Sendung wird vielfach erst am nächsten Tag abgeholt, und das wiederum bedeutet nichts anderes, als dass sich die Zeit bis zur Ankunft des Briefes für eine zunehmende Zahl von Kunden verlängert hat.

Das zeigen auch weitere Zahlen. Kamen im Jahr 2011 noch 93,7 Prozent der Einzelsendungen bereits am nächsten Tag an, so waren es 2018 nur noch 88,3 Prozent. Und ebenfalls bundesweit gesunken ist seit der Privatisierung die Zahl der Postfilialen. Sie hat sich mehr als halbiert, wobei man sagen muss, die klassische Postfiliale gibt es eigentlich gar nicht mehr. Wenn wir hier nach Mecklenburg-Vorpommern gucken, dann sind es überwiegend Einzelhändler und Dienstleister, die als sogenannte Partnerfiliale mit der Post kooperieren, und davon gibt es 339 Stück.

Auch das Thema „erschwingliche Preise“ kann man natürlich sehr unterschiedlich bewerten. Also die Portierhöhung für Briefe und Postkarten hat jedenfalls hohe Wellen geschlagen, denn nachdem die Bundesnetzagentur noch Anfang Januar einen Erhöhungsspielraum von

circa 4,8 Prozent vorgeschlagen hatte, hat ja der Postkonzern interveniert und für diesen Fall mit dem Abbau von Arbeitsplätzen gedroht, und das, obwohl die geltend gemachte Steigerung der Personalkosten ja bereits in der Berechnung enthalten war. Das Ende kennen Sie, die Bundesregierung knickte ein, die Bundesnetzagentur musste neu rechnen und die tatsächliche Erhöhung, die fiel deutlicher aus als ursprünglich geplant. Die wahrnehmbare Empörung über die Dimension der Portoanhebung hat sicher auch etwas damit zu tun, dass der Konzern seinen Umsatz im vergangenen Jahr von 60,4 auf 61,6 Milliarden Euro gesteigert hat und man somit den Eindruck nicht loswird, die Portoanhebung könnte vom Portemonnaie der Kunden direkt in die Dividende der Anleger fließen.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass die Beschwerden zum angebotenen Service der Post ständig steigen. Waren es deutschlandweit 1999 ganze 250 pro Jahr, so stieg deren Zahl bis 2018 bereits auf 12.615, und mit 54 Prozent entfiel mehr als die Hälfte auf den Briefbereich. Auch hierzulande steigen die Zahlen, wenn Sie absolut auch deutlich kleiner ausfallen. Wurden 2014 ganze 11 Beschwerden eingereicht, waren es im vergangenen Jahr 79.

(allgemeine Unruhe)

Wenn man jetzt hinguckt, worum es da geht, dann werden zum Beispiel zu spät zugestellte oder verschwundene Briefe beklagt. Was ich interessant finde, ist, dass sich ein Teil der Postkunden,

(Glocke der Vizepräsidentin)

jedenfalls, so weit sie sich öffentlich durch Leserbriefe oder Ähnliches äußern, durchaus sensibel dafür zeigt, dass die Briefzusteller oft einen Knochenjob für kleines Geld machen. Von sich aus vermuten sie zu große Zustellbezirke, die in der vorgegebenen Zeit nicht zu schaffen sind, oder fehlende Urlaubs- und Krankheitsvertretungen, und damit dürften sie oft richtigliegen. Mancher beschwert sich aber auch darüber, dass sich die Vorstände viel Geld einstecken, während die Beschäftigten mit schwierigen Arbeitsbedingungen zu kämpfen haben, und das ist nur allzu verständlich, wenn man mal überlegt, dass Postchef Appel 2017 allein 9,8 Millionen Euro und somit das 232-Fache des Einkommens eines durchschnittlichen Postbeschäftigten eingestrichen hat. Da stellt sich mir die Frage, was das noch mit Leistungsgerechtigkeit zu tun hat.

Und nun kündigt also Herr Altmaier die Modernisierung des Postgesetzes an. Wie man hört, will er auf diesem Wege die Rechte der Postkunden stärken. Also Skepsis ist angesagt, denn wir reden über den Minister, der gerade eine satte Portoerhöhung zulasten der Postkunden durchgedrückt hat und der ja nunmehr plant, die Zustelltage von bislang sechs auf zukünftig nur noch fünf zu reduzieren. Begründet wird das zum einen mit der abnehmenden Zahl der Briefsendungen und zum anderen mit der europäischen Postdienstrichtlinie, die eine Zustellung nur an fünf Tagen vorschreibt.

Zum ersten Punkt ist zu sagen, dass der Rückgang an Briefaufkommen infolge von E-Mail und anderen elektronischen Kommunikationsmöglichkeiten weit weniger dramatisch ausfällt als oft behauptet. Zwischen 2016 und 2018 sank die Zahl bundesweit von 18,6 auf 17,9 Milli-

arden Sendungen. Das sind minus 3,4 Prozent. Zudem möchte ich darauf hinweisen, dass viele Onlinehändler sich geäußert haben, dass kleinere Sendungen oft durch Briefdienste zugestellt werden. So sagte Amazon-Transportdienstchef Bernd Schwenger schon im Frühjahr 2017 auf einer Tagung der Bundesnetzagentur, dass man ins Schwitzen komme, wenn in Deutschland nicht mehr werktäglich zugestellt werde.

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Zur EU-Postdienstrichtlinie ist zu sagen, dass es sich um einen Mindeststandard handelt, und nach dem Günstigkeitsprinzip in der Rechtsordnung besteht kein Zwang, einen höheren nationalen Standard zu senken. So sieht es auch die Gewerkschaft ver.di, und das aus gutem Grund. Sie befürchtet den Verlust von bis zu 10.000 tariflich und sozial geschützten Arbeitsplätzen bei Streichung des sechsten Zustelltages.

Ich möchte daran erinnern, dass ich den Wirtschaftsminister hier auch schon einmal zu einem Modellprojekt für eine Postzustellung an nur noch drei Tagen befragt habe. Und die Antwort möchte ich Ihnen nicht vorenthalten. Herr Glawe antwortete mir seinerzeit wie folgt: „Von daher kann ich Ihnen nur sagen, dass wir darauf ein Auge haben werden, und da weiß ich mich mit dem Kollegen Pegel einig, dass wir bei der Bundesnetzagentur darauf achten werden, dass wir die Diskussion zumindest so führen, dass wir möglichst die Arbeitsplätze erhalten wollen.“ Zitatende. Und da kann ich nur sagen, na dann mal los, meine Herren!

Und vergessen Sie bei Ihren Gesprächen mit dem Parteifreund in Berlin bitte nicht, noch ein zweites Thema aufzurufen, nämlich die Lizenzpflicht. Bislang ist es ja so, dass jeder, der gewerblich Briefe von nicht mehr als 1.000 Gramm befördern möchte, eine Postlizenz beantragen muss.

(Präsidentin Birgit Hesse übernimmt den Vorsitz.)

Dafür reicht er dann einen Antrag bei der Bundesnetzagentur ein und muss diverse Belege beibringen. Auf diesem Weg wird dann die notwendige Zuverlässigkeit und Fachkunde geprüft und nach längstens drei Monaten wird über den Antrag entschieden. Und genau diese tiefgründige Prüfung soll nun zugunsten einer einfachen Meldung entfallen. Mich wundert an dieser Idee, dass vor gar nicht langer Zeit ja mit Blick auf die Zustände – die wir hier auch diskutiert haben – in der Paketzustellung das Gegenteil gefordert wurde, nämlich die Ausweitung der Lizenzpflicht genau auf diesen Paketbereich, und das auch aus gutem Grund, nämlich weil man gesehen hat, dass die Aufhebung selbiger zu teilweise menschenverachtenden Arbeitsbedingungen in der Branche beigetragen hat. Und trotzdem gleich es jetzt in der Briefzustellung ausprobieren zu wollen, macht mich zumindest sprachlos, weil zu befürchten ist, dass die Zeche dafür am Ende wieder die Kolleginnen und Kollegen zahlen.

Ich möchte nicht verschweigen, dass es im Eckpunktepapier auch Dinge gibt, die durchaus sinnvoll erscheinen. Wenn künftig die Schließung weiterer Filialen und der Abbau von Briefkästen an die Bundesnetzagentur gemeldet werden müssen und die dann auch tatsächlich Befugnisse erhält, derartige Vorhaben zu stoppen, dann wäre dies im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher

natürlich zu begrüßen. Dies gilt ebenso für die Möglichkeit, den Verstoß gegen Qualitätsvorgaben mit Bußgeldern zu ahnden oder generell die Rechte der Verbraucher in der Auseinandersetzung mit den Postdienstleistern zu stärken.

Ich habe vernommen, der Meinungsbildungsprozess in der Landesregierung ist zum Vorhaben „Modernisierung des Postgesetzes“ noch nicht abgeschlossen. Für meine Fraktion kann ich aber sagen, dass wir weiter sehr genau beobachten werden, was da auf der Bundesebene passiert und ob aus den Eckpunkten des Herrn Altmaier ein Gesetzentwurf wird. Gegebenenfalls werden wir das Thema dann hier erneut aufrufen und auch einen entsprechenden Antrag hier einbringen. Fest steht allerdings für meine Fraktion schon heute, dass eine Modernisierung des Postgesetzes, die diesem Namen gerecht werden will, Kunden und Beschäftigte gleichermaßen im Blick behalten muss. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Foerster.

Das Wort hat jetzt für die Landesregierung der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Herr Glawe.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Sehr geehrter Herr Foerster, das war eine gute Gewerkschaftsrede

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

und für ver.di ist das auch in Ordnung. Entscheidend ist, und das haben Sie ja eigentlich gesagt, wir reden über Eckpunkte. Der Referentenentwurf des Bundeswirtschaftsministeriums, der wird frühestens im Dezember das Licht der Welt erblicken. Danach wird es viele Diskussionsrunden geben mit verschiedenen Ebenen, natürlich auch mit den Ländern, in der Bundesnetzagentur und am Ende auch im Bundesrat.

Von daher bin ich da auch gelassen, denn wir werden uns nachher erst eine Meinung bilden können, wenn wir tatsächlich einen Entwurf haben, über den wir auch reden. Da ist der Kollege Pegel genauso gemeint wie ich. Und es wird natürlich, und da haben Sie ja auch recht, wenn drei Tage Zustellzeit kommen sollen, da wird sich bei uns keiner für erwärmen. Sie haben es richtig ausgeführt, dass auf der EU-Ebene fünf Tage Zustellung üblich sind. In Deutschland sind sechs Tage üblich.

Die Fragen, die Sie in besonderer Weise auch bewegen, das will ich hier noch mal zurufen, die Regulierung des Postwesens ist eine hoheitliche Aufgabe. Das heißt, die Bundesrepublik Deutschland muss es per Gesetz regeln, und das ist angekündigt. Ich meine, wir sind 1997, glaube ich, insgesamt darangegangen, ein neues Postgesetz auf den Weg zu bringen, um die Postmärkte auch deutlich zu verändern. Mittlerweile hat das stattgefunden. Und heute geht es ja auch um die Frage des Postwesens, wie ist der Wettbewerb, wie ist er zu fördern und wie wird flächendeckend angemessen ausreichende Dienstleistung gewährt. Das ist die Prämisse, an der sich alles messen lassen muss.

Die Erhöhung, zum Beispiel bei Briefen, die Summe der Cents, die erhöht worden sind, hat natürlich dazu

beigetragen – das will ich hier mal durchaus sagen –, dass die Beschäftigung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die nächsten Jahre mit der Erhöhung gesichert ist. Also eigentlich hätten Sie heute den Bundeswirtschaftsminister und die Bundesnetzagentur auch feiern können,

(Heiterkeit bei Henning Foerster, DIE LINKE)

aber als Gewerkschafter fällt Ihnen das natürlich schwer.

Also wenn Sie ehrlich sind, dann haben wir die Beschäftigung auch hier in Schwerin mit diesen Maßnahmen gefestigt. Und Sie haben ja richtig vorgetragen, wir waren ja bei der DHL und haben gesehen, wie da insgesamt die Briefe deutlich zurückgehen, aber der Paketverkehr steigt. Also das heißt, die Paketzustellung hat insgesamt an Volumen zugenommen und das Problem im Briefzentrum war eben auch die Frage, können wir drei Schichten, zwei Schichten oder nur eine Schicht fahren. Da, denke ich, haben wir mit Ihnen eine vernünftige Lösung hingekriegt und die nächsten Jahre wird das auch in Schwerin tragen.

Nichtsdestotrotz ist es natürlich so, dass man bei den Briefmengen, Sie haben von den Postkästen gesprochen, ich habe mal eine andere Zahl, wenn Sie das ansehen, ist es ja so, dass wir 72 Millionen tägliche Briefsendungen im Jahr haben – in den Vorjahren, also 2009 waren das so viele –, und heute sind es nur noch die rund 57 Millionen. Das heißt, die Arbeit hat in diesem Bereich abgenommen. Von daher muss man neue Wege gehen und neue Arbeitsaufgaben auch akquirieren, um dann die Beschäftigungslage auch zu sichern.

Meine Damen und Herren, die Entwicklung eines chancengleichen und funktionsfähigen Wettbewerbes auf den Postmärkten hat sich eigentlich in den letzten Jahren als zufriedenstellend herausgestellt. Natürlich sind Arbeitspitzen gerade in der Weihnachtszeit und in der Vorweihnachtszeit ein Riesenproblem. Manche Zusteller haben dann bis zu 300 Pakete am Tag zuzustellen, das ist schon eine erhebliche Marathonleistung, aber andererseits ist es eben so, dass die Arbeit dann ja auch erbracht werden muss, denn auch die Post, das sind Dienstleister.

Meine Damen und Herren, Beschwerden und Mängel sind immer ein Thema. Sie haben es aber selbst vorgebracht, in Mecklenburg-Vorpommern eher wenig, und wenn mal eine Postsendung oder auch mal ein Paket verlustig geht, ist es eigentlich eher so, dass die meisten gar keine Nachverfolgung anstreben, es sei denn, es ist eine besonders wertvolle Sendung. Ansonsten zeigen viele auch den Verlust nicht an. Das ist sozusagen das praktische Leben, was ich hier mal kurz vorschlage. Viele Dinge, die landen nicht vor Gericht, sondern die landen im Schlichtungsverfahren.

Ja, meine Damen und Herren, also ich bin hier sicher, dass wir eine zufriedenstellende Lösung finden werden, der am Ende auch – zähneknirschend wahrscheinlich – die Gewerkschaften zustimmen können. Am Ende geht es darum, die Bevölkerung zu versorgen, vernünftige Dienstleistungen anzubieten, und da geht es auch um den Brief- und Postverkehr. Von daher bin ich mir sehr sicher, Herr Pegel ist ja sozusagen ordentliches Mitglied in der Netzagentur, und falls der mal nicht kann, dann darf ich dahin.

(Jochen Schulte, SPD:
Als unordentlicher?)

Nee, ich darf dann dahin. Er hat Vertrauen zu mir, ich werde dann nur nicht in die A-Länder-Runde, sondern in die B-Länder-Runde eingeladen. Das ist der einzige Unterschied. Aber in der Sache ...

(Jochen Schulte, SPD:
Kommt auch noch.)

Bitte? A-Länder Runde?

(Jochen Schulte, SPD:
Kommt auch noch.)

Nö, das kommt nicht mehr.

(Jochen Schulte, SPD:
Wenn du so weitermachst!)

Nee, glaube ich nicht. Sie wissen ja, Herr Schulte, ich mag Sie ja,

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Aber so sehr auch nicht.)

aber dass ich jetzt in die SPD flüchte, findet, glaube ich, nicht statt, auch wenn ...

(Jochen Schulte, SPD: Aber du würdest für zwei Mitglieder zahlen.)

Ich bin ...

Ja, vom Gewicht her schon, das ist wohl wahr. Aber lassen wir das mal jetzt sein.

Also es geht um die Grundversorgung vor Ort. Effektive Instrumente zur Behebung von Missständen müssen sozusagen aufgezeigt werden, und Anpassung des Bußgeldrahmens soll natürlich auch eine Rolle spielen, und Qualitätsvorgaben und Kundenrechte im Postgesetz sollen verankert werden. Ich denke, das ist eigentlich auch ein richtiger Weg, um den Kunden auch mehr Rechte einzuräumen. Von daher sehe ich jetzt erst mal der Debatte gelassen entgegen.

Und, Herr Foerster, wenn Sie den Referentenentwurf vor mir haben, dann können Sie mir den ja als Gewerkschafter mal zustellen. Heute ist es etwas zu früh, über Eckpunkte zu reden, die jetzt ja gerade vor Kurzem durch den Bundeswirtschaftsminister vorgestellt worden sind. Also wir denken an die Weihnachtszeit, und im neuen Jahr reden wir über den Referentenentwurf oder dann vielleicht schon über die Änderungen im Referentenentwurf. Das sind so Themen, die dann die Länder auch erreichen.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ich gehe davon aus, Sie berichten von sich aus im Wirtschaftsausschuss dazu?)

Im Wirtschaftsausschuss, gehe ich mal davon aus, dass Sie das schon auf die Tagesordnung gedanklich gesetzt haben.

(Heiterkeit bei Henning Foerster, DIE LINKE:
Da liegen Sie nicht ganz falsch.)

Ich werde da natürlich pünktlich an einem Donnerstag um 9.00 Uhr im Ausschuss oder früher berichten. Wenn Sie sagen, das machen wir vor der Tagesordnung, 8.30 Uhr, bin ich auch da.

(Thomas Schwarz, SPD:
Nein, nein, nein!)

Also, Kollege Foerster, da bin ich ganz entspannt und freue mich auf Diskussionen und Informationen für Sie. Ich habe erst sieben Minuten und 25, zehn Minuten darf ich reden.

Also, Herr Foerster, ich bin auf kreative Ideen Ihrerseits immer gespannt, und andererseits, denke ich, sind Sie auch als Gewerkschafter gut informiert über die Dinge, die auf der Bundesebene laufen. Lassen Sie uns im nächsten Jahr sozusagen richtig durchstarten, um auf der Bundesebene,

(Jochen Schulte, SPD: Du musst jetzt
aber die zehn Minuten nicht ausschöpfen.)

um auch auf der Bundesebene die Dinge zusammen im Bundesrat zu besprechen, und hier natürlich im Haus und im Ausschuss werde ich unterrichten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Heiterkeit und Beifall
vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD Herr Lerche.

(Minister Harry Glawe: Also schreib auf,
ich habe nicht zehn Minuten geredet.)

Dirk Lerche, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Liebe Landsleute! Die Linksfraktion hat eine Aussprache beantragt mit dem Titel „Postdienstleistungen sind Daseinsvorsorge – Änderungen des Postgesetzes müssen Qualität der Arbeitsplätze und der Leistung sichern“. Aus den Medien erfährt man, dass es derzeit Diskussionen über eine Novellierung des Postgesetzes im Bundeswirtschaftsministerium von Peter Altmaier gibt. Eine konkrete Faktenlage haben wir aber noch nicht. Den Referentenentwurf will Herr Altmaier erst Ende 2019 vorlegen.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Das Eckpunktpapier können
Sie sich anschauen, Herr Lerche.)

Aber es wurde ein Eckpunktpapier des Ministeriums vorgelegt. Ich habe es mir angeschaut, ich habe es hier auch bei mir auf dem Tablet.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das ist ja mal lobenswert.)

Das private Aktienunternehmen Deutsche Post hat immer noch zahlreiche Privilegien, aber auch Pflichten, die die Konkurrenz nicht hat. Dem soll nun Abhilfe geschaffen werden.

Ich will kurz drei Punkte aus dem Eckpunktpapier ansprechen. Die Lizenzpflicht soll gelockert werden, quasi jeder soll Post austragen dürfen.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Das können sie gut.)

Nein, darüber würde ich gerne diskutieren.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Das machen wir ja gerade.)

Es stellt sich nämlich die Frage, wie mit amtlichen Schreiben, Zustellungsnachweisen, Widerspruchsfristen und so weiter dann umgegangen wird. Wir können gern ... Wie soll das auch geregelt werden, wenn der Verbraucher für eine Wertmarke, um seine Post befördern zu lassen, dann 7, 8, 9, 10, 15 Unternehmen hier in Deutschland hat? Wenn ich in Frankreich im Urlaub einen Brief, eine Postkarte einwerfe, dann habe ich dort auch nur ein Postunternehmen, wo ich eine Briefmarke kaufe, und nicht 20 Anbieter. Wie soll das alles geregelt werden?

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Aber das sind alles ungelegte Eier, und das steht hier auch in diesem Eckpunktpapier nicht drin, was es da für Vorstellungen geben soll, wie das alles geregelt werden soll. Das geht aus diesem Eckpunktpapier nicht hervor. Und darüber zu spekulieren, möchte ich hier heute nicht machen.

Das, was wir bisher hatten, hatte Qualität und es war gut gewesen. Über die Tarife, wie viel Geld wir benötigen, um einen Brief mit soundso viel Gramm oder soundso viel Gramm zu versenden oder eine Karte, das wird ausgehandelt. Bis jetzt war das in Deutschland moderat. Wenn ich da in andere Länder, europäische Länder fahre, bezahle ich bedeutend mehr.

Ob die zustellpflichtigen Tage fünf oder sechs sein sollen, die AfD steht für die direkte Demokratie,

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

dies wäre zum Beispiel mal ein Beispiel für einen Volksentscheid. Lassen wir doch die Bevölkerung darüber entscheiden, ob wir fünf oder sechs Zustelltage in der Woche haben wollen.

(Torsten Renz, CDU:
Ich bin für drei Möglichkeiten.)

Aber auch das setzt voraus,

(Torsten Renz, CDU:
Online oder per Hand?)

dass wir uns dann in diesem eingeschränkten Bereich von Postsendungen

(Torsten Renz, CDU:
Online oder per Hand?)

über etliche Gesetze dann auch unterhalten müssen, die dann geändert werden in Bezug auf Widerspruchsregelungen oder Zustellungsnachweisen und so weiter.

Dann sollen die Kunden- beziehungsweise Verbraucherrechte gestärkt werden. Da sind wir bei Ihnen, das wünschen wir uns alle. Alle Postunternehmen sollen außergerichtliche Schlichtungsverfahren einführen, zum Bei-

spiel. Das habe ich hier in dem Eckpunkteplan irgendwo herausgelesen. Es wäre wünschenswert, wenn es dann so ist.

Die Paketzustellerei, die ist liberalisiert, und mit den Zustellern, die bei mir in meiner Firma Ware zustellen, habe ich gesprochen. Die Arbeitsbedingungen bei Trans-o-flex, bei UPS und auch bei DPD, die Fahrer haben sich bei mir nicht beklagt. Natürlich wünscht sich jeder auch etwas mehr Lohn, aber dass dort die Arbeitsbedingungen unmenschlich sind, wurde mir nicht so bestätigt.

Danke für die Aufmerksamkeit. Mehr kann ich zu dieser Sache erst mal nicht sagen, weil bis jetzt nur das Eckpunktepapier vorliegt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Herr Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In dem Tagesordnungspunkt vorher sagte die Frau Kollegin Kröger, wenn ich das richtig im Kopf habe, sie wüsste nicht genau, warum dieser Antrag überhaupt auf der Tagesordnung wäre, es würde doch alles schon gemacht, es ginge alles seinen Gang.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn man diese Anmerkung machen möchte, dann sollte man sie eigentlich bei diesem Tagesordnungspunkt machen, sehr geehrter Herr Kollege Foerster, weil wir reden hier nicht mal über ein ungelegtes Ei. Da existiert noch nicht mal die Henne, würde ich sagen, die dieses Ei legen soll.

(Beifall Horst Förster, AfD)

Wir haben, und das ist ja auch in Ihrem Redebeitrag deutlich geworden, Sie haben ja den überwiegenden Teil Ihres Redebeitrages durchaus zutreffend einen nicht unbedingt zufriedenstellenden Zustand im Postzustellwesen in Deutschland geschildert, sowohl, was die Situation Filialleistungen angeht, als auch die Situation bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Arbeitsbelastung, die da ist. Das ist alles gar nicht der Punkt. Da will ich auch gar nicht dagegenreden, sehr geehrter Herr Kollege Foerster. Nur, das hat nichts mit der Aussprache zu tun, weil Ihre Aussprache heute ist angemeldet worden, was die Novellierung des neuen Postgesetzes angeht. Da gibt es mal gerade ab dem 01.08. dieses Jahres einen entsprechenden Kriterienkatalog/Eckpunkte des Bundeswirtschaftsministeriums. Das ist nicht mal ein Referentenentwurf, das hat der Wirtschaftsminister hier auch dargelegt.

Und wenn man sich diesen Referenten..., nein, diesen Referentenentwurf nicht, diese Eckpunkte des Wirtschaftsministeriums anguckt, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen – und das ist ja auch bei den folgenden Debattenbeiträgen deutlich geworden –, dann besteht dieses Eckpunktepapier darin, dass das Bundeswirtschaftsministerium sagt, wir wollen prüfen, wir wollen schauen, wir überprüfen, wir überlegen und so weiter und so weiter. Da sind Eckpunkte benannt worden, da kann man differenziert zu stehen, wenn die denn tatsächlich

konkretisiert in einem Referentenentwurf für die Novellierung des entsprechenden Postgesetzes umgesetzt werden. Da weiß man aber noch gar nicht, wie die Umsetzung erfolgt.

Ich will das mal an einem Punkt aufgreifen, den Herr Lerche eben angesprochen hat. Da ging es um die Frage, wie ist es denn in Zukunft zum Beispiel, wenn ich verschiedene Postdienstleister habe, die ich übrigens heute schon habe, wie ist es denn dann zum Beispiel mit entsprechenden Einschreibungen oder sonstigen Leistungen? Das ist alles nicht dort angesprochen worden. Da steht nur ein Halbsatz drin, das muss geprüft werden, welche Voraussetzungen dann erfüllt werden sollen. Also reden wir über etwas, was in keiner Weise – was diese Novellierung angeht – sich schon so weit konkretisiert hat, Herr Kollege Foerster, dass man wirklich sagen kann, das ist positiv oder das ist negativ.

Ich kann es Ihnen auch an einem anderen Beispiel deutlich machen. Dort ist an einer Stelle aufgeführt worden – Sie wissen das wahrscheinlich oder Sie haben es ja auch nachgelesen, Sie haben sich ja dann auch mit dem Eckpunktepapier beschäftigt, das ist ja deutlich geworden –, dass zum Beispiel, was die Entgeltsituation angeht, auch vor dem Hintergrund, wie die Beschäftigten dann auch entlohnt werden, jetzt in Zukunft möglicherweise eine Ex-Post-Betrachtung der Entgeltkalkulation durchgeführt werden soll. Das mag gut sein, das mag aber auch schlecht sein, das heißt nämlich im Endeffekt, die Frage ist, wie wird sie durchgeführt. Aber wie sie durchgeführt wird, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das weiß ich in dem Moment frühestens, wenn ich den Referentenentwurf sehe und möglicherweise auch entsprechenden Papiere, die dazu führen.

Und deswegen, sehr geehrter Herr Kollege Foerster, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE, nehmen Sie es mir nicht übel, das ist eine Debatte, die man sicherlich führen muss, auch aus Interesse der Kunden in diesem Land, auch im Interesse der Beschäftigten in diesem Land, aber man muss sie nicht heute führen, man sollte Sie dann tatsächlich führen, wenn der Referentenentwurf vorliegt. Und ich bin der Letzte, auch wenn es ein Bundesgesetz dann ist und wir ohnehin nur sehr, sehr wenig Einfluss darauf haben werden, wie die entsprechenden Regelungen sein werden, aber ich bin der Letzte, der sich einer Diskussion dann entziehen wird, ganz im Gegenteil.

Nur eins gestatten Sie mir an dieser Stelle dann auch, sehr geehrter Herr Kollege Foerster – und damit möchte ich dann auch zum Ende kommen –, eins möchte ich dann auch noch mal zum Ausdruck bringen. Ich weiß, dass Sie das vom Grundsatz her ähnlich sehen wie ich. Sie haben hier als Beispiel Amazon angeführt für diejenigen, dass es dann so schwer wäre, wenn es jetzt zum Beispiel einen Zustelltag weniger gäbe. Und da bin ich eher der Auffassung, da heulen dann die Falschen, weil Amazon sollte mal erst mal anfangen, seine Beschäftigten ordentlich zu bezahlen und einen Tariflohn zu bezahlen.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Da sind wir uns einig.)

Ich weiß, dass Sie das genauso sehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und wenn wir das haben, dann bin ich auch bereit, deren Leid zu teilen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Waldmüller.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Wirtschaftsminister hat zu den Ausführungen zur Zukunft der Arbeitsplätze, von denen Sie befürchten, dass sie verloren gehen, gesprochen, hat auch zu dem gesprochen, Herr Schulte hat das auch eben gerade sehr, sehr deutlich gemacht, dass der Stand der Dinge, die jetzt auf dem Weg sind mit diesem Eckpunktepapier, überhaupt noch nicht diskussionswürdig ist. Dennoch machen Sie den Antrag mit diesem Titel, den Sie so haben, „Postdienstleistungen sind Daseinsvorsorge – Änderungen des Postgesetzes ...“

Sie suggerieren aber auch mit diesem Antrag oder mit dieser Aussprache, dass Sie vermuten, dass durch die Änderung des Postgesetzes auch die Daseinsvorsorge gefährdet wäre. Und da will ich ein paar Worte drüber verlieren, dass das aus unserer Sicht, oder ich aus meiner Sicht, aus unserer Sicht eben diese Befürchtung überhaupt nicht teile, wenn das Eckpunktepapier möglicherweise sagt, dass an künftig nur noch fünf Tagen die Woche eben die Post verteilt wird.

Und jetzt ist es schwierig, da eine Brücke zu schlagen zu der von den LINKEN befürchteten gefährdeten Daseinsvorsorge. Das ist ein bisschen kompliziert, ich will es mal versuchen. Wenn also in Zukunft ein privater Anbieter auf die Idee käme, einen sechsten zusätzlichen Tag zuzustellen, er würde dann quasi den von der Deutschen Post geschaffenen Freiraum beispielsweise nehmen. Ich beziehe mich jetzt immer nur auf die Daseinsvorsorge. Und dieses Engagement, dieses privatwirtschaftliche Engagement, wäre natürlich nicht in jeder Region der Bundesrepublik in gleichem Maße sinnvoll. Es ergibt vor allem da Sinn, wo wir dichte Gebiete haben, urbane Gebiete haben, wo wir dichte Nachbarschaft haben. Schwieriger wird es dann so wie in Mecklenburg-Vorpommern, wenn wir in den ländlichen Bereich gehen, denn in der Tat, dann steht unser Bundesland schlechter da als zum Beispiel Berlin.

Aber die Frage ist: Gefährdet das tatsächlich die Daseinsvorsorge? Das glaube ich nicht. Ich weiß gar nicht – also ich persönlich, bei mir zu Hause –, ich weiß gar nicht mehr, wann ich am Montag überhaupt mal Post bekommen habe. Ich bekomme seit, ich habe es nicht gemessen, aber seit geraumer Zeit bekomme ich am Montag überhaupt keine Post. Es ist heute schon so, dass es nur an fünf Tagen zugestellt wird, aber ich habe mal recherchiert, wie viele Briefe an Montagen zugestellt werden, und es sind genau zwei Prozent. Und wenn diese zwei Prozent an einem anderen Tag zugestellt würden, dann ist das Abendland, denke ich mal, nicht in Gefahr. Und bezogen auf meine Ausführungen, zwei Prozent an Zustellungen, die von privaten Anbietern bei uns möglicherweise etwas schlechter aufgefangen werden als zum Beispiel in Berlin, die dann aber nicht am Montag, sondern am Dienstag zugestellt werden, das gefährdet nicht die Daseinsvorsorge.

Und wenn Sie sagen, die Änderungen des Postgesetzes, das kritisieren im Vorfeld zu diesem Zeitpunkt und dergleichen, dann, glaube ich, muss man aber auch eins mit nennen, das ist heute noch nicht gesagt worden, das Kommunikationsverhalten der Menschen hat sich ja auch – auch mit Sicherheit bei Ihnen – radikal verändert. Die Briefkommunikation ist seit Jahren – seit Jahren! – rückläufig. Und ich selbst schreibe, ich weiß nicht, vielleicht im Schnitt am Tag 15 Mails, sage ich mal, mache 30 Anrufe oder schreibe noch SMSen oder WhatsApp, das auch mal am Sonntag und wie auch immer. Und wenn ich mich mal selbst ertappe, wie viele Briefe schreibe ich eigentlich, dann sind die im Vergleich zu dem anderen also zu vernachlässigen, das ist eher gering.

Viel bemerkenswerter als die zwei Prozent an den Postzustellungen, die möglicherweise künftig am Montag dann nicht mehr kommen, ist – und das hat Herr Pegel in einem anderen Zusammenhang heute schon gesagt – bei der Breitbandversorgung das unglaubliche Desinteresse der Betreiber, der Versorger, ich nenne hier die Telekom, mit der der digitalen Infrastruktur begegnet wird, weil da spielt eigentlich die Musik in Zukunft, wenn wir sagen, das Kommunikationsverhalten hat sich eben verändert und wir brauchen den Breitband als Kommunikation.

Und diese Verzögerungstaktik, die die Telekom hier an den Tag legt, die ist unglaublich. Ich kann Ihnen da zig Beispiele von unserer Funklochtour sagen, wie das sich, ich sage mal, im Praktischen auswirkt. Ich weiß nicht, das haben wir wahrscheinlich noch gar nicht gesagt, das sind fast ein Dutzend Kunden, die könnte ich Ihnen auch benennen, ein Dutzend Kunden von Telefonbetreibern nennen, deren ISDN-Anschluss abgeschaltet wird. Jetzt! Das macht die Telekom jetzt, die kündigen die Verträge. Und diese Menschen stehen zum Teil vor existenziellen Problemen, in vielerlei Hinsicht, dass sie überhaupt nicht mehr, wenn sie nicht irgendwo noch eine Funkverbindung haben. Aber genau das ist ja der Punkt, in diesen Regionen ist das ja nicht, weil die Ausstattung mit Funk bei uns auch noch nicht in den ländlichen Bereichen so ist, wie es ist. Da haben die existenzielle,

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Stimmt, das hat doch aber nichts
mit dem Postgesetz zu tun.)

existenzielle Probleme, und vom Handyempfang brauchen wir da gar nicht zu reden. Also deswegen will ich das abkürzen.

(Andreas Butzki, SPD: Ja, wäre schön.)

Ich sage Ihnen, wenn dann noch die Telekom, wenn dann noch die Telekom die Werbetrommel rührt für 50 zusätzliche Funkmasten in Deutschland, dann ist das vielleicht ein Mast in Mecklenburg-Vorpommern, wir haben das auch schon mal gesagt, damit augenscheinlich kein substanzieller Beitrag.

Also ich glaube, die wirklichen Probleme –

(Henning Foerster, DIE LINKE: Wir reden
über die Post, nicht über die Telekom.)

weil Sie gesagt haben, die Daseinsvorsorge –, die wirklichen Probleme in der kommunikativen Daseinsvorsorge liegen abseits des Titels dieser Aussprache. Ich freue

mich aber, dass der Landtag dieses Problem längst erkannt hat, und dieser Landtag macht ja Hoffnung, dass wir hier vorankommen. Ich verweise da auf die Landtagsdrucksachen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 28:** Beratung des Antrages der Fraktion Freie Wähler/BMV – Schwimmförderung für Kinder in Kindertagesstätten in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 7/4026.

**Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV
Schwimmförderung für Kinder in Kindertagesstätten in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 7/4026 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Dr. Manthei.

(Thomas Krüger, SPD: Nächste Landtagssitzung sind die Senioren dran.)

Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn es um die Schwimmausbildung unserer Kinder in Mecklenburg-Vorpommern geht, kann es tatsächlich richtig gut funktionieren in unserem Land. Ich möchte zu Beginn meiner Rede ein besonders positives Beispiel einer Gemeinde und eines Kindergartens in unserem Land nennen. Das Seebad Lubmin hat im Jahr 2015 den Betrieb seiner Kindertagesstätte neu ausgeschrieben, und das Institut „Lernen und Leben e. V.“ aus Bentwisch bei Rostock hat den Zuschlag erhalten. Es musste allerdings eine Bedingung erfüllen. Es musste sich verpflichten, Schwimmunterricht für die Vorschulkinder in der Kindertagesstätte durchzuführen, sonst hätte es den Zuschlag nicht bekommen.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Sehr gut!)

Das Institut „Lernen und Leben“ verpflichtete sich also zum Schwimmunterricht und erhielt den Zuschlag. Lubmin schafft mit den Vertragsbedingungen mit dem Kitabetreiber ein Vorbild für ganz Mecklenburg-Vorpommern. Und ich möchte das Institut „Lernen und Leben“ positiv hervorheben, das nunmehr in jedem Jahr Schwimmkurse für die Vorschulkinder ermöglicht. Das ist natürlich mit Aufwand verbunden, denn auch Lubmin hat keine Schwimmhalle vor Ort und man muss ein Stück fahren nach Greifswald.

Also wir sehen hier einen möglichen Weg, wie man die Schwimmfähigkeiten unserer Kinder verbessern kann. Dass Handlungsbedarf besteht, ist offensichtlich, da besteht ja auch Einigkeit im Landtag. Die mangelhaften Schwimmfähigkeiten unserer Grundschüler waren Thema in der letzten Plenarsitzung. Bekanntlich waren 2017 60 Prozent aller Grundschüler keine sicheren Schwimmer, ein Drittel hatte noch nicht einmal das Niveau des „Seepferdchen“-Abzeichens. Und die Frau Kollegin Oldenburg hatte dann auch für das nächste Schuljahr abgefragt und da war das Ergebnis noch schlechter: 2018 waren

80 Prozent der Grundschüler, allerdings auch nur der öffentlichen Grundschulen, keine sicheren Schwimmer, und 60 Prozent der Grundschüler, also die praktisch mit der 4. Klasse fertig waren, hatten noch nicht mal das Niveau des „Seepferdchens“ erlangt.

Wie wir zu einem besseren Schwimmunterricht in der Schule kommen, ist Thema im Bildungsausschuss. Eine der Ursachen für die mangelhaften Schwimmfähigkeiten der Grundschüler ist der viel zu späte Schwimmunterricht. Um die Kinder altersgerecht zu unterrichten, gehört der Erwerb des ersten Schwimmabzeichens bereits in die Vorschule. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass wir motorische Fertigkeiten immer altersgerecht vermitteln. Der Schwimmunterricht in der Schule soll laut Lehrplan der Landesregierung bis zum Ende der Grundschule durchgeführt werden. Es genügt also nach Auffassung der Landesregierung, wenn Neunjährige erstmalig Schwimmunterricht erhalten.

Das ist keine pädagogisch sinnvolle Auffassung. Zum einen entspricht dies nicht einer altersgerechten Beschulung, sondern das ist etwa so, als ob Sie einen Vierjährigen auf ein Laufrad setzen, statt ihm das Fahrradfahren beizubringen. Zudem existieren dann zwei Abstufungen von Grundschulkindern: Sie haben die eine Gruppe, die schon jahrelang schwimmen kann, wenn der Schwimmunterricht erst beginnt, und die anderen, die es nicht können. Sie können sich vorstellen, wie demotivierend das dann für die Kinder ist im Alter von vielleicht neun Jahren, die sich noch nicht einmal über Wasser halten können.

Zu unserem Gesamtkonzept gehört es also, die Schulung der Schwimmfähigkeiten der Kinder viel früher zu beginnen. Die erste Wassergewöhnung und die ersten Übungen im Wasser sollten im Vorschulalter erfolgen. Dazu dient das „Seepferdchen“-Abzeichen. Es bedeutet, dass sich ein Kind an das Wasser gewöhnt hat und sich 25 Meter im Wasser in einem beliebigen Schwimmstil fortbewegen kann. Das „Seepferdchen“ bedeutet nicht, dass ein Kind sicher schwimmen kann, doch mit dem Erwerb des Schwimmabzeichens des „Seepferdchens“ wird der Grundstein dafür gelegt, dass die Kinder dann im Anschluss in der Grundschule im Schwimmunterricht die Chance haben, sichere Schwimmer zu werden.

Das Gesamtkonzept meiner Fraktion sieht also in Übereinstimmung im Übrigen mit allen Schwimmsport treibenden Verbänden Folgendes vor: Ziel im Vorschulalter ist der Erwerb oder sollte der Erwerb des „Seepferdchen“-Abzeichens sein und dann in der Grundschule die Chance des Erwerbs des Jugendschwimmabzeichens Bronze, also, dass man dann die Möglichkeit hat, ein sicherer Schwimmer zu sein, also selbstständig schwimmen gehen zu können.

Es ist für uns nach wie vor unbegreiflich, dass die Landesregierung dieses seit Jahrzehnten bewährte und auch fachlich fundierte Konzept nicht übernimmt, sondern ihr eigenes Süppchen kocht. Wieso maßt sich die Landesregierung hier eine höhere Kompetenz an als alle Fachverbände zusammen? Es ist also wichtig und sinnvoll, dass bereits Kinder in Kindertagesstätten schwimmen lernen. Mit unserem Antrag fordern wir deshalb die Landesregierung auf, mit den Schwimmsport treibenden Verbänden in Mecklenburg-Vorpommern zu kooperieren und zweckgebundene finanzielle Mittel für den

Schwimmunterricht für Kinder in Kindertagesstätten bereitstellen.

Hierzu ist es natürlich zunächst unerlässlich, mit den Vereinen, die auf diesem Gebiet bereits Erfahrung haben, zu reden. Ein interessantes Projekt führt etwa die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft seit dem Jahr 2000 durch. Sie veranstaltet einen jährlichen bundesweiten Kindertagesstättenfesttag in etwa 2.000 Kindertagesstätten. Rettungsschwimmer erklären hier die Baderegeln mithilfe eines kindgerechten bunten Programms, es werden Rollenspiele durchgeführt, es wird gemalt oder ein Puppentheater aufgeführt.

Viel weiter geht ein Projekt des Deutschen Roten Kreuzes mit dem Titel „Rette sich wer's kann“. Diese Kampagne wird seit 2011 in mittlerweile 83 Kindertagesstätten des DRK in Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt. Hier wird zum einen, ähnlich wie beim DLRG-Projekt, Theorieunterricht gegeben, also es werden Baderegeln erklärt, aber das DRK-Projekt geht erheblich darüber hinaus, denn hier können die Kinder auch tatsächlich schwimmen lernen. Ziel dieses Projekts ist das Erreichen der Schwimmstufe „Seepferdchen“.

Doch das Projekt geht tatsächlich noch einen weiteren Schritt weiter, und das finde ich auch besonders positiv hier an diesem Projekt, denn im Rahmen dieses Projekts werden auch Erzieherinnen oder Erzieher der Kindertagesstätten zu Schwimmlehrern ausgebildet, das heißt, die Erzieherinnen und Erzieher erhalten die Möglichkeit, selbst auch Schwimmlehrer zu werden. Das hat natürlich den enormen Vorteil, dass die Kindertagesstätten dann selbst auch in der Lage sind, Schwimmkurse durchzuführen. Finanziert wird das Projekt ausschließlich durch Spenden, durch die DRK-Kreisverbände und durch Elternbeiträge.

Meine Damen und Herren, die Ursachen der mangelhaften Schwimmfertigkeiten unserer Kinder haben technische, personelle und finanzielle Gründe. Heute geht es nur darum, eine der Ursachen zu beseitigen, und zwar das viel zu späte Erlernen des Schwimmens. Ich bitte Sie also für unsere Kinder, für die Kinder in unserem Land um Zustimmung zu unserem Antrag für die Gesundheit, für das Leben und für eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung der Kinder. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 61 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung die Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung Frau Drese.

Ministerin Stefanie Drese: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich anerkenne die Aktivitäten der Fraktion Freie Wähler/BMV zur Schwimmförderung ausdrücklich. Auch der vorliegende Antrag verfolgt ein hehres Ziel, Kindern möglichst bereits in der Kindertagesstätte Schwimmfertigkeiten zu vermitteln. Er geht aus Sicht der Landesregierung aber an der Realität vorbei. Die Kita als Institution kann eine

flächendeckende Schwimmförderung nicht leisten. Dies ist den pädagogischen Fachkräften als zusätzliche festgeschriebene Aufgabe nicht zumutbar.

Gleichwohl ist es richtig und unterstütze ich es ausdrücklich, dass Kinder bereits im Vorschulalter Erfahrungen im Wasser sammeln können. Hier sind in erster Linie die Eltern gefordert. Dafür brauchen wir aber auch genügend Schwimmkurse und Vereine beziehungsweise Institutionen, die solche vorschulischen Kurse anbieten. Ich spreche mich für den weiteren Ausbau von Kooperationen zwischen Kindertageseinrichtungen mit Schwimmsport treibenden Vereinen aus. Wir können aber konstatieren, dass es auch schon eine vielfältige Zusammenarbeit gibt. So gibt es im laufenden Jahr 2019 insgesamt 147 Kooperationen zwischen Kitas und Sportvereinen, davon auch einige mit der DLRG. Das ist schon recht ordentlich, trotzdem natürlich durchaus noch ausbaufähig.

Aber ein flächendeckender Schwimmunterricht in Mecklenburg-Vorpommern für Kinder in Kitas ist einfach unrealistisch.

(Zuruf von Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV)

Die Kapazitäten in den Schwimmbädern in Mecklenburg-Vorpommern müssen auch weiterhin den Grundschulkindern vorrangig zur Verfügung stehen, denn unsere Grundschulkindern müssen – und da sollte der Schwerpunkt liegen – sicher schwimmen lernen, soweit sie es mit ihren Eltern noch nicht getan haben.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Haben Sie den Antrag gelesen?)

Ja.

(Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV:
Das ist doch von uns auch gar
nicht gefordert, so was.)

Sehr geehrte Damen und Herren, das Land Mecklenburg-Vorpommern fördert bereits das Programm „KinderBewegungsLand“ der Sportjugend M-V mit 120.000 Euro jährlich. Schwimmen gehört als besondere Bewegungsform zum Bildungs- und Erziehungsbereich Bewegung, der in der Bildungskonzeption für 0- bis 10-jährige Kinder in M-V aufgeführt ist.

Sie sehen, es passiert schon durchaus einiges. Es gibt nicht den Königsweg, der dazu führt, dass wir die bedenkliche Entwicklung, dass immer weniger Kinder schwimmen lernen können, umkehren. Wir müssen viele Schritte gehen und das Bewusstsein schärfen, wie wichtig es ist, gut schwimmen zu können. Wir müssen aber auch Realismus zeigen, was wir als Land leisten können und was nicht.

Ihr Antrag, sehr geehrte Abgeordnete der Fraktion Freie Wähler/BMV, ist unseres Erachtens so nicht umsetzbar. Ich möchte aber betonen, dass ich Ihr Engagement für das Erlernen des sicheren Schwimmens sehr schätze. Lassen Sie uns als Landesregierung gemeinsam mit dem Landtag im Austausch mit den Kommunen, Vereinen, der DLRG sowie den Kitas und Schulen über weitere Wege für Schwimmförderung nachdenken, denn uns alle eint das Ziel, dass möglichst alle Kinder in unserem Land spätestens im Grundschulalter sicher schwimmen können. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Beate Schlupp, CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD Herr Reuken.

Stephan J. Reuken, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Fraktion der Freien Wähler/BMV legt nunmehr ihren fünften Antrag zum Thema Schwimmen in dieser Legislaturperiode vor ...

(Beifall Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Sehr gut!)

Ja.

... und taucht dabei so tief wie noch nie in der Altersstufe hinab. Ihre Forderung lautet, dass auch in den Kitas Schwimmkurse staatlich gefördert werden sollen. Im jetzigen Antrag wird ein Informations- und Erfahrungsaustausch mit dem Deutschen Roten Kreuz und der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft gefordert. Die DLRG allerdings ihrerseits verlangt nun aber für das Schwimmtraining hier in Schwerin, wenn man sich das anschaut, ein Mindestalter von sechs Jahren. Damit wären wir ja schon wieder beim Einschulalter, was so ein bisschen die Sinnhaftigkeit dieses Antrages infrage stellt.

Die Schweriner Wasserwacht des Deutschen Roten Kreuzes nennt für Schwimmkurse zum Erwerb des „Seepferdchens“ ein Mindestalter von fünf Jahren, da die Kinder vorher nicht in der Lage seien, Atmung, Arm- und Beinbewegungen gleichzeitig zu koordinieren. Aber selbst in dieser Altersstufe scheinen keineswegs alle Kinder problemlos solch einen Kurs absolvieren zu können, denn die genannten Vereine geben als Voraussetzungen noch weitere Dinge an, und da geht es vor allem darum, wovor Kinder, wenn sie einen Kurs machen, keine Angst mehr haben sollten. Es ist bekannt, dass Kinder gerade auch aus psychischen Gründen in sehr unterschiedlichem Alter das Schwimmen lernen. Also das Lebensalter alleine kann nicht ausschlaggebend sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

In der Begründung des Antrages – Sie haben es auch angesprochen – werden zwei Musterprojekte genannt. Der bundesweite Kindertag – Herr Dr. Manthei, Sie haben es genannt – vermittelt vor allem die Theorie des Schwimmens, Baderegeln und das Drumherum. Und das zweite Projekt – übrigens primär spendenfinanziert, ein sehr gutes Projekt, „Rette sich wer's kann“ vom Deutschen Roten Kreuz – erteilt den Kitas kostenlosen Schwimmunterricht. Der Erwerb des „Seepferdchens“ wird aber auch hier in erster Linie für die älteren Kinder ins Visier genommen. Die jüngeren Kinder werden an das Wasser gewöhnt und sie erhalten eine theoretische Unterweisung, und – ohne das negativ zu meinen – es ist eine Form von Baden unter Anleitung.

Wenn sich der eigentliche Schwimmunterricht in den Kitas also nur auf ältere Kinder bezieht, die schon bald zur Schule gehen werden, so stellt sich doch die Frage, ob die vorhandenen Ressourcen an Schwimmhallen, Schwimmlehrern und auch Finanzen nicht besser auf den Schwimmunterricht von Schulkindern konzentriert

werden sollten, anstatt sie auf Vorschule und Schule aufzuteilen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Denn bereits bei der Behandlung des letzten Antrages der Fraktion Freie Wähler/BMV zur Verbesserung der Schwimmfähigkeit von Grundschulern haben wir bereits gesehen, welchen Beschränkungen der Schwimmunterricht an Schulen unterliegt.

Die Zahl der Schwimmhallen und Schwimmlehrer ist begrenzt, und auch die Freibäder können logischerweise nur einige Monate im Jahr genutzt werden. Und oftmals hindern auch lange Anfahrtswege. All das haben wir hier beim letzten Mal besprochen, genauso auch, dass die Öffentlichkeit ausreichend Möglichkeit, selbst zu schwimmen, haben muss. Eine erhebliche Ausweitung dieses Angebotes von Schwimmunterricht in Kitas würde also die angespannte Lage derzeitiger eher verschärfen.

Alles in allem ist Ihr Antrag insgesamt sicherlich sehr gut gemeint, das will ich überhaupt nicht in Abrede stellen, aber aufgrund der doch dann erheblichen finanziellen Auswirkungen, die er mit sich bringen würde, in dem angedachten Umfang leider nicht realisierbar. Sollten Sie die Überweisung in die Ausschüsse beantragen, würden wir das unterstützen, ansonsten können wir dem Antrag leider nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Frau Friemann-Jennert.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mecklenburg-Vorpommern ist ein Wasser- und Bade-paradies, hat eine Küste mit einer Länge von 2.000 Kilometern, 2.200 Seen und jede Menge Flüsse.

(Andreas Butzki, SPD: Und Seen!)

Da liegt es nahe, frühzeitig schwimmen zu lernen, um das kühle Nass dann auch unbeschadet genießen zu können.

Wir beschäftigten uns wiederholt mit dem Thema „Schwimmfähigkeit der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern“: ob die Dokumentation der Schwimmfähigkeit im Grundschulzeugnis, das Schwimmenlernen in den Schulferien oder die Schwimmfertigkeit der Grundschüler, die nun auch den Bildungsausschuss beschäftigt, wo demnächst ein Expertengespräch stattfinden wird. Und ich erinnere auch an eine Aussprache, die auf Initiative der CDU geführt wurde, wo ich mit der früheren Bildungsministerin darüber gestritten habe, ob die Beinhaltung in der Bildungskonzeption allein dazu führt, dass Kinder tatsächlich schwimmen lernen.

Ich meine, es herrscht große Einigkeit darüber, dass wirklich jede Person schwimmen können sollte, aber es ist eben nicht so. Ja, Schwimmfähigkeit ist nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern zurückgegangen und eine fehlende Grundfähigkeit für den Einzelnen im Endeffekt auch gefährlich. Das sagen wir natürlich auch als CDU-

Fraktion, und wir haben die Überweisung eben jenes Antrages zu den Schwimmfertigkeiten von Grundschulern in den Bildungsausschuss maßgeblich unterstützt.

Es ist uns wichtig, dass jedes einzelne Kind schwimmen lernt. 80 Prozent der Schüler verlassen die Grundschule, ohne sichere Schwimmer zu sein, 60 Prozent ohne Schwimmabzeichen „Seepferdchen“. Sie schreiben es in Ihrem Antrag. Die Zahl im Übergang zwischen Kindergarten und Grundschule ist vermutlich noch weitaus dürftiger. Es ist richtig, dass Kinder im Kindergartenalter zumindest an das Wasser gewöhnt werden sollten. Sie dürfen auch früh wissen, welche Gefahren im Wasser lauern.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Sie können auch schon
früher schwimmen.)

Das greifen im Übrigen auch die Konzepte von DRK und DLRG auf, und das „Seepferdchen“ ist durchaus in einem Alter von fünf Jahren vor der Einschulung zu meistern.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Ganz genau.)

Die Kultusministerkonferenz schreibt zum Thema Schwimmen und zur pädagogischen Bedeutung desselben von einer Erfahrung für die Kinder, die für die körperliche und motorische, psychische und soziale Entwicklung nicht austauschbar sei.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
So ist es.)

Da gibt es Empfehlungen aus 2017, die aber auch eher auf Schule abstellen. Eine Gewöhnung an das Wasser kann schon nach den ersten Lebensmonaten eines Neugeborenen erfolgen, mit vier Lebensjahren sind Kinder bereit, die Grundfertigkeiten zu erlernen. Schwimmen ist eine Grundqualifikation eines jeden.

An dieser Stelle möchte ich auch an die Eltern und Familien appellieren, mit den Kindern selbst etwas zu unternehmen, ihnen das Schwimmen selbst beizubringen oder eventuell selbst einen Schwimmkurs zu besuchen oder zu organisieren, vielleicht auch mit anderen gemeinsam aus den jeweiligen Kindergärten. Die Eigenverantwortlichkeit der Eltern ist hier auch enorm wichtig und darauf setzen wir erst einmal.

(Torsten Renz, CDU: Genau.)

Mir persönlich war es so selbstverständlich, wie meinem Kind beispielsweise auch das Fahrradfahren beizubringen. Wir setzen ganz klar auch die Hoffnung in die Eltern. Jetzt nach der Elternbeitragsbefreiung ist vielleicht auch der eine oder andere Euro frei für einen Schwimmkurs.

(Torsten Renz, CDU: Oha!)

Meine Damen und Herren, die Träger der Kindergärten können das Schwimmen selbst in ihr pädagogisches Konzept aufnehmen. Die Finanzierung ist dann aber auch Sache der Einrichtung beziehungsweise des Trägers. Hier komme ich dann gern mal auf das DRK-Projekt „Rette sich wer's kann“. Es ist ausschließlich spendenfi-

nanziert und es wird in mehr als 80 eigenen Kitas angeboten, und einige andere Träger nehmen auch schon mal die Möglichkeit wahr, ihre Erzieherinnen und Erzieher zu Schwimmlehrern ausbilden zu lassen. Die DLRG bleibt eher theoretisch, erreicht aber auch sehr, sehr viele Kitas.

Ein landeseigenes Projekt hat nur das Land Nordrhein-Westfalen. „Nordrhein-Westfalen kann schwimmen“ wird vom dortigen Bildungsministerium unterstützt, und da arbeiten die Unfallkassen, die Wasserwachten, die DLRG und der Sportbund zusammen. Das Land zahlt da eine Pauschale pro Schwimmkurs. Es richtet sich allerdings auch eher an Schulkinder. Kooperationsprojekte wie „Gemeinsam Sport in Schule und Verein“ werden bei uns im Übrigen gefördert, und – es ist schon gefallen – 147 Kooperationen gibt es.

Meine Damen und Herren, dass sich der Bildungsausschuss mit der Thematik im Bereich Grundschule befasst, ist richtig und wichtig. Die Ergebnisse würden wir gern sehen, bevor wir vielleicht etwas Halbgares beschließen. Auch uns ist wichtig, dass das Thema Schwimmen von den frühesten Jahren an vorangetrieben wird, aber dafür bedarf es offenbar eines Gesamtkonzeptes, das dann die Vorschule beziehungsweise die frühkindliche Schwimmbildung einschließt, wobei die Frage der Zuordnung dann auch noch nicht zweifelsfrei geklärt wäre, ist es eine reine frühkindliche Bildung oder fällt das unter Sport, oder ist das eine übergreifende Aufgabe mehrerer Ressorts.

Derzeit sehen wir eine flächendeckende Förderung von Schwimmunterricht nicht. Allein die Problematik der Infrastruktur – man denke an das dünne Netz an Schwimmhallen oder den Transport der Kinder zu den Öffnungszeiten der Einrichtung. Ich fand dazu eine offene Petition, die den Erhalt von Schwimmhallen fordert. In der Begründung wird neben dem Rückgang der Schwimmfähigkeit in der Bevölkerung auch die Rückentwicklung der Schwimm- und Badekultur beklagt.

Insofern sind wir wohl ähnlicher Auffassung, aber, wenn ich mal einen Beitrag von der Internetseite des PRO Kita Verlages mit dem Titel „Schwimmen mit Kindern: Ihre Aufsichtspflicht“ in Ihren Fokus bringen darf, bin ich mir ziemlich sicher, dass das Angebot Schwimmen in den Kitas üblicherweise deutlich über die reguläre Angebotspalette hinausgeht, und da liegt eben dann auch der Hase im Pfeffer. Wie Sie die zweckgebundenen Mittel für den Schwimmunterricht bereitstellen wollen, erschließt sich mir aus der Antragsbegründung nicht, weder an wen genau die gehen sollen, an die Kitas oder an die vage genannten Schwimmsport treibenden Vereine. Davon wollen wir uns ja gerade verabschieden. Wir lehnen Ihren Antrag an dieser Stelle ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Abgeordnete.

Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, bitte ich doch um etwas mehr Ruhe, weil es doch sehr schwer ist, der Rednerin zu folgen.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE Frau Bernhardt.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Schwimm nicht so weit raus!)

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! „Schwimmförderung und Wassergewöhnung für Kinder“ ist ein wichtiges Thema. Leider hören wir jährlich die Meldung, wo Kinder bei Badeunfällen tödlich verunglücken. Das ist für die Familien ein schwerer Schicksalsschlag, wenn ein Kind ertrinkt. Für die Familien ist es ein dramatisches Ereignis, wenn dies passiert. Und ich glaube, keiner von uns kann nur im Ansatz nachvollziehen, was für Qualen die Eltern dann durchstehen müssen.

Ja, wir haben alles zu tun, um unseres dazu zu tun, dass dies verhindert wird. Deshalb müssen wir schauen, wie wir die Schwimmfähigkeit von Kindern in Schulen für jedes Kind gewährleisten können. Aus diesem Grunde hatte sich ja der Landtag erst im Juni mit der Schwimmfähigkeit der Grundschüler beschäftigt. Dieser Antrag wird aktuell in den Ausschüssen beraten, es findet eine öffentliche Anhörung statt, und das ist auch gut so. Mecklenburg-Vorpommern ist noch nicht da, wo es sein sollte, nämlich das Lernziel Schwimmen in der Grundschule zu gewährleisten und so die entsprechenden Rahmenpläne Sport umzusetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren, kommen wir zu Ihrem heutigen Antrag, nämlich die Schwimmförderung für Kinder in den Kindertagesstätten zu fördern. Meine sehr geehrten Damen und Herren von der BMV-Fraktion, ich finde diesen Antrag ein wenig parlamentarisch unehrlich.

Erstens. Warum haben Sie sich bisher bei dem Schwimmunterricht immer auf die Grundschulen bezogen? Meines Erachtens – das hatte Frau Friemann-Jennert auch gesagt – bedürfte es eigentlich eines Konzeptes, wie wir von der Kita an über die Schule absichern, dass Kinder Schwimmunterricht erhalten. Wenn wir es jetzt aktuell in den Ausschüssen für die Grundschulen beraten, was ist dann mit der Kita? Das bedarf einfach einer Regelung, dass wir schauen müssen, wie wir das von der Kita an über die Schule hinbekommen.

Und zweitens. Wenn Sie es mit diesem Antrag ehrlich gemeint hätten, dann frage ich Sie, warum dieses Thema keine Beachtung bei der Behandlung des Kindertagesförderungsgesetzes vonseiten Ihrer Fraktion gespielt hat. Seit April 2019 ist diese Novelle des Kindertagesförderungsgesetzes im Landtag. Es gab zwei Anhörungen zum Kindertagesförderungsgesetz. Bei keiner dieser Anhörungen fragten Vertreter Ihrer Fraktion nach dem Schwimmunterricht nach. Es gab keine Fragen, wie der Schwimmunterricht in Kindertagesstätten umgesetzt werden kann, wie es im Gesetz und in der Bildungskonzeption zu verankern ist – nichts dazu. Auch bei der abschließenden Beratung im Sozialausschuss und auch gestern im Landtag fanden keine entsprechenden Änderungsanträge seitens Ihrer Fraktion statt. Deshalb erscheint dieser Antrag unehrlich. Wenn Sie es ehrlich gemeint hätten, hätten Sie dies in der Landtagsberatung thematisieren können. Es fand nicht statt.

Denn wenn wir darüber reden, Schwimmunterricht in Kindertagesstätten fördern zu wollen, hätte es gerade aber in diese Beratung gehört. Wenn Schwimmunterricht in Kindertagesstätten gehört, bedeutet das zwangsläufig, dass dafür die Frage gestellt werden muss, ob und wie

es in Kindertagesstätten als Regelangebot umgesetzt werden kann. Schon jetzt sehen wir, dass in den Kindertagesstätten das Personal fehlt, und dieser Zustand wird sich verschärfen. Es wird mit Ausnahmegenehmigungen bei den Fachkräften gearbeitet, Auszubildende sind schon jetzt mit in den Kitas und betreuen die Kinder. Durch das diese Woche von uns verabschiedete KiföG haben wir den Erzieherinnen und Erziehern eine weitere Aufgabe übergewälzt, nämlich die Hausaufgabenbetreuung. Was wir nicht getan haben, ist, dass wir für mehr Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten gesorgt haben, indem wir die Gruppen beispielsweise verkleinert haben, also für kleinere Gruppen einfach gesorgt haben.

Und deshalb ist einfach die Frage, die ich Ihnen stellen muss: Haben Sie mal mit Erzieherinnen und Erziehern geredet,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

was es bedeutet, Schwimmunterricht in Kindertagesstätten zu verankern? Möglichkeiten bestanden genug. Was ich sehe, was ich wahrnehme bei den Erzieherinnen und Erziehern, wenn man Praxistage durchführt, wenn man vor Ort ist, ist, dass sie schon jetzt an ihrer Belastungsgrenze stehen. Das muss ich einfach so konstatieren und einfach mit wahrnehmen. Und dann kommen Sie jetzt und sagen, wir geben euch noch eine Aufgabe, ohne etwas bei dem Personal zu tun.

Die Frage des Personals in den Kindertagesstätten stellen Sie in Ihrem Antrag überhaupt nicht, das spielt keine Rolle. Und natürlich geht es mit Mehraufwand einher, wenn Erzieherinnen und Erzieher, gerade im ländlichen Raum – und ich komme aus einem ländlichen Raum – zur nächsten Schwimmhalle oder zum Waldbad oder zur nächsten bewachten Badestelle einfach kommen wollen. Im Kindergarten hat eine Erzieherin dann die Verantwortung für 15 Kinder, zur Schwimmhalle oder zum See zu kommen und dort für deren Sicherheit zu sorgen.

Waren Sie, Herr Manthei, schon mal mit 15 Kindern unterwegs und haben dafür gesorgt, auf sie aufzupassen, sie zu betreuen? Ich begleite regelmäßig den Jugendklub in der Ferienfreizeit in meiner Gemeinde, auch in Waldbäder. Wir haben mindestens vier Aufsichtspersonen bei 30 Kindern dabei und den Rettungsschwimmer vor Ort. Schon unter diesem Personaleinsatz ist es schwierig, alle Kinder im Auge zu behalten. Und dann diese Verantwortung einer Erzieherin/einem Erzieher zu übertragen, halte ich für schwierig. Deshalb finde ich vor diesem Hintergrund des aktuellen Personalschlüssels, dass es ein zu hohes Haftungsrisiko für die Erzieherinnen und Erzieher ist. Deshalb muss einfach aus unserer Sicht die Personalfrage gestellt werden.

Die zweite Frage, die sich stellt, ist, wie der Weg zum Schwimmbad, zum Waldbad abgesichert werden kann. Das ist schon an den Schulen ein Riesenproblem, das hatten wir auch hier gerade im ländlichen Raum. Es bedeutet einen Riesenzeitaufwand, zur nächsten Schwimmmöglichkeit zu kommen. Oftmals sind es Wege, gerade im ländlichen Raum, von einer Stunde Busfahrt pro Strecke. Ich weiß aus unserer Sicht, wo wir von der Grundschule zum nächsten Schwimmbad eine Stunde gebraucht haben, eine Stunde zurück. Dies in den Kitaalltag zu integrieren, gerade im Vorschuljahr, halte ich ebenfalls für schwierig, gerade, wenn wir über Kindertagesstätten

im ländlichen Raum reden. Sie hatten das Beispiel von Lubmin gebracht. Ich habe mal gegoogelt, das sind 18 Kilometer, 20 Minuten, das ist noch vertretbar. Was ist aber, wenn die Kitas weiter entfernt sind von der nächsten Badestelle?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mehr Probleme als Lösungsmöglichkeiten mit dem Antrag.)

Ja, einige Kitas des DRK bieten Schwimmunterricht an. Das ist gut so und zeigt, dass es funktionieren kann. Aber wie soll es an allen Kitas implementiert werden? Selbst, wenn wir das implementieren könnten, würden Sie nicht alle Kinder erreichen, da nicht alle Kinder eine Kindertagesstätte besuchen. Deshalb, in der Schule besteht die Schulpflicht, in der Kita eben nicht. Auch das, finde ich, gehört mit zu der Ehrlichkeit Ihres Antrages mit dazu, das zu sagen.

Sie beziehen sich zudem in der Begründung auf das Vorschuljahr. Oftmals gibt es aber in den Kitas gerade nicht das eine Vorschuljahr, sondern es gibt altersgemischte Gruppen, gerade im Kindergartenbereich. Von Drei- bis Sechsjährigen ist in einer Gruppe jedes Alter vertreten. Wie soll eine Kita dies gewährleisten, für eine bestimmte Altersgruppe von Kindern diesen Schwimmunterricht zu gewährleisten? Gerade auch das Vorschuljahr dient ja der Vorbereitung auf die Schule, ist also auch da mit Inhalten gefüllt. Wie soll das aufeinander abgestimmt werden? Wenn der Schwimmunterricht dann in Kitas stattfindet, wie sieht es mit dem Schwimmunterricht in Schulen aus?

Sie sehen, es gibt aus unserer Sicht sehr viel mehr Fragen als Antworten. Die Fragen hätten aus unserer Sicht im Rahmen der KiföG-Beratungen geklärt werden können beziehungsweise würden wir einer Überweisung des Antrages zustimmen, um sie noch im zuständigen Ausschuss mit zu beraten, gemeinsam vielleicht auch mit der Anhörung zum Schwimmunterricht an Schulen, weil, wie gesagt, aus unserer Sicht muss das aufeinander abgestimmt werden. Mit diesem Antrag, so für sich allein genommen, bleiben die Fragen offen und auch durch Ihre Einbringung wurden diese Fragen nicht geklärt. Wie gesagt, deshalb würden wir bei dem wichtigen Thema einer Überweisung in den Ausschuss zustimmen, und ansonsten würden wir uns enthalten.

Sehr geehrte Damen und Herren der BMV, Sie sprechen aber in Ihrer Begründung ein weiteres wichtiges Thema an, die Förderung von Vereinen, die Schwimmunterricht, vom Babyschwimmen angefangen, unterstützen und fördern. Ich selber habe erlebt, wie diese Vereine sich ihr Geld durch Spenden eintreiben müssen, um bestehen zu können. Das finden wir nicht in Ordnung, da bin ich ganz bei Ihnen. Eltern müssen die Möglichkeit haben, wohnortnah mit ihren Kindern an der Wassergewöhnung vom Babyschwimmen bis zum Schwimmunterricht teilhaben zu können. Deshalb müssen wir nach der Förderung fragen. Das können wir in den anstehenden Haushaltsberatungen gerne tun und nachfragen. Und ich würde Sie aber bitten, bringen Sie sich da auch mit diesem Thema in die Haushaltsberatungen ein! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Abgeordnete.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Frau Julitz.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Nadine Julitz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute haben wir also den Antrag zur Schwimmförderung in Kitas. Wenn man das mal weiterdenkt, dann fehlen nach der Schule und der Kita jetzt noch das Babyschwimmen und die Wassergeburt.

(Heiterkeit bei Elisabeth Aßmann, SPD)

Spaß beiseite! Selbstverständlich ist es eben wichtig, dass unsere Kinder schwimmen können und dass sie sicher und gut schwimmen können und natürlich auch möglichst früh. Allerdings habe ich weder im Antrag noch in der Einbringung etwas zur Elternverantwortung gehört, denn an allererster Stelle haben zumindest nach meiner Auffassung Eltern auch diese Aufgabe inne.

Das Ziel ist trotzdem gut, der Weg in den meisten Fällen unpraktikabel. Wir haben eben auch gerade von der Kollegin gehört, wir haben oft altersgemischte Gruppen, und allein der Ablauf in der Kita wird es in den meisten Fällen nicht möglich machen, Schwimmunterricht zu gewährleisten, denn in den allermeisten Fällen werden Kinder bis 8.00 Uhr gebracht, es gibt Frühstück, ab 11.00 Uhr gibt es Mittag, danach Mittagsschlaf. Wir haben Mittagskinder, wir haben Kinder mit Halbtagsplätzen, das heißt, am Ende wird man das nur am Vormittag realisieren können. Das sind dann also von 9.00 bis 11.00 Uhr zwei Stunden. Wenn wir jetzt die langen Fahrwege für viele Kitas, gerade auf Dörfern, sehen, dann wird es wohl eher schwierig, die Kinder dorthin zu transportieren und vernünftig einen Ablauf zu organisieren und dann eben Schwimmunterricht anbieten zu können. Insofern halte ich das tatsächlich für relativ unpraktikabel.

Ich habe auch gehört – ich weiß jetzt nicht mehr, wer es war –, es ist schade, dass wir das nicht in der KiföG-Debatte schon mal gehört haben, das hätte man tatsächlich auch da mal diskutieren können. Ich kenne Kitas, die Schwimmunterricht anbieten, tatsächlich. Also ich habe bei mir tatsächlich Kitas, die das machen. Allerdings ist die Schwimmhalle dann irgendwie fünf Minuten Fußweg, also wirklich ganz nahe da, wo man das wirklich gut organisieren kann.

Auch ich plädiere dafür, weitere Unterstützungsmöglichkeiten, zum Beispiel für Schwimmferienkurse, zu finden. Bei mir an der Müritz finden die jedes Jahr statt, haben großen Zulauf und es werden immer mehr Gruppen eröffnet durch DRK, DLRG, andere Vereine bei mir vor Ort. Da, finde ich, sollten wir im Gespräch bleiben, dass wir da weitere Fördermöglichkeiten finden. Insofern lehnen wir Ihren Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Marc Reinhardt, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat noch einmal für die Fraktion Freie Wähler/BMV der Abgeordnete Herr Dr. Manthei.

Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich

möchte eigentlich nur kurz auf die Vorredner noch mal eingehen. Zunächst zur Ministerin Frau Hesse: ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nee, Drese!)

Was?

(Tilo Gundlack, SPD, und
Peter Ritter, DIE LINKE: Drese!)

Frau Drese, Entschuldigung, Frau Drese! Danke für den Hinweis.

Die, Zitat, „flächendeckende Schwimmförderung“, Zitate, die fordern wir gar nicht mit dem Antrag. Ich weiß nicht, wo Sie das herhaben. Das ist ja mehrfach auch noch gesagt worden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist mehr
eine vorbeugende Einschätzung.)

Es handelt sich nur um eine projektbezogene Förderung. „Flächendeckend“ ist kein einziges Mal im Antrag. Es ist eigentlich ein bisschen schwierig, über einen Antrag zu diskutieren, wenn jeder ihn so liest, wie es ihm passt, sage ich mal. Dann ist es ein bisschen schwierig, eine vernünftige Diskussion zu machen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Das hätten Sie konkreter fassen
müssen, Herr Manthei.)

Es passiert einiges. Ich habe ja auch nicht gesagt, Frau Hesse,

(Tilo Gundlack, SPD:
Nein, Frau Drese!)

dass nichts passiert.

Was?

(Tilo Gundlack, SPD: Drese!)

Frau Dr...

(Tilo Gundlack, SPD: Noch mal!
Noch mal! – Heiterkeit und
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ist schon etwas spät heute.

(Tilo Gundlack, SPD:
Drese! Nicht Hesse!)

Ja, Frau Drese, ja, ich lerne es noch, Entschuldigung.

(Tilo Gundlack, SPD: Mit „D“!)

Die Fakten sprechen allerdings dagegen. Das heißt, es passiert einiges, das habe ich ja auch erwähnt. Ich habe ja sehr gute Beispiele erwähnt, aber die Fakten sprechen ja nicht nur dagegen, sondern die Fakten werden immer schlechter. Die Fakten werden immer schlechter. Die Schwimmfertigkeiten unserer Kinder sind sowieso schon sehr schlecht und werden schlechter. Und ich bin nun nicht jemand, der hier irgendwie den Weltuntergang herbeiredet, sondern das sind einfach Fakten, die wir alle kennen.

Auch Ihre Ansicht, Frau Drese,

(Tilo Gundlack, SPD: Jawoll!)

dass es nicht umsetzbar sei, ist einfach nicht richtig und widerspricht der Realität, weil es eben schon viele, viele gute praktische Beispiele gibt, wo es problemlos geht. Dann haben Sie gesagt – grundsätzlich hat es mich natürlich sehr gefreut, dass Sie sich eigentlich sehr positiv auch geäußert haben –, Sie haben gesagt, Sie wollen weiter mit den Vereinen darüber nachdenken, so ungefähr, aber das ist eigentlich auch das, was wir im Antrag gesagt haben, dass es hier Gespräche, Kooperationen mit den Schwimmsport treibenden Vereinen erst mal natürlich geben soll, um auszuloten, was möglich und sinnvoll ist.

Zu Herrn Reuken mit dieser Altersfrage: Also im Grunde ist es so, wenn Sie Trainer sind, ist natürlich jedwede sportliche Betätigung immer individuell. Vielleicht gibt es auch siebenjährige Kinder, wo man vielleicht keinen Schwimmunterricht durchführen kann, das ist klar, aber in aller Regel ist es so, dass sie das ab fünf Jahren machen können, teilweise eigentlich sogar schon ab vier. Die Ressourcen für Schulen freizuhalten, hatten Sie gesagt, die Ressourcen sind natürlich knapp. Auch hier ist das Problem für die Kindertagesstätten, dort Bahnen zu bekommen. Die Praxis zeigt uns aber – und ich kenne ja nun mal das Projekt recht gut –, dass es Möglichkeiten gibt, weil die Kindergärten einen Vorteil haben, sie sind nicht an Schulzeiten gebunden. Das heißt, anders als Frau – ich weiß nicht, Frau Julitz, dahinten –, Frau Julitz es gesagt hat, ist es nicht so, dass es nur vormittags geht, es geht natürlich auch nachmittags und auch außerhalb der Schulzeiten, also in den Ferienzeiten zum Beispiel. Das ist ein großer Vorteil bei den Kindertagesstätten.

Zu Frau Friemann-Jennert: Sie haben, wie ja auch Frau Julitz, wieder an die Eltern appelliert. Da schließe ich mich natürlich im Prinzip an. Ich bin ja auch selber Elternteil und habe natürlich auch dafür gesorgt, dass rechtzeitig das Schwimmen gelernt wird, aber die Realität ist eben leider nicht so schön, dass alle das machen. Das heißt, viele Kinder erlernen eben nicht das Schwimmen als Kind. Das ist auch gar nicht mal unbedingt Desinteresse der Eltern, sondern die Eltern haben einfach auch das Problem, wenn sie voll berufstätig sind, wie sollen sie denn, was weiß ich, Mittwochnachmittag das Kind zum Schwimmkurs bringen. Das ist einfach oft auch gar nicht möglich.

(Maika Friemann-Jennert, CDU:
Wir haben das auch geschafft.)

Ja, ich habe es auch geschafft, aber viele schaffen es eben nicht. Das ist nun mal eine Tatsache und der müssen wir uns stellen. Wir können doch nicht sagen, die Realität ist nicht schön, aber wir wünschen sie uns so, sondern wir müssen sie nehmen so, wie sie ist. Sie haben gesagt, den Bildungsausschuss abwarten – gut, darüber haben wir auch nachgedacht, aber wir waren der Meinung, dass das eben hier nicht die Schule betrifft und da der Bildungsausschuss nicht zuständig ist, von daher hier der Sozialausschuss.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Zu Frau Bernhardt: Da gibt es einen grundlegenden Verständnisfehler. Ich dachte eigentlich, der Antrag ist

eindeutig. Mit dem KiföG hat das hier nichts zu tun, weil es hier nicht um die Finanzierung der Kindertagesstätten geht, sondern – es steht ausdrücklich im Antrag drin – es geht um Vereinsförderung.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Aber die Leute müssen
doch hinkommen?!)

Wir haben natürlich überlegt, wie soll der Geldstrom hier laufen. Wir haben uns an den Beispielen der Praxis orientiert. Und da ist es nicht so, dass das Geld an die Kindertagesstätten gezahlt wird,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Ich glaube, ich habe über
Personal geredet.)

sondern an die Vereine, die die Kurse machen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Herr Manthei, ich habe über
Personal geredet.)

Deshalb hat das mit dem KiföG nichts zu tun.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Erzieherinnen und Erzieher jetzt
noch weiterhin belasten?!)

Das ist ein anderer Punkt.

Aber erst mal der KiföG-Zusammenhang, der ist – Frau Julitz hat es auch gebracht – nicht gegeben.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Doch!)

Noch mal: Es geht nicht um die Finanzierung der Kindertagesstätten.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Das können Sie mir glauben oder ...

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Im KiföG steht doch nicht nur die
Finanzierung drin, Herr Manthei.)

Ja, Sie können ja noch mal ans Mikrofon gehen,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Hier geht es auch um die Aufgaben.)

aber ich würde vielleicht ganz gerne erst mal zu Ende reden.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Wenn Sie es nicht verstehen wollen.)

Also es geht hier um Vereinsförderung, es geht um Projektförderung der Schwimmsport treibenden Vereine.

Dann haben Sie gefragt, ob ich mit Erzieherinnen und Erziehern geredet habe. Ah, liebe Frau Bernhardt, wissen Sie, ich bin ja selber auch nun täglich oder fast täglich, wenn ich nicht hier in Schwerin bin, in der Kindertagesstätte – allein schon aus privaten Gründen –, da habe

ich selbstverständlich dann auch mal die Erzieherinnen gefragt, wie das hier ist.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Mit der Frage, meinte ich.)

Da habe ich natürlich nicht empirisch das ganze Land abgefragt, aber nach meinen Gesprächen ist es so, dass sie gesagt haben, selbstverständlich würden sie es gerne machen. Sie müssen natürlich sehen, wie sie es umsetzen können, und das ist das Problem.

(Heiterkeit bei Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Und da haben Sie gesagt, wie sollen die Erzieherinnen das schaffen, aber noch mal: Hier ist es so, dass die Vereine ausbilden, nicht die Erzieherinnen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Wie kommen sie denn da hin,
Herr Manthei?)

Und das ist doch wieder das Nächste. Lassen Sie mich doch mal eins nach dem anderen Ihrer Kritik abarbeiten.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Das ist ... Neel!)

So, und dann ist Ihre Auffassung, dass alles überhaupt gar nicht geht im Widerspruch zur Realität. Sie müssen doch die Realität anerkennen, dass es viele, und zwar sehr viele Kindertagesstätten gibt, die das praktizieren. Die bekommen es hin.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
80 von 1.000.)

So, und ...

Immerhin.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Ja, habe ich ja auch gewürdigt.)

Und da fragt man sich, wie sie es schaffen. Und sie schaffen es mithilfe der Vereine.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Dann haben Sie den Einwand gebracht, Sie haben den Betreuungsschlüssel aus dem KiföG auf einen Schwimmkurs übertragen. Das ist natürlich ein fachlicher Fehler. Also der Betreuungsschlüssel hat nichts mit der Größe eines Schwimmkurses zu tun. Der ist natürlich kleiner, das ist klar. Da hat das eine mit dem anderen nichts zu tun. Als Nächstes haben Sie das Problem des Weges zur Schwimmhalle gebracht. Das ist natürlich richtig, das ist ein Problem, aber das Problem haben die Schulen genauso. Da wollen wir mal sagen, das ist kein Hinderungsgrund, den Schwimmunterricht zu machen. Das waren eigentlich so die wesentlichen Sachen.

Ach so, eine letzte Bemerkung noch zu Frau Julitz: Sie meinten, das Babyschwimmen würde hier noch fehlen. Das, finde ich, ist erst mal eine sehr sinnvolle Sache – jetzt ist sie gar nicht mehr da –, so ein Babyschwimmen zu machen, aber es ist eigentlich erwiesen, oder was heißt erwiesen,

(Tilo Gundlack, SPD:
Beim Babyschwimmen.)

nach meinem Kenntnisstand ist es so, dass dieses frühe Babyschwimmen viele sinnvolle Gründe hat, aber es gibt keine Kausalität zu späteren Schwimmfertigkeiten. Also das muss hier nun nicht gefördert werden, um Schwimmfertigkeiten ...

(Tilo Gundlack, SPD:
Um auch die Angst vorm Wasser
zu nehmen vielleicht?! – Zuruf von
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Alles richtig, aber es ist mir nicht bekannt, dass das dann später zu besseren Schwimmfertigkeiten führt.

(Tilo Gundlack, SPD: Aber Angst
vorm Wasser zu nehmen.)

Wir beantragen aber hier – damit sind wir einverstanden – die Überweisung in den Sozial- und Bildungsausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV –
Zuruf von Christel Weißig, Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Eine Frage an den Antragsteller. Wer soll Federführer sein? Sozialausschuss, okay.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV auf Drucksache 7/4026 zur Federführung an den Sozialausschuss und zur Mitberatung an den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? –

(Zuruf von Jörg Kröger, AfD)

Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wenn der
Antragsteller keine Auszählung beantragt.)

bei Zustimmung der Fraktionen von Freie Wähler/BMV, AfD und DIE LINKE abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV auf Drucksache 7/4026. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV auf Drucksache 7/4026 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und AfD, bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE und Zustimmung der Fraktion Freie Wähler/BMV abgelehnt.

(Zuruf von Christel Weißig, Freie Wähler/BMV)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 29:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Gutes und bezahlbares Wohnen für Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 7/4028.

Antrag der Fraktionen der SPD und CDU Gutes und bezahlbares Wohnen für Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 7/4028 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Albrecht.

Rainer Albrecht, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Werte Gäste! Wohnen ist eines der Grundbedürfnisse der Menschen und besitzt auch in der Politik einen sehr hohen Stellenwert,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach was!)

wenngleich mit oftmals sehr unterschiedlichen Herangehensweisen. Das Thema Wohnen ist daher hervorragend geeignet, um auch einmal deutlich auf die politischen Unterschiede zwischen der SPD und unserem Koalitionspartner hinzuweisen, denn es ist mitnichten so, dass wir in der Großen Koalition immer einer Meinung sind und immer dasselbe wollen. Im Gegenteil, es gibt politisch erhebliche Unterschiede, die meist aber nach außen nicht sichtbar werden. Das spricht für die hoch professionelle Art und Weise, wie wir hier in Mecklenburg-Vorpommern Politik machen.

Ich möchte mich bei unserem Koalitionspartner ausdrücklich dafür bedanken, dass wir den vorliegenden Antrag heute diskutieren können.

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich auch bei der Landesregierung bedanken, dass sie das in Ziffer II erwähnte Papier Initiative zur „Zukunft des Wohnens in M-V“ verabschiedet hat. Wir unterstützen dieses Papier ausdrücklich und werden auch als Fraktion auf die Umsetzung der dort genannten Punkte drängen.

Aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion hat es in der Wohnungsbaupolitik in Deutschland seit den 1980er-Jahren eine Entwicklung hin zu mehr Marktelementen gegeben, deren Folgen wir heute insbesondere in den Großstädten sehen und spüren können. Bei uns im Land ist die Zahl der Städte, in denen wir Wohnraumknappheit und zu hohe Mieten haben, zwar klein, das Problem in diesen Städten aber trotzdem drängt. Wir haben auch das ganze Gegenteil als Problem, nämlich ländliche Regionen, in denen Wohnungsleerstand, niedrige Mieten und drückende DDR-Altschulden eine positive Entwicklung des Wohnungsmarktes nachhaltig behindern. Gerade die DDR-Altschulden sind aus unserer Sicht ein riesengroßer Fehler der Wiedervereinigung, der eigentlich dringend korrigiert gehört.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Torsten Koplin, DIE LINKE:
Richtig!)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich habe leider wenig Hoffnung, dass die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ in Berlin für dieses spezifisch ostdeutsche Problem eine vernünftige Lösung auf den Tisch legen wird.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das ist doch Ihre Partei!)

Am Ende müssen wir selbst im Land schauen, wie wir die Lage entspannen können. Und auch da darf ich unserem Koalitionspartner ausdrücklich Dank aussprechen, dass wir im Land eigene Lösungen schaffen, um das Thema DDR-Altschulden zumindest langsam abzuarbeiten. Auch freut es mich, dass diese Bemühungen von der Wohnungswirtschaft honoriert werden. Der Direktor des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen, Andreas Breitner, hat erst kürzlich das Land im Deutschlandfunk ausdrücklich lobend erwähnt.

Wohnen kann man nicht dem freien Markt überlassen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach was!)

Dieser Grundsatz steht für uns im Mittelpunkt einer gesunden Wohnungsbaupolitik. Es gilt, ein gesundes Gleichgewicht zu finden zwischen dem Extrem eines rein staatlichen Wohnungsmarktes mit staatlich festgeschriebenen Mieten, die überall gleich sind, und dem anderen Extrem eines völlig entfesselten freien Marktes, der beispielsweise in Asien zur Käfighaltung von Menschen auf zwei Quadratmetern führt, und das zu Preisen, die deutlich über dem Münchner Stadtniveau liegen. Dieses Gleichgewicht zwischen sozialpolitischen Anforderungen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten ist es, was sich im Kern hinter Punkt 3 und 4 in Ziffer III verbirgt. Bei uns im Land kann man verfolgen, was aus dem Extrem des staatlichen Wohnungsbaus unter Bedingungen des freien Marktes entstehen kann.

Meine Damen und Herren, uns wurde ins Stammbuch geschrieben, dass die soziale Segregation gerade in den Plattenbaugebieten aus DDR-Zeiten teils extrem ist und wir im Wohnungsvergleich unrühmliche Spitzenplätze einnehmen. Für uns als SPD-Fraktion war dies der Anlass, uns intensiv Gedanken darüber zu machen, wie man kurz-, mittel- und langfristig auf dieses Problem reagieren kann.

Wir werden als Land durch die Änderung von Artikel 104d des Grundgesetzes Mittel des Bundes erhalten, die wir nutzen wollen, um in Städten mit solchen Problemen Modelle zu entwickeln und zu fördern, wie man sozialer Segregation städtebaulich begegnen kann. Dies sollte die Bemühungen der Koalition auf dem sozialen Sektor ergänzen. Ich darf da als Beispiel die Brennpunkt-Kitas nennen, die wir als SPD für zwingend notwendig halten, um die Gleichwertigkeit von Lebenschancen zumindest in Teilen zu ermöglichen. Eine vernünftige Wohnungsbaupolitik muss aus unserer Sicht den Grundsatz verfolgen, auf dem Wohnungsmarkt langfristig ein ausreichend großes Angebot an guten und bezahlbaren Wohnungen vorzuhalten. Das kann aber nur funktionieren, wenn wir die Bindungsdauer sozial verträglicher Mieten deutlich ausweiten.

(Tilo Gundlack, SPD: Toll!)

Wir Sozialdemokraten können dem Wiener Grundsatz, einmal Sozialwohnungen, immer Sozialwohnungen, sehr viel abgewinnen.

(Tilo Gundlack, SPD: Aber richtig.)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, theoretisch müsste jede Fraktion diesen Grundsatz begrüßen, denn wenn ich als Staat Geld dafür ausbebe, dass günstige Wohnungen gebaut werden, wieso sollte dann die so

finanzierte Wohnung nach ein paar Jahren plötzlich zu Marktpreisen vermietet werden? Und was hat der Staat davon? Der finanziert nach Auslaufen der Bindung nicht mehr das Objekt, sondern zahlt den Menschen, damit sie in der staatlich schon einmal finanzierten Wohnung bleiben können, dann das Wohngeld. Vernünftig ist das nicht, wenn aktuell leider auch notwendig. Leider haben wir dieses System mit der Wiedervereinigung von den alten Bundesländern geerbt, was aber kein Grund sein sollte, dies nicht doch zu ändern. Wir werben dafür, in der Wohnungsbaupolitik den Imperativ „Objektförderung vor Subjektförderung“ stärker zu verfolgen. Wir brauchen ein gesundes Angebot von öffentlich finanzierten und bezahlbaren Wohnungen, die einen Wohnungsmarkt im Gleichgewicht halten. Das wird bedingen, dass wir auf kommunaler Ebene verantwortungsvolle Wohnungsgesellschaften in kommunaler Hand benötigen.

Meine Damen und Herren, wir werden einen Rechtsrahmen benötigen, in Deutschland ebenso wie auf Ebene der EU, der diese Politik eines Gleichgewichtes zwischen sozialen und wirtschaftlichen Anforderungen an die Wohnungsbaupolitik unterstützt und befördert, beispielsweise durch die Wiedereinführung der Wohngemeinnützigkeit in Deutschland – zugegeben, ein dickes Brett, aber eines, das zu bohren sich lohnt. Dass eine Harmonisierung von Rechtsvorschriften beim Bauen und die zügige Realisierung des digitalen Bauantrages im Zuge der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes sinnvoll sind, muss ich an dieser Stelle, glaube ich, nicht weiter erwähnen.

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf eine angeregte Debatte und bitte um Zustimmung zum vorliegenden Antrag. Schön, dass Sie mir zugehört haben, später dann mehr. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 64 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Obereiner.

Bert Obereiner, AfD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Fraktionen der Regierungskoalition legen den Antrag vor: „Gutes und bezahlbares Wohnen für Mecklenburg-Vorpommern“.

Unter Punkt I des Antrages wird zunächst die Situation geschildert, dass wir in einigen Bereichen eine Unterversorgung mit Wohnraum haben, speziell in den Universitätsstädten oder auch in den touristischen Zentren. Das ist auch alles völlig richtig. Eine Durchschnittszahl von Mecklenburg-Vorpommern für Wohnungsbestand oder verfügbare Wohnfläche für Einwohner zu erheben, das ist statistisch sicherlich interessant, aber es ist natürlich regional äußerst unterschiedlich. Deshalb muss man vor Ort auch die geeigneten Lösungen finden, die ja in jeder Kommune durchaus anders sein können. Das haben wir schon öfter hier diskutiert.

Neu ist jetzt eigentlich, dass im Antrag davon gesprochen wird, dass die Landesregierung aufgefordert wird, auch auf Ebene der Bundes- und Europapolitik sich dort für

Veränderungen einzusetzen. Bisher haben wir das ja vorwiegend im Landesmaßstab und gegebenenfalls auf Ebene der Kommunen diskutiert.

Unter Punkt II wurde die Initiative zur „Zukunft des Wohnens in M-V“ erwähnt. Meines Wissens gibt es da einen Kabinettsbeschluss vom 7. Mai dieses Jahres. Deshalb frage ich mich jetzt, wenn das Kabinett das schon beschlossen hat und die Regierungsfractionen sicherlich hinter dem Kabinett stehen, warum wir das jetzt hier noch mal beschließen sollen.

(Heiterkeit bei Tilo Gundlack, SPD:
Wegen dem Rückenwind.)

Das weiß ich nicht, das hätte man eventuell vielleicht vorher machen können.

Gut, da der Kollege Albrecht das jetzt nicht komplett dargestellt hat, erwähne ich das mal kurz, was in diesem Konzept drinsteht. Da steht unter anderem drin, dass bis zum Jahr 2030 30.000 neue Wohnungen in Mecklenburg-Vorpommern entstehen sollen. Das ist sicherlich eine Prognose, aber die Größenordnung ist sicherlich nicht völlig falsch. Es geht dort um eine Verschlankung der Vorschriften, um weitere Baukostensteigerungen zu verhindern. Wie das im Detail aussehen soll, habe ich dort nicht gefunden.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Aber gut, lassen wir uns da überraschen.

Dann wird die Lösung der DDR-Altschuldenfrage angesprochen, das hat Herr Albrecht in der Einbringung auch gesagt, sicherlich ein ganz wichtiger Punkt. In diesem Konzept geht es darum, wie man der sozialen Spaltung entgegenzutreten kann auf dem Wohnungsmarkt. Es geht darum, dass Flächen für den Wohnungsbau in öffentlicher Hand verbleiben sollen, also nicht an private Investoren veräußert werden. Ich vermute mal, dass da vielleicht so was wie Erbpacht gemeint ist, was die Kommunen machen können. Das können die sicherlich auch allein machen, dazu brauchen sie, glaube ich, nicht unbedingt ein Landesprogramm. Das können sie, glaube ich, auch selbst entscheiden. Es geht dort um die Wiedereinführung der Gemeinnützigkeit der Tätigkeit kommunaler Wohnungsunternehmen und es geht um die Förderung von Mitarbeiterwohnungen in Tourismuszentren,

(Tilo Gundlack, SPD: Ja.)

also ein ganzes Bündel von Maßnahmen, wobei jede einzelne Maßnahme durchaus in der einen oder anderen Kommune Sinn macht. Die eine oder andere Maßnahme macht hier und dort wahrscheinlich auch keinen Sinn.

Unter Punkt III geht es dann im Punkt 1 um eine Harmonisierung von Normen und Rechtsvorschriften, etwa bei der Bauantragstellung – sicherlich ein sinnvolles Vorhaben.

Im Punkt 2 geht es um die Grundgesetzänderung Artikel 104d, die im März dieses Jahres im Bundesrat beschlossen wurde. Es geht dort um zweckgebundene Finanzhilfen des Bundes für den sozialen Wohnungsbau, wobei meines Wissens dort aber noch keine Quoten festgelegt sind, wie hoch der Eigenanteil der jeweiligen

Kommune ist. Also wahrscheinlich muss dort erst noch ein Gesetz erlassen werden, bevor das überhaupt angewendet werden kann.

Im Punkt 3 geht es dann um das Spannungsfeld zwischen Sozialpolitik und Wohnungsbaupolitik, wie man das verzahnen kann unter Einbeziehung der Kommunen.

Unter 4. geht es wiederum darum, den Bund und die EU in die Pflicht zu nehmen, speziell um das dem sozialen Wohnungsbau teilweise im Wege stehende Wettbewerbsrecht der Europäischen Union.

(Rainer Albrecht, SPD: Genau.)

Ja, was ist jetzt dazu zu sagen? Da sind sicherlich ganz viele sinnvolle Ansatzpunkte drin, aber man kann natürlich auch einen anderen Ansatz wählen. Wenn man jetzt diese ganzen Förderprogramme einführt, die kosten entweder das Geld des Steuerzahlers oder sie führen zu Steuermindereinnahmen, oder die Kommunen müssen auf Einnahmen verzichten. Das kostet erst mal alles etwas Geld. Die Frage ist jetzt, will man diese Objektförderung, durch die wieder mal nur die Mittel- oder wesentlich die Mittelschicht belastet wäre, oder bleibt man bei der Subjektförderung, das heißt, dem Wohnkostenanteil von Hartz IV, gegebenenfalls Wohngeld. Es spielt dort die Höhe der Sozialversicherungsrenten natürlich eine Rolle, dass die älteren Leute sich nach wie vor ihre Mietwohnung leisten können. Und da sind wir es, die mit der Gießkanne, wie man das bezeichnen kann, dort Objekte fördern, indem da gegebenenfalls Leute wohnen, die nach einer gewissen Zeit ein Einkommen erzielen, das ihnen das Weiterwohnen dort nach der ursprünglichen Intention unmöglich macht. Früher gab es ja mal diese Fehlbelegungsabgabe für den sozialen Wohnungsbau. Das sehen wir also mehr als kritisch. Das kostet wieder mal das Geld der Steuerzahler und geht zulasten der Mittelschicht.

Ich habe mir das mal rausgesucht. Laut Definition der Bundesregierung zählt zur Mittelschicht der, der ein Einkommen erzielt, das zwischen 60 und 200 Prozent des medialen Einkommens liegt. Das sind in Deutschland knapp 80 Prozent der Einkommensbezieher. Wenn man diesen Leuten jetzt den Erwerb oder den Bau von Eigentumswohnungen, den Bau von Eigenheimen dort erleichtert, denke ich, ist das unter dem Strich ein wesentlich billigerer Weg, um zusätzliche Wohnmöglichkeiten zu schaffen, als wenn man diesen hoch subventionierten sozialen Wohnungsbau wieder in Betrieb nimmt, wenn gleich man natürlich dazusagen muss, dass das punktuell zumindest durchaus sinnvoll sein kann. Aber wenn man das in Größenordnungen macht, denke ich, kostet das jede Menge Geld und löst das Problem letzten Endes nicht. Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Um das Wort gebeten hat für die Landesregierung der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich war zunächst zurückhaltend, mich zu melden, weil zumindest

die Ziffer 2 zeigt, dass Sie begrüßen wollen, was wir gemacht haben. Herr Obereiner hat aber mehrere Fragen aufgeworfen. Deswegen, glaube ich, macht es Sinn, dass ich mich bemühe, darauf einzugehen.

Die Frage, ob ich mit öffentlicher Förderung helfe oder nicht, würden wir in der Tat sehr unterschiedlich beantworten, das war Ihr letzter Punkt. Wir glauben, dass wir im Bereich von Mietwohnungsbau tief die Mittelschicht erreichen. Ich werbe dafür, sich den zweiten Förderweg, den wir im Februar dieses Jahres eingeführt haben, anzuschauen. Wenn es Ihr spezielles Interesse ist, geben Sie uns gern ein Signal, dann würden wir es auch im Ausschuss noch mal vorstellen. Mit dem zweiten Förderweg war gerade beabsichtigt, eben nicht nur kleinere Einkommen zu erreichen, und selbst mit dem ersten Förderweg der kleinen Einkommen erreichen wir deutlich mehr als „nur“ Kosten der Unterkunft, sondern ganz bewusst auch kleinere Einkommensgruppen. Mit dem zweiten Förderweg gehen wir bis weit in die Mittelschicht hinein. Sie kommen also an gemeinsame Gehälter von zwei Personen ran, die um 4.000 Euro brutto im Monat von zwei Verdienern ausmachen. Das scheint mir aber in diesem Bundesland durchaus tief in den mittleren Bereich der Einkommen hineinzugehen, wenn zwei Ehegatten irgendwo zwischen 3.800 und 4.000 Euro verdienen dürfen.

Sie haben zwei Punkte erwähnt, die ich gern aufgreifen will. Der erste war, was wir mit EU-beihilferechtlichen Fragen meinen. Das ist der Punkt, wo wir sagen, der ist neu, den haben Sie bisher in der Kabinettsbefassung, in der Kabinettsklausur, in dem dortigen Beschluss vom Mai nicht gefunden. Wir kämpfen relativ intensiv immer mit der Frage, wie weit wir eigentlich fördern beim sozialen Wohnungsbau oder bei der Förderung von gutem und bezahlbarem Wohnen, weil das europäische Beihilferecht eine Förderung in diesem Bereich, im Bereich Wohnen genauso behandelt, als wenn Sie Stahlindustrie subventionieren oder die Schiffbauindustrie. Das sind die gleichen beihilferechtlichen Vorschriften. Und mein Eindruck ist, dass wir bei der Frage, wenn wir Wohnen fördern, durchaus eigentlich in einem anderen Marktsegment sind, in etwas, was sehr existenziell ist, wenn es ums Wohnen geht für Menschen. Und das über den gleichen Leisten zu büßten, wie wir das bei allgemeinen wirtschaftlichen Subventionen tun, da haben wir Bedenken.

Insbesondere arbeitet die Europäische Union mit sehr klaren Quoten, was sie allenfalls sozusagen an Markterreichbarkeit zulässt. Die Frage, dass wir tief in die mittleren Einkommensgruppen hineingehen, treibt die EU-Wettbewerbskommissare um, und damit sind die nicht ganz glücklich. Wenn man das behandelt, noch mal, wie Schiffahrtssubventionen oder Stahlsubventionen oder irgendwas anderes, ist mir das nachvollziehbar. Wir glauben, dass wir im Wohnbereich woanders sind, und dass du eigentlich nach meiner tiefen Überzeugung im Beihilferecht für den Bereich Wohnen, wenn du Wohnraum unterstützt, andere Regeln brauchst, die stärker berücksichtigen, dass wir da quasi tief sozusagen in den sozialen Grundbedürfnissen von Familien und Menschen sind.

Insoweit würden wir den Auftrag sehr gern aufgreifen, auch wenn wir ihn als Mecklenburg-Vorpommern nicht allein lösen können. Also wir sehen, dass europaweit durchaus verschiedene Städte und quasi Regionen,

Bundesländer, wenn Sie nach Österreich gucken, die Wiener Stadtverwaltung, die zugleich Stadtstaat und Kommune ist, dass dort breitere Diskussionen entstehen. Die Holländer, die Niederländer, Verzeihung, diskutieren das sehr intensiv und sind da eigentlich sehr engagiert gewesen im sozialen Wohnungsbau. Sie fühlen sich ein Stück zurückgedrängt aufgrund von EU-Beihilferecht, und bei der Frage, ob das wirklich gleiches Beihilferecht sein sollte wie bei jedem anderen privatwirtschaftlichen Produkt, da machen wir Fragezeichen.

Sie haben die Frage angesprochen, ob die vier Modellprojekte eines Extragesetzes bedürften – nach unserer Einschätzung nicht. Wir würden diese weitgehend über die vorhandenen Förderrichtlinien abwickeln können. Aber natürlich brauchen wir eine Abbildung im Haushaltsplan. Von daher fiebern wir da dem Jahresende und der Haushaltsbefassung in diesem Hohen Hause entgegen, weil wir glauben, dass wir damit genau die Umsetzung erfahren, die es uns hinterher möglich macht. Insoweit haben Sie recht, ich brauche das Haushaltsgesetz, aber Sie hatten ja offenbar speziellere Gesetze vor Augen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Obereiner?

Minister Christian Pegel: Sehr gern.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön.

Bert Obereiner, AfD: Das war jetzt wahrscheinlich ein Missverständnis, deshalb frage ich noch mal explizit nach. Diese Grundgesetzänderung in Artikel 104d erlaubt ja die Förderung des sozialen Wohnungsbau. Sie erlaubt dem Bund, sich daran zu beteiligen, sagen wir es mal so, aber es steht irgendwie drin, dass es keine gesetzliche Regelung gibt, wie hoch der Eigenbehalt der Länder oder Kommunen ist. Das muss doch vorher erst mal festgelegt werden. Darum ging es mir.

Minister Christian Pegel: Vielen Dank.

Da habe ich Sie in der Tat missverstanden. Der Bund wollte gern, eigentlich schon im Grundgesetz, feste Quoten haben, wenn er den Ländern Geld für sozialen Wohnungsbau gibt, wie viel sie dazutun müssen. Da haben die Länder sich gewehrt. Das macht er jetzt auf einem anderen Wege, und zwar nicht per Gesetz, sondern er schließt mit den 16 Bundesländern – das kennen wir schon aus dem Bereich der Städtebauförderung, da ist das seit 30 Jahren so – jedes Jahr Verwaltungsvereinbarungen. In denen steht drin, wie viel Geld er und wie auf die einzelnen Bundesländer verteilt. Da ist quasi der Verteilungsschlüssel drin, lauter Abrechnungsmodalitäten, was man nachzuweisen hat, wie man das Geld einsetzt, und auch die Frage, wie viel Kofinanzierung der Bund verlangt. Die will er in dieser Verwaltungsvereinbarung vorsehen.

Zurzeit verhandelt er mit einer 50-Prozent-Quote. Er sagt also, 1 Euro Bundesgeld gibt es nur, wenn ihr 1 Euro Landesgeld dazutut. Es könnte auch, Schrägstrich, kommunales Geld sein, aber er legte bisher Wert auf Landesgeld, weil er da die Nachweisführung für leichter hält. Insoweit geht auch der Bund nicht davon aus, dass er zurzeit ein Gesetz braucht, sondern will das über die Verwaltungsvereinbarung, quasi über freiwillige Verein-

barungen mit den 16 Bundesländern, aber einheitlich mit allen 16 regeln.

Bert Obereiner, AfD: Danke.

Minister Christian Pegel: Herzlichen Dank.

Zu einem dritten Punkt, über den haben wir gestern kurz gesprochen. Da ist deutlich geworden, dass vielleicht auch nicht sofort erkennbar ist, was dahintersteht. Wir haben am Rande des Landtages gestern über die Ziffer 3a gesprochen. Die Frage, was meint ihr eigentlich mit Vereinheitlichung und mit OZG. Die Idee, die uns umtreibt, ist, und zwar bundesweit, dass man Baugenehmigungsverfahren ebenfalls weitgehend digitalisiert, zu gut Deutsch, dass ich von zu Hause – das ist jetzt ein bisschen eine falsche Formulierung, weil die meisten Baugenehmigungen von Architekten- oder Planungsbüros beantragt werden –, dass ich aus dem Planungsbüro nicht mehr ein dickes Papierpaket verschicke mit ganz vielen Unterlagen, sondern auch online am Computer den Bauantrag stellen kann oder eine andere Antragsfrage. Man hat sozusagen alle Verwaltungsdienstleistungen, die es gibt, bundesweit unter den 16 Bundesländern im Bund verteilt. Jeder nahm sich den Hut für einen besonderen Bereich auf. Mecklenburg-Vorpommern hat diesen Hut auf für den Bereich Bauen. Warum? Weil bei uns der seltene Zufall besteht, dass das Digitalisierungsministerium zugleich Bauministerium ist und wir von daher an der Abteilung in den Themen dichter dran sind. Dafür werden sie aber gewisse Prozesse vereinfachen müssen.

Sie können jetzt die bisherigen Bauantragsverfahren mit den Verwaltungsprozessen, die hinten dranhängen, einfach in Computersprache übersetzen. Das wird aber irre teuer und irre kompliziert. Deswegen glauben wir, dass es sinnvoll ist, zunächst einmal zu schauen, ob nicht ein Teil der Prozesse einfach 70 Jahre gewachsen ist und dann eine Menge Umwege dabei sind, die man eigentlich nicht braucht. Deshalb glauben wir, dass in diesem Prozess – und das betreiben wir zurzeit ganz aktiv – zusammen vor allen Dingen mit Bayern und Baden-Württemberg mal zu gucken ist, wie muss eigentlich ein Bauantragsverfahren sinnvollerweise aussehen, auch innerhalb der kommunalen, der kreislichen Verwaltung, wenn man die Umweltbehörde beteiligt, wenn man die Straßenverkehrsbehörde beteiligt, all das, was passiert, bevor sie eine Baugenehmigung erteilen.

Und das mal auf einen vereinfachten Prozess zu bringen, der trotzdem funktioniert, und hinterher in Computersprache zu übersetzen, ist die Idee, die vor allen Dingen hinter der Ziffer a) steckt und die wir bundesweit auch zugesagt haben. Quasi entwickeln wir das und 16 andere Bundesländer mit ihren Kreisen und Gemeinden können das dann, wenn sie wollen, übernehmen. So ist die Idee, die bundesweit dort besteht.

Damit habe ich hoffentlich den Punkt, den ich gestern, wo Sie mich dankenswerterweise gefragt haben, bilateral erläutert habe, auch noch mal dargestellt. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. Ich freue mich auf die Debatte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Berg.

Christiane Berg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wohnen ist in aller Munde, Wohnen und Wohnungsnot ebenfalls, beispielsweise in der Form, dass die Bundesregierung gerade die Mietpreisbremse verlängert hat.

Fünf soziale Organisationen und auch Verbände der Bauwirtschaft haben die Bundesregierung aufgefordert, bis 2023 den Bestand an Sozialmietwohnungen auf über zwei Millionen zu stabilisieren. Die Fraktionschefin der LINKEN im Bundestag fordert die Mietendeckel auf Bundesebene, und die Stadtentwicklungssenatorin von Berlin will Mietobergrenzen von maximal 8 Euro je Quadratmeter festschreiben. Ich habe neulich in der Zeitung einen Kommentar gelesen, der heißt, ich zitiere: „Unsinn hilft nicht gegen Wahnsinn“.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Meinungsfreiheit. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Finden Sie
das richtig, diesen Kommentar?
Das ist hier die Frage.)

Aber zurück zu unserem Antrag: „Gutes und bezahlbares Wohnen für Mecklenburg-Vorpommern“ – Herr Minister hat nicht sehr viel, aber einiges über europatechnische Vorgaben gesprochen. Ich will mal in Mecklenburg-Vorpommern bleiben. Zum Beispiel die Stadt Friedland oder Gadebusch sind zwei Städte, wozu man sagen kann, die Größe in etwa stimmt. Die haben kein Wohnungsproblem und auch keine Wohnungsnot. Wir reden von Wohnungsnot in Ballungszentren, das ist richtig, und wir haben sowohl die beiden Universitätsstädte als auch Schwerin zum Teil mit Wohnungsbedarf, der aber an einer Stelle ist, wo gerade keine Wohnungen sind.

Wie kommt es nun zur Wohnungsnot in Ballungszentren? Das Statistische Bundesamt sagt, die Bevölkerung wächst seit Jahren. 2018 gab es einen Zuwachs von 227.000 im Vergleich zu 2017. Noch vor einigen Jahren sind die Demografen von einer rückwärtigen Bevölkerungsentwicklung ausgegangen, und das war auch einer der Gründe, weshalb einige Kommunen gesagt haben, wir weisen kein neues Bauland aus. Demzufolge blieben natürlich die Planungen, die dazu notwendig wären, auch hinter den Erwartungen, die wir heute haben, zurück. Das müssen wir wieder aufholen. Das ist aber nicht von heute auf morgen zu machen. Die demografische Entwicklung ist positiv, das ist schön. Binnenwanderung, EU-Zuwanderung und auch Migrationsbewegung zeigen, dass immer mehr Menschen in der Bundesrepublik und hier besonders in den Ballungszentren leben wollen.

Ich sagte es, in Mecklenburg-Vorpommern sehen wir keine so angespannte Wohnungssituation, denn im ländlichen Raum, aber auch in anderen Städten sind Wohnungen vorhanden. Teilweise werden sie sogar zurückgebaut, nur, wir können eben nicht gewährleisten, dass Wohnungen in bester Innenstadtlage saniert für einen Preis von 6 bis 8 Euro zu vermieten sind. Das kann auch nicht das Ziel unseres Handelns sein.

Frau Ministerpräsidentin fordert einen Paradigmenwechsel in der Wohnungspolitik. Staatliche Verantwortung, neue Wohnraumförderung und die langfristige Bindung im sozialen Wohnungsbau sollen die Wohnungsnot lindern, um der Entmischung, der Segregation – mein Kol-

lege Albrecht sprach das vorhin an – der Gesellschaft entgegenzuwirken. Auch das hat er schon angesprochen – oder war das Herr Obereiner –, das Kabinett hatte auf einer Klausurtagung im Mai die Leitlinien und Handlungsempfehlungen der Landesregierung für ein gutes und bezahlbares Wohnen beschlossen, kurz, die Initiative „Zukunft des Wohnens“.

Aber ich frage mich trotzdem, wie weit kann das Land Aufgaben der Kommunen oder gar der Privatwirtschaft im Bereich des Wohnungsbaus übernehmen. Wie weit können wir gehen? Erste Maßnahme wäre die Förderung von Wohnraum in Tourismusschwerpunkten, aber auch die Förderung von Haushalten mit mittleren Einkommen kam eben zur Sprache. Im Bereich der Wohnbauförderung wurden Maßnahmen zur Altschuldenentlastung der Kommunen – Kollege Albrecht hat es angesprochen – ergriffen. Und trotzdem bleibt die Frage: Wie können wir es erreichen, dass der ländliche Raum auch für Wohnungssuchende attraktiv wird oder bleibt, damit wir diesen etwas ungebremsen Zuzug in bestimmten Bereichen, also in die Ballungszentren unseres Landes, verhindern können. Wir könnten so den ungenutzten Wohnraum auf dem Lande nutzen und der Überhitzung der Wohnungsmärkte in den Städten entgegenwirken.

Meine Damen und Herren, neben der staatlichen Förderung und auch teilweise Reglementierung durch Mietendeckel, Mietpreisbremse und Städtebauförderung gibt es auch das andere Extrem. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung fordert ein Zurückfahren des sozialen Wohnungsbaus und das ersatzlose Streichen der Mietpreisbremse. Sie, die Experten, verweisen darauf,

(Tilo Gundlack, SPD:
Die Möchtegernexperten.)

dass eine Begrenzung der Mietpreise die Knappheit an Wohnraum forciert, und sie fordern auch eine stärkere Bedürftigkeitsprüfung für Sozialwohnungen, sodass diejenigen, die längerfristig dort wohnen, diese Wohnung nicht auf Lebenszeit durch diesen Preis nutzen, wie sie einmal eingezogen sind. All das führe nach Meinung dieser Wissenschaftler zur weiteren Verknappung auf dem Wohnungsmarkt. Das habe ich heute so noch nicht gehört als Argument, aber ich wollte es gern anführen.

Ich will allerdings auch deutlich machen, welche Maßnahmen meine Fraktion für notwendig erachtet, um gutes und bezahlbares Wohnen zu ermöglichen. Wir wollen mehr Neubau – keine neue Erkenntnis, fürchte ich. Wir wollen mehr Wohneigentum und weniger Regulierung. Als Beispiel ist immer wieder die Baukostenentwicklung zu nennen. In den letzten 20 Jahren ist sie um über 60 Prozent gestiegen, und deshalb sollen Investitionen in den Neubau von Wohnungen unterstützt werden. Dabei geht es auch um staatliche als auch um private Investitionen und darum, die Baunebenkosten über eine zeitlich begrenzte Sonderabschreibung zu senken sowie Anreize für Investitionen in den sozialen Wohnungsbau zu schaffen.

Wir wollen, dass die Baukosten nicht weiter steigen und deshalb alle Maßnahmen und Regelungen, die dazu geeignet sind, die Schaffung von Wohnraum zusätzlich zu verteuern oder bürokratisch zu erschweren, auf den Prüfstand stellen. Wir wollen Umwelt- und Energiestandards dahin gehend prüfen, ob ihr Nutzen und ihr Anteil an den Baukosten in einem ausgewogenen Verhältnis

zueinander stehen. Wir wollen Möglichkeiten der innerörtlichen Verdichtung der Städtebauförderung von Bund und Land nutzen, um neue Wohnungen zu schaffen. Wir wollen den Kommunen Möglichkeiten in die Hand geben, verstärkt Baugebiete auszuweisen, und dabei gilt es auch zu prüfen, inwieweit Landes- und kommunale Grundstücke an private Investoren übergeben, übertragen, genutzt werden können.

Mit den vorliegenden Empfehlungen und Handlungsvorschlägen der Landesregierung wurde ein Schritt getan. Den möchten wir gern unterstützen und begleiten. Wir bitten Sie, dem vorliegenden Antrag ebenfalls zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Frau Berg!

Für die Fraktion der SPD hat der Abgeordnete Jörg Heydorn eine Kurzintervention angemeldet.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ei, jei, jei! –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Bitte schön, Herr Heydorn.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Jetzt gehts ans Eingemachte!)

Jörg Heydorn, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Sehr geehrte Frau Kollegin Berg! Sie haben ausgeführt, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern in Städten wie Gadebusch beispielsweise so was wie Wohnungsnot nicht kennen, wobei das meines Erachtens eine Sache der Betrachtung ist. Also wenn Sie die Gesamtzahl der Wohnungen angucken, wenn Sie auf die Leerstandsquote orientieren, dann haben Sie natürlich völlig recht, aber wenn Sie Aspekte einfließen lassen, gibt es eine ausreichende Anzahl von barriere reduzierten Wohnungen, etwas für ältere Leute, wie sieht die Wohnraumversorgung von Menschen mit Behinderungen in den Quartieren aus, dann kriegt man einen ganz anderen Blick durch die Brille, und darauf wollte ich noch mal aufmerksam machen, weil meines Wissens gibt es diese Form von Wohnungsnot oder fehlende Wohnungsangebote in Mecklenburg-Vorpommern quasi an allen Stellen.

Wenn man sich mal anguckt, wohin die demografische Entwicklung läuft, dann ist man sicherlich in der Situation und muss darüber nachdenken, 15 bis 20 Prozent des Wohnungsbestandes in solchen Städten für diese Zielgruppen letztendlich vorhalten zu müssen, und wenn man sich anguckt, wie groß das Angebot ist, ich kenne jetzt Gadebusch nicht sonderlich, aber ich würde eine Wette darauf abschließen, dass sie in Gadebusch deutlich unter zehn Prozent sind, und wenn Sie mit solchen Leuten sprechen, dann sagen die Ihnen, ich bin hier in großer Not, was meine Wohnraumversorgung angeht. Darauf wollte ich nur aufmerksam machen.

Christiane Berg, CDU: Danke, Herr Heydorn.

Das ist ein Thema, das wir in diesem Bereich im Moment – ich auch – hier nicht berücksichtigt haben. Das stimmt sowohl für Gadebusch und ich hatte vorhin Friedland auch genannt, ich denke an Grevesmühlen, das

wird viele Städte treffen, diesen Bereich für behinderten-gerechten Wohnraum haben wir mehr oder weniger im Fokus. Das wird uns auch von vielen Verbänden immer wieder gesagt, dass wir zu wenig haben, das stimmt. Die Investoren dafür sind nicht so viele. Die gesetzlichen Regelungen gibt es, aber man hat noch sehr viel Luft nach oben, den Aufwuchs, da haben wir noch viel zu tun. – Danke für den Hinweis.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Berg.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Kröger.

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Vielen Dank, sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! „Gutes und bezahlbares Wohnen für Mecklenburg-Vorpommern“, so heißt Ihr Antrag. Und ja, wir alle wollen gutes und bezahlbares Wohnen in Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich lese diese Überschrift und denke, Wunder, was da kommt! Schon wieder ein Antrag zum Wohnen? Ja, was gibt es denn Neues?

Wissen Sie, ich schreibe meine Reden immer selbst. Ich denke, das gehört sich auch so. Aber unsere Mitarbeiterin in der Fraktion, die auch für Wohnungspolitik zuständig ist, setzt sich natürlich sehr gewissenhaft mit Ihren Anträgen auseinander. Und auch zu diesem Antrag hat sie etwas aufgeschrieben, ausschließlich Kritisches übrigens.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Sie hat sich da regelrecht in Rage getippt, und als ich den Antrag dann gelesen habe, konnte ich sie irgendwie verstehen und hatte zugegebenermaßen überhaupt keine Lust, Zeit aufzuwenden. Dieser Antrag tut nichts, aber auch wirklich gar nichts, um schneller oder besser gutes und bezahlbares Wohnen in Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ich habe Sie ja alle gern,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion
der SPD – Torsten Renz, CDU:
Den Spruch kenne ich.)

aber dieser Antrag ist umsonst, und ich finde ihn, ehrlich gesagt, auch unter Ihrer Würde. Was war da los?! Wenn Sie mich fragen, steht die CDU hier mal wieder auf der Bremse,

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Ich hab euch doch alle lieb! –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE –
Glocke der Vizepräsidentin)

und ja, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, mit uns wären Sie da schon viel, viel weiter.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Wenn ich Frau Kollegin Berg höre, dann erkenne ich auch kein Umdenken. Da werden Pirouetten gedreht, am Anfang redet sie für den Antrag, dann redet sie gegen den Antrag. Es mündet in mehr Neubauten, mehr Eigentum, mehr Privatisierung und bitte weniger Regulierungen. Das hört sich an, als hätten Sie gar nichts gelernt. So geht es nicht!

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Die alten Rezepte!)

Ich frage mich also, was Sie sich bei diesem Antrag gedacht haben,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nischt!)

und die einzige Antwort kann sein: Mensch, es wird Zeit, sich mal wieder selbst zu loben. Es wird Zeit, mal wieder einen Antrag zum Thema Wohnen auf die Tagesordnung zu werfen, denn Wohnen ist ja immer gut, Wohnen verkauft sich auch immer gut.

(Zuruf von Christel Weißig, Freie Wähler/BMV)

Ich fürchte, so muss ich mir das vorstellen.

Wie sieht die Bilanz aus? Die Bilanz ist traurig. In Mecklenburg-Vorpommern wurde 2018 nahezu keine Sozialwohnung gebaut. 68 neue Sozialwohnungen sind inzwischen entstanden, 130 gingen zeitgleich verloren. Ich finde, das ist kein Zustand, für den man sich hier auf die Schulter klopfen kann.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Im Feststellungsteil haben Sie mal wieder aufgeschrieben, was wir alle längst wissen: Wohnungsknappheit hier, Leerstand dort, soziale Spaltung greift um sich.

(Jochen Schulte, SPD:
Ihre Fraktionsvorsitzende sagt
doch immer, Wiederholung schadet nicht!)

Völlig richtig, völlig richtig, Herr Schulte.

Auch Herr Kollege Albrecht hat das alles vorgetragen, und was er gesagt hat, war auch vollständig korrekt. Aber wie geht es weiter? Es folgt eine Lobhudelei des Kabinetts für einen Beschluss aus dem Frühjahr, der noch keinerlei Auswirkungen gezeigt hat. Beispielsweise ist die Änderung der Rückbaurichtlinie bislang nicht durch, und wie man sich um einen gemeinnützigen Wohnraumsfonds kümmern will und wer das tun soll, ist auch noch unklar.

Nun zu Ihren Forderungen: Die Bundesländer und der Bund sollen handeln, sie sollen Vorschriften anpassen, damit Bauen schneller und kostengünstiger wird. Wow, Respekt! Hätten wir das als LINKE beantragt, die Bundesländer und der Bund sollen mal ihre Vorschriften anpassen und uns helfen, damit schneller und günstiger gebaut werden kann, hätten Sie abgelehnt und gesagt,

(Tilo Gundlack, SPD:
Das ist was ganz anderes!)

das machen wir schon, das haben wir schon, wir sind doch längst dabei!

Die Bauministerkonferenz und ihre Gremien befassen sich mit zahlreichen dieser Themen, beispielsweise auch mit der Weiterentwicklung, der Harmonisierung der Landesbauordnung. Die Verbesserung der Genehmigungspraxis, die Anregungen der Baukostensenkungskommission stehen auch regelmäßig auf der Tagesordnung. Auf die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes – Stichwort „digitale Baugerichtsverfahren“ – ist Herr Minister schon eingegangen, auch das wird gerade in Nordwestmecklenburg erprobt.

Nun zur Modellregion: Sie möchten modellhaft Maßnahmen gegen die soziale Spaltung erproben. Rostock, Schwerin, Greifswald und eine touristisch geprägte Region sollen ins Auge gefasst werden, um die Trennung von Arm und Reich beim Wohnen einzudämmen. Sehr wichtig, aber eben auch nichts Neues,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

denn diese Idee haben Sie bereits in Ihrem schon beschlossenen Papier, der Initiative der Landesregierung „Zukunft des Wohnens in Mecklenburg-Vorpommern“ beschrieben. Jetzt warten wir auf Details, auf Konkretes, aber auch das leistet dieser Antrag ja gar nicht.

Übrigens darf der Einsatz von Bundesmitteln für die Wohnraumförderung natürlich nicht auf Modellvorhaben beschränkt werden, aber ich gehe davon aus, dass Ihnen das klar ist. Neubrandenburg hat ja vor einigen Wochen schon beklagt, dass hier gleiches Recht für alle Landesteile und Kommunen gelten müsse. Da bestehen Sorgen, dass Teile ausgeschlossen werden von der Förderung oder man sich auf einzelne Teile fokussiert. Wie reagieren Sie darauf? Wie reagieren Sie auf diese Sorgen? Auch der Antrag und die Debatte wären heute sicherlich sinnvoll gewesen, darauf mal einzugehen.

Aber mein Lieblingspunkt ist der nächste, der ja irgendwie auch mit diesem Modellvorhaben zusammenhängt. Sie fordern die Landesregierung auf, mal zu schauen, an welchen Stellen Sozialpolitik und Wohnungsbaupolitik verzahnt werden sollten gemeinsam mit den Kommunen.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Wirklich? Auf mehr konnten Sie beide sich nicht verständigen, SPD und CDU?! Das ist ziemlich dünn! Das wissen Sie doch, denn seit Langem reden wir darüber, es gibt Studien, es gibt Analysen, ganz konkrete, kluge Hinweise, warum und auch wie Soziales und Wohnen miteinander zu tun haben und welche Wege man gehen müsste, um eine der wichtigsten sozialen Fragen unserer Zeit zu lösen, nämlich die Wohnungsfrage.

Ja, Frau Berg, in Berlin hat man gehandelt. In Berlin ist man ganz wesentliche Schritte gegangen. Warum? Wenn man sich mit – man muss es leider so nennen – Völkerwanderungen in Berlin befasst, wie Hunderttausende Menschen über die Jahre von einem Stadtende zum nächsten verdrängt worden sind, auch durch Luxussanierungen und durch Aufkäufe, dann weiß man, warum dort drastische Schritte notwendig waren. Ich kann Ihnen nur empfehlen, sich damit mal zu befassen, und so sieht mutige Politik aus.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Da kann ich nur sagen: Vielen Dank nach Berlin!

Wie sieht es in Mecklenburg-Vorpommern aus? Wir haben den höchsten Anteil an Haushalten, die auf Wohngeld angewiesen sind. Die Altersarmut nimmt zu. Nach wie vor haben wir viele Menschen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. Selbst Menschen, die arbeiten oder nur kurze Zeit arbeitslos sind, geraten wegen der Wohnkosten in Schwierigkeiten. Geringverdienende, Studierende, Auszubildende, Migrantinnen und Migranten – sie alle sind auf preiswerten Wohnraum angewiesen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Abgeordnete Krüger, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Renz?

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Wenn am Ende noch Zeit ist, gern.

Wir wissen doch längst, dass wir soziale Segregation haben. Wenn Einkommen auseinanderdriften, driften auch die Lebensverhältnisse auseinander, und diese Ungleichheit führt zu sozialer Spaltung, die sich an Postleitzahlen festmachen lässt. Auch darüber haben wir hier schon gesprochen. Und ja, es ist unsere Aufgabe, der Armut und dieser Ungleichheit entgegenzuwirken. Dieses Wirken fängt bei mehr Tarifbindung an, es geht weiter über eine kluge Bildungspolitik, es endet vor Ort in den Kommunen, wo die Möglichkeiten der Daseinsvorsorge ausgeschöpft werden müssen. Es geht um soziale, es geht um kulturelle Angebote, es geht um Rekommunalisierung und nicht Privatisierung, und es geht darum, dass benachteiligte Quartiere über die Stadtentwicklung gestärkt werden müssen. Es geht um die Stärkung des Sozialraumes, der Nachbarschaft, des Miteinanders, und darüber können wir gern im Detail sprechen, aber solche phrasengeschüttelten Anträge helfen uns da gar nicht.

Und dann der Verweis auf die städtebaulichen Mittel – auch so was ärgert mich, weil es ist ja richtig, es geht um städtebauliche Mittel, aber da fangen wir doch nicht bei null an. Es gibt so unfassbar viele kluge Ideen dazu und wir können sofort anfangen, auf kommunaler Ebene Arbeitsgruppen dazu zu gründen. Die kommunalen Gremien haben sich neu konstituiert. Inzwischen dürfte sich da alles zurechtgeschüttelt haben. Wir können uns gern zusammensetzen und sofort anfangen, gemeinsam mit dem Land darüber zu reden, wie über städtebauliche Instrumente sozialer Segregation entgegengewirkt werden kann.

Nun zum letzten Punkt Ihres Antrages: Die Europäische Union soll helfen, sie soll umdenken, damit wir Maßnahmen zur sozialen Durchmischung umsetzen können. Natürlich ist es immer sinnvoll, auf europäischer Ebene Veränderungen einzufordern. Aber auch das tun Sie ja längst und das hat Herr Minister bestätigt. Dann kommt noch dazu, dass wir natürlich eigentlich gar nicht warten können, bis sich dort etwas verändert, und auch da ist es einfach wahr, wenn man sagt, dass eine neue Gemeinnützigkeit, wenn denn der politische Wille da wäre, sofort von SPD und CDU/CSU bundesweit hätte eingeführt werden können.

Werte Kolleginnen und Kollegen, dieser Antrag ist enttäuschend. Der Überschrift würden wir zustimmen, aber Schaufensteranträge helfen uns auch nicht,

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

und sie stehen Ihnen ehrlich gesagt auch nicht gut zu Gesicht. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich erteile jetzt dem Abgeordneten Renz das Wort für eine Zwischenfrage.

Torsten Renz, CDU: Danke schön.

Sehr geehrte Kollegin, Sie haben ausgeführt, dass es in den letzten Jahren in Berlin zu Völkerwanderungen kam von mehreren Hunderttausend Leuten. Könnten Sie mir die Quelle benennen?

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Ja, gern.

Ich war jetzt bereits dreimal in Berlin auf sogenannten Wohnbaukonferenzen, und das waren nicht nur Konferenzen, die von der LINKEN veranstaltet wurden, sondern unter anderem auch von der Universität. Es gibt zahlreiche Studien und Analysen anhand von Statistiken, die es in Berlin gibt, wo und in welchen Jahren die Menschen auf diesem Teil der Stadt gewohnt haben, wie die Mieten gestiegen sind, welche Bevölkerungsgruppen sich dann aus diesen Stadtteilen entfernt haben, weil sie sich schlichtweg die Mieten nicht mehr leisten konnten und in andere Stadtteile gezogen sind.

Also Quellen gibt es dazu zahlreiche. Wenn Sie möchten, schicke ich Ihnen gern einen Katalog aus sehr zuverlässiger und qualitativ hochwertiger Quelle zu solchen Analysen.

Torsten Renz, CDU: Sehr schön. Da wäre ich sehr dankbar.

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE Das mache ich gern.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Da freut sich der Statistikfreak.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Kröger.

Das Wort hat noch einmal für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Albrecht.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Jetzt wird der Sinn und
Zweck des GroKo-Antrages
wieder geradegerückt. –
Henning Foerster, DIE LINKE: Ihr
fliegt ja in unterschiedliche Richtungen.)

Rainer Albrecht, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist doch schon verwunderlich, wie mit dem Inhalt dieses Antrages umgegangen wird vonseiten der Oppositionsfraktionen, wobei Sie sonst in den Diskussionen, in den Ausschüssen und so weiter eine ganz andere Meinung und Auffassung haben. Und wenn dann hier ein Antrag vorliegt, den wir gemeinsam mit der CDU Ihnen hier ins Parlament gebracht haben, der absichern soll, dass gutes und bezahlbares Wohnen für Mecklenburg-Vorpommern dauerhaft umgesetzt werden kann, und Sie diesen als Schaufensterantrag deklarieren,

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Dann hätten Sie der Frau Kröger
mal zuhören sollen!)

muss ich schon sagen, Sie haben den Antrag doch nicht inhaltlich ganz verstanden.

Ich hatte ja in meiner Einbringungsrede darauf hingewiesen, welche Probleme wir an vielen Stellen im Land haben, und zwar unterschiedliche Probleme. Gutes und bezahlbares Wohnen ist ja nicht nur das Wohnen allein, sondern es ist eben Bildung, Kultur, soziale Infrastruktur, alles, was dort eine Rolle spielt.

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Und allein können wir es in Gänze so nicht umsetzen. Wir brauchen die Unterstützung vom Bund, wir brauchen auch Unterstützung aus der EU. Und das ist, glaube ich, wichtig, dass man hier gemeinsam – Landtag und auch Kabinett – in dieser Richtung marschiert und sagt, wir unterstützen die Aktivitäten des Kabinetts

(Karsten Kolbe, DIE LINKE:
Also Rückenwind.)

und stellen uns hinter die Aktivitäten, die dort notwendig sind, um dieses absichern zu können. Das Negieren Sie, das wollen Sie so nicht. Das muss man auch mal deutlich so sagen, weil Sie eine andere Auffassung haben.

Ich bin eigentlich stolz darauf, dass gerade unser Koalitionspartner CDU, der doch inhaltlich ganz anders auf diesem Gebiet agiert, hier mitgegangen ist. Deshalb verwundert mich das umso mehr, dass die Oppositionsfraktionen meinen, diesen Antrag nicht unterstützen zu wollen. Ich weiß nicht, was die Menschen hier im Land dazu sagen, die diese Unterstützung eigentlich dringend benötigen.

Ich habe jetzt noch eine zehnmündige Rede vorbereitet, um das alles noch mal im Einzelnen darzustellen, wo der Schuh drückt,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Vielleicht gibt es ja eine Erhellung
bei uns, was der Antrag soll.)

Aber Sie sagen, Sie wissen das ja alles selbst, wo der Schuh drückt, deshalb brauchen Sie diesen Antrag trotzdem nicht.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Brauchen wir.)

Ja, dann kann ich mir das auch sparen.

(Karsten Kolbe, DIE LINKE:
Was sind Ihre Lösungen?)

Das will ich mir jetzt auch sparen, weil Sie schon klar definiert haben, dass Sie diesen Antrag nicht unterstützen werden.

Ich denke, die Koalitionsfraktionen und, ich hoffe, auch die Fraktion Freie Wähler/BMV werden diesem Antrag ihre Unterstützung geben, sodass trotzdem die Mehrheit dieses Landtages gutes und bezahlbares Wohnen für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern in Zukunft absi-

chern will und wir gemeinsam – Legislative und Exekutive – hier an einem Strang ziehen, wenn es darum geht, die Menschen hier im Land zu halten,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann müsst ihr noch ein paar Leute reinholen, damit ihr eine Mehrheit für den Antrag habt.)

und zwar da, wo sie wohnen und wo sie auch wohnen bleiben wollen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/4028. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/4028 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Freie Wähler/BMV, bei Gegenstimmen der Fraktionen von AfD und DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 30:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Mecklenburg-Vorpommern aktiv für den Klimaschutz, Drucksache 7/4018.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Mecklenburg-Vorpommern
aktiv für den Klimaschutz
– Drucksache 7/4018 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor zwei Wochen besuchte eine gutgelaunte Bundeskanzlerin Island, um dort mit den Regierungschefs Skandinaviens über Klimafragen zu sprechen. Dort sagte sie, es sei wichtig, jetzt etwas zu tun. Keine Maßnahme sei teurer als der Preis, der später zu zahlen sei.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Kluge Frau!)

Wolfgang Schäuble, der Bundestagspräsident, sagte in einem Workshop mit der CDU-Fraktion und anderen CDU-Kolleginnen und Kollegen, Klimaschutz kostet, kein Klimaschutz kostet mehr. Recht haben beide.

Mit unserem Antrag fordern wir die Erarbeitung eines Klimaschutzgesetzes. Die Bereiche, die wir aufgeführt haben, sind für uns dabei die wichtigsten, die wir hier im Land beeinflussen können. Allerdings spricht nichts dagegen, weitere aufzunehmen.

Sie werden vielleicht fragen, warum ein Gesetz, wir haben doch den Aktionsplan Klimaschutz. Ich habe mir den auf der Seite des Energieministeriums noch mal angesehen.

(Andreas Butzki, SPD: Das ist schön.)

Wettbewerbe sind nicht schlecht und jede einzelne dort aufgeführte Maßnahme, jedes Projekt ist gut, aber es ist ein Sammelsurium, eine Strategie des Landes ist

nicht erkennbar, mal ganz abgesehen davon, dass es kaum bis gar keine Verbindlichkeiten gibt. Die brauchen wir aber, wenn wir Ziele, die unbedingt auch definiert werden müssen, wenn wir diese Ziele erreichen wollen. Das Gesetz soll sowohl diese Ziele verbindlich bestimmen und Mechanismen für die Erarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen festlegen als auch Anpassungsstrategien für den bereits wirksamen Klimawandel beinhalten.

Im Vorfeld der heutigen Sitzung wurde ich von Kollegen aus anderen Fraktionen gefragt, ob wir den Antrag nicht zurückziehen und stattdessen fraktionsübergreifend genauer benennen sollten, was genau wir eigentlich wollen. Nun, Sie sehen, wir haben den Antrag nicht zurückgezogen, und das hat mehrere Gründe:

Erstens bietet der Zeitraum, den wir vorschlagen für die Erarbeitung eines Klimaschutzgesetzes, nämlich ein ganzes Jahr, jede Möglichkeit zur gemeinsamen Diskussion.

Und zweitens können wir heute schon Etliches benennen, wo wir Nachholbedarf sehen und wo es hakt im Land.

Dabei will ich gleich voranstellen, dass ich sehr wohl sehe und erlebe, dass in vielen Bereichen Überlegungen angestellt werden und Praktisches in Sachen Klimaschutz geleistet wird, aber System hat dieses Ganze aus unserer Sicht nicht. Ich möchte einige Beispiele benennen.

Als ich 2011 Landtagsabgeordnete wurde, hatte ich gehofft, dass Mecklenburg-Vorpommern seine Vorreiterrolle in Sachen Klimaschutz zumindest bei der Energiewende schnell ausbaut und neben seinem Beitrag bei den Erneuerbaren auf weiteren Sektoren große Fortschritte macht. Dem ist leider nicht so. Nicht nur, dass sich seither wenig getan hat oder zu wenig getan hat, jetzt ist sogar die Energiewende über alle Sektoren hinweg ins Stocken geraten und eine vernünftige Sektorenkopplung ist in weite Ferne gerückt. Die Berliner Große Koalition und ihre Vorgänger haben viel dazu beigetragen, dass nach der Solarindustrie und dem Bioenergiesektor jetzt auch noch das Rückgrat der Energiewende, die Windkraftbranche, stark ins Trudeln gerät, und das auch in Mecklenburg-Vorpommern.

Ich habe schon mehrfach hier vom Pult aus gesagt, Klimaschutz braucht mehr als Energiewende, aber ohne Energiewende können wir den Klimawandel nicht begrenzen, mit Folgen, die unsere nachfolgenden Generationen bedrohen. Meine Damen und Herren, und deshalb müssen wir einen Zahn zulegen und regenerativen Strom aus Wind und Sonne erzeugen.

Und ich sehe das genauso wie Sie, Herr Minister, als Sie heute in der Diskussion, als es um die CO₂-Bepreisung ging, gesagt haben, dass wir einen Umbau dieses Abgaben- und Umlagensystems unbedingt brauchen. Wir brauchen diesen Strom, um Power-to-Heat und Power-to-Liquid, also Wärme und synthetische Kraftstoffe, produzieren zu können.

Minister Pegel ist ja mit seinen 100 Projekten mehrfach hier durchs Land gezogen, hat für die Sektorenkopplung geworben und hat auch versucht, da was zu erreichen. Es ist doch ganz schön ruhig geworden darum. Ich ver-

mute mal, dass die Gespräche in Berlin doch zäher sind als gedacht. Herr Altmaier hat ja heute zusammengesessen mit den Energieverbänden und auch den Ministern. Schön, dass Sie hiergeblieben sind, Herr Minister, aber ich bin trotzdem gespannt, was dabei herausgekommen ist.

Und dann frage ich auch: Was ist mit dem Potenzial, das Wasserstoff bietet? Auch da ist es sehr ruhig geworden, nachdem die norddeutsche Strategie unterschrieben worden war. Konkrete Ziele und untersetzende Maßnahmen sind nicht erkennbar. Dabei hatten wir mal ein Zukunftsprojekt „Wasserstoff als Treibstoff“. Wäre es nicht angezeigt, in Mecklenburg-Vorpommern ein Kompetenzzentrum Wasserstofftechnologie aufzubauen? Ich kann mir gut vorstellen, dass wir dafür ENERTRAG, ENERCON und die anderen Windanlagenhersteller mit ins Boot holen können, zumal Kleinanlagen bereits existieren.

Ein weiteres Beispiel: Wir haben heute über die Probleme unserer Wälder gesprochen. Insbesondere monokulturelle Wälder haben diese Probleme. Und wir waren uns relativ einig, dass naturnaher beziehungsweise naturgemäßer Umbau notwendig ist. Hat das nun Relevanz für ein solches Gesetz? Ich beziehe mich da auf die Aussage, die Herr Heydorn auch getroffen hat, dass auch bei diesem Problem kein einheitliches Handeln im Land zu erkennen ist, dass wir den Wildumfang regulieren müssen und dass eventuell oder vielleicht sogar ganz bestimmt die natürliche Entwicklung vor Neuanpflanzungen vorzuziehen ist. Das ist nicht so ganz neu, aber neu war für mich in dieser geführten bundesweiten Diskussion um den Wald, dass immer mehr Forstverantwortliche fordern, dass der Wald nicht zuerst Kapitalanlage sein soll und dann auch die entsprechende Rendite bei der Vermarktung zu erwarten ist, sondern als wichtiges Gemeingut für ein gesundes Klima zu betrachten sei. Ich finde das interessant, aber das hat Auswirkungen auf unser Land.

Und noch eins: Die vorliegenden Anträge zum Aus der Schweineschlachtstrecke des Schlachthofes Teterow zeigen, dass wir auch auf diesem Gebiet ein Riesenproblem haben. Wie können wir Lebendtiertransporte innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns und vor allem aus Mecklenburg-Vorpommern heraus minimieren? Wie können wir es schaffen, regionale Schlachtkapazitäten aufzubauen und zu fördern, die niemanden zwingen, Tiere nach Perleberg oder Weißenfels zu karren? Neben Tier- und Klimaschutzeffekten wäre dies auch ein großer Beitrag dazu, dass die Wertschöpfung über die Veredlung der hier erzeugten Rohstoffe auch in Mecklenburg-Vorpommern bleibt und wir tatsächlich von Regionalität sprechen können.

Und zunächst ein letzter Bereich: Seit Jahren diskutieren wir über die nötige energetische Sanierung von Gebäuden. In Mecklenburg-Vorpommern haben Gebäude einen Anteil von 50 Prozent am gesamten Endenergieverbrauch. Bis 2050 soll ein klimaneutraler Gebäudebestand erreicht werden. Davon sind wir weit entfernt. Und außerdem: Modernisierung und höhere Baukosten durch steigende Anforderungen schlagen direkt auf die Mieten durch. Hier haben wir den Zusammenhang zwischen Wohnungsbau und Sozialem.

Der vorliegende Referentenentwurf der Bundesregierung zum Gebäudeenergiegesetz kann nicht bleiben, wie er ist. Er bringt nichts für den Klimaschutz, und soziale

Aspekte sind ebenso wenig berücksichtigt. Für mehr Klimaschutz und sozialen Ausgleich muss der Staat mehr Geld in die Hand nehmen, und auch Vermieter müssen in die Pflicht genommen werden. Das gilt im Bund für die Wohnraumförderung und Gebäudeeffizienzprogramme der KfW, und das gilt im Land, wo wir auch eine Zuschussförderung für energetische Sanierung brauchen. Die Mieter dürfen die Last nicht alleine tragen. Das waren nur wenige Beispiele, viel mehr gäbe es zu sagen. Ich bin gespannt auf Ihre konstruktiven Beiträge. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 64 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache

Ums Wort gebeten hat zunächst für die Landesregierung der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst herzlichen Dank! Ich merke, dass ich manchmal zu viel Jurist bin, um Ihren ganzen Optimismus zu teilen, weil Sie sozusagen ganz viele Erwartungen formulieren und in so einen Gesetzgebungsprozess hineinlegen, bei dem mir momentan der Glaube fehlt, dass der diese abbildet. Oder ich würde es mal umkehren wollen: Wir haben in diesem Lande bisher ohne ein Klimaschutzgesetz gesteuert, wir haben gesteuert über den von Ihnen dankenswerterweise erwähnten Aktionsplan Klimaschutz. Wenn Sie, da gibt es eine extra Internetseite, raufgehen, reicht das von den Reitern Energiesparen, über Erneuerbare Energien, über Land- und Forst, über Tourismus und Wirtschaft, über Bau, über Innovation und hat dann jeweils eine Vielzahl von Unterpunkten, die mit Maßnahmen hinterlegt sind.

Wenn ich Ihnen zuhöre, sagen Sie, in einem Gesetz wäre das alles verbindlicher und würde geregelt. Das, was ich mir gesetzgeberisch vorstellen kann bei Klimaschutzgesetzen, da fehlt mir der Glaube, dass ich in diese Tiefe komme, zumindest typischerweise wird man das in einem Gesetz nicht tun. Wenn man Gesetze machte, würde man sagen, diese Sektoren bedenkt bitte. Die bedenken wir bereits seit vielen Jahren und haben einen Klimaschutzaktionsplan, der regelmäßig fortgeschrieben wird, im Übrigen unter Beteiligung des zuständigen Ausschusses. Ich glaube, wenn man ein solches Gesetz macht, würdest du eben nicht hundert Maßnahmen reinschreiben, sondern du würdest grob sagen, wir hätten gern so was und jetzt macht bitte einen Plan. Dann bin ich beim gleichen Instrumentarium, was ich jetzt nutze.

Wir bilden derzeit, das mag man kritisch beäugen, in mehreren Plänen ab. Wir bilden ab im Aktionsplan Klimaschutz, wir bilden alles, was erneuerbare Energien betrifft, was Sektorenkopplungsfragen betrifft, alle Wertschöpfung, die mit den erneuerbaren Energien zusammenhängt, in der gesonderten energiepolitischen Konzeption, die wir unter breiter Beteiligung in den Jahren, ich glaube, 2013/2014 von verschiedensten Protagonisten dieses großen Bereichs um die erneuerbaren Ener-

gien herum entwickelt haben, ab, und wir haben zu guter Letzt eine dritte, das ist die Anpassungsstrategie. Die Anpassungsstrategie guckt quasi auf das, was Klimafolgen beseitigt, zu Anpassungen anhält und versucht, das in einer dritten Konzeption abzubilden.

Ihr Hinweis ist sozusagen, wenn du das alles im Gesetz hättest, dann wäre es durchschlagkräftiger. Noch mal: An diese größere Durchschlagkraft glaube ich damit verbunden nicht automatisch, und allein, weil ich eben nicht annehme, dass die vielen, vielen einzelnen Maßnahmen im Gesetz stünden, sondern sie werden weiter in den Plänen stehen.

Wenn Sie sich den Aktionsplan Klimaschutz anschauen im Netz, werden Sie zu jeder Maßnahme finden, wer denn ein Stück weit die Umsetzung in der Hand hat. Da werden Sie – und die Kritik ist vollkommen richtig – Punkte finden, wo die Landesregierung sie selbst nicht hat, sondern sagt, das gelingt nur über die Tourismuswirtschaft selbst, wenn die Maßnahmen umsetzt, die beispielsweise Energieeffizienzmaßnahmen auf Campingplätzen und Hotels sind. Ich kann mir mit einem Landesgesetz offen eingestanden nicht vorstellen, dass das wiederum sich ändern würde. Dann steht so eine Maßnahme im Gesetz. Ich brauche aber trotzdem den Hotelier, der sagt, ich investiere, weil ich mir momentan kein Landesgesetz vorstellen kann, was sagt, und du Hotelier musst jetzt folgende Maßnahme ergreifen, sondern es bleibt allein dabei, dass ich Sektoren definiere.

Wenn ich Ihren Punkt aufgreife, zu sagen, Mensch, das Klimaschutzgesetz, wenn wir das hätten, oder andersrum, Sie haben beklagt die Berliner Politik. Und das Klagen würde ich jetzt vielleicht als SPD-Mann nicht ganz so laut, aber in ähnlicher Weise wiederholen. Ich bin ja mit der Dynamik der Berliner Bundesregierung beim Thema Energiewende momentan auch nicht besonders glücklich, weil ich den Eindruck habe, wir haben uns ziemlich festgefressen. Und der heutige Windkraftgipfel beim Bundeswirtschaftsminister ist ein Ausdruck dessen, dass die gleiche Sorge auch bundespolitisch geteilt wird. Ich glaube aber nicht, dass ein Klimaschutzgesetz in Mecklenburg-Vorpommern, wenn es heute schon bestünde, dazu führen würde, dass diese festgefahrene politische Situation in der Erneuerbaren- oder in der Energiewendediskussion des Bundes anders wäre.

Ich will mal Folgendes bekennen: Wenn das die Garantie wäre mit diesem Gesetz, würde ich mich dem sofort anschließen. Ich glaube da nicht dran. Ein Beweis dafür mag sein, dass es sieben oder acht Klimaschutzgesetze in den Ländern bereits gibt, die im Übrigen sehr unterschiedlich sind, und wir uns bundespolitisch trotzdem festgefressen haben, weil möglicherweise ein Landesklimaschutzgesetz eben auch keine Bundesgesetzgebungskompetenz übertünchen kann, sondern am Ende des Tages gilt die harte Regel: Bundesrecht bricht Landesrecht. Ich habe also keine Chance, mit einem selbst sehr guten Klimaschutzgesetz des Landes zu bewirken, dass eine vielleicht durchhängende oder nicht forciert genug betriebene bundespolitische Diskussion zum Thema erneuerbare Energien schneller würde.

Meine Damen und Herren, ich glaube also, dass wir mit den Plänen, die wir jetzt haben, am Ende genau die Instrumente haben, die Sie hinterher auch brauchen. Sie würden allenfalls ein Gesetz obendrauf pfpfen, das sagt der Landesregierung, macht mal diese Pläne. Ich

höre gern zu, wenn Sie mir sagen, wie ich mehr Verbindlichkeit dann an den Stellen hinbekomme. Am Ende haben Sie die gleiche Diskussion, die Sie beim Aufstellen von Plänen mit anderen Häusern haben, im Zweifel auch in einem Gesetzgebungsprozess. Sie haben natürlich immer widerstreitende Interessen, im Übrigen auch in diesem Hohen Hause. Die haben wir doch auch bei Klimaschutzdebatten, bei Energieeffizienzdebatten wiederholt erlebt. Wenn ich sage, etwas kostet sehr viel Geld, dann werden Sie am Ende natürlich im Haushaltsplan was abbilden müssen. Dann habe ich die Diskussion über den Haushaltsplan nicht ersetzt, indem ich vorher ein Klimaschutzgesetz gemacht habe, sondern ich werde dann trotzdem in einem Haushaltsplan, egal, welches Ministerium betroffen ist, die konkrete, für die Umsetzung erforderliche Finanzmasse in den Haushaltsverhandlungen erwirken müssen, habe also keinen Automatismus.

Meine Damen und Herren, ich würde gerne die Anregung an die Hand geben, mal zu schauen, was am 20.09. im Bund passiert. Wenn der Bund sich ein eigenes Klimaschutzgesetz leistet – es gibt schon jetzt spannende juristische Debatten, was eigentlich mit den Landesklimaschutzgesetzen passiert, die schon existieren –, wenn der Bund etwas regelt, was diese Gesetze zum Teil überholen sollte, gilt die harte Regel auch hier: Bundesrecht bricht Landesrecht. Wenn der Bund sich tatsächlich auf das abstrakte Definieren von Sektorenzielen verständigt, zu gut Deutsch, sagt, der Landwirtschaftsbereich muss bis 2040 folgende CO₂-Einsparung hinkriegen, der Energiebereich, die Energieerzeugung diesen Betrag, der Verkehr diesen, dann haben wir möglicherweise hinreichende Ausschöpfungsmöglichkeiten auf Landesebene, da mag man die Debatte gern noch einmal führen.

Wenn aber das Bundesgesetz sehr konkret würde, indem zum Beispiel das angesprochene Energiegesetz für die Gebäudestruktur, das Gebäudeenergiegesetz, wenn das ein Teil davon würde, wenn da sehr klare Regelungen drinstehen, dann bleibt uns da drunter offen eingestanden nur begrenzter Spielraum. Ich glaube deshalb, dass es klug ist zu gucken, macht der Bund jetzt ein eigenes Gesetz, was wird drinstehen. Und wenn Sie dann weitere Auslegungsspielräume haben, weitere Handlungsspielräume als Landesgesetzgeber, mag man sich denen annähern, aber – noch mal – auch da mit der Bitte, genau zu schauen, wie viel Mehrwert hat eigentlich so ein Landesgesetz und was davon muss ohnehin in den jeweiligen Plänen, in Rechtsverordnungen, in Richtlinien, wie auch immer Sie das nennen wollen, hinterher ausgefüllt werden.

Und dann würde ich dringend noch mal die Bitte an die Hand geben, dass wir uns da noch mal den Aktionsplan Klimaschutz anschauen. Sie haben vorhin gesagt, Sie haben den gesehen, Sie kennen den – das weiß ich, weil wir in der Ausschußdiskussion ja auch gemeinsam schon wiederholt darüber debattiert haben –, und sagen, da fehlt mir aber was. Dann lassen Sie uns doch in den bestehenden, schon vorhandenen Dingen gerne gucken, was fehlt denn. Dann müssen wir es im Zweifel anreichern, da bin ich gar nicht abgeneigt. Genau deshalb haben wir die Diskussion ja wiederholt auch im Ausschuss geführt, wenn wir fortgeschrieben haben. Zu sagen, wir müssen die Pläne beiseiteschaufeln und mit einem Gesetz wird alles besser, der Glaube, dafür fehlt momentan noch die Überzeugung. Ich höre mir die weite-

ren Argumente der Diskussion gerne an. Ich glaube, am Ende brauchen Sie immer solche konkreten Papiere, und die haben wir für die drei Bereiche Klimafolgen, Klimaschutz schon und für den Bereich der energiepolitischen Konzeption oder mit der energiepolitischen Konzeption für die Energiewende.

Ich wünsche eine erfolgreiche Debatte und höre gern aufmerksam zu. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Förster.

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung soll binnen eines Jahres ein sogenanntes Klimaschutzgesetz erarbeiten, mit dem der CO₂-Ausstoß reduziert werden soll, um das von der UN-Klimakonferenz beschlossene 1,5-Grad-Ziel der maximalen Erderwärmung zu erreichen. Es sollen konkrete Maßnahmen für sämtliche Bereiche der Wirtschaft und der öffentlichen Hand festgelegt werden. Das ist eine Mammutaufgabe, die aber derzeit keine konkrete Substanz hat. Minister Pegel hat, denke ich, bereits überzeugend dargestellt, dass ein Gesetz wahrscheinlich nicht mehr brächte als das, was man schon hat, nämlich einen Aktionsplan, mit dem man sich konkret befassen könnte. Vor allem hat er meine Haupteinwand vorweggenommen, nämlich, dass in der derzeitigen Situation, wo auf Bundesebene noch alles offen ist, man zunächst mal abwarten muss, was auf Bundesebene geregelt wird, um dann zu sehen, inwieweit das ausreicht oder inwieweit das eben möglicherweise nicht ausreicht, oder Bereiche, Regelungsbereiche auf Landesebene eröffnet.

Aber noch mal zum Grundsätzlichen, auch wenn das vielleicht einige nicht hören wollen: Klimaschutz ist in Deutschland zu einer Frage der Religion geworden. Die einen glauben fest an den menschengemachten Klimawandel und agieren so, als ob Deutschland die Welt retten müsse. Die anderen halten den menschengemachten Klimawandel für eine nicht bewiesene Theorie und werden gemeinhin im politischen Diskurs als Klimaleugner abgetan, so auch Minister Pegel heute, allerdings auf Vorhalt mit Korrektur.

Nun, es gibt Fakten, über die man nicht streiten kann, es gibt Begriffe, die man richtig anwenden muss. Das Klima ist seit jeher im Wandel begriffen. Im Laufe der Erdgeschichte gab es gewaltige Klimaänderungen. Es gab immer schon einen Wechsel von Warm- und Kaltzeiten. Im heutigen Deutschland gab es sowohl Eiszeiten als auch tropische Temperaturen. Vor Millionen von Jahren herrschte an den Polen ein gemäßigttes Klima wie heute in Mitteleuropa. Das vereiste Grönland war einmal eine grüne Insel, und das alles ohne die von Menschen produzierten Treibhausgase. Dass allerdings ein Zusammenhang zwischen Sonnenaktivität und Erdtemperatur besteht, dürfte unbestritten sein.

Auf diesem Hintergrund darf Skepsis erlaubt sein, wenn nunmehr behauptet wird, der aktuelle Klimawandel sei von Menschen verursacht oder, wissenschaftlicher klingend, anthropogen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Tilo Gundlack, SPD: Das ist erwiesen!)

Schaut man genauer hin, so behauptet allerdings niemand, der Klimawandel sei allein menschenverursacht. Vielmehr geht es darum, inwieweit der Mensch Mitverursacher oder sogar Hauptverursacher ist oder sein könnte. Diesen Anteil und damit dessen Wirkkraft kann aber niemand wirklich verlässlich bestimmen. Im politischen Diskurs findet dieser Punkt allerdings keine oder kaum Beachtung. Es ist ausschließlich von dem vom Menschen verursachtem Klimawandel die Rede, so, als ob es nichts anderes gäbe. Der natürliche Klimawandel wird dabei komplett ausgeblendet. Das ist einer der Punkte, der belegt, dass es längst nicht mehr um eine sachliche Auseinandersetzung, sondern um eine Glaubensfrage geht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Der Begriff „Klimaschutz“ ist irreführend, weil er suggeriert, Klima sei etwas Statisches, das man schützen könne. Klima ist aber das genaue Gegenteil, weil es seit ewigen Zeiten im ständigen Wandel ist. Klima ist Klimawandel. Der Wandel ist eine Kerneigenschaft des Klimas.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Endlich sagt es mal einer!)

Der Ausstoß von CO₂ durch Tier und Mensch gehört genau wie der Verbrauch von CO₂ durch die Pflanzen zum Kreislauf des Lebens auf unserem Planeten. Geht man dennoch davon aus, dass die vom Menschen verursachten Treibhausgase tatsächlich wesentlich für das Klima mitverantwortlich sind, so stellt sich die Frage, inwieweit Deutschland daran beteiligt ist oder, anders formuliert: Wie hoch ist global betrachtet der Anteil des CO₂-Ausstoßes in Deutschland und damit der globale Verursachungsbeitrag? Und weiter: Was kann unser Land konkret tun, um den Klimawandel wirksam zu beeinflussen?

Diese Fragen sind schnell beantwortet: Der deutsche Anteil beträgt rund zwei Prozent. Selbst wenn wir diesen Anteil komplett reduzieren würden, was ohnehin nicht möglich ist, hätte dies auf die Erderwärmung einen Einfluss im 0,0-Bereich. Mithin sind alle Bemühungen und alle denkbaren Maßnahmen in Deutschland für das globale Klima nur ein Tropfen auf den heißen Stein und letztlich ohne eine reale Wirkung von Belang. Das gilt es als unbequeme Tatsache festzuhalten.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Darauf weisen inzwischen auch Vertreter der CDU hin, der noch immer als Kanzlerkandidat gehandelte Merz, aber eigentlich auch der Kollege Renz. Es war nämlich Herr Renz, der einer Besuchergruppe kürzlich unter Hinweis auf die unterschiedlich hohen Säulen den grafisch dargestellten geringen Anteil des CO₂-Ausstoßes in Deutschland gegenüber China veranschaulichte. Dennoch laufen wir unbeirrt wie im Wahn einem nicht erreichbaren Ziel nach, koste es, was es wolle. So auch die Antragsteller, die so tun, als könne Deutschland mit den ihm möglichen Maßnahmen das globale Klima beeinflussen und damit die weitere Erderwärmung verhindern. Es wird im politischen Diskurs gegen alle Vernunft ein Mei-

nungsklima dahin erzeugt, dass Deutschland die Welt vor dem Klimawandel retten könne und müsse.

Nun ist es aber so, dass die Welt anders tickt, als die deutschen Klimaschützer sich das vorstellen. Die USA, China und Russland sind die Hauptverursacher und diese denken nicht daran, sich speziell von Deutschland vorschreiben zu lassen, was zu tun ist. Die Erkenntnis, praktisch nichts oder nur äußerst wenig am Klimawandel ändern zu können, muss allerdings nicht dazu führen, gar nichts zu tun. Wer allerdings glaubt, Deutschland könne hier eine Vorreiterrolle übernehmen und dadurch die Hauptverursacher zu einem stärkeren Umdenken bewegen, der irrt gewaltig. Wie naiv oder großwahnstinnig muss man eigentlich sein, um solche Thesen zu vertreten?

An dieser Stelle irrt auch die Kollegin Dr. Schwenke gewaltig. Die anderen Länder entscheiden nach ihren Interessen und sind Deutschland bei dem Ausstieg aus der Kernenergie gerade nicht gefolgt. Dasselbe gilt für den Bau von Gas- und Kohlekraftwerken. Im Gegenteil, es werden rundum in der Welt neue Kernkraftwerke und natürlich auch Kraftwerke mit fossilen Brennstoffen gebaut.

Was also ist unter der unbewiesenen, aber unterstellten Annahme eines vom Menschen mitverursachten Klimawandels und der Erkenntnis unserer minimalen Einflussmöglichkeit zu tun? Es ist bei jeder denkbaren Maßnahme im Wissen um die äußerst geringe Wirkung auf das globale Klima mit einer besonderen Verantwortung und vor allem mit Augenmaß gegenüber den betroffenen Menschen vorzugehen. Und genau das geschieht nicht. Überstürzter Ausstieg aus der Kernenergie und gleichzeitiger Ausstieg aus fossilen Brennstoffen, das kann nicht funktionieren. Windkrafttrader im Norden und fehlende Trassen für den Stromtransport gen Süden, dafür eine Verspargelung der Landschaft und heftigste Eingriffe in die Natur, keine sichere Grundlastversorgung bei Windstille und bewölktem Himmel, Einkauf von dreckigem Strom im Ausland

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Nachts ist es kälter
als draußen.)

und bei alledem mit die höchsten Strompreise weltweit – eine Erfolgsgeschichte sieht anders aus.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Man kann über konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz – und derer gibt es viele, vom Aufforsten zwecks Speicherung bis zur Reduzierung der Treibhausgase – diskutieren. Stets müssen diese Maßnahmen aber sinnvoll und für die Bürger sozial verträglich sein. Es kann nicht sein, dass Handwerker und Pendler mit ihren älteren Dieselfahrzeugen gequält werden und die, die darüber entscheiden, mit schicken Karossen auf den Hof fahren, denn, wie ausgeführt, im Ergebnis können wir machen, was wir wollen, am Klimawandel werden wir letztlich nichts ändern. Es ist allerdings zu befürchten, dass auch hier im Lande eine vom Klimaschutz getriebene Politik Entscheidungen trifft, die letztlich nur eine Symbolkraft haben, aber zulasten der Bürger und Steuerzahler gehen. Es besteht keine Veranlassung, den Klimanotstand auszurufen, wie es woanders in Mode zu kommen scheint.

Die Antragsteller würden auch sicherlich dafür plädieren, in den Kommunen Elektrobusse anzuschaffen.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Das wäre derzeit jedoch unverantwortlich, denn diese Busse sind mehr als doppelt so teuer wie Diesibusse, zudem unzuverlässig und aufwendig. Und das ist ein konkretes Beispiel, dass man ganz konkret mit Verantwortung abwägen muss, was man erreichen kann und was es im Einzelnen dann die Steuerzahler kostet.

Der Antrag enthält allerdings keine konkreten Vorschläge zum Klimaschutz. Eine ernsthafte Diskussion kann daher nur stattfinden, wenn konkrete Vorschläge auf dem Tisch liegen. Wie wäre es denn, wenn man oder jeder für sich ganz im Kleinen anfangen würde, über seine Lebensführung nachzudenken

(Martina Tegtmeier, SPD: Genau.)

und den CO₂-Ausstoß zu verringern, und dies, ohne dabei dem Irrglauben anzuhängen, damit die Welt zu retten?

(Tilo Gundlack, SPD:
Dann fangen Sie mal an!)

Da fällt mir vieles ein, was sogar der Gesundheit dienlich wäre. Man könnte zum Beispiel das Rauchen einstellen,

(Martina Tegtmeier, SPD: Gute Idee!)

dann brauchte man sich nicht mehr mit der Zigarette in der Hand über den Dieselausstoß aufzuregen.

(Thomas Krüger, SPD:
Das finde ich auch gut.)

Man könnte zu Hause die Normaltemperatur der Heizung zwei Grad auf ein gesünderes Niveau absenken und bei kühlem Wetter einen Pullover anziehen.

(Thomas Krüger, SPD:
Das finde ich nicht gut. –
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Man muss auch nicht mit 200 km/h oder noch schneller über die Autobahn rattern. Das muss auch nicht unbedingt erlaubt sein. Man könnte zulassen, dass aus dem sterilen Rasen zu Hause eine blühende Wiese wird. Man könnte hier im Schloss statt des Aufzugs die Treppen benutzen, und vor allem, man könnte, wenn man hier wichtig mit einem dicken Auto anrückt, zum Klimaschutz am besten nachdenklich schweigen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Heiterkeit bei Thomas de Jesus Fernandes, AfD –
Nikolaus Kramer, AfD: Aber über die
Autobahngeschwindigkeit, da
reden wir noch mal.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Eifler.

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Das Thema „Klimawandel und Klimaschutz“ ist zurzeit in aller Munde.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Und der eine oder andere sagt inzwischen, ich kann das bald nicht mehr hören. Mittlerweile hat man teilweise den Eindruck, sich schon entschuldigen zu müssen, bevor man ins Auto oder gar ins Flugzeug steigt, um dienstlich unterwegs zu sein, auf seinem Weg zur Arbeit ist, um ganz private Angelegenheiten zu erledigen oder gar eine Urlaubsreise antritt.

Umweltschutz, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ist jedoch in der Tat nicht nur ein sehr wichtiges aktuelles, sondern auch ein sehr ernsthaftes Thema für uns alle, die wir auf dieser Erde leben. Unser Lebensraum ist ein von unseren Vorfahren ererbtes Gut, und daher muss es auch unsere gemeinsame Aufgabe sein, das uns anvertraute Erbe zu bewahren, zu schützen, um es an die nachfolgenden Generationen weiterzugeben, dass unser Planet weiterhin für alle lebenserhaltend und lebenswert bleibt.

Nun will ich auf den Antrag der Fraktion DIE LINKE eingehen. Danach soll die Landesregierung aufgefordert werden, ein Klimaschutzgesetz zu erarbeiten und dem Landtag bis zum 30.09.2020 zur Beschlussfassung vorzulegen. Ich hätte mir eine eigene Gesetzesinitiative von Ihnen gewünscht.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Die Sie dann nicht überwiesen hätten, Herr Eiffler! Die Sie dann nicht überwiesen hätten, Herr Eiffler!)

Damit könnte man sich wenigstens auseinandersetzen. Hier hätten Sie Ihre Vorstellungen, Maßnahmen und Restriktionen aufzeigen können. Aber leider, Fehlanzeige,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist doch so was von albern!)

Sie gehen lieber den einfachen Weg.

Herr Ritter, das ist nicht albern.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Natürlich! Hören Sie auf!)

Überlegen Sie und denken Sie einfach nach! Sie haben auch als Opposition eine Gesetzgebungskompetenz

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja.)

und Sie hätten da die Möglichkeit, Gesetzesvorschläge einzureichen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wie viele Gesetzentwürfe haben Sie von uns schon abgelehnt und nicht mal überwiesen?!)

Liegt dann am Inhalt!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach so!
Und jetzt liegt's am Inhalt, ja?!)

Liegt dann am Inhalt!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja, ja! Ja, ja, ja! – Heiterkeit und Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Sehr geehrte Damen und Herren, der Klimawandel fordert angemessene Anpassungsstrategien,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie sind mir ein ganz Kluger! – Heiterkeit bei Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

um Risiken für Leben und Gesundheit der Menschen, für die Umwelt, aber auch die wirtschaftlichen Entwicklungen zu minimieren. Wenn auch der Anteil der anthropogen verursachten Emission bei Kohlendioxid lediglich vier Prozent ausmacht, so ist sich die Wissenschaft dahingehend einig, dass die durch die Menschen verursachten Emissionen den Klimawandel entscheidend beschleunigen. Daher müssen alle Anstrengungen unternommen werden, den CO₂-Austausch so nachhaltig zu reduzieren, dass die Klimaschutzziele im vorgegebenen Zeitrahmen realisiert werden, denn mit einem fortschreitenden Klimawandel gehen nicht unerhebliche Risiken für einzigartige und bedrohte Ökosysteme,

(Tilo Gundlack, SPD:
Volkswirtschaftliche Schäden.)

Wetterabläufe, der Anstieg der Meeresspiegel und Gefährdungen der wirtschaftlichen Entwicklung einher. Deshalb diskutieren wir in einem breiten Beteiligungsprozess, wie wir konkret vorgehen, um das Klimaziel für 2020 schleunigst und das für 2030 zielgenau zu erreichen. Bis 2050 wollen wir klimaneutral in Deutschland sein.

So viel, Frau Schwenke, zur Quantifizierung der Ziele. Das haben Sie ja vorhin so in den Raum gestellt, es sei ja keine Maßhaltigkeit.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Ich habe vom Land geredet!)

Also die Ziele sind genau quantifiziert.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Ich habe vom Land geredet, Herr Eiffler!)

Dafür ist bereits auf der Bundesebene ein reger nationaler Klimakonsens in Gang gebracht. Voraussichtlich am 20. September wird die Bundesregierung mit dem Klimaschutzgesetz ein umfangreiches Klimaschutzpaket beschließen. Der vorliegende Entwurf des Klimaschutzgesetzes ist als Rahmengesetz gefasst und soll die Ziele und Prinzipien der Klimaschutzpolitik gesetzlich verankern. Mit dem Klimaschutzgesetz sollen Klimaschutzziele für ganz Deutschland gesetzlich geregelt werden. Für jeden Wirtschaftssektor sollen Ziele zur Emissionsminderung optional und verbindlich vorgegeben werden. Dabei wird vorgeschlagen, die Sektorenziele des Klimaschutzplanes 2050 in Jahresemissionsmengen für die Sektoren Energie, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft zu übertragen. Anpassung und Fortschreibung dieser jährlichen zusätzlichen Emissionsmengen im Rahmen der Klimaschutzziele sollen im Verordnungsweg erfolgen können. Hier werden wir uns demnächst also bundesrechtlichen Vorgaben stellen müssen, und das ist richtig so und gut so, sodass man auch im Rahmen der eigenen Befassung in den Ausschüssen, in den Fachausschüssen damit arbeiten kann.

Sehr geehrte Damen und Herren, auch wenn andere Bundesländer bereits Klimaschutzgesetze haben, weist Mecklenburg-Vorpommern Besonderheiten auf. Der

Minister ist auf den Rang des Bundesrechts und des Landesrechts eingegangen, das möchte ich hier an der Stelle nicht wiederholen, da bin ich auch viel zu wenig in der Juristerei bewandert. Aufmerksam machen möchte ich nur darauf, dass es schon deutliche Besonderheiten zwischen den Bundesländern gibt, die bereits ein Klimaschutzgesetz haben, zu den Verhältnissen, wie wir sie in Mecklenburg-Vorpommern haben, mit einer ausgesprochen geringen Industrialisierungsdichte, mit einer geringen Bevölkerungsdichte und mit einer ausgeprägten Agrarlandschaft mit großflächigen und hocheffizienten Agrarbetrieben.

Der bisherige Erfolg bei der Umsetzung des Klimaschutzgesetzes begründet sich in Mecklenburg-Vorpommern dabei auf folgenden vier Säulen: zunächst erstens die Energieeinsparung, zweitens die Verbesserung der Energieeffizienz, drittens der verstärkte Ausbau der erneuerbaren Energieträger – die Sie, Frau Schwenke, ja auch hier sehr flachreden und sagen, das ist zum Stillstand gekommen, was wir nicht feststellen können, Mecklenburg-Vorpommern produziert immer noch mehr Strom, als es selbst verbrauchen kann,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Ja, das wäre ja auch noch schöner!)

und die Probleme mit der Ableitung sind allgemein bekannt, das muss ich hier nicht extra noch mal erwähnen – und die vierte Säule, Forschung und Erschließung von Speicherkapazitäten von erneuerbaren Energieträgern.

Bereits im Jahre 1997 hat die CDU-geführte Landesregierung das erste Klimaschutzkonzept des Landes veröffentlicht. Bereits damals wurde zur Umsetzung der vorgesehenen Aufgaben eine Förderrichtlinie Klimaschutz eingerichtet. Unser Ziel war und ist, den Klimaschutz durch Anreize und Förderung und nicht durch Ordnungsrecht und Restriktionen umzusetzen. Wir wollen und werden den Klimaschutz weiterentwickeln und dabei gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit Mecklenburg-Vorpommerns und Deutschlands als Wirtschaftsstandort stärken. Wir wollen die Technologieführerschaft im Bereich des Umweltschutzes ausbauen und so Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Mecklenburg-Vorpommern und Deutschland sichern. Wir ziehen also Anreize und Förderprogramme ordnungsrechtlichen Maßnahmen vor, denn wir sind keine Verbotspartei.

Letztendlich sehen wir den Klimaschutz in Mecklenburg-Vorpommern und auf Bundesebene auf gutem Weg. Schon heute können in Mecklenburg-Vorpommern die einzelnen Akteure über zahlreiche Richtlinien der Landesregierung bei der Umsetzung von Klimaschutzkonzepten unterstützt werden. Klima- und Umweltschutz, ich wiederhole das noch mal,

(Andreas Butzki, SPD:
Dafür haben wir ein Protokoll.)

kann und darf nicht nur ordnungsrechtlich beziehungsweise gesetzlich umgesetzt werden, sondern Klimaschutz muss gelebt werden. Es stellt sich die Frage, inwieweit Gesetze aus anderen Bundesländern für unser Bundesland kompatibel sind. So gibt es bereits, wie ausgeführt, bei uns völlig andere Rahmenbedingungen in diesem Bereich, und in Bezug auf das anstehende Bundesrecht ist dies sowieso fraglich.

Lassen Sie mich also kurz zusammenfassen: Wir setzen in der Klimaschutzpolitik andere Schwerpunkte als Sie. Wir setzen auf Anreize anstelle von Sanktionsmaßnahmen. Wir wollen Steuererleichterungen bei der Wärmemodernisierung im Gebäudebereich und Anreizkomponenten im Bereich der Mobilität durchsetzen. Wir sehen sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene ausreichenden Fortschritt in der Klimaschutzpolitik. Wir wollen Klimaschutz durch technische Innovationen und Marktführerschaft umsetzen, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stärken und die Arbeitsplätze sichern und Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien, aber auch des Klimaschutzes ausbauen.

Deshalb erschließt sich meiner Fraktion die Notwendigkeit eines Klimaschutzgesetzes in Mecklenburg-Vorpommern nicht ansatzweise. Nur Papier zu beschreiben, hilft hier nicht weiter. Für einen wirksamen Klimaschutz sind Maßnahmen erforderlich, die wirtschaftlich, sozial und ökologisch sind. Aus den vorgenannten Gründen erachten wir ein Klimaschutzgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern als nicht notwendig, deshalb lehnen wir Ihren vorliegenden Antrag ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD –
Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion Freie Wähler/BMV der Abgeordnete Herr Borschke.

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrtes Präsidium! „Industrie, Haushalte, Verkehr und Landnutzung erhöhen fortlaufend den Anteil der Treibhausgase in der Atmosphäre, vor allem die des Kohlenstoffdioxids.“ Jawohl, meine Damen und Herren, in Mecklenburg-Vorpommern leben Menschen und wirken Menschen, und die atmen auch. Und dann steht hier: „Um dem zu begegnen ...“ Dem wollen Sie also begegnen mit Ihrem Antrag!

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Wenn keiner mehr hier wohnt,
dann ist das klimaneutral.)

Meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern, das Land zum Leben,

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Aber nicht zum Atmen.)

das Land mit der saubersten Luft, dem gesündesten Wald, wie wir heute hörten, kurz,

(Andreas Butzki, SPD: Den saubersten
Seen, vergiss das nicht!)

das Land mit einer intakten Natur und Umwelt, und in diesem Land rufen Städte den Klimanotstand aus

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

oder wollen ihn ausrufen,

(Thomas Krüger, SPD: Ja, 40 Grad,
sage ich nur, im Sommer!)

ein Land, das eben mit diesem hohen Gut Werbung macht, hat also einen Klimanotstand! Das grenzt an Sabotage.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und nun kommt Ihr Antrag! Meine Damen und Herren der LINKEN, ich sehe keineswegs in jedem Ihrer Anträge die Gefahr des Auflebens des Sozialismus, aber bei diesen Anträgen schon.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Des Auflebens des Sozialismus!)

Zu Ihrem Antrag – übrigens haben wir oft Ihren Anträgen zugestimmt –,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

zu Ihrem Antrag ist festzustellen, er dient nicht dem Umwelt-, dem Tierschutz oder dem Klimaschutz.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Was Sie wollen, ist der Missbrauch des Umwelt- und Tierschutzes als Instrument zur gesellschaftlichen Umgestaltung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Eine klimaökologische Klassengesellschaft ist Ihr Ziel. Ich habe bereits,

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Klassengesellschaft haben wir jetzt.)

ich habe bereits ausführlich darauf hingewiesen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Abschaffung des kapitalistischen Gesellschaftsmodells ist Ihr Ziel.

(Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Und da sind wir wieder bei Greta, meine Damen und Herren. Nur zu diesem Zweck wurde Greta installiert, gefördert und hofiert.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Kinder missbraucht für die Durchsetzung eines sozialistischen Weltbildes, man kann das nicht oft genug betonen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Christel Weißig, Freie Wähler/BMV –
Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Und hier, und wie zur Bestätigung – Sie geben mir ja auch immer noch recht, dass das alles stimmt, was ich sage –,

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Ja?)

und hier mal Ihre Vorsitzende Katja Kipping in der taz: „Das Entscheidende ist, welche Stimmung in der Gesellschaft dominiert. Gibt es einen Druck für ... linke Mehrheiten? Ich sehe das: nicht nur bei Fridays for Future, auch bei den Protesten“,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

„auch bei den Protesten“

(Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

„der Seebrücke oder bei der Enteignungskampagne.“

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Abgeordneter Borschke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Fraktionsvorsitzenden Herrn Krüger?

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Ach, von Herrn Krüger gerne.

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

Thomas Krüger, SPD: Sehr geehrter Herr Kollege, Sie sind ja in der Fraktion Freie Wähler/Bürger für Mecklenburg-Vorpommern. Die Freien Wähler haben plakatiert zur letzten Wahl: „Klima retten“. Wie passen Ihre Äußerungen zusammen mit den Plakaten,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sie sind ja auch in einer Koalition.)

die zur letzten Wahl dann von Ihrer Vereinigung gehängt worden sind?

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Also, Herr Krüger, ich habe die Plakate nicht plakatiert

(Heiterkeit bei Martina Tegtmeyer, SPD)

und ich bin kein Freier Wähler, ich war nie ein Freier Wähler und ich werde auch nicht ein Freier Wähler. Ganz einfache Sache.

(Zurufe von Torsten Renz, CDU,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden Krüger?

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Müssen wir einmal den
Fraktionsstatus hinterfragen.)

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Geht das von meiner Zeit ab?

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ja, klar.

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Nein, dann nicht mehr. Schluss!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD,
AfD und Eva-Maria Kröger, DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: Wie lange
sind Sie eigentlich schon hier?)

So, meine Damen und Herren, auf dem Weg zum Ökosozialismus gibt es dann auch schon die ersten Handlungsanweisungen sogenannter Klimawissenschaftler. Der Herr Professor Niko Paech ist so einer. Im „Deutschlandfunk“ forderte dieser Professor die Deut-

schen auf, ihre Nachbarn wegen ihrer Klimasünden ins Verhör zu nehmen, „warum hast du eine Kreuzfahrt gebucht, wer gibt dir das Recht, einen SUV zu fahren, warum musst du eine Flugreise in den Skiurlaub auch noch tätigen“. Meine Damen und Herren, da läuft es mir kalt die Schulter runter.

(Torsten Renz, CDU:
Nicht mal den Rücken!)

Ich kenne solche Verhöre. Da stand dann noch eine Lampe auf dem Tisch, die permanent blendete. Danach gab es Prügel und eine Verurteilung. Was ist bei Herrn Paech dann die nächste Stufe? Der Gulag, oder was?

Aber was besonders erschreckt, ist der Fakt, dass dieser Mann im Zeitgeist liegt. Man möchte Einfluss nehmen auf alle Lebensbereiche der Bürger. Und genau darauf zielt Ihr Antrag.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ich glaube, die Freien Wähler
sind froh, dass er nicht Mitglied
bei den Freien Wählern ist!)

Die Aufzählung der einzelnen Bereiche im Punkt 2 Ihres Antrages zeigt dies deutlich. Allerdings haben Sie einen Bereich vergessen, nämlich die Medien. Besonders die Druckmedien hinterlassen einen enormen CO₂-Abdruck.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ob Sie es wollen oder nicht, meine Damen und Herren, Gott oder meinetwegen auch die Natur stehen über dem Klima, und nicht Greta. Die steht nicht mal für Bildung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Richtig!)

Im Übrigen tut mir das Mädchen unwahrscheinlich leid. Sie wird später, wenn die Ziele erreicht sind, einfach fallen gelassen und hat sich dann ihre ganze Zukunft verbaut.

Aber, meine Damen und Herren, eins ist besonders wichtig: Alle der bisherigen Klimamaßnahmen und Steuerabgaben haben nicht das Geringste bewirkt. Milliarden Steuergelder sinnlos verpufft, Enteignung der Bürger, Verschandelung und Zerstörung unsere Kulturlandschaft und Umwelt, Schaden an der Tierwelt, hier besonders beim Vogelschutz, Schaden an der Gesundheit der Bürger, Deindustrialisierung, das ist das Ergebnis und die Bilanz der Energiewende.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Doch das alles spielt für Sie keine Rolle. Zum Erreichen Ihrer Ziele wollen Sie jetzt noch einen draufsetzen. All das wissen Sie, deshalb ist es auch sinnlos, hier auf einzelne Punkte Ihres Antrages einzugehen und Ihre Argumentation zu widerlegen, was ein Einfaches wäre.

(Heiterkeit bei Manfred Dachner, SPD)

Sie hatten doch 40 Jahre Zeit, vernünftige Umweltpolitik zu machen. 40 Jahre!

(Der Abgeordnete Peter Ritter pfeift.)

Das Ergebnis war, der Zusammenbruch der DDR war der größte Beitrag zum Klima-, Umwelt- und Tierschutz.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der AfD und Freie Wähler/BMV)

Also, dass Ihrer Ideologie das Handwerk gelegt wurde, hat einen erheblichen Beitrag zum Umweltschutz geleistet, und es gibt und gab und wird niemals eine sozialistische Gesellschaft geben, in der Klimaschutz oder Umweltschutz überhaupt von Bedeutung ist. Und Sie wollen uns hier was vom Klimaschutz erzählen – vom Saulus zum Paulus. Wie schon gesagt, es geht Ihnen um etwas ganz anderes. Dabei will ich nicht ausschließen, dass es bei Ihnen Mitglieder gibt, die ehrlichen Herzens wirklich Sorge um Umwelt und Natur haben, aber selbst die missbrauchen Sie. Der Ausstieg aus der Kohle- und Atomenergie zeigt, worum es wirklich geht: um die Umgestaltung der Wirtschaft und der Gesellschaft. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der AfD und Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Brodkorb.

(Andreas Butzki, SPD: Mathias, den
Redebeitrag kannst du nicht toppen!)

Mathias Brodkorb, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zunächst, Herr Borschke, herzlichen Dank, jetzt sind wieder alle wach

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU
und Thomas Krüger, SPD)

und ich kann mich über eine größere Aufmerksamkeit freuen. Insofern waren Ihre CO₂-Emissionen nicht völlig sinnlos.

(allgemeine Heiterkeit)

Es gibt jetzt die Möglichkeit, diese Grundsatzdebatte über Klima noch mal zu führen. Da habe ich beim letzten Mal alles gesagt, was ich glaube, in dem Zusammenhang sagen zu müssen. Ich müsste sonst noch mal den Erfinder des kommunistischen Kängurus zitieren. Das haben Sie alles noch gut im Ohr, deswegen will ich gleich mal zur Sache kommen.

Ich finde die Argumentation von Herrn Pegel, Frau Schwenke, ziemlich nachvollziehbar, auch von anderen Kollegen, dass das Klimaschutzgesetz Mecklenburg-Vorpommern a) im Moment zeitlich falsch platziert ist, bevor die Bundesebene sich nicht entsprechend positioniert, was sie macht.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Bei der Regierung?!)

Da müsste man also insofern vielleicht wenigstens ein paar Monate warten, aber selbst dann würde ich es nicht für,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ob es die noch
so lange gibt, wissen wir ja auch nicht.)

nein, selbst dann, lieber Peter Ritter, würde ich es nicht wirklich für richtig und geboten halten, und ich versuche, das mal an konkreten Beispielen deutlich zu machen.

Es gibt ja in der Bundesrepublik Deutschland verschiedene Klimaschutzgesetze und ich dachte mir so, das radikalste wird es doch wohl in Baden-Württemberg geben. Da gibt es einen grünen Ministerpräsidenten, also die ziehen da unten doch mit Sicherheit richtig durch.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Der ist ja stockkonservativ.)

Und dann habe ich mir das Klimaschutzgesetz angeguckt. Das hat elf Paragraphen, ...

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Mit wem koalieren die denn da?)

Moment!

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Bestimmt die CDU ausgebremst.)

... elf Paragraphen. Mein Lieblingsparagraf ist Paragraf 8. Halten Sie sich fest, Frau Schwenke, da steht drin, ich darf zitieren: „Jeder soll nach seinen Möglichkeiten“ – das erinnert fast ein bisschen an die Kritik des Gothaer Programms von Marx –, also, „jeder soll nach seinen Möglichkeiten zur Verwirklichung der Klimaschutzziele, insbesondere durch Energieeinsparung, effiziente Bereitstellung, Umwandlung, Nutzung und Speicherung von Energie sowie Nutzung erneuerbarer Energien beitragen.“

(Horst Förster, AfD: Großartig! –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Das steht im Gesetz. Da fragt man sich natürlich: Wie wird denn die Einhaltung des Gesetzes überprüft?

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Jeder soll im Rahmen seiner Möglichkeiten sich anständig verhalten. Das ist ein Wahnsinnsparagraf, der wird durchschlagen und die Welt verändern!

Die einzigen Sachen, die ein bisschen konkreter sind, sind die Paragraphen 6 und 7. Ich weiß nicht, ob Sie das gerade präsent haben. Paragraf 6 ist „Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept“ und Paragraf 7 ist „Vorbildfunktion der öffentlichen Hand“. Ich darf Ihnen das einmal kurz vorlesen, was da steht. Paragraf 6 Absatz 1: „Die Landesregierung beschließt nach Anhörung von Verbänden und Vereinigungen ein integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept ...“

(Horst Förster, AfD: Toll! –
Jens-Holger Schneider, AfD:
Steht so im Gesetz.)

Und Paragraf 7: „Der öffentlichen Hand kommt beim Klimaschutz in ihrem Organisationsbereich eine allgemeine Vorbildfunktion zu, insbesondere durch Energieeinsparung“ und so weiter. Und deswegen, Absatz 2: „Das Land setzt sich zum Ziel“, eben entsprechend „klimaneutral“ zu werden. Und auch dafür wird ein Konzept erarbeitet.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Das heißt also, im Gesetz steht drin, die Regierung soll ein Konzept erarbeiten. Ich würde sagen, das kann man auch in einen Antrag reinschreiben, weil das hat dieselbe Wirkung, das hat nur den Unterschied, dass wir nicht ein Gesetzgebungsverfahren haben und unsere Zeit damit verplempern, so ein Gesetz zu erarbeiten und zu beschließen. Also insofern, dieses radikalstmögliche Klimaschutzgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das wir aus Baden-Württemberg haben – davon muss ich jedenfalls ausgehen –, bietet genau das Bild, das Herr Pegel vorhin gezeichnet hat, dass man doch wahrscheinlich die Situation hat, dass, wenn man etwas tun will für den Klimaschutz, man sehr konkret werden muss, und Gesetze normalerweise nicht dazu gedacht sind, sehr konkret zu werden, sondern dafür gibt es exekutives Handeln und entsprechende Konzepte.

Ich würde deswegen aber trotzdem sagen, Frau Schwenke, die Diskussion ist richtig: Mit welchen Instrumenten erreichen wir das Ziel am besten? Sie sagen jetzt vielleicht, es ist ein Gesetz. Ich glaube da nicht daran. Ich glaube daran, dass man scharfe, abrechenbare Maßnahmen braucht. So. Und deswegen finde ich den Paragraphen 7 „Vorbildfunktion der öffentlichen Hand“ da besonders spannend. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, meine Wahrnehmung ist, das Thema Klimaschutz ist in aller Munde. Es werden unglaublich viele Sonntagsreden von unglaublich vielen Menschen gehalten und ich spüre eine gewisse Diskrepanz zwischen diesen öffentlichen Bekundungen und dem eigenen Handeln. Ich mag mich daran erinnern, es gab mal eine Abgeordnete, die stand hier vorne, hat gesagt, also ja, ich fliege auch in den Urlaub, aber ich habe wenigstens ein schlechtes Gewissen.

(Horst Förster, AfD: Großartig!)

Das ist natürlich sozusagen diese Diskrepanz. Das kann man als Erkenntnisfortschritt betrachten, wenn man ein schlechtes Gewissen hat, aber wenn man dann genau dasselbe tut, was man eigentlich für falsch hält, ist es halt ein Problem.

Also langer Rede kurzer Sinn: Wir haben diese Lücke zwischen Erkenntnis und eigenem Handeln überall.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich würde mal sagen, das wird uns wahrscheinlich mehr oder weniger alle betreffen. Und die spannende Frage ist, wie kann man diese Lücke schließen, also von der Erkenntnis zum Handeln kommen. Und da finde ich das, was die Baden-Württemberger gemacht haben, zu sagen, wenn die Politik den Versuch machen will, die Menschen dazu zu bringen, dass sie sich anders verhalten, dann fangen der Staat und die Politik bitte erst mal selbst bei sich an, bevor sie große, kluge Reden gegenüber der Bevölkerung halten.

(Beifall Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Und deswegen ist diese Idee, die öffentliche Hand mit einer Vorbildfunktion auszustatten und die Frage zu stellen, was kann denn der Staat erst mal selbst tun, um möglichst klimaneutral zu werden, das finde ich den richtigen Ansatz, auch um den Menschen da draußen mitzunehmen und nicht in eine Abwehrhaltung zu bringen.

Im Übrigen würde das nicht nur die Regierung betreffen. Ich finde, man müsste auch die Diskussion führen, was

macht denn die Landtagsverwaltung, was machen denn wir in den Fraktionen in diesem Zusammenhang, kann man da auch noch etwas besser machen. Und deswegen wäre mein Vorschlag, kein Gesetz zu beschließen, stattdessen sich im zuständigen Ausschuss mal den Aktionsplan zu nehmen, miteinander zu diskutieren, welche konkreten, hart abrechenbaren Maßnahmen man in dieser Legislaturperiode noch auf den Weg bringen kann, die auch für die Menschen und das Land eine Vorbildfunktion haben. Dann würden wir, glaube ich, sehr viel schneller zu besseren Ergebnissen kommen, als wenn wir ein solches Gesetz beschließen würden, wie es das in Baden-Württemberg gibt. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Wolfgang Waldmüller, CDU: Jawoll!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Obereiner.

Bert Obereiner, AfD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Jetzt kann ich es kürzer machen, weil so etwas Ähnliches wie Herr Brodkorb wollte ich eigentlich auch sagen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Diese Symbolpolitik spezieller Gesetze bringt eigentlich wenig.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Wenn man mal zurückschaut in die Historie in Deutschland: Wann hatten wir die höchsten CO₂-Emissionen, Ost- und Westdeutschland zusammengerechnet? Das war im Jahr 1979 mit über 1.400 Millionen Tonnen im Jahr. Dagegen liegen wir jetzt schon 40 Prozent niedriger. Wie ist man da eigentlich hingekommen? Ich lasse die DDR mal weg. Dieser Staat war so marode, der ist halb zusammengebrochen und dann gab es halt weniger CO₂-Emissionen, weil die Industrie weg war. Aber in Westdeutschland hat man das dadurch gemacht, dass man in den 70er-Jahren eine Wärmeschutzverordnung erlassen hat, in den 80er-Jahren eine Heizungsanlagenverordnung, die wurden dann in den 90er-Jahren zur Energieeinsparverordnung zusammengelegt. Man beschloss doch ganz konkrete Gesetze, die sich auf bestimmte Bereiche fokussierten, um den Endenergieverbrauch zu senken. Mit der Wärmeschutzverordnung kam die Wärmedämmung, mit der Heizungsanlagenverordnung wurden Ansprüche an den Wirkungsgrad von Heizgeräten aufgestellt, und da kam man sehr weit, da wurde dann sehr viel eingespart.

Sicherlich, zwischendurch wurde auch die Kernkraft ausgebaut, aber die kann man ja jetzt rausrechnen, die ist ja jetzt, es ist noch ein bisschen was übrig, aber die ist ja im Prinzip weg.

Unter dem Jetzigen, was wir hier jetzt machen seit 2009 bis 2017, sind die CO₂-Emissionen in Deutschland gestiegen, trotz Energiewende, über einen Zeitraum von acht Jahren. Dass man von Jahr zu Jahr mal Schwankungen hat durch die Witterung, ist ja völlig normal, aber mit dieser Art und Weise, was wir hier betreiben, das bringt überhaupt nichts. Wir sollten viel eher wieder wie

früher beim Endenergieverbrauch ansetzen, auf Effizienz setzen. Die Stadtwerke in Schwerin machen hier gerade ein sehr interessantes Projekt mit einer Geothermieanlage. Es gibt ganz viel.

Herr Pegel sagt dann immer Sektorenkopplung. Die Sektorenkopplung ist total alt. Früher hieß das nur anders, da hat man einfach Strom genommen und hat dann mit einer Elektrowärmepumpe betrieben, die man zur Gebäudebeheizung, für die Wärmerückgewinnung in Lüftungsanlagen, für die Schwimmbadklimatisierung oder sonst was verwendete. Das gibt es schon ewig. Es gibt auch viele andere Arten von Sektorenkopplung.

(Nikolaus Kramer, AfD: Autobahn.)

Aber wir brauchen doch jetzt wirklich nicht ständig nur mehr Strom. Es gibt doch auch andere Möglichkeiten, Energie einzusparen durch Effizienzmaßnahmen, und dann noch so ein Gesetz, also ich bitte Sie!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ja lernfähig.

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

Lernfähig. Vielleicht hören Sie dann auch mal wenigstens richtig zu. Im Unterschied zu Ihnen, Sie machen eine Vogel-Strauß-Politik, und da ist es auch völlig egal, wer hier vorne zu solchen Themen redet. Das belegt einfach nur Ihre Ignoranz. Dazu will ich mich, ehrlich gesagt, überhaupt gar nicht mehr äußern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Jochen Schulte, SPD: Schön.)

Und, Herr Borschke, es wäre mir sehr recht, wenn wir so viel Einfluss hätten, wie Sie das hier darstellen. Da könnten wir viel mehr bewegen. So müssen wir immer wieder Anträge stellen, wo von vornherein klar ist, dass die nicht überwiesen, also schon gar nicht angenommen, aber auch nicht überwiesen werden.

Aber nun zu dem Antrag und zu dem, was hier gesagt worden ist. Also der Minister hat die drei grundlegenden Konzeptionen, wie man das bezeichnen will, hier genannt. Die energiepolitische Konzeption, wo wir schon damals, als wir sie beschlossen haben – oder besser gesagt, wir haben sie ja nicht beschlossen, aber als die Mehrheit des Landtages sie beschlossen hat –, gesagt haben, dass die in manchen Bereichen schon viel zu unambitioniert war und überhaupt schon überholt. Heute ist sie auf jeden Fall überarbeitungsbedürftig. Der Aktionsplan Klimaschutz, wie gesagt, da habe ich ja vorhin gesagt, da ist viel Richtiges drin, aber es ist zum großen Teil unverbindlich. Und das müssen wir ändern, davon bin ich fest überzeugt.

Sie sagen, am 20.09. wird das Kabinett ein Klimaschutzgesetz beschließen. Wir haben es ja noch nicht, also können wir ja heute noch gar nicht wissen, wie sozusagen die Auswirkungen auf die Länder sind. Also die Einblicke, die Herr Eifler uns da gegeben hat, die machen ja

zumindest deutlich, dass es Umsetzungsmaßnahmen auf Länderebene geben muss. Also wenn sozusagen die Bundesregierung was beschließt für die ganze Bundesrepublik, dann müssen wir uns überlegen, welchen Anteil haben wir an dieser Umsetzung.

(Thomas Krüger, SPD:
So ist die Reihenfolge.)

Also das heißt, jedes Land hat dann auch Möglichkeiten und Spielräume und Notwendigkeiten, eigene Umsetzungsziele zu bestimmen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wie gesagt, wir haben ja noch kein Gesetz auf den Tisch gelegt. Und da will ich nur sagen, Herr Eifler, wissen Sie was, wir sind elf Leute in unserer Fraktion. Ich habe noch einen ganzen, ach Quatsch, einen Drittel Mitarbeiter,

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

der die Energiefragen mitbearbeitet. Also von uns zu verlangen oder von mir zu verlangen, ein Klimaschutzgesetz zu erarbeiten,

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

das besser ist als das von Baden-Württemberg!

(Zurufe von Jochen Schulte, SPD,
und Martina Tegtmeyer, SPD)

Ich habe mit keinem Wort gesagt, dass wir ein solches Gesetz haben wollen, sondern ich habe gesagt, wir wollen ein unseren Bedingungen und den Notwendigkeiten entsprechendes Gesetz haben.

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Also ist es im Prinzip, das ist natürlich reiner Populismus von Ihnen gewesen, Herr Eifler. Sie machen ja auch keine Gesetze. Sie lassen sich Ihre Gesetze auch von der Landesregierung erarbeiten,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Egbert Liskow, CDU: Ach!)

und Sie haben die gleichen Möglichkeiten, vielleicht sogar noch viel mehr,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

weil Sie eben die Ministerialbürokratie

(Torsten Renz, CDU: Nein,
Sie haben Oppositionszuschlag.)

noch auf Ihrer Seite haben.

(Zurufe von Torsten Renz, CDU, und
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Ja, Sie können sich ja dann alle noch hier hinstellen. Bei diesem Durcheinandergerede verstehe ich das sowieso nicht.

(Torsten Renz, CDU: Sie haben
viel mehr Geld fürs Personal als wir.)

Also, ich habe ja,

(Glocke der Vizepräsidentin –
Torsten Renz, CDU: Herr Ritter
nickt zustimmend.)

ich habe ja überhaupt nichts dagegen, wir können ja durchaus den 20.09. abwarten und sehen, was da auf den Tisch gelegt wird.

(Zurufe von Dietmar Eifler, CDU,
und Torsten Renz, CDU)

Deshalb sage ich, lassen Sie uns doch den Antrag überweisen

(Torsten Renz, CDU: Nein.)

in den Energieausschuss, und dann können wir sehen, was die Bundesregierung macht,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

und dann werden wir sehen, wie wir weiter mit dem Thema umgehen.

Eine Sache noch, das tragen Sie ja auch wie so eine Monstranz vor sich her, liebe Kollegen aus der CDU: Sie reden immer von Anreizen und Freiwilligkeit und keine Verbotsparter und keine,

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

und keine Regulierung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Wenn es denn funktioniert, habe ich überhaupt nichts dagegen, aber wir haben schon so oft Schiffbruch erlitten mit dieser Freiwilligkeit,

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

mit den Appellen, die wir immer wieder an bestimmte Gruppierungen gerichtet haben,

(Glocke der Vizepräsidentin)

und nichts ist passiert, im Gegenteil, verarscht worden sind wir in vielen Bereichen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Heiterkeit bei Ann Christin von Allwörden, CDU)

Entschuldigung, unparlamentarischer Begriff.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Gesagt ist gesagt. – Heiterkeit bei
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Meine sehr geehrten,

(Heiterkeit und Zuruf von Torsten Renz, CDU)

meine sehr geehrten Damen und Herren, nach dem großen Sommerinterview, das der Kollege Brodkorb mit der „Ostsee-Zeitung“ geführt hatte, hatte ich eigentlich fest damit gerechnet, dass Sie heute einen Antrag hier vorlegen zum Fliegen,

(Torsten Renz, CDU: Hatte ich auch gedacht.)

zum Fliegen der Landesregierung, Sie haben ja von der Landesregierung geredet,

(Torsten Renz, CDU:
Das ist an der CDU gescheitert. –
Glocke der Vizepräsidentin)

also sozusagen Inlandsflüge, wenn nicht zu verbieten, aber zumindest weitgehend einzuschränken. Also ich wäre sofort dafür gewesen, aber offensichtlich, entweder konnten Sie sich mit Ihrem Koalitionspartner nicht einigen oder es war einfach nur ein Thema fürs Sommerloch, was sich gut gemacht hat, aber eben ohne Konsequenzen geblieben ist.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Vielleicht hat es auch die
SPD-Fraktion gar nicht verlangt. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wissen Sie was, wir haben mal überprüft, wir fliegen ja, zweimal in der Legislaturperiode fliegen wir ja nach Brüssel.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ich nicht, ich fahre mit dem Zug. –
Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Wenn man einmal, also ich ...

(allgemeine Unruhe –
Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Okay, ich war auch nur einmal und ich fliege auch nicht noch mal mit.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut!)

Wenn man,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

wenn man die Anreise zum Flughafen Hamburg mitberücksichtigt und berücksichtigt, dass der Bahnhof in Brüssel mitten in der Stadt liegt, gar nicht weit weg von dem Hotel, wo wir immer untergebracht werden,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

dann braucht man insgesamt drei Stunden länger. Ich denke, das ist zumutbar. Dann kann man nämlich mit dem Zug fahren.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Henning Foerster, DIE LINKE:
Habe ich schon zweimal gemacht.)

Und da ist auch noch,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU –
Heiterkeit bei Ann Christin von Allwörden, CDU)

und da ist dann auch noch das große und weite Feld, weil ja,

(allgemeine Unruhe –
Zuruf von Torsten Renz, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

weil ja auch der Kollege Brodkorb, womit ich sehr einverstanden bin, gesagt hat, wir sollen uns das mal konkret angucken und konkrete Maßnahmen bestimmen, wo man was verschärfen muss, wo man was verändern muss, wo man justieren muss. Sehr einverstanden! Sehr einverstanden!

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Also dann denke ich zum Beispiel an das Riesenfeld der Beschaffung in Landesverwaltung und auch im Landtag.

(Glocke der Vizepräsidentin)

Da denke ich an den Verkehrssektor, wo ich finde, dass die – aber das haben Sie ja schon oft gehört –, wo ich finde, dass die Politik des Landes völlig kontraproduktiv zur Verkehrswende läuft und wo wir unbedingt was, aus meiner Sicht unbedingt was ändern müssten. Oder die Baurichtlinien für den BBL sind aus meiner Sicht zu hinterfragen. Entsprechen die noch den Klimaschutzanregungen oder -anforderungen? Oder wie sieht es aus mit dem Alleenschutz? Die Alleen, die haben immerhin Verfassungsrang! Beachten wir diese Richtlinien so sehr, dass wir wieder überall das Land der Alleen sind? Ich denke, nicht.

Vieles, wenn nicht sogar alles gehört auf den Prüfstand. Wir haben immer noch, obwohl wir uns ja vorgenommen haben, mal irgendwie ein papierloser Landtag zu werden, eine Flut von bedrucktem Papier, wo ein großer Teil einfach entsorgt werden muss oder entsorgt wird. Oder,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Oder die AfD-Anträge.)

oder auch die Dienstwagen. Der Herr Förster ist ja darauf eingegangen. Ich nehme an, er hat auch mich gemeint, denn ich habe ja auch einen Dienstwagen. Ich will dazu auch gerne,

(Tilo Gundlack, SPD:
Das ist auch gut so.)

ich will dazu auch gerne was sagen. Mein Dienstwagen ist ein Diesel A4.

(Maika Friemann-Jennert, CDU:
Ein Diesel A4?)

Ein Diesel, natürlich ist es ein Diesel. Ich habe hier schon mal gesagt, ich würde gerne mit dem Zug fahren –

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

und ich nehme an, das würde Professor Weber sogar bestätigen –,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

aber ich komme aus Vorpommern. Morgens komme ich bis halb zehn sogar noch hier nach Schwerin, aber ...

(Torsten Renz, CDU:
9.22 Uhr kommt der Zug an.)

Mal abgesehen davon, dass die Ausschüsse um neun beginnen, der Energieausschuss sogar halb neun, ne?

(allgemeine Unruhe –
Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

Ja, ist ja klar, können Sie ja gerne.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Also ich würde das gut finden, wenn wir sozusagen die Zeiten so legen, dass das auch möglich ist.

(Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

aber selbst, wenn wir morgens

(Glocke der Vizepräsidentin)

hier ankommen zur rechten Zeit und am Nachmittag oder am nächsten Tag am Nachmittag dann vor Ort noch einen Termin haben, dann passen die Anschlüsse nie. Und vielleicht komme ich noch nach Greifswald oder nach Pasewalk, aber ich komme nicht mehr nach Löcknitz oder in die Region,

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

weil es dort keinen öffentlichen Verkehr gibt.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Also müssen wir doch da was tun, ansonsten kann ich meine Arbeit nicht machen, wenn ich kein Auto habe.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Aber trotzdem, ich habe auch schon mal gesagt, ich habe da trotzdem ein schlechtes Gewissen, und habe mir überlegt, wie kann ich,

(Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

wie kann ich trotzdem etwas für den Klimaschutz tun. Und das ist kein Äquivalent direkt, aber ich habe mich im Umweltministerium erkundigt, wir haben ja im Land diese MoorFutures oder die Waldaktie, darüber haben wir heute schon gesprochen. Ich werde als Äquivalente für die 5,8 Tonnen CO₂, die ich mit meinen 30.000 Kilometern ausstoße, MoorFutures oder Waldaktien kaufen.

(Sebastian Ehlers, CDU: Sehr gut!)

Dann heißt das nicht, dass ich weniger CO₂ ausstoße, aber das heißt, ich habe zumindest einen kleinen Teil dazu beigetragen,

(Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

dass Umweltprojekte gefördert werden können.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Das will ich zumindest, das wäre zum Beispiel auch eine Maßnahme.

Herr Borschke, Sie treten immer hier für einen – zwar sehr selektiv, wenn Sie für den Umweltschutz eintreten, wenn es um Kormorane, Biber oder den Wolf geht, da sind Sie gar nicht mehr so sehr für den Tierschutz –,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Peng, peng, peng!)

sondern wenn Sie ...

(Zuruf von Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

Doch, aber, Herr Borschke,

(Glocke der Vizepräsidentin)

Herr Borschke, hören Sie auf! Das ist einfach nur, das ist einfach nicht die Wahrheit, wenn Sie jetzt sagen, das machen Sie nicht.

(Zuruf von Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

Aber vielleicht kommen Sie alle auf die Idee, für das, was Sie an CO₂ mit Ihren Wagen ausstoßen, MoorFutures oder Waldaktien zu kaufen. Dann wird der Fonds viel größer und wir können vielleicht noch viel mehr damit bewirken.

(Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

Vielen Dank.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Oder Bäume, natürlich.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Frau Dr. Schwenke! Auch für Ihren Redebeitrag/Debattenbeitrag liegt eine Anmeldung für eine Kurzintervention durch Herrn Lerche vor.

(allgemeine Unruhe)

Bevor ich Herrn Lerche das Wort erteile, möchte ich noch fragen, ob Ihre Einlassung ein formeller Antrag war, diesen Antrag in den Energieausschuss zu überweisen?

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja.

Vizepräsidentin Beate Schluppe: Okay.

Und jetzt hat Herr Lerche das Wort für eine Kurzintervention, die sich auf diesen Debattenbeitrag beziehen muss.

Dirk Lerche, AfD: Sehr geehrte Präsidentin!

Werte Frau Dr. Schwenke, in Ihrem Redebeitrag kamen Sie eben auf den Aktionsplan Klimaschutz zu sprechen und Sie erwähnten auch das Wort „Fliegen“ und sprachen dort über Flugverkehr. Kann ich davon ausgehen,

(Martina Tegtmeier, SPD: Das ist keine Frage. – Peter Ritter, DIE LINKE:
Er stellt ja schon wieder eine Frage!)

dass Sie sich auch einbringen, also ja, ich muss ja für mich sprechen,

(Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

kann ich davon ausgehen, dass Sie sich auch einbringen, wenn es um das Postgesetz geht,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

dieses nämlich dann auf Klimaschutz abzustellen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist doch schon wieder eine Frage!)

drei Tage nur noch Zustellung,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie sollen eine Meinung begründen, keine Frage stellen!)

um Energie einzusparen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ist das so schwer?!)

zwei- bis dreitägige Sendedauer, um den innerdeutschen Flugverkehr zu vermeiden

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

und die Briefpost wieder

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

auf die Schiene zu verlagern?

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wäre das aus Ihrer Sicht auch sinnvoll?

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Mal abgesehen davon, dass es kein Statement war, sondern wieder eine Frage,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, es ist schwierig, ...)

was diesem Instrument, das wir hier neu eingeführt haben, nicht entspricht,

(Peter Ritter, DIE LINKE: ... eine Intervention und Frage zu unterscheiden.)

aber, Herr Kollege Lerche, zu diesem Thema hat mein Kollege Foerster alles gesagt. Mehr habe ich dem nicht hinzuzufügen.

Dirk Lerche, AfD: Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE und Martina Tegtmeier, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich die Aussprache schließe, muss ich noch mal die Frage in den Raum stellen, ob wir uns nicht im Vorfeld darauf verständigt hatten, erst mal auszuprobieren, wie mit dem Instrument der Kurzintervention umgegangen werden kann. Wenn man denn wirklich jetzt eine Verschärfung der Regelungen will, dann sollten wir doch die Experimentierphase abwarten und es dann im Übrigen dem Präsidium überlassen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig, Frau Präsidentin!)

ob es denn bereit ist,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig!)

diese Dinge jetzt so zu rügen oder nicht zu rügen. Und da ich ja eigentlich nicht für Großzügigkeit bekannt bin, frage ich mich natürlich, wie ich dem Wunsch der Parlamentarischen Geschäftsführer nach Großzügigkeit in Anbetracht der Debatte noch nachkommen soll.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, am zweiten Tag sollte man schon ein bisschen fit sein.)

So, mehr hoffe ich dazu nicht mehr sagen zu müssen.

Von daher schließe ich die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Im Rahmen der Debatte ist ja zunächst beantragt worden, den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4018 in den Energieausschuss zu überweisen. Wer für diesen Überweisungsvorschlag stimmen möchte, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Ist das jetzt eine Stimmenthaltung?

(Christel Weißig, Freie Wähler/BMV: Ja, Stimmenthaltung.)

Damit ist der Antrag der Fraktion ...

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Wir sind in der Abstimmung!

Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4018 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, AfD,

(Torsten Renz, CDU: Fraktionszwang bei der AfD.)

Teilen der Fraktion Freie Wähler/BMV, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Enthaltung einer Abgeordneten aus der Fraktion Freie Wähler/BMV abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4018. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? –

(Torsten Renz, CDU: Eine!)

Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4018 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, AfD und Teilen der Fraktion Freie Wähler/BMV, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und einer Stimmenthaltung aus der Fraktion Freie Wähler/BMV abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 31**: Beratung des Antrages der Fraktion Freie Wähler/BMV – Qualifizierungsoffensive für Seiteneinsteiger zur Sicherung des Unterrichtsniveaus, Drucksache 7/4025. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4118 vor.

**Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV
Qualifizierungsoffensive für Seiteneinsteiger
zur Sicherung des Unterrichtsniveaus
– Drucksache 7/4025 –**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 7/4118 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion Freie Wähler/BMV der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Mitbürger! Einen trifft es ja immer, heute trifft es mich, der letzte Antrag des Tages, und ich bitte, doch noch mal ein paar Minuten Aufmerksamkeit auf dieses sehr wichtige Thema zu verwenden.

(Beifall Andreas Butzki, SPD: Das stimmt.)

Vielen Dank, Herr Butzki.

(Präsidentin Birgit Hesse übernimmt den Vorsitz.)

Außer Herrn Barlen und Frau Martin waren ja auch schon vor einem Jahr alle in dieser Runde an Bord. Und Sie können sich sicher daran erinnern, dass ich diesen Antrag schon vor einem Jahr gestellt habe,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jetzt, wo Sie es sagen!)

„Qualifizierungsoffensive für Seiteneinsteiger zur Sicherung des Unterrichtsniveaus“. Deswegen denke ich, dass ich auch nicht wieder ganz von vorne anzufangen brauche, um das zu erklären, sondern mit Ihrem Einverständnis würde ich das ein bisschen kürzer fassen.

(Torsten Renz, CDU: Nein! Nein!)

Alle wissen, worum es geht.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Alle wissen, worum es geht. Und natürlich habe ich mich einfach gefragt: Was ist denn in den letzten zwölf Monaten passiert? Haben wir dort Fortschritte zu verzeichnen bei diesem sehr wichtigen Thema?

Wir haben leider nur wenig Fortschritte erzielt, um das Ergebnis vorwegzunehmen. Wir haben etwas mehr Schüler als noch vor einem Jahr. Wir haben etwas mehr Schulanfänger als vor einem Jahr. Der Unterrichtsausfall in Mecklenburg-Vorpommern ist auf dem gleichen Niveau leider geblieben. Etwa zehn Prozent an allgemeinbildenden Schulen, zwölf Prozent an Berufsschulen werden nicht regulär erteilt. Das ist eine Zahl, die Sie sich doch mal merken sollten.

(Torsten Renz, CDU: Jetzt kommt aber Globalkritik.)

Zehn Prozent werden nicht regulär erteilt,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

und ich bleibe dabei, dass Stillarbeit kein Unterricht ist. Ich schicke meine Kinder nicht 40 Kilometer zur Schule, damit sie dort Stillarbeit haben, sondern ich möchte, dass sie unterrichtet werden. Und das geht nicht nur mir so, sondern, ich denke, allen Eltern hier im Land.

(Karsten Kolbe, DIE LINKE: Sehr richtig!)

Wir haben Lehrerneueinstellungen, mir liegen die Zahlen vor. 639 waren das im vergangenen Jahr, davon 30 Pro-

zent Seiteneinsteiger, in diesem Jahr 651 Lehrer, davon 33,8 Prozent Seiteneinsteiger. Das ist also in etwa auch gleich geblieben, leicht steigende Tendenz. Unbesetzte Stellen zum Schulanfang letztes Jahr 30, jetzt 107, plus drei Viertel der Referendariatsstellen noch nicht besetzt. Also die Situation hat sich erst mal überhaupt nicht verbessert.

Wir hatten ja schon im letzten Jahr eben gefordert, die dreimonatige Qualifizierungsphase für die Seiteneinsteiger vor Unterrichtsbeginn vorzuschalten, also vor Dienstantritt, und dann die Seiteneinsteiger zwei Jahre lang zu begleiten. Ein bisschen was hat die Regierung gemacht. Die Vorbereitungskurse sind von drei Wochen immerhin auf fünf Wochen verlängert worden und sie sollten zumindest vor Dienstantritt beginnen. Also schon am 01.06. waren 100 Stellen verfügbar, allerdings wurden die nicht komplett ausgenutzt. Es waren nur 86, die zu dem Zeitpunkt schon an dem Vorbereitungskurs teilnehmen konnten. Der Rest ist eben erst später gekommen und kann dann auch erst später an diesem Kurs teilnehmen.

So, das heißt, die Situation ist nach wie vor unbefriedigend. Da hilft gar nichts, daran herumzureden, wir müssen dort besser werden, und ich möchte noch mal zwei Sätze sagen, warum das so wichtig ist. Zwei Drittel der Lehrer gehen in den nächsten zehn Jahren in den Ruhestand, in den wohlverdienten Ruhestand wohlgermerkt. Das heißt, wenn man nicht vollkommen realitätsfern ist, dann wissen wir, wir brauchen die Seiteneinsteiger in den nächsten Jahren auch weiterhin. Wir müssen auf die Seiteneinsteiger setzen, um überhaupt genügend Lehrer zu haben und den Unterricht ordnungsgemäß durchführen zu können.

(Torsten Renz, CDU: Leider.)

Das ist meinetwegen leider so, aber es ist tatsächlich eine Realität.

(Torsten Renz, CDU: So ist es.)

Und wenn man sich darauf einstellen muss, in den nächsten zehn Jahren immer noch sehr viele, eine bedeutende Anzahl von Seiteneinsteigern, also von Lehrern ohne Lehrbefähigung, an die Schulen zu lassen, dann müssen wir ein ordnungsgemäßes Programm haben, um die Lehrer ohne Lehrbefähigung besser auszubilden. Und da greift noch mal unser Vorschlag, bitte drei Monate Qualifizierungsphase vor Dienstantritt und 24 Monate begleitend.

Einen Satz würde ich gerne schon, obwohl Sie ihn natürlich selber vorstellen werden, Ihren Änderungsantrag, würde ich gerne schon dazu sagen. Natürlich ist der Änderungsantrag, wenn man so will, noch einen Tick besser. Sie gehen da in Richtung Quereinsteiger,

(Peter Ritter, DIE LINKE: So sind wir.)

dass also das Referendariat schon tatsächlich nachgeholt wird für diese Quereinsteiger. Das hatte ich auch schon vor einem Jahr gesagt, das ist noch besser, aber wir greifen mal nicht gleich nach den Sternen, weil wir genau wissen, das kann man so schnell jetzt nicht umsetzen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Warum?)

Das müsste dann das Ziel sein, da hinzukommen, tatsächlich – so wie in Bayern übrigens – nur Quereinstei-

ger einzustellen und keine Seiteneinsteiger mehr. Aber da wir das so schnell nicht schaffen, wenigstens erst mal die Qualifizierungsphase ausbauen.

Und, Frau Martin – und ich möchte jetzt da eigentlich an der Stelle auch noch mal Frau Hesse ansprechen, die ja das Ministerium bis vor Kurzem geführt hat –, ich erkenne das durchaus an, dass wir einen kleinen Fortschritt erzielt haben, von drei auf fünf Wochen, und ein paar mehr Stellen sind da. Also ich will auch an dieser Stelle fair bleiben wie meistens – nicht immer, aber meistens –, aber es reicht eben wirklich noch nicht aus.

Und deswegen lassen Sie uns bitte jetzt über diesen Antrag debattieren, meinetwegen auch gerne kurz, und ihn dann in den Ausschuss überweisen, damit wir einfach besser werden und dann zum nächsten Schuljahresbeginn – ich weiß, dass wir immer in Schuljahren denken müssen, dass es immer also eine ganze Weile wieder dauern wird –, aber dass wir zum nächsten Schuljahresbeginn einfach massive Fortschritte erzielen können. Das fällt nicht vom Himmel, aber wenn wir jetzt nicht anfangen, das vorzubereiten, gerade jetzt auch in den Haushaltsberatungen, dann werden wir im nächsten Jahr wieder da stehen, wo wir heute stehen. Und ich kann Ihnen versprechen, den Antrag stelle ich dann auch wieder,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut!)

und wenn es dann der letzte Antrag des Tages ist,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Und wir stellen unseren
Änderungsantrag wieder.)

dann quäle ich Sie halt wieder damit.

(Heiterkeit bei Marc Reinhardt, CDU:
Das ist keine Qual, Herr Wildt.)

Keine Qual. Vielen Dank, vielen Dank.

Und ... Ach so, einen Hinweis noch, in den Haushaltsmitteln ist da bisher wirklich zu wenig Geld eingestellt, nämlich nur die 39.600, und das ist wirklich zu wenig. Da ist irgendwas schiefgelaufen,

(Marc Reinhardt, CDU: Nein.)

würde ich mal so sagen, in Ihren Haushaltsplanungen.

(Andreas Butzki, SPD: Nein,
das wird die Ministerin erklären.)

Und vielleicht erklärt Herr Butzki das oder die Ministerin erklärt das oder wer auch immer.

(Zurufe von Ann Christin von Allwörden, CDU,
und Torsten Renz, CDU)

Auf jeden Fall haben wir ja noch die Beratung, wir haben ja auch noch die Gelegenheit, das jetzt zu verbessern. Und ich habe Ihnen das ja gestern schon ans Herz gelegt, das ist der Antrag Nummer eins, wo wir hoffen, dass die Opposition auch mal wieder eine gute Anregung geben kann

(Marc Reinhardt, CDU: Immer.)

und der Antrag dann angenommen wird. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Wildt.

Das Wort hat jetzt für die ...

Ah, Entschuldigung. Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 61 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Frau Martin.

Ministerin Bettina Martin: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Auch ich muss jetzt,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

habe die große Freude, als letzte Rednerin noch zu sprechen oder zum letzten Tagesordnungspunkt zumindest. Aber ich muss Sie auch noch ein bisschen quälen, auch weil ich glaube, dass der Antrag so ein bisschen verkürzt daherkommt. Insofern werde ich doch ein bisschen ausholen. Ich hoffe, Sie bleiben bei mir.

Wir wissen, das haben Sie auch schon gesagt, dass wir bis zum Jahr 2030 rund 80 Prozent unserer Lehrkräfte verlieren werden. Die werden alle in den wohlverdienten Ruhestand gehen, und bereits heute ist die größte Herausforderung ans Bildungssystem, aber auch an uns Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker, für die kommenden Jahre genügend und gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer zu haben und zu finden.

Mit dieser Herausforderung übrigens stehen wir in Mecklenburg-Vorpommern nicht allein, das geht anderen Bundesländern genauso, dass sie händeringend Lehrkräfte suchen. Wir befinden uns also nicht – und auch das ist, glaube ich, nicht neu hier in diesem Hohen Haus – allein in dieser Welt, sondern befinden uns in einem starken Wettbewerb mit unseren Nachbarn Brandenburg, Schleswig-Holstein bis zu Berlin. Ich sage das alles, um noch mal deutlich zu machen, vor welchem Hintergrund wir heute über dieses Thema „Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger“ diskutieren und warum wir dieses Thema auch in den kommenden Jahren noch ernsthaft diskutieren müssen und wohl auch werden.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Da sind wir ja einer Meinung.)

Zum Beispiel, genau.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Bis jetzt! Bis jetzt!)

Denn wir werden sie in Zukunft brauchen, diese Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger, um den Lehrbedarf an unseren Schulen decken zu können. Schon heute geht es nicht mehr ohne sie.

(Torsten Renz, CDU: Leider.)

Umso wichtiger ist es aber auch, klar, dass wir diese neuen Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger so gut

wie möglich, also bestmöglich aus- und fortbilden. In dieser Einschätzung stimme ich in der Tat mit Ihnen überein.

Und auch in noch einem anderen Punkt bin ich mit Ihnen einer Meinung. Sie betonen in der Begründung Ihres Antrages das Potenzial der Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger. Ja, Seiteneinsteiger tragen in der Tat in vielen Schulen zum guten Schulalltag bei und sie bringen mit ihren etwas anderen Berufserfahrungen und auch Ausbildungserfahrungen neue Perspektiven in den Schulalltag. Und das hat eben auch Vorteile, nicht nur Nachteile, wie oft auch berichtet wird. Das bestätigen mir viele Schulleiterinnen und Schulleiter in Gesprächen, das bestätigen mir auch Lehrerkollegien. Aber noch mal, Voraussetzung dafür, dass das gut klappt mit den Seiteneinsteigern vor Ort, ist natürlich, dass sie gut auf ihre Arbeit in der Schule vorbereitet werden.

Wir haben hier zum neuen Schuljahr schon einiges verändert und verbessert, Sie haben es erwähnt, und wir sind gerade dabei, die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die berufsbegleitende Qualifizierung der Seiteneinsteiger machen, zu verdoppeln. Die Ausschreibungen laufen, aber um das auch gleich zu sagen, auch wir sind der Meinung, dass wir im Bereich der berufsbegleitenden Seiteneinsteigerfortbildung auch strukturell noch etwas verbessern sollten

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Sehr richtig!)

und daran arbeiten.

Doch zunächst einmal möchte ich sagen, was bereits getan wurde, weil, wie gesagt, in Ihrem Antrag das so ein bisschen aussieht, als ob wir nur so einen Kompaktkurs machen und dann nichts mehr. So ist das ja gar nicht. Lassen Sie mich also kurz darstellen, wie die berufsbegleitende Fortbildung der Neulehrerinnen und Neulehrer aussieht.

Anders als in den Jahren zuvor, Sie haben es auch erwähnt, stellen wir bereits in den Sommerferien jetzt den Kompaktkurs zur Verfügung, damit die neu eingestellten Seiteneinsteiger a) sich natürlich vorbereiten, aber b) auch, dass sie dann nicht fehlen, wenn die Schule losgeht. Übrigens ist der Starttermin, das ist nicht korrekt im Antrag, der 01.07. oder war der 01.07., und nicht der 01.06.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Ja.)

In diesem Kurs haben wir 86 Seiteneinsteiger/-innen vor dem Schulstart dieses Jahr vorbereitet

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Also 40 Prozent nur.)

von, also zum Schulstart waren es 220. Doch natürlich ist dieser Kompaktkurs nur ein Teil der grundlegenden pädagogischen Qualifizierung, die alle Seiteneinsteiger/-innen, also egal, ob sie im Kompaktkurs waren oder nicht, im Laufe des ersten Jahres durchlaufen müssen. Sie umfasst insgesamt 180 Stunden, erstreckt sich über ein ganzes Jahr und läuft nach dem Kompaktkurs berufsbegleitend. Also auch die, die nicht im Kompaktkurs dabei waren, kriegen diese Module im Laufe des Jahres dann auch, müssen sie durchlaufen.

Wir haben von drei auf fünf Wochen diesen Kompaktkurs ausgedehnt, und insgesamt – das finde ich auch noch mal wichtig zu sagen – haben 33 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IQ M-V in diesem Sommer mit viel Engagement daran gearbeitet, dass an unterschiedlichen Standorten dieser berufsbegleitende, dieser Kompaktkurs überhaupt durchgeführt werden konnte.

Nach dem Kompaktkurs folgen über ein Jahr dann natürlich weitere Module, wo eben Praxis/Theorie des Lehrerberufes gelehrt werden. Und am Ende dieser einjährigen grundlegenden pädagogischen Qualifizierung erfolgt dann ein Abschlusskolloquium, wo festgestellt wird, ist diese Person geeignet, den Lehrberuf zu ergreifen, oder eben auch nicht. Wer sich bewährt, erhält ein Zertifikat mit der Unterrichtserlaubnis für M-V und hält dann damit auch die Option in der Hand, eine entfristete Beschäftigung im Schuldienst zu beginnen.

Doch damit ist diese Lehrkraft noch lange nicht fertig, das geht noch weiter, denn sie verpflichtet sich, in dieser Qualifizierungsreihe auch weiter sich fortbilden zu lassen und nach einer Prüfung dann auch mehrere Jahre noch Berufserfahrung zu sammeln, bevor die Lehrbefähigung erworben werden kann.

Das ist der Weg, der im Moment beschritten wird. Und ich habe es schon gesagt, aber ich sage es an dieser Stelle gern noch mal, der Weg, wie wir die Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger so qualifizieren, dass sie zu guten und selbstbewussten Lehrkräften werden können, muss weiter intensiviert und verbessert werden. Wir haben uns bereits auf den Weg gemacht. Wie gesagt, wir haben die, wir verdoppeln gerade die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am IQ für die Qualifizierung. Wir haben den Kompaktkurs vorgezogen und erweitert auf fünf Wochen, und wir führen gerade einen intensiven Dialog mit den Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern selbst, um auch mal zu erfahren, was brauchen die eigentlich, um zu selbstbewussten, guten Lehrern zu werden. Das läuft gerade übers Ministerium. Ich glaube, gestern gab es gerade ein Treffen wieder.

Und außerdem werde ich in den nächsten Wochen auch öffentlich den Dialog suchen und führen, wie wir bei der Seiteneinsteigerqualifizierung weiterkommen können. Zum Beispiel bin ich jetzt am Samstag bei der GEW – in Rostock, glaube ich, ist die Veranstaltung –, um das auch öffentlich zu diskutieren mit Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern, denn das 200-Millionen-Schulpaket, was im Entwurf des Haushaltes, des Doppelhaushaltes, ja abgebildet ist, muss aus meiner Sicht auch unbedingt Maßnahmen enthalten, um bei den Seiteneinsteigern weiterzukommen. Wie wir das am besten hinkriegen, möchte ich gerne in den kommenden Wochen und Monaten mit den Beteiligten besprechen.

Ich sage es aber gern schon an dieser Stelle, ich habe durchaus Sympathie für das, was auch die Position der LINKEN ist heute in dem Antrag, dass wir zu strukturellen Veränderungen kommen, das heißt zum Beispiel zu einem berufsbegleitenden Referendariat. Auch Sie haben es gerade erwähnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen also, wir haben das gleiche Ziel. Dieser Antrag bringt uns diesem Ziel aber nicht genügend weiter, denn aus meiner Sicht ist er zu eng gefasst.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Das heißt, wir sollen ihn ablehnen, oder was?!)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Sollen wir ablehnen?)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank. Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD Herr Kröger.

Jörg Kröger, AfD: Wertes Präsidium! Liebe Abgeordnete! Leiwe Mäkelborger un Vörpommern! Der vorliegende Antrag bringt ein wichtiges Anliegen zum Ausdruck, die Qualifizierung von Seiteneinsteigern. Seiteneinsteiger werden bei uns zunehmend erforderlich, um dem sehenden Auges selbstverschuldeten Lehrermangel hier im Lande zu begegnen. Deshalb hat auch die Landesregierung Interesse an einer möglichst schnellen Lösung. Es geht primär darum, Unterrichtsausfall – so hoffe ich jedenfalls – nicht zu kaschieren, sondern abzufangen und deshalb die Seiteneinsteiger auch schnellstmöglich vor die Klassen zu kriegen.

Aber schnellstmöglich, darf das auch heißen, zur Not eben auch ohne den sogenannten Kompaktkurs, der die Seiteneinsteiger überhaupt erst mit dem allernötigsten Minimalrüstzeug ausstatten soll, mit dem sie im Schulalltag vor die Klasse treten können? Meine Damen und Herren, das geht gar nicht. Die Mehrzahl der 220 Seiteneinsteiger, die derzeit ohne dieses Rüstzeug ausgestattet sind, steht vor den Klassen. Das ist kein Zeichen von Fürsorgepflicht.

(Torsten Renz, CDU: Oha!)

So eine Vorgehensweise führt bei diesen neuen Kollegen schnell zur Situation einer Überforderung, und das auch wieder sehenden Auges. Es wird dabei so getan, als gäbe es die Thematik der Lehrergesundheit gar nicht.

Dieser Kompaktkurs mit seinen jetzt 181,5 Stunden und der sich anschließenden einjährigen grundlegenden pädagogischen Qualifizierung kann natürlich kein Lehramtsstudium von fünf Jahren mit anschließendem Referendariat ersetzen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr richtig!)

Um also notwendige Handlungskompetenzen zu ermitteln, gibt es anschließend die modularisierte Qualifizierung, die über einen Zeitraum von drei Jahren angesetzt ist, die Frau Ministerin hat das eben erwähnt. Erst die erfolgreiche Absolvierung dieser drei Qualifizierungskurse ist derzeit für die Erlangung der unbefristeten Lehrbefähigung auf Dauer erforderlich.

An dieser Stelle verstehe ich zugegebenermaßen den vorliegenden Antrag nicht ganz. Soll mit Punkt 2 die derzeitige einjährige Grundqualifizierung verlängert werden oder die modulare Qualifizierung verkürzt werden? Oder soll das ein für Seiteneinsteiger speziell angepasstes Referendariat sein, was wirklich Sinn machen würde? Es steht nicht im Antrag.

Aber hier regt der Änderungsantrag der Fraktion der LINKEN genauso ein Referendariat von 18 Monaten an,

weshalb wir diesem Änderungsantrag auch zustimmen werden. So einen Vorbereitungsdienst halten wir nicht nur für fair, sondern notwendig, damit die Seiteneinsteiger bestmöglich für den Schulalltag ausgerüstet sind.

Liebe Kollegen von den Freien Wählern/BMV, nun zurück zu Ihrem Antrag. Wir würden ja empfehlen wollen, Ihrem Antrag eine Evaluierung der bestehenden Qualifizierungsmaßnahmen voranzustellen, in deren Ergebnis dann die im vorliegenden Antrag fehlenden inhaltlichen oder zeitlichen Änderungen eingefügt werden können, um damit die noch nicht vorhandene Klarheit zu schaffen. Aber das kann noch nicht erfolgen, da die ersten 51 Teilnehmer erst im Laufe des kommenden Jahres diese ersten Pakete durchlaufen haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, sehen wir uns den Antrag der Freien Wähler/BMV zusammenfassend an, liegt uns hier eine leere Hülle ohne konkrete Maßnahmen vor. Es werden lediglich Zeitfenster für dann nicht mehr ausgeführte Maßnahmen beantragt, unter 1. drei Monate, ich nenne es jetzt mal, für einen Vorbereitungskurs anstelle des jetzigen Kompaktkurses. Und hier vermissen wir in diesem Punkt tatsächlich unter anderem – ich lasse das jetzt mal weg – Hinweise zur qualitativen und quantitativen Ausgestaltung dieses dreimonatigen Kurses, dieses jetzt auf drei Monate erweiterten Kurses.

Und diese Feststellung zur fehlenden Ausgestaltung gilt vollumfänglich im Übrigen auch für Punkt 2 Ihres Antrages. Allerdings haben Sie hier als Zeitfenster 24 Monate für berufsbegleitende fachliche Schulungen vorgesehen, wie schon festgestellt ohne Inhalt. In beiden Antragspunkten findet sich nicht eine konkrete Maßnahme, die die beantragte Offensive stützt beziehungsweise eine inhaltliche Komponente enthält, die eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Anliegen des Antrags erkennen lässt.

Meine Damen und Herren, ausreichend ausgebildete Lehrer an die Schulen zu bekommen, muss das langfristige Hauptziel bleiben. Die Kollegien dürfen im gegenseitigen Interesse und im Interesse unserer Kinder nicht mit Seiteneinsteigern überfrachtet werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Marc Reinhardt, CDU: Und die Alternative? Kein Unterricht?)

Aber die Seiteneinsteiger, die zur Sicherung des kurzfristigen Bedarfs an die Schulen kommen, müssen die bestmögliche Ausbildung erhalten, damit nicht nur die Quantität, sondern vor allem auch die Qualität der Unterrichtserteilung gesichert wird. Hierzu ist unseres Erachtens eine klar strukturierte Qualifizierung erforderlich, mit Einführungskurs, Grundkurs, Aufbaukurs sowie abschließendem berufsbegleitendem Vorbereitungsdienst.

Sehr geehrte Damen und Herren, das Grundanliegen des Antrages ist richtig, aber die inhaltliche Ausführung ist mangelhaft, und wir können uns, all unser Wohlwollen zusammengenommen, nur enthalten. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Kröger.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Reinhardt.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lieber Herr Wildt, es stimmt, es ist ja fast wortgleich, oder es ist wortgleich der gleiche Antrag wie im letzten Jahr. Trotzdem ist es für uns keine Belastung, so, wie es ja auch schon dargestellt wurde, es ist eigentlich immer wieder eine Freude, über Bildungsthemen zu diskutieren. Deshalb will ich ...

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU – Beifall Egbert Liskow, CDU)

Vielen Dank.

Wo kommen wir also her, wo wollen wir eigentlich hin? Wer sich an das Ende der 90er-Jahre – das können ja eigentlich hier im Haus noch ziemlich viele – erinnert, Mitte der 90er-Jahre ...

(Der Abgeordnete Egbert Liskow meldet sich.)

Ja, auch der Kollege Liskow.

... hatten wir an unseren Schulen wegen doch zurückgehender Schülerzahlen einen ziemlichen Lehrerüberhang. Wir haben das damals, alle wissen das, mit dem Lehrpersonalkonzept gelöst. Das bedeutete, alle Lehrer arbeiteten weniger und bekamen auch etwas weniger Geld, dafür musste es bei uns zu keinen größeren Entlassungen kommen. Es gab dann eine gewisse Kehrtwende, so ab dem Jahr 2006/2007. Seitdem steigt der Lehrbedarf stetig an. Das hat zum einen wieder mit steigenden Schülerzahlen zu tun, das hat aber auch damit zu tun, dass ziemlich viele Lehrer seitdem dann auch in Pension gegangen sind und auch gehen werden.

Wir reagierten darauf auch mit der Beendigung des Lehrpersonalkonzeptes – ich glaube, in der letzten Legislaturperiode haben wir das quasi komplett beendet –, und wir sind auch seitdem, man kann fast sagen, stets bemüht, an den Universitäten die Ausbildungs-, ...

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU – Maika Friemann-Jennert, CDU: Stets bemüht!)

Ja, ich habe es mit Absicht so gesagt.

... die Ausbildungskapazitäten in einem guten Dialog mit den Universitäten zu erhöhen. Wir haben auch schon über andere Modelle wie die pädagogische Hochschule nachgedacht und werden sicherlich auch weiter darüber nachdenken, dazu will ich aber heute nicht weiter ausführen.

Wir haben heute, und das haben ja alle ausgeführt, einen starken Bedarf an Lehramtsbewerbern und -bewerberinnen. Wir wissen, wir werden so im Durchschnitt die nächsten Jahre 700 brauchen. Die Zahlen sind so, wir stellen ziemlich – 654, glaube ich, waren es dieses Jahr, die wir einstellen konnten, darunter, Herr Wildt hat es gesagt, 30 Prozent Seiteneinsteiger. Wir wissen alle hier im hohen Haus, dass das gerade unter unseren Bildungsleuten und auch unter unseren Lehrern, die wir hier im Landtag haben – Herr Renz, Herr Butzki

(Andreas Butzki, SPD: Frau Oldenburg.)

oder Frau Oldenburg –, immer sehr umstritten war oder auch noch vielleicht umstritten ist, das Thema mit den

Seiteneinsteigern, da sie ja alle eine komplette Ausbildung durchgemacht haben und es jetzt ja hier nicht der Fall ist. Trotzdem geben auch sie am Ende zu, es ist ja kaum eine Alternative dazu zurzeit zu finden. Genug Lehramtsstudenten sind nicht auf dem Markt.

Und deshalb wird am Ende auch mein Kollege Renz zustimmen, auch wenn er vielleicht nicht fröhlich zustimmt, dass an dem Bedarf und auch an dem Einstellen von Seiteneinsteigern zurzeit kein Weg vorbeiführt

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

und wir ja auch wissen – ich will nicht sagen, an der einen oder anderen Stelle kann das ja durchaus auch zur Belebung im Schulalltag beitragen, gerade auch an Berufsschulen haben wir damit ja gute Erfahrungen gemacht –, aber es ist ganz klar, und da gebe ich Ihnen recht, Herr Wildt, das pädagogische Grundkonzept fehlt hier natürlich zunächst.

Wir haben da seit dem letzten Jahr einige Verbesserungen erreicht, die Bildungsministerin ist darauf eingegangen. Ich gebe Ihnen aber recht, Herr Wildt, wir müssen da deutlich weitere Verbesserungen anstreben. Sie haben das mit dem Geld angesprochen, es ist in der Tat zurzeit im Landeshaushalt dabei wenig zu sehen. Es ist aber so, wir haben ja das Schulpaket mit den 200 Millionen vereinbart.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Noch nicht.)

Dort sind wir noch in der Diskussion, aber auch da ist schon klar zu sehen, dass auch ein gewisser Teil des Geldes für die Qualifizierung von Seiteneinsteigern verwendet wird. Die Bildungsministerin ist darauf eingegangen, dass wir auch dabei sind, mehr Leute einzustellen, um diese Ausbildung zu forcieren.

Ich gebe Ihnen recht, wir müssen das hier durchziehen. Wir brauchen eine stärkere berufsbegleitende und auch begleitende Ausbildung der Seiteneinsteiger, müssen es auch schaffen, sie möglichst vor dem Dienstantritt zu qualifizieren. Das hängt aber leider immer ein bisschen mit der Einstellung zusammen. Wenn sie halt erst im August eingestellt werden, ist es noch schlecht mit der Qualifizierung davor. Trotzdem, glaube ich, sind wir hier in guten Gesprächen, das zu verbessern.

Und Sie haben ja schon gehört, wir werden Ihren Antrag höchstwahrscheinlich ablehnen,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

aber da Sie ja gesagt haben, Sie stellen ihn nächstes Jahr zu dieser Zeit wieder,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Höchstwahrscheinlich!)

freue ich mich schon darauf, dass wir nächstes Jahr gucken, ob wir hier wieder erheblich vorangekommen sind

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

und wir dann hier vielleicht auch zu weiteren positiven Aussagen kommen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Reinhardt.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE Herr Kolbe.

Karsten Kolbe, DIE LINKE: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, die Anträge von heute und vom letzten Jahr gleichen sich, und das hat sicher einen Grund. Das haben wir heute Abend ja schon das eine oder andere Mal gehört. Und da hat meine Fraktion dann auch gleich mitgemacht, denn auch unser Änderungsantrag von heute gleicht ja – wortgleich – dem aus dem letzten Jahr. Wenn man das so fortführen würde, könnte ich die Rede meiner Kollegin Simone Oldenburg hier in Gänze zitieren aus dem letzten Jahr,

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

und auch, wenn ich die Situation der Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger beschreiben müsste, kann ich das sagen, was wir letztes Jahr schon kritisiert haben.

Zum neuen Schuljahr wurden 220 Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger in den Schuldienst eingestellt, mehr als je zuvor. Das ist die einzige grundlegende Neuerung und gleichzeitig eine dramatische Verschlechterung, und das, obwohl es doch besser werden sollte, denn der Kollege Butzki hatte uns ja in der letzten Debatte am 12. September zugesichert, ich zitiere mal: „Aber in der Hinsicht gebe ich Herrn Wildt recht“ – also das bin nicht ich, das ist Herr Butzki –,

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Aber du gibst mir auch recht, oder?)

„der hat jetzt einen ganz konkreten Vorschlag gemacht. Deswegen werden wir heute diesem Antrag nicht zustimmen, aber ich sichere Ihnen zu, dass wir auch als Fraktion eine Evaluation verlangen und dass wir uns dann im Januar/Februar“, also vor ein paar Monaten, „im Bildungsausschuss noch mal intensiv damit beschäftigen, wie im nächsten Jahr“, also jetzt, „die Ausbildung der Seiteneinsteiger vonstattengeht. Also das sichere ich Ihnen jetzt als schulpolitischer Sprecher unserer Fraktion zu.“

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

Herr Butzki, was sagen denn die Ergebnisse Ihrer Evaluation? Was sind die Ergebnisse Ihrer intensiven Gespräche aus dem Januar und Februar? Was hat sich grundlegend verbessert? Doch nichts! Wenn ich jetzt Frau Ministerin Martin gehört habe, hat sie gesagt, sie sind jetzt im Gespräch mit den Seiteneinsteigern, wie man es besser machen könnte,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jetzt ist Februar.)

sie sind jetzt in der Evaluation. Und ich muss Ihnen sagen, wir haben seit zehn Jahren Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger im System, seit vielen Jahren waren wir vor dem Problem. So, jetzt sind die Probleme da und wir überlegen immer noch, wie wir die Qualität besser machen können. Das kann es doch nicht sein! Da müssen wir endlich aus dem Muspott kommen, meine Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Inzwischen gibt es ja den Kompaktkurs in den Ferien, das wurde angesprochen, fünf Wochen pädagogische Vorbereitung für die neuen Kolleginnen und Kollegen. Aber gerade einmal 41 neu eingestellte Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger, Sie hatten gesagt, insgesamt 86,

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Das ist richtig, ja.)

aber nach unserer Kenntnis sind es von den 220 neuen 41, die neu ausgebildet wurden, und das heißt dann, dass gerade einmal 20 Prozent

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Genau.)

sämtlicher neu eingestellter Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger eine Schmalspurausbildung von 25 Tagen erhalten hatten. Vier von fünf Seiteneinsteigern wurden also keine einzige Minute in Pädagogik oder in Didaktik oder in Methodik fortgebildet. Das heißt dann eben auch, dass genau 179 Lehrkräfte ohne Lehrbefähigung alleine in diesem Jahr wiederum ohne pädagogische Grundkenntnisse vor den Klassen stehen. Das kann es doch wirklich nicht sein! Da müssen Sie zugeben, zum Besseren hat sich grundlegend nichts geändert, rein gar nichts. Mehr als 16 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer sind inzwischen Seiteneinsteiger, also das ist jede sechste Lehrkraft ohne ein Lehramtsstudium. Ich finde diese Zahlen dramatisch, das muss ich wirklich so sagen.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Und das wird sich verdoppeln
in den nächsten Jahren.)

Und an dieser Stelle erlaube ich mir dann doch, meine geschätzte Kollegin Oldenburg aus der Debatte zu zitieren, die da sagte, „eine Lösung des Problems ist diese Flickschusterei angesichts des Lehrermangels jedenfalls nicht. Offenbar fehlen immer noch tragfähige Konzepte, und das, obwohl derzeit absehbar ist und auch schon längere Zeit absehbar war, dass wir künftig auf Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger angewiesen sind. Aber bis die Landesregierung endlich diese Realität zur Kenntnis nimmt und die Lehramtsausbildung so gestaltet und personell so ausstattet, dass Lehramtsstudierende ihr Studium auch effektiv und in der Regelstudienzeit absolvieren können, ziehen noch Jahre ins Land.“

Nun haben wir die Haushaltsdebatte und vielleicht wird das eine oder andere dann ja auch umgesetzt, aber wir kommen nicht voran. Das dauert einfach alles zu lange.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Frau Oldenburg sagte weiter: „Durch eine dreimonatige Grundausbildung und durch einen Vorbereitungsdienst geben wir den Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern das nötige Wissen und vor allem die pädagogischen Grundlagen. Eine Schmalspurausbildung, eine Lehrerschnellbesohlung, wie man es auch immer bezeichnen möchte, können wir uns nicht leisten. Dafür haben wir eine zu hohe Verantwortung im Bereich der Bildung, eine zu hohe Verantwortung für die Kinder und für die Jugendlichen.“ Ende des Zitats.

Sehr geehrte Damen und Herren, die von uns geforderte Vorgehensweise ist ohne großen Aufwand möglich, denn

die Kapazitäten sind seit Jahren vorhanden. Im aktuellen und auch im künftigen Haushalt stehen insgesamt über 860 Stellen im Vorbereitungsdienst zur Verfügung, und Sie wissen, dass regelmäßig fast die Hälfte nicht besetzt werden kann. Andere Bundesländer wie Berlin, Brandenburg und Thüringen gehen diesen sinnvollen Weg mit einem Vorbereitungsdienst für Seiten- und Quereinsteiger bereits seit Längerem.

Und nun, zum Abschluss meiner Rede, möchte ich Sie dann noch mal mit meiner geschätzten Kollegin Oldenburg beehren,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Na, der werden aber
jetzt die Ohren klingeln! –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

die da sagte: „Wir brauchen aber die ausgebildeten Seiteneinsteiger, die, die wissen, wie ich unterrichtete. Die quälen sich zum Teil auch. Es ist nicht nur so, dass die Schüler dann eventuell mit falschen Sachen nach Hause gehen, was immer mal passieren kann ... Aber wenn sie begleitet und ausgebildet werden, haben sie die Chance, und zwar kurzzeitig, in eineinhalb Jahren wirklich diese Fehler zu vermeiden oder eben diese Fehler auch gar nicht erst zu machen. ... Wir brauchen eine Qualifizierung für alle Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger, denn wir brauchen sie, und daran sollten wir uns messen lassen, dass wir sie nicht ganz schnell ausbilden, sondern wirklich grundständig.“

Das ist das, was Herr Reinhardt im Endeffekt auch gesagt hat. Wir werden da nicht drum herumkommen, weil wir haben den Trend einfach verschlafen in den letzten Jahren, nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, auch andere Länder, das muss man so sagen,

(Torsten Renz, CDU:
Wer ist denn „wir“?)

und nun hängen wir hinterher.

(Torsten Renz, CDU:
Wer ist denn „wir“?)

Na die Bildungspolitik hat geschlafen

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir alle.)

und ist scheinbar nicht frühzeitig auf die Einwände,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

die auch Frau Oldenburg hier immer wieder gegeben hat, eingegangen. Das ist sehr schade.

Sie sehen also, es hat sich nichts an der gesamten Situation geändert und die Fraktion der Freien Wähler/BMV sollte mit ihrem Antrag vielleicht genauso verfahren, wie wir es mit dem Antrag zur Angleichung der Grundschullehrerbesoldung gemacht haben,

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Genau.)

so lange stellen, bis die Koalitionäre es endlich begriffen haben, dass hier Handeln notwendig ist. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Kolbe.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Herr Butzki.

(Torsten Renz, CDU:
Das ist aber farbig alles da bei dir.)

Andreas Butzki, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist eigentlich schade, dass wir heute Abend zu so einem späten Zeitpunkt dieses wichtige Thema diskutieren. Ich hätte mir auch gewünscht, dass wir zu einem früheren Zeitpunkt dieses Thema besprechen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

das uns die letzten drei Jahre schon intensiv begleitet hat und die nächsten Jahre auch noch intensivst begleiten wird.

Ich bin auch sehr dankbar, dass wir wirklich eine sehr sachliche Diskussion bis jetzt geführt haben und jeder im Prinzip weiß, wie wichtig das hier ist, was wir besprechen. Und es ist richtig, Herr Kolbe hat mich ja auch da zitiert, ich habe auch gedacht, dass wir wesentlich zügiger und wesentlich schneller mit diesem ganzen Verfahren vorankommen. Ich hätte es mir wirklich gewünscht, dass wir wirklich schon im Winter so weit wären. Aber wer weiß, was ich da alles unternommen habe, welche Gespräche ich geführt habe.

(Torsten Renz, CDU:
Das führe mal bitte aus!)

Da möchte ich jetzt aber zu Anfang wirklich mich jetzt auch mal bei den Ausbildern bedanken, die bis jetzt das alles so durchgeführt haben,

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

bei den Damen und Herren des IQ M-V. Herr Dr. Viole sitzt ja auch dort in den Zuschauerrängen. Er weiß auch, wir hatten selbst zahlreiche Gespräche dazu. Und es ist nun mal leider ein sehr langwieriger und zäher Prozess, den ich mir wesentlich besser vorgestellt habe.

Ich möchte mich auch ausdrücklich bei den Lehrerinnen und Lehrern an unseren Schulen bedanken. Und eins müssen wir auch sagen, jedem Seiteneinsteiger ist auch jeweils ein Mentor zugeordnet, also ganz so ohne laufen die dann doch nicht in den Schulen herum.

Und ich will auch ganz deutlich sagen, ich möchte mich auch bei den Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern bedanken,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

die den Entschluss gefasst haben,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

wirklich bei uns im Schuldienst dementsprechend zu arbeiten.

(Zurufe von Torsten Renz, CDU, und
Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Und eins steht auch definitiv fest, die meisten Seiteneinsteiger haben einen Hochschul- beziehungsweise Fachschulabschluss, also fachlich ist das Wissen vorhanden.

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Was ihnen fehlt, ist oftmals das pädagogische Rüstzeug, darüber haben wir vorhin schon gesprochen. Und es ist jetzt wirklich die Aufgabe des Bildungsministeriums, dafür zu sorgen, dass das auch vernünftig läuft.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Bevor ich jetzt wirklich ..., will ich noch mal zum Anfang die Position der SPD auch noch mal ganz klar darstellen. Das Lehrerstudium mit dem Referendariat ist eindeutig der Königsweg, und den dürfen wir auch nicht verlassen. Und den Reformstau bei der Lehramtsausbildung wollen wir auch entschlossen angehen.

(Marc Reinhardt, CDU: Seit zehn Jahren.)

Wir haben jetzt die Radisch-Studie,

(Marc Reinhardt, CDU:
Seit zehn Jahren machen wir das! –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

da sind wir das erste Land, das überhaupt so eine Studie durchgeführt hat, und ich hoffe jetzt auch, dass die Arbeitsgruppe uns dementsprechend auch mal die Ergebnisse dann vorstellt.

Eins steht auch fest, auf die Seiteneinsteiger werden wir in den nächsten Jahren nicht verzichten können. Das heißt, das IQ M-V muss für Aus-, Fort- und Weiterbildung sorgen. Das heißt aber auch, dass wir den Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern eine klare Perspektive auch am Anfang bieten müssen. Das heißt auch, wir müssen an das Lehrerbildungsgesetz rangehen.

Ich habe mir in der letzten Zeit oder in den letzten Tagen auch mal die Mühe gemacht, so ein paar Statistiken zu wälzen. Ich will Sie jetzt hier nicht irgendwie mit Zahlen und so weiter traktieren, aber wenn man sich das mal anschaut, ich will Ihnen mal ein paar Verallgemeinerungen darstellen: Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Niedersachsen haben sehr hohe Einstellungsquoten. Das geht von 5.000 und mehr, in Nordrhein-Westfalen sind es fast 10.000 Lehrereinstellungen, die die vornehmen. Und beispielsweise NRW hat Riesenprobleme. Die haben, glaube ich, noch 4.000 offene Stellen, also da ist es ähnlich. Länder wie Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Sachsen – man sieht, das ist der östliche Teil von Deutschland – haben sehr hohe Quoten von Seiteneinsteigern. In Berlin sind es bis zu zwei Drittel,

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Ja. –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern ungefähr bis zu einem Drittel. Und wir wissen es auch, in den ländlichen Regionen ist die Lehrgewinnung besonders schwer. Dieser Herausforderung müssen wir uns stellen und werden wir uns natürlich auch stellen. Und vieles haben wir schon in dieser Debatte gehört, ich will da jetzt nicht auf alles noch eingehen, aber trotzdem einige Sachen noch mal darstellen, auch die Position meiner Fraktion und natürlich meine Position.

Eins steht fest, wenn wir das nicht schaffen, die Qualifizierung der Seiteneinsteiger muss gleichberechtigt wahrgenommen werden,

(Torsten Renz, CDU: Ja.)

ansonsten werden wir nie das Vertrauen der Eltern und der Lehrerschaft in den Schulen herbeirufen. Also wir sind schon auf dem Wege, aber es müssen natürlich auch größere Schritte gemacht werden. Es muss ein berufs begleitendes Referendariat organisiert werden – das haben wir schon gehört, die Ministerin will da auch rangehen – und dies mit einer Prüfung beziehungsweise einem Staatsexamen auch dementsprechend beendet werden. Alle Seiteneinsteiger müssen eine modularisierte Qualifizierung durchlaufen, die muss klar strukturiert sein und es muss natürlich auch die Teilnahme gewährleistet sein.

(Torsten Renz, CDU: Einfach anfangen!)

So, die Stundenverpflichtung muss reduziert werden oder kann, wäre zum Beispiel so ein Vorschlag, oder auch einen unterrichtsarmen Tag beziehungsweise unterrichtsfreien Tag organisieren. Die personellen Voraussetzungen müssen aufgestockt werden, jetzt haben wir die Voraussetzungen auch durch dieses neue Schulpaket, und ich denke, das wird auch relativ schnell umgesetzt werden. Und ein Schwerpunkt, wir haben es schon gehört, ist dabei die Qualifizierung der Seiteneinsteiger und dann auch natürlich die Ausschreibung, die erfolgt ist, der Fortbilder. Alle Seiteneinsteiger, ich habe es schon gesagt, müssen am Anfang eine klare Perspektive haben. Es müssen klare Ausbildungswege aufgezeigt werden, aber auch Chancen der Berufsankennung, wenn jetzt diese Lehrer das hier haben bei Erfüllung der Forderungen nach entsprechender Zeit, müssen ermöglicht werden.

Derzeit laufen viele Gespräche im September, am Wochenende jetzt bei der GEW, gestern hat eine Arbeitsgruppe zum wiederholten Mal im Bildungsministerium zu dieser ganzen Thematik getagt. Meine Fraktion wird Ende September einladen, auch zu dieser Thematik. Und nur dann wird es uns gelingen, wenn wir eine vernünftige Fort-, Aus- und Weiterbildung organisieren. Dabei müssen wir auf die Fachleute hören, mit den Seiteneinsteigern auch ins Gespräch kommen, auch da müssen wir hören, was dort gefühlt ist, müssen die angedachten Maßnahmen zügig umsetzen, und dann werden wir auch die Akzeptanz erreichen.

Die Ministerin hat es auch schon gesagt, der Antrag ist ein bisschen kurz. Also wenn ich jetzt wieder sage, ja, wir warten jetzt wieder, also ich hoffe, dass wir wirklich bis zum Jahresende oder bis zum Januar einen konkreten Vorschlag vorlegen können.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Welches Jahr?)

Dieses Jahr.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Welchen Januar? – Heiterkeit
vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ja, Herr Ritter, ich weiß, dass es jetzt provokativ gemeint ist.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Nein, fürs Protokoll!)

Sie können, ja, Sie können glauben, dass das wirklich von mir eine Herzensangelegenheit ist, dass wir es schaffen. Und ich finde es auch schade, dass dieser ganze Prozess für mich auch zu langsam läuft, aber das sind jetzt mal leider diese Mühlen.

(Torsten Renz, CDU: Das hast du sehr, sehr human umschrieben.)

Ja, ist aber so.

Und ich hoffe, dass wir da wirklich ein vernünftiges Konzept jetzt auch in naher Zukunft dann vorlegen können und dann darüber diskutieren.

Ich muss jetzt wirklich sagen, die Diskussion war bis jetzt sehr sachlich und sehr gut und auch im Interesse dessen, was wir alle wollen. Die Seiteneinsteiger leisten einen guten Beitrag, und unsere Aufgabe ist es, wie ich schon sagte, da eine vernünftige Ausbildung im pädagogischen Bereich zu organisieren. – Ich danke für die Aufmerksamkeit. Den Antrag werden wir heute aber ablehnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Butzki.

Das Wort hat noch einmal für die Fraktion Freie Wähler/BMV Herr Wildt.

Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Ja, vielen Dank, Frau Präsidentin! Vielen Dank, liebe Kollegen! Ich möchte mich wirklich auch für die sachliche Debatte erstens bedanken und zweitens für die breite Unterstützung. Von der Linksfraktion hatte ich das erwartet, das war ja schon vor einem Jahr so. Dieses Mal war die Unterstützung aber auch von der CDU sehr deutlich und auch von der SPD, und durchaus auch selbstkritisch. Und das, muss ich sagen, finde ich besonders gut, wenn man halt auch mal zugibt, dass etwas nicht so gelaufen ist, wie man es wollte, und nicht immer nur versucht, die Situation zu beschönigen. Das macht die Sache auf jeden Fall glaubwürdiger.

Frau Martin, Sie waren ja nun vor einem Jahr noch nicht dabei und ich habe mir ja eben das Ganze ein bisschen bequem gemacht und bin sehr schnell über meinen Antrag hinweggegangen. Deswegen möchte ich doch noch mal zwei, drei Dinge sagen, die ich eigentlich vielleicht dann doch für Sie hätte sagen sollen.

Wir haben vor einem Jahr ja schon uns genau überlegt, welchen Antrag wir stellen. Das bayerische Modell der Quereinsteiger ist aus unserer Sicht das beste, also das, was jetzt im Prinzip auch die Linksfraktion wieder als Änderungsantrag gegeben hat, nur, es ist auch insgesamt das aufwendigste. Und deswegen hatten wir geschaut, welche anderen Modelle gibt es noch in Deutschland. In Brandenburg gibt es das Vollzeitmodell der Grundqualifizierung drei Monate vor Beginn des Dienstes. In Schleswig-Holstein gibt es das Modell 24 Monate berufsbegleitend. Und diese beiden Sachen haben wir sozusagen kombiniert und haben gesagt, na ja, wenn wir schon nicht das vollständige Referendariat mit allen Prüfungen schaffen, dann aber doch müssen wir mindestens genauso gut sein wie Brandenburg.

So, wenn Sie jetzt, ich war jetzt ganz begeistert, sagen, ach, das Quereinsteigermodell finde ich noch besser, das streben wir an – perfekt. Dann brauchen wir über das

andere gar nicht mehr zu reden, dann machen wir das Quereinsteigermodell gerne so, wie das in Bayern der Fall ist. Wenn wir uns das leisten können, bin ich hellau begeistert.

Zu den Fakten, die Sie ansonsten beschrieben haben, die waren natürlich richtig, wie das Qualifizierungsmodell abläuft, aber einen Punkt haben Sie aus meiner Sicht, einen wichtigen Punkt, ausgeklammert, denn nach der Lehrbefähigungsanerkenntnisverordnung Paragraphen 6 und 7 ist ja die Voraussetzung für die Teilnahme an diesen Qualifizierungsmaßnahmen, dass der Vertrag unbefristet ist, und deswegen fällt ja immer noch mehr als die Hälfte der Seiteneinsteiger aus den Qualifizierungsprogrammen heraus.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

So gesehen ist es zwar richtig, was Sie beschrieben haben, aber es ist im Ergebnis überhaupt noch nicht befriedigend, weil eben tatsächlich noch ein großer, großer Anteil der Seiteneinsteiger rausfällt aus den Maßnahmen, und das können wir so natürlich auf Dauer nicht durchsetzen oder durchhalten.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Ich glaube, das ist – Herr Butzki nickt ja ganz eifrig –,

(Andreas Butzki, SPD: Ja.)

also das ist, glaube ich, auch Konsens bei uns. Das wird nicht gehen, wir werden zehn Jahre lang mindestens diese hohen Zuwachsraten an Seiteneinsteigern haben, und die müssen eben entsprechend ausgebildet werden.

Und ich möchte noch mal eine Lanze für die Seiteneinsteiger durchaus brechen. Es ist ja nicht nur positiv, dass sie andere Erfahrungen mitbringen in den Schulalltag, wobei man sicherlich normalerweise eine geringere Quote als ein Drittel sich vorstellen würde. Das ist jetzt aus der Not geboren. Wenn es weniger wären, wäre es besser, aber dass sie Ideen und Erfahrungen aus einer anderen Lebenswirklichkeit mitbringen außerhalb der Schule, finde ich erst mal nicht schlecht.

Und, was ich gestern schon gesagt habe, wir müssen ja auch an die Altersstruktur der Kollegien denken, und wenn man also heute diesen Berg sozusagen von in die Pensionszeit ausscheidenden Lehrern ersetzen würde durch einen neuen Berg von ganz jungen Lehrern, dann hätte man ja eine vollkommen unausgewogene Altersstruktur in den Kollegien. Und da sind ja die Seiteneinsteiger sogar eine perfekte Lösung, eben Lehrer zu gewinnen aus den verschiedensten Altersgruppen. Die sind dann eben nicht alle nur Ende 20, sondern da sind dann auch die 30- und 40-Jährigen oder vielleicht auch noch Ältere dabei, und das hilft im Grunde genommen für den Schulalltag und für die Kollegien.

Also ich habe verstanden, dass Sie dem Antrag zwar nicht zustimmen wollen, das ist aber, ehrlich gesagt, heute auch gar nicht so schlimm, weil wir noch in den Haushaltsberatungen sind,

(Andreas Butzki, SPD: Genau.)

und das Entscheidende war eigentlich der Hinweis, dass wir da in den nächsten Monaten drüber sprechen, dass

auch schon, wenn ich Herrn Reinhardt richtig verstanden habe, Geldquellen in Aussicht sind, die wir dazu mobilisieren können, und damit wäre mein Ziel und unser Ziel ja vollkommen erreicht. Und ich freue mich darauf, dass ich den Antrag vielleicht dann im nächsten Jahr doch nicht mehr stellen muss, weil er gut abgearbeitet wurde. Die Hoffnung stirbt ja zuletzt, Herr Ritter. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion
Freie Wähler/BMV und Andreas Butzki, SPD –
Peter Ritter, DIE LINKE: Aber
sie stirbt! Aber sie stirbt!)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Wildt.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV auf Drucksache 7/4025 zur Beratung an den Bildungsausschuss zu überweisen. Kann ich davon ausgehen, dass wir den hierzu vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4118 auch an den Bildungsausschuss überweisen?

(Karsten Kolbe, DIE LINKE:
Selbstverständlich.)

Und da Herr Ritter genickt hat, nehme ich das so an. Hier sehe ich keinen Widerspruch, damit kommen wir zur Abstimmung. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Vielen Dank. Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, AfD und Freie Wähler/BMV, Gegenstimmen der Fraktionen SPD und CDU abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV auf Drucksache 7/4025.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4118 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Vielen Dank. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4118 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion Freie Wähler/BMV und teilweise Stimmen aus der Fraktion der AfD, bei Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD und CDU und teilweise Enthaltung aus den Reihen der Fraktion der AfD abgelehnt.

(Nikolaus Kramer, AfD:
Sehr richtig, Frau Präsidentin!)

Wer dem Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV auf Drucksache 7/4025 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV auf Drucksache 7/4025 bei Zustimmung der Fraktion Freie Wähler/BMV, Gegenstimmen der Fraktionen SPD und CDU und Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und LINKE abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich möchte mich bei Ihnen allen recht herzlich bedanken, dass Sie bis zum Schluss konstruktiv mitgearbeitet haben

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nichts
zu danken, das ist unser Job.)

und ich nicht eingreifen musste. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Freitag, den 6. September 2019, um 9.00 Uhr ein.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist ja morgen wieder.)

Und Herr Ritter hat es richtig kommentiert, das ist morgen früh. Die Sitzung ist damit geschlossen.

Schluss: 21.54 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Holger Arppe, Burkhard Lenz und Simone Oldenburg.